



## Palästina in Israel

Selbstorganisation und politische Partizipation  
der palästinensischen Minderheit in Israel

*Katja Hermann*

Studien des Zentrums Moderner Orient  
Herausgegeben von Ulrike Freitag



**Zentrum Moderner Orient**  
Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V.

**Katja Hermann**

## **Palästina in Israel**

**Selbstorganisation und politische  
Partizipation der palästinensischen  
Minderheit in Israel**

**Studien 25**



**KLAUS SCHWARZ VERLAG • BERLIN**

*Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek*

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie – detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zentrum Moderner Orient  
Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V.  
Studien, herausgegeben von Ulrike Freitag

Kirchweg 33  
14129 Berlin  
Tel. 030 / 80307 228  
[www.zmo.de](http://www.zmo.de)

© Klaus Schwarz Verlag Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Erstauflage

1. Auflage 2008

Satz und Layout: ZMO

Einbandgestaltung: Jörg Rückmann, Berlin

Foto: Demonstration anlässlich des „Tag des Bodens“ (mit freundlicher Genehmigung der *Arab Association for Human Rights*)

Druck: AZ Druck, Kempten

Printed in Germany

ISBN 978-3-87997-647-8

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn

## Danksagung

Dieses Buch basiert auf einem Forschungsprojekt, das ich im Rahmen des DFG-Projektes „(Re-) Konstruktion von Nationalstaaten durch translokale Vergesellschaftung“ am Berliner Zentrum Moderner Orient (ZMO) durchgeführt und am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der FU Berlin als Promotion eingereicht habe. Ich bedanke mich zunächst bei der DFG für die Förderung dieses Forschungsvorhabens. Außerdem möchte ich meinen Doktormüttern, Prof. Dr. Gudrun Krämer (Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin) und Prof. Dr. Ulrike Freitag (ZMO/Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin) für ihre konstruktive Kritik sowie die hilfreichen Anregungen danken, mit der sie diese Forschungsarbeit begleitet haben.

Meine Zeit am ZMO erlebte ich als ein wissenschaftliches Miteinander, das ich als sehr kollegial und anregend empfand und für das ich mich sehr herzlich bei den aufeinander folgenden Direktorinnen Prof. Dr. Ingeborg Baldauf und Prof. Dr. Ulrike Freitag sowie bei den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bedanken möchte. Besonders inspirierend war für mich die Zusammenarbeit mit meiner Projektpartnerin Dr. Anja Peleikis, an der mich nicht nur ihre Begeisterung für translokale Zusammenhänge beeindruckt hat.

Neben dem wissenschaftlichen Austausch haben viele Menschen am ZMO auf ganz unterschiedliche Art und Weise meine Arbeit an dem Forschungsprojekt unterstützt, mein besonderer Dank gilt den Bibliothekarinnen Heidemarie Dengel und Marta Schultz, den Lektorinnen Svenja Becherer und Margret Liepach, Dorothee Peter, die während meiner Zeit am Zentrum das Sekretariat leitete, Michael Schutz für den Bereich Computertechnik sowie den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kerstin Frei, Christoph Gabler und Aktham Suliman.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Frauenbeauftragten des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften der FU Berlin, über deren Frauenförderungsmittel es mir ermöglicht wurde, eine für meine Arbeit notwendige abschließende Reise nach Israel und Palästina zu unternehmen.

Mein ganz besonderer Dank gilt selbstverständlich meinen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern in Israel und in den Palästinensischen Gebieten dafür, dass sie sich Zeit für meine vielen Fragen genommen und mir ihre Überzeugungen und Einschätzungen dargelegt haben. Dr. Khalil Rinnawi, Nabil Saleh und Suzan Abboud fühle ich mich verbunden für die freundliche Anbindung an das *Galilee Center for Social Research (GCSR)* in Haifa.

Die Unterstützung durch Freundinnen und Freunde hat mir geholfen, auch anstrengende Arbeitsphasen durchzustehen und manchen Widrigkeiten zum Trotz weiterzumachen. Für ihre intellektuelle und emotionale Ermutigung sowie ihren konstruktiv-kritischen Blick danke ich besonders Bettina Gräf, Karin Joggerst, Iman Najami, Dorothee Peter und Brigitte Schulz.

Um die Aufrechterhaltung des Alltags während intensiver Arbeitsphasen zu gewährleisten, waren meine Eltern Heide und Wolfgang Hermann sowie meine Schwiegereltern Marga und Udo Wils immer bereit, sich um die Kinder zu kümmern und mir den Rücken frei zu halten – eine wertvolle Unterstützung, für die ich mich sehr herzlich bedanken möchte.

Mein größter Dank gilt meinem Mann, Oliver Wils, für das kreative Miteinander in allen Bereichen.

Ich widme dieses Buch meinen Kindern Hannah Laila, Juli Anouk und Luuk, in der Hoffnung, dass sie eines Tages ein friedliches Israel und Palästina kennen lernen werden und vielleicht meine Leidenschaft für die Region verstehen können.

### **Anmerkungen zur Transkription**

Die Schreibweise von Personen- und Organisationsnamen orientiert sich in diesem Buch grundsätzlich an der in Israel und in den Palästinensischen Autonomiegebieten üblichen englischen Schreibweise. Bei der Erstnennung von für die Arbeit zentralen Organisationen wird die englische Bezeichnung zudem durch den arabischen Namen ergänzt. Auf zusätzliche Übersetzungen der Organisationsnamen ins Deutsche wurde aus Gründen der Lesbarkeit des Textes verzichtet. Personennamen werden nur dann transkribiert, wenn auf sie als Autorinnen oder Autoren arabischer Texte Bezug genommen wird. Um bei Personen mit identischen Nachnamen eine Verwechslung zu vermeiden, wird in diesen Fällen zusätzlich der Vorname genannt. Die Transkription des Arabischen folgt den Vorgaben der *Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG)*. Zitate aus den geführten Interviews erscheinen in deutscher Übersetzung.

Im Anhang befinden sich eine Aufstellung der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die Kontaktdaten der palästinensischen Nichtregierungsorganisationen sowie ein Index.

# Inhalt

TEIL I	EINLEITUNG UND THEORETISCHER TEIL	
1.	Einleitung	15
1.1	Fragestellung	17
1.2	Einführung in die Konfliktsituation	20
1.3	Stand der Forschung	30
1.4	Methodik der Feldforschungen	35
1.5	Aufbau der Arbeit	41
2.	Theorie und Definitionen	53
2.1	Ethnopolitische Konflikte und ethnopolitisches Handeln	53
2.2	Zivilgesellschaft und NGOs	62
TEIL II	PALÄSTINENSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT IN ISRAEL	
3.	Beziehungen und Identitäten	73
3.1	Konkurrierende Ansätze zum Verständnis palästinensischer kollektiver Identität in Israel	74
3.2	Entwicklung kollektiver palästinensischer Identität	76
4.	Politische Parteien und Gruppierungen	83
4.1	Politische Parteien	84
4.2	Kommunale Politik	94
4.3	Studentenorganisationen	97
5.	Vereine und NGOs	105
5.1	Exkurs: Der jüdische NGO-Sektor	106
5.2	Der palästinensische NGO-Sektor	110

TEIL III	SELBSTORGANISATION ALS POLITISCHER WIDERSTAND: BEDINGUNGEN ETHNOPOLITISCHEN HANDELNS DER PALÄSTINENSER SEIT DEN 1990ER JAHREN	
6.	Ethnokulturelle Identität	127
6.1	Der israelisch-palästinensische Friedensprozess	128
6.2	Teil des Problems, aber nicht Teil der Lösung: Die Implikationen des Friedensprozesses für die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel	130
6.3	Vergiss die Träume der Vergangenheit: Das Verhältnis zwischen Palästinensischer Autonomiebehörde und Palästinensern in Israel	133
6.4	Nicht mein Staat, aber mein Volk: Die Bedeutung eines zukünftigen palästinensischen Staates für Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel	137
6.5	Reaktionen auf Oslo: Die Dynamisierung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel	145
7.	Kapazitäten: Die Generation der wütenden jungen Männer und Frauen	167
7.1	Bildungspolitische Entwicklung	168
7.2	Eine Form des Widerstandes: Politische Biographien der NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten	170
8.	Anreize und Handlungsrahmen	187
8.1	Schutz von Minderheiten und Stärkung der Zivilgesellschaft	189
8.2	Azmi Bisharas Ansatz des Bürgerstaates	191
9.	Politische Möglichkeiten und Hindernisse	207
9.1	Politische Möglichkeiten: Das Amutot-Gesetz	208
9.2	Hindernisse: Die Anwendung des Amutot-Gesetzes bei palästinensischen NGOs und andere Benachteiligungen	211
10.	Gewalt und Identität: Der Einfluss der Oktober- Unruhen auf Identität und ethnopolitisches Handeln	219



10.1	„Feuertaufe“ der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel: Die Rolle der NGOs im Umgang mit den Oktober-Unruhen	220
10.2	<i>Oktober</i> als Lektion: Der Einfluss der Oktober-Unruhen auf das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser	224
10.3	Reaktionen auf die Krise: Nationalisierung, Dissoziation, Wahlboykott	229
TEIL IV	HANDLUNGSFELDER UND HANDLUNGSSTRATEGIEN VON NGOS: AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE	
11.	Handlungsfeld Landpolitik	243
11.1	Interne Flüchtlinge	245
11.2	Nicht anerkannte Dörfer	265
12.	Handlungsfeld Bürger- und Menschenrechte	285
12.1	Arab Association for Human Rights	285
12.2	Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel	288
12.3	Mossawa Center: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel	292
13.	Handlungsfeld Wissenschaft, Forschung und Kultur	299
13.1	Galilee Center for Social Research	299
13.2	MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research	300
13.3	The Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services	302
13.4	Arab Cultural Association	303
14.	Handlungsfeld Frauen	307
14.1	Dreifache Diskriminierung: Palästinensische Frauen in Israel	307
14.2	Entwicklung der palästinensischen Frauenbewegung	309
14.3	Entwicklung feministischer Ansätze seit 1987	311
14.4	Zwischen Feminismus und Nationalismus: Geschlechtsspezifische Aspekte von Konflikt und Widerstand	319

TEIL V	DISKUSSION UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	
15.	Stärken und Schwächen palästinensischer NGOs	331
15.1	Eine andere Perspektive aufzeigen: Stärken und Erfolge der NGOs	331
15.2	Damit der Name in der Zeitung steht: Probleme und Schwächen der NGOs	336
15.3	Das Verhältnis zwischen NGOs und politischen Parteien	339
16.	Zusammenfassung: Palästinensische NGOs zwischen lokalem Handeln und translokaler sowie transnationaler palästinensischer Identität	345
16.1	Der israelisch-palästinensische Friedensprozess als Katalysator palästinensischer zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation in Israel	346
16.2	Bedingungen palästinensischen ethnopolitischen Handelns in den 1990er Jahren	347
16.3	Lokales ethnopolitisches Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel im Kontext palästinensischer Translokalität und Transnationalität	351
16.4	Schlussfolgerungen für die Konfliktbearbeitung	355
16.5	Relevanz der Studie für die Forschung zu Zivilgesellschaft sowie zu Translokalität und Transnationalismus	357
	Bibliographie	361
	Anhang	387
	Index	395

## Abkürzungsverzeichnis

ACA	Arab Cultural Association
ACRI	Association for Civil Rights in Israel
ADRID	Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel
AI	Amnesty International
ASC	Arab Student Committee
ANC	African National Congress
ASF e.V.	Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
CEDAW	UN Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women
CERD	UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination
DAAD	Deutscher Akademischer Auslandsdienst
DAC	Development Assistance Committee
DAP	Democratic Arab Party
DFPE	Democratic Front for Peace and Equality
DMG	Deutsche Morgenländische Gesellschaft
EU	Europäische Union
EVS	European Volunteer Service
GCSR	Galilee Center for Social Research
GSS	General Security Service
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HRA	Arab Association for Human Rights
HRW	Human Rights Watch
ICP	Israel Communist Party
IDP	Internally Displaced Person
ILA	Israeli Land Administration
IM	Islamic Movement
JA	Jewish Agency
MK	Member of Knesset
NCID	National Committee for the Defense of the Internally Displaced in Israel
NDA	National Democratic Alliance
NGO	Non-Governmental Organisation

NIF	New Israel Fund
NIS	New Israel Shekel
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
NUAS	National Union for Arab Students
OCHA	UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
PA	Palestinian Authority Palästinensische Autonomiebehörde
PCP	Palestine Communist Party
PCPD	Palestinian Center for Peace and Democracy
PLC	Palestinian Legislative Council
PLO	Palestine Liberation Organisation
PNGO	Palestinian Non-Governmental Organizations Network
RCUV	The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev
RRA	Refugee Rehabilitation Authority
TANDI	Bewegung der demokratischen Frauen
UAL	United Arab List
UN/UNO	United Nations/United Nations Organization
UNCCP	United Nations Conciliation Commission for Palestine
UNWRA	United Nations Work and Relief Agency
USAID	United States Agency for International Development
WAV	Women Against Violence
WCAR	World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance
ZMO	Zentrum Moderner Orient

## **TEIL I**

### **EINLEITUNG UND THEORETISCHER RAHMEN**



## 1. Einleitung

Die palästinensische<sup>1</sup> Journalistin und israelische Staatsbürgerin Filastin Ismail zeigte im Oktober 2000 in einer israelischen Fernsehsendung die Fotos jener 13 palästinensischen Bürger Israels, die wenige Tage zuvor während Demonstrationen von israelischen Sicherheitskräften getötet worden waren. Die Direktorin des *I'lam Media Center for Arab Palestinians in Israel* (*I'lām – Markaz I'lāmī li-l-Muġtama' al-'Arabi al-Filasṭīnī fī Isrā'īl; I'lam*), einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in der nordisraelischen Stadt Haifa, reagierte damit auf die einseitige Berichterstattung der israelischen Medien über die Zusammenstöße zwischen palästinensischen Demonstrantinnen und Demonstranten und israelischer Polizei. Die Medien hatten sich ihrer Meinung nach ausschließlich auf offizielle Polizeiberichte gestützt, keine palästinensischen Augenzeugen befragt und, im Gegensatz zu ausführlichen Beiträgen über die jüdischen Verletzten, die palästinensischen Opfer der so genannten *Oktober-Unruhen*<sup>2</sup> (*Habbāt Uktūbar*) lediglich zahlenmäßig erfasst.

Zu den Unruhen war es gekommen, nachdem sich die Proteste gegen das brutale Vorgehen der israelischen Armee in der Westbank und im Gazastreifen nach Israel ausgedehnt hatten. Wenige Tage nach Beginn der zweiten *Intifada* (*Intifāda*)<sup>3</sup> in den Palästinensischen Autonomiegebieten eskalierten die Demonstrationen auch innerhalb der arabischen Dörfer und Städte im Norden Israels. Bei den mehrere Tage andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der palästinensischen Bevölkerung, die in Israel rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht, und israelischen Sicherheitsleuten wurden 13 palästinensische Männer getötet, Hunderte verletzt und verhaftet.<sup>4</sup> Die *Oktober-Unruhen* stellen ein entscheidendes Ereignis für die Identitätsbildung der palästinensischen Bevölkerung in Israel dar.<sup>5</sup>

Diese medienwirksam platzierte Protestaktion der Journalistin Ismail, die ein Teil einer umfangreichen Medien- und Informationskampagne palästinensischer Organisationen war, ist symptomatisch für die Entwicklung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel seit den 1990er Jahren. Organisiert als politische Parteien,<sup>6</sup> Vereine und NGOs, sind die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ein Spiegel der verstärkten Politisierung und Mobilisierung der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels. So ist allein die Anzahl der NGOs mit vornehmlich palästinensischer Mitarbeiter- und Mitgliederstruktur zwischen 1989 und 1998 von rund 400 auf mehr als 1000 Organisationen angestiegen.<sup>7</sup>

Nicht nur die quantitative Entwicklung des Sektors lässt aufmerken, auch die Entwicklung und Ausdifferenzierung der Tätigkeitsfelder, die Themen und vor allem die Erfolge und Errungenschaften der Institutionen zeugen von einem veränderten politischen Bewusstsein und einem gestärkten Selbstbewusstsein der palästinensischen Minderheit<sup>8</sup> in Israel. Obwohl die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Israel seit der Gründung des Staates Israels weit reichenden Diskriminierungen ausgesetzt sind und als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse angesehen werden, galt die palästinensische Bevölkerung Israels jahrzehntelang als in politischer Hinsicht ausgesprochen passive ethnische Minderheit.<sup>9</sup>

Stellten die palästinensischen Araberinnen und Araber bis 1948 die indigene Mehrheitsbevölkerung Palästinas dar, so wurden sie mit Gründung und Konsolidierung des Staates Israel zur einer *homeland-minority*<sup>10</sup> in dem sich als jüdisch definierenden Staat. Zwar wurde der „arabischen Minderheit“ bzw. den „arabischen Israelinnen und Israelis“ – wie die gängigen Bezeichnungen lauten – die formelle israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt, eine staatsbürgerliche Gleichberechtigung implizierte das in dem ethnisch-religiös organisierten Staat jedoch keinesfalls.

Vor diesem Hintergrund ist der Wandel, der sich seit den 1990er Jahren abzeichnet, umso auffälliger. Er veranlasste den israelischen Historiker Moshe Zuckermann, von der “Generation der wütenden jungen Männer und Frauen” zu sprechen, die Jahrzehnte nach dem Verlust des arabischen Palästinas gegen die passive und angepasste Haltung ihrer Eltern und Großeltern aufbegehrt:

Die 48er-Generation kuschte. Heute fragen junge Araber ihre Väter: Warum habt ihr euch so gebückt, warum habt ihr die Schnauze gehalten, warum habt ihr die Okkupation eures Heimatlandes hingenommen? Es gibt eine ganz neue Generation von angry young men and women, die die Passivität der Väter und Großväter nicht mehr bereit ist zu akzeptieren.<sup>11</sup>

Die zunehmende Politisierung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel konstituiert sich über einen vermeintlichen Spagat, bei dem sie sich einerseits auf die israelische Staatsbürgerschaft berufen und andererseits ihr palästinensisches Selbstverständnis sowie ihre Zugehörigkeit zur palästinensischen Nation betonen. Neben einer verstärkten Selbstorganisation kommt diese Entwicklung auch in der mittlerweile gängigen Selbstbezeichnung als Palästinenserin bzw. Palästinenser zum Ausdruck, wie zahlreiche Umfragen und auch meine Gespräche mit politischen Aktivistinnen und Aktivisten bestäti-



gen.<sup>12</sup> Die Entwicklung, Stärkung und Vermittlung palästinensischer Identität bildet einen Eckstein politischen Handelns; umgekehrt gilt, dass der Aufbau palästinensischer Institutionen zugleich Ausdruck und Betonung palästinensischer kollektiver Identität ist. Die israelische Politik der Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit setzte unter den Palästinenserinnen und Palästinensern eine Gegenbewegung in Gang, die sich über eine positive Aneignung des „palästinensischen Faktors“ begründete und eine selbstbewusste Form der Solidarität etablieren konnte.

### 1.1 Fragestellung

An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an und fragt nach den Hintergründen dieser Entwicklung und nach den Faktoren, die zur Gestaltung und Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft beigetragen haben. Vereinfacht ausgedrückt bezeichnet Zivilgesellschaft den gesellschaftlichen Bereich, der weder zum Staat noch zur Familie gehört.<sup>13</sup> Ausgehend von einer Forschungsperspektive, die die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel nicht losgelöst von den Entwicklungen auf der anderen Seite der *Grünen Linie*<sup>14</sup>, sondern als Teil einer gesampalästinensischen Zugehörigkeit begreift, stellt die Arbeit den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und den (fragmentarischen) palästinensischen Staatsbildungsprozess der 1990er Jahre als Zäsur für die politische und identitätsbezogene Positionierung der palästinensischen Minderheit dar.

Um Missverständnissen in Bezug auf einige Termini vorzubeugen, möchte ich bereits an dieser Stelle verschiedene zentrale Begriffe kurz erläutern: Der Ausdruck Identität, der für die vorliegende Untersuchung leitend ist, basiert auf einem konstruktivistischen Identitätsverständnis, das den Prozesscharakter und die Veränderbarkeit von Identität betont und gleichzeitig die zentrale Rolle, die Identitäten für und in ethnopolitischen Gruppen und Konflikten spielen können, anerkennt und ernst nimmt. Für die Überlegungen zu einer palästinensischen Identität soll demnach mit der Philosophin Carolin Emcke ein „dünnere“ Identitätsbegriff gelten, der die mit der Anerkennung von Identitäten potentiell einhergehende Essentialisierung, Homogenisierung und Stabilisierung solcher zu vermeiden sucht und stattdessen ihre Heterogenität und Kontextabhängigkeit im Blick behält.<sup>15</sup> Gleiches gilt auch für das Verständnis von Ethnizität und Nationalismus als Subkategorien kollektiver Identität. Sie werden als veränderbare Prozesse von Ein- und Ausschluss verstanden, die von sozialen Akteuren gestaltet und kommuniziert werden. Begriffe wie Staat, Nation, Mehrheit und Minderheit sowie ihre semantischen Derivate werden den

Überlegungen des amerikanischen Soziologen Roger Brubaker folgend eher als relationale und dynamische Felder, als Beziehungen und Stellungen (*stances*) betrachtet denn als statische ethnographische Kategorien.<sup>16</sup>

Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel werden in dieser Studie als ethnopolitisch handelnde Gruppe begriffen. Dabei bezeichnet ethnopolitisch jenen Zusammenhang, in dem ethnische Merkmale politisiert und als Ein- bzw. Ausschlusskriterien sozialer Organisation geltend gemacht werden. Die Voraussetzungen für ethnopolitisches Handeln werden mit Blick auf einen prominenten Ausschnitt der palästinensischen Zivilgesellschaft, nämlich NGOs und Vereine aus dem säkularen gesellschaftlichen Spektrum, untersucht. Dazu zählen eine ausgeprägte ethnokulturelle Identität (*ethnocultural identity*), ein entsprechendes Ausmaß kollektiver Anreize (*incentives*), die Kapazitäten der Gruppe für politisches Handeln (*capacities*) sowie die politischen Möglichkeiten (*political opportunities*). Die Untersuchung erstreckte sich über die 1990er Jahre sowie die Jahre 2000 bis 2003.

Der Fokus auf nicht religiös orientierte Organisationen beruht auf zwei Überlegungen: Die säkularen Organisationen sind wesentlich präsenter in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung um Rolle und Position der palästinensischen Minderheit in Israel als die religiös argumentierenden Akteure. Während letztere überwiegend auf Dorfebene und im karitativen Bereich tätig sind, ist die Mehrheit der thematisch ausgerichteten und landesweit tätigen NGOs säkularen Charakters. NGOs können sich zudem nur in Maßen als explizit islamisch positionieren, da hier verstärkte Restriktionen seitens des israelischen Staates drohen. Es sind nicht zuletzt diese Gründe, die dazu führten, dass säkulare NGOs das Bild palästinensischen zivilgesellschaftlichen Aktivismus im Untersuchungszeitraum besonders geprägt haben.

Die Schwerpunktsetzung auf nicht religiöse Organisationen war zudem forschungstechnischen Erwägungen geschuldet: Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Lage in den Jahren 2000 und 2001 erhielt das Forschungsthema zusätzliche Brisanz und wäre ohne den Rückgriff auf persönliche Kontakte und Netzwerke nur schwer durchführbar gewesen. Angesichts der politischen Lage erschien insbesondere die translokale Forschungsperspektive, die auf palästinensische Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus abhob, im islamisch oder islamistisch geprägten gesellschaftlichen Spektrum, zu dem darüber hinaus keine vorherigen Kontakte bestanden, heikel und wenig Erfolg versprechend.

Konkret orientiert sich die Arbeit an folgenden Fragen:

- a. Welche Faktoren haben das ethnopolitische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser im Untersuchungszeitraum bedingt?
- b. Welche Themen und Inhalte, Ziele und Strategien waren von zentraler Bedeutung für die palästinensische Zivilgesellschaft?
- c. Wer waren die beteiligten NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten und auf welcher Motivation basierte ihr zivilgesellschaftliches Engagement?
- d. Wie prägten die zeitweise intensiven translokalen zivilgesellschaftlichen palästinensisch-palästinensischen Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus die palästinensische Zivilgesellschaft in Israel?
- e. Welchen Einfluss übten der israelisch-palästinensische Friedensprozess sowie der (fragmentarische) palästinensische Staatsbildungsprozess auf die kollektive Identität der palästinensischen Bevölkerung in Israel aus?
- f. Welche Rolle spielten die *Oktober-Unruhen* für Selbstverständnis und Motivation der Aktivistinnen und Aktivisten?

Die vorliegende Untersuchung soll dazu beitragen, eine Reihe von Forschungslücken zu füllen. Es gibt bisher, wie die Ausführungen zum Stand der Forschung zeigen werden, nur wenige Arbeiten, die sich ausdrücklich mit der palästinensischen Zivilgesellschaft beschäftigen und kaum eine basiert auf empirischer Forschungstätigkeit. Insbesondere Formen einer in NGOs organisierten palästinensischen Widerstands- und Protestkultur<sup>17</sup> sind bisher wenig berücksichtigt worden.<sup>18</sup> Vielmehr werden die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel vornehmlich als passive Gegenüber und dem ideologischen Hintergrund entsprechend als Opfer oder Nutznießer des israelischen Staates beschrieben. Anders in der vorliegenden Arbeit, in der sie konzeptionell als ethnopolitische Akteure begriffen werden. Mit dem Fokus auf NGOs als prominente Vertreter der Zivilgesellschaft rücken besonders jene Akteure in den Mittelpunkt des Interesses, die Protest organisieren, Widerstand formulieren und sich aktiv an gesellschaftlichen Wandlungsprozessen beteiligen. Durch die empirische Ausrichtung der Arbeit können die Diskurse und vor allem die Handlungen der Akteure analysiert werden, aus denen sich im Weiteren Aussagen über den innerisraelischen Konflikt und seine zentralen Themen, das Selbstverständnis der Aktivistinnen und Aktivisten sowie ihre Motivationen, Strategien und Ziele ableiten lassen. Damit kann erstens das Verständnis von ethnischer Selbstorganisation im israelischen Kontext verbessert werden; über das Fallbeispiel hinaus liefert die Arbeit aber auch einen Beitrag zur Minder-

heitenforschung, in der Fragen nach Selbstorganisation und Identität konstitutiv sind.

In Bezug auf die Zivilgesellschaftsdebatte thematisiert die Arbeit einen Aspekt, der mit Blick auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in ethnopolitischen Konflikten häufig ausgeblendet wird: Zivilgesellschaftliche Akteure sind nicht nur stark von den jeweiligen Konflikten geprägt, sondern sind bzw. können selbst teilnehmende Akteure in diesen Konflikten sein. Auch NGOs nehmen in Konfliktsituationen nicht unbedingt moderierende Funktionen ein, sondern haben durchaus antagonistische Ambitionen, die kurz- und mittelfristig auch Konflikt eskalierend wirken können.

Die translokale Forschungsperspektive, welche die palästinensische Bevölkerung in Israel als Teil einer größeren, grenzüberschreitenden Identitäten-Gruppe begreift, in der Handlungszusammenhänge gestaltet und Identitäten gebildet werden, füllt eine weitere Forschungslücke. Sie trägt einerseits zu einem verbesserten Verständnis von Gruppenbildungsprozessen im palästinensischen Kontext bei, zum anderen leistet sie einen Beitrag zur Translokalitäts- und Transnationalismusforschung, in der das Spannungsverhältnis von Staat und grenzüberschreitenden Konfigurationen von besonderem Interesse ist.

## 1.2 Einführung in die Konfliktsituation

Zur Darstellung des Kontextes, in dem das ethnopolitische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser stattfindet, möchte ich zunächst eine kurze Einführung in die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel geben. Neben den historischen Hintergründen des israelisch-palästinensischen Konfliktes sowie der innerisraelischen Konfliktsituation werden dazu die wesentlichen Formen staatlicher Diskriminierung gegenüber den palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern skizziert. Zudem wird der Begriff der Ethnokratie eingeführt und erläutert, der in der Arbeit als Bezeichnung des politischen Systems Israels leitend sein soll.

### Historische Hintergründe

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist im Kern ein territorialisierter Nationalitätenkonflikt, d. h. ein Konflikt zweier Nationen oder Nationalitätengruppen um denselben geographischen Raum: das historische Palästina.<sup>19</sup> In der Zeit des *Osmanischen Reiches* ein Teil der Provinz Syrien, war das Gebiet des historischen Palästinas mehrheitlich von muslimischen und christlichen Araberinnen und Arabern sowie von einer kleinen jüdischen Gemeinde bewohnt.<sup>20</sup>

Mit dem Zusammenbruch des *Osmanischen Reiches* wurden während des ersten Weltkrieges verschiedene, sich gegenseitig widersprechende Pläne zur Aufteilung der Region – und damit auch Palästinas – diskutiert. Einer dieser Pläne, der 1920 umgesetzt wurde, sah die Errichtung eines britisch-französischen Mandats-systems in der Region vor. Parallel dazu war allerdings zwischen Großbritannien und dem Scherifen Hussein von Mekka vereinbart worden, auf den Gebieten der Arabischen Halbinsel, des Iraks und Syriens (einschließlich Libanon und Palästina) ein unabhängiges großarabisches Reich zu gründen. Fast gleichzeitig hatte Großbritannien zudem der zionistischen Bewegung die Zusage erteilt, in Palästina eine jüdische Heimstätte zu errichten. Dieses Versprechen, das später in die Präambel des Mandatsvertrages aufgenommen wurde, empfand man seitens der Araber als großen Vertrauensbruch. War das Vorhaben der Errichtung einer jüdischen Heimstätte im Rahmen der Verbreitung des politischen Zionismus zunächst als Reaktion auf die Abnahme jüdischer Identität in Europa gedacht, erhielt es mit zunehmendem Antisemitismus sowie vor dem Hintergrund des Holocaust eine besondere Dringlichkeit: Zwischen 1882 und 1947 immigrierten rund 650.000 europäische Jüdinnen und Juden nach Palästina.

Mit Bekanntwerden der Intention der Migrantinnen und Migranten, vor Ort einen Staat gründen zu wollen, verschlechterte sich das bis dahin relativ gute Verhältnis zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung des Landes. Die britische Mandatsmacht (1920-1947) konnte zunehmende Eskalationen nicht verhindern; aufgrund ihrer widersprüchlichen Politik gegenüber den beiden konkurrierenden Gruppen wurde sie schließlich selbst zur Angriffsfläche. Im Februar 1947 übergab Großbritannien deshalb sein Mandat an die *United Nations (UN)*. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Gesamtbevölkerung Palästinas rund 1,94 Million Menschen, zwei Drittel davon waren Araberinnen und Araber, ein Drittel Jüdinnen und Juden.<sup>21</sup>

Um die Lage zu befrieden und den Ansprüchen beider Bevölkerungsgruppen möglichst gerecht zu werden, beschloss die Vollversammlung der *UN* am 29. November 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Teil. Der Teilungsplan sah die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates auf 15.100 qkm (56,47 %) und die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates auf 11.600 qkm (42,88 %) des Mandatgebiets vor. Zudem sollte Jerusalem zur internationalen Zone deklariert und zwischen beiden Staaten eine Wirtschaftsunion eingerichtet werden.<sup>22</sup>

Die Führung des *Yishuv*, der jüdischen Bevölkerung Palästinas, begrüßte den Teilungsplan zunächst als internationale Unterstützung und Legitimation

ihrer Absicht, einen „Judenstaat“ in Palästina zu errichten. Gleichzeitig waren – der Analyse des israelischen Historikers Avi Shlaim zufolge – Teile der zionistischen Führung um David Ben-Gurion, der nach der Staatsgründung Israels erster Ministerpräsident wurde, aber nicht bereit, die für den jüdischen Staat vorgesehenen Grenzen anzuerkennen und planten stattdessen eine territoriale Ausdehnung des Staatsgebietes im Verlauf der zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen. In König Abdallah von Jordanien, der sich seinerseits durch die Unabhängigkeitsbestrebungen der palästinensischen Araberinnen und Araber bedroht fühlte, fand die zionistische Führung einen geeigneten Partner für den Plan, das Mandatsgebiet zwischen den Zionisten und Jordanien aufzuteilen.<sup>23</sup>

Die arabische Seite, vertreten durch das *Hohe Arabische Komitee* sowie die arabischen Staaten, wies, nachdem sie schon im Vorfeld ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Teilung Palästinas signalisiert hatte, den Plan zurück. Diese Absage, die den Palästinenserinnen und Palästinensern seitdem als verpasste historische Chance vorgeworfen wird, beruhte nur zum Teil auf der deutlichen Benachteiligung, die der Teilungsplan sowohl in quantitativer (Gebietsgröße) als auch in qualitativer Hinsicht (Bodenqualität) für die Araber darstellte. Entscheidender für deren kompromisslose und wenig kooperative Haltung war die Tatsache, dass sie die zionistischen Einwanderinnen und Einwanderer als koloniale Siedlerbewegung verstanden und dementsprechend keinerlei Verständnis für eine Teilung des Landes aufbrachten.<sup>24</sup>

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Teilungsplanes und der Ankündigung der Briten, sich am 15. Mai 1948 endgültig aus Palästina zurückzuziehen, reagierten die Araber mit Generalstreiks und Übergriffen auf jüdische Ziele. Die Situation eskalierte und die jüdischen Streitkräfte begannen mit der Einnahme arabischer Siedlungen. Zum offiziellen Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges nach der Deklaration des Staates Israel am 15. Mai 1948, hatten die jüdischen Streitkräfte bereits eine Vielzahl arabischer Siedlungen, darunter Tiberias (*Ṭabarīya*), Haifa (*Ḥaifā*), Jaffa (*Yāfā*), die arabischen Viertel der Jerusalemer Neustadt, Safad (*Ṣafad*) und Akko (*ʿAkkā*) eingenommen; tausende Palästinenserinnen und Palästinenser befanden sich auf der Flucht.<sup>25</sup>

Der Krieg, der auf israelischer Seite als Unabhängigkeitskrieg, von Palästinenserinnen und Palästinensern als *Nakba* (arab.: *Katastrophe*) bezeichnet wird, veränderte die politische und demographische Landschaft der Region vollständig: Israel hatte sich gegen die Armeen Ägyptens, Syriens, Libanons, Iraks und Jordaniens behauptet und sein Staatsgebiet um ein zusätzliches Drit-

tel auf über 20.000 qkm ausgeweitet. Dagegen war die Gründung eines unabhängigen arabischen Staates, wie ihn der Teilungsplan vorsah, verhindert worden; vielmehr hatte Jordanien das Westufer des Jordans, das später so genannte Westjordanland sowie den Ostteil Jerusalems erobert, während der Gazastreifen von Ägypten kontrolliert wurde.

Für die indigene arabisch-palästinensische Bevölkerung des Landes hatte der Krieg verheerende Folgen: Ein Großteil derer, die auf dem Gebiet des neuen Staates Israel gelebt hatten, war geflohen bzw. vertrieben worden. Von den ursprünglich 950.000 Menschen wurden 837.500 zu Flüchtlingen, von denen die überwiegende Mehrheit (800.000) in die Westbank, den Gazastreifen, die umliegenden arabischen Staaten und 37.500 als so genannte interne Flüchtlinge<sup>26</sup> innerhalb des israelischen Territoriums flüchteten. Nur 122.500 Palästinenserinnen und Palästinenser blieben in ihren Heimatorten.<sup>27</sup> Die insgesamt 160.000 in Israel zurückgebliebenen Palästinenserinnen und Palästinenser wurden nach dem Krieg einer Militärverwaltung unterstellt, die ihre politischen Rechte stark einschränkte. In den Jahren nach der Staatsgründung erhielten sie sukzessive die israelische Staatsbürgerschaft.

Während des Krieges und in darauf folgenden Jahren zerstörte oder entvölkerte die israelische Armee rund 400 arabische Dörfer und konfiszierte große Teile des arabischen Grund und Bodens. Zusammen mit der Flucht und Vertreibung eines Großteils der Bevölkerung, unter ihnen die städtische Elite und Intelligenz, führte dies zu einem völligen Zusammenbruch der politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen.<sup>28</sup>

Die Gründe für die Massenflucht der lokalen Bevölkerung und insbesondere das Verhalten der jüdischen bzw. israelischen Streitkräfte im 1948er-Krieg werden in der israelischen Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert, wobei es letztlich um die Frage nach der politischen Verantwortung für das Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser geht. Während die israelische Geschichtsschreibung die Flucht der arabischen Bevölkerung in erster Linie auf die Fehleinschätzung ihrer politischen Führung sowie auf die falschen Versprechungen der Führer der arabischen Nachbarländer zurückführt und eine Vertreibung der Bevölkerung durch israelische Streitkräfte leugnet, haben Studien der *Neuen Historiker* gezeigt, dass es konkrete Pläne und Anweisungen zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung gegeben hatte.<sup>29</sup> Der israelische Historiker Benny Morris, der als einer der ersten israelischen Wissenschaftler die Hintergründe für die Flucht der Palästinenserinnen und Palästinenser analysierte, bezichtigt die israelischen Streitkräfte zahlreicher Kriegsverbrechen an

der palästinensischen Bevölkerung, wie Vergewaltigungen, Massaker und willkürliche Erschießungen.<sup>30</sup> Darüber hinaus zeigt er, dass es explizite Anweisungen zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung gegeben hat, wie etwa im Fall des Dorfes Lod (*al-Lidd*) im Sommer 1948 und bei der *Operation Hiram* im Oktober 1948. Morris führt diese Politik des partiellen „Transfers“<sup>31</sup> der arabischen Bevölkerung auf die Überzeugung David Ben-Gurions zurück, dass die Errichtung eines jüdischen Staates mit einer großen feindlichen Minderheit nicht zu realisieren gewesen wäre:

From April 1948, Ben-Gurion is projecting a message of transfer. There is no explicit order of his in writing, there is no orderly comprehensive policy, but there is an atmosphere of [population] transfer. The transfer idea is in the air. The entire leadership understands that this is the idea. The officer corps understands what is required of them. Under Ben-Gurion, a consensus of transfer is created (...) He understood that there could be no Jewish state with a large and hostile Arab minority in its midst. There would be no such state. It would not be able to exist.<sup>32</sup>

Die Realisierung des zionistischen Projektes in Form der israelischen Staatsgründung basierte demnach auch auf der weit reichenden Zerstörung der Existenz der indigenen palästinensischen Bevölkerung. Allerdings sind große Teile der in Israel politisch Verantwortlichen und der israelischen Öffentlichkeit bis heute nicht bereit, sich mit diesen Aspekten der Staatsgründung und den palästinensischen Erfahrungen von 1948 auseinanderzusetzen. Im Gegenteil haben sich im Kontext der Entwicklungen der *Oktober-Unruhen* jene Stimmen gemehrt, die öffentlich die Legitimität der Palästinenserinnen und Palästinenser als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Frage stellen.<sup>33</sup>

Im palästinensischen Kollektivgedächtnis dagegen nimmt die *Nakba* einen zentralen Stellenwert ein und wird als Inbegriff von Verlust und Zerstörung des „arabischen Palästina“ gesehen. Die *Nakba* bedeutet nicht nur eine historisch-politische Zäsur, sondern wirkt als Trauma fort, das seit Jahrzehnten Ausgangspunkt und Bezugsrahmen palästinensischer Identität und politischen Handelns darstellt. Die fortdauernde Tabuisierung dieser palästinensischen Erfahrung auf Seiten israelischer Politik und Gesellschaft betrachten viele Palästinenserinnen und Palästinenser als großes Defizit und schwere Belastung für die jüdisch-arabische Koexistenz.<sup>34</sup>

Das jüdisch-palästinensische Verhältnis ist insgesamt von einem doppelten Minderheitenkomplex geprägt: Beide Konfliktgruppen verstehen sich – aller-



dings auf unterschiedlichen Ebenen – als Minderheiten.<sup>35</sup> Aus jüdisch-israelischer Sicht stellen Jüdinnen und Juden zwar innerhalb Israels die Mehrheit der Bevölkerung, regional befinden sie sich jedoch im Nahen und Mittleren Osten in der Rolle einer Minderheit. Umgekehrt sind die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb Israels zwar Angehörige der Minderheit, im regionalen Kontext aber Teil der arabischen Mehrheitsbevölkerung. Dieser Minderheitenkomplex geht mit einem doppelten Opferkomplex einher, in dem sich beide Gruppen als Opfer wahrnehmen und mit dieser Haltung ihr politisches Handeln legitimieren.

### Israel als Ethnokratie

Im Jahr 2003 leben 1,3 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel, was fast ein Fünftel der israelischen Gesamtbevölkerung ausmacht.<sup>36</sup> Die meisten von ihnen sind sunnitische Muslime (81 %) oder gehören der christlichen (10 %) oder drusischen<sup>37</sup> Religion (9 %) an. Zwar leben sie über das ganze Land verteilt, Gebiete mit besonders hoher palästinensischer Bevölkerungsdichte sind jedoch Galiläa im Norden Israels, das so genannte Dreieck (*al-Mutallat*) nahe der *Grünen Linie* im Zentrum des Landes und die Negev-Wüste. Die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung wohnt in arabischen Dörfern und kleineren Städten und nur ein vergleichsweise kleiner Teil lebt in den gemischten jüdisch-arabischen Städten wie Akko und Haifa (8 %). 6 % der Palästinenserinnen und Palästinenser lebt in so genannten nicht anerkannten Dörfern (*al-qurā ġair al-mu'taraf bi-hā*), d. h. in Siedlungen, die von staatlicher Seite nicht legalisiert sind und die nicht an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen sind.<sup>38</sup>

Aufgrund der weitgehend durch Segregation geprägten Wohnsituation gibt es nur wenig direkten Kontakt zwischen den Angehörigen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung. Das zweigliedrige israelische Schulsystem, welches hebräischsprachige Schulen für jüdische sowie arabischsprachige Schulen für palästinensische Schülerinnen und Schüler vorsieht, unterstützt diese Verhältnisse. Obwohl an den Schulen Hebräisch bzw. Arabisch als Zweitsprache unterrichtet wird, erschweren sprachliche Defizite zusätzlich die soziale und ethnische Integration. Menschen, die also nicht in gemischten Städten wohnen, lernen Angehörige der anderen Bevölkerungsgruppe erst spät am Arbeitsplatz oder an der Universität kennen.

Die Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ist komplex: Als Staatsbürgerinnen und -bürger profitieren sie – trotz zahlreicher Ein-

schränkungen – von der rechtsstaatlichen Grundstruktur des Staates, von seinen sozialen Sicherungssystemen sowie von der vergleichsweise guten ökonomischen Situation des Landes. Zum anderen leben sie als nicht jüdische Minderheit in einem sich als jüdisch definierenden Staat und sind zudem Teil der palästinensischen Nation, mit der sich Israel seit Jahrzehnten im Konflikt befindet. Die darauf basierende Stigmatisierung als eine zum „Feind“ gehörende Bevölkerungsgruppe (*enemy-affiliated minority*)<sup>39</sup> wird in Teilen der politischen Landschaft Israels und abhängig von der politischen Lage mal mehr, mal weniger explizit formuliert.

Das jüdische Selbstverständnis des Staates, das in der nationalen Geschichtsschreibung, in Gesetzen und Symbolen, in offiziellen Feiertagen, Festen, Liedern und nicht zuletzt in der Nationalhymne zum Ausdruck kommt, reflektiert die Vorrangigkeit ethnisch-religiöser Kriterien gegenüber der zivilen staatsbürgerlichen Anbindung. Anders als in liberalen Demokratien, in denen das Verhältnis zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern über die Staatsbürgerschaft organisiert wird, weist das israelische Regime die Merkmale einer Ethnokratie auf. Als ethnokratisch werden solche Regime bezeichnet, in denen nicht die Staatsbürgerschaft, sondern Ethnizität das entscheidende Kriterium für den Erhalt staatlicher Ressourcen darstellt und in denen die dominante ethnische Gruppe den Staatsapparat stellt, die Politik bestimmt und über Kontrolle von ethnischen Minderheitengruppen ihre eigene Dominanz sichert.<sup>40</sup>

Der „ethnische“ Charakter des israelischen Regimes ist Thema einer seit 1990 von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geführten Debatte.<sup>41</sup> Während ein weitgehender Konsens darüber besteht, dass Israel ein „ethnischer“ Staat ist, in dem der Zugang zu staatlichen Ressourcen über Ethnizität organisiert und in dem die Dominanz einer ethnischen Gruppe institutionalisiert ist, dreht sich die Diskussion vor allem um die Bewertung dieser Situation. Im Mittelpunkt steht also die Frage, ob Israel trotz seiner ethnischen Prägung eine Demokratie ist oder nicht. Mit Blick auf die Möglichkeiten politischer Teilhabe und Gleichberechtigung der nicht dominanten ethnischen Gruppe – der palästinensischen Minderheit – kommt dieser Frage eine grundlegende Bedeutung zu.

Der Soziologe Sammy Smooha gehört zu den prominentesten Vertretern des demokratischen Ansatzes und bezeichnet Israel als „ethnische Demokratie“. In solchen wird ein demokratisches System mit der institutionalisierten Dominanzsicherung der innerhalb des Staates dominanten Bevölkerungsgruppe verknüpft:

The state is considered to be the homeland of the majority and caters primarily to its needs, while it casts doubt on the loyalty of the minority and places it under control in order to prevent disorder and instability. In its democratic qualities, ethnic democracy is a system falling somewhere between consociational and Herrenvolk democracy.<sup>42</sup>

Der Geograph Oren Yiftachel kritisiert diesen Ansatz als Versuch der Legitimation eines in seinen Augen undemokratischen Regimes. Er vertritt die Meinung, dass das israelische System aufgrund der folgenden Merkmale eine Ethnokratie darstellt: der Vorrang von Ethnizität gegenüber der Staatsbürgerschaft; die unvollständige Gewährung politischer und ziviler Rechte für Minderheiten; die Charakterisierung als Siedlergesellschaft und die fehlende Deckungsgleichheit von Staatsgrenzen (*borders*) und staatlichem Einflussbereich (*boundaries*) aufgrund der großen Rolle, die die Diasporagemeinschaft für das israelische System spielt.<sup>43</sup>

In dieser Arbeit wird der Begriff Ethnokratie gewählt, um das Dominanzsystem zwischen ethnischer Mehr- und Minderheit analytisch in den Blick zu nehmen und um darauf hinzuweisen, dass im bestehenden System die Gleichberechtigung der Minderheit deutliche Grenzen hat. Mit der Nutzung des Konzepts der Ethnokratie soll allerdings nicht die Tatsache ignoriert werden, dass es – jenseits dieses zentralen Dominanzsystems – auch innerhalb der jüdisch-israelischen Bevölkerungsmehrheit unterschiedliche ethnische Gruppen sowie eine ethnische Stratifikation gibt.<sup>44</sup>

Der ethnokratische Charakter des Staates spiegelt sich in einer Vielzahl von Gesetzen und Vorschriften wider, die die palästinensische Bevölkerung in ihren Land- und Wohnrechten, ihren sozioökonomischen Rechten und ihren Bildungsrechten strukturell benachteiligt.<sup>45</sup> Zu den Gesetzen, die den Charakter des Staates und sein Verhältnis zu der palästinensischen Bevölkerung in besonderem Maße bestimmen, gehören das *Gesetz über das Eigentum der Abwesenden*, das *Rückkehrrecht* sowie der Teil des Grundgesetzes, der Israel als den Staat des jüdischen Volkes definiert.

Das *Gesetz über das Eigentum der Abwesenden*, das 1950 vom israelischen Parlament verabschiedet wurde, erklärt alle Palästinenserinnen und Palästinenser, die sich zu einem spezifischen Zeitpunkt während des Krieges nicht in ihren Heimatorten aufhielten, sondern geflüchtet waren, zu „Abwesenden“. Diese haben keinerlei Anspruch darauf, Eigentumsrechte oder Kompensationszahlungen geltend zu machen. Allein innerhalb Israels gelten heute rund

280.000 Menschen – Binnenflüchtlinge, die während des Krieges innerhalb Israels vor den Kampfhandlungen geflohen waren sowie ihre Nachkommen – als „Abwesende“.<sup>46</sup> Vor dem Hintergrund dieses Gesetzes ist die Bezeichnung der „anwesenden Abwesenden“ entstanden, die über die juristische Einordnung hinaus die grundlegende Ambivalenz der Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel symbolisiert.

Während den palästinensischen „anwesenden Abwesenden“ die Rückkehr in ihre Dörfer in der Regel verwehrt bleibt, berechtigt das *Rückkehrrecht*, das ebenfalls aus dem Jahr 1950 stammt, weltweit alle Jüdinnen und Juden nach Israel zu immigrieren, die israelische Staatsbürgerschaft zu erlangen und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Eine weitere Bestimmung, die das Verhältnis zwischen Staat und den arabischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in besonderer Weise kennzeichnet, ist die 1985 ins Grundgesetz eingefügte Definition des *Staates Israel als jüdischer Staat* (Zusatz Nr. 9). Laut diesem Gesetz können jene politischen Parteien von der Teilnahme an den Parlamentswahlen ausgeschlossen werden, die implizit oder explizit die Existenz des Staates Israel als jüdischen Staat in Frage stellen, den demokratischen Charakter des Staates leugnen oder rassistisch argumentieren.<sup>47</sup> Damit grenzt es nicht nur den nicht jüdischen Teil der israelischen Bevölkerung aus dem Selbstverständnis des Staates aus, sondern schränkt auch den politischen Handlungsspielraum jener – in der Mehrzahl palästinensischen – politischen Akteure ein, die den ethnokratischen Charakter des Staates kritisieren und für eine Neuorientierung des staatlichen Selbstverständnisses plädieren.<sup>48</sup>

### Formen staatlicher Diskriminierung

Die ethnische Struktur und Organisation des Staates hat neben dem Ausschluss der palästinensischen Bevölkerung aus Selbstverständnis und Selbstdarstellung des Staates konkrete Folgen für die Gestaltung und Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft. Auch wenn hier eine Vielzahl von Faktoren zusammenkommt, die die Möglichkeiten der sozioökonomischen Entwicklung der arabischen Kommunen beeinflussen, und es sicherlich verkürzt wäre, die bestehenden Probleme allein auf die politisch-administrativen Rahmenbedingungen zurückzuführen, so sind diese doch eine entscheidende Ursache für viele Entwicklungshemmnisse. Die Veränderung dieser Rahmenbedingungen, wie sie nach den *Oktober-Unruhen* von einer Gruppe jüdischer und arabischer israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den *Ratschlägen für*

die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel gefordert wurde, könnte auf jeden Fall dazu beitragen, den Handlungsrahmen für die Entwicklung der arabischen Bevölkerung deutlich zu vergrößern.<sup>49</sup>

Besonders offensichtlich zeigt sich die Benachteiligung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre Land- und Wohnrechte.<sup>50</sup> Als Ergebnis umfangreicher Enteignungsmaßnahmen von arabischem Grund und Boden sind heute de facto 93 % des Landes in staatlichem Besitz. Aufgrund der ethnischen Orientierung der *Israeli Land Administration (ILA)* und der *Jewish Agency (JA)*, die mit der Verwaltung des Bodens bzw. der Planung neuer Siedlungen betraut sind und die mit einem komplexen Regelwerk den Kauf von Land für die palästinensische Bevölkerung erschweren, ist es für diese beinahe unmöglich, Land zu kaufen oder zu pachten.<sup>51</sup> So sind auch die neuen Dörfer und Städte, die von der *JA* auf Staatsland geplant werden, ausschließlich jüdischen Israelinnen und Israelis vorbehalten. Eine Folge dieser Politik ist es, dass obwohl sich die palästinensische Bevölkerung seit der Staatsgründung mehr als versechsfacht hat, mit Ausnahme der so genannten Beduinenstädte<sup>52</sup> im Negev, seit 1948 keine neuen arabischen Dörfer und Städte genehmigt wurden. Allerdings wurden seitdem rund 700 neue Ortschaften für jüdische Bewohnerinnen und Bewohner errichtet. Obwohl einige arabische Dörfer mittlerweile semi-urbanen Charakter besitzen, verhinderte diese Landpolitik die Entstehung bzw. Entwicklung von arabischen Städten. Dieses Fehlen urbaner Zentren machen palästinensische Politikerinnen und Politiker mitverantwortlich für die ihrer Meinung nach kulturellen und politischen Defizite der palästinensischen Bevölkerung.<sup>53</sup> Landenteignungen, angedrohte oder durchgeführte Vertreibungen sowie die Weigerung des Staates, die nicht anerkannten Dörfer zu legalisieren, führen zu einer weiteren Verschärfung der Wohnsituation, die nicht nur insgesamt entwicklungshemmend wirkt, sondern darüber hinaus eine Vielzahl ökonomischer und sozialer Probleme nach sich zieht.<sup>54</sup> Dass diese Politik auch innerhalb der staatlichen Instanzen zu Kontroversen führt, zeigt die Entscheidung des *Obersten Gerichtes* vom März 2000, in der der Klage einer arabischen Familie stattgegeben wurde, in der jüdischen Siedlung Katzir – in der Nähe der Stadt Hadera – ein Grundstück zu pachten. Die Entscheidung stellt einen Präzedenzfall in der Geschichte der israelischen Landpolitik dar.<sup>55</sup>

Auch in Bezug auf ihre sozioökonomischen Rechte wird die palästinensische Bevölkerung strukturell diskriminiert. Dies wird vor allem in der ungleichen Budgetierung der arabischen und jüdischen Kommunen deutlich. So er-

halten die arabischen Gemeinden durchgehend geringere staatliche Zuwendungen und werden seltener in Entwicklungsprogramme integriert als jüdische Gemeinden. Obwohl die arabischen Kommunen für ca. 12 % der Bevölkerung zuständig sind, erhielten sie beispielsweise im Jahr 1999 nur 8 % des Gesamtetats der Kommunen. Umgerechnet auf die Gelder, die pro Person zur Verfügung standen, bedeutete dies, dass die arabischen Bürgerinnen und Bürger nur zwei Drittel dessen bekamen, was der jüdischen Bevölkerung zustand.<sup>56</sup> Zwar versprochen in der Vergangenheit unterschiedliche Regierungen, die Budgetierung der arabischen Gemeinden zu verbessern, allerdings handelte es sich dabei um Ankündigungen, die in den meisten Fällen nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden.<sup>57</sup> Unter der Ägide von Ehud Barak von der *Labor Party* (hebr.: *Avoda*), der 1999 im Wahlkampf eine Erhöhung der Budgets versprochen hatte, fielen diese schließlich sogar noch niedriger aus als unter der konservativen *Likud*-Regierung von Benjamin Netanyahu. Die einzige Ausnahme bildete damals der Bildungsbereich.<sup>58</sup>

Die Folgen dieser Diskriminierungen spiegeln sich in den gängigen sozio-ökonomischen Parametern wider. Obwohl der so genannte arabische Sektor in den vergangenen Jahrzehnten eine beträchtliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung erlebte, weist er im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weiterhin die deutlich schlechteren Ergebnisse auf: Zahlen aus dem Jahr 2000 zeigen ein geringeres Einkommen, eine höhere Arbeitslosenrate und einen doppelt so hohen Prozentsatz von Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Von den 32 Kommunen in Israel, in denen die Arbeitslosigkeit mehr als 10 % beträgt, sind 78 % arabische und 22 % jüdische Kommunen.<sup>59</sup>

### 1.3 Stand der Forschung

War die Literatur, die sich mit der palästinensischen Bevölkerung in Israel beschäftigt, lange Zeit und gerade im Verhältnis zu der Fülle wissenschaftlicher Arbeiten zu Israel und Palästina insgesamt relativ überschaubar, so hat sich dies inzwischen geändert. Seit Beginn der 1990er Jahre zeichnet sich hier ein vermehrtes Forschungsinteresse ab, ein Trend, der sich nach den *Oktober-Unruhen* weiter fortsetzte. Dies ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen, die primär im Kontext regionaler politischer Entwicklungen zu suchen sind. Die meisten Forschungsarbeiten zur palästinensischen Minderheit wurden in der Vergangenheit von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt. Im Kontext ihrer intensiven Bearbeitung der verschiedensten Aspekte des israelisch-palästinensischen Konfliktes wurden schließlich auch die Palästi-

nenserinnen und Palästinenser in Israel als Thema „entdeckt“. <sup>60</sup> Nicht wenige Beobachterinnen und Beobachter der politischen Entwicklungen vor Ort halten den innerisraelischen Konflikt sogar für das langfristig wesentlich schwieriger zu regelnde Problem. <sup>61</sup>

Neben den politischen Entwicklungen führten auch Veränderungen in der israelischen Wissenschaftslandschaft zu einem erhöhten Forschungsinteresse. Dazu muss man sich zunächst die traditionell engen Beziehungen zwischen den israelischen Sozialwissenschaften und der ideologischen Basis des israelischen Staates vergegenwärtigen: Die sozialwissenschaftliche Forschung galt lange Zeit als Motor und zugleich als Spiegel des hegemonialen zionistischen Diskurses. Einerseits beteiligte sie sich durch die Bildung von Mythen und Hegemonialansprüchen an der Entwicklung dieses Diskurses. Andererseits maß sie wiederum die Ergebnisse ihrer Forschung an den Maßstäben eben dieses Diskurses. <sup>62</sup> Mit der Entstehung kritischer Strömungen in den israelischen Sozialwissenschaften seit Ende der 1980er Jahre, von denen insbesondere die *neuen Historiker* sowie die *neuen Soziologen* auch über die Grenzen des Landes hinaus bekannt wurden, beurteilte man anhand neu zugänglichen Archivmaterials die traditionelle israelische Historiographie, aber auch andere wissenschaftliche Disziplinen als geprägt von „zionistischen Gründermythen“. Zentrale Aspekte dieser Auseinandersetzung waren und sind bis heute die israelische Staatsgründung 1948, der erste arabisch-israelische Krieg 1948/49 sowie die Hintergründe der palästinensischen Flüchtlingsfrage. <sup>63</sup> Durch diese radikale Selbstkritik, die in Israel nicht als rein akademische Debatte geführt wird, sondern durchaus auch gesellschaftliche und politische Prozesse zu beeinflussen versucht, konnten auch im Bereich der Minderheitenforschung neue Akzente gesetzt werden.

Gleichzeitig betraten in den 1980er Jahren erstmalig in größerer Anzahl palästinensische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die sozialwissenschaftliche Bühne Israels. Diese brachten schon aufgrund ihrer persönlichen Situation und Prägung ein besonderes Interesse an neuen und systemkritischen Forschungsbereichen und Forschungsansätzen zur palästinensischen Minderheit mit. Zu ihnen zählen die Soziologinnen und Soziologen Khawla Abu Baker, Nahla Abdo, Mary Totry, Aziz Haider, Majid al-Haj, Khalil Rinnawi und Nadim Rouhana, die Politikwissenschaftler Nuhad Ali, As'ad Ghanem, Amal Jamal und Ahmad H. Sa'di, der Literaturwissenschaftler Muhammad Amara, der Philosoph Azmi Bishara, der Psychologe Ramzi Suliman sowie der Organisationswissenschaftler Elias Zaidan. <sup>64</sup>

Auf einen umfassenden Literaturüberblick zur palästinensischen Minderheit in Israel wird verzichtet, jedoch jene Studien vorgestellt, die sich konkret mit Formen der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel beschäftigen.<sup>65</sup>

Die meisten wissenschaftlichen Arbeiten konzeptionalisieren die Entwicklung der palästinensischen Zivilgesellschaft als einen Teil der zweigeteilten israelischen Zivilgesellschaft.<sup>66</sup> In *Two Civil Societies and One State: Jews and Arabs in the State of Israel*<sup>67</sup> beschreibt der israelische Politikwissenschaftler Gideon Doron die Wiederbelebung zweier Zivilgesellschaften in Israel, der jüdischen und der palästinensischen, seit den 1970er Jahren. Anfänge ziviler Organisation habe es zwar bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gegeben, allerdings hätte sich diese mit der zunehmenden zionistischen Einwanderung und dem Aufbau politisch-staatlicher Strukturen in Palästina sukzessive aufgelöst bzw. seien zerstört worden. Doron erklärt die Hintergründe für die relativ späte Wiederbelebung der israelischen Zivilgesellschaften mit dem nicht liberalen Charakter des israelischen politischen Systems. Mit Blick auf die Entwicklung der arabischen zivilen Organisationen weist der Autor auf die Folgen des ersten arabisch-israelischen Krieges und die anschließende Militärverwaltung hin, durch die arabisches zivilgesellschaftliches Leben nahezu vollständig zerstört wurde. Traditionelle Familienstrukturen sowie agrarwirtschaftliche Prägung und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten trugen ihren Teil dazu bei, den Aufbau arabischer zivilgesellschaftlicher Strukturen zu behindern. Erst in den 1970er Jahren und aufgrund der veränderten politischen Situation sowie der gesellschaftlichen Kapazitäten waren die Voraussetzungen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Organisationen gegeben.

Die Nahostwissenschaftlerin Angelika Timm hat sich im Rahmen des komparativ angelegten Forschungsprojektes „Zivilgesellschaft und Transformationsprozesse im Nahen Osten“<sup>68</sup>, das an der *Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients* an der *Freien Universität Berlin* durchgeführt wurde, intensiv mit der israelischen Zivilgesellschaft beschäftigt.<sup>69</sup> In ihrem Aufsatz *Israeli Civil Society: Historical Development and New Challenges*<sup>70</sup>, in dem Timm die Ergebnisse ihrer Forschung präsentiert, zeigt sie die historischen Ursprünge der israelischen Zivilgesellschaft zur Zeit des *Britischen Mandats* und diskutiert zentrale Aspekte und Diskurse der gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Akteure. Auch Timm geht von der These aus, dass sich in Israel zwei Zivilgesellschaften etabliert haben; die rasante quantitative Zunahme arabischer Organisationen in den 1990er Jahren führt die Autorin einerseits auf den so genannten Palästinisierungsprozess und auf die zunehmende Frustration der Minderheit über



den Staat zurück. Andererseits erklärt sie die Entwicklung auch mit Blick auf den Transformationsprozess, der sich auf die gesamte israelische Gesellschaft auswirkt. Hier betont die Autorin insbesondere die Einflüsse von Pluralisierung und Modernisierung.

Der Politikwissenschaftler Oliver Schmolke untersucht in seinem Aufsatz *Der israelische Staat und seine zivilen Gesellschaften: Nationaler Antagonismus versus friedliche Pluralität*<sup>71</sup> die Genese und Entwicklung der jüdischen und palästinensischen Zivilgesellschaften Israels. Er erklärt die Hintergründe für die Abgrenzungstendenzen, die sich in den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Minderheit widerspiegeln, als „Mechanik der Dissoziation“. Dabei reagiere die palästinensische Minderheit auf die negative Fremdwahrnehmung seitens der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft mit Abgrenzungstendenzen in Form eigener Institutionenbildung.

Von den palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die politischen Parteien am ausführlichsten dokumentiert.<sup>72</sup> Besonders As'ad Ghanems *The Palestinian-Arab Minority in Israel 1948-2000: A Political Study*<sup>73</sup> liefert eine fundierte Beschreibung und Analyse der vier wesentlichen politischen Strömungen, nämlich der israelisch-arabischen, der kommunistischen, der nationalen und der islamischen von deren Entstehung bis zum Jahr 2000.

Es gibt nur wenige wissenschaftliche Arbeiten zu palästinensischen Vereinen und NGOs. Zwar weisen einige Autorinnen und Autoren in ihren Texten über die politische Entwicklung der palästinensischen Minderheit auf deren gesellschaftliche Selbstorganisation in Form von Vereinen hin, häufig jedoch deskriptiv und mit wenig empirischer Tiefe.<sup>74</sup>

Ausführlich palästinensischen Vereinen widmet sich dagegen die Ethnographie *Citizens Apart: A Portrait of the Palestinians in Israel*<sup>75</sup> von Nadia Hijab und Amina Minns. Die Studie, die den Zusammenhang zwischen der Entwicklung palästinensischer Identität und dem Aufbau palästinensischer Graswurzel-Organisationen untersucht, geht von der These aus, dass die palästinensische Bevölkerung Israels einen ähnlichen Prozess der Identitäts- und Institutionenbildung durchläuft wie zuvor die Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen. Der Aufbau von Vereinen und Initiativen diene dabei sowohl der Bestätigung (*affirmation*) einer palästinensischen Identität als auch deren Stärkung (*reinforcement*).

Der palästinensische Politikwissenschaftler As'ad Ghanem und der palästinensische Organisationsberater Elias Zaidan haben mit *Patterns of Giving and Volunteering of the Palestinian Arab Population in Israel* die bislang einzige em-

pirische Studie über ehrenamtliches Engagement von Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel erstellt.<sup>76</sup> Sie entstand im Jahr 2000 im Rahmen der Forschungsarbeiten des *Israeli Center for Third Sector Research* an der *Ben-Gurion University of the Negev* in Beer-Sheva. Mit diesem Fokus beleuchtet die Studie zwar einen zentralen Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements, die soziopolitische Bedeutung von Vereinen und NGOs bleibt jedoch weitgehend ausgeblendet.

Aus organisationstheoretischer Perspektive werden palästinensische NGOs in Elias Zaidans Dissertation *Competences of the Leaders of Palestinian Community-Based Non-Governmental Organization in Israel – a Prospective Approach*<sup>77</sup> analysiert. Vor dem Hintergrund der komplexen soziopolitischen Situation, in der die palästinensischen NGOs in Israel agieren, geht die Arbeit der Frage nach, welche Kompetenzen Führungskräfte von NGOs besitzen müssen, um die Organisationen nach innen und außen erfolgreich leiten zu können.

Zunehmend mehr wissenschaftliche Beachtung finden darüber hinaus drei Subkategorien der palästinensischen Zivilgesellschaft: Dazu zählt zum einen die palästinensische Frauenbewegung, die sich hauptsächlich in Form von NGOs, aber auch in parteipolitischen Kontexten konstituiert.<sup>78</sup> Zum anderen sind es jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die innerhalb Israels im Bereich des jüdisch-palästinensischen Dialogs tätig sind.<sup>79</sup> Weiterhin sind in den letzten Jahren einige Studien erschienen, die sich mit islamischen Strukturen und Organisationen in Israel beschäftigen.<sup>80</sup>

Neben diesen Arbeiten zur palästinensischen Zivilgesellschaft liegen einige Untersuchungen vor, die sich mit Protest- und Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel beschäftigen. In *Copying the Master? Patterns of Israeli Arab Protest, 1950-1990*<sup>81</sup> zeigt Sam Lehman-Wilzig die Parallelen zwischen dem Protestverhalten der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung. Mit einer zeitlichen Verzögerung von fünf bis zehn Jahren folgten die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel den Protestformen der jüdischen Bevölkerung.

In *Minority Protest and the Emergence of Ethnic Regionalism: Palestinian-Arabs in the Israeli 'Ethnocracy'*<sup>82</sup> konzeptionalisiert der israelische Geograph Oren Yiftachel das Protestverhalten der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel als ethnischen Protest einer *homeland-minority* im Kontext der israelischen Ethnokratie. Mit Rückgriff auf raumtheoretische Ansätze beschreibt er die Entwicklung palästinensischer Proteste, die er hauptsächlich anhand des Streikverhaltens in den Jahren 1975 bis 1991 analysiert, als eine Reaktion auf

nationale Themen, sozioökonomische Missstände sowie auf die israelische Stadt- und Landplanungspolitik (*planning*).

Ahmad H. Sa'di untersucht in *Control and Resistance: Two Dimensions of Palestinians' Existence in Israel*<sup>83</sup> unterschiedliche Formen palästinensischer Oppositionskultur in Israel. Dabei stellt der palästinensische Politikwissenschaftler aus Israel die Zugehörigkeit palästinensischer NGOs und anderer Repräsentationskomitees zur Zivilgesellschaft grundsätzlich in Frage. Während erstere zu sehr von ausländischen Geldgebern abhängig seien, um tatsächlich Widerstand organisieren zu können, seien letztere häufig primordial geprägt und damit gar nicht Teil der Zivilgesellschaft. Möglichkeiten des Widerstandes verortet der Autor vielmehr auf der Ebene des alltäglichen Lebens, in Form von informellen Bildungsinhalten, Volksliedern und Sprichwörtern.

#### 1.4 Methodik der Feldforschungen

Der empirische Teil der Arbeit basiert im Wesentlichen auf Erfahrungen und Ergebnissen zweier Forschungsaufenthalte, die ich von März bis Mai 2000 in Israel und in der Westbank sowie von Januar bis Mai 2001 in Israel durchführte.<sup>84</sup> Damit wurde an zahlreiche vorherige Reisen nach Israel und in die palästinensischen Gebiete angeknüpft, die 1987 mit einem 18-monatigen Friedensdienst im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* (ASF) in dem drusischen Dorf Yirka im Norden Israels ihren Anfang genommen hatten.

#### Qualitative Sozialforschung in Israel

Die erste Feldforschung diente hauptsächlich der Kontaktaufnahme zu relevanten Personen und Institutionen sowie der Diskussion und Konkretisierung des Forschungsdesigns. Dazu führte ich sowohl Gespräche mit Repräsentantinnen und Repräsentanten unterschiedlicher palästinensischer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen – vor allem innerhalb Israels, aber zum Teil auch in der Westbank – als auch mit jüdischen und palästinensischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mit der palästinensischen Minderheit in Israel beschäftigen. Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Situation sowie der empirisch ausgerichteten Arbeitsweise war der Aufbau eines personellen Netzwerkes wichtig, auf das im Verlauf der weiteren Forschungsarbeit zurückgegriffen werden konnte. In diesem Zusammenhang erwies sich die Möglichkeit, während beider Aufenthalte in dem palästinensischen Forschungszentrum *Galilee Center for Social Research* (*Markaz al-Ġalīl li-l-Abḥāt al-Iġtimā'īya*; GCSR) in Haifa arbeiten zu können, als sehr hilfreich.

Im Mittelpunkt der zweiten Feldforschung stand die praktische Durchführung mittels (qualitativer offener) Interviews und (teilnehmender) Beobachtung. Die Gespräche mit Leiterinnen und Leitern bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern palästinensischer NGOs sowie mit Vertreterinnen und Vertretern palästinensischer politischer Parteien dauerten durchschnittlich 90 Minuten, waren auf der Basis von Leitfragen strukturiert, primär thematisch ausgerichtet, jedoch flossen lebensgeschichtliche Aspekte je nach Gesprächspartner und Gesprächssituation mit ein. Um neben der Innenansicht der Akteure auch eine äußere Einschätzung der Situation zu erhalten, führte ich darüber hinaus etliche Gespräche mit israelischen und palästinensischen Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, NGO-Expertinnen und -Experten, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher politischer Stiftungen, die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit arabischen Partnerorganisationen in Israel kooperieren. Der Großteil der Interviews und Gespräche wurde digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert; war ein Mitschnitt nicht möglich, wurden die Inhalte mithilfe von Gesprächsnotizen protokolliert.<sup>85</sup> Geographisch konzentrierte ich mich bei der Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auf die gemischten bzw. palästinensischen Städte im Norden Israels, hauptsächlich auf Haifa, Nazareth und Shafa'amr (*Šafā'amar*), den Zentren palästinensischen sozialen, kulturellen und politischen Lebens.

Zuhören und die Menschen selbst zu Wort kommen lassen ist der Leitgedanke der vorliegenden Arbeit. Dazu gehörte, sich der komplexen Wirklichkeit der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel anzunähern, offen zu sein für Unerwartetes und auch Widersprüche anzunehmen. Vor allem während vieler Gespräche vor Ort, aber auch bei der Lektüre der Literatur und beim späteren Schreiben dieser Studie wurde ich häufig an die Worte des israelischen Schriftstellers David Grossman in seinem Buch *Der geteilte Israeli. Über den Zwang, den Nachbarn nicht zu verstehen* erinnert:

Nach einem Monat mit Begegnungen und Gesprächen wusste ich bereits, dass ich fast immer eine Antwort erhalten würde, die ich nicht erwartete. Die Situation des in Israel lebenden Arabers ist so kompliziert und verfahren, dass ich aufhören musste, im Voraus etwas wissen zu wollen, und ab jetzt nur noch zuzuhören hatte, um diese Kompliziertheit ans Licht dringen zu lassen, dass ich versuchen musste, ihr Platz einzuräumen.<sup>86</sup>

Die Interviews mit den politischen Aktivistinnen und Aktivisten waren von Schwierigkeiten begleitet, die auch aus anderen Studien mit ähnlichem Fokus bekannt sind.<sup>87</sup> Es stellte sich die Frage, wie man innerhalb akteurszentrierter Ansätze die Sicht dieser in den Mittelpunkt stellen kann, ohne für politische Interessen und Belange instrumentalisiert zu werden und eventuelle Stereotype und Vereinfachungen zu reproduzieren. Gleichzeitig sollte aber auch ein schnelles Urteil über das politische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser, wie es die Literatur zur Genüge anbietet, vermieden werden. Ich versuche deshalb bei der Darstellung und Analyse der Daten, für die ich mich als Autorin verantwortlich zeichne, die Zusammenhänge, in denen meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ihre Aussagen machten, stets zu verdeutlichen. Dies gilt insbesondere für jene Interviews, die ich nach den *Oktober-Unruhen* führte, und die sehr von der Angst und der tiefen Verunsicherung geprägt waren, die diese Ereignisse bei der palästinensischen Bevölkerung ausgelöst hatten.

Neben den Interviews stellte die teilnehmende Beobachtung eine weitere Säule der Feldforschungen dar. Ich nahm an verschiedenen Veranstaltungen palästinensischer Organisationen teil, besuchte Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen und kulturelle Festivitäten. Darüber hinaus war ich bei Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen präsent, besuchte nicht anerkannte Dörfer sowie Ruinen zerstörter arabischer Dörfer.

Wohnort während beider Feldforschungsaufenthalte war Haifa, also die Stadt, die in Israel als besonders tolerant und friedlich gilt und in der das Zusammenleben von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung vergleichsweise gut funktioniert.<sup>88</sup> Während meines ersten Aufenthaltes wohnte ich in einem Wohnheim für arabische Studentinnen im Hafenviertel der Stadt, den zweiten, in Begleitung meiner Familie, verbrachten wir in einem alten arabischen Haus in der Abbas Straße in einem der arabisch geprägten Wohnviertel Haifas. Die Wohnsituation in dieser Straße unterstützte die Forschungstätigkeit positiv, da viele der politisch und zivilgesellschaftlich Aktiven in dieser Gegend wohnten und sich auf diese Weise schnell ein wertvolles Netzwerk von Kontakten entwickelte.

Die gewählte Methodik, die Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die Aktivitäten im Bereich der teilnehmenden Beobachtung sowie Wohnort und Wohnumfeld während der Forschungsaufenthalte, all diese Faktoren trugen dazu bei, die palästinensische Sichtweise und Wahrnehmung in den Mittelpunkt zu stellen. Mir ist bewusst, dass diese Perspektive nur die

eine Seite der Geschichte widerspiegelt und dass die Mehrheit der jüdischen Israelinnen und Israelis die Dinge anders erzählen würde. Die doppelte Bedeutung von Geschichte und Geschichten, von Wahrnehmungen und vermeintlichen Wahrheiten zeigt Aspekte, die zum Kern ethnopolitischer Konflikte gehören. Für Israel und Palästina gilt dies in besonderem Maße. Der palästinensische Soziologe Nadim Rouhana wies darauf hin, dass jemand, wenn er in arabischer Begleitung Israel bereisen würde, ein vollkommen anderes Land präsentiert bekäme, als jemand, der mit jüdischen Begleitern unterwegs wäre: „If a foreigner went on a tour of the country with an Arab citizen, he or she would receive a version of political history and descriptions of places, cities, and geography distinct from those he or she would receive from a Jewish citizen.“<sup>89</sup> Das trifft auch für die vorliegende Arbeit zu, die – um im Bild zu bleiben – von einer Reise durch Israel mit Palästinenserinnen und Palästinensern berichtet.

### Einfluss der politischen Lage auf die Feldforschungen

Meine Arbeit an der Studie war über den gesamten Zeitraum von der angespannten politischen Lage in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten überschattet. Mit dem Scheitern des Friedensprozesses und der erneuten Eskalation der Gewalt im Herbst 2000 erlosch die Hoffnung auf eine baldige Befriedung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Stattdessen überschlugen sich die Ereignisse in der Westbank und im Gazastreifen und die Gewaltspirale begann, sich immer schneller zu drehen. Den Nachrichten über palästinensische Selbstmordanschläge folgten die über die so genannten israelischen Vergeltungsschläge. Die Zahl der Toten und Verletzten beider Seiten stieg in dieser Zeit rapide an, gegeneinander aufgerechnet in einer Arithmetik der Gewalt. Auch die Zahl derer nahm zu, die keine Bleibe mehr hatten, weil ihre Häuser von Bulldozern zerstört worden waren sowie derjenigen, die sich aus Angst vor Anschlägen kaum mehr auf die Straße trauten. Auch traten massive psychische und psychosomatische Erkrankungen und Traumatisierungen auf, die israelische und palästinensische Fachleute als Folgen der Gewalterfahrungen diagnostizierten.

Unmittelbar nach dem Beginn der zweiten *Intifada*<sup>90</sup> in der Westbank und im Gazastreifen Ende September 2000 eskalierten Anfang Oktober auch innerhalb Israels die Auseinandersetzungen zwischen jüdischem Staat und palästinensischer Minderheit in den so genannten *Oktober-Unruhen*. Dabei wurden 13 palästinensische Bürger von der israelischen Polizei getötet, Hunderte verletzt und mehr als 700 Palästinenserinnen und Palästinenser verhaftet. Im An-

schluss an die *Oktober-Unruhen* nahmen rassistisch motivierte Übergriffe und Diskriminierungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung deutlich zu.

Bereits in den vorangegangenen Monaten vor Ort hatte sich die Situation zugespitzt und es war wiederholt zu Übergriffen israelischer Sicherheitsleute auf palästinensische Bürgerinnen und Bürger gekommen. So musste im März des Jahres 2000 die zentrale Veranstaltung zum *Tag des Bodens* (*yaum al-ard*) in dem Dorf Sakhnin abgebrochen werden, nachdem die Polizei bei dem Versuch, palästinensischen Jugendlichen, die den Zaun eines militärischen Sperrgebiets einreißen wollten, Einhalt zu bieten, gescheitert und dann mit Tränengas und Schüssen gegen die gesamte Menschenmenge vorgegangen war.<sup>91</sup> Am *Tag des Bodens* wird alljährlich an die Ereignisse des 30. März 1976 erinnert, an dem als Protest gegen die Konfiszierung von Land und Boden in der palästinensischen Bevölkerung Israels erstmals ein Generalstreik ausgerufen worden war. Der Streik wurde damals von Demonstrationen gegen die israelische Landpolitik begleitet, bei denen sechs palästinensische Demonstranten von israelischen Sicherheitskräften getötet und rund Hundert verletzt worden waren.



Abb. 1: Demonstration anlässlich des *Tag des Bodens*  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Der *Tag des Bodens* zählt zu den wichtigsten Symbolen des palästinensischen Widerstandes in Israel.<sup>92</sup> Da die Veranstaltungen zu diesem Tag normalerweise friedlich verlaufen und eher Familienausflügen als politischen Protestveranstaltungen gleichen, war diese Konfrontation, zusammen mit den Studentenprotesten an der Universität Haifa im gleichen Zeitraum, ein Signal zunehmender Konflikteskalation innerhalb Israels.<sup>93</sup>

Mein zweiter Forschungsaufenthalt, der nur kurze Zeit nach den *Oktober-Unruhen* begann, stand daher ganz im Zeichen dieser politischen Krise. Die Kluft zwischen der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung hatte sich wesentlich vertieft, die israelische Linke und besonders die Friedensbewegung schienen bis auf wenige Ausnahmen paralysiert zu sein. Auch meine Interviewpartnerinnen und -partner standen noch sehr unter dem Eindruck der Krise, sie hatten zum Teil an den Demonstrationen teilgenommen oder waren als Medienleute, Menschenrechtsaktivisten oder Helfer in die Ereignisse involviert. Entsprechend großen Raum nahm *Oktober*, wie die Unruhen von vielen kurz genannt werden, daher auch in unseren Gesprächen und Treffen ein. Obwohl die Bedeutung der Unruhen unterschiedlich eingeschätzt wurde, hatten sie bei allen Befragten große Verunsicherung und Angst ausgelöst. Sie fühlten sich vor allem durch die offen rassistische Stimmung, die seitdem in Israel herrschte, bedroht. Diese zeigte sich in verbalen Beleidigungen und Handgreiflichkeiten gegenüber palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern und reichte bis hin zu Vandalismus und Beschädigung arabischer Häuser und Läden. Untersuchungen zu der Zeit nach *Oktober* zeigen, dass rassistisch motivierte Äußerungen und Handlungen nicht nur auf der Straße, im Fußballstadion und im Internet zur Normalität gehörten, sondern auch in der Presse, an den Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen sowie in Teilen der Kunstszene weit verbreitet waren. Insbesondere nach palästinensischen Selbstmordanschlägen kursierten Flugblätter, die dazu aufriefen, nicht in arabischen Läden einzukaufen,<sup>94</sup> und die seitdem in der israelischen Gesellschaft diskutierte Möglichkeit einer Vertreibung („Transfer“) der arabischen Bevölkerung aus Israel spielte in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Laut Umfragen der Universität Tel Aviv befürworteten im März 2002 31 % der jüdischen Israelinnen und Israelis den „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung, 60 % begrüßten Maßnahmen, mit denen die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger ermutigt würden, das Land zu verlassen und 80 % sprachen sich dafür aus, der palästinensischen Bevölkerung das Mitspracherecht in Angelegenheiten von nationaler Wichtigkeit vorzuenthalten.<sup>95</sup>



Für die vorliegende Analyse ist das Wissen um den geschilderten Krisen-Kontext wichtig, da die meisten Interviews zu einem Zeitpunkt geführt wurden, als der Schock von *Oktober* noch sehr präsent und die Situation insgesamt von einem hohen Maß an Unsicherheit und Konfusion geprägt war. Obwohl die Interviews in erster Linie diese konkrete Situation widerspiegeln und in diesem Zusammenhang zu verstehen sind, weisen sie über die konkrete Krisenerfahrung hinaus auf die strukturellen Bedingungen von Ausschluss und Diskriminierung der palästinensischen Minderheit in Israel hin.

Die politische Lage beeinflusste selbstverständlich auch die dieser Publikation zugrunde liegende Forschungstätigkeit. Hatte ich ursprünglich zu den translokalen palästinensisch-palästinensischen Beziehungen über die *Grüne Linie* (*al-ḥaṭṭ al-abḍar*) hinaus, wie die ehemalige Demarkationslinie von 1949, die das israelische Kernland von der Westbank trennt, genannt wird, arbeiten wollen, so zeigte sich sehr bald, dass dies aus mehreren Gründen nicht realisierbar war. Zum einen stellte sich heraus, dass die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteure sich deutlich im israelischen Kontext verorteten und sie auch hauptsächlich in diesem Rahmen argumentierten. Zum anderen waren die Beziehungen, die es bis dato über die *Grüne Linie* hinaus gegeben hatte, seit Oktober 2000 beinahe vollständig zum Erliegen gekommen, da es für israelische Bürger, mit Ausnahme der Siedler, gesetzlich verboten war, in die Westbank bzw. in den Gazastreifen einzureisen. Gleichzeitig stellten die Entwicklungen der palästinensischen Zivilgesellschaft innerhalb Israels eine solche Herausforderung dar, dass ich meinen Arbeitsschwerpunkt auf eben diesen Kontext verlagerte, ohne dabei jedoch die translokale Forschungsperspektive aus den Augen zu verlieren.

### 1.5 Aufbau der Arbeit

Aus der Fragestellung und den skizzierten theoretischen Überlegungen ergeben sich für den Aufbau der Arbeit 5 Teile: die Einleitung und der theoretische Rahmen (Teil I), die Darstellung der Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft (Teil II), die Analyse der Bedingungen ethnopolitischen Handelns in den 1990er Jahren sowie in den Jahren 2000-2003 (Teil III), die Untersuchung zentraler Handlungsfelder und Handlungsstrategien der NGOs (Teil IV) sowie die Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Arbeit (Teil V).

Der erste Teil gliedert sich in zwei Kapitel. Nach der Einleitung (Kapitel 1) folgen die theoretischen und definatorischen Überlegungen, die die Arbeit lei-

ten (Kapitel 2). Dazu wird in einem ersten Schritt die Theorie ethnopolitischen Handelns dargestellt, die sich mit den Bedingungen beschäftigt, die ethnopolitische Aktivitäten ermöglichen bzw. intensivieren. Aufgrund der speziellen Bedeutung von grenzüberschreitenden zivilgesellschaftlichen Konfigurationen und Identitäten in Bezug auf die palästinensische Bevölkerung in Israel folgt ergänzend eine Einführung in die Ansätze der Translokali-täts- und Transnationalismusforschung. Anschließend werden die Konzepte von Zivilgesellschaft und NGOs als organisatorischem Rahmen, in dem ethnopolitisches Handeln stattfindet, dargestellt.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der politischen Entwicklung der palästinensischen Minderheit in Israel aus vornehmlich historischer Perspektive. Aufgrund des reziproken Verhältnisses von kollektiver Identität und zivilgesellschaftlicher Organisation wird zunächst die Entwicklung des kollektiven Selbstverständnisses der palästinensischen Bevölkerung skizziert (Kapitel 3). Im Anschluss daran werden die zentralen zivilgesellschaftlichen Akteure wie politische Gruppierungen, Parteien und Studentenorganisationen (Kapitel 4) sowie Vereine und NGOs (Kapitel 5) dargestellt.

Im Mittelpunkt des dritten Teils steht die Frage nach den Faktoren, die das ethnopolitische Verhalten der Palästinenserinnen und Palästinenser vor dem Hintergrund der tief greifenden regionalen Veränderungen in den 1990er Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends geprägt haben. Unter Fruchtbarmachung der theoretischen Überlegungen werden die empirischen Daten insbesondere mit Blick auf die Ausprägung der ethnokulturellen Identität (Kapitel 6), auf die vorhandenen Kapazitäten der Gruppe (Kapitel 7), auf die Anreize und Handlungsrahmen (Kapitel 8) sowie auf das Vorhandensein politischer Möglichkeiten und Hindernisse (Kapitel 9) analysiert. Der Einfluss der *Oktober-Unruhen* auf die palästinensische Ethnopolitik wird in einem separaten Kapitel (Kapitel 10) erörtert.

Der vierte Teil fokussiert schließlich die konkreten Aktivitäten palästinensischer NGOs. Anhand von ausgewählten Fallbeispielen werden die zentralen Handlungsfelder und Handlungsstrategien der Organisationen beleuchtet. Dazu zählen die Bereiche Landpolitik (Kapitel 11), Bürger- und Menschenrechte (Kapitel 12), Wissenschaft, Forschung und Kultur (Kapitel 13) sowie Frauen (Kapitel 14). Zum besseren Verständnis der NGO-Tätigkeiten werden weitere Hintergrundinformationen zu den jeweiligen Sektoren und ihren spezifischen Problematiken gegeben und damit die einleitend gegebenen Daten zur Situation der palästinensischen Minderheit kontinuierlich ergänzt.

Der fünfte Teil der Arbeit beinhaltet die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der NGOs (Kapitel 15). Abschließend werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und diskutiert und ihre Bedeutung über das Fallbeispiel hinaus dargelegt (Kapitel 16).

### Anmerkungen

- 1 Die arabischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels bezeichnen sich seit den 1980er Jahren mehrheitlich als „Palästinenserin“ bzw. „Palästinenser“ bzw. „Palästinenserin/Palästinenser in Israel“. Der Anteil der Bevölkerung, der diese Selbstbezeichnungen wählt, ist seit 1967 stetig gestiegen. In der israelischen Verwaltung und Öffentlichkeit dominiert dagegen die Bezeichnung „arabische Israelin“ bzw. „arabischer Israeli“. Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Selbstbezeichnung der Menschen und spricht von „Palästinenserinnen“ und „Palästinensern“. Zur Differenzierung der palästinensischen Bevölkerungsgruppen in den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens sowie in der Diaspora wird die Ortsbezeichnung genannt. Zu Formen und Bedeutungen der Selbstbezeichnung der palästinensischen Bevölkerung in Israel siehe Rouhana 1997, S. 111ff.
- 2 Vgl. Interview mit Ismail, Haifa, 2001. Für eine ausführliche Darstellung und Diskussion der Oktober-Unruhen siehe Kapitel 10.
- 3 Der Begriff Intifada (*intifāda*) stammt von der arabischen Wurzel *nafaḍa* (schütteln, abschütteln) und bezieht sich auf das Abschütteln der israelischen Besatzung der Westbank und des Gazastreifens. Als Intifada wird sowohl der Volksaufstand der Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten Gebieten zwischen 1987 und 1991 bezeichnet als auch die militärische Konfrontation in den Palästinensischen Autonomiegebieten in den Jahren 2001 bis 2004.
- 4 Vgl. Adalah Review, Vol. 3, S. 2. Für eine Chronologie der Oktober-Unruhen siehe ebd., S. 2ff.; Ha'aretz, English Edition, 01.09.2003. Während der Unruhen wurden auch einige jüdische Sicherheitsleute sowie Bürgerinnen und Bürger verletzt. Außerdem wurden mehrere Hundert jüdische Israeli, die sich nach den Demonstrationen an Ausschreitungen gegen Angehörige der palästinensischen Bevölkerung beteiligt hatten, verhaftet.
- 5 Zum Einfluss der Oktober-Unruhen auf das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel siehe Kapitel 10.2.
- 6 Die Zugehörigkeit politischer Parteien zur Zivilgesellschaft ist nicht unumstritten. Aufgrund der in der Regel deutlichen Distanz arabischer Par-

teien zum israelischen Staat erscheint es jedoch gerechtfertigt, sie in der vorliegenden Arbeit als zivilgesellschaftliche Akteure zu betrachten. Zum Begriff der Zivilgesellschaft, der dieser Arbeit zugrunde liegt, siehe Kapitel 2.2.

- 7 Vgl. Ghanem/Zaidan 2000, S. 14.
- 8 Als „Minderheit“ gelten Bevölkerungsgruppen, die 1. im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (meist) numerisch unterlegen sind; 2. die eine nicht dominante Stellung innerhalb des Staates einnehmen; 3. die über ethnische, religiöse oder sprachliche Gemeinsamkeiten verfügen und die 4. die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltsstaates besitzen. Vgl. Deschenes 1985; Capotorti 1977.
- 9 Vgl. Smooha 1997, S. 283.
- 10 Vgl. Yiftachel 2000, S. 152. Als *homeland-minority* werden nicht migratorische ethnische Minderheitengruppen bezeichnet, deren Situation mit den Worten des amerikanischen Soziologen Roger Brubaker davon geprägt ist, dass „(...) state borders having migrated over them, rather than the other way round.“ Brubaker 1993, S. 2. Für eine Diskussion der Begrifflichkeiten Heimatland und Minderheit siehe Brubaker 1993 sowie die Ausführungen in Kapitel 2.
- 11 Zuckermann 2003, S. 47.
- 12 Siehe dazu auch die Ausführungen in Endnote 1.
- 13 Für die Diskussion des Konzepts der Zivilgesellschaft siehe Kapitel 2.2.
- 14 Der Terminus Grüne Linie bezeichnete ursprünglich die Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Jordanien in den Jahren von 1948 bis 1967 und ist heute die gängige Bezeichnung für die Grenze zwischen dem israelischen Kernland und dem Westjordanland.
- 15 Vgl. Emcke 2000, insbesondere S. 260-264.
- 16 Vgl. Brubaker 1993.
- 17 Unter Widerstand und Protest sind in dieser Arbeit alle – im Wesentlichen gewaltfreien – individuellen und kollektiven Aktivitäten zu verstehen, die sich gegen den Staat bzw. das politische System oder gegen den soziopolitischen Status quo richten. Widerstand und Protest sollen eine Veränderung staatlicher Politik gegenüber der widerständigen und protestierenden Gruppe bewirken. Vgl. Yiftachel 2000, S. 147. Zu Protest siehe außerdem die Ausführungen in Kapitel 2.1.
- 18 Für die politische Rolle palästinensischer NGOs in der Westbank und im Gazastreifen siehe den Beitrag von Hassassian 2002.

- 19 Vgl. Schmid 1993.
- 20 Die Bevölkerung setzte sich in den Jahren 1850 und 1914 wie folgt zusammen: Bei einer Gesamtbevölkerung von 340.000 bzw. 722.000 Menschen waren 300.000 bzw. 602.000 muslimische (und drusische) Araber, 27.000 bzw. 81.000 christliche Araber und 13.000 bzw. 39.000 Juden. Die Zahlenangaben basieren auf Krämer 2002.
- 21 Zur Bevölkerungsentwicklung während des Britischen Mandats siehe Krämer 2002, S. 217.
- 22 Zur Teilung Palästinas siehe ausführlich Pappé 2004a; 1999b; 1992; Krämer 2002; Rogan/Shlaim 2001; Shlaim 2000; 1988; Hollstein 1984.
- 23 Vgl. Shlaim 2000; 1998.
- 24 Vgl. Pappé 1992.
- 25 Tiberias wurde am 19. April, Haifa am 22. April, Jaffa am 28. April, die arabischen Viertel der Jerusalemer Neustadt am 30. April, Beisam am 8. Mai, Safad am 10. Mai und Akko am 14. Mai 1948 von der Haganah eingenommen. Zur ersten inoffiziellen Kriegsphase siehe vor allem Shlaim 2000, S. 30ff.
- 26 Zur politischen Organisation der internen Flüchtlinge siehe Kapitel 11.1.
- 27 Vgl. Mossawa Center 2001, S. 4.
- 28 Vgl. Shlaim 2000, S. 31. Zur israelischen Landpolitik siehe ausführlich Kapitel 11 dieses Buches. Zur Entstehung der palästinensischen Flüchtlingsproblematik in der israelischen und palästinensischen Historiographie siehe El-Maneie 1998.
- 29 Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang Pappé 2004a. In seinem jüngsten Buch versucht der Politologe, der an der Haifa Universität unterrichtet, ein alternatives Narrativ zu den bestehenden israelischen und palästinensischen Selbstdarstellungen zu entwickeln, wozu er auch Ähnlichkeiten und Überschneidungen in den Blick nimmt.
- 30 Vgl. Morris 1988.
- 31 Zum Konzept des „Transfer“, wie die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Israel im israelischen Politjargon umschrieben wird, siehe die Studien von Blecher 2002; Masalha 1992.
- 32 Shavit 2004.
- 33 Vgl. Shavit 2004; Sultany 2003; Blecher 2002. Für große Aufregung sorgte in diesem Zusammenhang auch ein Interview mit Benny Morris in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz. In einem Gespräch mit dem Journalisten Ari Shavit rechtfertigte er – der bis dahin als einer der größten

Kritiker israelischer Politik galt – die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Kontext des ersten Nahostkrieges als notwendige Voraussetzung für die Errichtung des Staates Israel; vgl. Shavit 2004. In einer Stellungnahme zum Interview revidierte Morris später einige seiner Aussagen und kritisierte zudem die Zeitung, Teile des insgesamt 7-stündigen Gesprächs aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt zu haben. Er sprach sich zudem deutlich gegen die Option der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus der Westbank, aus dem Gazastreifen und aus Israel aus. Vgl. Morris 2004.

- 34 Allerdings existieren in Israel sowohl auf jüdischer als auch auf arabischer Seite Initiativen, die sich mit dem Leid und den traumatischen Erfahrungen des jeweils „Anderen“ beschäftigen. Für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust bzw. mit der Nakba besuchen arabische Gruppen ehemalige Konzentrationslager und jüdische Gruppen fahren zu den Ruinen zerstörter arabischer Dörfer in Israel. Für die Aktivitäten und Forderungen der israelischen Gruppe Zochrot, die sich für eine stärkere Auseinandersetzung mit der Nakba in der israelischen Öffentlichkeit einsetzt, siehe [www.nakbainhebrew.org](http://www.nakbainhebrew.org). Siehe auch Badil, Presseerklärung vom 30.03.2004, [www.badil.org/Publications/Press/2004/press342-04.htm](http://www.badil.org/Publications/Press/2004/press342-04.htm). Einen guten Einblick in die Debatte über das Verhältnis der arabischen Welt zur Shoa gibt Zimmer-Winkel 2000. Für die palästinensische Perspektive siehe insbesondere die Beiträge von Edward Said und Azmi Bishara.
- 35 Ethnopolitische Konflikte sind häufig durch einen doppelten Minderheitenkomplex der Konfliktgruppen gekennzeichnet. Dies gilt beispielsweise auch für den Konflikt auf Sri Lanka zwischen der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung und der Minderheit der Ceylon-Tamilen. Letztere stellen außerhalb Sri Lankas, z.B. in Südindien, die Bevölkerungsmehrheit dar. Zu den Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung auf Sri Lanka siehe die Arbeit des Resource Network for Conflict Studies and Transformation Sri Lanka unter [www.berghof-center.org/deutsch/arbeit/arbeit\\_sri\\_lanka.htm](http://www.berghof-center.org/deutsch/arbeit/arbeit_sri_lanka.htm).
- 36 Vgl. Timm 2003, S. 55.
- 37 Die drusische Religion, in der der Fatimidenkalif Al-Hakim verehrt wird, entwickelte sich im 11. Jahrhundert aus den Ismailiten. In Israel leben Drusen zumeist in ausschließlich drusischen Dörfern im westlichen Teil Galiläas. In der Nähe der Stadt Haifa gibt es zudem einige multikonfessionelle Dörfer, in denen auch Drusen leben. Die drusische Bevölke-

rungsgruppe, die innerhalb der arabischen Bevölkerung Israels als besonders konservativ gilt, unterhält traditionell gute Beziehungen zum israelischen Staat. Anders als für Muslime und Christen besteht für drusische Männer seit 1956 Wehrpflicht in der israelischen Armee. Im Gegenzug für das loyale Verhältnis zum israelischen Staat erhalten drusische Gemeinden zusätzliche staatliche Subventionen und Zugang zu Ämtern und Positionen in der israelischen Administration sowie im Militär, was der übrigen arabischen Bevölkerung verwehrt ist. Aufgrund ihres besonderen Verhältnisses zum Staat – und insbesondere aufgrund ihrer Pflicht in der israelischen Armee – genießen die Drusen innerhalb der arabischen Bevölkerung Israels keinen guten Ruf. Allerdings zeichnet sich seit Ende der 1980er Jahre innerhalb der drusischen Bevölkerung eine Tendenz ab, die für eine stärkere Anbindung an die übrige arabische Bevölkerung plädiert und auch die Wehrpflicht in Frage stellt. In diesem Zusammenhang nahm auch die Wehrdienstverweigerung drusischer Männer zu. Bezeichnend für diese Entwicklung ist außerdem, dass im Jahr 2000 Drusinnen und Drusen erstmals an den Gedenkfeierlichkeiten und Demonstrationen zum Tag des Bodens teilnahmen. Vgl. Ha'aretz, English Edition, 31.03.2000. Ausführlich zu Drusen in Israel siehe Klein 2001.

- 38 Vgl. [www.arabhra.org](http://www.arabhra.org). Die größten arabischen Städte sind Nazareth, Umm al-Fahm, Shafa'amr, Taibe, Tira, Sakhnin und Rahat; zu den gemischten Städten zählen Haifa, Akko, Nazareth-Illit, Lod, Ramle und Tel Aviv/Jaffa. Zu den nicht anerkannten Dörfern siehe ausführlich Kapitel 11.2.
- 39 Vgl. Smooha 1997, S. 304.
- 40 Vgl. Yiftachel 2000, S. 152f. Neben Israel bezeichnet Yiftachel auch Malaysia, Sri Lanka, Estland, Litauen und Serbien als Ethnokratien. Vgl. Yiftachel 1999, S. 2.
- 41 Die Debatte wurde anfangs vor allem zwischen Sammy Smooha und Oren Yiftachel geführt. Zu ihren ersten Beiträgen siehe Smooha 1990 und Yiftachel 1992.
- 42 Vgl. Smooha 1999a, S. 11.
- 43 Vgl. Yiftachel 1999.
- 44 Ein differenziertes Bild der heterogenen jüdisch-israelischen Bevölkerung gibt Timm 2003; Shafir/Peled 2002.
- 45 Für die rechtliche Situation der palästinensischen Bevölkerung siehe ausführlich Penev 2004; Adalah 1998; Davis 1997; Kretzmer 1990.

- 46 Für eine Darstellung der Situation der palästinensischen Binnenflüchtlinge sowie ihrer zivilgesellschaftlichen Lobbyorganisationen siehe Kapitel 11.
- 47 Vgl. Davis 1997, S. 41ff.
- 48 Auf palästinensischer Seite ist es insbesondere der Parlamentarier Azmi Bishara, dessen Ansatz des Bürgerstaates den jüdischen Charakter des Staates herausfordert; siehe dazu ausführlich Kapitel 8.2.
- 49 Nach den Oktober-Unruhen hat eine Gruppe israelischer und palästinensischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Initiative von Dan Rabinowitz, As'ad Ghanem und Oren Yiftachel einen Bericht verfasst, in dem sie für einen politischen Paradigmenwechsel im Umgang des israelischen Staates mit seinen arabischen Bürgerinnen und Bürgern plädiert. Die Ratschläge visieren eine radikale Demokratisierung der israelischen Administration in den Bereichen Land- und Raumplanung, Kommunalverwaltung und soziale Dienste, Identität und staatsbürgerlich-kultureller Einschluss, Erziehungs- und Bildungswesen, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung sowie Rechtswesen und innere Sicherheit an. Vgl. Rabinowitz/Ghanem/Yiftachel 2003.
- 50 Aufgrund der weit reichenden Benachteiligung im Bereich der Land- und Wohnrechte zählt dieser Bereich zu den zentralen Handlungsfeldern palästinensischen zivilgesellschaftlichen Engagements. Siehe dazu Kapitel 11.
- 51 In Israel wächst die Kritik gegen dieses Vorgehen und im Jahr 2000 wurde erstmals von dem Obersten Gericht der diskriminierende Charakter dieser Politik eingeräumt; vgl. Rabinowitz/Ghanem/Yiftachel 2003, S. 66. Zu den unterschiedlichen Formen der Diskriminierung im Bereich der Land- und Wohnrechte siehe auch die Ausführungen der Arab Association for Human Rights unter <http://www.arabhra.org/article26/factsheet2.htm>.
- 52 Im Rahmen einer konsequenten Ansiedlungspolitik hat Israel seit den 1960er Jahren sieben Beduinenstädte in der nördlichen Beersheba-Ebene gebaut: Tel Sheva, Rahat, Kseifa, Aroer, Segev Shalom, Hura und Lagiyyah. Die anderen Ansiedlungen der Beduinen wurden für illegal erklärt. Zu den staatlichen Beduinenstädten siehe Albaz 1998; Fenster 1998. Zum Kampf der Beduinen gegen die Vertreibung aus ihren Wohnorten siehe Kapitel 11.2.
- 53 Vgl. Bišāra 1998, S. 116f.; Zahalqa 1998.
- 54 Vgl. Yiftachel/Khamaissi/Kedar 2003.



- 55 Vgl. Arab Association for Human Rights, Discrimination Diary vom 24.03.2000.
- 56 Vgl. Ghanem/Abu-Rass/Rosenhek 2003, S. 76.
- 57 Vgl. Mossawa Center 2001, S. 9.
- 58 Vgl. ebd., S. 24.
- 59 Das Durchschnittseinkommen der Palästinenserinnen und Palästinenser beträgt 4.211 NIS (ca. 1.053 EUR); das von jüdischen Israelinnen und Israeli 5.918 NIS (ca. 1.500 EUR). 50 % der palästinensischen sowie 25 % der jüdischen Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit der palästinensischen Bevölkerung liegt offiziellen Angaben zufolge bei 14 %; innerhalb der jüdischen Bevölkerung sind 9 % arbeitslos. Wirtschaftsexperten des arabischen nicht staatlichen Mossawa Center in Haifa schätzen die tatsächliche Arbeitslosigkeit in der arabischen Gesellschaft sogar auf 20 %. Vgl. ebd., S. 7.
- 60 In diesem Kontext wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre am israelischen Friedensforschungszentrum von Givat Haviva ein Forschungsprojekt mit dem Ziel durchgeführt, verschiedene Optionen für den zukünftigen Status der arabischen Minderheit in Israel zusammenzustellen. Zu den Modellen zählten: 1. ethnische Demokratie, 2. Verbesserung der Situation der palästinensischen Bevölkerung innerhalb des zionistischen Paradigmas, 3. Verschlechterung der Situation durch Zunahme staatlicher Kontrolle und Restriktion, 4. Separation der palästinensischen Bevölkerung von Israel durch Irredentismus, Unabhängigkeit oder Transfer, 5. israelischer Nationalstaat auf der Basis gleichberechtigter Staatsbürgerschaft für jüdische und nicht-jüdische Bürgerinnen und Bürger, 6. binationaler Staat innerhalb des israelischen Kernlandes (d. h. innerhalb der Grünen Linie) und 7. bi-nationaler Staat auf dem Gesamtgebiet des historischen Palästina. Für eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Optionen siehe Ozacky-Lazar 1999.
- 61 Vgl. Ozacky-Lazar 1999; Davis 1997; Schmid 1993, S. 19: „Die Aufgabe, die Existenz des Staates nach außen zu verteidigen, also staatliche Souveränität und territoriale Integrität durch militärische Stärke garantieren zu können, kann als abgeschlossen gelten. Noch nicht befriedigend gelöst ist die Aufgabe einer Bewahrung des jüdischen Nationalcharakters wie ihn die zionistische Staatsideologie vorgibt durch eine entsprechende Politik gegenüber nicht jüdischen Bevölkerungsgruppen. Dieses Sicherheitsverständnis ist nicht problemlos mit Demokratie und Menschenrechten in Israel zu

vereinbaren. Israels territoriales Sicherheitsproblem ist teilbar, und daher kompromissfähig, die Bedrohung seiner jüdischen Identität nicht.“

- 62 Zur Kritik an der israelischen Sozialwissenschaft siehe die Beiträge von Sa'adi 2003, 2000.
- 63 Morris 1999a, 1999b; 1988; Pappé 2004a, 1999b, 1992; Shlaim 2000, 1988. Für eine Einführung in die Themen und Thesen der neuen Historiker siehe Schäfer-Siems 2000.
- 64 Für einen Überblick über die Werke dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler siehe die Bibliographie dieser Arbeit.
- 65 Einführungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung geben Klein 2003; Ghanem 2001; Rouhana 1997; Stendel 1996; Landau 1993; Grossman 1992 und Flores/Schölch 1983.
- 66 Vgl. Timm 2003b; Doron 1996. Für die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen vor 1948 siehe Krämer 2002; Silver/Rosenhek 2000.
- 67 Vgl. Doron 1996.
- 68 Vgl. Hamzawy 2003.
- 69 Vgl. Timm 2003a, 2003b.
- 70 Vgl. Timm 2003b.
- 71 Vgl. Schmolke 1994.
- 72 Vgl. Ghanem 2001; Stendel 1996; Landau 1993; Flores 1980.
- 73 Vgl. Ghanem 2001.
- 74 Vgl. Ghanem 2001; Stendel 1996; Landau 1993.
- 75 Vgl. Hijab/Minns 1990.
- 76 Vgl. Ghanem/Zaidan 2000.
- 77 Vgl. Zaidan 2000.
- 78 Vgl. Abu Baker 2003; Espanioloy 2003; 2002; Hermann 2003a; Klein 2003; Swirski 2000.
- 79 Vgl. Weiner 2002; von Münster/Veit 2002; Bar-On 2001; Halabi/Philipps-Heck 2001; Abu-Nimer 1999; Wolff-Jontofsohn 1999.
- 80 Vgl. Peled 2001; Wiese 2001; Smoocha/Ghanem 1998; Wasserstein 1996; Israeli 1993; Rekhess 1996; Schmitt [s.a.].
- 81 Vgl. Lehman-Wilzig 1993.
- 82 Vgl. Yiftachel 2000; siehe auch Yiftachel 1997; 1992; Yiftachel/Meir 1998.
- 83 Vgl. Sa'di 2000.
- 84 Der Gazastreifen spielt in der vorliegenden Arbeit eine untergeordnete Rolle. Aufgrund der räumlichen Entfernung des Gazastreifens von den

arabischen Zentren im Norden Israels, der geringeren Zahl familiärer Netzwerke sowie der restriktiven Ein- und Ausreiseregulungen sind die Beziehungen zwischen den palästinensischen Bevölkerungen in Israel und im Gazastreifen vergleichsweise dünn. Aufgrund seiner geographischen Lage ist der Gazastreifen recht isoliert und ein großer Teil der Bevölkerung hat bisher weder die Westbank noch Israel besucht. Umgekehrt gilt dies auch für die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels, von denen viele den Gazastreifen nicht aus persönlicher Anschauung kennen. Dies trifft teilweise auch für die zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten zu.

- 85 Im Anhang des Buches befindet sich eine Aufstellung aller Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner.
- 86 Grossman 1992, S. 21.
- 87 Vgl. beispielsweise Lindholm-Schulz 1999, S. 18.
- 88 Zu diesem Image von Haifa siehe den Artikel: Haifa ist anders, in: die tageszeitung, 13./14.10.2001. Brüche in diesem Bild zeigen die Kindheitserinnerungen des israelischen Psychologen Dan Bar On; vgl. Bar On 2001. Zu Haifa in historischer Perspektive siehe auch Ben-Artzi 1996.
- 89 Rouhana 1997, S. 147.
- 90 Dass die gewaltsamen Auseinandersetzungen als zweite Intifada bezeichnet und somit Verbindungen zur ersten Intifada (1987-1991) impliziert werden, täuscht darüber hinweg, dass die so genannte zweite Intifada von Anfang an keinen „Volksaufstand“, sondern eine gewaltförmige Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Gruppen darstellte. Zur Problematik von unpräzisen Begrifflichkeiten im Nahostkonflikt siehe auch Neidhardt 2003, S. 9. Für die Darstellung ganz unterschiedlicher Aspekte der zweiten Intifada siehe den Sammelband von Carey 2001.
- 91 Vgl. Ha'aretz, English Edition, 31.03.2000.
- 92 Siehe z. B. die Dokumentation anlässlich des 25. Jahrestages des Tags des Bodens von 'Awaḍ 2001.
- 93 Anlässlich dieser Entwicklungen wies Helga Baumgarten, Politikwissenschaftlerin an der Bir Zeit Universität, auf die Möglichkeit hin, dass die nächste Intifada innerhalb Israels stattfinden könne. Vgl. Interview mit Baumgarten, Ost-Jerusalem, 2000. Zu den Studentenprotesten siehe ausführlich Kapitel 4.3.
- 94 Einen Überblick über die unterschiedlichen Formen des Rassismus gegen Palästinenserinnen und Palästinenser bietet die Studie von Sultany 2003,

S. 139ff. Zur Anti-Rassismus-Kampagne der palästinensischen Organisation Mossawa Center siehe Hermann 2004. Zur Arbeit des Mossawa Center siehe ausführlich auch Kapitel 12.3.

95 Vgl. Blecher 2002.

## 2. Theorie und Definitionen

Den theoretischen Rahmen für die Untersuchung palästinensischer Selbstorganisation und politischer Opposition bieten Überlegungen zu ethnopolitischen Konflikten und ethnopolitischem Handeln, deren wesentliche Begrifflichkeiten sowie Kernaussagen in diesem Kapitel dargestellt werden. Ergänzt werden diese, auf der Forschung zu sozialen Bewegungen basierenden Betrachtungen, durch die Konzepte von Zivilgesellschaft und NGOs, um jenen gesellschaftlichen Raum theoretisch einzuführen, in dem die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Formen von Selbstorganisation und Widerstand der Palästinenserinnen und Palästinenser stattfinden.

### 2.1 Ethnopolitische Konflikte und ethnopolitisches Handeln

Für das Verständnis ethnopolitischer Konflikte sowie ethnopolitischen Handelns ist der Begriff der Ethnizität von zentraler Bedeutung. Trotz umfangreicher Debatten, die sich um Teilaspekte des Begriffs ranken, bezieht sich Ethnizität im Kern auf die

(...) für individuelles und kollektives Handeln bedeutsame Tatsache, daß eine relativ große Gruppe von Menschen durch den Glauben an eine gemeinsame Herkunft, durch Gemeinsamkeiten von Kultur, Geschichte und aktuellen Erfahrungen verbunden sind und ein bestimmtes Identitäts- und Solidarbewußtsein besitzen.<sup>1</sup>

Als spezifische Form kollektiver Identität entsteht Ethnizität bzw. ethnische Identität in – häufig konfliktreichen – Interaktionen mit anderen ethnischen Gruppen und wird über Prozesse des Ein- und Ausschlusses geschaffen. Dabei kommt der Abgrenzung einer ethnischen Gruppe nach Außen eine besondere Bedeutung zu, da es weniger die tatsächlichen Gemeinsamkeiten einer Gruppe sind, die die ethnische Identität ausmachen, als vielmehr die gemeinsame Wahrnehmung, dass man sich damit von anderen unterscheidet.<sup>2</sup> Gruppen, die eine gemeinsame ethnische Identität verbindet, werden als ethnopolitisch bezeichnet, wenn Ethnizität politisiert wird bzw. ihre Repräsentation politische Konsequenzen für die Mitglieder der Gruppe nach sich zieht oder diese veranlasst, zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen politisch aktiv zu werden.<sup>3</sup> In Fällen, in denen durch Politisierung ethnischer Merkmale Ethnizität eine Schlüsselposition in Konflikten erhält, spricht man von ethnopolitischen Konflikten.<sup>4</sup>

In Bezug auf die Bedeutung ethnischer Identität ist festzustellen, dass vorrangig Minderheiten ein Bewusstsein für ethnische Identität entwickeln, wogegen dies bei dominanten ethnischen Gruppen schwächer ausgeprägt ist. Diese setzen ihren Identitätsstatus als gegeben und normativ voraus, ohne ihn zu hinterfragen. Dieser Aspekt kommt häufig in Dialogprozessen zwischen dominanten und nicht dominanten ethnischen Gruppen „tief gespaltener Gesellschaften“ (*deeply divided societies*)<sup>5</sup> zum Ausdruck. So ist es für Angehörige einer dominanten Gruppe oft wenig verständlich, wenn die Mitglieder der nicht dominanten Gruppe sich zunächst über ihre kollektive Identität (*identity*) positionieren, die sie als einen wesentlichen Aspekt ihrer Selbstdarstellung verstanden haben möchten, während sie selbst sich lieber direkt mit konkreten Themen (*issues*) beschäftigen wollen.<sup>6</sup>

Von diesen Schwierigkeiten wissen auch die Experten in der israelisch-palästinensischen Dialogarbeit.<sup>7</sup> So berichtet der israelische Psychologe Dan Bar-On, dass er in den Begegnungsgruppen, die er mit jüdischen und palästinensischen Israelinnen und Israelis durchführt, immer wieder damit konfrontiert wird, dass die Gespräche – vor allem zu Beginn – auf zwei unterschiedlichen Achsen verlaufen. Die palästinensischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonen ihre Gruppenidentität und argumentieren politisch, während die jüdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine Begegnung auf der individuellen, alltäglichen Ebene plädieren, eine Haltung, die Bar-On folgendermaßen zusammenfasst:

Wir, die Mitglieder der dominanten Gruppe, brauchen unsere nationalen Merkmale hier nicht zu betonen. Wenn ihr auch bereit seid, sie beiseite zu lassen, bleibt unsere Dominanz gewahrt, und dann sind wir gern bereit, uns auf persönlicher Basis mit euch auseinander zu setzen.<sup>8</sup>

Das Ausklammern struktureller Machtasymmetrien sowie die fehlende Infragestellung eigener Majoritäts- und Dominanzpositionen erscheinen charakteristisch für die Positionierung innerhalb dominanter ethnischer Gruppen.<sup>9</sup>

Obwohl ethnopolitisches Handeln sehr unterschiedliche Formen annehmen kann und von kulturellen Veranstaltungen über Streiks und Demonstrationen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen und Kriegshandlungen reicht, lassen sich alle Formen zwei Profilen zuordnen: Protest und Rebellion. Während Protest als eine im Wesentlichen gewaltfreie Strategie darauf abzielt, die Politik des Staates gegenüber der eigenen Gruppe zu verändern und Reformen zu erwirken, beabsichtigt Rebellion einen tief greifenden Wandel der politischen

Kräfteverhältnisse und impliziert die Anwendung von Gewalt.<sup>10</sup> Das ethnopolitische Handeln der palästinensischen Bevölkerung in Israel ist Ausdruck von Protest. Neben Streiks und Demonstrationen zählt dazu die ganze Bandbreite unterschiedlicher Aktivitäten im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation in „ethnischen“ Organisationen wie politische Parteien, Initiativen und NGOs.<sup>11</sup> Darüber hinaus existiert eine Vielzahl „informeller“ Protestformen wie sie in der palästinensischen Kunst, Musik und Literatur sowie in Sprichwörtern zum Ausdruck kommt.<sup>12</sup>

Ethnopolitische Gruppen verfolgen mit ihren Aktivitäten unterschiedliche Ziele, deren Spektren vom Engagement für einen verbesserten Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen über vermehrte politische Teilhabe innerhalb eines staatlichen Kontextes (*access*) bis hin zur Forderung der Abkopplung vom jeweiligen Staat (*exit*) reichen. Innerhalb dieser lassen sich nach entsprechendem kollektiven Selbstverständnis, politischen Ambitionen sowie migratorischem oder nicht migratorischem Charakter diverse weitere Subtypen unterscheiden.<sup>13</sup> Die ethnopolitische Gruppe der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel weist Merkmale mehrerer Kategorien auf, und zwar die einer nationalen Minderheit und einer indigenen Bevölkerung. Der amerikanische Soziologe Roger Brubaker definiert eine nationale Minderheit als Gruppe, die den Anspruch auf Mitgliedschaft in einer ethnokulturellen Nation formuliert, die sich numerisch und/oder politisch von der dominanten ethnokulturellen Nation unterscheidet, die die Anerkennung dieser spezifischen Nationalität fordert und die aufgrund der spezifischen ethnokulturellen Nationalität bestimmte kollektive kulturelle und/oder politische Rechte geltend macht.<sup>14</sup> Als indigen bezeichnet Brubaker eine nicht migratorische Bevölkerung, deren Wohngebiete innerhalb „nachträglich“ gezogener Staatsgrenzen liegen.<sup>15</sup>

### Theorie ethnopolitischen Handelns

Die Gründe für ethnopolitisches Handeln sind komplex und vielfältig. Entsprechend der Theorie ethnopolitischen Handelns, die dem viel beachteten Forschungsprojekt *Minorities at Risk* am *Center for International Development and Conflict Management* der *University of Maryland*<sup>16</sup> zugrunde liegt, und die wiederum auf Erkenntnissen der Forschung zu sozialen Bewegungen aufbaut, sind es vor allem die vier bereits in der Einleitung genannten Faktoren, die ethnopolitisches Handeln bedingen: die Ausprägung ethnokultureller Identität, das Ausmaß kollektiver Anreize, die Kapazitäten einer Gruppe sowie das Vorhandensein politischer Möglichkeiten.<sup>17</sup>

### *Ethnokulturelle Identität*

Die Ausprägung ethnokultureller Identität (*ethnocultural identity*) bei Gruppenführern und -mitgliedern hängt grundlegend davon ab, ob und in welchem Maß Ethnizität als Kriterium für soziale, politische und ökonomische Einschluss- und Ausschlussprozesse fungiert, also wie wichtig sie im und für das Leben der Menschen ist. Je größer die negative wie auch positive Diskriminierung einer Gruppe aufgrund ethnischer Merkmale ist, desto ausgeprägter erscheint ihre ethnokulturelle Identität. Umgekehrt gilt, dass je weniger Referenz auf Ethnizität als Ein- und Ausschlusskriterium Anwendung findet, desto geringer sich auch die ethnokulturelle Identität der jeweiligen Gruppe bzw. ihrer Mitglieder gestaltet.<sup>18</sup> Der Grad der Ausprägung ethnokultureller Identität wird zudem beeinflusst durch die Unterschiede zwischen interagierenden Gruppen sowie von der Intensität der Konflikte mit anderen Gruppen oder dem Staat in Gegenwart oder Vergangenheit.<sup>19</sup> So spielen insbesondere die kollektiven Erinnerungen, die Vamik Volkan, Psychoanalytiker und Berater für ethnopolitische Konflikte bei der *UNO*, als „chosen traumas“ and „chosen glories“<sup>20</sup> bezeichnet, eine wichtige Rolle für die Gestaltung ethnokultureller Identität sowie für die Mobilisierung ethnopolitischer Gruppen.<sup>21</sup>

### *Anreize*

Die Anreize (*incentives*), die Gruppen zu ethnopolitischem Handeln motivieren, sind zum einen vom Grad ihrer materiellen, politischen und kulturellen Benachteiligung abhängig; zum anderen hängen sie mit dem Verlust politischer Selbstbestimmung in der Vergangenheit zusammen sowie mit dem Grad der Gewalt, mit der ihre Situation begründet und aufrechterhalten wird. Vor dem Hintergrund dieser Anreize spielen so genannte *frames* eine besondere Rolle. Unter *frames* werden in der Forschung zu sozialen Bewegungen jene übergeordneten Konzepte und Ideen verstanden, die ethnopolitische Identitäten und Ambitionen rechtfertigen, stärken und in einen übergeordneten Kontext einordnen. Zu den erfolgreichsten *frames* zählen mit Blick auf die Ambitionen ethnopolitischer Gruppen die Konzepte (nationaler) Selbstbestimmung, indigener Rechte sowie Minderheitenrechte, wie sie in zahlreichen internationalen Konventionen und Deklarationen formuliert wurden.<sup>22</sup> Zu diesen gehören beispielsweise Erklärungen wie das *Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the Conference on Security and Cooperation in Europe*, welches im Kern die (westlichen) Ideale kulturellen Plura-



lismus' und Schutzes von Minderheiten darstellt. Es wurde im Juni 1990 von allen Staaten West- und Osteuropas sowie von Kanada und den USA unterzeichnet.<sup>23</sup> *Frames* sind nicht selbstverständlich, sondern müssen über Prozesse der Aneignung und Interpretation durch politische Führungspersonen sowie durch engagierte Organisationen an die Mitglieder von ethnopolitischen Gruppen vermittelt werden (*framing*).<sup>24</sup>

### *Kapazitäten*

Die Kapazitäten (*capacities*) einer Gruppe für ethnopolitisches Handeln hängen zum einen von der Qualität der beiden erstgenannten Faktoren – kollektive Identität und Anreize – ab, zum anderen gründen sie auf den Mobilisierungsstrukturen einer Gruppe.<sup>25</sup> Das Potential der Mobilisierung wiederum hängt von der Existenz und Verfasstheit bestehender organisatorischer Netzwerke und insbesondere deren Fähigkeit zur fraktionsübergreifenden Koalitionsbildung ab. Weiter sind die Verfügbarkeit authentischer Führungspersönlichkeiten, d. h. Personen, die von der Gruppe als ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten anerkannt sind sowie die räumliche Nähe der Gruppenmitglieder wesentliche Elemente, die die Kapazitäten für politisches Handeln ausmachen. In Bezug auf die räumlichen Nähe gilt, dass die Wahrscheinlichkeit ethnopolitisches Handelns in Form von Rebellion zunimmt, je höher die territoriale Konzentration einer ethnopolitischen Gruppe ist.<sup>26</sup>

### *Politische Möglichkeiten*

Das Vorhandensein politischer Möglichkeiten (*political opportunities*) ist eine weitere Bedingung ethnopolitisches Handelns. Das Konzept der politischen Möglichkeiten nimmt die Chancen für die politische Teilhabe und Gestaltung von nicht-staatlichen Akteuren in den Blick.<sup>27</sup> Im Unterschied zu den bislang genannten Aspekten bezieht es sich auf außerhalb einer Gruppe verortete Strukturen und Faktoren, die ihr politisches Handeln mit beeinflussen. Dabei werden dauerhafte (*opportunity structures*) von vorübergehenden Faktoren (*transitional factors*) sowie innerstaatliche von trans- und internationalen Faktoren unterschieden.

Die Strukturen politischer Möglichkeiten werden im innerstaatlichen Kontext maßgeblich von der institutionellen staatlichen Politik geprägt, von den Ressourcen und administrativen Fähigkeiten des Staates sowie von der Offenheit des politischen Systems. Für demokratische und in Demokratisierungsprozessen befindliche politische Systeme gilt, dass gewaltfreie Formen ethno-

politischen Handelns (Protest) erlaubt, gewalttätiges ethno-politisches Handeln (Rebellion) jedoch untersagt ist.<sup>28</sup> Auch in Staaten, die sich in Öffnungs- und Demokratisierungsprozessen befinden, ist Protest möglich. Aufgrund diverser Unsicherheiten, die Übergangsprozessen immanent sind, können ethno-politische Aktivitäten jedoch nicht selten mit gewalttätigen Ausschreitungen einhergehen, was wiederum violente Reaktionen von staatlicher Seite provozieren kann.<sup>29</sup> Politik- und Elitenwechsel oder die Herauskristallisierung neuer politischer Allianzen gelten als so genannte transitionale Faktoren, über die ethno-politische Gruppen neue Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für die politische Mobilisierung erhalten.

Das Konzept der politischen Möglichkeiten bezieht sich neben dem staatlichen auch auf den trans- und internationalen Kontext. Der Einfluss trans- und internationaler Akteure auf ethno-politische Gruppen und ethno-politisches Handeln reicht von den bereits aufgeführten inhaltlichen und konzeptionellen Anbindungen, den *frames*, bis hin zu politischer, moralischer, materieller oder militärischer Unterstützung. Wichtige Akteurstypen stellen hier international agierende Organisationen staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Natur wie beispielsweise der *World Council of Indigenous People* sowie ethnische Organisationen. Untersuchungen der Friedens- und Konfliktforschung haben die besondere Rolle translokaler und transnationaler Netzwerke für die Mobilisierung ethno-politischer Gruppen aufgezeigt. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Mobilisierungspotential einer ethno-politischen Gruppe gegenüber dem Staat mit dem Grad der Mobilisierung oder Konfliktbeteiligung ihrer transnationalen und translokalen ethnischen Gruppe ansteigt.<sup>30</sup> Umgekehrt ist das Potential translokaler und transnationaler ethnischer Gruppen, so genannter Diasporagruppen, für Dialog- und Friedensprozesse erst in jüngerer Zeit von der Friedens- und Konfliktforschung „entdeckt“ worden.<sup>31</sup>

Da transnationale und, wie zu zeigen sein wird, insbesondere translokale Faktoren für die Gestaltung ethno-politischen Handelns der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel von besonderer Geltung sind, möchte ich diesen Aspekt aufgreifen und im Folgenden kurz vertiefen.

### Translokale und transnationale Aspekte ethno-politischen Handelns

Mit den Konzepten von Translokalität und Transnationalismus werden in den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Anthropologie und Sozialgeographie unterschiedliche Formen grenzüberschreitender Gruppenbildungsprozesse

se definiert. Während Transnationalismus die Überschreitung nationalstaatlicher Grenzen impliziert, wurde der Begriff Translokaliät im Rahmen der Lokaliättsforschung entwickelt und bezieht sich auf die Überschreitung von Lokaliäten unterhalb nationalstaatlicher Grenzziehungen.<sup>32</sup> Nachdem beide Begriffe zunächst überwiegend bei Fragestellungen zu migratorischen Bewegungen angewendet wurden, erfuhr insbesondere der Translokaliättsbegriff mittlerweile auch für die Bewegungen von Gütern, Ideen und Symbolen sowie für nicht migratorische Kontexte eine Weiterentwicklung.<sup>33</sup>

In den Diskussionen um Translokaliät lassen sich zwei unterschiedliche Verwendungen des Begriffs destillieren: Zum einen bezeichnet Translokaliät grenzüberschreitende *Bewegungen* von Menschen, Gütern und Ideen; zum anderen wird unter Translokaliät der *Ort* verstanden, an dem translokale Beziehungen stattfinden bzw. der im Sinne eines *Knotenpunktes* von der translokalen Praxis geprägt ist. Auch im Begriff Transnationalismus sind die Bedeutungen von Bewegung und Ort verknüpft, die hier allerdings als Überschreitung speziell nationalstaatlicher Grenzen konzeptionalisiert werden. Das verleiht ihm im Vergleich zum Begriff der Translokaliät, der sich weder zeitlich noch räumlich an dem Organisationsprinzip des Nationalstaates orientieren muss, weniger historische Tiefe und räumliche Schärfe.

Im vorliegenden Fall grenzüberschreitender Gruppenbildungsprozesse werden die Beziehungen zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern über die *Grüne Linie* hinaus, die keine staatliche Grenze darstellt, als translokal bezeichnet, während in Abgrenzung dazu die Verbindungen der Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel zu jenen in der Diaspora als transnational aufgefasst werden.

Im Mittelpunkt der Debatten um Translokaliät und Transnationalismus stehen neben der Gestaltung translokaler und transnationaler Prozesse, Vermittlungsmuster und Netzwerke vor allem die Verfasstheit und Potentiale translokaler und transnationaler Vergemeinschaftungen und Identitäten unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zum Staat. In Bezug auf das Verhältnis zwischen grenzüberschreitenden Formationen und Staat wird ein gewisses Spannungsverhältnis konstatiert, was sich darauf gründet, dass translokale und transnationale Prozesse und Konfigurationen neue soziale Räume konstituieren, aus denen sich wiederum auch „novel forms of political space“<sup>34</sup> ableiten lassen, die etablierte (staatliche) Ordnungen in Frage stellen. Nachdem grenzüberschreitende Vergemeinschaftungen deshalb zunächst als *per se* antihegemonial und emanzipatorisch bezeichnet wurden, wird diese Gleichung

inzwischen in Frage gestellt. Zwar ist weiterhin unbestritten, dass translokale und transnationale Beziehungen Veränderungen und Wandel produzieren sowie neue Referenzpunkte und Identifikationsmuster schaffen. Aber selbst Akteure, die sich quer zu etablierten (staatlichen) Grenzen konstituieren, sind deshalb nicht unbedingt subversiv und progressiv und können nicht per definitionem als Formen des Widerstandes bezeichnet werden.<sup>35</sup>

Auch ohne die Voraussetzung bzw. Überbewertung eines subversiven und oppositionellen Momentes translokaler und transnationaler Konfirmationen bleibt ein gewisses Spannungsverhältnis zum Staat bestehen. Der Berliner Sozialgeograph Achim von Oppen greift dies auf, wenn er auf die Aspekte sozialer Unsicherheit, politischer Konflikthaftigkeit und kultureller Kontingenz hinweist, die translokalen und transnationalen Bewegungen innewohnen bzw. durch diese ausgelöst werden können:

Grenzüberschreitende Bewegungen von Menschen, Gütern, Ideen und Symbolen, so wird angenommen, führen vielfach zu einer Aufhebung oder Infragestellung etablierter Ordnungen, da hierdurch Bindungen an bestimmte Lokalitäten verändert werden und neue Interaktionsmöglichkeiten bzw. -zwänge auftreten. Typischerweise erzeugen jene Bewegungen eine Überlagerung unterschiedlicher Lokalitäten und Temporalitäten am gleichen Ort, wie an vielfältigen symbolischen Markierungen deutlich wird (Eisenlohr 2002).<sup>36</sup> Solche Prozesse scheinen sich zu bündeln und zu intensivieren, wenn verstärkte translokale Bewegung mit historischen Umbrüchen und Wendezeiten zusammenfällt.<sup>37</sup>

Es ist daher häufig zu beobachten, dass Staaten diese grenzüberschreitenden Gruppenbildungen als Bedrohung wahrnehmen und zu kontrollieren versuchen. Gestaltung und Möglichkeiten transnationaler und translokaler Konfigurationen hängen deshalb in besonderem Maße von den politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen ab, die von staatlicher Seite formuliert werden. Dazu zählen neben Ein- und Ausreisebestimmungen auch Kontaktverbote und Ausgangssperren, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Kontroll- und Verhinderungsstrategien des israelischen Staates gegenüber translokalen und transnationalen Entwicklungen auf palästinensischer Seite kann an folgendem Beispiel gezeigt werden: Unter den Bedingungen der Militäradministration war der palästinensischen Bevölkerung in Israel zwischen 1948 und 1966 nicht nur jeglicher Kontakt zu Palästinensern außerhalb Israels untersagt, auch ihre Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes war stark eingeschränkt. So bedurfte es

selbst für das Verlassen des Dorfes spezieller Genehmigungen.<sup>38</sup> Im Ergebnis bedeutete dies eine jahrelange Isolation der palästinensischen Bevölkerung Israels von den anderen palästinensischen Gruppen sowie arabischen Ländern. Diese Situation änderte sich erst 1967, als mit der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens durch Israel neue grenzüberschreitende Kontaktmöglichkeiten entstanden und praktiziert wurden.

Wie sehr diese Öffnung die Entwicklung palästinensischer Identität in Israel beeinflusst hat, kommt in dem Begriff der „Palästinisierung“ zum Ausdruck, den der israelische Soziologe Sammy Smooha für das seit dieser Zeit verstärkte Selbstverständnis als Palästinenserin und Palästinenser geprägt hat.<sup>39</sup> Dennoch sind die Kontrollstrategien seitens des israelischen Staates bis in die Gegenwart hinein, und in besonderem Maße wieder seit Herbst 2000, prägend für grenzüberschreitende palästinensische Gruppenbildungsprozesse.

Eine insgesamt nur den Konflikt fokussierende Darstellung des Verhältnisses von translokalen und transnationalen Gruppen und Staat wäre allerdings unangemessen. So haben empirische Untersuchungen gezeigt, dass das Verhältnis nicht unbedingt konfliktreich sein muss, sondern dass Staaten, wie im Beispiel Libanon von der Berliner Ethnologin Anja Peleikis dargestellt wurde, translokale und transnationale Bewegung durchaus tolerieren und sogar unterstützen können, wenn sie davon politisch oder ökonomisch profitieren.<sup>40</sup>

Die Ansätze Translokalität und Transnationalismus, mit denen Gruppenbildungsprozesse, die sich über wesentliche Grenzen hinweg gestalten, konzeptionell beschrieben werden können, ermöglichen für die vorliegende Arbeit eine Forschungsperspektive, mit der (tautologisch) grenzüberschreitende Identitäts- und Handlungshorizonte identifiziert und analysiert werden können. Für das palästinensische Beispiel sensibilisieren beide Ansätze dafür, die palästinensischen Akteure in Israel in Bezug auf Handlung und Identität nicht isoliert, sondern als Teil der translokalen und transnationalen palästinensischen Gemeinschaft wahrzunehmen.

Es ist zu beachten, dass es sich im vorliegenden Fall zumeist um nicht migratorische Formen von Translokalität bzw. Transnationalismus handelt, da die untersuchten Akteure gerade nicht migrierten, sondern in ihrem Heimatland blieben. Translokalität und Transnationalismus dienen demnach als Folien für die Fragestellung der Arbeit, auf denen die Gestaltung eines grenzüberschreitenden palästinensischen Raumes durch die „Zurückgebliebenen“ – zum Teil als reale Begegnungen und Beziehungen, vor allem jedoch als kognitive Formen der Verbindungen und Identifizierungen – abgebildet werden können.

## 2.2 Zivilgesellschaft und NGOs

Vor dem Hintergrund der Ausführungen zu ethnopolitischem Handeln wird nun das Konzept der Zivilgesellschaft als organisatorischer Rahmen, in dem gewaltfreier Protest als eine spezifische Form ethnopolitischen Handelns gestaltet wird, erläutert.<sup>41</sup> Der Subkategorie der NGOs kommt aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für diese Studie besondere Aufmerksamkeit zu.

### Konzept der Zivilgesellschaft

Dem Konzept der Zivilgesellschaft wird seit mehr als einem Jahrzehnt zunehmende weltweite Aufmerksamkeit in Debatten über politische Transformationsprozesse zuteil. Im Kontext autoritärer politischer Systeme wird damit der Blick auf die Bedeutung und die Möglichkeiten gesellschaftlicher Kräfte in und für Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse gelenkt. Da das Konzept in den letzten Jahren ausführlich diskutiert worden ist,<sup>42</sup> wird sich im Folgenden auf die Zusammenfassung der wesentlichen Aspekte beschränkt. Im Mittelpunkt der Debatte stehen 1. die Kriterien für die Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft, 2. die Funktionen zivilgesellschaftlicher Akteure sowie 3. das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

### *Kriterien der Zugehörigkeit*

In der Diskussion um die Zugehörigkeit gesellschaftlicher Organisationen zum Bereich der Zivilgesellschaft lassen sich formale und normative Kriterien unterscheiden, die häufig – allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung – miteinander verknüpft werden. Das formale Verständnis von Zivilgesellschaft betont den Aspekt der Freiwilligkeit des Zusammenschlusses und umfasst entsprechend die Gesamtheit freiwilliger gesellschaftlicher Organisationen, die weder auf primordialer Basis (Familie, Clan, Stamm) organisiert sind noch zum Staat gehören.<sup>43</sup> Dagegen betont der normative Ansatz als Minimalkodex das Kriterium der Zivilität. Dies umfasst die Aspekte Pluralismus, Meinungsfreiheit und Toleranz als konstitutive Charakteristika zivilgesellschaftlicher Organisationen.<sup>44</sup> Wurden in der Vergangenheit insbesondere ethnische und religiös organisierte Gruppen von dem Begriff der Zivilgesellschaft ausgeschlossen,<sup>45</sup> so wird dies zunehmend und besonders mit Blick auf die dominanten Organisationsmuster außereuropäischer Gesellschaften kontrovers diskutiert. Besonders in der ethnologischen Forschung wird für eine Perspektive plädiert, die die soziale Wirklichkeit der gesellschaftlichen Akteure in den Mittelpunkt

stellt.<sup>46</sup> Inzwischen zeichnet sich eine deutliche Tendenz zugunsten eines offeneren und integrativen Verständnisses von Zivilgesellschaft ab, innerhalb dessen eine heterogene Vielfalt konkurrierender gesellschaftlicher Organisationsformen Platz findet.<sup>47</sup>

### *Funktionen zivilgesellschaftlicher Akteure*

Die Funktionen von Zivilgesellschaft werden vor allem mit Bezug auf gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse diskutiert und fokussieren das Verhältnis zivilgesellschaftlicher Gruppierungen zum Staat. Diese werden als Foren gesellschaftlicher und politischer Selbstorganisation, Sozialisation und Partizipation beschrieben. Sie können Dienstleistungsträger in Ergänzung zu oder als Ersatz von staatlichen Einrichtungen sein bzw. als Interessensvertretung und *pressure groups* fungieren. Unter bestimmten Bedingungen und primär abhängig vom Grad der bereits genannten politischen Möglichkeit, aber auch von ihrer gesellschaftlichen Steuerungskapazität und Allianzenbildung sowie ihrem Zugang zu Ressourcen, können zivilgesellschaftliche Organisationen eine Gegenöffentlichkeit zur hegemonial (staatlich) geprägten Öffentlichkeit konstituieren. Wurden die Funktionen von Zivilgesellschaft lange Zeit in Bezug auf ihr demokratisches und demokratisierendes Potential überbewertet, so haben in jüngerer Zeit empirisch angelegte Forschungen gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen

(...) nicht unbedingt progressiv, demokratisch, tolerant, kosmopolitisch, egalitär und gemeinwohlorientiert [sind]. Sie können durchaus auch reaktionär, antidemokratisch, ethnozentristisch, stratifiziert, intolerant und aggressiv eigenwohlorientiert sein.<sup>48</sup>

Der in der Debatte häufig implizierte Kausalzusammenhang zwischen der Existenz zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse und politischer Liberalisierung wird damit grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten und Grenzen von Zivilgesellschaften in Transformationsprozessen von zahlreichen sowohl politischen als auch organisationsspezifischen Faktoren abhängen, die im konkreten Fall empirisch untersucht werden müssen.

### *Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat*

Das Konzept der Zivilgesellschaft ist relational, d. h. es bezieht sich auf Interaktionen und Aushandlungsprozesse zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Dieses Verhältnis wird häufig normativ aufgeladen und dichotom verkürzt dargestellt, indem der „böse“ Staat einer „unschuldigen“ Zivilgesellschaft gegenübersteht. Dabei kann das Verhältnis je nach Kontext und Verfasstheit von politischem System sowie Zivilgesellschaft ganz unterschiedlich gestaltet sein und von brutaler Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Organisationen über Kontrolle bis hin zu Kooptation und Kooperation reichen.<sup>49</sup> Während in autoritären Kontexten Zivilgesellschaft als Bedrohung für den Staat wahrgenommen wird, legitimieren sich demokratische Strukturen nicht zuletzt über die Existenz eines nicht staatlich hierarchisierten öffentlichen Raums.

Wurde das Konzept der Zivilgesellschaft in der Vergangenheit fast ausschließlich im engen Kontext nationalstaatlicher Strukturen diskutiert, so wird im Rahmen von Globalisierung und Globalisierungsdiskursen seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt die Entstehung transnational und global angelegter Zivilgesellschaften konstatiert.<sup>50</sup>

Weniger Beachtung fand hingegen bislang das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft(en) in ethnisch „gespaltenen Gesellschaften“, in denen der Staat eine ethnische Gruppe auf Kosten einer oder mehrerer anderer Bevölkerungsgruppen „bevorzugt“ und damit auch eine ethnische Organisation oder Spaltung der Zivilgesellschaft provoziert. Im Falle Israels führte dies zu einer Zweiteilung der israelischen Zivilgesellschaft, bei der, vereinfacht formuliert, der jüdische Teil für den Staat, der palästinensische Teil in Opposition zu ihm agiert.<sup>51</sup> Die hier konstatierte grundlegende Zweiteilung der israelischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die israelische Gesellschaft jenseits dieser Dichotomie eine hochgradig pluralistische und heterogene „Mosaikgesellschaft“<sup>52</sup> darstellt, die sich aus einer Vielzahl sozialkulturell unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zusammensetzt und entsprechend auch multiple Zivilgesellschaften umfasst.<sup>53</sup>

## NGOs

Seit ihrer „Entdeckung“ im Rahmen der Neuorientierung der Entwicklungspolitik in den 1980er Jahren, die sich von staatlichen Partnern weg, hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Akteuren orientierte, gelten NGOs als Hoffnungsträger einer partizipativen Entwicklungszusammenarbeit. Unter dem Begriff werden Organisationen ganz unterschiedlicher Größe, Verfasstheit und Couleur subsumiert, deren Schnittstelle die Aspekte Freiwilligkeit, Nichtstaatlichkeit sowie der doppelte gesellschaftliche Anschluss, d. h. gesellschaftliche Basis und ihr Wirkungsfeld, darstellt:



NRO<sup>54</sup> sind nicht-staatliche gemeinnützige, freiwillige Organisationen mit doppeltem gesellschaftlichem Anschluß, die, motiviert durch Orientierung auf gemeinsame Werte, für Nichtmitglieder materielle beziehungsweise ideelle Hilfe- und Entwicklungsleistungen erbringen oder die Interessen von Nichtmitgliedern vertreten.<sup>55</sup>

Als prominente Akteure der internationalen Zivilgesellschaft stehen NGOs für eine *bottom up* organisierte Entwicklungszusammenarbeit, die nicht nur den Bedürfnissen unterprivilegierter gesellschaftlicher Gruppen Rechnung tragen, sondern darüber hinaus zivilgesellschaftliche Strukturen aufbauen soll, die zu einem demokratischen Wandel innerhalb der jeweiligen Gesellschaften beitragen können.<sup>56</sup> Für minoritäre und diskriminierte Gruppen stellen NGOs einen wesentlichen Handlungsrahmen und oft einzigen Organisationskontext dar; dies gilt in besonderem Maße für ethnisch „gespaltene Gesellschaften“, in denen der Staat „parteiisch“ ist und den öffentlichen Raum prägt. NGOs können in einem solchen Kontext nicht nur als Ersatzagenturen für Versorgung und Dienstleistungen, denen der Staat nicht nachkommen kann oder will, agieren, sondern sie können vor allem Ersatzforen politischer Artikulation, Partizipation und Protest darstellen.<sup>57</sup> NGOs können damit Träger und Vermittler alternativer Identitäten und Gegenidentitäten sein, die sich im Spannungsfeld zu staatlichen und offiziellen Selbstdarstellungen positionieren und eine Gegenöffentlichkeit konstituieren.<sup>58</sup>

Wahrgenommen als eine „moderne Form der Solidarität“<sup>59</sup> setzte in den 1980er Jahren ein NGO-Boom im Süden ein, der mit beträchtlichen Ressourcen von internationalen staatlichen sowie nicht staatlichen Geberorganisationen finanziert wurde. Bereits in den 1990er Jahren begann die Euphorie im Norden wieder abzuebben, als Erfahrungen mit der Förderung und Zusammenarbeit mit NGOs gezeigt hatten, dass diese die vielen und zum Teil völlig überhöhten Erwartungen, die von Seiten der Geberorganisationen an sie gestellt worden waren, kaum erfüllen konnten. Kritisiert wurde und wird vor allem die mangelnde gesellschaftliche Einbindung vieler Organisationen, ihre fehlende Basisnähe und Bedürfnisorientierung, mangelnde interne Demokratie, die finanzielle und inhaltliche Abhängigkeit von externen Gebern sowie ungenügende Transparenz, um nur einige Kritikpunkte zu nennen.<sup>60</sup> Die regelrechte NGO-Schelte, die seitdem zum entwicklungspolitischen Jargon dazugehört, ist nicht zuletzt auch Ausdruck zu hoher Erwartungen seitens der Entwicklungspolitik sowie einer sehr verbreiteten Naivität und Ignoranz ge-

genüber den politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, in denen NGOs im Süden agieren. Insgesamt führte diese „Entzauberung der NGOs“ zu einer nüchternen Einschätzung ihrer Möglichkeiten und Grenzen, wie empirische Einzelstudien mittlerweile zeigen.

Vorbehaltlich der genannten Schwächen soll dennoch festgehalten werden, dass NGOs in vielen Ländern Vehikel für Protest, Widerstandskultur und Wandel sind, in denen sich gut ausgebildete und politisch sehr interessierte und motivierte Menschen organisieren. Die Bezeichnung „von unten“ (*bottom up*) ist allerdings keineswegs im Sinne einer Klassenzugehörigkeit zu verstehen, sondern weist auf die Verortung von NGOs im gesellschaftlichen, in Abgrenzung zum staatlichen Raum, hin. Im Gegenteil, NGOs stellen – dies gilt zumindest für den Nahen und Mittleren Osten – häufig Foren einer politischen Elite dar, deren Akteure sich aus Angehörigen der (städtischen) Mittelschicht zusammensetzen.

Zusammenfassend kann mit Blick auf die Relevanz der Konzepte von Zivilgesellschaft und NGOs für die vorliegende Arbeit folgendes festgehalten werden: Das Konzept der Zivilgesellschaft ist in verschiedener Hinsicht für die Untersuchung palästinensischer Selbstorganisation relevant. Es lenkt zum einen den Blick auf den gesellschaftlichen Raum als Bereich politischer Partizipation und Wandel, innerhalb dessen die Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft ethnopolitisches Handeln und gewaltfreien Protest als spezifische Strategien des Widerstandes gestalten. Zum anderen erhält der Ansatz insbesondere im Kontext „gespaltener Gesellschaften“ eine besondere Bedeutung, da er die Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Dynamiken und Praktiken lenkt, die quer zu den Entscheidungen offizieller Politik verlaufen. Im israelischen Kontext, in dem die palästinensische Bevölkerung zu weiten Teilen von der Teilhabe staatlicher Macht, Repräsentation und Organisation ausgeschlossen ist sowie vor dem Hintergrund erodierender traditioneller Bindungen und gesellschaftlichem Wandel kommt dem zivilgesellschaftlichen Organisationsmuster eine um so größere Bedeutung zu. Ohne das Konzept zu überfrachten, eignet es sich gut für die Analyse gesellschaftlicher Organisation und Artikulation, besonders in Aushandlungsprozessen mit staatlichen Gruppen sowie im Kontext translokaler und transnationaler Bezüge. In diesem Sinne wird Zivilgesellschaft in der vorliegenden Arbeit als politische Praxis und politischer Prozess verstanden. NGOs gelten in diesem Sinne als zivilgesellschaftliche Diskurs- und Handlungsträger, als Foren der jüngeren und hoch politisierten Generation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel.

## Anmerkungen

- 1 Heckmann 1992, S. 56.
- 2 Vgl. Ropers 1995, S. 6.
- 3 Vgl. Gurr 2000, S. 5.
- 4 Vgl. Ropers 1995, S. 1. Eine Übersicht über Debatten und Ansätze konstruktiver Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte bietet das Handbuch des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung; vgl. Austin/Fischer/Ropers 2004.
- 5 Als „tief gespaltene Gesellschaften“ (deeply divided societies) werden Gesellschaften bezeichnet, die 1. eine Minderheit von mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung umfassen und in denen 2. das Verhältnis zwischen der dominanten und nicht dominanten Bevölkerungsgruppe durch politische und häufig auch gewalttätige Auseinandersetzungen geprägt ist. Als „tief gespaltene Gesellschaften“ gelten neben Israel auch Sri Lanka, Zypern, Türkei, Irak, Sudan, Kroatien, Ruanda und Äthiopien; vgl. Smooha 1999a, S. 10.
- 6 Zur Unterscheidung und Überlagerung von Interessens- und Identitätskonflikten siehe Ropers 1995, S. 20ff.
- 7 Vgl. Bar-On 2001, S. 169ff.; Suleiman 2001, S. 44ff.
- 8 Bar-On 2001, S. 176.
- 9 Dieser Aspekt wird in Zusammenhang mit den Motiven für ein Engagement in einer palästinensischen NGO in Kapitel 7 dieser Arbeit wieder aufgegriffen. Die zunehmend ethnische Organisierung der Palästinenserinnen und Palästinenser war neben anderen Gründen auch eine Reaktion darauf, dass in vielen gemischten jüdisch-palästinensischen Gruppen eben dieses Machtungleichgewicht von Seiten der dominanten Gruppe ihrer Meinung nach zu wenig reflektiert worden war. Vgl. Pappé 1999a.
- 10 Vgl. Gurr 1993, S. 93.
- 11 Eine Untersuchung kollektiver palästinensischer Protestformen am Beispiel von Streiks und Demonstrationen bietet Yiftachel 2000, S. 154ff.
- 12 Vgl. Sa'adi 2000, S. 254ff. Siehe dazu auch die Ausführungen zu Erinnerungspraktiken in Kapitel 11 dieser Arbeit.
- 13 Das *Minorities at Risk*-Projekt unterscheidet beispielsweise die Kategorien Ethnonationalisten, nationale Minderheiten, indigene Völker, Ethnoklassen, konfligierende Gruppen (communal contenders) sowie religiös argumentierende Gruppen (religious sects). Vgl. Gurr 2000, S. 16ff.

- 14 Vgl. Brubaker 1993, S. 5.
- 15 Vgl. ebd., S. 2.
- 16 Eines der umfangreichsten Forschungsprojekte zu ethnopolitischen Gruppen ist *Minorities at Risk*. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens, das unter der Leitung des amerikanischen Politikwissenschaftlers Ted Robert Gurr zunächst am Center for Comparative Politics an der University of Colorado und anschließend am Center for International Development and Conflict Management der University of Maryland durchgeführt wurde, wurden zwischen 1986 und 1999 275 ethnopolitisch aktive Gruppen entsprechend unterschiedlicher demographischer und konfliktrelevanter Parameter analysiert und kategorisiert. Die Ergebnisse dieses Projektes liegen in zwei Monographien vor, die als wichtige Referenzwerke in der ethnopolitischen Minderheiten- und Konfliktforschung gelten. Vgl. Gurr 2000; 1993. Laut Aussagen von Gurr gehört rund ein Sechstel der Weltbevölkerung benachteiligten Minderheiten-Gruppen an, die ethnopolitisch aktiv sind. Vgl. Gurr 2000, S. 12. Für die Adaption des Gurr'schen Ansatzes für den israelischen Kontext siehe Yiftachel 2000.
- 17 Vgl. Gurr 2000. Zu den Bedingungen ethnopolitischer Bewegungen siehe auch Scheffler 1990, S. 39.
- 18 Vgl. Gurr 1993, S. 3f.
- 19 Vgl. Gurr 2000, S. 66ff.
- 20 Volkan 1994, zit. nach Ropers 1995, S. 12.
- 21 Dies gilt auch in Bezug auf die Palästinenserinnen und Palästinenser, für die die *Nakba* einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung ihrer kollektiven Identität ausübte und weiterhin ausübt. Vgl. Joggerst 2004; Sa'adi 2003; Sanbar 2002; Khalidi 1997; Nofal et al 1998, Rouhana 1997.
- 22 Vgl. Gurr 2000, S. 69ff.
- 23 Vgl. ebd., S. 105.
- 24 Vgl. Snow/Benford 1988, S. 198.
- 25 Vgl. Gurr 2000, S. 74.
- 26 Vgl. ebd., S. 74ff. Der Aspekt der räumlichen Nähe spielt auch für das Fallbeispiel der palästinensischen Bevölkerung eine Rolle. Wie in Kapitel 11 dieser Arbeit ausgeführt wird, versucht der israelische Staat über Strategien der Land- und Planungspolitik die geographisch-räumliche Konzentration der palästinensischen Bevölkerung insbesondere im Norden des Landes zu begrenzen. Umgesetzt wird dies u.a. durch den Bau von jüdischen Dör-

- fern in Gebieten, die eine besonders hohe palästinensische Bevölkerung aufweisen. Vgl. Benvenisti 2000; Falah 1991.
- 27 Gurr 2000; 1993; Tarrow 1998.
- 28 Vgl. Gurr 2000, S. 86.
- 29 Vgl. ebd., S. 87.
- 30 Vgl. Gurr 1993, S. 132ff.
- 31 Vgl. Zunzer 2004.
- 32 Vgl. zu Transnationalismus Glick-Schiller/Fouron 2001; Glick-Schiller et al. 1992; Pries 1996. Zu Translokalität siehe Peleikis 2003, 2001; Appadurai 1996.
- 33 Zum Verständnis von Translokalität am Berliner Zentrum Moderner Orient (ZMO) siehe Freitag/von Oppen 2005.
- 34 Mandaville 2001, S. 50.
- 35 Vgl. Smith/Guarnizo 1999, S. 5.
- 36 Vgl. Eisenlohr 2002.
- 37 Von Oppen 2003, S. 7.
- 38 Vgl. Hollstein 1984, S. 162ff.
- 39 Smooha arbeitet seit Mitte der 1970er Jahre zur kollektiven Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel. Er hat sich besonders mit dem Spannungsverhältnis von „Israelisierung“ und „Palästinisierung“ beschäftigt. Für eine Reflexion seiner Beobachtungen und Ergebnisse siehe Smooha 1999a.
- 40 Vgl. Peleikis 2003.
- 41 Zivilgesellschaft ist das politische Ordnungsprinzip sozialer Bewegungen oder anders herum: Soziale Bewegungen sind Teil der Zivilgesellschaft; vgl. Klein 2001.
- 42 Zu Zivilgesellschaften im Nahen und Mittleren Osten siehe Hamzawy 2003; Hermann 2000; Hegasy 1997; Krämer 1997; Auga 1996; Hourani/Shteiwi 1996; Brand 1995; Ibrahim 1995; Ibrahim/Wedel 1995; Norton 1996, 1995; Schmolke 1994.
- 43 Vgl. Krämer 1997, S. 9.
- 44 Vgl. Ibrahim/Wedel 1995, S. 5.
- 45 Vgl. Ibrahim 1995.
- 46 Vgl. Dunn/Hann 1996.
- 47 Vgl. Hamzawy 2003; Chambers/Kymlicka 2002; Krämer 1997; Auga 1996.
- 48 Schedler 1996, S. 242.

- 49 Vgl. ebd., S. 238ff.
- 50 Vgl. Altvater/Brunnengräber/Haake/Walk 1997; Hoeber/Rudolph 1997.
- 51 Vgl. Schmolke 1994, S. 287.
- 52 Timm 2003, S. 68.
- 53 Zu den Herausforderungen der israelischen Mosaikgesellschaft siehe Shafir/Peled 2003; Timm 2003.
- 54 NRO ist die Abkürzung für die deutsche Bezeichnung Nichtregierungsorganisation.
- 55 Neubert 1994, S. 196.
- 56 Vgl. Klemp 1997, S. 24; Ndegwa 1996, S. 16.
- 57 Vgl. Wegner 1993, S. 24f.
- 58 Zum Begriff der Gegenöffentlichkeit siehe Kößler/Melber 1993, S. 65.
- 59 Neubert 1990, S. 551.
- 60 Zu Stärken und Schwächen von NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit siehe Hermann 2000, S. 30ff.

**TEIL II**

**PALÄSTINENSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT  
IN ISRAEL**





### 3. Beziehungen und Identitäten

Vor dem Hintergrund der im vorherigen Teil ausgeführten theoretischen Darstellungen zu Formen und Funktionen von Zivilgesellschaft beschäftigt sich dieser Teil nun mit den Institutionen der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie sich die palästinensische Minderheit politisch organisiert und positioniert, welche Interessen und Ziele sie verfolgt und in welchen Debatten sich dies niederschlägt. Außerdem wird untersucht, wie sich der Aufbau von Institutionen und die Entwicklung kollektiver Identität bedingen.

Für die palästinensische Bevölkerung Israels kursieren viele Bezeichnungen und Identitätszuschreibungen: Israeli, Araber, Palästinenser, israelischer Araber, arabischer Israeli, israelischer Palästinenser, palästinensischer Araber, palästinensischer Araber in Israel, Palästinenser in Israel sowie Muslim, Christ oder Druse.<sup>1</sup> Überhaupt beschäftigt die Frage der kollektiven Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser seit Jahrzehnten die – vor allem israelischen – Sozialwissenschaften und es gibt eine umfangreiche Literatur zu diesem Thema.<sup>2</sup> Viele dieser Untersuchungen belegen, dass seit den 1980er Jahren die Selbstbezeichnung als „Palästinenserin“ bzw. „Palästinenser“ oder als „Palästinenserin bzw. Palästinenser in Israel“ bevorzugt wird, Bezeichnungen, die auf eine stark ausgeprägte palästinensische kollektive Identität hinweisen. Während letztere zwar Israel benennt und damit sowohl auf den Wohnort als auch auf die Staatsbürgerschaft verweist, ist sie kein Ausdruck einer tieferen israelischen Identität, wie sie beispielsweise in der Selbstbeschreibung als „arabische Israelin“ bzw. „arabischer Israeli“ zum Ausdruck gebracht wird. Gleichzeitig zeigt der Hinweis auf Israel einerseits die Anerkennung der politischen Realität sowie andererseits eine gewisse Distanz gegenüber anderen palästinensischen Gruppen und Identitäten.<sup>3</sup>

Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist die Identitätsforschung allerdings umstritten. Ihr wird der Vorwurf gemacht, direkt oder indirekt die Loyalität der Minderheit zum israelischen Staat zu überprüfen bzw. sich für diese Zwecke politisch instrumentalisieren zu lassen.<sup>4</sup> Wie sensibel diese Thematik ist, kam immer wieder auch in Gesprächen vor Ort zum Ausdruck, wenn Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zunächst mit einem gewissen Unbehagen auf Fragen zum Thema Identität reagierten.<sup>5</sup>

### 3.1 Konkurrierende Ansätze zum Verständnis palästinensischer kollektiver Identität in Israel

Was die theoretischen Ansätze zur Entwicklung palästinensischer kollektiver Identität betrifft, so dominieren zwei konkurrierende Modelle die Diskussion, die als *Konflikt-Modell* (*conflict-model*) und *Einrichtungs-Modell* (*accommodation-model*) bezeichnet werden.

Das *Konflikt-Modell* basiert auf der Annahme, dass sich die kollektive Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel aus zwei Subidentitäten zusammensetzt, einer palästinensischen und einer israelischen, die in einem konflikthaften Verhältnis zueinander stehen, das es permanent auszubalancieren gilt. Dieser Ansatz wurde bereits in den 1960er Jahren von dem israelischen Wissenschaftler John Hofmann entwickelt und später von anderen ausgearbeitet.<sup>6</sup>

Ähnlich wie das *Konflikt-Modell* geht auch das *Einrichtungs-Modell*, das auf den Forschungen des israelischen Soziologen Sammy Smooha basiert, der sich wie kaum ein anderer in Israel mit der Erforschung palästinensischer Identität befasst hat, von der Existenz zweier Subidentitäten aus. Im Unterschied zum *Konflikt-Modell* werden diese eher als komplementär aufgefasst. Entsprechend werden Prozesse der Stärkung israelischer Identität („Israelisierung“) und palästinensischer Identität („Palästinisierung“) als parallele Entwicklungen verstanden, innerhalb derer der „Israelisierung“ allerdings eine gewisse Dominanz zukommt.

Ein besonders hervortretender Kritiker dieser Ansätze ist der aus Nordisrael stammende palästinensische Sozialwissenschaftler Nadim Rouhana, der in den 1990er Jahren die Identitätsdebatte um das *Akzentuierungs-Modell* (*accentuation-model*) ergänzt hat.<sup>7</sup> Sein zentrales Argument bezieht sich auf die seiner Lesart nach empirisch nicht adäquat belegte Annahme einer tiefen israelischen Identität, die beiden Ansätzen zugrunde liegt. Umfrageergebnissen zufolge gibt es laut Rouhana keine Hinweise auf eine ausgeprägte, auch nur annähernd an die Bedeutung der palästinensischen Identität heranreichende israelische Identität. Stattdessen weisen die Statistiken darauf hin, dass die zivile Identität (*civic identity*) im Vergleich zur nationalen Identität (*national identity*) nur einen sehr geringen Stellenwert einnimmt. Dies gilt in besonderem Maße für die arabische Akademikerschicht, deren eindeutig palästinensische Identität schon frühzeitig die Aufmerksamkeit auf sich zog:

It is a class that has no doubts about its identity. The Arab intellectuals view themselves first and foremost as Palestinian Arabs. In every survey conducted since the Six Day War, they ranked their Israeli identity at the lowest level of priority.<sup>8</sup>

Die üblicherweise genannten Indikatoren für die „Israelisierung“ der arabischen Bevölkerung, wie ihre Anerkennung Israels, ihre zahlreichen Kontakte zur jüdischen Bevölkerung, ihre mehrheitliche Ablehnung in einem zukünftigen palästinensischen Staat leben zu wollen, ihre zunehmende Bikulturalität sowie ihre Gesetzeskonformität reichen nach Meinung von Rouhana nicht aus, um eine internalisierte israelische Identität nachzuweisen.<sup>9</sup>

Im Unterschied zu den beiden zuvor genannten Ansätzen basiert Rouhanas *Akzentuierungs-Modell* auf der Feststellung, dass aufgrund der Struktur und Politik des Staates für die palästinensische Bevölkerung keinerlei Möglichkeit besteht, eine tiefer verankerte israelische Identität zu entwickeln. Ein palästinensisches Zugehörigkeitsgefühl muss sich zwangsläufig zur dominanten Identität entwickeln und weiterentwickeln, da es in Bezug auf Aspekte von Zugehörigkeit und Anbindung auch die fehlende Offenheit israelischer Identifikationsmuster zu kompensieren gilt. Folglich existieren auch keine konfligierenden Identitäten, der Bezug auf eine palästinensische Identität ist deutlich dominant. Hinsichtlich der Lebensrealität sieht Rouhana Ähnlichkeiten mit Strukturen, die von Migrantengemeinschaften bekannt sind, und dass, obwohl Palästinenserinnen und Palästinenser die indigene Bevölkerung des Landes darstellen:

Indeed, this situation [of the Palestinians in Israel; K.H.] bears some resemblance to that of not citizens in a democratic civil society, but foreign residents in a host country, instrumentally well-integrated into the system but sentimentally still deriving their identity from their home nations.<sup>10</sup>

Entsprechend der Logik dieses Modells kann nur über eine Veränderung des israelischen Systems eine De-Akzentuierung palästinensischer Identität zugunsten israelischer Identitätskomponenten erreicht werden. Im Gegensatz zu den anderen Modellen steht hier nicht die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Identität der palästinensischen Bevölkerung zum israelischen System verhält. Vielmehr wird gefragt, was an diesem verändert werden müsste, um die Inklusion der Minderheit zu ermöglichen. Diese ist, nach Rouhana, die zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer tatsächlichen israelischen Identität.

Meines Erachtens eignet sich das *Akzentuierungs-Modell* für die Abbildung der Identitätsentwicklung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel und wird deshalb die weiteren Aussagen in Bezug auf palästinensische Identität in dieser Studie leiten.

### 3.2 Entwicklung kollektiver palästinensischer Identität

Die kollektive Identität der palästinensischen Bevölkerung entwickelte sich vor dem Hintergrund spezifischer Ereignisse und Situationen. Besonders einprägsam sind dabei der israelische Staatsbildungsprozess und die Staatsgründung, die diversen Kriege und Kriegsfolgen, die Erfahrungen staatlicher Gewalt im innerisraelischen Kontext sowie die Kontaktmöglichkeiten der Bevölkerung über die *Grüne Linie* hinaus. Die große Bedeutung, die die Staatsgründung Israels auf die Entwicklung der palästinensischen Identitäts-Gruppe ausübte, bedeutet aber nicht, dass palästinensische Identität in Israel gänzlich als Ergebnis des Zionismus betrachtet werden kann, wie es die dominante israelische Geschichtsschreibung nahe legt. Innerhalb dieser wird Palästina in der Zeit vor der israelischen Staatsgründung als kaum bevölkertes Land dargestellt und damit die arabisch-palästinensische Bevölkerung aus weiten Teilen der Geschichte Palästinas ausgeschlossen.<sup>11</sup>

Obwohl Palästina im *Osmanischen Reich* keine eigenständige administrative Einheit, sondern Teil der Provinz Syrien war und sich die Gesellschaft nicht national, sondern primär über familiäre Bindungen organisierte, zeigen neuere Forschungen, dass sich bereits damals erste Ansätze eines palästinensischen Bewusstseins erkennen lassen.<sup>12</sup>

Vor dem Hintergrund der *Balfour-Erklärung* im Jahr 1917, der Mandatszeit sowie der Zunahme jüdischer Migration in den 1920er und 1930er Jahren kristallisierte sich ein immer deutlicheres kollektives palästinensisches Selbstverständnis heraus, das auch in der Verstärkung des Widerstandes gegen das *Britische Mandat* und das zionistische Projekt zum Ausdruck kam. So wird der *Arabische Aufstand* (*aṭ-ṭaura al-‘arabīya*) Mitte der 1930er Jahre heute als heroischer Akt nationalen Widerstandes erinnert und bildet eine wichtige Komponente palästinensischer kollektiver Identität.<sup>13</sup> Es war schließlich die Erfahrung der *Nakba*, die wie kein anderes Ereignis das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser prägte und bis heute bestimmend ist. Diese „Katastrophe“ steht nicht nur für den Verlust der physischen Heimat und Lebensgrundlage, sondern wird auch als Sinnbild der eigenen Ohnmacht verstanden.

Staatsgründung, Krieg, Vertreibung und Flucht führten zu Differenzierungsprozessen hinsichtlich diverser Subidentitäten, die sich entsprechend der politischen, sozialen und ökonomischen Wirklichkeiten der verschiedenen palästinensischen Bevölkerungsgruppen unter ägyptischer, jordanischer und israelischer Verwaltung unterschiedlich entwickelten. Die geschlossenen Grenzen verhinderten fast zwei Jahrzehnte lang die Kontakte zwischen den Gruppen.

Die Erfahrung von Flucht und Vertreibung großer Bevölkerungsteile führte zur Herausbildung einer dominanten Flüchtlingsidentität innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung, die über mehrere Jahrzehnte andere palästinensische Erfahrungen marginalisierte.<sup>14</sup> Dies betraf insbesondere die in Israel verbliebene palästinensische Bevölkerung – mehrheitlich Nicht-Flüchtlinge<sup>15</sup> – deren Entwicklung kollektiver Identität sich im Kontext des israelischen Systems und der israelischen Staatsbürgerschaft vollzog. Aufgrund ihrer israelischen Staatsbürgerschaft wurden sie viele Jahre als Verräter an der „palästinensischen Sache“ stigmatisiert.

Diese Situation änderte sich schrittweise nach dem *Sechs-Tage-Krieg* 1967, in dem Israel neben ägyptischen und syrischen Territorien die von Palästinenserinnen und Palästinensern bewohnten Gebiete Westbank, Gazastreifen und Ost-Jerusalem besetzte. Abgesehen von dem Schock, den die Niederlage (*hazāma*) der arabischen Armeen bei der palästinensischen Bevölkerung Israels auslöste, bedeutete dies für sie aber auch ein Ende der beinahe 20-jährigen Isolation und machte erstmalig seit 1948 Kontakte zur palästinensischen Bevölkerung in den dann besetzten Gebieten möglich. Familiäre Beziehungen, die seit dem 1. Nahostkrieg unterbrochen waren, konnten wieder aufgenommen werden. Viele Flüchtlinge nutzten die Chance, um ihre früheren Häuser in Israel zu besuchen, Männer gingen als billige Arbeitskräfte und Tagelöhner nach Israel, wo sie auch in den arabischen Städten arbeiteten und in Kontakt mit der dort ansässigen Bevölkerung kamen.<sup>16</sup> Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Stimmung, in der der Panarabismus stark geschwächt war und die 1964 gegründete *Palestinian Liberation Organisation (PLO)* eine deutlich palästinensische Orientierung verfolgte, führten diese neuen grenzüberschreitenden Kontakte zu einer deutlichen Verstärkung des palästinensischen Selbstverständnisses der in Israel lebenden palästinensischen Bevölkerung. Für diesen Prozess hat sich der – allerdings nicht unumstrittene – Begriff der „Palästinisierung“ durchgesetzt.<sup>17</sup>

Allerdings hatten die unterschiedlich geprägten Lebenserfahrungen unter ägyptischer und jordanischer bzw. israelischer Verwaltung zu einer Entfrem-

derung zwischen den verschiedenen palästinensischen Gemeinschaften geführt, die auch durch die neuen Kontaktmöglichkeiten nur ansatzweise überwunden werden konnte. Zudem blieben die vollkommen unterschiedlichen Lebensrealitäten zwischen der palästinensischen Bevölkerung in Israel und den Bewohnerinnen und Bewohnern der von Israel besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen weiter bestehen. Während letztere bis in die 1990er Jahre unter israelischer militärischer Besatzung lebten, verbesserte sich die Situation der in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser mit der Aufhebung der Militäradministration im Jahr 1966 langsam.

Einen weiteren Meilenstein für die Entwicklung palästinensischer kollektiver Identität in Israel stellte der *Tag des Bodens* am 30. März 1976 dar.<sup>18</sup> Dieses Ereignis leitete auch eine gewisse Wende im innerpalästinensischen Verhältnis ein, weil es nicht nur die spezifische Problematik der in Israel verbliebenen Palästinenserinnen und Palästinenser verdeutlichte, sondern gleichzeitig erste Ansätze der in diese Zeit zurückreichenden Strategie des *šumūd* zeigte. *Šumūd* stammt von dem arabischen Wort *šamada* (trotzen, standhalten, ausharren) und bedeutet Standhaftigkeit. Im palästinensischen Kontext – sowohl in der Westbank, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem als auch im israelischen Kernland – drückt es ein Konzept des Widerstandes gegen Israel aus. Die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel verstehen ihr Verbleiben im Land, allen Schwierigkeiten und Diskriminierungen zum Trotz, als Ausdruck von *šumūd*.<sup>19</sup> Diese Strategie brachte ihnen den Respekt und die Anerkennung palästinensischer Gruppen in den besetzten Gebieten sowie im Exil ein. Dennoch hielten sich ihnen gegenüber einige Vorbehalte und erst in den 1990er Jahren wurden die palästinensisch-palästinensischen Beziehungen verständnisvoller und gleichberechtigter.

Die erste *Intifada* (1987-1991) führte schließlich zu einer weiteren Modifizierung palästinensischer Identität in Israel. Zwar zeigte die palästinensische Bevölkerung in Israel ein hohes Maß an Solidarität mit dem Aufstand der Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten Gebieten und unterstützte diese mit humanitärer Hilfe sowie durch politische Lobbyarbeit. Allerdings zog ihre politische Führung in Gestalt des *Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs* (*Lağnat al-Mutāba'a al-'Ulyā li-l-Ġamāhīr al-'Arabīya fī Isrā'īl*) zu keinem Zeitpunkt eine Beteiligung an der *Intifada* in Betracht; die *Grüne Linie* „hielt“ und ein „Überschappen“ des Aufstandes in das israelische Kernland blieb aus.<sup>20</sup> Die damals klare Positionierung der arabischen Bevölkerung als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger unterstrich ihre Loyalität zu

Israel. Da die *Intifada* auf besonders eindringliche Weise nochmals die Unterschiedlichkeit der politischen Realitäten und Ambitionen diesseits und jenseits der *Grünen Linie* zum Ausdruck brachte, betonte sie die Trennung der beiden palästinensischen Gruppen und war damit eine weitere Zäsur im kollektiven Selbstverständnis.<sup>21</sup>

Beschleunigt durch den Volksaufstand in den besetzten Gebieten gewann der Ansatz der Zwei-Staaten-Lösung seit Ende der 1980er Jahre immer mehr Unterstützung. Vor dem Hintergrund einer ganzen Kette globaler und regionaler Entwicklungen – der politische Zusammenbruch der Sowjetunion, der den Handlungsspielraum der USA als alleinige Supermacht weiter vergrößerte; die irakische Invasion Kuwaits im Sommer 1990, die den zweiten Golfkrieg auslöste; die politische und finanzielle Schwächung der *PLO*, die sich aufgrund ihres Schulterchlusses mit Irak ins politische Abseits manövriert hatte und aus der Position der Schwäche heraus zu Kompromissbereitschaft genötigt war – wurde der Weg bereitet für die Einleitung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses.<sup>22</sup>

Dieser beeinflusste, wie der dritte Teil des Buches zeigen wird, in besonderem Maße die Entwicklung palästinensischer Identität in Israel: Zwar setzte die ausschließliche Fokussierung der Friedensverhandlungen auf die Gebiete der Westbank und des Gazastreifens – zumindest auf offizieller Ebene – die Trennung zwischen den verschiedenen palästinensischen Bevölkerungsgruppen weiter fort. Indem die Verhandlungen von einem Verständnis von Palästina ausgingen, das sich ausschließlich auf die beiden genannten Gebiete bezog, implizierten sie die politische Schwächung der übrigen palästinensischen Gruppen. Innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft Israels beschleunigten diese Entwicklungen jedoch die Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Selbstverständnis, was im Ergebnis zu einer deutlichen Akzentuierung palästinensischer Identität beitrug.

Mit Blick auf die Entwicklung der palästinensischen Identität ist festzuhalten, dass die kollektive Identität der palästinensischen Bevölkerung in Israel vorrangig palästinensisch ist und sich ihre israelische Identitätskomponente lediglich auf formal-juristische Faktoren beschränkt. Beide Identitäten sind zwangsläufig unvollständig.<sup>23</sup> Zudem zeigt sich eine doppelte Marginalisierung der palästinensischen Minderheit, deren Angehörige von Seiten der jüdischen Bevölkerung als Palästinenserinnen und Palästinenser bzw. Araberinnen und Araber betrachtet werden, während sie in der Westbank, im Gazastreifen und z. T. auch in der palästinensischen Diaspora als Israelinnen und Israelis gelten.<sup>24</sup>

## Anmerkungen

- 1 Zur besseren Lesbarkeit verzichte ich an dieser Stelle auf die Nennung der Femininform.
- 2 Dazu zählen u. a. Sa'adi 2003; Rouhana 2002, 1997; Sorek 2002; Halabi/Pilipps-Heck 2001; Suleiman 2001; Makkawi 1999; Rouhana/Ghanem 1999, 1998, 1993, 1990; Smootha 1999a, 1999b, 1992, 1989a, 1989b, 1984, 1983; Frisch 1997; Suleiman/Beit-Hallahmi 1997; Stendel 1996; Rekhess 1994; Chacour 1993; Landau 1993; Ginat 1990, 1989; Ashkenasi 1992; 1990; Hofman/Shahin 1989; Mi'ari 1987; Nakhleh 1983.
- 3 Vgl. Rouhana 1997, S. 128. Das änderte sich mit den Oktober-Unruhen.
- 4 Vgl. Interviews mit Azmi Bishara, Nazareth, 2001; Ismail, Haifa, 2001; Rinnawi, Haifa, 2001 und Zeidan, Nazareth, 2001.
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Vgl. Hofmann 1988; 1972; 1970.
- 7 Vgl. Rouhana 1997, S. 115ff. Zu Rouhanas Verständnis von „Israelisierung“ und „Palästinisierung“ siehe ebd., S. 128.
- 8 Stendel 1996, S. 78.
- 9 Zum Akzentuierungs-Modell vgl. Rouhana 1997, S. 146-150.
- 10 Vgl. ebd., S. 129.
- 11 Zum Versuch, die palästinensische Bevölkerung in die Geschichte Palästinas zu integrieren siehe beispielsweise Doumani 1999.
- 12 Vgl. Krämer 2002; Doumani 1999; Khalidi 1997.
- 13 Vgl. Swedenburg 1999; 1995.
- 14 Vgl. Nassar 2002.
- 15 Ein Viertel der palästinensischen Bevölkerung Israels sind so genannte interne Flüchtlinge (IDPs), die im Verlauf des ersten israelisch-arabischen Krieges innerhalb des israelischen Staatsgebiets geflüchtet sind. Zu den palästinensischen IDPs siehe Kapitel 11.1.
- 16 Vgl. Bornstein 2001; Totry 1999; 1996; Rekhess 1989; Schölch 1983a, 1983b. Die mit der „Öffnung“ der Grünen Linie verbundenen Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten wurden auch in der palästinensischen Literatur verarbeitet. Zu den bekanntesten zählt die Kurzgeschichte „Rückkehr nach Haifa“ (‘Ā'id ilā Ḥaifa) des Schriftstellers Ghassan Kanafani; vgl. Kanafānī 1969.
- 17 Der Begriff ist vor allem deshalb umstritten, weil er das Vorhandensein einer palästinensischen Identität vor 1967 in Frage stellt.



- 18 Zum Tag des Bodens siehe die Ausführungen in Kapitel 1.4
- 19 Siehe zu şumūd auch Stendel 1996, S. 261, Anmerkung 74.
- 20 Vgl. Smootha [s. a.]. Zum Follow Up Committee for Arabs in Israel Affairs siehe ausführlich Kapitel 4.2.
- 21 Vgl. Rouhana/Ghanem 1990. Diese Trennungen und Brüche verlaufen quer durch Familien, die auf beiden Seiten der Grünen Linie leben. Diese Familien haben bestimmte Umgehensweisen entwickelt, mit denen sie die unterschiedlichen Realitäten und Prägungen abzumildern versuchen. Ein Beispiel ist der Umgang mit sprachlichen Gewohnheiten. So versuchen Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Israel leben und deren Arabisch häufig mit hebräischen Ausdrücken vermischt ist, in Anwesenheit von Familienmitgliedern aus den Palästinensischen Gebieten, auf hebräische Wörter zu verzichten. Vgl. Interview mit Armanios, Al-Bireh, 2000. Zur Sprachmischung siehe Amara 1995.
- 22 Zum Friedensprozess siehe ausführlich Kapitel 6.
- 23 Vgl. ausführlich Rouhana 1997.
- 24 Vgl. Weingrod/Manna' 1998, S. 370.



## 4. Politische Parteien und Gruppierungen

Die palästinensische Zivilgesellschaft in Israel setzt sich aus einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen zusammen, die die Interessen der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem israelischen Staat vertreten. Zu den wesentlichen Einrichtungen zählen die politischen Parteien, die Repräsentationskomitees auf kommunaler und nationaler Ebene, die Studentenorganisationen sowie die Vereine und NGOs. Bevor diese Organisationen im Folgenden vorgestellt werden, möchte ich kurz erklären, wie der Begriff der palästinensischen Zivilgesellschaft in dieser Studie verwendet wird.

Wie bereits im theoretischen Teil angedeutet, weist die Abgrenzung einer palästinensischen Zivilgesellschaft auf die Differenzierung der israelischen Zivilgesellschaft in einen palästinensischen und einen jüdischen Teil hin. Diese beruht auf dem nahezu diametralen Verhältnis beider in Bezug auf den israelischen Staat. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, dass während Kooperation und Kooptation das Verhältnis der jüdischen Zivilgesellschaft zum Staat kennzeichnen, die Beziehung zwischen Staat und palästinensischer Zivilgesellschaft von Antagonismus geprägt wird. Im Kontext der israelischen Ethnokratie, in welcher der Staat „parteiisch“ ist und den öffentlichen Raum prägt und in der die palästinensische Bevölkerung zu weiten Teilen von der Teilhabe staatlicher Macht, Repräsentation und Organisation ausgeschlossen ist, erhält die palästinensische Zivilgesellschaft einen primär oppositionellen Charakter und fungiert als Ersatzforum für politische Artikulation, Partizipation und politischen Protest:

Im Falle Israels gilt einerseits, dass die liberale Grundstruktur des Staates einen Raum nichtstaatlicher politischer Aktivität öffnet. Andererseits übernimmt der Staat die finanzielle Gewährleistung gesellschaftlicher Gruppen mit offensichtlichen nationalen Präferenzen und verstößt damit gegen das Ideal, Bürger gleichberechtigt zu behandeln. Hier ergreift er innerhalb der Gesellschaft Partei und wird zum mächtigen Patron, der die Gewichte zugunsten einer religiösen jüdischen Orthodoxie und zugunsten zionistischer Bewegungen verschiebt – natürlich, um seine Legitimationsgrundlage als jüdisches Gemeinwesen sicherzustellen. Wo aber der Staat zum Agenten einer exklusiven Teilbevölkerung wird, mag sie auch in der Mehrheit sein, stellt er die konfliktmoderierende Funktion zivilgesellschaftlicher Gruppen in Frage. Die offensiv betriebene Spaltung bringt zweierlei Gesellschaften

hervor, eine *für* den Staat, eine *gegen* den Staat: Sieht jene ihre Interessen gesichert, muß diese vielfältige Widerstände überwinden, ehe sie handlungsfähig wird.<sup>1</sup>

So grundlegend diese Spaltung ist, sie ist keineswegs absolut und darf über folgende zwei Aspekte nicht hinwegtäuschen: Zum einen gibt es zweifellos viele organisatorische und personelle Übergänge und Verbindungen zwischen den beiden Zivilgesellschaften wie es beispielsweise bei den politischen Parteien, den gemischten jüdisch-arabischen Interessensvertretungen oder den Frauennetzwerken der Fall ist.<sup>2</sup> Zum anderen ist die israelische Zivilgesellschaft insgesamt wesentlich heterogener, als die genannte Dichotomie vermuten läßt, und setzt sich aus multiplen Zivilgesellschaften zusammen, die die Partikularinteressen spezifischer gesellschaftlicher Gruppierungen repräsentieren und miteinander um gesellschaftliche, politische und ökonomische Ressourcen konkurrieren.<sup>3</sup>

Was das formale Verständnis des diesem Buch zugrunde liegenden Begriffs der Zivilgesellschaft betrifft, umfaßt es alle auf Freiwilligkeit basierenden palästinensischen gesellschaftlichen Organisationen zwischen Familie und Staat. Dies schließt politische Parteien und Repräsentationsorgane ein, obwohl diese, wie zu zeigen sein wird, einerseits Übergänge zur staatlichen Sphäre und andererseits gewisse primordiale Orientierungen aufweisen. Auch aus normativer Sicht ist der Begriff weit gefasst und zählt ethnisch und religiös organisierte Gruppen zur Zivilgesellschaft.

#### 4.1 Politische Parteien

Die politischen Parteien, aber darüber hinaus auch so gut wie alle anderen Institutionen, in denen sich palästinensische Bürgerinnen und Bürger politisch organisieren, lassen sich idealtypisch vier politisch-ideologischen Strömungen zuordnen: der israelisch-arabischen, der kommunistischen, der nationalen und der islamischen Strömung. Diese konkurrieren insbesondere darum, wie die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes gestaltet werden müßte, ob sich arabische Parteien an den israelischen Parlamentswahlen beteiligen sollten sowie um Fragen der Kooperation mit jüdischen Akteuren. Tatsächlich prägen jedoch inhaltliche Überschneidungen die Debatten und gerade in den letzten Jahren zeigt sich eine gewisse Annäherung zwischen der kommunistischen und der nationalen Strömung, auch wenn dies von den jeweiligen Repräsentantinnen und Repräsentanten zumeist abgestritten wird.

Neben vielen, auch innerhalb der Fraktionen nach wie vor strittigen Themen, hat sich in den 1980er Jahren eine gewisse Übereinstimmung, der so genannte *Arabische Konsens*, herauskristallisiert, der bis heute weitgehend von allen Gruppierungen getragen wird. Dazu zählt erstens die Unterstützung der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf den Gebieten der Westbank und des Gazastreifens mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt; zweitens die Forderung nach vollständiger Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung in Israel und drittens die Umsetzung dieser Forderungen ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in Israel.<sup>4</sup>

Die politische Arbeit der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ist dadurch geprägt, dass sie besonders streng durch den israelischen Staat kontrolliert wird und es immer wieder Versuche gibt, staatskritische Organisationen zu kriminalisieren. Andererseits schwächen auch interne Grabenkämpfe die politischen Ambitionen der palästinensischen Minderheit.

Das Wahlverhalten der palästinensischen Wählerschaft, das hier nur skizziert und in Zusammenhang mit der Darstellung der politischen Strömungen ausführlicher beschrieben wird, reflektiert sehr deutlich die politische Entwicklung der palästinensischen Minderheit in Israel. Hatte sie während der Militäradministration noch mehrheitlich zionistische Parteien unterstützt bzw. war über arabische Listen an diese gekoppelt, so veränderte sich das Wahlverhalten Ende der 1960er Jahre zugunsten jüdisch-arabischer kommunistischer Parteien. In den 1980er Jahren gelang den ersten zwei arabischen Parteien – *Progressive List for Peace (PLP)* und *Democratic Arab Party (al-Ḥizb al-‘Arabī ad-Dimuqrātī; DAP)* – der Einzug ins israelische Parlament, wo sie auf Anhieb ein starkes Votum der arabischen Wählerschaft erhielten. Dennoch wählte die palästinensische Wählerschaft weiterhin mehrheitlich kommunistisch bzw. die *Labor Party*. Dies änderte sich erst Mitte der 1990er Jahre, als die zionistischen Parteien und darunter auch die *Labor Party* deutlich arabische Wählerstimmen einbüßten und stattdessen arabische national und islamisch orientierte Organisationen die Unterstützung der Minderheit erlangten. Einen Überblick über das arabische Votum bei den Parlamentswahlen der Jahre 1949 bis 2003 gibt die Tabelle 1 im Anschluss an die Darstellung der verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen.

### Israelisch-arabische Strömung

Die so genannte israelisch-arabische Strömung umfasst alle Parteien und Personen, die sich innerhalb des zionistischen Establishments organisieren bzw.

dieses unterstützen, weil sie sich davon eine Integration in den israelischen Staat versprechen.<sup>5</sup> Sie vertreten die Auffassung, dass die Situation der palästinensischen Minderheit nur aus dem System heraus verändert werden kann. Vertreten wurde und wird diese Überzeugung in erster Linie von den arabischen Mitgliedern zionistischer Parteien sowie von der *Democratic Arab Party (DAP)*.

Nachdem die *United Workers Party (hebr.: Mapam)* als erste zionistische Partei bereits seit 1954 arabische Mitglieder akzeptierte und schon in der zweiten *Knesset* 1951 mit arabischen Parlamentariern vertreten war, öffnete sich Anfang der 1970er Jahre auch die *Eretz Israel Workers' Party (hebr.: Mapai)*, der Vorläufer der heutigen *Labor Party*, den arabischen Mitgliedern. Vor allem zwischen Ende der 1970er und Anfang der 1990er Jahre erfreuten sich die zionistischen Parteien in der arabischen Wählerschaft großer Beliebtheit. Sie konnten zwischen 40 % am Anfang der 1980er Jahre und 52 % zehn Jahre später auf sich vereinen. Mitte der 1990er Jahre veränderte sich diese Situation: Nur noch 30-37 % der arabischen Wählerschaft wählten in dieser Zeit zionistische Parteien, allen voran die *Labor Party*.

Bis in die 1970er Jahre war die israelisch-arabische Strömung über so genannte Satelliten-Listen organisiert. Zionistische Parteien kooptierten lokale Politiker und Klan-Führer über arabische Listen und sicherten sich damit die Unterstützung weiter Teile der arabischen Wählerschaft. Gleichzeitig konnten sie so einen großen Einfluss auf diese geltend machen. Wie groß dieser war, zeigt sich daran, dass die arabischen Listen 1961 sogar für die Fortsetzung der Militäradministration votiert haben.

Die Gründung der *Democratic Arab Party (DAP)* von Abdelwahab Darawshe im Jahr 1988 markiert einen entscheidenden Einschnitt in der Entwicklung der israelisch-arabischen Strömung. Als langjähriges Mitglied der *Labor Party* entschied sich Darawshe aus Protest gegen die israelische Politik während der ersten *Intifada* zum Aufbau einer spezifisch arabischen Partei. Diese war von Anfang an sehr erfolgreich und erhielt – zum Teil auf einer Liste mit der *Islamic Movement (al-Ḥaraka al-Islāmīya)* – zwischen 25 % und 31 % der arabischen Wählerstimmen in den Parlamentswahlen von 1996 bzw. 1999. Die Gründung dieser Partei symbolisiert eine gewisse Radikalisierung der israelisch-arabischen Strömung, da sie wesentlich kritischere Töne gegenüber dem zionistischen Charakter des Staates anschlägt, diesen für die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung verantwortlich macht und deutlich die Forderungen nach Gleichberechtigung artikuliert. Auch in Bezug auf ihre

Identität betont die *DAP* ihre Affiliation zur palästinensischen Nation und distanziert sich damit vom Ansatz der „israelischen Araberin“ bzw. des „israelischen Arabers“, der lange Zeit von Vertreterinnen und Vertretern dieser Strömung unterstützt worden war.

Trotz dieser Radikalisierungstendenzen setzt die israelisch-arabische Strömung insgesamt weiter auf Integration in den Staat, auf Kooperation mit jüdisch-zionistischen Parteien und Institutionen und lehnt jede Form des Separatismus ab.

### Kommunistische Strömung

Kommunistische Organisationen gehören zu den ältesten und traditionell auch zu den stärksten Repräsentationsforen der arabischen Bevölkerung in Israel.<sup>6</sup> Die kommunistische Strömung hat ihre Ursprünge in der 1919 von jüdischen Sozialistinnen und Sozialisten gegründeten *Socialist Workers' Party*, der ab 1923 unter dem neuen Namen *Palestine Communist Party* (*al-Ḥizb aš-Šuyūʿī al-Filastīnī*; *PCP*) auch arabische Mitglieder beitreten konnten. Nach einer kurzzeitigen Spaltung der Partei in einen jüdischen Arm, der sich weiter *PCP* nannte, und einen arabischen Arm, der *League for National Liberation*, gelang den beiden Organisationen noch im Jahr der Gründung des Staates Israel die Wiedervereinigung als *Israel Communist Party* (*al-Ḥizb aš-Šuyūʿī al-Isrāʿīlī*; *ICP*), hebräisch *Maki*. Doch auch diese Zusammenarbeit war nicht von langer Dauer und 1966 löste sich aus ihren Reihen die hauptsächlich von arabischen Mitgliedern getragene *New Communist List* ab, besser bekannt unter ihrer hebräischen Bezeichnung *Rakah*. Die 1970er Jahre und die erste Hälfte der 1980er Jahre gelten als die Blütezeit von *Rakah*, in der diese einen Großteil der arabischen Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Während sie in dieser Phase zwischen 30 % und 40 % der Wählerstimmen bekam, erreichte sie 1977 sogar 50 % des arabischen Votums.<sup>7</sup> 1977 wurde unter ihrer Federführung die *Democratic Front for Peace and Equality* (*al-Ġabha ad-Dimuqrātīya li-s-Salām wa-l-Musāwa*; *DFPE*) ins Leben gerufen, ein Dachverband, mit dem die kommunistische Strömung sich gesellschaftlich weiter zu verankern suchte.

Die Gründe für die Stärke der kommunistischen Strömung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft sind im Wesentlichen auf ihr klares Eintreten für die Interessen der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen. Bereits seit langem, und damit wesentlich früher und deutlich vehementer als andere politische Strömungen fordert sie die absolute Gleichberechtigung

der jüdischen und arabischen Bevölkerung in Israel, deren Situation sie als Apartheid beschreibt. Sie plädiert für die Abschaffung des jüdisch-zionistischen Charakters Israels, in dem sie die Hauptursache für die Diskriminierung der arabischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sieht. Bereits seit 1976 spricht sie sich für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes durch die Gründung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten aus.<sup>8</sup> In der Lösung der Palästina-Frage sieht sie auch eine wesentliche Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben von Jüdinnen und Juden, Araberinnen und Arabern innerhalb Israels. Als erste politische Gruppierung beschreibt sie die verschiedenen Identitätsanteile der arabischen Bevölkerung – zivile israelische Identität und nationale palästinensische Identität – nicht als defizitär und widersprüchlich, sondern als komplementär. Obwohl sich die kommunistische Strömung hauptsächlich aus arabischen Anhängerinnen und Anhängern zusammensetzt, versteht sie sich eindeutig als jüdisch-arabische Strömung wie der palästinensische Politologe As'ad Ghanem darlegt:

The Communists considered a joint Arab-Jewish struggle based on an organization with fully Arab-Jewish equality as a fundamental and even the only approach that could bring success to the struggle of the Arabs in Israel. They vigorously opposed organization on a national basis, whether Arab or Jewish. From their perspective, cooperation with the Jewish majority promotes understanding and accelerates the realization of the desired changes. The central argument is that the two peoples have the same interests and should cooperate in order to attain their shared goals.<sup>9</sup>

Anders als es die Einschätzung von Ghanem vermuten ließ, wurden in den 1990er und in den darauf folgenden Jahren jedoch auch von Vertreterinnen und Vertretern des kommunistischen Lagers zahlreiche palästinensische Vereine gegründet.<sup>10</sup>

Seit Anfang der 1990er Jahre verlor die kommunistische Strömung fortlaufend an Stärke.<sup>11</sup> Neben den globalen politischen Veränderungen wie dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Bankrott des real existierenden Kommunismus, welche die kommunistischen Organisationen in Israel schwächten, waren zu dieser Zeit eine Reihe neuer Parteien und Gruppen entstanden, die mit ähnlichen Programmen miteinander um die Gunst der arabischen Bevölkerung konkurrierten. Forderungen, die einst die Radikalität und damit für viele Menschen auch die Anziehungskraft der kommunistischen Strömung ausgemacht hatten, waren zu dieser Zeit mehr und mehr zum Gemeingut



avanciert. Inhaltlich war diese Strömung allerdings auch deshalb geschwächt, weil ihr Postulat der absoluten Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung keine ausreichende Antwort auf die Frage geben konnte, was eine solche Veränderung für den Charakter und das Selbstverständnis des Staates Israel implizieren würde.

Auch wenn die kommunistisch orientierten Parteien nicht mehr an ihre guten Ergebnisse aus den 1970er Jahren anknüpfen können, gehören sie dennoch nach wie vor zu den wichtigsten Repräsentationsorganen der arabischen Bevölkerung. 1996 konnten sie auf einer gemeinsamen Liste mit der *National Democratic Alliance (at-Tağammu' al-Waṭānī ad-Dimuqrātī; NDA)* 38 % erlangen und die Zahlen von 2003, bei der *DFPE* und *ICP* immerhin 29 % erreichten, deuten auf eine gewisse Stabilisierung hin.

### Nationale Strömung

Erste Vorläufer der nationalen Strömung gab es bereits während des *Britischen Mandats*.<sup>12</sup> Allerdings wurden diese zum Teil panarabisch, zum Teil spezifisch palästinensisch ausgerichteten Gruppen, die sich sowohl gegen die Mandatsregierung als auch gegen die zionistische Einwanderung richteten, infolge der Staatsgründung und der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Jahren zwischen 1947 und 1949 beinahe vollständig zerstört. Schon während der Zeit der Militäradministration (1948-1966) gab es neue Versuche, sich auf nationaler Basis zu reorganisieren: 1958 wurde die *Arab Front (al-Ġabha al-'Arabīya)* und Anfang der 1960er Jahre *Al-Ard (al-Arḍ; arab.: der Boden)* gegründet. Diese Bemühungen scheiterten allerdings neben internen ideologischen und persönlichen Auseinandersetzungen an der in dieser Zeit besonders restriktiven staatlichen Politik, die massiv versuchte, die Gründung von Organisationen auf nationaler Basis zu unterbinden.

Erst mit der Gründung der *Sons of the Village (Abnā' al-Balad)* im Jahr 1972 konnte sich die nationale Strömung in der politischen Szene fest verankern. Charakteristisch für diese Organisation waren die Betonung der ausschließlich palästinensischen Identität der in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser sowie das Abstreiten jeglicher israelischer Identitätskomponente. Ähnlich wie andere Organisationen nationaler Orientierung, aber im deutlichen Unterschied zu allen anderen politischen Strömungen in Israel, vertrat sie nicht den Ansatz der Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung, da sie diesen für unvereinbar mit dem zionistischen Charakter des Staates erachtete. Stattdessen postulierte die marxistisch orientierte Gruppe die Grün-

derung eines säkularen demokratischen Staates auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästinas. Mit Blick auf die eigene Gesellschaft kritisiert *Sons of the Village* den konservativen Charakter der arabischen Gesellschaft und ihrer lokalen Führung und engagiert sich für die Transformation und Modernisierung der eigenen Gesellschaft. Während die Organisation seit ihrer Gründung sehr erfolgreich auf der lokalen Ebene und an den Universitäten tätig war, gab es innerhalb der Gruppe unterschiedliche Auffassungen zur Teilnahme an Parlamentswahlen. 1982 führten diese internen Divergenzen zur Spaltung der Gruppe: Während die eine Teilnahme ablehnende Gruppierung als *Sons of the Village* weiterhin eigenständiger Akteur auf der politischen Bühne blieb, beteiligten sich die Wahlbefürworter Mitte der 1990er Jahre an der Gründung der *National Democratic Alliance (NDA)* um Azmi Bishara.<sup>13</sup>

Mit der 1984 in Folge des Libanon-Krieges gegründeten *Progressive List for Peace (PLP)* begann sich die Orientierung des nationalen Lagers langsam zu ändern. Erstmals sprach sich eine der nationalen Strömung zugehörige Partei für die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel aus und forderte die Gleichberechtigung für die arabische Bürgerschaft innerhalb Israels. Die *PLP* akzeptierte nicht nur jüdische Mitglieder, sondern auch ihre Vertretung durch diese im Parlament. Wie positiv ihr Programm aufgenommen wurde, zeigen die Wahlergebnisse von 1984, wo sie auf Anhieb 18 % der arabischen Wählerstimmen erhielt. Obwohl die *PLP* nur wenige Jahre nach ihrer Gründung vor allem aufgrund organisationsinterner Probleme an Kraft verlor – 1988 erhielt sie noch 14 %, 1992 nur noch 9 % der Stimmen – hatte sie doch wegweisende Veränderungen in Richtung Integration national orientierter Akteure in der israelischen Politik angestoßen.

Die erste *Intifada* beschleunigte diese Entwicklungen. Indem sie erneut und in besonderem Maße die unterschiedlichen Kontexte auf beiden Seiten der *Grünen Linie* zum Vorschein brachte und die Entwicklung in Richtung Zwei-Staaten-Lösung vorantrieb, zwang sie die Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Strömung, sich mit ihrer zukünftigen Rolle innerhalb des israelischen Kontextes auseinander zu setzen. Seitdem zeichnet sich eine gewisse Annäherung an die kommunistische Strömung ab: Die Orientierung am Konzept der Gleichberechtigung unter der Voraussetzung der Abschaffung des jüdisch-zionistischen Charakters des Staates, ohne die Gleichberechtigung nicht für realisierbar gehalten wird sowie das Eingeständnis, dass die in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser doch eine gewisse israelische Teilidentität aufweisen. Auch wenn nicht bei allen Akteuren klar ist, inwieweit

diese Veränderungen taktischer oder strategischer Natur sind, so gelang es doch der 1996 aus diversen nationalen und kommunistischen Gruppen heraus gegründeten *NDA*, sich auf dieser Basis als starker Akteur im israelischen Parlament zu etablieren. Nach 18 % im Jahr 1996 und 17 % 1999 konnte sie im Jahr 2003 bereits 21 % des arabischen Votums auf sich vereinen.

Die *NDA*, die aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für die ethnopolitischen Entwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre ausführlich im dritten Teil des Buches dargestellt wird, verknüpft mit Blick auf den Status der arabischen Bevölkerung in Israel die Forderung nach absoluter staatsbürgerlicher Gleichberechtigung mit Anerkennung der nationalen Differenz.<sup>14</sup>

### Islamische Strömung

Explizit islamisch argumentierende Organisationen sind im Vergleich zu den anderen politischen Strömungen ein noch junges Phänomen in Israel.<sup>15</sup> 1979 wurde mit *Usrat al-Jihad* (*Usrat al-Ġihād*; arab.: *Familie des Jihad*), einer kleinen militanten Untergrundorganisation, die den bewaffneten Kampf gegen Israel proklamierte, die erste islamistische Gruppe innerhalb der *Grünen Linie* gegründet. Diese Phase des militanten Islamismus währte allerdings nicht lange, denn bereits zwei Jahre später gelang den israelischen Sicherheitskräften die Zerschlagung der Vereinigung.

Die Gründung der *Young Muslims* (*aš-Šabāb al-Muslimūn*) durch Scheikh Abdallah Nimr Darwish aus dem Dorf Kufr Qasim (*Kafr Qāsim*) im Jahr 1983 war der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer moderaten islamischen Strömung, die Mitte der 1980er Jahre in die Gründung der *Islamic Movement* mündete. Diese war eine Folge der nach 1967 auch im religiösen Bereich intensiven palästinensisch-palästinensischen Beziehungen über die *Grüne Linie*: Da es in Israel bis in die 1980er Jahre nicht möglich war, eine weiterführende religiöse islamische Ausbildung zu absolvieren, nutzten viele Studierende – darunter auch Darwish – die für sie neue Möglichkeit, an einer der Universitäten oder Institute in der Westbank oder im Gazastreifen eine islamkundliche Ausbildung zu absolvieren, um anschließend in Israel als Prediger oder religiöser Lehrer tätig zu werden. Dieser religiöse Austausch wurde anfänglich von der israelischen Administration unterstützt, die sehr daran interessiert war, die Ausbildung einer islamischen Führung in Israel voranzutreiben. Zum einen versprach sie sich davon, die säkulare Opposition innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels zu schwächen. Zum anderen erhoffte sie sich durch dieses aus ihrer Sicht entgegenkommende Verhalten, die islamisch orientierten

Akteure in den besetzten Gebieten kooptieren zu können und ihren Widerstand gegen die Besetzung zu entkräften.<sup>16</sup> Als sich jedoch herausstellte, dass diese Form der Vernetzung über die *Grüne Linie* hinweg zu einer verstärkten Politisierung und zu einem vermehrten Anti-Israelismus führte, reagierte Israel mit der Einrichtung besser kontrollierbarer religiöser Institute im eigenen Land.<sup>17</sup>

Die politische Teilhabe der *Islamic Movement* beschränkte sich in der ersten Dekade ihres Bestehens auf die Lokalpolitik, wo sie von Anfang an eine wichtige Kraft darstellte.<sup>18</sup> Ähnlich wie islamische und islamistische Gruppen in anderen Ländern konnte sich die Organisation innerhalb der arabischen Gesellschaft vor allem durch ihr hohes soziales Engagement profilieren.<sup>19</sup> Eine Beteiligung an den Parlamentswahlen wurde dagegen in der Gruppe kontrovers diskutiert und führte 1996 schließlich zur Spaltung, als sich ein Teil der Bewegung unter Leitung von Scheikh Abdallah Darwish für die Beteiligung an den Wahlen aussprach. Auf einer gemeinsamen Liste mit der *Democratic Arab Party (DAP)* erhielten die Islamisten auf Anhieb zwei Sitze im Parlament, ein Ergebnis, das sie drei Jahre später wiederholen konnten. Seit ihrer ersten Teilnahme an der Parlamentswahl unterteilt sich die *Islamic Movement* in den gemäßigten Südflügel um Scheikh Darwish und den deutlich radikaleren Nordflügel um Ra'id Saleh, den Bürgermeister der Stadt Umm al-Fahm (*Umm al-Fahm*), der die Beteiligung an den Wahlen ablehnt.<sup>20</sup>

Trotz einiger Unterschiede zwischen den beiden Flügeln verfolgt die *Islamic Movement* einen insgesamt recht pragmatischen politischen Kurs: Sie erkennt den Staat Israel in den Grenzen von 1949 an und billigt damit auch die Minderheitensituation der arabischen Bevölkerung. Ähnlich wie die anderen politischen Strömungen fordert sie die Gleichberechtigung der arabischen Minderheit und insbesondere den Schutz der Religionsausübung. Sie fordert eine Rückbesinnung auf islamische Werte und eine islamgerechte Lebensweise. Die Gründung eines islamischen Staates wird dagegen nicht angestrebt. Mit Blick auf die Palästinafrage fordert sie, wie alle anderen Strömungen auch, die Errichtung eines palästinensischen Staates. Die *Islamic Movement* versteht sich der israelischen Gesetzgebung verpflichtet und legt Wert darauf, ihre gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten ausschließlich innerhalb des gesetzlichen Rahmens voranzutreiben.<sup>21</sup>

Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erfuhr die islamische Strömung eine klare Stärkung. Mit dem Scheitern des Friedensprozesses und der damit einhergehenden Niederlage für eine säkulare palästinensische Politikorientie-

rung sowie mit der erneuten Konflikteskalation während der zweiten *Intifada* und den *Oktober-Unruhen* zeichnete sich eine gewisse Islamisierung des politischen Diskurses ab.<sup>22</sup> Gleichzeitig nahmen Repressalien staatlicher Institutionen gegenüber den Anhängerinnen und Anhängern der Bewegung zu.<sup>23</sup>

Die Beziehung zwischen der *Islamic Movement* und der islamistisch orientierten *Hamas* (*Harakat al-Muqāwama al-Islāmīya; Islamische Widerstandsbe-  
wegung*)<sup>24</sup> in der Westbank und im Gazastreifen, eine hochbrisante Thematik in Israel, wird kontrovers diskutiert. Trotz Übereinstimmungen bezüglich islamischer Werte und Lebensführung unterscheiden sich beide Gruppierungen deutlich in ihrer Haltung gegenüber Israel, da *Hamas* sich trotz jüngster Politisierungsbestrebungen weiterhin weigert, die Existenz Israels offiziell anzuerkennen. Soweit es die politische Lage zulässt und die Grenzen geöffnet sind, wird die Beziehung zwischen beiden Organisationen auch durch gegenseitige Kontakte sowie Besuche religiöser Autoritäten aus dem Umfeld der *Hamas* zur Unterrichtung der palästinensischen Bevölkerung in Israel getragen. Diese finden in religiösen Einrichtungen und in Privatwohnungen statt.<sup>25</sup>

Tab. 1: Arabisches Votum bei den Parlamentswahlen 1949-2003<sup>26</sup>

Jahr	1949	1951	1955	1959	1963	1967	1971	1977	1981	1985	1989	1993	1996	1999	2001	2003
Wahlbeteiligung (%)	79	86	90	85	83	82	80	73	74	68	72	74	70	77	75	64
Israel Communist Party (ICP)/Democratic Front for Peace and Equality (DFPE)	22	16	15	11	22	23	28	37	50	37	32	33	23	38	22	29
Progressive List for Peace (PLP)											18	14	9			
National Democratic Alliance (NDA)															17	21
Democratic Arab Party (DAP)/Islamic Movement (IM)												11	15	27	31	19

Arab. Listen	28	55	48	42	40	38	40	27	16	12						
Arbeitspartei	10	11	14	10	10	13	17	17	11	29	26	16	20	18	8	6
Zionistische Parteien (außer Arbeitspartei)	40	18	23	37	28	26	15	19	23	22	24	25	33	17	22	20

\* Die NDA und die IM nahmen erstmals 1996 an den Parlamentswahlen teil. In diesem Jahr bildete die NDA eine gemeinsame Liste mit der DFPE, während die IM mit der DAP koalierte.

## 4.2 Kommunale Politik

Kommunale Politik ist innerhalb des arabischen Sektors von zentraler Bedeutung. Dies ist zum einen im Kontext der dörflichen Sozialstruktur – die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung Israels lebt in Dörfern und kleinen Städten – zu verstehen,<sup>27</sup> zum anderen ist die materielle Diskriminierung der arabischen Bevölkerung auf der Ebene der Kommunen besonders evident und stellt daher für die kommunale Politik einen beträchtlichen Handlungsbedarf dar. So betragen die Ausgaben für die Einwohnerinnen und Einwohner der insgesamt 66 arabischen Kommunen nur zwei Drittel der jüdischen Kommunen, was sich, wie entsprechende Parameter zeigen, deutlich negativ auf deren sozioökonomische Situation auswirkt.<sup>28</sup> Ein weiterer Grund für den hohen Stellenwert kommunaler Politik bzw. für die „Lokalisierung politischer Partizipation“<sup>29</sup> ist der weit reichende Ausschluss der palästinensischen Bevölkerung aus dem Bereich nationaler Politik und Verwaltung. Vor diesem Hintergrund stellt kommunale Politik eine Alternative dar, die nicht nur politische Teilhabe ermöglicht, sondern auch die Chance auf einen Arbeitsplatz in den lokalen Verwaltungen eröffnet.

Die dörfliche Struktur und Orientierung der palästinensischen Gesellschaft und die besondere Bedeutung kommunaler Politik stellt bisweilen eine große Herausforderung für jene Politikerinnen und Politiker dar, die auf nationaler politischer Ebene den Aufbau der palästinensischen Minderheit vorantreiben wollen. Der Parlamentarier Azmi Bishara von der *NDA* geht so weit, das seiner Annahme nach wenig ausgeprägte Interesse der palästinensischen Bevölkerung an nationalen politischen Fragen auf den ruralen Charakter der Gesellschaft zurückzuführen:

[D]ie arabische Gesellschaft in Israel [ist] sehr unpolitisch (...), d. h., ihr Interesse ist überwiegend die Lokalpolitik. Eines unserer Probleme als demokratische Partei ist, dass unsere Öffentlichkeit an nationalen Fragen we-

nig Interesse zeigt. (...) Die arabische Gesellschaft in Israel ist eine Dorfgemeinschaft. Es gibt keine urbanen arabischen Zentren in Israel und auch keine großen Kulturzentren. Die arabische Minderheit ist von der arabischen Welt und von den großen arabischen Städten abgeschnitten, sie war auch immer von der Entwicklung der palästinensischen Befreiungsbewegung isoliert.<sup>30</sup>

Die kommunale Politik ist zudem stark von dem Einfluss der Großfamilien (*ḥamūla*, Pl. *ḥamā'il*) geprägt. In den Lokalverwaltungen spielen so genannte lokale Gruppen, die auf tribalen und familiären Bindungen basieren, eine wesentlich größere Rolle als die politischen Parteien, wie die Übersicht zur Orientierung der arabischen Lokalverwaltungen in den Jahren zwischen 1978 und 1998 deutlich macht. In den 1990er Jahren verringerte sich die Zahl der gewählten Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien deutlich zugunsten einflussreicher Familien.

Tab. 2: Orientierung arabischer Lokalverwaltungen<sup>31</sup>

	1978	1983	1989	1993	1998
Anzahl der Amtsinhaber	51	46	48	55	58
Democratic Front for Peace and Equality (DFPE)	17	20	18	12	7
Democratic Arab Party (DAP), National Democratic Alliance (NDA), Progressive List for Peace (PLP)	-	-	6	6	2
Islamic Movement (IM)	-	1	6	6	6
Zionistische Parteien	7	6	6	15	3
Lokale Gruppen	27	19	12	16	40

Trotz einer gewissen Anpassung der internen Auswahlmechanismen an das demokratische Verfahren – seit einigen Jahren werden innerhalb der Großfamilien und Stämme Vorwahlen (*primaries*) abgehalten, um intern einen geeigneten Kandidaten abzustimmen – halten Kritiker die tribale Orientierung der Lokalpolitik für bedenklich:

(...) Arab local government and its areas of responsibility are extremely important for the future development of the Arab society in Israel. The aban-

donment of local government to representatives of clans or confessions, totally devoid of experience and ability to administer local government systems, and the deepening schism against a traditional and primordial background – these will severely impair the future of this society and endanger its continued existence as a national group with common needs and aspirations.<sup>32</sup>

Um die Kommunen zu stärken, wurde 1974 das *Committee of Arab Local Council Heads (al-Lağna al-Quṭriya li-s-Sulṭat al-Maḥalliya al-‘Arabiya)* gegründet. Die Organisation zählt zu den ersten größeren zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die nach der *Nakba* und der darauf folgenden Militäradministration von Seiten der arabischen Bevölkerung errichtet wurden und gilt deshalb als Symbol für den Wiederaufbau der palästinensischen Zivilgesellschaft. Hatte sich das Komitee in den ersten beiden Jahren vornehmlich kommunalen Angelegenheiten wie Budgetierung, Gesundheitsversorgung und Bildungswesen gewidmet, so wurde es nach den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Sicherheitsleuten am *Tag des Bodens* am 30. März 1976 in allen die palästinensische Minderheit betreffenden Bereichen aktiv.<sup>33</sup>

Vor dem Hintergrund des Libanon-Krieges 1982 wurde innerhalb der palästinensischen politischen Szene das Bedürfnis größer, neben der kommunalen Struktur auch ein nationales politisches Führungsgremium zu etablieren, was 1982 in die Gründung des *Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs (Lağnat al-Mutāba‘a al-‘Ulyā li-l-Ġamāhīr al-‘Arabiya fi Isrā‘il)* mündete. Dieses Forum setzt sich aus allen arabischen Parlamentariern, arabischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, arabischen Mitgliedern des Exekutivrates der Gewerkschaften, Vertretern der *Islamic Movement* sowie der *Sons of the Village*, arabischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Schüler- und Studentenvereinigungen sowie weiteren politisch aktiven Personen zusammen.<sup>34</sup> Mit dem Mandat, die arabische Bevölkerung in allen Belangen gegenüber der israelischen Administration zu vertreten, verkörpert das *Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs* bis heute das repräsentativste Vertretungsorgan der arabischen Bevölkerung:

The committee has earned the status of national leadership because it represents daily concerns, national needs, and the consensual political views of the Arabs in Israel. No other authority, including the Israeli government, enjoys such status within the Arab community.<sup>35</sup>



Besondere Bedeutung erlangte das Komitee in den 1980er Jahren, in denen es maßgeblich zur Etablierung von Streik als Mittel des politischen Widerstandes beitrug. Doch schon zu Beginn der 1990er Jahre erfuhr das Gremium eine deutliche Schwächung und geriet in eine Krise, die bis heute andauert. Die konsensorientierte Struktur wie auch der begrenzte Handlungsspielraum lassen nur selten weit reichende Entscheidungen zu. Aufgrund seiner schwachen Position gegenüber dem israelischen Staat, der das Komitee nicht als offizielles Vertretungsorgan anerkennt und der in politisch brisanten Situationen durchaus auch mit dem Verbot der Organisation droht, vermeidet es nicht selten eindeutige Stellungnahmen. Diese Haltung erwies sich als besonders problematisch in Zeiten tief greifender Veränderungen wie z. B. die erste *Intifada* oder die *Okttober-Unruhen*, die eine klare Positionierung verlangten. Interne Auseinandersetzungen, Führungsschwäche sowie mangelnde politische Durchsetzungskraft führten schließlich dazu, dass die Legitimation des Komitees von Teilen der politischen Klasse mehr und mehr in Frage gestellt wurde.<sup>36</sup> Gerade die jüngere Generation der Aktivistinnen und Aktivisten sieht sich durch das Gremium nicht vertreten. Sie bezweifelt, dass es die Interessen der palästinensischen Minderheit gegenüber dem israelischen Staat adäquat repräsentiert, da es nicht direkt von der Bevölkerung gewählt und zudem von Lokalpolitikern dominiert wird.<sup>37</sup> Mit Blick auf eine Verbesserung der „Organisation der Minderheit“ plädieren insbesondere die Mitglieder der *NDA* für eine umfassende Reform des Komitees und haben bereits konkrete Vorschläge für den Aufbau einer gemeinsamen nationalen Führung auf der Basis von Direktwahlen ausgearbeitet.<sup>38</sup>

### 4.3 Studentenorganisationen

Die Universitäten sind in Israel traditionell eine Hochburg des politischen Aktivismus. Dies trifft insbesondere für die palästinensischen Studierenden zu, die an den Universitäten in besonderem Maße mit ihrer Rolle als Angehörige einer Minderheit konfrontiert sind. Dies wiegt umso schwerer, da der Besuch der Universität für die meisten palästinensischen Studentinnen und Studenten den ersten Kontakt mit einer nicht arabischen Institution sowie mit einer jüdischen Mehrheit bedeutet. Auch an den Universitäten werden palästinensische Studentinnen und Studenten, die 2001 knapp 13 % der Studierenden ausmachten, strukturell benachteiligt, denn sie verfügen nicht über den gleichen Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten wie ihre jüdischen Kommilitoninnen und Kommilitonen.<sup>39</sup> Dies betrifft vor allem Diskriminierungen hinsicht-

lich der Wahl der Studienfächer, der Vergabe von Stipendiengeldern sowie der Verfügbarkeit von Plätzen in den Studentenwohnheimen.<sup>40</sup>

An den Universitäten, deren Verkehrssprache i. d. R. Hebräisch ist und in denen der überwiegende Teil der Dozentinnen und Dozenten jüdische Israelinnen und Israelis sind,<sup>41</sup> übernehmen arabische Studentenorganisationen wichtige Unterstützungs- und Repräsentationsfunktionen für die palästinensischen Studierenden. So gibt es an jeder Universität zwei bis drei arabische Studentenorganisationen mit einem aktiven Kader von schätzungsweise zehn bis 15 Personen. Die Studentenorganisationen – „Ableger“ der politischen Parteien – werden an jeder Universität durch ein *Arab Student Committee* (*Lağnat at-Ṭullāb al-‘Arabīya*; *ASC*) repräsentiert. Ein Dachverband, die *National Union of Arab Students* (*Ittiḥād at-Ṭullāb al-Ġāmi‘iyīn*; *NUAS*), koordiniert die Aktivitäten der diversen Komitees auf Landesebene.<sup>42</sup>

Das erste arabische Studentenkomitee wurde im akademischen Jahr 1958/59 an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem gegründet, 1968 folgten Gremien an der *Universität Tel Aviv*, 1973 an der *Universität Haifa* sowie am *Technion* und 1975 schließlich an der *Ben-Gurion Universität* in Beersheva und an der *Bar-Ilan-Universität* in Ramat-Gan. Der erste Dachverband der Studentenkomitees wurde im Hochschuljahr 1974/5 ins Leben gerufen.<sup>43</sup> Stärkste Fraktion unter den Studentenorganisationen ist traditionell die kommunistisch orientierte *DFPE*, die jedoch seit einigen Jahren mit der *NDA* eine starke Konkurrenz bekommen hat.<sup>44</sup> Die *Islamic Movement* ist an den Universitäten zwar aktiv, allerdings nimmt sie nicht mehr an den Studentenwahlen teil, nachdem sie 2001 an der *Ben-Gurion Universität* ein nur schwaches Ergebnis erzielt hatte.

Die Studentenbewegung spielte eine wichtige Rolle für die politische Sozialisation der arabischen Studierenden und insbesondere für die Schaffung und Stärkung palästinensischer Identität, die weder klan- noch konfessionell orientiert ist.<sup>45</sup> Viele der heutigen arabischen Führungspersönlichkeiten wie die Parlamentarier Issam Makhoul (*DFPE*) und Azmi Bishara (*NDA*), die NGO-Aktivisten Nabil Saleh (*Galilee Center for Social Research*), Ameer Makhoul (*Ittijah*) und die NGO-Aktivistin Nabila Espanioly (*Tufula*) waren während ihrer Studienzeit in der Studentenbewegung aktiv.<sup>46</sup>

Besonders aktiv war die arabische Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Über ihr Engagement gegen die Diskriminierung arabischer Studierender an den Universitäten hinaus setzten sie sich für die Gleichberechtigung der arabischen Bevölke-

rung in Israel ein. Besonders charakteristisch für diese Phase der Studentenbewegung aber war das hohe Maß an Solidarität mit den Palästinenserinnen und Palästinensern in den von Israel besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen, das in unterschiedliche Aktivitäten gegen die Besatzung mündete. Ende der 1970er Jahre beteiligten sich arabische Studentenorganisationen an einem Komitee zur Unterstützung der *Bir Zeit-Universität* bei Ramallah und Anfang der 1980er Jahre an einem Komitee gegen den Krieg im Libanon.<sup>47</sup> Kennzeichnend für die Mitglieder der damaligen Studentenbewegung war auch ihr eigenes stark ausgeprägtes palästinensisches Selbstverständnis, das sie öffentlich zum Ausdruck brachten. In einer Zeit, in der die *PLO* in Israel als terroristische Vereinigung galt, scheuten sie sich nicht, öffentlich Sympathie für die Organisation zu bekunden. Bei dem Großteil der jüdischen Studentenschaft stieß das Verhalten ihrer palästinensischen Kommilitoninnen und Kommilitonen auf Ablehnung. Aus ihrer Sicht waren diese Extremisten, die die israelischen Universitäten als *Fatah*-Ausbildungslager (*al-Fatah*) missbrauchten.<sup>48</sup>

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verlor die Studentenbewegung an politischer Bedeutung. Viele Komitees stellten ihre Arbeit ein und jahrelang wurden keine Wahlen durchgeführt. Ein Grund dafür lag in der zunehmenden Entwicklung der israelischen Zivilgesellschaft, in der sich mittlerweile zahlreiche Organisationen jenseits der politischen Parteien und ihrer Studentenorgane auf jüdischer sowie auf arabischer Seite für innerisraelische Gleichberechtigung bzw. für das Ende der Besatzung engagierten. Obwohl heute ehemalige Studentenfürherinnen und Studentenfürher diese Diversifizierung der politischen Arbeit positiv beurteilen, sehen einige von ihnen in der rasanten Zunahme von NGOs einen wesentlichen Grund für die Schwächung der Studentenorganisationen.<sup>49</sup>

Seit einigen Jahren erfährt die arabische Studentenbewegung eine Renaissance. Deutlich wurde dies im Frühjahr 2000 durch Proteste arabischer Studierender an der *Universität Haifa*. Diese hat mit 20 % einen besonders hohen Anteil arabischer Studentinnen und Studenten. Die Proteste wurden ausgelöst, nachdem sich ein jüdischer Student bei den Ordnungskräften der Universität darüber beschwert hatte, dass ein arabischer Kommilitone auf dem Campusgelände eine palästinensische Fahne gehisst hatte.<sup>50</sup> Während der darauf folgenden wochenlangen – und zum Teil gewaltsam ausgetragenen – Auseinandersetzungen an der Universität, die auf gewisse Weise einen Prolog der *Oktober-Unruhen* desselben Jahres darstellten, gelang es der arabischen Studentenbewegung, sich als starkes zivilgesellschaftliches Forum zu rehabilitieren. Sie

trug dazu bei, dass sowohl die Situation arabischer Studierender an den israelischen Hochschulen als auch die strukturelle Benachteiligung der palästinensischen Minderheit in Israel vermehrt Eingang in die öffentliche Debatte und auf die Agenden israelischer Politik fanden.

Für die *Universität Haifa* hatten die Auseinandersetzungen beträchtliche Folgen: Zum einen büßte sie gewissermaßen ihre Reputation als eine Universität ein, in der jüdisch-arabische Koexistenz als gleichberechtigt galt. Zum anderen musste sie sich vermehrt gegenüber jenen externen Geberorganisationen rechtfertigen, die Programme zur Förderung arabischer Studierender an der Universität finanzierten und nun beabsichtigten, die Umsetzung und Wirkung dieser Projekte genauer zu beobachten.<sup>51</sup>

### Anmerkungen

- 1 Schmolke 1994, S. 278.
- 2 Siehe Halabi/Philipps-Heck 2001; Abu-Nimer 1999; Wolff-Jontofsohn 1999.
- 3 Siehe entsprechende bibliographische Hinweise in der Einleitung.
- 4 Vgl. Rouhana 1997, S. 149.
- 5 Die Ausführungen zur israelisch-arabischen Strömung beziehen sich auf Ghanem 2001, S. 39-63.
- 6 Die Ausführungen zur kommunistischen Strömung beziehen sich, sofern nicht anders angemerkt, auf ebd., S. 65-94.
- 7 Vgl. Tab. 1.
- 8 Vgl. Rouhana 1989, S. 53.
- 9 Ghanem 2001, S. 88.
- 10 Vgl. Interviews mit Farah, Haifa, 2001; Nashef, Haifa, 2001; Touma-Sliman, Nazareth, 2001. Zu den Beweggründen von Mitgliedern oder Sympathisanten der DFPE, palästinensische Organisationen zu gründen, siehe Kapitel 7.
- 11 Für eine ausführliche Analyse zu den Hintergründen der kommunistischen Strömung siehe Ghanem 2001, S. 71ff.
- 12 Diese Ausführungen beziehen sich, sofern nicht anders angemerkt, auf ebd., S. 95-122.
- 13 Ausführlich zu Azmi Bishara und zu seinem politischen Programm siehe Kapitel 8.2. Zur Gründungsgeschichte der NDA vgl. 'Abd al-Fattāh 1999.
- 14 Siehe Kapitel 8.2.

- 15 Die Ausführungen zur islamischen Strömung beziehen sich, sofern nicht anders angemerkt, auf Ghanem 2001, S. 123-135. Zur Islamic Movement siehe auch Peled 2001; Schmitt s. a.; Amara 1996; Israeli 1993.
- 16 Vgl. Peled 2001, S. 127f.
- 17 Vgl. Landau 1993, S. 81.
- 18 Seit 1989 stellt die Islamic Movement regelmäßig mehr als 10 % der Bürgermeister und Gemeinderäte, vgl. die Übersicht bei Ghanem 2001, S. 148.
- 19 Zum sozialen Engagement der Islamic Movement siehe Schmitt [s. a.]. Zum sozialen Charakter islamischer Gruppen in Ägypten, Jordanien und im Jemen siehe Clark 2004; zu Ägypten Clark 1995.
- 20 Zur Islamic Movement in Umm al-Fahm siehe Schmitt s. a.
- 21 Vgl. Ghanem 2001, S. 129ff.
- 22 Zu Islamisierungstendenzen in Zusammenhang mit der zweiten Intifada siehe Kapitel 10.
- 23 Siehe dazu insbesondere Kapitel 9. Zum repressiven Umgang gegenüber Repräsentantinnen und Repräsentanten des Nordflügels der Islamic Movement siehe The Arab Association for Human Rights 2003. Dieser und andere Berichte der Menschenrechtsorganisation befinden sich auch im Netz unter [www.arabhra.org](http://www.arabhra.org).
- 24 Die lexikalische Bedeutung von Hamas (Ḥamās) ist Eifer.
- 25 Vgl. Interview mit Nouhad Ali, Haifa, 2000.
- 26 Die Tabelle basiert auf von Ghanem 2001, S. 201 und wurde von der Autorin auf Grundlage der Daten von Mossawa Center 2003, S. 38 ergänzt.
- 27 Vgl. Al-Haj/Abu-Sa'ad/Yonah 2003, S. 87.
- 28 Zur sozioökonomischen Situation siehe u.a. Mossawa Center 2003; vgl. auch Kapitel 1.1 dieses Buches.
- 29 Al-Haj 1993; Rosenfeld/Al-Haj 1990, 1989.
- 30 Vgl. Baumgarten 2000a, S. 39.
- 31 Die Tabelle geht zurück auf Ghanem 2001, S. 148.
- 32 Vgl. ebd., S. 149.
- 33 Vgl. ebd., S. 152.
- 34 Ausführlich zum Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs siehe Bligh 1999, S. 141. Für eine kritische Sicht siehe Bishara 1997.
- 35 Rouhana 1989, S. 54.
- 36 Vgl. Ghanem 2001, S. 152f. Ghanem schätzt die Zahl derer, die ein gewähltes Follow Up Committee bevorzugen würden, auf 60-70 % der Bevölkerung; vgl. Interview mit Ghanem, Haifa, 2001.

- 37 Vgl. Interviews mit Anton, Haifa, 2001; Hawari, Nazareth, 2001. In Zusammenhang mit den Oktober-Unruhen war das Komitee aufgrund von mangelnder Präsenz und Führungskompetenz in die Kritik geraten.
- 38 Vgl. Interview mit Abdelfattah, Nazareth, 2001.
- 39 Vgl. Timm 2003, S. 56. Der Frauenanteil innerhalb der arabischen Studentenschaft hat sich in den Jahren zwischen 1975 und 1995 vervierfacht. Im Studienjahr 1974/75 waren 11,8 %, 1984/85 28,7 %, 1988/89 35,1 % und 1995/96 44,1 % der arabischen Studierenden Frauen; vgl. Klein 2003, S. 115. Zur Bildungssituation aus geschlechtsspezifischer Perspektive siehe auch Espanioly Hazzah/Mansour/Howari 1997, S. 33-41.
- 40 Vgl. DIE ZEIT, Campus der Konflikte, 03.05.2001. Für einen Bericht über Formen der Diskriminierung arabischer Studierender an israelischen Universitäten siehe Sultany 2003, S. 169-172.
- 41 Von rund 5000 Dozentinnen und Dozenten an israelischen Hochschulen sind nur ca. 45 Palästinenserinnen und Palästinenser; vgl. Ha'aretz, English Edition, Know thy neighbour – but don't hire him, 12.07.2001.
- 42 Vgl. Makkawi 1999, S. 95ff.
- 43 Salim 1983, zit. nach Makkawi 1999, S. 38.
- 44 Bei den Studentenwahlen an der Universität Haifa im Frühjahr 2001 erzielte die DFPE sieben, die NDA fünf und Abnaa al-Balad 2 Sitze. Vgl. Interview mit Abdelfattah, Nazareth 2001.
- 45 Zum Zusammenhang zwischen Studentenbewegung und kollektiver Identität siehe Makkawi 1999.
- 46 Zu den Biographien der Aktivistinnen und Aktivisten siehe Kapitel 7.
- 47 Vgl. Interview mit Issam Makhoul, Haifa, 2001.
- 48 Vgl. Stendel 1996, S. 76. Fatah ist ein Anagramm für Ḥaraka li-t-Taḥrīr Filasṭīn (Bewegung zur Befreiung Palästinas). Fatah ist die älteste noch aktive Gruppe der palästinensischen Nationalbewegung und wurde jahrzehntelang bis zu seinem Tod von Yasir Arafat geleitet. Sie stellt nach wie vor die stärkste Fraktion innerhalb der PLO dar. Zur Entwicklungsgeschichte der Fatah siehe Baumgarten 1991.
- 49 Vgl. Interview mit Issam Makhoul, Haifa, 2001. Diese Kritik wird in Kapitel 15 weiter ausgeführt.
- 50 Palästinensische Studentinnen und Studenten demonstrierten auf dem Gelände der Universität Haifa gegen ihre Diskriminierung an der Universität sowie gegen die Benachteiligung und Marginalisierung der gesamten palästinensischen Bevölkerung Israels. Auf Kundgebungen und bei De-

monstrationen wurde die palästinensische Fahne gehisst und das Victory-Zeichen gemacht. Sicherheitsleute der Universität sowie Polizeikräfte gingen wiederholt gegen die beteiligten Studierenden vor. Sie erhielten Verweise, einige wurden zeitweise festgenommen. Vgl. zu den Studentenprotesten in Haifa DIE ZEIT, Campus der Konflikte, 03.05.2001.

51 Vgl. Interview mit Badawi, Haifa, 2001.





## 5. Vereine und NGOs

Gesellschaftliche Selbstorganisation hat in Israel eine lange Tradition und der israelische NGO-Sektor zählt sowohl numerisch als auch hinsichtlich seiner ökonomischen Kompetenz zu den weltweit stärksten. Die Zahlen sind beeindruckend: 1998 waren knapp 27.000 Organisationen als Vereine (*hebr. 'amutah/Pl. 'amutot*) beim Innenministerium registriert, von denen mehr als 25.000 jüdischer und rund 1.000 arabischer Provenienz waren.<sup>1</sup> Allerdings gelten nur etwa 35 % aller registrierten Vereine als tatsächlich aktiv.<sup>2</sup>

Für viele Israelinnen und Israelis bietet die Zivilgesellschaft auch einen Arbeitsplatz. Sieht man von den Beschäftigten in der Landwirtschaft einmal ab, so sind mehr als 9 % aller Berufstätigen in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen beschäftigt, eine Zahl, die über dem weltweiten Durchschnitt von rund 7 % liegt. Um die Zahlen richtig einordnen zu können, ist allerdings darauf hinzuweisen, dass in Israel auch öffentliche Stiftungen und öffentliche Versorgungsbetriebe zu Einrichtungen des so genannten *Dritten Sektors*<sup>3</sup> zählen.

Entsprechend ihrer Arbeitsbereiche lassen sich israelische NGOs 12 Kategorien zuordnen: Religion (23,5 %), Bildung und Forschung (18,8 %), Kultur, Kunst und Erholung (13,6 %), Wohlfahrt und Soziale Dienstleistungen (12,4 %), Wohltätigkeit und Förderung von Ehrenamtlichkeit (7,5 %), Recht, *Advocacy* und Politik (6,2 %), Wohnen und Entwicklung (5,3 %), Kommerzielle Organisationen, Gewerkschaften und Berufsverbände (3,1%), Gedenken (2,0 %), Gesundheit (1,5 %), Internationale Aktivitäten (1,3 %), Umwelt und Tierschutz (0,5 %).<sup>4</sup>

Die Finanzierung der Organisationen verläuft mehrheitlich über öffentliche Gelder (63 %), eigene Einkünfte der Organisationen (26 %) sowie über Spenden und Fördermittel aus dem In- und Ausland (10 %).<sup>5</sup> Die auffallend hohe staatliche Unterstützung bezieht sich in erster Linie auf die Bereiche Bildung/Forschung, Gesundheit und Kunst/Kultur/Erholung, während sich alle anderen Bereiche zu etwa gleichen Anteilen über alle drei Kanäle finanzieren. Interessant ist hierbei, dass *Civic*- und *Advocacy*-Gruppen sowie Organisationen im Bereich „internationale Aktivitäten“ hauptsächlich über Spenden finanziert werden.<sup>6</sup> Die hohe staatliche Förderung bezieht sich indessen nur auf jüdische und nicht auf palästinensische Organisationen, wie in Kapitel 9.2 näher ausgeführt wird.

### 5.1 Exkurs: Der jüdische NGO-Sektor

Den Ausführungen in Kapitel 4 über die zwei israelischen Zivilgesellschaften entsprechend, differenziert sich auch die israelische Vereins- und NGO-Landschaft in eine jüdische und eine arabische. Um die unterschiedliche Genese und politische Rolle des jüdischen und arabischen NGO-Sektors zu zeigen, möchte ich meinen Ausführungen zur arabischen Vereinslandschaft einen Exkurs zum jüdischen Vereinswesen voranstellen. Damit wird deutlich, dass die Entwicklungen beider Sektoren strukturelle Unterschiede aufweisen und keineswegs als eine nur zeitlich verzögerte Parallelentwicklung bezeichnet werden können, wie es die bestehende Literatur zum Teil impliziert.<sup>7</sup>

#### Historische Entwicklung der jüdischen Vereine und NGOs

Der heutige jüdische NGO-Sektor ist in besonderem Maße über seine historische Entwicklung zu verstehen. Auch wenn die Ursprünge gesellschaftlicher Selbstorganisation in Israel weitaus tiefere Wurzeln haben, so ist es für den Kontext der hiesigen Thematik ausreichend, sich auf die Entwicklungen seit Ende des 19. Jahrhunderts zu beschränken.<sup>8</sup>

Der Aufbau des so genannten *Neuen Yishuv*, der jüdischen Gemeinde vor der Staatsgründung Israels, begann 1882 mit der ersten zionistisch orientierten Einwanderungswelle (hebr.: *‘alijah*). Im Unterschied zu den Mitgliedern des nicht zionistisch geprägten *Alten Yishuv*, dessen Organisationen überwiegend im Wohltätigkeitsbereich tätig waren und die auch die arabische Bevölkerung unterstützt hatten, verfolgten die zionistischen Immigrantinnen und Immigranten den Aufbau einer nationalen Entität in Palästina. Um dieses zu gewährleisten, konzentrierten sie sich Anfang des 20. Jahrhunderts auf die Gründung national-politischer Einrichtungen, die ausschließlich der Versorgung und Unterstützung der jüdischen Bevölkerung dienten. Aufgrund ihres hohen Grades an Zentralisierung und Dominanz bei der Verteilung der ökonomischen und politischen Ressourcen ähnelten diese Organisationen vielmehr staatlichen als traditionellen Freiwilligen-Organisationen.<sup>9</sup>

Der Aufbau dieser Infrastruktur sowie der Landkauf wurden durch Spenden aus der jüdischen Diaspora sowie teilweise auch von nicht jüdischen Spendern finanziert. Akquiriert wurden diese von verschiedenen Finanzierungsorganisationen wie dem *Jewish National Fund* (1901), später dem *Palestine Foundation Fund* (1921) und der *Jewish Agency for Palestine* (1929). Ohne die Entwicklungen im Einzelnen zu benennen, bleibt festzuhalten, dass der intensive

Aufbau zionistischer Institutionen dazu führte, dass bereits vor der Deklaration des Staates Israel ein „Quasi-Staat“ entstand, der de facto politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch autonom war und der nach 1948 die Grundlage des israelischen Staates bildete.

Nach der Gründung des Staates Israels 1948 kooptierte der junge Staat die wichtigsten Organisationen, und ihre Leiterinnen und Leiter erhielten Posten in der staatlichen Verwaltung. Dies galt beispielsweise für die Gewerkschaft *Histadrut* und die *Jewish Agency*. Der Staat konnte von der Erfahrung und Expertise der Organisationen profitieren und somit auch in der schwierigen Kriegs- und Nachkriegszeit die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Obwohl mit der Staatsgründung auch der Aufbau neuer staatlicher Institutionen vorangetrieben wurde, wie das Militär- und Schulsystem sowie das Sozialversicherungswesen, ist die Verquickung staatlicher und nicht staatlicher Sphäre ein bis heute wesentliches Charakteristikum der Beziehung zwischen Staat und jüdischer Zivilgesellschaft in Israel geblieben:

Precisely because of their accomplishments, the pre-statehood voluntary organizations became the backbone of Israel's government. A particularly noteworthy development occurred, namely, following the establishment of the state of Israel, a revolving door developed between the traditional Jewish-Zionist-socialist NGOs, and the newly created government. Both the legislative and the executive branches became staffed with the leaders of the veteran Jewish-Zionist NGOs, while the ex-revolutionary activists became employees of the burgeoning Israeli bureaucracy. Consequently, the leaders of the pre-statehood NGOs assumed an extensive share of the high ranking government positions, a fact that facilitated the generous transfer of funds from the state coffers to the Israeli network of NGOs.<sup>10</sup>

Die Entwicklung der jüdischen Zivilgesellschaft war zwischen 1948 und dem Ende der 1960er Jahre vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie sich dem Aufbau des Staates und seiner Institutionen sowie dem nationalen öffentlichen Wohlergehen verpflichtet hatte. Die Grenze zwischen staatlichem und nicht staatlichem Bereich war fließend, die meisten Organisationen des Dritten Sektors wurden durch den Staat initiiert oder finanziert. Nur sehr wenige Einrichtungen entstanden außerhalb des staatlichen Kontextes und wurden anderweitig finanziert. Zu diesen zählten in 1950er Jahren die *Israeli Cancer Association* (1952), das *Israel Interfaith Committee* (1959) sowie einige Immigrantenvereinigungen wie z. B. die *Association of Americans and Canadians in Israel* (1951).<sup>11</sup>

Die Beziehung zwischen Staat und nicht staatlichen jüdischen Organisationen war durch Kooptation und Kooperation gekennzeichnet. Ein dichotomes oder gar antagonistisches Verhältnis, wie es heute in den Debatten über das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft oft vorausgesetzt wird, bestand in Israel nicht:

There is no sense of government versus private or voluntary effort; the two sectors are not viewed individually. There is no Lockean dichotomy of the individual versus the state, no anti-state philosophy which views with apprehension the expanding scope of the central government. (...) Further contributing to this state of affairs, it needs be stressed, is the prevalence of a discourse of voluntary mobilization for collective goals richly nurtured by the complex mix of ideological influences outlined above, and upholding the state itself (...) as both focus and active promoter of voluntary commitment.<sup>12</sup>

Es ist festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen jüdischen Organisationen bis Anfang der 1970er Jahre mehrheitlich Dienstleistungsorganisationen mit starker staatlicher Ausrichtung und Abhängigkeit waren. Aufgrund der fließenden Grenzen zwischen staatlichem und nicht staatlichem Sektor sowie der besagten Dienstleistungsorientierung hatten die Organisationen zur damaligen Zeit nur bedingt zivilgesellschaftlichen Charakter.

#### Entwicklung des jüdischen NGO-Sektors seit den 1970er Jahren

Neben einer insgesamt starken quantitativen Zunahme der Organisationen, der Diversifizierung ihrer Arbeitsbereiche sowie der institutionellen Konsolidierung des Sektors in Form eines NGO-Dachverbandes und zahlreicher weiterer NGO-Netzwerke ist die Entwicklung des jüdischen NGO-Sektors seit den 1970er Jahren von zwei unterschiedlichen Tendenzen gekennzeichnet: Zum einen von der Fortsetzung und Verstärkung staatlicher Einflussnahme, Kooptation und Kontrolle des nicht-staatlichen Sektors und zum anderen von der Gründung nicht nur staatlich unabhängiger, sondern auch staatskritischer NGOs.<sup>13</sup>

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den Kriegen von 1967, 1973 und dem Libanon-Krieg 1982 sowie als Ergebnis sozioökonomischer und politischer Entwicklungen wie Privatisierung, Konsolidierung liberaler Grundrechte, Wahlreformen und Liberalisierung der Medien entwickelte sich in Israel in den späten 1970er Jahren eine neue politische Kultur. Erstmals

entstanden Vereinigungen, die nicht nur als Dienstleistungsorganisationen das staatliche Versorgungssystem flankierten, sondern in Form von Selbsthilfe- und *Advocacy*-Gruppen als *Pressure Groups* und Korrektive zu Staat und Politik auftraten. Diese Organisationen waren vom Staat weitgehend finanziell unabhängig; allerdings versuchte dieser mit unterschiedlichen Mitteln, ihren politischen Einfluss zu unterbinden. Vorreiter dieses „confrontational third sector“<sup>14</sup>, wie ihn die israelischen Soziologen Ilana Silber und Zeev Rosenhek nennen, waren Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sowie Stadtteilinitiativen und Vereine, die sich für die Förderung von Demokratie, Pluralismus und Toleranz einsetzten.<sup>15</sup> Erstmals rückten der israelisch-palästinensische Konflikt und insbesondere die Situation der palästinensischen Flüchtlinge sowie der palästinensischen Bevölkerung in Israel auf die Agenden nicht staatlicher Organisationen. Die Gründung von *Peace Now* 1978 markiert in diesem Kontext die Anfänge der israelischen Friedensbewegung. Aufgrund dieser Entwicklungen gelten die 1970er Jahre – zumindest in normativer Hinsicht – als tatsächliche Geburtsstunde der israelischen Zivilgesellschaft.<sup>16</sup>

Einen wichtigen Meilenstein für die Entwicklung des – gesamtisraelischen – NGO-Sektors stellte 1980 die Verabschiedung des *Amutot-Gesetzes*<sup>17</sup> dar. Dieses regelt die Gründung und Arbeit des nicht staatlichen Vereinswesens, das bis zu diesem Zeitpunkt auf der Grundlage osmanischer Vorschriften organisiert wurde. Das neue Gesetz vereinfachte die Gründung von Vereinen und löste damit – insbesondere bei arabischen Organisationen – einen regelrechten Gründungsboom aus. Neben der Konsolidierung staatlicher Kontrollmechanismen spiegelt dieses Gesetz auch die staatliche Anerkennung politischen Handelns außerhalb des staatlichen Rahmens wider.<sup>18</sup>

Die aus der Vergangenheit bekannten Muster von Förderung und Kontrolle, die das Verhältnis zwischen Staat und nicht staatlichem Sektor bestimmt hatten, wurden allerdings auch in den 1970er Jahren beibehalten und sind bis in die Gegenwart hinein spürbar. Im Kontext der graduellen Privatisierung gab der Staat zwar Aufgabenbereiche an NGOs ab, konnte aber mittels Gesetzgebung und Finanzierung eine gewisse Kontrolle über ihre Arbeit beibehalten. Darüber hinaus gelang es ihm, über Kooperations- und Kooptationsstrategien in den nicht staatlichen Sektor einzudringen. Mit staatlich initiierten Organisationen wie der 1981 gegründeten *National Organization for the Advancement of Voluntary Activities in Social and Welfare Issues* förderte der Staat ehrenamtliches Engagement in Einklang mit staatlichen, nationalen Interessen. So gründete beispielsweise der Leiter der israelischen Armee 1982 die Fi-

nanzierungsorganisation *Fund for Israel's Security*, um damit die Löcher im Verteidigungshaushalt auszugleichen. Über diese als nicht staatlich registrierte Organisation wurden Spenden angeworben, die direkt der israelischen Armee und dem Verteidigungsministerium zugeführt wurden.

Mittlerweile umfasst der jüdisch-israelische NGO-Sektor eine sehr große Vielfalt von Organisationen, von denen wiederum viele eine deutlich kritische Haltung gegenüber dem Staat und seiner Politik vertreten. Das gilt insbesondere für Organisationen der israelischen Friedensbewegung.

## 5.2 Der palästinensische NGO-Sektor

Die Anfänge des palästinensischen Vereinswesens reichen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die Vereinigungen jener Zeit basierten hauptsächlich auf religiöser Orientierung und hatten ihren Sitz zumeist in den städtischen Zentren Palästinas wie Haifa, Jaffa und Jerusalem. Besondere Bedeutung für die Organisation „nicht staatlicher“ gesellschaftlicher Gruppierungen und Aktivitäten kam im Kontext des *Osmanischen Reiches* dem islamischen Stiftungswesen (*waqf* / Pl. *auqāf*) zu, durch das weitgehend unabhängig von der Einflussnahme und Kontrolle der Zentralregierung soziale und karitative Anliegen organisiert und finanziert wurden. Auch die jüdischen Stiftungen in Palästina (*hebr.*: *heqdeš* / Pl. *heqdešim*) unterstanden dem *waqf*, dessen Autonomie durch die Verwaltungsreform in der Spätzeit des *Osmanischen Reiches* allerdings deutlich eingeschränkt wurde.<sup>19</sup>

### Von den Anfängen bis 1947

Vor dem Hintergrund des 1. Weltkrieges und seinen weit reichenden sozio-ökonomischen Auswirkungen auf die Bevölkerung Palästinas sowie als Reaktion auf die *Balfour-Erklärung* 1917, in der den Jüdinnen und Juden erstmalig offiziell eine Heimstätte in Palästina zugesichert wurde, entstand eine Vielzahl von Vereinen und Gruppierungen mit karitativ-sozialer und/oder politisch-nationaler Ausrichtung. Bereits in dieser Zeit zeichnete sich mit der Verzahnung von sozialer und politischer Arbeit ein Muster ab, das bis in die Gegenwart hinein kennzeichnend für viele palästinensische Vereine ist. Neben zahlreichen karitativ arbeitenden Gruppen, die sich der humanitären Probleme der palästinensischen Bevölkerung widmeten, entstanden allein zwischen 1917 und 1920 mehr als 40 Gruppierungen mit jeweils mehreren Tausend Mitgliedern, die primär politische Ziele verfolgten und einen Teil der palästinensischen Nationalbewegung konstituierten.<sup>20</sup> Zu den wichtigsten Organisationen dieser Zeit

zählten die *Palästinensischen Muslimisch-Christlichen Vereinigungen*, die als Zusammenschlüsse lokaler Notablen und religiöser Würdenträger als Verbindungsgruppen zur Mandatsverwaltung in Erscheinung traten. Organisationen wie das *Literarische Forum (Nadwa Adabīya)* oder der *Arab Club (an-Nādi al-'Arabī)* waren dagegen gesellschaftlich stärker eingebunden, offensiver in ihren politischen Forderungen sowie innovativer bezüglich ihrer Strategien, wie es die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer beschreibt:

Anders als die Muslimisch-Christlichen Vereinigungen versuchten diese Gruppierungen, ihre Ziele nicht nur in Petitionen und Gesprächen „nach oben“, zur britischen Militär- und später der Zivilverwaltung zu vermitteln, sondern sie in die palästinensische Öffentlichkeit zu tragen, um diese für die eigenen Vorstellungen zu mobilisieren. Pressearbeit, Manifeste und Demonstrationen wurden ergänzt durch Auftritte in Moscheen und bei religiösen Anlässen; innovativ waren im palästinensischen Kontext vor allem sportliche Aktivitäten, Theateraufführungen und Veranstaltungen in Schulen.<sup>21</sup>

Aufgrund der häufigen Verbindung sozialer und politischer Interessen stand die britische Mandatsverwaltung (1920-1947) der Gründung von Vereinen zunehmend kritisch gegenüber und versuchte, deren Tätigkeiten zu kontrollieren. Da sich Frauen freier bewegen konnten und seltener Kontrollen durch die Briten ausgesetzt waren, übernahmen sie während der Mandatszeit wichtige Aufgaben innerhalb der arabischen Organisationen.<sup>22</sup> Mitte der 1930er Jahre verstärkte sich der arabische Widerstand sowohl gegen die britische Mandatsverwaltung als auch gegen die zionistischen Pläne und eskalierte 1936 im sogenannten *Arabischen Aufstand (at-taura al-'arabīya)*, der mit Streiks und Boykottmaßnahmen begann und schließlich in eine bewaffnete Auseinandersetzung mündete.<sup>23</sup> An dem Aufstand beteiligten sich Frauen an prominenter Stelle. Sie nahmen nicht nur an Demonstrationen teil, sondern organisierten auch die Versorgung der Bevölkerung sowie der Streikenden und waren mit Kurierdiensten zwischen den verschiedenen Ortschaften und Gruppen betraut.<sup>24</sup>

Die Niederschlagung des Aufstandes durch die Briten im Jahr 1939 wurde von der palästinensischen Bevölkerung als eine nationale Niederlage erlebt. Die arabische Führung war zerschlagen worden, viele, gerade wohlhabende palästinensische Familien hatten das Land verlassen, die Wirtschaft war geschwächt. Aufgrund der Beteiligung des *Obersten Muslimischen Rates* an dem Aufstand hatte die Mandatsverwaltung diesem 1937 die Kontrolle über den

*waqf* entzogen. Stattdessen kam das islamische Stiftungswesen unter die Kontrolle der Mandatsmacht und wurde nach der Staatsgründung Israels in den Staat kooptiert. Der Verlust der Stiftungsressourcen beschleunigte den gesellschaftlichen und politischen Zusammenbruch arabischer Institutionen. Rückblickend gilt die niedergeschlagene Revolte als Vorspiel der politischen Entwicklungen von 1948: „The failure of the Arab rebellion marked the beginning of a process of profound social and political disarray in the Palestinian community, which would come to its utmost during the 1948 war and afterward.“<sup>25</sup>

1947, ein Jahr vor Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges, gab es in Palästina nur noch 15 arabische Organisationen.<sup>26</sup>

### Zerstörung, Wiederaufbau und Politisierung 1948-1988

Der erste israelisch-arabische Krieg 1948/49 führte zu einem vollständigen Zusammenbruch der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen in der arabischen Bevölkerung Palästinas. Mehr als 400 arabische Dörfer wurden zerstört, 90 % der palästinensischen Bevölkerung, die auf dem Territorium gelebt hatten, das seit der Staatsgründung im Mai 1948 Israel darstellte, flohen oder wurden vertrieben, darunter ein Großteil der städtischen Elite und Intelligenz. Nur 160.000 Menschen verblieben im Land, rund ein Viertel von ihnen als Binnenflüchtlinge, die ihre Häuser und ihren Landbesitz und damit ihre Existenzgrundlage verloren. Die Bevölkerung befand sich in einem Zustand des Schocks und der Desorganisation, beinahe alle zivilgesellschaftlichen Strukturen und Foren politischer Opposition, seit 1939 ohnehin stark geschwächt, waren im Verlauf des Krieges zerstört worden. Zu den wenigen Ausnahmen zählte die Frauenorganisation *an-Nahḍa an-Nisā' iya* (arab.: *Die Erhebung der Frauen*), die kurz vor Ausbruch des Krieges gegründet worden war und später mit einem kommunistischen jüdischen Frauenverein zu *Tandi* (hebr. Akronym: *Movement of Democratic Women for Israel*) fusionierte, der bis heute in Israel aktiv ist.<sup>27</sup>

Die Politik des israelischen Staates gegenüber der palästinensischen Minderheit diente in der Nachkriegsphase zwei Zielen, der politischen Kontrolle und der ökonomische Schwächung. Umgesetzt wurden diese durch den Einsatz einer Militärverwaltung zwischen 1949 und 1966, welche die Bewegungs- und Organisationsfreiheit der Palästinenserinnen und Palästinenser stark einschränkte. Ihre Wohngebiete wurden in Sicherheitszonen eingeteilt, die sie nicht ohne Passierschein verlassen durften. Es war ihnen nicht erlaubt, außer-



halb ihres Wohnortes zu arbeiten, so dass viele Menschen arbeitslos wurden. Aufgrund der Militärgesetzgebung konnten Palästinenserinnen und Palästinenser jederzeit und ohne Gerichtsverfahren verhaftet oder ausgewiesen und ihr Eigentum beschlagnahmt werden.<sup>28</sup> Auf der Basis des *Absentee Property Law*<sup>29</sup> von 1950 verloren nicht nur viele Familien ihr Eigentum, sondern auch große Teile des *waqf* wurden enteignet und unter staatliche Entscheidungsgewalt gestellt. 1965 lockerte sich die Kontrolle über das verbliebene Stiftungseigentum zwar, aber die Ernennung des Vorstandes durch den Staat überließ diesem weiterhin die Oberhoheit über den *waqf* und damit über die Nutzung seiner Ressourcen.<sup>30</sup> Diese Situation hatte unmittelbare Auswirkungen auf das Spendenverhalten der muslimischen Bevölkerung: Bis in die späten 1970er Jahre, als sich in Israel erstmals staatlich unabhängige islamische Organisationen etablieren konnten, zog sie es vor, Spenden direkt, d. h. nicht über Institutionen, an Bedürftige zu übergeben.<sup>31</sup>

In den 1970er Jahren begann der langsame Wiederaufbau palästinensischer zivilgesellschaftlicher Strukturen. Allerdings konnte dabei aufgrund der völligen Desintegration der palästinensischen Bevölkerung sowie aufgrund ihrer neuen Situation als Minderheit nicht an die Strukturen vor 1948 angeknüpft werden. Die palästinensische Zivilgesellschaft bedurfte eines komplett neuen Aufbaus.<sup>32</sup>

Ermöglicht und beeinflusst wurde die Entwicklung des Vereinswesens in erster Linie durch die Aufhebung der Militärverwaltung sowie durch den Sechs-Tage-Krieg 1967. Bereits Ende der 1950er Jahre war die Militärgesetzgebung schrittweise gelockert worden und 1966 wurde die Militärverwaltung offiziell beendet. Obwohl die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger damit erstmals in den Genuss staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten kamen und auch die Bildung von eigenständigen Organisationen theoretisch möglich war, bedeutete das Ende der Militärverwaltung keineswegs die Erlangung der vollen Bürgerrechte. Das System politischer und ökonomischer Kontrolle gegenüber der arabischen Bevölkerung wurde, wenn auch in abgeschwächter Form, beibehalten. Dies betraf auch die Gründung arabischer Vereine, die zwar von Seiten des Staates nicht mehr verboten, aber stark kontrolliert bzw. kooptiert wurden:

Die feindliche Haltung der Herrschenden beschränkt sich nicht nur auf die politische Organisierung der Araber. Die Furcht vor der Rolle, die die politischen arabischen Organisationen einnehmen könnten, oder vor einer

Ausnutzung anderer Organisationen zu politischen Zwecken und schließlich die Absicht, die Lebensweise der Araber voll und ganz zu kontrollieren, bringen sie zwangsläufig dazu, jegliche Form von Organisation der Araber negativ aufzunehmen. Die Sportklubs oder die Komitees zur Abschaffung der Mitgift fallen ebenso darunter. Es gibt keinen einzigen Fall, bei dem die Initiative für irgendeine soziale Aktivität von Seiten der arabischen Bevölkerung nicht auf Versuche gestoßen wäre, die Initiatoren zu ‚leiten‘ und zu ‚beraten‘, ihre Aktivitäten unter die Aufsicht der arabischen Abteilung der Histradruth oder der Mapai zu stellen.<sup>33</sup>

Das Jahr 1967 bedeutete für die palästinensische Bevölkerung einen entscheidenden Wendepunkt. Im Zuge des Sechs-Tage-Krieges hatte Israel die Westbank, den Gazastreifen, die Golanhöhen, den Sinai und Ost-Jerusalem besetzt, wobei letzteres 1980 annektiert wurde. Die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens ermöglichte der palästinensischen Bevölkerung in Israel erstmalig wieder Kontakte zu der dortigen Einwohnerschaft. Die palästinensisch-palästinensischen Begegnungen über die *Grüne Linie* hinaus führten zu einer Stärkung palästinensischer Identität und initiierten einen Prozess der Politisierung und Mobilisierung der Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb Israels.<sup>34</sup> Diese entwickelten ein stärkeres Bewusstsein für die Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt waren, und es entstanden erste Formen und Foren des sozialen und politischen Widerstandes. Erstmals wurden politische Forderungen laut, die sich für ein Ende der Besatzung sowie für Gleichberechtigung der Palästinenserinnen und Palästinenser im innerisraelischen Kontext aussprachen. Allerdings kam es erst – wie bereits erwähnt – ab Mitte der 1970er Jahre zur Entstehung der ersten größeren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zu den stärksten zählte das *National Committee for the Protection of Land (Laḡnat ad-Difā‘ ‘an al-Arāḏī al-‘Arabīya)*, das 1975 gegründet wurde.<sup>35</sup>

Interessanterweise gehen auch die Anfänge der „*Workcamp*-Kultur“ als sehr prominente Strategie der Selbsthilfe auf diese frühe Zeit zurück. Initiiert durch die arabischen Städte- und Gemeindeverwaltungen fand 1976 das erste *Workcamp* statt. Seitdem werden alljährlich mehrtägige Einsätze durchgeführt, an denen neben arabischen Vereinen und jüdischen Unterstützerguppen auch ausländische Freiwillige teilnehmen. In benachteiligten Wohngebieten werden Reparaturarbeiten durchgeführt, Straßen und Sportplätze asphaltiert oder Rohrleitungen in den Schulen ausgebessert. 1986 arbeiteten innerhalb eines *Workcamps* in Nazareth rund 7.000 Menschen an 90 Projekten.<sup>36</sup>

Die Wiederbelebung palästinensischer Selbstorganisation konnte in den 1980er Jahren weiter intensiviert werden. Neben den politischen Ereignissen dieser Zeit – die israelische Invasion in den Libanon 1982, die damit verbundene Entstehung der israelischen Friedensbewegung sowie der Beginn der ersten *Intifada* 1987 – wurde die Entwicklung der palästinensischen Selbstorganisation auch durch die Verabschiedung des neuen Vereinsgesetzes bestimmt, das die Gründung von arabischen Vereinen erleichterte.<sup>37</sup> Allein zwischen 1980 und 1989 wurden 351 palästinensische Organisationen neu registriert.<sup>38</sup>

Die neuen Vereine bauten den Selbsthilfe-Ansatz weiter aus. Vor dem Hintergrund der ökonomischen, sozialen und politischen Marginalisierung der palästinensischen Bevölkerung durch die staatlichen Instanzen entwickelte sich in der Bevölkerung mehr und mehr ein Bewusstsein für die Notwendigkeit eigener Institutionen, um den Teufelskreis von Marginalisierung und Opferrolle zu durchbrechen, wie es ein Mitarbeiter des *House of the Arab Child (Dār at-Tifl al-'Arabī)* in Akko erklärt:

Israeli Arabs are perceived as passive victims of ‚higher order‘ conflicts, and until political relations are dramatically transformed, the individual citizen remains powerless in the face of conflict... [We insist] that, on the contrary, it is necessary to create independent institutions that can provide services relevant to our society and its needs.<sup>39</sup>

Die Organisationen dieser Zeit richteten ihr Engagement an den drängenden Problemen der palästinensischen Bevölkerung aus: Landrechte und Landnutzung, Fischereirechte, Renovierung baufälliger Gebäude, Versorgung nicht anerkannter Dörfer, Schutz und Pflege religiöser Stätten, Bildung und Erziehung, Gesundheitsversorgung, Jugend, Arbeitslosigkeit und Drogenmissbrauch. Da in den arabischen Dörfern auch eine grundlegende Infrastruktur fehlte, wurden die Vereine auch in diesem Bereich aktiv. Viele Dörfer waren in den 1980er Jahren noch nicht an das zentrale Abwassersystem angeschlossen, was immer wieder zu hygienebedingten Erkrankungen und Epidemien führte. So brach Ende der 1970er Jahre in dem galiläischen Dorf Arrabi (*Arrābī*) Typhus aus und die so genannte Umm al-Fahm-Krankheit, eine Kombination aus Übelkeit und Hautausschlag, brachte der Stadt Umm al-Fahm traurige Berühmtheit ein.<sup>40</sup> *The Galilee Society for Health, Research and Services (Al-Ġam'īya al-'Arabīya al-Quṭrīya li-l-Buḥūt wa-l-Ḥadmāt aš-Šaḥḥīya; Galilee Society)*, eine 1981 gegründete NGO, die schwerpunktmäßig in den Bereichen

Umwelt und Gesundheit arbeitet, unterstützte die arabischen Gemeinden in jener Zeit maßgeblich beim Aufbau der Kanalisationssysteme.<sup>41</sup>

In diesen Jahren nahm auch das Interesse zu, eigene wissenschaftliche Analysen über die sozioökonomische Situation der arabischen Bevölkerung zu erstellen, anstatt ausschließlich auf die Daten und Informationen jüdisch-israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angewiesen zu sein. Dieses Interesse mündete in die Durchführung mehrerer wissenschaftlicher Konferenzen zu den Themen Bildung (1984), Gesundheit (1986), soziale und ökonomische Bedingungen (1987) sowie Landwirtschaft (1988).<sup>42</sup> Die Veranstaltungen wurden von dem *Committee of Arab Local Council Heads (al-Lağna al-Quṭriya li-s-Sultāt al-Maḥalliya al-'Arabiya)* in Zusammenarbeit mit diversen Vereinen und Initiativen durchgeführt. Die Organisatoren sahen darin eine aktive Form des Widerstandes:

At the heart of the '48 Palestinians' drive to organize on social issues was a determination to survive and to preserve their distinct Palestinian Arab identity. Even though a specific organization might have started out to tackle something as prosaic as sewages systems, the struggle to put these in place would take on overtones of cultural identity. It was apparent that the Jewish state's failure to provide such basic amenities was more than simple neglect; it implied pressure on the '48 Palestinians to move, to abandon their lands and their roots. It is not surprising that the '48 Palestinians imbued their countermeasures with an opposing agenda, a determination to stay and retain their own culture.<sup>43</sup>

Ein neuer wichtiger Akteur für die Selbstorganisation der palästinensischen Minderheit war in den frühen 1980er Jahren die *Islamic Movement*. Ähnlich wie islamisch argumentierende Gruppierungen in anderen arabischen Ländern baute sie in Israel ein breites Netzwerk sozialer Basisorganisationen auf, die in den Bereichen Wohltätigkeit, Bildung und Gesundheit, aber auch auf dem Gebiet der Sozialarbeit tätig waren. Diese Vereine positionierten und positionieren sich bis heute in Konkurrenz zu dem *waqf*-Komitee, gegenüber dem in großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor eine gewisse Skepsis herrscht.<sup>44</sup>

Die islamischen Vereine, die gegenwärtig rund ein Viertel aller arabischen Organisationen in Israel ausmachen,<sup>45</sup> haben eine starke lokale Verortung und Ausrichtung. Ihre Programme und Angebote verstehen sie als Dienstleistungen für die jeweiligen Dörfer und Stadtviertel, in denen sie sich – insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen – engagieren. Sie richten Kindergärten,

Vorschulen, Stadtteilzentren und Büchereien ein, bauen Gesundheitszentren auf und kümmern sich um gesellschaftliche Probleme wie Jugendkriminalität, Drogenmissbrauch, Alkoholismus und Prostitution.<sup>46</sup>

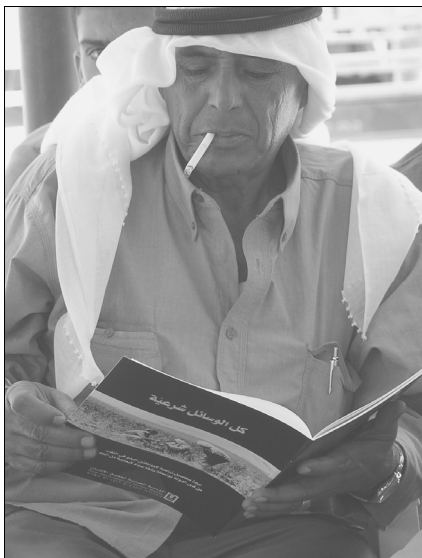


Abb. 2: NGO-Studien als alternative Informationsquellen  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Ein weiterer Arbeitsbereich ist die Bewahrung und Pflege islamischer religiöser Stätten. So organisiert beispielsweise die *Muslim Initiative Association* während des Fastenmonats Ramadan Arbeitseinsätze, bei denen islamische Friedhöfe instand gesetzt bzw. gesäubert werden. Mit diesen Maßnahmen soll die Präsenz arabischer Kultur in Israel bewahrt werden.<sup>47</sup>

Die Finanzierung der islamischen Vereine wird unterschiedlich gehandhabt. Zum einen wird ihre Arbeit durch Sach- und Geldspenden sowie durch ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Mitglieder getragen. An so genannten Freiwilligen-Tagen kommen diese zusammen, um in Eigenregie Gebäude zu errichten, zu renovieren oder andere handwerkliche Arbeiten durchzuführen. Darüber hinaus kann die *Islamic Movement* auch *zakat*-Gelder (*zakāt*) über die lokalen Moscheen akquirieren, mit denen sie ihre Vereine und Projekte finanziert. Über weitere Finanzquellen gibt es in der Literatur unterschiedliche Angaben: Während der palästinensische Politologe Ghanem von der *Universität*

*Haifa* Formen der lokalen Finanzierung unterstreicht, betonen die israelischen Soziologen Ilana Silber und Zeev Rosenhek, dass der Grossteil der Gelder aus der palästinensischen Diaspora oder von islamischen Gruppen aus arabischen Ländern stammt:

(...) An interesting characteristic of the mode of action of these associations is their deliberate and active preservation of their autonomy from the state. Their activities are financed exclusively by voluntary contributions, mainly from the Palestinian Diaspora and from Islamic groups in Arab countries. This financial autonomy allows them to present themselves to their constituencies as a real alternative to the state, combining in that way the provision of social services with a radical critical position towards the Israeli establishment.<sup>48</sup>

Aufgrund der hohen Brisanz, welche die Finanzierungsthematik islamischer bzw. islamistischer Organisationen impliziert, ist es schwierig, hier zu einer eindeutigen Einschätzung zu kommen. Festzuhalten ist jedoch, dass die islamischen Vereine weitaus unabhängiger von staatlicher Subventionierung wie auch von externen (westlichen) Geberinstitutionen arbeiten, als dies bei säkularen Organisationen der Fall ist. Aufgrund ihrer konsequenten Umsetzung des Selbsthilfe-Ansatzes gelten sie als Wegbereiter für die gesellschaftliche Selbstorganisation der arabischen Minderheit. Obwohl sie nicht die ersten und einzigen waren und sind, die diesen Ansatz als Widerstandsform etablierten, werden sie doch von vielen als eine Art Vorbild und Referenz für sozialen Aktivismus und Partizipation wahrgenommen, wie Elie Rekhess vom *Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies* an der *Universität Tel Aviv* zusammenfasst: „[The Islamic Movement showed; K.H.] that people could do things for themselves rather than clamour for the authorities to help.“<sup>49</sup>

Von einzelnen Organisationen zum Sektor: Die Entwicklung des palästinensischen NGO-Sektors seit 1989

Ende der 1980er Jahre konsolidierte sich unter den Vereinen, die bis dahin größtenteils auf individueller Basis gearbeitet hatten, ein Gruppenbewusstsein. Auslöser dafür war der Versuch des israelischen Geheimdienstes (*General Security Service; GSS*), über eine Gesetzesänderung die Finanzierung palästinensischer Vereine durch ausländische Organisationen zu unterbinden.<sup>50</sup> Aus Sicht des GSS trug die Unterstützung durch arabische Geberorganisationen nämlich entscheidend dazu bei, den nationalen Extremismus innerhalb der palästinens-

sischen Bevölkerung Israels zu stärken. Um solche Kooperationsmöglichkeiten zu unterbinden, reichte die Regierung eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Anti-Terror-Gesetzes ein, die im Mai 1989 in der ersten Lesung von der *Knesset* verabschiedet und an das *Legislation and Law Committee* weitergereicht wurde. Zur Verhinderung dieser Gesetzesänderung schlossen sich rund 100 palästinensische NGOs mit anderen arabischen und politisch links orientierten jüdischen Gruppen zu der *Coalition for the Freedom of Organization* zusammen. Durch intensive Lobbyarbeit in der israelischen Öffentlichkeit und im Parlament und mit Unterstützung von israelischen, europäischen und auch jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten aus den USA konnte die Koalition die Gesetzesänderung verhindern.

Diese konzertierten Bemühungen waren der entscheidende Schritt für die Herausbildung eines gemeinschaftlichen NGO-Bewusstseins. Abgesehen davon, dass viele Organisationen darüber überhaupt erst von der Existenz anderer Vereine erfuhren, entwickelte sich über diese gemeinsame Aktion ein Verständnis für die politischen Potentiale von Netzwerken und Kooperationen sowie für die Bedeutung von internationaler Unterstützung. Diese Aspekte nehmen seitdem einen besonderen Stellenwert in der Arbeitsweise der NGOs ein:

The reactive attitude that had begun as a response to an external threat was now replaced by a proactive attitude, causing the organizations of the Coalition to initiate cooperation (...). Since the early '90s, several initiatives have been advanced, some of them short-term, ad hoc collaborations for specific issues and others long-term endeavours to establish an umbrella organization (...). The organizations also continue to maintain contact with various United Nations bodies, particularly those concerned with civil rights and minority groups.<sup>51</sup>

Die Gründung des palästinensischen NGO-Dachverbandes *Ittijah: Union of Arab Community Based Associations* (*Ittiġāh – Ittiḥād Ġam'iyāt Ahlīya 'Arabīya; Ittijah*) im Jahr 1995 markierte einen weiteren Meilenstein in der Konsolidierung des palästinensischen NGO-Sektors, der im nächsten Kapitel ausführlich dargestellt wird.<sup>52</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der jüdische und der palästinensische NGO-Sektor über ein gänzlich gegensätzliches Verhältnis zum israelischen Staat entwickelt haben und daraus ein jeweils diametrales (Selbst-)Verständnis ableiteten. Während ersterer in der Regel die Staatsbildung und den späteren Staat unterstützte, agierten die palästinensischen Organisationen seit

den 1920er Jahren als Foren des Widerstandes. Während der jüdische NGO-Sektor auf einer institutionellen Kontinuität basierte, die Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Ausgang nahm, musste sich die palästinensische Zivilgesellschaft nach der Erfahrung der *Nakba* völlig neu konstituieren. Erst als sich Ende der 1970er Jahre eine staatskritische Strömung in der jüdischen Vereinslandschaft herausbildete, wurden Annäherungen und Kooperationen zwischen beiden Sektoren möglich.

Die palästinensischen Vereine leisteten in den 1970er und 1980er Jahren über Strategien der Selbsthilfe und Selbstorganisation einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der palästinensischen Zivilgesellschaft. Ende der 1980er Jahre entwickelte sich unter den Organisationen zudem ein Gruppenbewusstsein, das auf Kooperation und Netzwerken basierte, durch die die palästinensischen Organisationen deutlich an politischer Stärke und Durchsetzungskraft gewinnen konnten. Darüber hinaus nahm die Bereitschaft zu Kooperationen mit jüdischen Gruppen zu und es zeichneten sich erste Ansätze in Richtung Internationalisierung der Anliegen palästinensischer Organisationen ab.<sup>53</sup>

Diese Grundstrukturen des NGO-Sektors wurden im Laufe der 1990er Jahre weiter ausgebaut und ergänzt. Dazu zählte vor allem die Erweiterung grenzüberschreitender Arbeitskooperationen über die *Grüne Linie* hinaus, die Intensivierung der Internationalisierungsbestrebungen bis hin zu Anrufen bei den *UN* sowie eine deutliche Nationalisierung des Selbstverständnisses der NGOs, ein Prozess, der vor dem Hintergrund der erneuten israelisch-palästinensischen Konflikteskalation Ende der 1990er Jahre auch eine Unterbrechung der jüdisch-arabischen Kooperation zur Folge hatte.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Gidron et al 1999b, S. 11.
- 2 Vgl. Gidron/Katz/Bar 2000, S. 17. Als aktiv gelten jene Organisationen, die den vorgeschriebenen Jahresbericht bei der Einkommenssteuerbehörde eingereicht haben.
- 3 Die Bezeichnung Dritter Sektor bezieht sich auf den Bereich zwischen Staat und Markt, womit er de facto die zivilgesellschaftlichen Organisationen umfasst. Eine Ausnahme stellen die öffentlichen Stiftungen und Versorgungsbetriebe dar, die in Israel als Einrichtungen des Dritten Sektors gelten, während sie i. d. R. nicht zur Zivilgesellschaft gezählt werden.
- 4 Vgl. Gidron et al 1999b, S. 9-11. In dieser Aufstellung wurden 4,2 % der Vereine keiner Kategorie zugeordnet.



- 5 Vgl. Gidron et al 1999a.
- 6 Verlässliche Daten zu israelischen NGOs sind schwierig zu ermitteln. Erst in den 1990er Jahren konnten bestehende Informationsdefizite bezüglich israelischer NGOs verringert werden, als unter der Federführung des Israel Center for Third Sector Research der Ben Gurion Universität in Beer Sheva im Rahmen des John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project umfangreiche Daten zu den Dritten Sektoren von 30 Ländern, darunter Israel, zusammengestellt wurden. Zwar besteht der israelische Dritte Sektor zu 90 % aus nicht profitorientierten Organisationen, die entsprechend des Amutot-Gesetzes registriert sind, er beinhaltet darüber hinaus aber auch öffentliche Stiftungen und öffentliche Versorgungsbetriebe, was die Datenlage natürlich verändert. Vgl. Gidron/Katz/Bar 2000, S. 9. Der israelische Dritte Sektor zählte 1998 28.885 registrierte Organisationen. Die Vereinigungen lassen sich entsprechend ihrer Funktionen in Dienstleistungs-, (20.760) Finanzierungs- (3.970) und Advocacy-Organisationen (1.145) unterscheiden. Eine Unterteilung in Arbeitsgebiete zeigt für 1998 folgendes Bild: Religion (22,5 %), Bildung und Forschung (18,3 %), Wohltätigkeit (13,8 %), Kultur und Erholung (13,5%), Wohlfahrt (13,1 %), Entwicklung und Wohnen (6,0 %), Civic and Advocacy (4,7 %), Berufsverbände (3,1 %), Gedenken (2,3 %), Gesundheit (1,5 %), Internationale Aktivitäten (1,0 %) und Umwelt (0,5 %). In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 1998 von 28.885 registrierten Organisationen des Dritten Sektors, 26.904 als Amutot registriert waren. So wünschenswert spezifische Daten ausschließlich für die Amutot wären, so sind die Ergebnisse und Tendenzen, die die Forschungen für den gesamten Dritten Sektor ergeben haben, vorbehaltlich der genannten Abweichungen auch für den NGO-Sektor gültig.
- 7 Vgl. z.B. Lehmann-Wilzig 1993.
- 8 Trotz der Dominanz zionistischer Organisationen gab es zu dieser Zeit weiterhin Einrichtungen, die einen nicht zionistischen Ansatz verfolgten oder aber zionistisch geprägt waren, in ihre Arbeit aber dennoch die arabische Bevölkerung integrierten. Einen Überblick über die historische Entwicklung des jüdischen Vereinswesens in Israel geben Silber/Rosenhek 2000. Zu Formen der Wohltätigkeit in Israel siehe Shye/Lazar/Duchin/Gidron 2000.
- 9 Vgl. ebd., S. 9.
- 10 Nachmias/Bogot 2000, o. S.

- 11 Vgl. Silber/Rosenhek 2000, S. 22.
- 12 Ebd., S. 23.
- 13 Vgl. ebd., S. 29ff. Sofern nicht anders angemerkt, beziehe ich mich in diesem Teil auf ebd.
- 14 Ebd., S. 34.
- 15 Zu den Organisationen siehe ebd., S. 34f.
- 16 Vgl. Doron 1996.
- 17 Der Begriff Amutot-Gesetz kommt von dem hebräischen 'amutah/Pl. 'amutot: Verein/e.
- 18 Vgl. Timm 2003, S. 87.
- 19 Vgl. Silber/Rosenhek 2000, S. 8.
- 20 Vgl. Krämer 2002, S. 238ff.
- 21 Ebd., S. 242.
- 22 Vgl. Krämer 2002, S. 318f.; Ghanem/Zaidan 2000, S. 11; Hermann 2000, S. 62. Zur Rolle palästinensischer Frauen während der Mandatszeit siehe insbesondere Fleischman 1996, S. 351-371. Zur Entwicklung der palästinensischen Frauenbewegung sowie zur gegenwärtigen Rolle palästinensischer Frauenorganisationen siehe auch Hermann 2003a sowie Kapitel 14 dieser Studie.
- 23 Zum Arabischen Aufstand siehe Krämer 2002, S. 316ff; zur Rolle des Aufstandes in der palästinensischen Erinnerungskultur siehe Swedenburg 1999; 1995.
- 24 Siehe Endnote 22.
- 25 Silber/Rosenhek 2000, S. 18f.
- 26 Vgl. Zaidan/Ghanem 2000, S. 11; Doron 1996, S. 202.
- 27 Vgl. Abu Baker 2003, S. 123f. Zur palästinensischen Frauenbewegung siehe ausführlich Kapitel 14 dieses Buches. Zu Tandī siehe [www.coalitionofwomen.org](http://www.coalitionofwomen.org).
- 28 Vgl. Hollstein 1984, S. 163f.
- 29 Zum Gesetz siehe Kapitel 1.1.
- 30 Vgl. Silber/Rosenhek 2000, S. 28.
- 31 Vgl. Zaidan/Ghanem 2000, S. 12.
- 32 Vgl. Doron 1996, S. 198.
- 33 Geris/Lobel 1970, S. 179 f., zit. nach Hollstein 1984, S. 164f.
- 34 Zur Entwicklung der palästinensischen Identität siehe Kapitel 3.
- 35 Das National Committee for the Protection of Land sowie andere palästinensische Organisationen, die sich gegen die Diskriminierung der palästi-

- nensischen Bevölkerung im Bereich der Landrechte einsetzen, werden in Kapitel 11 vorgestellt.
- 36 Vgl. Minns/Hijab 1990, S. 49f.
  - 37 Für eine kritische Analyse des Vereinsgesetzes siehe Kapitel 9.
  - 38 Ein kleiner Teil dieser Organisationen hatte schon vor 1980 existiert und musste sich im Rahmen der Gesetzesreform neu registrieren lassen; vgl. Ghanem/Zaidan 2000, S. 14. Zur numerischen Entwicklung des Vereinssektors siehe ebd.
  - 39 Minns/Hijab 1990, S. 58.
  - 40 Vgl. ebd., S. 49.
  - 41 Die Arbeit der Galilee Society for Health, Research and Services wird in Kapitel 13 vorgestellt.
  - 42 Vgl. Minns/Hijab 1990, S. 39.
  - 43 Ebd., S. 89.
  - 44 1988 gründeten arabische Bewohnerinnen und Bewohner des Tel Aviver Stadtteils Jaffa (*Yāfā*) einen islamischen Verein als Gegengewicht zum bestehenden, von den israelischen Behörden eingesetzten, waqf-Komitee. Anlass für die Gründung des Vereins war, dass das waqf-Komitee dem Verkauf eines islamischen Friedhofes als Baugelände zugestimmt hatte, eine Entscheidung, die unter den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils auf große Kritik gestoßen war; vgl. Silber/Rosenhek 2000, S. 37; Minns/Hijab 1990, S. 47.
  - 45 Vgl. Ghanem/Zaidan 2000, S. 17.
  - 46 Vgl. ebd., S. 124f.; Silber/Rosenhek 2000, S. 37.
  - 47 Vgl. Minns/Hijab 1990, S. 48.
  - 48 Silber/Rosenhek 2000, S. 37.
  - 49 Rekhess 2000, zit. nach Timm 2003, S. 99.
  - 50 Vgl. Zaidan/Ghanem 2000, S. 15; Minns/Hijab 1990, S. 91ff.
  - 51 Zaidan/Ghanem 2000, S. 16.
  - 52 Zum palästinensischen NGO-Dachverband siehe Kapitel 6.
  - 53 Vgl. dazu auch Maršūd 1996.



## **TEIL III**

# **SELBSTORGANISATION ALS POLITISCHER WIDERSTAND: BEDINGUNGEN ETHNOPOLITISCHEN HANDELNS DER PALÄSTINENSER IN DEN 1990ER JAHREN**



## 6. Ethnokulturelle Identität

Der israelisch-palästinensische Friedensprozess und der palästinensische Staatsbildungsprozess in den 1990er Jahren markierten auch für die palästinensische Bevölkerung innerhalb Israels eine deutliche Zäsur: Gerade für die politische Klasse begann damit eine neue und besonders intensive Phase in der Auseinandersetzung mit ihrer Rolle als palästinensische Minderheit im jüdischen Staat, die sich in Aktivierung und Ausbau ethnopolitischen Handelns niederschlug. Zwar war diese Phase einerseits eine Fortsetzung und Intensivierung der vorherigen Entwicklungen und ohne diese nicht vorstellbar. Andererseits hatte sie eine neue Qualität und Tragweite, was durch das Zusammenspiel einer ganzen Reihe von Faktoren ermöglicht wurde, die bis dahin entweder in dieser Form und in diesem Ausmaß nicht existent waren oder nicht auf diese Weise miteinander korrespondiert haben.

Zu den Faktoren, die dazu beitragen, dass ethnische Gruppen sich ethnopolitisch organisieren und aktiv werden, gehören, wie bereits ausgeführt, das Ausmaß ethnokultureller Identität, die Anreize und *frames*, die Kapazitäten einer Gruppe für ethnopolitisches Handeln sowie das Vorhandensein von politischen Möglichkeiten. Diese werden im Folgenden mit Blick auf die Gestaltung palästinensischer Ethnopolitik in den 1990er Jahren für den palästinensischen NGO-Sektor als einem in diesem Zeitraum besonders aktiven Teil der palästinensischen Zivilgesellschaft fruchtbar gemacht.

Die Gestaltung der kollektiven oder ethnokulturellen Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel war zu Zeiten des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses wechselhaft und voller Widersprüche. Begeisterung und Frustration ob der politischen Entwicklungen auf der anderen Seite der *Grüne Linie* wechselten sich ebenso ab wie identitätsbezogene Annäherungen und Abgrenzungen im Verhältnis zu den Palästinenserinnen und Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen. Zwei Aspekte waren dabei entscheidend: Zum einen machte die Ausrichtung des Friedensprozesses unmissverständlich deutlich, dass die Situation der palästinensischen Minderheit keine Berücksichtigung in den Verhandlungs- und Lösungsszenarien des israelisch-palästinensischen Konfliktes finden wird und regte damit zur Selbstreflexion und Eigeninitiative an. Zum anderen ermöglichte der Friedensprozess durch die „Entkriminalisierung“ palästinensischer Kontakte über die *Grüne Linie* indirekt die Verdichtung palästinensischer Beziehungen und die Gestaltung neuer Handlungszusammenhänge auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Im

Ergebnis führte diese intensive Beschäftigung und Auseinandersetzung zu einer weiteren Akzentuierung palästinensischer ethnokultureller Identität, die Grundlage und Motor ethnopolitischen Handelns darstellte.

### 6.1 Der israelisch-palästinensische Friedensprozess

Vor dem Hintergrund der einschneidenden internationalen und regionalen politischen Entwicklungen seit Ende der 1980er Jahre – dem Ende des Ost-West-Konfliktes, dem zweiten Golfkrieg und der ersten *Intifada* in den besetzten palästinensischen Gebieten – wurde mit der *Madrider Friedenskonferenz* vom 31.10.1991 der Nahostfriedensprozess eingeleitet.<sup>1</sup> Ziel dieses Verhandlungsprozesses war es, zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten Jordanien, Syrien und Libanon Friedensabkommen abzuschließen sowie nach jahrzehntelanger israelischer Besatzung der Westbank und des Gazastreifens mit den Palästinenserinnen und Palästinensern für diese Gebiete eine Selbstverwaltung zu vereinbaren.

Parallel zu diesen Verhandlungen fanden seit Januar 1993 unter Vermittlung des norwegischen Außenministers Johan Jorgen Host auch Geheimgespräche zwischen israelischen und palästinensischen Intellektuellen in Oslo statt, in denen es um konkrete Ansätze für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ging. An diesen Gesprächen nahmen erstmalig auch Vertreterinnen und Vertreter der *PLO* teil. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen mündeten am 13. September in die *Osloer Prinzipienklärung*, nachdem nur wenige Tage zuvor – am 9. September – Israel und die *PLO* sich gegenseitig offiziell anerkannt hatten. Die Erklärung sah die phasenweise Umsetzung einer palästinensischen Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten im Laufe einer fünfjährigen Interimsphase vor, die mit dem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen und aus Jericho im Mai 1994 ihren Anfang nehmen und im Mai 1999 abgeschlossen sein sollte.<sup>2</sup> 1994 wurde mit der *Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)* eine palästinensische Regierungsstruktur ins Leben gerufen, die sich ausschließlich aus *PLO*-Mitgliedern zusammensetzte und 1996 wurde mit dem *Palästinensischen Legislativrat (PLC)* das erste Parlament gewählt.<sup>3</sup>

Nach anfänglicher Euphorie geriet der israelisch-palästinensische Verhandlungsprozess, auch Oslo-Prozess genannt, ab Mitte der 1990er Jahre immer mehr in eine Sackgasse. In der Diskussion über die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich zwei Richtungen ausmachen: Zum einen werden Stagnation und späteres Scheitern der Verhandlungen auf die Diskrepanz zwischen den



Grundsätzen der Abkommen und ihrer Umsetzung zurückgeführt.<sup>4</sup> Zum anderen wird argumentiert, dass die Konfliktpotentiale bereits in den Verträgen selbst angelegt waren, indem sie die strukturelle Asymmetrie des israelisch-palästinensischen Verhältnisses reproduziert hätten.<sup>5</sup> Zweifelsohne konnte der Verhandlungsprozess das politische Ungleichgewicht zwischen den Konfliktparteien als Besatzer und Besetzte nicht ausgleichen. So wurde der Prozess von Seiten Israels durchgängig durch eine Politik der Verzögerung und Blockade der Umsetzung der Abkommen behindert und die palästinensische Seite, die aus einer Position der Unterlegenheit verhandelte, zeigte sich zu Kompromissen bereit, die sie gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht vermitteln konnte. Bei dieser nahm die Ablehnung des Verhandlungsprozesses mit den Jahren sukzessive zu, was sich auch in einer vermehrten Gewaltbereitschaft niederschlug. Auf beiden Seiten stellte sich im Verlauf des Verhandlungsprozesses das Gefühl ein, dass sich der Frieden nicht auszahlt und sich an der Konfliktsituation grundsätzlich nichts geändert hat.

Äußerlich zeigte sich der Niedergang des Friedensprozesses seit Winter 1995 an einer Reihe von Ereignissen: Im November 1995 wurde der israelische Ministerpräsident Yitzack Rabin (*Labor Party*) von einem extremistischen jüdischen Siedler erschossen und im Frühjahr 1996 führte *Hamas* erstmalig in großem Umfang eine Serie von Selbstmordattentaten in Israel durch. Bei den Wahlen im Mai desselben Jahres kam es in Israel zu einem Regierungswechsel, bei dem Benjamin Netanyahu vom konservativen *Likud* Premierminister wurde und mit seiner Politik den Verhandlungsprozess mehr und mehr ad absurdum führte. Endgültig als gescheitert galt dieser, als im Herbst 2000 in der Westbank und im Gazastreifen die zweite *Intifada* begann; zu dieser Zeit wurde Israel bereits von Ehud Barak und der *Labor Party* regiert.<sup>6</sup>

Die zweite *Intifada* wurde ausgelöst, als Ariel Sharon, damals Vorsitzender des *Likud* und Mitglied der *Knesset*, am 28. September in Begleitung von mehr als Tausend Sicherheitskräften den Tempelberg bzw. den Haram al-Sharif in Jerusalem besuchte. Für Juden und Muslime sind dies heilige Orte. Obwohl US-amerikanische und palästinensische Sicherheitsexperten Premierminister Ehud Barak geraten hatten, den Besuch zu untersagen und es auch innerhalb des israelischen Sicherheitsapparates Stimmen gegen Sharons Vorhaben gab, zog Ehud Barak es nach Aussagen des *Mitchell-Berichtes* aus innenpolitischen Gründen vor, das Vorhaben seines politischen Gegners nicht zu verbieten.<sup>7</sup>

Aus palästinensischer Sicht stellte der Besuch jenes Mannes, den sie für die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im Li-

banon 1982 verantwortlich machen und der außerdem für seine anti-palästinensische Politik bekannt ist, eine schwere Provokation dar, auf die sie am nächsten Tag in Jerusalem mit Protestdemonstrationen reagierten. Um die Demonstrationen aufzulösen, setzte die Polizei scharfe Munition und so genannte Gummigeschosse, mit Gummi ummantelte Stahlpatronen, ein. Dabei wurden vier Palästinenser getötet und etwa 200 verletzt; auf Seiten der israelischen Polizei wurden 14 Verletzte gezählt. Die Demonstrationen weiteten sich aus und ab dem 1. Oktober 2000 beteiligten sich auch Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel an den Protesten gegen das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte in Jerusalem, der Westbank und im Gazastreifen. Bei diesen als *Oktober-Unruhen* bezeichneten Demonstrationen kam es auch in Israel zu Toten und Verletzten.<sup>8</sup>

Trotz des Scheiterns des Friedensprozesses bleibt dieser ein wichtiger Markstein in der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Anders als in den Verhandlungen von *Camp David* im Jahr 1978, bei denen auf der Grundlage der *UN-Resolution 242* bereits ein territorialer Kompromiss zwischen Israel und den Palästinensern versucht worden war, erschien im Oslo-Prozess eine staatliche Entität neben Israel erstmals zum Greifen nahe.

Der Friedensprozess und die darin angelegte Zwei-Staaten-Lösung übten über die Gebiete der Westbank und des Gazastreifens hinaus einen erheblichen Einfluss auf die politischen Entwicklungen und Dynamiken der palästinensischen Diaspora sowie der palästinensischen Bevölkerung in Israel aus. Anders als die Regelung der Flüchtlingsfrage, die auf die Endstatusverhandlungen verlagert wurde und seitdem vakant ist, wurde die Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel allerdings als innerisraelische Angelegenheit betrachtet und völlig aus den Friedensverhandlungen ausgeklammert.<sup>9</sup>

## 6.2 Teil des Problems, aber nicht Teil der Lösung: Die Implikationen des Friedensprozesses für die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel

Die Einleitung des Friedensprozesses im Rahmen der *Madrid-Konferenz* wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel überwiegend positiv aufgenommen. Umfragen des israelischen *Guttman Institut for Applied Social Research* zeigen, dass 97 % der palästinensischen Bevölkerung Israels die Gründung eines Staates Palästina neben Israel unterstützten. Sie zeigen weiter, dass 96 % der Befragten Verhandlungen mit der *PLO* befürworteten und 95 % die Formel „Land für Frieden“ akzeptierten.<sup>10</sup> Die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel verbanden mit dem Frie-

densprozess die Hoffnung auf das Ende der Besatzung und die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina. Gleichzeitig erhofften sie sich von der Beilegung des Konfliktes auch die Möglichkeit, selbst als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ein höheres Maß an Akzeptanz und Gleichberechtigung zu erhalten. Diese Auffassung reflektierte die damals herrschende Überzeugung, dass die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung eine Art Nebenprodukt des übergeordneten israelisch-palästinensischen Konfliktes darstellt und die Beilegung desselben die Probleme lösen wird:

From the point of view of the Arabs in Israel, these [Oslo and Cairo] agreements offer greater relief than does any other agreement between Israel and the Arab states. The view widely held by them is that solving the Palestinian question will deliver them from the anomalous position of ‚dual identity and split personality‘ as regards both their state – Israel, and their people – the Palestinians. The historic compromise that is anchored in agreements between Israel and the PLO lifts a heavy burden and dispels political and emotional tension which hinder their normal development as an Arab minority in Israel. Moreover, most spokespersons of the Arab population claim, the causes of discrimination against them will disappear in the wake of peace and they will enjoy equal rights and opportunities, which they have awaited for decades.<sup>11</sup>

Der Großteil der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel sah den Friedensprozess deshalb als eine Art der Entlastung und in gewissem Sinne sogar als eine Möglichkeit, sich von der Dominanz des israelisch-palästinensischen Konflikts zu emanzipieren. Die im Verhandlungsprozess angelegte territoriale Reduzierung Palästinas auf die Westbank und den Gazastreifen und die darin angelegte Trennung der palästinensischen Gruppen auf beiden Seiten der *Grünen Linie* wurden in der Anfangsphase des Prozesses von weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung in Israel begrüßt. Besonders die Vertreterinnen und Vertreter des kommunistischen Lagers feierten den Beginn der Verhandlungen als einen entscheidenden Schritt in Richtung der von ihnen seit vielen Jahren vertretenen Option der Zwei-Staaten-Lösung, wie der Schriftsteller Emil Habibi nicht ohne Kritik in Richtung *PLO* kommentierte:

In the past we were attacked when we called to remain in our Homeland and accept the UN resolution of 29.11.47. We suffered, but time has proven us right. It is no secret that thanks to the stand of the Palestinian

Communists we reached the Peace Conference. They were the first to read the signs.<sup>12</sup>

In den ersten Jahren des Friedensprozesses gab es nur wenige Personen, die ihre Kritik an den Verhandlungen öffentlich kundtaten und diejenigen, die es wagten, liefen laut Aussagen des Parlamentariers Azmi Bishara, selbst einer der frühen Kritiker des Oslo-Prozesses, Gefahr, als Verrückte abgestempelt und als Friedensgegner disqualifiziert zu werden.<sup>13</sup>

Dennoch kamen kritische Reaktionen aus dem nationalistischen und islamischen Lager. So lehnten national orientierte Aktivistinnen<sup>14</sup> und Aktivisten aus dem Umfeld der Organisation *Sons of the Village* die *Madrid-Konferenz* mit der Begründung ab, dass dort die Rechte der palästinensischen Nation ignoriert, die Gründung eines palästinensischen Staates von Israel verhindert und stattdessen im Rahmen einer Autonomieregelung die israelische Dominanz fortgesetzt werde. Auch die in der Frühphase der Verhandlungen einseitig formulierte Forderung der Anerkennung Israels durch die *PLO* wurde von ihnen kritisiert.<sup>15</sup> Darüber hinaus äußerte sich auch die Vertretung der *Islamic Movement* kritisch gegenüber dem Verhandlungsprozess. Sie bezeichnete den Friedensprozess als den Ausverkauf des palästinensischen Heimatlandes. Allerdings zeichneten sich schon seit Beginn der Verhandlungen deutliche Unterschiede zwischen der klaren Ablehnung des Nordflügels und der eher abwartenden Haltung des Südflügels der *Islamic Movement* ab.<sup>16</sup>

Der Umstand, dass weder Vertreter der palästinensischen Bevölkerung Israels nach Madrid geladen waren noch ihre Situation auf der Konferenz thematisiert worden war, wurde von den palästinensischen Intellektuellen und Politikern unterschiedlich bewertet. Abgesehen von dem Drusen As'ad al-As'ad, der als Berater der israelischen Delegation teilnahm und von dem Parlamentarier Muhammad Mi'ari von der *Democratic Front for Peace and Equality (DFPE)*, der als inoffizieller Beobachter das palästinensische Team begleitete, war die palästinensische Minderheit Israels als Verhandlungspartei in Madrid nicht repräsentiert.<sup>17</sup> Während das nationale Lager von Anfang an mit Skepsis auf diese fehlende Einbeziehung reagierte und sich nicht durch die palästinensische Delegation unter Leitung des Arztes Haidar Abd al-Shafi vertreten fühlen wollte, drückte die kommunistische Strömung ihr deutliches Wohlwollen gegenüber der palästinensischen Delegation und ihrer Rolle als Vertreterin aller Palästinenserinnen und Palästinenser aus. Als besonders positiv wurde in diesem Zusammenhang die Eröffnungsrede von Abd al-Shafi bewertet, in der dieser

den aus Israel stammenden Dichter Mahmud Darwish als palästinensischen Nationaldichter präsentierte, eine Geste, die als symbolischer Schulterchluss mit der palästinensischen Bevölkerung Israels bewertet wurde.<sup>18</sup>

Trotz der anfangs unterschiedlichen Reaktionen entwickelte sich im weiteren Verlauf des Prozesses eine Debatte, in der die Repräsentantinnen und Repräsentanten aller palästinensischen Strömungen schließlich die Forderung stellten, künftig in die Verhandlungen einbezogen zu werden. Diese Erwartungen wurden – wie bereits erwähnt – nicht erfüllt und sie konnten in keinerlei Weise an den Verhandlungen partizipieren. Obwohl die in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser auch historisch nur eine Nebenrolle in der palästinensischen Nationalbewegung eingenommen hatten und es schon lange vor Beginn des Friedensprozesses deutliche Anzeichen für eine weitere Distanzierung der *PLO* gegeben hatte, verstanden diese das ganze Ausmaß ihrer politischen Isolation erst im Herbst 1993, als es zur gegenseitigen Anerkennung von *PLO* und Israel kam, ohne dass der Status der Minderheit zur Disposition gestellt worden war.<sup>19</sup>

### 6.3 Vergiss die Träume der Vergangenheit: Das Verhältnis zwischen Palästinensischer Autonomiebehörde und Palästinensern in Israel

Die ambivalente Grundstimmung, die das Verhältnis zwischen den Palästinenserinnen und Palästinensern in Israel und der *PLO* seit ihrer Gründung 1964 geprägt hatte, setzte sich unter den Bedingungen des Friedensprozesses mit der *PA* fort. Zwar versprachen sich beide Seiten gegenseitige Solidarität und betonten ihre Hoffnung auf die Intensivierung ihrer Beziehungen. Tatsächlich beschränkten sich diese aber auf mehr oder weniger sporadische Besuche, Konsultationen und Koordinationen sowie auf vereinzelte Schlichtungsversuche bei lokalen Konflikten. So vermittelte beispielsweise Scheich Abdallah Nimr Darwish, der Leiter des Südflügels der *Islamic Movement*, in der Krise zwischen *PA* und *Hamas* 1996 im Gazasteifen. Angehörige der *PA* intervenierten andererseits in Konflikte zwischen der muslimischen und christlichen Bevölkerung des Dorfes Turan (*Tur'ān*) im Norden Israels. Zudem arbeiteten einige palästinensische Politiker aus Israel, wie beispielsweise der spätere Parlamentarier Ahmad Tibi, unmittelbar nach dem Aufbau der *PA* zeitweise als Berater des Vorsitzenden der Autonomiebehörde, Yasir Arafat.<sup>20</sup> Aufgrund ihrer besonderen Kenntnis beider „Seiten“ wurden die Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel in jener Zeit häufig als „Brücken“ zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten kolportiert.<sup>21</sup>

Strategien und Programme für eine kohärente Gestaltung des palästinensisch-palästinensischen Verhältnisses über die *Grüne Linie* hinweg wurden dagegen nicht entwickelt und insbesondere die *PA* bemühte sich kaum, die Beziehungen auf offizieller Ebene auszubauen und in politischer, ökonomischer oder soziokultureller Hinsicht zu institutionalisieren.<sup>22</sup> Vielmehr zeigte sich auf allen Ebenen eine „creation of distance“<sup>23</sup> gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Israel. Die kritisierte diese Haltung und warf *PLO* und *PA* vor, die Grenze zwischen den palästinensischen Gruppen verstärkt zu haben, wie es Nabil Saleh, Mitarbeiter des *Galilee Center for Social Research (GCSR)* in Haifa, betonte:

Während des Oslo-Prozesses machte die *PLO* deutlich, dass sie die Araber in Israel als eine innerisraelische Angelegenheit betrachtete. Nach dem Motto: Ihr seid frei, euch in die israelische Gesellschaft zu integrieren, ohne weiter die Last der ‚palästinensischen Frage‘ tragen zu müssen. Die Leute hier haben sich darüber gefreut, das spürt man heute und das spürten wir auch während des Oslo-Prozesses. Es herrschte damals folgende Atmosphäre: Nun ist alles geklärt, der Weg zur völligen Integration als Bürger in die israelische Gesellschaft ist frei. Die Frage der Gerechtigkeit rückte in den Augen der Menschen in den Hintergrund, stattdessen wollten sie sich auf die neue Situation einstellen und von vorne anfangen. Entsprechend betrachteten sie dann auch die Bildung eines palästinensischen Staates als innerpalästinensische Angelegenheit, die sie nichts anging. Es gab sogar arabische Parteien in Israel, die sich weigerten, zu den Menschenrechtsverletzungen der *Palästinensischen Autonomiebehörde* Stellung zu nehmen. Das bedeutete, dass wir zu einer innerisraelischen und die Staatsbildung zu einer innerpalästinensischen Angelegenheit wurden. Wir gehören zwar zu einem Volk, unser Verhältnis [ähneln aber dem zweier Staaten; K.H.], die sich gegenseitig nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen. Die *PLO* und die *Autonomiebehörde* unterstützten diese Entwicklung.<sup>24</sup>

Das auf offizieller Ebene deutlich distanzierte palästinensisch-palästinensische Verhältnis war eine Fortführung der auch historisch ambivalenten Beziehung und reflektierte den ohnehin marginalisierten Status, den die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel in der palästinensischen Nationalbewegung einnahmen. Zum anderen muss aber sicherlich auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die palästinensische Verhandlungsdelegation und die *PA* im Kontext des Verhandlungsprozesses ständig unter dem Druck standen, ihre

Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Beschränkung ihres Mandats auf die Westbank und den Gazastreifen zu beweisen. Eine gleichzeitige Verdichtung ihrer Beziehungen über die *Grüne Linie* hätte ihre Verhandlungsposition in den Augen des israelischen Verhandlungspartners fragwürdig erscheinen lassen. Es muss an dieser Stelle auch daran erinnert werden, dass das israelische Parlament erst Anfang 1993 das Verbot von Kontakten zu als terroristisch eingestuften palästinensischen Organisationen aufgehoben hatte, mit dem über Jahre hinweg Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und ebenso zu Palästinenserinnen und Palästinensern in der Diaspora als vermeintliche Kontakte zur *PLO* kriminalisiert worden waren.<sup>25</sup>

In den Augen der *PA* sollte sich die Rolle der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ausschließlich auf den israelischen Kontext beschränken und so wenig Kontakt wie möglich zum palästinensischen nationalen Projekt haben. „You must forget the dreams of the past. You will not be citizens of Palestine. Your battle must be to attain full equal rights in Israel. National aspirations can only be realized in the Palestinian state, not in the State of Israel,“<sup>26</sup> hatte der Führer der *Fatah* in der Westbank und spätere Jerusalem-Beauftragte im Kabinett Arafats, Faisal Hussaini, die Rolle der palästinensischen Bevölkerung in Israel bereits zur Zeit der ersten *Intifada* (1987-1991) zusammengefasst. Sie waren aufgefordert, sich in Israel um die Bewahrung der palästinensischen Identität und um politische Gleichberechtigung zu bemühen und gleichzeitig die palästinensischen Bemühungen um Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit von innerhalb des israelischen politischen Systems heraus zu unterstützen.

Einen zentralen Aspekt spielten dabei die Wahlen. Hatte die *PLO* bereits in den 1980er Jahren die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel in ihrer Funktion als *PLO*-freundliche Wählerschaft entdeckt, versuchte sie mit Beginn des Friedensprozesses verstärkt Einfluss auf das Wahlverhalten der Minderheit zu nehmen. Während die *PLO* noch 1988 die arabischen Parteien als die wesentlichen Akteure auf dem Weg zum Frieden bezeichnet und zur Wahl von progressiven, antizionistischen und antirassistischen Parteien aufgerufen hatte,<sup>27</sup> versuchte sie – ebenso wie die *PA* – in den 1990er Jahren, die palästinensische Bevölkerung in Israel stattdessen zur Wahl der *Labor Party* zu bewegen. Wie schon erwähnt, gilt die palästinensische Wählerschaft in Israel traditionell als *blocking majority*, d. h. als das Zünglein an der Waage im politischen Wettstreit zwischen *Labor Party* und *Likud*. Von der Unterstützung der *Labor Party* erhoffte sich die *PA* die Fortführung des Friedensprozesses und die

baldige Realisierung der palästinensischen Staatlichkeit.<sup>28</sup> In diesem Zusammenhang sprach sie sich klar gegen die Neugründung von arabischen Parteien und Bewegungen in Israel aus, die einen gegenüber Israel kritischen Ansatz verfolgten und unterstützte stattdessen die traditionellen Strukturen. Obwohl viele palästinensische Politiker in Israel sehr großen Wert auf die Legitimierung durch Yasir Arafat legten und nach seinem Einzug in Gaza regelrechte Pilgerfahrten dorthin unternahmen,<sup>29</sup> wurden einige Organisationen, darunter beispielsweise die *NDA*, auch gegen seinen Willen gegründet. Über diese Strategien, die der israelische Soziologe Sammy Smooha als „pro-Israelization policy“<sup>30</sup> bezeichnete, versuchte die *PA* die kritischen Strömungen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung zu neutralisieren, um unter allen Umständen eine Eskalation der innerisraelischen Problematik, die sich negativ auf den Fortgang des Friedensprozesses ausgewirkt hätte, zu verhindern. Diese Art der Einflussnahme stieß in weiten Teilen der palästinensischen Zivilgesellschaft Israels auf heftige Kritik. Dort interpretierte man dieses Verhalten als politische Bevormundung und als Marginalisierung der eigenen spezifischen Interessen zugunsten der Ziele der Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen.

Besonders vehement wurde diese Kritik, als die *PA* im Vorfeld der Wahlen zum Premierminister im Februar 2001 und trotz der *Oktober-Unruhen* erneut zur Unterstützung der *Labor Party* aufrief. Aus Sicht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel, die Ehud Barak und die *Labor Party* für die Eskalation der *Oktober-Unruhen* verantwortlich machten, bezeugte dies zum wiederholten Male die Ignoranz der *PA* gegenüber ihren Interessen, aber auch gegenüber ihren Erfahrungen und Gefühlen. Ungeachtet des Drucks von jenseits der *Grünen Linie* quittierten die palästinensischen Wählerinnen und Wähler das Verhalten des israelischen Staates mehrheitlich mit einem Boykott der Wahlen.<sup>31</sup> Diese klare Abgrenzung und politische Orientierung auf Grundlage der eigenen Interessen war Ausdruck der neuen Entwicklung des palästinensisch-palästinensischen Verhältnisses. Aus Sicht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel sollte es sich dabei um kein Patronage-Verhältnis handeln, sondern musste vielmehr auf gegenseitigem Respekt und beidseitiger Kritikfähigkeit basieren, wie es der palästinensische Parlamentarier Azmi Bishara forderte:

Although I am very critical of the PA and its role, it is now a very real political force that represents the Palestinians in the occupied territories and we will have to organize our relationship with it, through both cooperation



and criticism. We do not want a patronage relationship with it. We know its limits politically and its lack of sovereignty and its dependency on Israel. The PA should understand, however, that we will not accept any kind of a dictate. It must be a relationship of mutual respect in which they are free to criticize us and we are free to criticize their actions.”<sup>32</sup>

Die Ambivalenz, die aus der Erleichterung über den Friedens- und Staatsbildungsprozess einerseits und der Enttäuschung über den Ausschluss aus den Friedensverhandlungen sowie aus dem palästinensischen nationalen Projekt andererseits hervorging, verstärkte bei den Palästinenserinnen und Palästinensern in Israel zunächst Anpassungstendenzen, über die sie sich eine Integration in die jüdische Gesellschaft erhofften. Diese, wie erwähnt häufig als „Israelisierung“ bezeichnete Entwicklung zeigte sich unter anderem in der zunehmenden Unterstützung zionistischer Parteien sowie in der steigenden Bereitschaft der Jugendlichen, ihren Wehrdienst in der israelischen Armee zu absolvieren und führte die palästinensische Bevölkerung und ihre Eliten Mitte der 1990er Jahren in eine tiefe politisch-psychologische Identitätskrise, als sich abzeichnete, dass die erwarteten „Friedensdividenden“ ausblieben und sich die Hoffnungen auf Integration nicht erfüllten. Stattdessen prägten weiterhin Diskriminierung und Marginalisierung ihre Lebenssituation in Israel.

#### **6.4 Nicht mein Staat, aber mein Volk: Die Bedeutung eines zukünftigen palästinensischen Staates für Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel**

Die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel ist seit vielen Jahren der zentrale Punkt auf der politischen Agenda der meisten palästinensischen Parteien und Gruppierungen in Israel.<sup>33</sup> Während das kommunistische Lager bereits seit den 1970er Jahren die Option der Zwei-Staaten-Lösung unterstützte, hatten Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Strömung diese lange Zeit abgelehnt und stattdessen die Gründung eines säkularen demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästinas gefordert.<sup>34</sup> Seit Ende der 1980er Jahre näherte sich auch das nationale Lager der Zwei-Staaten-Lösung immer mehr an, es gab aber auch Stimmen, die diese nach wie vor nur als Übergangslösung betrachteten.<sup>35</sup> Umfragen aus dem Jahr 2002 zeigen, dass 46,9 % der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel die Zwei-Staaten-Lösung unterstützten, 4,8 % einen islamischen Staat auf dem Gebiet des historischen Palästinas bevorzugten und 3,7 % die binationale Option befürworteten.<sup>36</sup>

Die im Rahmen des Friedensprozesses erstmalig in greifbare Nähe gerückte Staatsgründung war erwartungsgemäß auch innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel ein viel diskutiertes Thema. Mich interessierte in diesem Zusammenhang, welche Bedeutung die Palästinenserinnen und Palästinenser, die nicht zu diesem Staat gehören würden, der Staatsbildung beimaßen und welche Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen sie mit einem palästinensischen Staat verbanden, zum einen mit Blick auf die zukünftigen Bürgerinnen und Bürger dieses Staates und zum anderen in Bezug auf ihre eigene Situation als *non-citizens co-nationals*<sup>37</sup> dieses sich konstituierenden Staates.

Die Migrationsforschung hat sich intensiv mit den Beziehungen von Migrantengemeinschaften zu ihren häufig weit entfernten Heimatländern beschäftigt und dafür den Begriff des *long distance nationalism* geprägt.<sup>38</sup> Dagegen gibt es bislang nur wenige Studien, die sich dem Verhältnis von nationalen Minderheiten zu neu gegründeten Staaten (*nationalizing states*) in ihrer unmittelbaren physischen Nachbarschaft widmen, ein Verhältnis, das man entsprechend als *short distance nationalism* bezeichnen könnte. Ausnahmen sind hier die Arbeiten von Roger Brubaker, die sich mit Nationenbildungsprozessen und nationalen Minderheiten im „Neuen Europa“ auseinandersetzen und der Frage nachgehen, inwieweit die neuen Nationalstaaten sich als externe nationale Heimatländer (*external national homelands*) positionieren bzw. als solche wahrgenommen werden.<sup>39</sup> Da die palästinensische Staatsgründung noch nicht realisiert wurde, spiegeln die folgenden Ausführungen primär die Vorstellungen und Gefühle der Palästinenserinnen und Palästinenser im Vorfeld der Staatsgründung wider.

Trotz zum Teil massiver Kritik am Führungsstil von Yasir Arafat und der PA und obwohl viele Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel die Befürchtung teilten, dass sich ein palästinensischer Staat in seinem Charakter wahrscheinlich nur wenig von den autoritären Regimen der arabischen Nachbarländer unterscheiden könnte, wurde die Staatsgründung als Verwirklichung jenes Ziels angesehen, für das sie selbst jahrelang gekämpft hatten und mit dem sie immer noch viele Hoffnungen verbanden. So sah Nabila Espanioly von der Frauen-NGO *Al-Tufula – Pedagogical and Multipurpose Women's Centre* (*Markaz at-Ṭufūla – Markaz Tarbawī wa-Nisā'ī Muta'addid al-Ahdāf; Tufūla*) in Nazareth in der palästinensischen Eigenstaatlichkeit die Erfüllung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes. Mit Blick auf die palästinensische Identität hielt sie die Realisierung des palästinensischen Staates zudem für eine historisch notwendige Erfahrung:

Ich persönlich habe immer daran geglaubt, dass die Zwei-Staaten-Lösung die einzige Lösung ist. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen, weil man die Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes nicht überwinden kann, ohne den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht zu garantieren. Zum anderen denke ich, dass die psychologische Entwicklung von Identitäten und überhaupt, wenn man an seiner eigenen Identität kocht und nicht fertig ist, man auf die Anderen nicht in gleichberechtigter Art und Weise eingehen kann. Das gilt in Bezug auf Frauen und Männer, in bezug auf alles. (...) Viele sprechen ja heute von Postmodernismus und Postnationalismus, aber wie können wir heute schon von ‚post‘ sprechen? Von ‚post‘ können nur Leute sprechen, die etwas schon hatten. Du kannst nicht von Postmodernismus sprechen, wenn du die Moderne nicht hattest. (...) Und deshalb bin ich der Meinung, dass die Palästinenser erstmal das [nationale; K.H.] Selbstbestimmungsrecht erhalten müssen.<sup>40</sup>

Jafar Farah, Direktor der palästinensischen Lobbyorganisation *Mossawa: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel* (*Markaz Musāwāt; Mossawa Center*) in Haifa, fasste die Haltung vieler Aktivistinnen und Aktivisten zusammen, als er sagte, dass angesichts der drückenden Probleme der Menschen in den besetzten Gebieten, die eigenen Vorbehalte gegenüber dem Oslo-Prozess, gegenüber der Führung Yasir Arafats und gegenüber dem Charakter der PA an Bedeutung verlieren würden. Beeinflusst wurde seine Meinung durch viele Begegnungen mit Menschen in der Westbank, wo er während der ersten *Intifada* als Lehrer unterrichtete. Besonders eindrücklich ist ihm die Begegnung mit einer alten Frau aus einem Flüchtlingslager in der Nähe der Stadt Jenin in Erinnerung geblieben, die ihn von der Notwendigkeit eines palästinensischen Staates als ersten Schritt in Richtung Normalisierung des Lebens der Bevölkerung überzeugt hat:

Der palästinensische Staat ist nicht mein Staat, aber die Palästinenser sind mein Volk. Sie sind mein Volk und mein Volk hat ein Heimatland verdient, um einen Ort für sich zu haben. Eine alte Frau aus einem Flüchtlingslager bei Jenin sagte mir mit Blick auf Arafats Unterzeichnung der Oslo-Abkommen folgendes: „Was willst du von Arafat? Arafat ist ein alter Mensch (...), der durch die Hölle ging bis er zu einem Ort kam, wo er sich hinsetzen konnte, ohne dass ihm die Sonne die ganze Zeit ins Gesicht scheint.“ Das ist die Situation, in der die Palästinenser bis zum Oslo-Pro-

zess waren. Und schließlich haben sie nun diesen Ort, an dem sie sitzen und sagen können, dass es ihr Ort ist und dass das ein Baum ist, unter dem sie sitzen können und der sie vor der Sonne schützt. (...) Dieses Bild hat eine sehr starke Bedeutung in unserer Kultur. Was soll ich dieser Frau sagen, dieser alten Frau, einem Flüchtling aus Haifa, die in einem Lager in Jenin lebt und mir von Arafat erzählt, als ich gerade die Oslo-Abkommen kritisieren wollte. Wenn du Leute wie sie in den Lagern triffst, die dir erzählen, dass sie zwei ihrer Kinder in der *Intifada* verloren haben, dass zwei andere in den Libanon flüchten mussten, weil sie in der *PLO* aktiv waren und die dann sagt, dass ihr jüngstes Kind, das sich mit 11 Jahren an der ersten *Intifada* beteiligt hatte, heute Polizist bei der palästinensischen Autonomiebehörde ist. (...) Der palästinensische Staat bedeutet, dass mein Volk endlich einen Ort haben wird, wo es versuchen kann, ein normales Leben zu führen.<sup>41</sup>

Nabil Saleh, Mitarbeiter des *Galilee Center for Social Research (GCSR)*, betrachtete den palästinensischen Staat vor allem als eine Art der Entschädigung für die Leiden, die die Palästinenser seit 1948 erfahren haben. Allerdings setzte dies für ihn voraus, dass der Staat in der Lage und willens ist, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, ein demokratisches politisches System aufzubauen und die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen:

Ich will, dass dieser Staat das palästinensische Volk für seine Schmerzen und Leiden, die es seit 1948 erlitten hat, entschädigt. Dieser Staat muss sich deshalb zuallererst darum kümmern, dass die Flüchtlinge zu ihren Herkunftsorten zurückkehren dürfen. Er legitimiert sich meiner Meinung nach durch die Ermöglichung dieser Rückkehr, durch den Aufbau einer palästinensischen demokratischen Gesellschaft sowie durch die Beendigung der Besatzung (...) Außerdem muss dieser Staat die Lebensumstände der Palästinenser verbessern und den Kindern, die weder Ausbildung noch Berufschancen hatten, ein würdiges Leben bieten. Die Legitimation des palästinensischen Staates lässt sich nur so ableiten.<sup>42</sup>

Auch Yusuf Anton, Mitglied des Haifa-Sekretariats der *National Democratic Alliance (NDA)*, verband die Bedeutung eines zukünftigen Staates mit der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, von denen ein Großteil immer noch in Flüchtlingslagern lebt und die in einen palästinensischen Staat „zurückkehren“ könnten. Ähnlich wie bei anderen Aktivistinnen und Aktivisten

waren seine Hoffnungen auch von der eigenen familiären Situation geprägt, da ein Teil seiner Familie 1948 in den Libanon geflohen ist. Er hoffte deshalb, dass zumindest Leute wie sein Onkel, der in einem Flüchtlingslager im Libanon lebt, ihren Lebensabend in Palästina verbringen werden können:

Dieser palästinensische Staat sollte den Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen zumindest ein Minimum geben, was ihren Grund und Boden, aber auch was ihre Rechte anbelangt. Der zweite Punkt betrifft das, was dieser Staat den Palästinensern im Ausland, im Libanon, in Jordanien und in Syrien geben kann. Was wird dieser Staat für sie machen können? Werden sie ein Rückkehrrecht erhalten? Werden sie eine finanzielle Entschädigung bekommen? Obwohl ihr Leiden, dem sie seit über 50 Jahren ausgesetzt sind, nicht wieder gut gemacht werden kann. Sie haben nicht nur ihre Heimat, ihre Häuser, sondern auch ihren Grund und Boden verloren und sie wurden von ihren Familien getrennt. Sie leben in gefängnisähnlichen Zuständen. Stell dir vor, die Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien [sic] oder in Syrien besitzen keine Staatsangehörigkeit und keine Pässe. Ihre Situation ähnelt der der Flüchtlinge im Balata-Flüchtlingslager bei Nablus, manchmal ist sie sogar schlimmer. Ich hoffe, dass die Lösung ein wirklich gerechter Ersatz sein wird. (...) Vielleicht wäre es für jemanden wie meinen Onkel, der als Flüchtling im Libanon lebt, eine kleine Erholung, wenn er seine letzten Lebensjahre in Ramallah verbringen könnte.<sup>43</sup>

Neben Hoffnungen, die sie bezüglich der Bevölkerung der Westbank, des Gazastreifens und der Flüchtlinge mit der Gründung eines Staates Palästina verbanden, hatte die Staatsgründung aus Sicht vieler Aktivistinnen und Aktivisten auch für sie selbst und ihre Situation in Israel eine große Bedeutung. Im Hinblick auf ihre politische Arbeit verbanden einige mit der Staatsbildung positive Möglichkeiten. Wie schon mit dem Blick auf den Friedensprozess angedeutet, erhoffte man sich, dass die Staatsgründung eine neue Ära einleiten könnte, in der endlich die Probleme der palästinensischen Bevölkerung in Israel in den Mittelpunkt der politischen Aktivitäten gestellt würden.<sup>44</sup>

Manche Aktivistinnen und Aktivisten verglichen die Beziehung zwischen der palästinensischen Bevölkerung Israels und einem zukünftigen Staat Palästina mit dem Verhältnis der Diaspora-Juden zu Israel, d. h. der Staat wurde als eine Institution verstanden, die auch den Palästinenserinnen und Palästinensern in der Diaspora notfalls Unterstützung und Schutz gewähren kann. Einige, wie z. B. Jumana Bishara, Mitarbeiterin der Nazarener NGO *Ahali – Cen-*

ter for Community Development (*al-Ahālī – Markaz at-Tanmīya al-Ġamāhīrīya; Ahali*)<sup>45</sup> erklärten, dass die Existenz eines Staates Palästina auch für sie eine große Erleichterung wäre und betonten das Gefühl der Zugehörigkeit, das weniger über den Pass als vielmehr über die emotionale Verbindung zu dieser Nation und Kultur vermittelt werde. Damit spielten sie auf das Gefühl der Zugehörigkeit an, das sie im israelischen Kontext vermissten:

[Die Staatsgründung bedeutet für mich; K.H.], dass es einen palästinensischen Staat, eine Nation gibt und einen geographischen physischen Ort, zu dem ich gehen kann und sagen kann, dass das mein Land ist. Das würde ich gerne auch [hier in Israel; K.H.] sagen, aber das ist offensichtlich nicht möglich. Ich glaube, dass es für die Palästinenser auf der ganzen Welt wichtig ist zu wissen, dass es einen Ort namens Palästina gibt, unabhängig, autonom und nicht zuletzt ein Land mit einem Präsidenten, einem System (...). Für mich ist es wichtig zu wissen, dass so etwas existiert. Ob wir dort hin gehen wollen oder nicht, ist eine ganz andere Geschichte.<sup>46</sup>

Wie in den Worten von Jumana Bishara angedeutet, implizierten ihre Gefühle der Zugehörigkeit zu einem zukünftigen palästinensischen Staat nicht die Absicht, dort auch leben zu wollen. Ähnlich hatte auch die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung in Israel wenig Interesse, in einem zukünftigen palästinensischen Staat zu leben. Nur weniger als 5 % von ihnen konnte sich vorstellen, den Lebensmittelpunkt auf der anderen Seite der *Grünen Linie* zu haben.<sup>47</sup> Für die meisten stellte sich diese Frage nicht nur überhaupt nicht, sie empfanden sie sogar als direkten Angriff auf ihre Legitimation als indigene Bevölkerung Israels. Hier zeigte sich ein grundlegendes Missverständnis: Während die fehlende Bereitschaft, in einem zukünftigen Staat Palästina leben zu wollen, von israelischer Politik und Öffentlichkeit gerne als Zeichen der „Israelisierung“ gewertet wird, ist es nach palästinensischer Lesart gerade Ausdruck von Standhaftigkeit (*sumūd*) und Patriotismus, in der palästinensischen Heimat bleiben zu wollen.<sup>48</sup> Die in den 1990er Jahren immer wiederkehrende Diskussion über den Austausch von Gebieten zwischen Israel und der *PA*, bei dem von Araberinnen und Arabern bewohnte Grenzregionen Israels der *PA* zugesprochen und im Gegenzug dazu israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten erhalten und an das israelische Kernland angebunden werden sollen, verdeutlichte aus Sicht der Palästinenserinnen und Palästinenser, dass ihre Existenz in Israel und ihre israelische Staatsbürgerschaft immer noch zur Disposition gestellt werden.<sup>49</sup>

Ihre Vorstellungen von einem palästinensischen Staat enthielten kaum Konnotationen von Heimat, diese verorteten sie klar in Israel. Es war nicht der Staat Israel, sondern der geographische Raum, das arabische Palästina, das 1948 verloren wurde, das die Palästinenserinnen und Palästinenser als Heimat begriffen. Heimat war für sie der Ort, an dem sie geboren wurden oder lange Zeit gelebt haben.<sup>50</sup> Vor dem Hintergrund des Konfliktes, in dem die territoriale Kontinuität Palästinas zerstört wurde, nahm die lokale Definition von Heimat teilweise an Bedeutung zu, wie die Ausführungen von Yusuf Anton von der *NDA* deutlich machten:

Für mich sind Haifa und [das galiläische Dorf; K.H.] Steideh meine Heimat. Unsere Wurzeln liegen in unseren Dörfern und unser Verständnis von Land und Boden unterscheidet sich von dem der Deutschen und Amerikaner. Das gilt besonders für die gegenwärtige Situation. Für mich macht es einen Unterschied, ob ich in Haifa oder in Jerusalem wohne. (...) Angesichts der politischen Situation, in der Palästina aufgeteilt wird, spielen diese Aspekte eine besondere Rolle, aber auch unabhängig vom Palästina-Problem haben Dörfer und Orte eine große Bedeutung für die Menschen hier.<sup>51</sup>

Die Unterstützung der Staatsgründung und die Gefühle der Zugehörigkeit und Anbindung, die von vielen Aktivistinnen und Aktivisten genannt wurden, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es andererseits auch Stimmen gab, die der Staatsgründung mit gemischten Gefühlen entgegensahen. Diese unterstützten zwar einen palästinensischen Staat, wiesen aber darauf hin, dass damit das Dilemma der palästinensischen Minderheit in Israel nicht gelöst sein würde, wie die Direktorin des palästinensischen Medienzentrums *I'lam*, Filastin Ismail, betonte:

Ich weiß nicht, was ich genau fühlen werde, wenn ich höre, dass es einen palästinensischen Staat gibt. Ich glaube, dass etwas fehlt und wir wollen für die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen diesen Staat. (...) Aber ich glaube nicht, dass wenn es zukünftig Palästina und Israel gibt, unsere Probleme gelöst sein werden. Unsere Probleme sind andere Probleme, die von vielen ignoriert werden.<sup>52</sup>

Andere befürchteten sogar, dass sich mit der Staatsgründung die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel verschlechtern könnte und vermuteten eine weitere Marginalisierung und Delegitimation ihrer politischen Interessen.

Khalil Rinnawi, Direktor des *GCSR*, gab zu bedenken, dass das rechte politische Lager die Gründung eines palästinensischen Staates nutzen könnte, um die politischen Forderungen der palästinensischen Minderheit in Israel mit dem Argument zu delegitimieren, dass Israel mit dem Rückzug aus Westbank und Gazastreifen bereits große Kompromissbereitschaft gezeigt habe und nicht auch noch bereit sei, Kompromisse im eigenen Land einzugehen. Außerdem könnten jene Unterstützung bekommen, die die Meinung vertreten, die Palästinenserinnen und Palästinenser könnten, wenn es einen palästinensischen Staat gebe, dorthin auswandern, sollten sie Probleme mit Israel haben.<sup>53</sup>

Auch Aida Touma-Sliman, Direktorin der Nazarener Organisation *Women Against Violence* (*Ġam‘iyat Nisā’ d’idd al-‘Unf; WAV*) und aktives Mitglied der *Democratic Front for Peace and Equality* (*DFPE*) teilte die Sorge, dass die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung in Form der Errichtung eines palästinensischen Staates die Vertreibung der Araberinnen und Araber aus Israel, also ihren „Transfer“ implizieren könnte.<sup>54</sup> Dieser Bedrohung setzte sie ihre politische Arbeit entgegen, mit der sie für die Palästinenserinnen und Palästinenser eine Zukunft als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in Israel einforderte:

Wenn das Palästina-Problem diskutiert wird, bezieht man sich in der Regel auf die Westbank und auf den Gazastreifen, nicht auf die palästinensische Minderheit in Israel. Was ich als Teil dieser Minderheit will, ist, weiter hier zu leben. Das bedeutet, dass ich weiterhin eine [israelische; K.H.] Staatsbürgerin sein möchte, eine Staatsbürgerin in diesem Staat. Ich will in diesem Staat vieles ändern und ich möchte in diesem Staat eine Gesellschaft schaffen, die mir den gleichen Zugang und die gleichen Möglichkeiten wie allen anderen Bürgern dieses Landes verschafft und mir das Recht gibt, meine eigene nationale Identität zu haben wie alle anderen auch.<sup>55</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Aussagen zu einem palästinensischen Staat ambivalent sind. Auf der einen Seite wurde die potentielle Staatsgründung als Erfüllung palästinensischer nationaler Selbstbestimmung betrachtet, für die man sich jahrelang politisch engagiert hatte. Neben der ideologischen Ebene war es vor allem die Hoffnung auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen sowie die der Flüchtlinge, die sie mit einem souveränen palästinensischen Staat verbanden.

Auf der anderen Seite herrschte die Überzeugung, dass die Gründung des Staates Palästina den Minderheitenkonflikt innerhalb Israels nicht lösen wird.



Im Gegenteil überwog bei den von mir interviewten Personen sogar die Befürchtung, dass die Staatsgründung zu einer weiteren Delegitimation der Interessen der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel führen könnte. Dies kam ihrer Meinung nach bereits in dem Vorwurf zum Ausdruck, die Forderung nach völliger Gleichberechtigung in Israel sei eine Forderung nach „anderthalb Staaten“ und zeige die fehlende Anerkennung Israels als jüdischen Staat.<sup>56</sup>

Wie ich an späterer Stelle ausführen werde, wollten viele der in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser die Frage ihrer nationalen Identität und Zugehörigkeit nicht auf die Gründung eines palästinensischen Staates auf der anderen Seite der *Grünen Linie* reduziert wissen. Es ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt fraglich, ob sich ihr Verhältnis zu einem zukünftigen Staat Palästina tatsächlich zu einer Art *short distance nationalism* entwickeln wird oder ob nicht stattdessen der palästinensische Nationalismus innerhalb Israels gestärkt wird, der weniger an das nationale Projekt in der Westbank und im Gazastreifen gekoppelt ist, sondern vielmehr an die spezifischen Erfahrungen der palästinensischen Bevölkerung innerhalb Israels anknüpft.

## 6.5 Reaktionen auf Oslo: Die Dynamisierung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel

Innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft löste das Dilemma der Nichtzugehörigkeit zum palästinensischen nationalen Projekt eine tief greifende Reflexion und Auseinandersetzung mit Selbstverständnissen und Identitäten als Palästinenserinnen und Palästinenser im jüdischen Staat aus. Institutionell schlug sich dieser Prozess in der Gründung von politischen Parteien sowie einer Vielzahl von Vereinen nieder, die sich angesichts des neuen Szenarios für die Interessen der Minderheit engagierten. Allein zwischen 1990 und 1998 wurden 656 neue NGOs registriert.<sup>57</sup> Besonders im Menschen- und Bürgerrechtsbereich kam es zu einem regelrechten Gründungsboom, 1998 waren knapp 10 % aller registrierten palästinensischen NGOs in diesem Bereich gemeldet. Zum Vergleich: Im jüdischen NGO-Sektor waren im gleichen Zeitraum 6,3 % der NGOs in diesem Bereich tätig. Laut den Statistiken des *John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project* waren die NGOs in dieser Zeit außerdem in den Bereichen Religion (25 %), Kultur und Erholung (22 %), Wohnen und Entwicklung (14 %), Soziale Dienstleistungen (11 %), Bildung und Forschung (10 %), Wohltätigkeit (3 %), Berufsverbände (2 %), Gedenken (1 %) und Gesundheit (1 %) aktiv. 1% der Aktivitäten galt als unbekannt

und in den Kategorien Umwelt und Internationale Aktivitäten waren keine arabischen Vereine vertreten.<sup>58</sup>

Im Rückblick beschrieben viele, die sich zu dieser Zeit an der Gründung palästinensischer Organisationen beteiligten, den Oslo-Prozess als eine Art Grenzübergang. Jafar Farah, Direktor des *Mossawa Center*, sah sich dadurch veranlasst, innezuhalten und über seinen zukünftigen politischen Weg nachzudenken:

An irgendeinem Punkt des Oslo-Prozesses merkten wir, dass es aus und vorbei ist. Die *PLO* sagte zu uns: ‚Auf Wiedersehen, ich vertrete euch nicht mehr.‘ Dann haben sie die *PA* gegründet. (...) An diesem Punkt hast du gewusst, dass du eine Entscheidung für deine Zukunft treffen musst. Das ist eine sehr ernste Situation, es ist wie an einem Grenzübergang, an dem man anhält und sich fragt, wie es weitergeht und wie seine Identität sein wird.<sup>59</sup>

In dieser Situation entwickelte sich unter den politischen Aktivistinnen und Aktivisten mehr und mehr die Überzeugung, die „Dinge in die eigenen Hände nehmen zu müssen“<sup>60</sup> und den Aufbau eigener Institutionen voranzutreiben. Die „Organisation der Minderheit“ (*tanzim al-aqalliya*) wurde zum Leitsatz erklärt, bei dessen Umsetzung NGOs eine zentrale Rolle spielen sollten:

Ich sehe die Aufgabe der Vereine darin, die [palästinensische; K.H.] Minderheit zu organisieren. Diese Organisationsarbeit soll meiner Meinung nach gleichzeitig das Ziel und der Weg sein. Wenn man das Ziel, die Minderheit zu organisieren, erreicht hat, kann diese ihre eigenen Ziele definieren. Gegenwärtig sind wir eine schwache, nicht organisierte, eine gesplante und innerlich zerrissene Minderheit. Diese Minderheit ist nicht in der Lage, Ziele zu setzen. (...) Ich glaube, wir können momentan überhaupt noch nicht unsere Ziele definieren, und wir haben auch nicht die Mittel dazu. Die Vereine müssen die Minderheit organisieren, sie sollen nicht nur Aufklärung in Bezug auf das Bewusstsein betreiben. Sie müssen die Seele der Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Zusammenarbeit und die Rückkehr der Menschen zu politischer Arbeit unterstützen. Das ist der wichtigste Schritt, danach kann mit der Strategieentwicklung begonnen werden.<sup>61</sup>

Mit der „Organisation der Minderheit“ wurden unterschiedliche Ziele verfolgt; im Mittelpunkt stand jedoch das *empowerment* der Minderheit, das als die wesentliche Voraussetzung für eine gleichberechtigte Koexistenz mit der jüdischen Mehrheitsgesellschaft beurteilt wurde. Handlungsbedarf bestand aus

Sicht von Jafar Farah in der aktiven Gestaltung ihrer Existenz in Bezug auf Identität und Institutionen, andernfalls würden sie auf den Status von Besuchern in Israel reduziert bleiben:

In einer Situation, in der die jüdische Gesellschaft alles kontrolliert, bleibt man ein Besucher. (...) Für Koexistenz braucht man Existenz, man muss sich selbst aufbauen. Wir können nicht immer nur die Juden dafür verantwortlich machen, dass wir keine Existenz haben. Wir müssen unsere Existenz selbst aufbauen, wie die Juden es getan haben. (...) Wir müssen uns erst bemühen, unsere Gesellschaft, uns selbst und unsere Identität zu entwickeln, dann können wir in einen Dialog eintreten. Ich glaube, dass die arabische Gesellschaft diese Institutionen braucht, um einen ernsthaften Dialog mit der jüdischen Gesellschaft führen zu können.<sup>62</sup>

Ähnlich argumentierte auch Elias Zaidan, der aus der Perspektive des Organisationsberaters betonte, dass die Möglichkeit von Koexistenz an die Ausformung von Existenz gekoppelt sei und keine Abgrenzung, sondern die Vorbereitung eines Miteinanders impliziere:

Die Hauptforderung ist, dass ich existieren muss, um koexistieren zu können. Die Argumentation geht dahin, dass ich manchmal meine eigene Organisation brauche, um mit dir zusammenzuleben. (...) Ich sage nicht, dass ich meine eigene Organisation brauche, um zwischen uns eine Grenze zu ziehen. Ich brauche sie, um mit deiner koexistieren zu können.<sup>63</sup>

Als Formen der Selbstorganisation wurden die Vereine auch als institutionelle Vorreiter eines zukünftigen (kulturellen) Autonomiearrangements betrachtet, wie es in weiten Kreisen der palästinensischen Zivilgesellschaft diskutiert wurde. Der Leiter der Menschenrechtsorganisation *Arab Association for Human Rights (al-Mu'assasa al-'Arabīya li-Huqūq al-Insān; HRA)* in Nazareth, Mohammed Zeidan, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass obwohl die Organisationen nicht speziell für eine kulturelle Autonomie etabliert worden seien, sie dennoch zukünftig diese Funktionen ausüben könnten und einige von ihnen diese Rolle bereits wahrnahmen.<sup>64</sup>

Die multiplen Ausgrenzungserfahrungen der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel im Rahmen des Oslo-Prozesses und die Überzeugung, sich völlig neu orientieren zu müssen, führten im Ergebnis zu einer Stärkung palästinensischer Identität in Israel. Neben der Ausrichtung auf die eigene spezifische Situation in Israel wurde diese Identitätsentwicklung auch von den erwei-

terten Möglichkeiten der palästinensisch-palästinensischen Beziehungen über die *Grüne Linie* beeinflusst.

### Der Wunsch nach Zugehörigkeit: Die Translokalisierung und Transnationalisierung des palästinensischen NGO-Sektors

Palästinensische Translokalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse waren vor dem Hintergrund von Oslo neue, wichtige Aspekte, die die Entwicklung palästinensischer Identität und zivilgesellschaftlicher Institutionen in Israel mitformten. Wie bereits ausgeführt, sind unter translokalen Beziehungen die palästinensisch-palästinensischen Kontakte über die *Grüne Linie* zu verstehen, während die Beziehungen zwischen den Palästinenserinnen und Palästinensern in Israel und jenen in der Diaspora als transnationale Bezugsmuster aufgefasst werden.

Nach gegenseitiger Anerkennung von *PLO* und Israel 1993 hatte sich die Möglichkeit, grenzüberschreitende Beziehungen zu palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der anderen Seite der *Grünen Linie* aufzubauen, deutlich verbessert. Somit wurde die im Verhandlungsprozess angelegte offizielle Trennung der Palästinenserinnen und Palästinenser auf beiden Seiten der *Grünen Linie* durch die Verdichtung der grenzüberschreitenden zivilgesellschaftlichen Beziehungen in den 1990er Jahren konterkariert. Dies galt zumindest bis zum Beginn der zweiten *Intifada* im Herbst 2000, als die Kontakte aufgrund der Schließung der Grenzen wieder stark eingeschränkt werden mussten. Mit dem Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien 1994 konnten zudem erstmalig transnationale zivilgesellschaftliche Beziehungen nach Jordanien und darüber hinaus zu zivilgesellschaftlichen Akteuren anderer arabischer Länder aufgebaut werden.<sup>65</sup>

Im Unterschied zu weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung in Israel, die ungeachtet der durch den Friedensprozess hervorgerufenen neuen Möglichkeiten nur über wenig bis gar keine Kontakte und nur über geringe Kenntnisse der Lebensverhältnisse auf der anderen Seite der *Grünen Linie* verfügten,<sup>66</sup> entstanden auf zivilgesellschaftlicher Ebene vielfältige Kooperationen in Projekt- und Forschungszusammenhängen, bei Kulturveranstaltungen, Ferienlagern für Kinder und Jugendliche, Erinnerungs- und Flüchtlingsarbeit, gemeinsamen Trainingsmaßnahmen sowie im Rahmen von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.<sup>67</sup> Besonders im Kulturbereich gestalteten sich die palästinensisch-palästinensischen Beziehungen sehr lebendig. So organisierte das *Tamer Institut (Mu'assasat Tāmir li-t-Ta'lim al-Muġtama'ī)*, eine nicht staatlich-

che Bildungseinrichtung mit Hauptsitz in Ramallah, einmal im Jahr eine *Arabische Leseweche* (*usbū' al-qirā'a*). Diese wurde gleichzeitig an verschiedenen Orten in den Palästinensischen Autonomiegebieten und innerhalb Israels mit dem Ziel durchgeführt, neben der Vermittlung kultureller Inhalte auch die Verbindungen zwischen den verschiedenen palästinensischen Gemeinschaften zu stärken. Neben einem Kulturprogramm für Kinder und Jugendliche wurden während der Leseweche in Haifa arabische Kinderbücher aus der Westbank und dem Gazastreifen präsentiert und zum Kauf angeboten.<sup>68</sup>

Auch andere Bereiche der palästinensischen Kunst- und Kulturszene begannen sich in dieser Zeit mehr und mehr zu vermischen: Palästinensische Musikerinnen und Musiker aus Israel traten immer häufiger in den Konzertsälen Ramallahs auf und bildende Künstlerinnen und Künstler stellten in den dortigen Galerien, wie beispielsweise in dem renommierten *Khalil Sakakini Cultural Center* (*Markaz Ḥalīl As-Sakākīnī at-Taqāfi*) ihre Werke aus. Auch umgekehrt wurden politische Künstler aus der Westbank und dem Gazastreifen, wie der Musiker Mustafa Al-Kurd aus Ost-Jerusalem, vermehrt zu Konzerten nach Israel eingeladen.<sup>69</sup> Die große Anzahl palästinensischer Künstlerinnen und Künstler aus Israel, die in dieser Zeit in der Westbank zu arbeiten begannen, beruhte zum einen darauf, dass in Israel aufgrund der guten Ausbildungsmöglichkeiten viele Palästinenserinnen und Palästinenser im musischen Bereich qualifiziert waren und nun versuchten, die Arbeitsmöglichkeiten jenseits der *Grünen Linie* zu nutzen. Zum anderen erklärte Aida Laidi, Leiterin des *Khalil Sakakini Cultural Center*, dass viele palästinensische Künstlerinnen und Künstler auch aufgrund von Identitätsaspekten die arabische Umgebung vorzögen. Die Dichte der grenzüberschreitenden Kontakte auf der kulturellen Ebene reflektiere die gemeinsame palästinensisch-arabische Kultur, die weitgehend unabhängig von den unterschiedlichen politischen Kontexten eine starke Bindung darstelle. Trotz der engen kulturellen Bindung würden die Lebensläufe palästinensischer Künstlerinnen und Künstler vor einer Einladung nach Ramallah überprüft. Eine zu große Nähe zum israelischen politischen und künstlerischem Establishment könne dabei als Ausschlusskriterium gelten.<sup>70</sup>

Insgesamt betrachtet bedeuteten die Kooperationen im kulturellen Bereich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Israel auch die Wertschätzung ihrer arabisch-palästinensischen Kultur, die innerhalb Israels stigmatisiert wird.

Trotz der Vielfalt der grenzüberschreitenden Verbindungen waren diese alles in allem – Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel wie anhand von Fallbeispielen in Teil IV noch zu zeigen sein wird – wenig institutionalisiert und

Kooperationen und Koalitionen wurden hauptsächlich situations- und themenabhängig gebildet. Die von einigen zunächst erhoffte regelrechte Verquickung ökonomischer, politischer und zivilgesellschaftlicher Bande von beiden Seiten der *Grünen Linie* fand nicht statt.<sup>71</sup> Dies war auf die unterschiedlichen Kontexte zurückzuführen, in denen die zivilgesellschaftlichen Akteure agierten und die sich auch durch die Öffnung der Grenzen nicht veränderten: Die einen handelten als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die anderen positionierten sich im Widerstand gegen die israelische Besatzung, verfolgten also nach wie vor unterschiedliche Agenden. Darüber hinaus war die Bildung grenzüberschreitender Kooperationen auch in hohem Maße von den politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Kontrolle der Grenzen durch die staatlichen israelischen Instanzen abhängig und häufig davon beeinträchtigt. Die Mehrheit der Aktivistinnen und Aktivisten differenzierte daher trotz der neuen Nähe und Möglichkeiten sehr deutlich zwischen den unterschiedlichen palästinensischen Kontexten.

Zu den wenigen Bereichen, in denen sich translokale und transnationale palästinensische Beziehungen über kurz- und mittelfristige Projektarbeit hinaus institutionalisieren konnten, zählten die Flüchtlingsorganisationen. Vor dem Hintergrund der Marginalisierung der Flüchtlingsinteressen im Kontext des Friedensprozesses konstituierten sich palästinensische Flüchtlingsorganisationen aus unterschiedlichen Ländern zu einer translokal und transnational agierenden Flüchtlingsbewegung, zu der auch die Vertretung der internen palästinensischen Flüchtlinge in Israel, die *Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel* (*Ġam'iyat ad-Difā' an Ḥuqūq al-Muḥāğgarīn fī Isrā'īl*; ADRID), gehörte. Von der Flüchtlingsthematik als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen palästinensischen Gruppen wird an späterer Stelle noch ausführlich die Rede sein.<sup>72</sup>

Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Beziehungen lag weniger in konkreten politischen Handlungen als vielmehr auf der emotionalen und kognitiven Ebene. Wenn auch graduell unterschiedlich, so waren es die korrespondierenden Erfahrungen von Unterdrückung, Demütigung und Gewalt, von Enteignung und Zerstörung von Land und Häusern, über die palästinensische Akteure in den unterschiedlichen Zusammenhängen eine Verbindung herstellen konnten. Sie betrachteten diese Beziehungen als eine Möglichkeit, Gefühle von gegenseitiger Fremdheit und Unverständnis abzubauen, die darauf beruhten, dass es aufgrund der politischen Umstände jahrzehntelang unmöglich bzw. sehr schwierig war, miteinander in Kontakt zu treten.<sup>73</sup> Aus Sicht

vieler schafften und verstärkten diese Beziehungen über die *Grüne Linie* die Gefühle von Zugehörigkeit und Identität. Khalil Rinnawi von dem sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum *Galilee Center for Social Research (GCSR)* erklärte die Translokalisierungsprozesse mit dem Bedürfnis nach Anbindung an einen größeren Zusammenhang, um gegenüber dem israelischen Staat Stärke demonstrieren zu können:

Die Menschen wollen eine starke Anbindung an etwas haben. Sie suchen diese bei den Palästinensern [auf der anderen Seite der *Grünen Linie*; K.H.]. (...) Die NGOs bemühen sich um die Anbindung an die palästinensische Zivilgesellschaft, um den Israelis zu zeigen, dass sie Teil eines größeren Zusammenhanges sind.<sup>74</sup>

Wie sehr diese Beziehungen das Selbstwertgefühl der Aktivistinnen und Aktivisten positiv zu beeinflussen vermochten, zeigt eine kleine Episode über die ersten gemeinsamen Seminare in der Westbank. Ameer Makhoul, Direktor des NGO-Dachverbandes *Ittijah*, erinnerte sich, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Israel anfangs geradezu verblüfft über die Möglichkeit waren, ein gesamtes Seminar auf Arabisch abzuhalten.<sup>75</sup> Arabisch als Fachsprache war im israelischen Kontext nicht üblich und viele Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel kannten bis dato bestimmte Fachtermini nur auf Hebräisch. Obwohl Arabisch die zweite offizielle Sprache in Israel ist, wurde und wird sie in bestimmten Situationen regelrecht vermieden, um nicht negativ aufzufallen oder darf, wie es in einigen Restaurants in Israel seit der *Oktober-Unruhen* der Fall ist, gar nicht gesprochen werden, um die Gäste nicht zu ängstigen.<sup>76</sup>

Einige Aktivistinnen und Aktivisten warnten allerdings vor der Überbewertung palästinensisch-palästinensischer Beziehungen. Sie wehrten sich gegen die häufig alleinige Berücksichtigung ihrer Situation in Verbindung mit Erfahrungen auf der anderen Seite der *Grünen Linie*. Angesichts der langjährigen Marginalisierung der spezifischen Erfahrungen und Identitäten der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel betonten sie die Eigenständigkeit und Spezifik „ihrer“ palästinensischen Identität, die zwar einen engen Bezug zu den Erfahrungen anderer palästinensischer Gruppen aufweise, gleichzeitig aber auf ihren spezifischen Erfahrungen innerhalb Israels basiere. Ähnlich wie Rula Deeb, Mitarbeiterin der Frauenorganisation *Kayan: A Feminist Organisation (Kāyān Tanzīm Nasawī; Kayan)* in Haifa, kritisierten sie den aus ihrer Sicht übertriebenen Patriotismus, der den grenzüberschreitenden Kontakten oft anhafte. Die Ziele grenzüberschreitender Kooperation formuliert sie folgendermaßen:

Ich weiß es nicht. Vielleicht, um mit dem palästinensischen Volk in Kontakt zu bleiben. Alles hat zum Ziel, den palästinensischen Charakter dieses Volkes zu betonen. Sicher ist es palästinensisch, aber wozu der Versuch, es zu beweisen? Wenn du nicht sagst, dass du palästinensisch bist, dann bist du kein Patriot (*waṭani*). Du musst dich an bestimmten Aktivitäten beteiligen, um deinen Patriotismus zu beweisen. Es geht nicht um Nationalismus, sondern um Patriotismus, um das Festhalten an dem eigenen Volk und an seinem Anliegen. Damit du weiterhin dazugehörst, bist du gezwungen, nach Ramallah zu gehen und ähnliches, sonst bist du keine Patriotin. (...) Ich brauche nicht nach Ramallah zu gehen, um meine Identität zu beweisen.<sup>77</sup>

Als es seit Herbst 2000 aufgrund der Sicherheitslage und den gesetzlichen Regelungen immer schwieriger wurde gemeinsame Projekte durchzuführen, intensivierte palästinensische Organisationen aus Israel ihre humanitäre und ökonomische Hilfe sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Angesichts der zum Teil äußerst prekären Versorgungslage in der Westbank und im Gazastreifen organisierten sie Hilfslieferungen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Decken und Kleidung oder strengten kleinformatige wirtschaftliche Kooperationen an. Üblich waren beispielsweise Olivenölkampagnen, bei denen Vereine in Israel wie z. B. *Abali* Olivenöl von palästinensischen Herstellern aus der Westbank kauften und an Abnehmer in Israel weiterverkauften.<sup>78</sup>

Trotz mancher kritischer Stimmen wurde die Möglichkeit, Beziehungen zu anderen palästinensischen und arabischen Gruppen auf- bzw. auszubauen, von der Mehrheit der Aktivistinnen und Aktivisten als eine der wenigen positiven Folgen des Oslo-Prozesses beschrieben. Für palästinensische NGOs aus Israel war es wesentlich einfacher geworden, an den regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken zu partizipieren. Während es für Vertreterinnen und Vertreter palästinensischer Organisationen aus Israel vor Oslo beinahe unmöglich war, an Veranstaltungen in arabischen Ländern teilzunehmen und auch ihre Teilnahme an gemeinsamen Programmen mit arabischen Gruppen in Drittländern in der Regel unerwünscht gewesen war, genossen sie seitdem eine spürbar größere Akzeptanz. Dies galt insbesondere in Bezug auf Jordanien, Ägypten und Marokko und in Teilen auch für Syrien und Libanon.<sup>79</sup> Diese direkten Treffen mit Aktivistinnen und Aktivisten aus arabischen Ländern haben die Beziehungen deutlich verbessert und auch zu einem größeren Verständnis für die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel beigetragen. Galten sie in der



Vergangenheit vielen als „Verräter an der palästinensischen Sache“, weil sie in Israel geblieben und die israelische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, so wurden sind sie im Untersuchungszeitraum weitgehend als Palästinenserinnen und Palästinenser akzeptiert und respektiert.<sup>80</sup>

Diese neuen Möglichkeiten nutzte auch die Nazarener *Arab Cultural Association* (*Ġam'iyat at-Taqāfa al-'Arabīya; ACA*) und organisierte im Frühjahr 2001 ein Konzert mit dem libanesischen Sänger Marcel Khalifi in Amman. Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel nutzten die Gelegenheit, den bekannten Musiker, der sich seinerseits weigerte in Israel aufzutreten, in der jordanischen Hauptstadt zu erleben. Das arabische Kulturzentrum, zu dessen Gründern der Parlamentarier Azmi Bishara gehört und das seit 2000 von seiner Schwester Rauda Attallah geleitet wird, verfolgt auch mit anderen Veranstaltungen einen transpalästinensischen und transarabischen Ansatz, indem es Lesungen, Filmvorführungen und Konzerte mit palästinensischen und arabischen Künstlern und Künstlerinnen durchführt.<sup>81</sup>

Trotz der fortgeschrittenen Transnationalisierung blieben gewisse Vorbehalte gegen Kontakte mit palästinensischen Organisationen aus Israel bestehen. So wurde die Entscheidung für oder gegen den Kontakt zu einer NGO aus Israel nach Aussagen von Ameer Makhoul vom NGO-Dachverband *Ittijah* zuweilen von einer Überprüfung der Organisation abhängig gemacht. Als Kriterien galten dabei ihr Verhältnis zum Staat, die politischen Orientierungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zum Teil auch der Name einer Organisation.<sup>82</sup>

Zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten, wie z.B. die Pädagogin und Literaturwissenschaftlerin Denise Asaad aus Haifa, kritisierten diese Vorbehalte als demütigend. Sie wehrten sich gegen den Druck, sich in arabischen Kreisen wegen ihrer israelischen Staatsbürgerschaft als besonders probate Palästinenserinnen und Palästinenser beweisen zu müssen:

Es macht mich verrückt, dass wir angeblich nicht genug Blut für Palästina gegeben haben. Es geht nicht darum, wie viel Blut man gibt oder wie viele Märtyrer man opfert. Ich bin Palästinenserin, das ist keine Sache des Stolzes. Ich bin als Palästinenserin geboren und niemand kann mir das nehmen.<sup>83</sup>

Auch Filastin Ismail vom palästinensischen Medienzentrum *I'lam* wehrte sich gegen jegliche Form der Rechtfertigung ihrer palästinensischen Identität. Im Interview auf dieses Thema angesprochen, reagierte sie beinahe verärgert und

wollte sich nicht weiter dazu äußern. Sie habe sich immer als Palästinenserin gefühlt und wolle sich nicht dauernd gegenüber Dritten erklären müssen. Sie erzählte, wie sie einmal, als sie von einem Palästinenser aus der Westbank als Israelin bezeichnet worden war, wütend gekontert habe, dass ihre Familie unter schwierigsten Umständen in Palästina geblieben sei und dass sie sehr genau wisse, wie sehr ihre Großmutter gelitten und was für ein schwieriges Leben sie gelebt habe.<sup>84</sup>

### Die „Palestine Connection“: Der palästinensische NGO-Dachverband Ittijah

Eine Organisation, die sich im Untersuchungszeitraum besonders stark um die Einbindung der palästinensischen Zivilgesellschaft in palästinensische und arabische Kreise bemühte, war der palästinensische NGO-Dachverband *Ittijah*.<sup>85</sup> Nachdem unter den NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten schon seit einiger Zeit über die Errichtung eines eigenständigen palästinensischen NGO-Netzwerkes nachgedacht worden war, wurde 1995 schließlich *Ittijah – Union of Arab Community Based Organisations (Ittijah)* gegründet. Im Sommer 1997 wurde der Dachverband offiziell als Verein registriert. Zwar hatten sich seit 1989 verstärkt NGO-Sektorstrukturen entwickelt, von der Gründung eines eigenen palästinensischen Dachverbandes hatten die Aktivistinnen und Aktivistinnen aufgrund der politischen Brisanz, die ein solches Netzwerk aus Sicht der jüdischen Mehrheitsgesellschaft gehabt hätte, aber zunächst abgesehen. Noch 1993 konstatierte Patricia Bradley-Neu in ihrer Studie *Needs Assessment of Arab Non-Governmental Organisations for an Inter-Agency-Support Mechanism*: „Consideration of a national NGO support mechanism is viewed as desirable by many of the NGO leaders, but an awareness of the political nuances of such an endeavor brings elements of caution and hesitation into the process.“<sup>86</sup>

Mitte der 1990er Jahre und vor dem Hintergrund der intensivierten Institutionenbildungs- und Abgrenzungstendenzen traten diese Bedenken zugunsten der Notwendigkeit der Koordination und Stärkung palästinensischer Selbstorganisation in den Hintergrund. Die Gründung von *Ittijah* war ein weiterer Schritt in Richtung Loslösung von jüdisch-israelischen Partnern und Strukturen. So erfuhr die Beratungs- und Trainingsorganisation *Shatil*, eine Tochterorganisation des *New Israel Fund (NIF)*, die entsprechend ihres integrativen Ansatzes *Promoting Equality and Social Justice for All Israelis* bis dahin maßgeblich für Beratung und Training der palästinensischen Organisationen

zuständig gewesen war, mit der Entstehung von *Ittijah* eine deutliche Schwächung.<sup>87</sup> Obwohl *Shatil* auch weiterhin im arabischen NGO-Sektor tätig ist und viele palästinensische Vereine gerne und erfolgreich mit *Shatil* zusammenarbeiten, besteht seitdem ein gewisses Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Organisationen, in dem es neben Aspekten inhaltlicher Kompetenzen auch um Fragen der Repräsentation und Legitimation geht.<sup>88</sup>

Das Ziel von *Ittijah* ist die Stärkung und Koordination palästinensischer NGOs, die sich auf unterschiedlichen Gebieten gegen die Diskriminierung der palästinensischen Minderheit einsetzen. Dazu heißt es in der Selbstdarstellung der Organisation:

Ittijah's mission is to coordinate, foster and present the common strategies of our members – both large and small – working to end the political, legal, social, economic and cultural discrimination against Palestinians in Israel. Ittijah works to strengthen the Palestinian community in Israel in its fight for equal status by promoting social change and developing Palestinian civil society through the activities of Palestinian non-governmental and community-based organisations.<sup>89</sup>

Die Schwerpunkte des Dachverbandes liegen in den Bereichen Lobby- und *advocacy*-Arbeit, Verbesserung der Kapazitäten (*capacity building*) und Vernetzung (*networking*). *Ittijah* informiert auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene über die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel, es unterhält Beziehungen zu Organisationen der globalen Zivilgesellschaft sowie zu ausländischen Geberorganisationen und Botschaften in Israel. *Ittijah* unterstützt die Verbesserung der personellen, technischen und finanziellen Kapazitäten seiner Mitgliedsorganisationen durch Fortbildungsmaßnahmen, durch die Vermittlung von in- und ausländischen Freiwilligen sowie durch die Akquirierung von Fördergeldern. Als Koordinierungsstelle initiiert *Ittijah* Kooperationen und Austausch zwischen NGOs auf den unterschiedlichen Ebenen. 2002 sind 56 NGOs als Mitglieder von *Ittijah* registriert und das Jahresbudget beträgt rund 1 Millionen New Israeli Shekel (NIS; ca. 250.000 EUR). Der Dachverband wird hauptsächlich von ausländischen Geberorganisationen gefördert und erhält keine finanzielle Unterstützung von staatlichen israelischen Stellen, eine Förderung, die *Ittijah* ohnehin ablehnen würde. Ebenso werden keine Gelder von staatlichen amerikanischen Gebern wie beispielsweise von der *United States Agency for International Development (USAID)* akzeptiert. Beide Finanzierungsoptionen widersprechen laut Aussa-

gen von Ameer Makhoul, dem Direktor des Dachverbandes, Grundsatz und Identität von *Ittijah*:

Wir bekommen keine [finanzielle Unterstützung von staatlicher israelischer Seite; K.H.], das ist ein Grundsatz von *Ittijah*. Wir machen *advocacy*- und Lobby-Arbeit und kämpfen den gemeinsamen Kampf der NGOs gegen die Regierung. Wir könnten dies nicht machen, wenn wir von ihr finanziert würden, deswegen ist das ein Grundsatz. Dazu kommt die Identität der Organisation, die für uns wichtig ist. Wir können nicht gegen Normalisierung<sup>90</sup> und für eine Zusammenarbeit mit der arabischen Welt sein und gleichzeitig Gelder von *USAID* bekommen. Das kann man nicht machen, das wäre eine Lüge. Diese Gelder sind nur für die Normalisierung gedacht, nur für gemeinsame Projekte von israelischen und arabischen NGOs. In diesem Fall sind wir keine Israelis, sondern Teil der arabischen Welt. Wir wollen diese Gelder nicht annehmen (...). *Ittijah* könnte eine reiche Organisation sein, aber wir wollen das nicht, das ist nicht unser Ziel.<sup>91</sup>

Die Betonung der Zugehörigkeit der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel zum palästinensischen Volk sowie ihre Anbindung an die arabische Welt nehmen einen zentralen Stellenwert im Selbstverständnis von *Ittijah* ein und bestimmen seine Aktivitäten und politischen Positionierungen. *Ittijah* bemüht sich deshalb zum einen um die Stärkung palästinensischer Identität sowie zum anderen um die Re-Integration der palästinensischen NGOs bzw. ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten in die translokalen und transnationalen palästinensischen und arabischen Gemeinschaften. Diese Bemühungen werden in Form von gemeinsamen Veranstaltungen, Demonstrationen und Petitionen umgesetzt. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Gestaltung der grenzüberschreitenden Beziehungen über die *Grüne Linie*. Im Frühjahr 2001 organisierte *Ittijah* zusammen mit palästinensischen NGOs aus der Westbank eine Demonstration zum Grenzposten Al-Ram im Süden der Stadt Ramallah. Auf beiden Seiten der Grenze stehend, protestierten sie gemeinsam gegen die israelische Belagerungspolitik in den palästinensischen Gebieten, eine Aktion, die laut Darstellung von *Ittijah* die palästinensische Einheit und gegenseitige Unterstützung zum Ausdruck bringen sollte.<sup>92</sup>

Eine andere Form grenzüberschreitender Kooperation zeigte die Gründung des *Palestinian Civil Society Emergency Coordination Committee*, das *Ittijah* und das *Palestinian Non-Governmental Organizations Network* (*Šabakat al-Munazzamat al-Ahlāya al-Filaṣṭīnīya*; PNGO) im Vorfeld des Irak-Krieges

2003 initiiert haben. Hintergrund für die Einrichtung dieses Komitees waren mögliche Krisen- und Vertreibungsszenarien, die die Palästinenserinnen und Palästinenser während des Irak-Krieges befürchteten bzw. vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen (z. B. während des Sechs-Tage-Kriegs 1967) nicht völlig ausschließen konnten. Über das Komitee sollte der Schutz der Bevölkerung durch medizinische und psychologische Versorgung sowie durch die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden. Außerdem sollte es die Kontakte zu Medien, Konsulaten und internationalen Organisationen gewährleisten.<sup>93</sup>

Verbindungsglied zwischen den verschiedenen palästinensischen Gruppen zu sein, gehört zum Kern der Identität des NGO-Dachverbandes:

Durch diese Treffen soll ein Bewusstsein geschaffen werden, dass das, was mit den Palästinensern in Israel geschieht, alle Palästinenser betrifft und dass ebenso das, was in den Flüchtlingslagern passiert, alle angeht. Das Gleiche gilt für die Westbank und den Gazastreifen. Als ob man die Grenzen zwischen den Palästinensern aufheben würde (...). Ich denke, dass das *Ittijahs* Rolle und Strategie auf diesen Treffen war. Das ist ein neuer Ansatz, der der NGO-Bewegung neue Horizonte eröffnen wird.<sup>94</sup>

Neben den direkten Beziehungen über die *Grüne Linie* unterstützte *Ittijah* den Ausbau transnationaler palästinensischer Netzwerke über gemeinsame Veranstaltungen in Drittländern. Zu den wichtigsten zählten die *Cyprus-Conference* im Sommer 2000, die *World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (WCAR)*, die im Sommer 2001 im südafrikanischen Durban stattfand sowie die von *Ittijah* 2002 in Ägypten organisierte Zivilgesellschaftskonferenz *End to Border: Arab Civil Society takes up the Challenge*.<sup>95</sup>

In Zusammenarbeit von *Ittijah*, *The Palestinian NGO-Network in the West Bank and Gaza Strip (PNGO)* und *The Coordination Forum of NGOs Working Among Palestinian Communities in Lebanon (Hai'at Tansiq al-Ġam'iyāt al-Ahlīya al-ʿĀmila fī at-Taġammuʿāt al-Filastīnīya fī Lubnān)* trafen sich auf Zypern zum ersten Mal Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen Teilen des historischen Palästina und aus dem Libanon. Die im Rahmen der Konferenz verabschiedete NGO-Deklaration betonte die Einheit des palästinensischen Volkes und warnte vor einer Fragmentierung palästinensischer Interessen. Weiter sprach sich die Deklaration für die Unterstützung eines souveränen Staates Palästina aus, bekräftigte das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, forderte die Auflösung der Siedlungen und die Einsetzung von

Jerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates sowie die Freilassung palästinensischer Häftlinge aus israelischen Gefängnissen. Abschließend wurde in der Deklaration die Notwendigkeit der Intensivierung von Austausch und Koordination zwischen den verschiedenen palästinensischen zivilgesellschaftlichen Strukturen betont, um so die Rolle der Zivilgesellschaft für die Festigung des nationalen Gefüges (*national fabric*) zu stärken. Die Deklaration war insgesamt Ausdruck für die Etablierung einer translokalen und transnationalen palästinensischen Gemeinschaft und Agenda, die sich im Format zivilgesellschaftlicher Kräfte und im Spannungsverhältnis zu den fragmentarisierenden Tendenzen des Osloer-Verhandlungsprozesses positionierte.

Auf der *World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (WCAR)* im südafrikanischem Durban konnten sowohl die palästinensisch-palästinensischen Beziehungen vertieft als auch die Integration der Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel in den arabischen Kontext weiter vorangetrieben werden. Im Rahmen der Vorbereitungstreffen zur *WCAR* war *Ittijah* maßgeblich an der Koordination der palästinensischen Teilnehmerorganisationen beteiligt. Sie setzten durch, dass auf dem zweiten Vorbereitungstreffen in Genf die Forderungen palästinensischer NGOs aus Israel in den Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme aufgenommen wurden. Konkret betraf dies folgende Aspekte: nicht anerkannte Dörfer, Häuserzerstörung, Enteignung von Land und Boden, institutioneller und gesetzlicher Rassismus sowie das Rückkehrrecht der Flüchtlinge.<sup>96</sup> Die Aufnahme dieser Themen bedeutete einen großen Erfolg für die Lobbyarbeit der NGOs und für die Bemühungen von *Ittijah* in seiner Rolle als Dachverband. Die Konferenz in Durban selber war von harten Auseinandersetzungen um die gemeinsame Abschlussdeklaration gekennzeichnet, nachdem Vertreterinnen und Vertreter arabischer und islamischer Länder darauf bestanden hatten, in der Erklärung die israelische Politik als rassistisch zu kritisieren. Die israelische und die amerikanische Delegation verließen darauf hin aus Protest gegen die ihrer Meinung nach antisemitische Stimmung vorzeitig die Konferenz.<sup>97</sup>

Um stärkere Akzeptanz in der arabischen Welt und um den Ausbau der Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Strukturen der arabischen Länder bemühte sich *Ittijah* mit der Konferenz *End to Border: Arab Civil Society takes up the Challenge* in Ägypten. Alte Vorurteile und Barrieren, die in der Vergangenheit häufig das Verhältnis gegenüber der palästinensischen Minderheit in Israel gekennzeichnet hatten, sollten weiter abgebaut und eine gemeinsame Agenda entwickelt werden.

Aufgrund seiner deutlich palästinensischen politischen Positionierung und in Folge intensiven Netzwerkens konnte sich *Ittijah* laut Einschätzung seines Direktors inzwischen einen festen Platz in der nahöstlichen zivilgesellschaftlichen Landschaft sichern. Anfängliche Irritationen bezüglich der Teilnahme einer israelischen Organisation an arabischen Veranstaltungen hätten sich, zumindest was *Ittijah* selbst betrifft, beinahe vollständig aufgelöst:

Es gibt im Vorfeld [von Veranstaltungen; K.H.] Diskussionen über unsere Teilnahme, da wir israelische Pässe besitzen. Aber diese Debatte wird irgendwann aufhören (...) Ich denke wirklich, dass wir als *Ittijah* und auf der persönlichen Ebene eine gute Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt besitzen. Ich war manchmal überrascht, dass viele Leute aus arabischen Ländern *Ittijahs* Internetauftritt begrüßen. Andere NGOs sind israelischer als wir, wir sehen palästinensischer aus. Auch äußerliche Dinge, wie wir uns zeigen oder vorstellen, sind wichtig. Ich habe genug Erfahrung in der Arbeit mit der arabischen Welt und ich bemühe mich neben der Arbeit bei *Ittijah* auch um andere Möglichkeiten. Ich schreibe beispielsweise auch in den Zeitungen über unterschiedliche Themen, die die arabische Welt betreffen.<sup>98</sup>

Seit seiner Gründung Mitte der 1990er Jahre prägte *Ittijah* durch sein politisches Selbstverständnis sowie seine transpalästinensische Orientierung den palästinensischen NGO-Sektor in Israel in besonderem Maße. Damit kann der Dachverband sowohl als Ausdruck als auch als Motor der Palästinisierungs- und Politisierungsprozesse der NGOs, die sich unter dem Einfluss des Oslo-Prozesses verstärkten, gelten. Der Ansatz und die Methoden von Ameer Makhouf und *Ittijah* stoßen allerdings auch in der palästinensischen NGO-Szene nicht nur auf Unterstützung. Von einigen Aktivistinnen und Aktivisten wird kritisiert, dass *Ittijah* aufgrund seiner politischen Schwerpunktsetzung seinen Aufgaben im Bereich der Unterstützung und Beratung von NGOs nur unzureichend nachkomme. Auch der stark personalisierte Charakter der Organisation und ihre vermeintliche Fokussierung auf prestigeträchtige, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sind Punkte, die innerhalb der Szene kritisch kommentiert werden.

Zusammenfassend kann mit Blick auf den Faktor ethnokultureller Identität als eine wesentliche Bedingung für ethnopolitisches Handeln festgehalten werden, dass die palästinensische kollektive Identität in Israel in den 1990er Jahren eine offensichtliche Akzentuierung erfuhr. Angesichts ihres Ausschluss-

ses aus dem palästinensischen nationalen Projekt, das in Form des (fragmentarischen) Staatsbildungsprozesses auf der anderen Seite der *Grünen Linie* stattfand, nutzten die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteure die Möglichkeiten des Friedensprozesses, um translokale und transnationale Bindungen zu palästinensischen Gruppen außerhalb Israels aufzubauen bzw. zu stärken. Neben der Stärkung palästinensischer Identität gelang ihnen damit die Integration sowohl in die transpalästinensische als auch in die regionale arabische Zivilgesellschaft. Gleichzeitig nahm in dieser Zeit das Bewusstsein für die Besonderheit ihrer Situation als palästinensische Minderheit in Israel zu, was auch ihre kollektive Identität prägte. Ihr seitdem offensiver Umgang mit ihren spezifischen Erfahrungen und Forderungen hat auch mit Blick auf den dominanten palästinensischen Diskurs, in dem die palästinensische Bevölkerung Israels größtenteils eine untergeordnete Rolle spielte, emanzipatorischen Charakter.

### Anmerkungen

- 1 Zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess existiert ein umfangreicher Literaturkorpus; siehe insbesondere folgende Monographien und Sammelbände: Haug 2003; Rotter/Fathi 2001; Baumgarten 2000; Ries 2000; Peleg 1998; Ibrahim/Ashkenasi 1997; Hofmann/Ibrahim 1996.
- 2 Zu den wichtigsten Abkommen und Erklärungen des Friedensprozesses zählen Oslo I (4.5.1994), Oslo II (24.9.1995), Hebron-Abkommen (15.1.1997), Wye-Abkommen (23.10.1998), Camp David II (Juli 2000).
- 3 Den Prozess der Staatsbildung seit Rückkehr der PLO aus dem Exil analysiert Asseburg 2002. Zur kontroversen Diskussion über die Bezeichnungen Palestinian Authority (PA) und Palestinian National Authority (PNA) vgl. Lindholm Schulz 1995, S. 3. Die Bezeichnung PNA wurde sowohl von Israel als auch von einigen palästinensischen Gruppierungen außerhalb der Autonomiegebiete abgelehnt. Israel lehnte die im Begriff implizite Staatlichkeit ab, während palästinensische Vertreterinnen und Vertreter darin einen Ausschluss der außerhalb der Autonomiegebiete lebenden Palästinenser vermuteten.
- 4 Vgl. Rotter/Fathi 2001, S. 247ff.
- 5 Vgl. Thomas 1997, S. 1ff.
- 6 Auch Versuche, den Friedensprozess im Juni 2000 in Camp David und im Januar 2001 in Taba noch zu retten, blieben ohne Erfolg. Die Gründe für das Scheitern des Friedensprozesses werden kontrovers diskutiert; für eine Zusammenfassung der Kontroverse siehe Rotter/Fathi 2001, S. 84f.



- 7 Vgl. Dalal 2003, S. 17f.
- 8 Zu den Auswirkungen der Oktober-Unruhen siehe Kapitel 10.
- 9 Vgl. Rouhana/Ghanem 1998, S. 324.
- 10 Ozacky-Lazar/Kabaha 1991, S. 3.
- 11 Mana' 1996, S. 79.
- 12 Vgl. Ozacky-Lazar/Kabaha 1991, S. 17.
- 13 Vgl. Interview mit Azmi Bishara, Nazareth, 2001.
- 14 Trotz des Namens: Die Gruppierung Sons of the Village hat auch weibliche Mitglieder und Sympathisantinnen.
- 15 Vgl. Ozacky-Lazar/Kabaha 1991, S. 19.
- 16 Vgl. ebd., S. 20ff.
- 17 Vgl. Sela/Zilberman 1991/1992, S. 25f.
- 18 Vgl. ebd., S. 122f.
- 19 Vgl. Rouhana 1998, S. 286.
- 20 Vgl. Interview mit Rinnawi und Saleh, Haifa, 2000. 1996 wurde Ahmad Tibi zusammen mit Azmi Bishara für die NDA in die Knesset gewählt.
- 21 Vgl. Weingrod/Manna' 1998.
- 22 Vgl. Amara 2000.
- 23 Interview mit Pappé, Haifa, 2000.
- 24 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 25 So war z. B. in Berlin zu beobachten, dass Palästinenserinnen und Palästinenser aus Israel Kontakt zu Menschen aus den besetzten Gebieten vermieden, um nicht in den Verdacht von Kontakten zur PLO zu geraten.
- 26 Smooha [s.a.], S. 25.
- 27 Vgl. Sahliyah 1993, S. 93.
- 28 Diese Aufrufe gab es in beide Richtungen. So wurde berichtet, dass auch die Arbeitspartei die PLO vor den Wahlen 1992 gebeten hatte, die palästinensische Bevölkerung in Israel zur Wahl der Arbeitspartei zu bewegen; vgl. Stendel 1996, S. 234ff.
- 29 Vgl. Amara 2000, S. 4.
- 30 Smooha 1999, S. 25.
- 31 Zum Wahlboykott siehe ausführlich Kapitel 10.3.
- 32 Scalenghe/Rothman 1996, S. 28 f.
- 33 Vgl. Kapitel 4.
- 34 Vgl. Interview mit Abdelfattah, Nazareth, 2001.
- 35 Vgl. Ghanem 2001, S. 114ff. Die zahlreichen Probleme, die im Verlauf des Friedensprozesses deutlich wurden, ließen auf palästinensischer Seite,

aber auch im linken israelischen Lager immer mehr Menschen an der Umsetzbarkeit der Zwei-Staaten-Lösung zweifeln. Angesichts dieser Situation konnte die binationale Option – zumindest als langfristige Lösung – seit Ende der 1990er Jahre neue Anhängerinnen und Anhänger gewinnen. Auch der Parlamentarier Azmi Bishara hält die binationale Option langfristig für die beste Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes; vgl. Bishara 1997, S. 73f. Siehe außerdem das Interview mit Abdelfattah, Nazareth, 2001.

- 36 Vgl. Timm 2003, S. 62.
- 37 Vgl. Brubaker 1993.
- 38 Vgl. Glick-Schiller/Fouron 2001; Glick-Schiller/Basch/Sanzton-Blanc 1995.
- 39 Zu den Ausnahmen gehört Brubaker 1993.
- 40 Vgl. Interview mit Espanioly, Nazareth, 2001.
- 41 Interview mit Farah, Haifa, 2001.
- 42 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 43 Interview mit Anton, Haifa, 2001.
- 44 Vgl. Interview mit Atallah, Nazareth, 2001.
- 45 Ahali ist im Bereich der Gemeinwesenarbeit tätig. Ausführliche Informationen zur Arbeit von Ahali bietet die Webseite der Organisation [www.ahalicenter.org](http://www.ahalicenter.org).
- 46 Interview mit Jumana Bishara, Haifa, 2001.
- 47 Umfrageergebnisse zeigen, dass der Anteil derjenigen, die sich vorstellen konnten, in einen palästinensischen Staat zu ziehen, zwischen 1976 und 1995 kontinuierlich abnahm. Vgl. Smooha 1999, S. 20.
- 48 Vgl. Rouhana 1997, S. 118.
- 49 Vgl. Interview mit Anton, Haifa, 2001.
- 50 Zur Bedeutung von Heimat in der palästinensischen Diaspora siehe auch Kamel Dorai 2002.
- 51 Interview mit Anton, Haifa, 2001.
- 52 Interview mit Ismail, Haifa, 2001.
- 53 Vgl. Interview mit Rinnawi, Haifa, 2001.
- 54 Vgl. Interview mit Touma-Sliman, Nazareth, 2001. Diese Aussage bezieht sich auf die politischen Bedingungen des Untersuchungszeitraumes.
- 55 Ebd.
- 56 Der Vorwurf, die Palästinenserinnen und Palästinenser forderten „einhalt Staaten“ bezieht sich insbesondere auf den politischen Ansatz von Azmi Bishara. Siehe dazu Kapitel 8.

- 57 Eine Einführung in den palästinensischen NGO-Sektor bietet Ittiğāh – Ittiḥād Ġam‘iyāt Ahliya ‘Arabiya [s.a.] sowie [www.ittijah.org](http://www.ittijah.org).
- 58 Vgl. Ghanem/Zaidan, 2000, S. 18.
- 59 Interview mit Farah, Haifa, 2001.
- 60 Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 61 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 62 Interview mit Farah, Haifa, 2001.
- 63 Vgl. Interview mit Zaidan, Haifa, 2001.
- 64 Vgl. Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 65 Zum jordanisch-israelischen Friedensabkommen siehe Ibrahim 1996.
- 66 Kontakte zwischen den palästinensischen Bevölkerungen auf beiden Seiten der Grünen Linie blieben auch zu Zeiten des Friedensprozesses verhältnismäßig oberflächlich. Eine Ausnahme waren familiäre Beziehungen, die trotz vieler politischer Hindernisse intensiv gepflegt wurden. Erst mit Beginn der zweiten Intifada wurden auch diese Kontakte unterbrochen und Besuche so gut wie unmöglich gemacht; vgl. Interviews mit den Schwestern Totry, Haifa, 2000 und Armanios, Al-Bireh, 2000. Ansonsten kannte man Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen in Israel vor allem als billige Tagelöhner, die in der Hoffnung auf Arbeit auch in die arabischen Städte des Landes kamen. Palästinensische Familien aus Israel fuhren zudem zum Einkaufen in die Westbank. Einige kauften dort, weil viele Waren deutlich günstiger waren als in Israel. Andere erklärten ihre Einkäufe in der Westbank als einen Akt palästinensischer Solidarität. In den ersten Jahren des Friedensprozesses galten die Westbank und der Gazastreifen auch als beliebte touristische Ziele, zu denen organisierte Kurzreisen von arabischen Reisebüros angeboten wurden. Siehe zu grenzüberschreitenden Formen des Einkaufs und Tourismus die Interviews mit Issam Makhoul, Haifa, 2001; Saleh, Haifa, 2001; Totry, Haifa, 2001. Zu Formen der Arbeitsmigration über die Grüne Linie siehe Epstein 2002; Brynen 2000; Bornstein 2001; Senfft 1998; Farjoun 1983. Zu dem durch die Grüne Linie geteilten Dorf Barta‘a siehe Tūtrī 1999.
- 67 Vereine mit einem explizit lokalen Handlungsfeld wie Kinderbetreuung oder Behindertenarbeit verfügten im Unterschied zu den genannten Bereichen über wenig grenzüberschreitende Kontakte. Vgl. Interview mit Diab, Nazareth, 2000.
- 68 Vgl. Interview mit Asaad, Haifa, 2001. Für weitere Informationen zum Tamer Institut siehe [www.tamerinst.org](http://www.tamerinst.org).

- 69 Vgl. Interview mit Baumgarten, Ost-Jerusalem, 2000.
- 70 Vgl. Interview mit Laidi, Ramallah, 2000.
- 71 Für einen beinahe euphorischen Ausblick auf die Möglichkeiten grenzüberschreitender Beziehungen siehe Bishara 1997.
- 72 Siehe Kapitel 11.
- 73 Vgl. Interview mit Nashef, Haifa, 2001.
- 74 Interview mit Rinnawi, Haifa, 2001.
- 75 Vgl. Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2000.
- 76 Vgl. Hermann 2004, S. 37.
- 77 Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 78 Vgl. Interview mit Jumana Bishara, Haifa, 2001.
- 79 Vgl. Interview mit Mohammad Zeidan, Nazareth, 2001.
- 80 Vgl. Interview mit Asaad, Haifa, 2001.
- 81 Vgl. Interview mit Attallah, Nazareth, 2001. Ausführlich zur Organisation siehe Kapitel 13.4.
- 82 Laut Ameer Makhoul werden solche Organisationen nicht gerne gesehen, die „Israel“ oder „Minderheit“ im Namen führen, da damit die Akzeptanz der Mehrheits- und Machtbeziehungen im Land impliziert wird. Vgl. Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 83 Interview mit Asaad, Haifa, 2001.
- 84 Vgl. Interview mit Ismail, Haifa, 2001.
- 85 Vgl. Interviews mit Ameer Makhoul, Haifa, 2000, 2001.
- 86 Bradley-Neu 1993, S. 9; zit. nach Schmolke 1994, S. 282.
- 87 Shatil wurde 1982 vom New Israel Fund (NIF) gegründet. Die Trainingsinstitution fördert Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Israel. Insbesondere unterstützt sie Organisationen, die sich für sozialen Wandel einsetzen. Shatil arbeitet mit jüdisch-arabischen Teams in drei Niederlassungen in Jerusalem, Haifa und Beer Sheva und kooperiert mit mehr als 500 NGOs. Ausführlich zu Shatil siehe den Link auf der Seite des NIF: [www.newisraelfund.org](http://www.newisraelfund.org).
- 88 Vgl. Interview mit Marshud, Haifa, 2001. Zu seiner Einschätzung des arabischen NGO-Sektors siehe Maršūd 1994.
- 89 Vgl. [www.ittijah.org/mission.htm](http://www.ittijah.org/mission.htm).
- 90 Der Begriff „Normalisierung“ bezieht sich auf die arabisch-israelischen Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Auf arabischer Seite gibt es weit reichende Widerstände gegen eine Normalisierung dieser Beziehungen, ohne zuvor eine einvernehmliche

Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes erwirkt zu haben. Da der Vorwurf der Normalisierung schwer wiegt, bemühen sich arabische Organisationen in Israel, nicht in diesen Verdacht zu geraten. Besonders schwierig stellt sich dies beim Umgang mit internationalen Fördergeldern, mit denen israelisch-palästinensische Kooperationsprojekte finanziert werden, dar. Zu Normalisierung siehe auch Perthes 2000, S. 103-110. Zur Anti-Normalisierungsbewegung, die insbesondere in Jordanien sehr stark ist, siehe Vogt 2003, S. 185ff.

- 91 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 92 Vgl. Ittijah, Annual Report 2001-2002, S. 10f.
- 93 Vgl. Ittijah, Newsletter, Nr. 1, 11.04.2003.
- 94 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 95 Vgl. [www.ittijah.org/about/about01.html](http://www.ittijah.org/about/about01.html).
- 96 Vgl. Ittijah, Annual Report 2001-2002, S. 12f.
- 97 Vgl. BBC News, US abandons racism summit, 03.09.2003.
- 98 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.



## 7. Kapazitäten: Die Generation der wütenden jungen Männer und Frauen

In Bezug auf die personellen Kapazitäten, über die ethnische Gruppen verfügen müssen, um ethnopolitisch handeln zu können, spielen die Aktivistinnen und Aktivisten selbst die zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang war bereits mehrfach von einer „neuen Generation“ die Rede, die als maßgeblicher Träger der palästinensischen politischen Bewegung in Israel angesehen wird. Mary Totry – palästinensische Soziologin aus Haifa und Vorstandsmitglied der NGO *Ahali* – beschrieb die Auswirkungen des Generationenwechsels folgendermaßen:

Bis jetzt hatte der israelische Staat mit seiner Politik Erfolg. (...) Es war sehr leicht für ihn, die Generation meiner Eltern zu kontrollieren. Sie hat viele Dinge einfach hingenommen, deshalb war die Situation eine völlig andere als heute. Mit meiner Generation war es ähnlich, auch sie passte sich in vielen Dingen an. Ich glaube, dass sich heute vieles verändert. Die neue Generation ist nicht mehr bereit, das zu akzeptieren, was wir durchmachen mussten. (...) Die heute 20-, 25- oder auch 30-Jährigen, die mit demokratischeren Werten aufwuchsen, die selbstbewusster sind und wissen, wer sie sind, sie werden die Situation, wie sie ist, nicht einfach so hinnehmen.<sup>1</sup>

Es ist diese neue Generation, die der israelische Historiker Moshe Zuckermann einmal als „angry young men and women“<sup>2</sup> bezeichnete. Um zu verstehen, wer diese Generation ist und was sie von der wesentlich angepassteren und passiveren Generation ihrer Eltern und Großeltern unterscheidet, werden im Folgenden anhand der politischen Biographien von Aktivistinnen und Aktivisten die konkreten Motive für ethnopolitisches Handeln herausgearbeitet. Neben vielen anderen Aspekten ist das hohe Bildungsniveau der Aktivistinnen und Aktivisten charakteristisch, so dass vorab die bildungspolitische Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung in Israel umrissen wird.



Abb. 3: Menschenrechtsveranstaltung in einem Altersheim  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

### 7.1 Bildungspolitische Entwicklung

Das seit 1948 erheblich gestiegene Bildungsniveau der palästinensischen Bevölkerung trug im Untersuchungszeitraum entscheidend zu einer verstärkten politischen Handlungsbereitschaft und Handlungskompetenz der Palästinenserinnen und Palästinenser bei. Waren zur Zeit der Staatsgründung noch 80 % der palästinensischen Minderheit Analphabetinnen und Analphabeten, so betrug ihr Anteil Ende der 1980er Jahre nur noch 15 %.<sup>3</sup> Während 1961 nur 1,5 % der palästinensischen Bevölkerung nach dem Abschluss einer weiterführenden Schule zusätzliche Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen besuchte, stieg diese Zahl im Jahr 1993 auf 11 % an. Die Verbesserung des Bildungsniveaus zeigte sich auch an den Hochschulen, an denen der Anteil palästinensischer Studierender im Jahr 2001 knapp 13 % betrug. Fast die Hälfte der arabischen Studierenden waren Frauen.<sup>4</sup> Die höchste Zahl palästinensischer Stu-



dentinnen und Studenten befindet sich traditionell an der *Haifa Universität*, wo sie im Jahr 2001 rund ein Fünftel der 13.100 Studierenden stellten. Dies entsprach dem Anteil der palästinensischen Minderheit an der israelischen Gesamtbevölkerung.<sup>5</sup>

Ähnlich bedeutsam wie die quantitative bildungspolitische Entwicklung ist die Prägung palästinensischer Studentinnen und Studenten durch das pädagogische Milieu israelischer Hochschulen. Trotz der Benachteiligungen, mit denen palästinensische Studierende auch an den Hochschulen konfrontiert sind – kritisiert werden hier unter anderem die nur kleine Anzahl von Studienprogrammen, zu geringe Stipendiengelder und zu wenige Wohnheimplätze für arabische Studentinnen und Studenten<sup>6</sup> – zeichnen sich israelische Universitäten im Vergleich zu dem Gros der Bildungseinrichtungen in arabischen Ländern durch pluralistischere und demokratischere Strukturen aus, in denen Reflektions- und Kritikkompetenzen zu den Schlüsselqualifikationen zählen.

Der Großteil der NGO-Aktivistinnen und -Aktivisten zählt zu der Gruppe dieser gut ausgebildeten Palästinenserinnen und Palästinenser. Sie sind in hohem Maße von dem israelischen Bildungssystem geprägt und können die erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen in ihre politische Arbeit einbringen. Sie haben den akademischen Abschluss einer israelischen (oder in einigen Fällen auch einer ausländischen) Universität, haben mehrheitlich sozial- oder rechtswissenschaftliche Fächer studiert, einige haben auch einen naturwissenschaftlich-technischen Hintergrund. Sie sprechen in der Regel mehrere Sprachen – neben Arabisch und Hebräisch mindestens Englisch – und verfügen über gute konzeptionelle und kommunikative Fähigkeiten sowie über Kenntnisse der neuen Kommunikationsmedien.

Der demokratische und demokratisierende Einfluss der israelischen Universitäten wird in der israelischen politischen Debatte allerdings häufig missbraucht, indem mit dem Argument der demokratischen Strukturen und guten Bildung im Land versucht wird, der Kritik der in Israel aufgewachsenen und ausgebildeten palästinensischen Elite den Wind aus den Segeln zu nehmen, da sie ja schließlich die Nutznießer des Staates seien. Vor dem Hintergrund der kolonialen Prägung<sup>7</sup> dieser Argumentation ist zu verstehen, dass in Aktivistenkreisen der positive Einfluss der Hochschulen zwar durchaus geschätzt, aber nicht überschätzt wird. So hielt die Soziologin Mary Totry, die selbst an der *Haifa Universität* studiert und promoviert hat, das demokratisierende Moment des Bildungssystems für eine Art Nebenprodukt, das von der politischen Administration nicht beabsichtigt war:

Die Zionisten beabsichtigten nicht, uns zu demokratisieren. Sie kamen nicht hierher, um die Einheimischen aufzuklären. Das war ein Nebenprodukt. Weil wir die israelischen Medien nutzen, lernen wir von ihnen. Sie hätten es lieber, wenn wir rückständiger wären, dann könnte man uns leichter kontrollieren. (...) Aber als 1953 die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde, hatte dies zur Folge, dass später auch einige [palästinensische; K.H.] Schüler die Universitäten besuchten. Damit begann das ganze System, das sie eigentlich aufrechterhalten wollten, zu wackeln. Das gefällt ihnen nicht.<sup>8</sup>

Einige israelische Politikerinnen und Politiker betrachten die hohe Anzahl palästinensischer Studierender, die es insbesondere in Galiläa gibt, zunehmend mit Argwohn. Dies zeigten zum Beispiel die Äußerungen des Direktors des Bildungsministeriums für die Nordregion, David Wassermann, der im Juli 2004 mit dem Hinweis auf die Zunahme palästinensischer Studentinnen und Studenten Befürchtungen hinsichtlich der demographischen Entwicklung im Land kundtat.<sup>9</sup>

## 7.2 Eine Form des Widerstandes: Politische Biographien der NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten

Neben dem Bildungsstand lassen sich noch weitere Bereiche feststellen, in denen die ansonsten sehr unterschiedlichen politischen Biographien der Aktivistinnen und Aktivisten gewisse Parallelen aufzeigen. Die meisten von ihnen sind zwischen 20 und 45 Jahre alt, leben und arbeiten in gemischten oder arabischen Städten und sind mehrheitlich eher säkular geprägt, Religion und religiöse Zugehörigkeiten spielen für ihr politisches Engagement eine untergeordnete Rolle.<sup>10</sup> Allerdings fällt auf, dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil aus christlich geprägten Familien stammt. Außerdem ist der Anteil der Frauen im Gegensatz zu anderen politischen Organisationen im NGO-Sektor ausgesprochen hoch.<sup>11</sup>

Der Einfluss des Elternhauses auf die politische Entwicklung der Aktivistinnen und Aktivisten war, wie die Biographien zeigen, sehr unterschiedlich: Einige stammen aus hoch politisierten Familien, wuchsen mit der Begeisterung für den ägyptischen Präsidenten Gamal Abd-an-Nasr und den Ideen des Panarabismus auf oder kamen früh mit der politischen Lektüre aus der Sowjetunion in Berührung, die sie zu Hause in arabischer Übersetzung vorfanden. Andere erlebten, dass ihre Väter aufgrund von politischen Aktivitäten verhaftet

worden waren oder erinnern sich noch gut an den ersten *Tag des Bodens*. Manche stammen aus Flüchtlingsfamilien und sind nachhaltig von den Erinnerungen ihrer Eltern an die Heimatorte sowie von der Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat geprägt. Wieder andere wuchsen dagegen in eher unpolitischen Elternhäusern auf, in denen Politik und insbesondere die Palästina-Fragen nicht diskutiert wurden. Bei ihnen sind es zumeist persönliche Diskriminierungserlebnisse, die sie als Jugendliche oder junge Erwachsene zu einer Auseinandersetzung mit ihrer Situation als Minderheit bewegten.

Neben der Prägung durch die eigene Familie beschrieben viele ihre Studienzeit als besonders einflussreich für ihr politisches Denken und Handeln. Vor dem Hintergrund des getrennten Schulsystems für jüdische und nicht-jüdische Israelinnen und Israeli ist die Universität häufig der erste Ort, an dem Palästinenserinnen und Palästinenser mit Jüdinnen und Juden zusammenkommen.<sup>12</sup> Viele meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner engagierten sich dort in palästinensischen Studentenorganisationen oder in den kommunistisch geprägten jüdisch-palästinensischen Studentenverbänden. Für einige Aktivistinnen und Aktivisten waren es Aufenthalte und Erfahrungen in den besetzten palästinensischen Gebieten oder in Jerusalem, die ihr Interesse für Politik geweckt hatten. Andere wiederum wurden hauptsächlich von der innerisraelischen Situation geprägt. Erste Erfahrungen in der NGO-Arbeit sammelten viele in gemischten jüdisch-palästinensischen Organisationen, bevor sie sich später in palästinensischen Vereinen organisierten. Die Mehrzahl der Aktivistinnen und Aktivisten war oder ist weiterhin parteipolitisch organisiert, und zwar hauptsächlich in der kommunistischen *Democratic Front for Peace and Equality (DFPE)* oder in der national geprägten *National Democratic Alliance (NDA)*.

Neben den vielen Gründen, die sie für ihr politisches Engagement angaben und die im Folgenden näher ausgeführt werden, ist es wichtig zu beachten, dass jenseits aller politischen Motive und Erfahrungen NGOs auch interessante Arbeitsplätze für palästinensische Akademikerinnen und Akademiker darstellen. Gerade für sie ist es aus politischen und vermeintlich sicherheitsrelevanten Gründen oft schwierig, einen ihrer Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz im Land zu finden.<sup>13</sup> Die Arbeitssuche veranlasst deshalb viele, Israel zu verlassen und sich eine berufliche Existenz im Ausland aufzubauen. In dieser Situation bietet der NGO-Sektor eine willkommene Nische. Hier trifft sich die Nachfrage ausländischer Geberorganisationen nach gut ausgebildeten, engagierten Menschen mit dem Interesse palästinensischer Akademikerinnen

und Akademiker, in einer vergleichsweise gut bezahlten Tätigkeit gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen.

NGOs als direkte Form politischer Partizipation

Die Möglichkeit der politischen Partizipation ist einer der häufigst genannten Gründe für das Engagement in einer palästinensischen NGO. NGOs werden als Foren für Mitgestaltung und Veränderung wahrgenommen, und zwar sowohl bezüglich Organisation und Stärkung der palästinensischen Minderheit gegenüber dem israelischen Staat und der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft als auch mit Blick auf die Demokratisierung der eigenen Gesellschaft. Da die bestehenden traditionellen Beteiligungsformen der politischen Arbeit auf nationaler und kommunaler Ebene gerade von der jüngeren Generation als schwach und wenig effektiv angesehen werden, gelten NGOs als Alternative für politisches Engagement.<sup>14</sup>

Letzteres gilt beispielsweise für Jafar Farah, den Direktor des *Mossawa Center* und Gründungsmitglied einiger weiterer NGOs.<sup>15</sup> Farah studierte an der *Haifa Universität* Pädagogik und war jahrelang aktives Mitglied der *DFPE*, bevor er 1990 entschied, sich von der parteipolitischen Arbeit zu verabschieden. Er war enttäuscht von der trägen und wenig effektiven Art und Weise parteipolitischer Tätigkeit und der geringen Einflussnahme auf parlamentarische Entscheidungen. Nach der Teilnahme an einer großen Demonstration an der *Haifa Universität* gegen die Tötung von 12 Palästinensern in der Westbank, wurde er 1990 verhaftet und kam für neun Tage ins Gefängnis. Während er dort eine Zeit der Ungewissheit erlebte, waren seine Parteigenossinnen und Parteigenossen mit der Durchführung einer politischen Konferenz beschäftigt, was ihm in seiner Lage als relativ bedeutungslos erschien. Angesichts dieser Situation begann Farah sich mit den Möglichkeiten und Grenzen parteipolitischer Arbeit auseinanderzusetzen und über Alternativen nachzudenken. 1991 entschied er, sich fortan in der NGO-Szene zu engagieren. Im Gegensatz zu den langwierigen und komplexen Entscheidungsprozessen in politischen Parteien schätzt Farah die direkte und unmittelbare Arbeit und Einflussnahme von NGOs:

Ich glaube, dass es wichtig ist, den Raum, den die israelische Demokratie uns gibt, zu nutzen. Das ist o.k., das ist wichtig. Aber ich glaube, wir sollten uns mehr um uns kümmern, anstatt darauf zu warten, dass die Regierung unsere Situation und unseren Status verändert. (...) Ich habe mich

deshalb entschieden – man steckt so viel Energie in die politische Parteiarbeit – dass ich mich von ihr verabschiede und etwas Neues mache, das der Gesellschaft helfen kann, sich zu organisieren und sich selbst auszu-drücken.<sup>16</sup>

Ähnlich wie Farah kann auch Nabila Espanioly, die Gründerin und Direktorin der auf dem Gebiet der frühkindlichen Erziehung und Frauenförderung tätigen NGO *Tufula*, auf lange Jahre politischen Engagements zurückblicken.<sup>17</sup> Sie studierte Sozialarbeit an der *Haifa Universität* und an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem. Ihr politisches Engagement reicht bis in ihre Studienzeit zurück, wo sie sich in der Studentenorganisation der *DFPE* engagierte, in der sie bis heute aktives Mitglied ist. In den 1970er Jahren arbeitete Espanioly in Nazareth und Jerusalem als Sozialarbeiterin. Als Beschäftigte im öffentlichen Sektor hatte sie dort wiederholt Schwierigkeiten wegen ihrer politischen Überzeugungen und Aktivitäten. Nachdem sie mehrmals, wie sie sagt, aufgrund ihrer politischen Orientierung ihren Arbeitsplatz verloren hatte, entschied sie sich nach Deutschland zu gehen, um in Bamberg Klinische Psychologie zu studieren.

1987 kehrte Espanioly nach Israel zurück, wurde im NGO-Bereich aktiv und gründete 1989 *Tufula* in Nazareth. Das pädagogische Zentrum *Tufula* ging aus dem seit 1984 bestehenden *Nazareth Nursery Insitute (Mu'assasat Hadānāt an-Nāšira)* hervor:

Es ist nach wie vor unser Ziel, die Gesellschaft ein bisschen zu verändern. Wir sind der Meinung, dass wir eine zivile, eine demokratische Gesellschaft aufbauen können und glauben, dass Frauen und Erziehung die Grundlage von Bewegung und Veränderung der Realitäten sind. Deshalb arbeiten wir auf diesem Gebiet.<sup>18</sup>

Für Espanioly sind politisches Engagement und politische Teilhabe ein Weg, die Situation der Minderheit selbst bestimmt und konstruktiv zu verändern:

Ich bin für Aktivitäten, um Kontrolle über das eigene Leben zu bekommen, um etwas für sich zu machen, sich politisch aufzubauen. (...) Egal wie, man kann zum Beispiel in einer Schule an Aktionen teilnehmen, um einen positiven Beitrag zu leisten, man kann sich als Volontärin einbringen. Die Verletzten [der *Oktober-Unruhen*; K.H.] zum Beispiel sind heute allein, die Eltern sind allein. Man kann Aktionen mit den Schulen organi-

sieren, dass diese Verletzten und die Familien [der Getöteten; K.H.] weiter besucht werden. Oder man kann ihre Geschichten aufschreiben und publizieren, als eine Art *oral history*. Es gibt Hunderte von Ideen.<sup>19</sup>

Espanioly beschrieb ihr Engagement als einen Weg, in der israelischen Öffentlichkeit auf die verdrängte Geschichte der Palästinenserinnen und Palästinenser aufmerksam zu machen. Ihr geht es um Anerkennung dieser Geschichte und um die Übernahme von Verantwortung von Seiten des Staates, wie ihre Ausführungen zur israelischen Flagge zeigen:

Im Fernsehen wurde einmal eine Sendung über die Flagge gemacht. Ein religiöser Jude sagte darin, dass die Flagge für ihn nur ein Stück Stoff sei und ihm weiter nichts bedeute. Als ich gefragt wurde, ob sie auch für mich nur ein Stück Stoff sei, antwortete ich: „Nein, für mich ist sie ein Symbol, ein Symbol für meine Unterdrückung, ein Symbol für meine Zerstörung, ein Symbol dafür, dass meine ganze Infrastruktur zerstört wurde. Die Flagge ist ein Symbol meiner Geschichte, nicht nur ein Stück Stoff.“ Und das muss anerkannt werden von der israelischen, von der jüdischen Gesellschaft. (...) Ich will Verantwortung und das bedeutet für mich Aktion, das bedeutet die Integration der palästinensischen Geschichte in die allgemeine Geschichte. Meine Geschichte und ihre Geschichte sollen integriert werden.<sup>20</sup>

Neben ihrer Tätigkeit bei *Tufula* engagiert sich Espanioly in weiteren Komitees und Initiativen im Bereich der Menschen-, Frauen- und Kinderrechte.<sup>21</sup>

### Enttäuschung über gemischte Organisationsformen

Viele der Aktivistinnen und Aktivisten, die heute in leitenden Positionen palästinensischer NGOs tätig sind, waren – wie bereits erwähnt – zuvor in gemischten jüdisch-palästinensischen Organisationen aktiv. Die Umorientierung hin zu rein palästinensischen Kontexten ist im Wesentlichen auf die Enttäuschung über den häufig paternalistischen Charakter gemischter Organisationsformen sowie auf die Überzeugung von der Notwendigkeit des Aufbaus einer palästinensischen Zivilgesellschaft zurückzuführen.

Dies gilt auch für Nadim Nashef, den Direktor von *Baladna – Association for Arab Youth* (*Ġam' iyat aš-Šabāb al-'Arab – Baladnā; Baladna*). Nach dem Abitur arbeitete er, zunächst als Volontär und später in leitender Position, bei der jüdisch-arabischen Jugendorganisation *Reut-Sadaqa* in Haifa. Nach jahrelanger Zusammenarbeit verließ er 1999 die Organisation, um mit *Baladna*

(*arab.: unser Land*) einen Verein für palästinensische Jugendliche in Haifa zu gründen.<sup>22</sup> Es war vor allem seine Enttäuschung über die Koexistenzstrukturen, die Nashef veranlassten, sich neu zu orientieren. Aus seiner Sicht reproduzierten die jüdisch-arabischen Organisationen vielfach die politischen Machtstrukturen der israelischen Gesellschaft. So werde die Dominanz der jüdischen Israelinnen und Israelis in diesen Gruppen fortgesetzt, da die Treffen hauptsächlich in jüdischen Städten stattfänden, die Kommunikation nur auf Hebräisch verlaufe und es insgesamt keine wirkliche Auseinandersetzung mit den Hintergründen des Konfliktes gebe.<sup>23</sup>

### Persönliche Diskriminierung als Auslöser für NGO-Engagement

Bei Denise Asaad war es ein persönliches Diskriminierungserlebnis, über das sie zur politischen Arbeit und zum Engagement in NGOs kam. Sie wuchs in einem, wie sie sagt, „extrem zionistischen Elternhaus“<sup>24</sup> in Haifa auf. Ihr Vater stammt aus Caesarea, von wo er mit seiner Familie 1948 geflohen war. Asaad erinnert sich, dass ihr Vater zwar immer viel von seinem Heimatdorf erzählte, aber niemals über die Gründe sprach, die ihn damals veranlasst hatten, diesen Ort zu verlassen. Weder bei ihnen zu Hause noch in der Schule sei jemals von „Palästina“ die Rede gewesen:

Ich wurde in einem extrem zionistischen Elternhaus, so kannst du es nennen, groß. Ich denke, dass das für meine Eltern nach 1948 ein Weg zum Überleben war. Ich wuchs in einem Haus mit jüdischen Nachbarn in Haifa auf. Alle sagten mir, dass ich dreckig bin und so bat ich meine Mutter, mich zu waschen. Mein Vater erzählte uns vieles über Caesarea, den Ort, an dem er geboren und aufgewachsen war, aber er sagte niemals, warum er diesen Ort verlassen hatte. Kein einziges Mal. (...) Und er erwähnte nie Palästina, niemals, er sprach nur von Caesarea. Außerdem erzählte er uns nie etwas über die Juden, die das Land besetzt hatten. Ich war 14 Jahre alt, als ich das erste Mal vom so genannten Teilungsplan hörte. Ich besuchte zuerst die orthodoxe Schule, später die Mar Johannes-Schule. Auch dort erwähnte niemand je das Land Palästina.<sup>25</sup>

Asaad studierte am renommierten *Technion* in Haifa und wurde Elektroingenieurin. Jahrelang war sie weder politisch interessiert noch organisiert und hatte keine Verbindungen zur palästinensischen politischen Szene. Im Gegenteil betonte sie rückblickend, dass sie sogar auf Hebräisch geträumt habe.

Dies änderte sich schlagartig, als sie 1987 mit ihrem behinderten Sohn für eine medizinischen Behandlung nach Europa reiste und am Flughafen in Tel Aviv von Angestellten schikaniert wurde. Sie entrissen ihr Proviant, Medikamente und die Windeln ihrer Kinder und warfen die Sachen vor ihren Augen weg. Dieser Vorfall am Flughafen veränderte Asaad und sie begann, sich intensiv mit ihrer Situation als palästinensische Bürgerin in Israel auseinanderzusetzen:

Durch die Situation damals am Flughafen wurde ich zu einer Extremistin. Seitdem versuche ich, wieder zu einem Gleichgewicht zurückzufinden. (...) Ich wurde radikal, was meine palästinensische Seite anbelangt. Ich kann das Hebräische heute nicht mehr lesen oder sehen. Davor las ich oft auf Hebräisch und genoss es, ich träumte sogar auf Hebräisch. [Der Vorfall am Flughafen, K.H.] löste bei mir eine sehr starke Reaktion aus. Ich wurde zur „Nationalistin“. Ich entdeckte meine palästinensische Seite in mir und ich will sie unbedingt beibehalten. Ich bin als Palästinenserin geboren und habe es mir nicht ausgesucht. Diese Entwicklung beeinflusste auch mein Zuhause und meinen Mann. Deutlich wurde das, als wir vor sechs Jahren nach Jordanien fuhren und ich dort Palästinenser sah und die Gemeinsamkeiten feststellte. Auch als ich für meine Forschungsprojekte in Ramallah arbeitete, stellte ich fest, dass wir [im selben Boot sitzen, K.H.]. Heute versuche ich aber langsam, zu mir zurückzukehren, o. k., ich bin Palästinenserin, an erster Stelle bin ich jedoch ein Mensch. Ich verlor wegen meiner Veränderung auch viele israelische Freunde, ihnen fiel es schwer, mich als Palästinenserin zu akzeptieren. Ich kann mit ihnen nicht mehr umgehen.<sup>26</sup>

Als Folge ihrer Politisierung gab Asaad ihre Tätigkeit im Krankenhaus auf und begann an der *Haifa Universität* ein zweites Studium der Pädagogik und Vergleichenden Literaturwissenschaften.<sup>27</sup> Asaad, die mit ihrer Familie in Haifa lebt, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Kinderliteratur an der *Haifa Universität* und ist Supervisorin für Schullehrpläne im israelischen Bildungsministerium. Daneben ist sie politisch aktiv als Mitglied des Vorstandes des *Tamer Instituts* in Ramallah, einer transnational und translokal vernetzten NGO, die sich palästinensischer Kinderliteratur widmet und die alljährlich die bereits erwähnte arabische Leseweche durchführt. Asaad koordiniert diese Veranstaltung in Haifa. Darüber hinaus ist sie als Beraterin für Lehrpläne beim palästinensischen Kulturministerium tätig. Sie ist Mitglied der *National Democratic Alliance (NDA)* und arbeitet neben dem *Tamer Institut* auch mit anderen NGOs, insbesondere mit palästinensischen Frauenorganisationen, zusammen.



## Gegen die Unwissenheit und Ohnmacht

Ähnlich wie Asaad stammt auch Mohammed Zeidan, Direktor der *Arab Association for Human Rights (HRA)* in Nazareth und Koordinator des *International Advocacy Programme*, aus einem unpolitischen Elternhaus.<sup>28</sup> Er studierte Geographie an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem und nahm am Menschenrechtsprogramm der *Columbia University* in New York teil. Zeidan absolvierte Praktika im Londoner *Middle East Research Department* von *Amnesty International* sowie bei *The Lawyers Committee for Human Rights* der *Vereinten Nationen* in New York.<sup>29</sup>

Den Beginn seiner Politisierung setzt Zeidan im Alter von 16 Jahren an. Zu dieser Zeit nahm er an einem von der Schule organisierten Treffen von palästinensischen und jüdischen Schülerinnen und Schülern teil. Da er auf eine arabische Schule ging und sich auch in seiner Freizeit in seinem arabischen Umfeld aufhielt, war dieses Treffen seine erste richtige Begegnung mit jüdischen Jugendlichen. Auf der Veranstaltung sprachen diese viel über die Palästina-Frage und diskutierten die Charta der *PLO*. Zeidan erinnert sich, dass er dort zum ersten Mal überhaupt von „Palästinensern“ und der *PLO-Charta* hörte. Während die jüdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Charta debattierten, sich sehr informiert zeigten und sogar aus Artikeln zitieren konnten, kannte Zeidan diese Organisation gar nicht. Die Lehrerinnen und Lehrer, die das Treffen begleiteten, wollten seine Fragen zur *PLO* und ihrer Charta nicht beantworten. Als Zeidan an diesem Tag nach Hause kam, besorgte er sich die *PLO-Charta*, schrieb sie handschriftlich ab, kopierte sie und verteilte sie in seiner Klasse. Für dieses Verhalten erhielt er von der Schule eine Verwarnung. Rückblickend verbindet Zeidan mit diesem Erlebnis den Beginn seiner Politisierung:

Ich bin nicht verwirrt über meine Identität. Seit ich 16 Jahre alt war, fühle ich mich nicht mehr verwirrt. (...) Als ich zum ersten Mal einen Israeli sah und sprach, ich war damals Schüler und 16 Jahre alt, (...) weiß ich, dass ich Palästinenser bin und Araber. (...) Der Grund war, dass ich die Israelis kennen lernte, ihre Interessen und ihre Haltung mir gegenüber. Sie machten mich für etwas verantwortlich, was ich noch gar nicht kannte, sie behandelten mich als Palästinenser, als Feind. Darüber hinaus hat auch die Reaktion der Lehrer, die Angst hatten, mir die Wahrheit zu sagen oder mich zu informieren, dazu beigetragen. Ich dachte darüber nach und be-

schloss, mich selbst zu informieren. (...) Die Reaktion, herauszufinden, worüber sie sprechen und was sie über die Palästinenser sagen, war der Punkt, an dem ich mich entschied, Palästinenser zu sein.<sup>30</sup>

### Moralische Verpflichtung der „Rückkehrerinnen“ und „Rückkehrer“

Unter den NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten gibt es auch jene, die in der palästinensischen Diaspora aufgewachsen sind oder lange Zeit zu Studien- und Arbeitszwecken im Ausland gelebt haben. Viele von ihnen führen ihr Engagement in einer palästinensischen NGO auf ihre besondere politisch-moralische Verantwortung gegenüber der palästinensischen Gesellschaft in Israel zurück. Ihnen ist wichtig, das Wissen und die Erfahrung, die sie sich im Ausland aneignen konnten, ihrer Gesellschaft zugute kommen zu lassen.

Hasan Azaizeh ist Biologe und war 2001 kommissarischer Direktor der *Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services*. Die NGO hat ihren Sitz in Shafa'amr, einer kleinen arabischen Stadt zwischen Haifa und Nazareth im Norden Israels. Azaizeh studierte an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem, promovierte in den USA und arbeitete anschließend zwei Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Techmion* in Haifa. Anschließend war Azaizeh fünf Jahre an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Bayreuth und Stuttgart beschäftigt. Seine Rückkehr nach Israel beschrieb er als eine Verpflichtung gegenüber seinen Eltern und seiner Gesellschaft:

Ich wurde in dem Dorf Daburiyya (*Daburiya*) in der Nähe von Afula und Nazareth geboren. Meine Eltern und meine Familie leben heute noch dort. Meine Eltern haben zunächst mein Studium an der *Hebräischen Universität* und später in den USA finanziell ermöglicht, damit ich eine Stelle finde. Einerseits wollten sie, dass ich erfolgreich bin, aber andererseits wollten sie auch, dass ich etwas für die Palästinenser tue, die hier leben. Sie setzten ihr Geld ein, damit ich studiere und danach zurückkomme, um meinen Leuten zu helfen, etwas zu verändern. (...) Wir haben eine Heimat und wir müssen dorthin zurückgehen, um etwas für die Gesellschaft zu tun.<sup>31</sup>

Ähnlich wie Azaizeh entschieden sich viele seiner Kollegen in der *Galilee Society* trotz guter beruflicher Positionen im Ausland für eine Rückkehr nach Israel:

Ich habe viele palästinensische Kollegen, die aus den Vereinigten Staaten, aus der Schweiz und aus Japan zurückkamen. Sie hatten dort gute Jobs, aber sie entschieden sich dennoch dafür, zurückzukommen, weil sie der Meinung sind, dass sie alles versuchen sollten, um den Palästinensern, die hier leben, dabei zu helfen, einige ihrer Probleme zu lösen, die die Regierung bislang nicht löste und auch nicht versuchte, zu lösen.<sup>32</sup>

Auch Jumana Bishara ist eine „Rückkehrerin“. Bishara, deren Familie aus Tarshiha (Taršīḥā), einem Dorf nahe der israelischen Stadt Maalot, stammt, ist in New York geboren und aufgewachsen. Im September 2000 zog sie nach Israel und arbeitet seitdem bei der in der Gemeinwesenarbeit engagierten NGO *Abali Center for Community Development* in Nazareth. In Jumana Bisharas Familie wurde großer Wert auf eine „patriotische“ Erziehung und die Vermittlung der arabisch-palästinensischen Kultur gelegt. Zuhause sprach man Arabisch, Jumana Bishara war Mitglied der Jugendgruppe palästinensischer Amerikaner, besuchte eine Dabke-Tanzgruppe und viele ihrer New Yorker Freundinnen und Freunde waren palästinensischer Herkunft. An der Universität engagierte Jumana Bishara sich in der *Arab Students Association* und jeden Sommer fuhr die Familie zu Besuch nach Tarshiha.

Für Jumana Bishara stand immer fest, dass sie nach Abschluss ihres Studiums nach „Palästina“ ging. Nach der „Rückkehr“ in ihre „Heimat“ merkte sie jedoch, dass es schwierig war, in Israel ihre Sehnsucht nach Palästina zu stillen:

Für mich war es [in den USA; K.H.] mehr als normal zu sagen, dass ich Palästinenserin bin. Alle meine Freunde waren Palästinenser und alle Aktivitäten, die wir unternahmen, hatten mit Palästina zu tun. Ich wusste immer, dass ich nach dem Abschluss des Studiums hierher zurückkommen werde, um hier zu arbeiten, zu leben und teilzuhaben. (...) Mein Umzug hat mich dann in eine schwere Krise gestürzt, wirklich. (...) Vor meinem Umzug sagte ich immer: ‚Ich gehe nach Palästina.‘ Nachdem ich hier angekommen war, merkte ich, dass diese Aussage sehr naiv war und ich nicht mehr sagen konnte, dass ich nach Palästina gezogen war. Als ich dann die Staatsbürgerschaft bekam, es war die israelische Staatsbürgerschaft, war das wirklich... Ich machte eine persönliche Krise durch, ich wusste nicht, was los war, weil ich einerseits fühlte, dass ich zu Hause bin, aber gleichzeitig auch fühlte, dass ich nicht zu Hause bin. Ich bin zu Hause, wenn ich in Tarshiha bin, aber ich bin nicht zu Hause, wenn ich mit einem Bus fahre, mich auf der Bank oder in einem Versicherungsbüro befinde.<sup>33</sup>

Wie virulent die Identitätsthematik im alltäglichen Leben ist und wie palästinensische Existenz in Israel in der Alltagswirklichkeit immer wieder in Frage gestellt wird, zeigt auch die folgende Episode, die Jumana Bishara über ihre Vermieterin erzählte:

Als ich dieses Apartment mieten wollte, fragte mich die Wohnungsinhaberin, warum ich legal hier in Israel sei, warum ich die israelische Staatsbürgerschaft hätte. Ich erzählte ihr, dass meine Eltern Palästinenser aus New York sind und dass ich berechtigt bin, die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Daraufhin sagte sie: ‚Wissen Sie denn nicht, dass die Palästinenser auf der anderen Seite der Grenze leben?‘ Und ich antwortete ihr: ‚Nein, haben Sie ein Problem mit meiner Nationalität?‘ Daraufhin sagte sie: ‚Ich wollte nur sicher gehen, dass Sie meine Wohnung nicht in die Luft jagen.‘ Der Mann, der vorher in dieser Wohnung wohnte, war auch Araber. Sie rief ihn an, erzählte ihm von mir und fragte ihn, wie dieses Mädchen dazu komme, zu sagen, sie sei Palästinenserin. Darauf antwortete er: ‚Ich bin auch Palästinenser, was glauben Sie, wir sind alle Palästinenser.‘<sup>34</sup>

Jumana Bishara beschrieb ihr Leben in Israel, in „ihrem Palästina“, wie sie es nannte, als einen persönlichen Akt des Widerstandes. Obwohl sie spürt, dass sie als Palästinenserin in Israel nicht willkommen ist, will sie bleiben und mit ihrer Arbeit bei *Ahali* einen Beitrag zur Entwicklung und zum sozialen Wandel der palästinensischen Gesellschaft leisten:

Für mich ist es eine Form des Widerstandes, hier zu bleiben und zu versuchen, das Leben so zu leben, wie ich es will. Mit der politischen und kulturellen Identität, die ich leben möchte. Weil es nicht – ich weiß nicht, ob ich sagen kann ‚akzeptiert‘ ist – aber das bestärkt mich dabei, hier zu bleiben. Ich fühle nicht, dass ich von hier weggehen sollte, weil ich Angehörige einer Minderheit bin und vielleicht ein Feind des Staates. Im Gegenteil, [ich möchte etwas; K.H.] dazu beitragen, die Gesellschaft zu verändern. Ich glaube nämlich, dass abgesehen von den Konflikten mit Israel, unsere Gesellschaft interne Probleme hat, mit denen sie sich beschäftigen muss. Es gibt viel rückständiges Denken, Sektierertum, Chauvinismus und vieles, das zu traditionell und nicht bereit zur Modernisierung ist. Es gibt Dinge, an denen wir als Gesellschaft arbeiten müssen. Ich glaube, dass selbst in Bezug auf die politische Situation hier, wir entwickelt (*developed*) und gleich (*equal*) sein müssen, um gleichberechtigt sein zu können. So wie wir jetzt

sind, kann es keine Koexistenz mit der jüdischen Mehrheit geben. Wir müssen gleiche Ausgangspositionen bekommen, um koexistieren zu können.<sup>35</sup>

## Der Einfluss der besetzten Gebiete auf politisches Engagement in Israel

In einigen Biographien zeigt sich deutlich der Einfluss von Lebens- und Arbeitserfahrungen, die auf der anderen Seite der *Grünen Linie* gesammelt wurden. Dies gilt für die parteipolitische Arbeit ebenso wie für das NGO-Engagement. Leute wie Azmi Bishara, Nabil Saleh und Yusuf Anton, die sowohl in palästinensischen politischen Parteien als auch in der palästinensischen NGO-Szene involviert sind, haben studiums- oder berufsbedingt einige Jahre in Jerusalem oder den besetzten Gebieten gelebt und beschreiben diese Zeit als besonders prägend für ihren weiteren Werdegang.<sup>36</sup> Der eskalierte Konflikt unter den Bedingungen von Besatzung und Befreiungskampf, das hohe Maß an täglicher Gewalt und Gegengewalt, die Allgegenwärtigkeit von politischer Auseinandersetzung und Organisation sowie die Tatsache, den israelischen Staat aus einer anderen Perspektive kennen gelernt zu haben, sind Aspekte, die die politische Orientierung der Aktivisten nachhaltig beeinflusst haben.

Nabil Saleh, bis 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Galilee Center for Social Research (GCSR)* und seitdem bei *MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research (Madā al-Karmil: al-Markaz al-'Arabī li-d-Dirāsāt al-Īṭimā'īya at-Taṭbīqīya; MADA)* in Haifa tätig, lebte 20 Jahre in Ost-Jerusalem und in der Westbank. Während der ersten *Intifada* beteiligte er sich aktiv am Widerstand gegen die israelische Besatzung. Aus seiner Sicht haben diese Erfahrungen mehr als alles andere sein politisches Denken beeinflusst:

Ich lebte 20 Jahre in Jerusalem und Ramallah, also in der Westbank. In Ost-Jerusalem wohnte ich in der Zahra-Straße. Dort erlebte ich die erste *Intifada* und beteiligte mich, soweit es ging, an ihren Aktivitäten. Ich war keiner der führenden Köpfe, aber wir organisierten fünf Jahre lang Streiks und versteckten auch Kinder vor der Armee. Ich teilte das Schicksal mit den Menschen dort und wurde als Palästinenser, wie die anderen auch, geschlagen. Als ich sah, wie die Araber in Israel unter Führung der *Ġabha*<sup>37</sup> auf die *Intifada* reagierten, war ich enttäuscht und frustriert. (...) Sie organisierten Streiks und Hilfslieferungen von Nahrungsmitteln, Zucker, Salz

und Reis. (...) Das war zu wenig, die Solidarität verhalten. Die Solidarität der Araber in Israel war damals vergleichbar mit der in der Schweiz oder linker Kräfte in anderen Teilen der Welt. (...) Mein langer Aufenthalt in den besetzten Gebieten (...) beeinflusste am stärksten meine politische Meinung. Ich glaube, dass ich mich politisch von vielen Menschen hier [in Israel; K.H.] unterscheide und radikaler bin, weil mein politisches Denken dort in der Westbank geprägt wurde, wo einige meiner früheren Freunde inzwischen Märtyrer sind.<sup>38</sup>

Ähnliches gilt auch für Yusuf Anton, der aus einem eher unpolitischen Elternhaus stammt und während seiner Studienzeit in Jerusalem begann, politisch aktiv zu werden:

Mein Vater hat sicherlich eine politische Meinung vertreten, aber er hat nie mit mir über Politik gesprochen. Im Gegenteil, er versuchte immer, mich von der Politik fernzuhalten, genau wie andere der damaligen Generation. Obwohl mein Vater ganz genau verstanden hatte, was hier geschah, da bin ich mir ganz sicher. Er war sehr aufgeklärt und las die Zeitungen und er sprach auch mit anderen über Politik, aber nicht mit mir. Ich stamme also aus einem unpolitischen Elternhaus. Die Wende erfolgte während der Gymnasialzeit, ich begann Zeitungen zu lesen und Nachrichten zu hören. Politisch aktiv wurde ich schließlich an der Universität in Jerusalem, im Zentrum der Ereignisse.<sup>39</sup>

Auch der Parlamentarier Azmi Bishara, der seit 1996 im israelischen Parlament sitzt, lebte und arbeitete viele Jahre in der Westbank.<sup>40</sup> Rückblickend bezeichnet er diese Zeit als Privileg. Die Erfahrungen auf der anderen Seite der *Grünen Linie* hätten einerseits seine Zugehörigkeit zum palästinensischen Volk gestärkt und andererseits sein Fremdheitsgefühl gegenüber Israel intensiviert, da er, wie er es beschreibt, Israel aus einer neuen Perspektive, aus der Perspektive der Grenzposten, erlebt habe:

Mein Aufenthalt dort war insofern ergiebig, dass er meine Bindungen zum palästinensischen Volk und das Gefühl, dort zu Hause zu sein, ein Teil davon zu sein, verstärkte. Ich fühlte mich dort nie als Fremder oder anders ausgedrückt, ich fühlte mich dort genauso fremd wie ich mich hier in meiner arabischen Gesellschaft fremd fühle, kein bisschen mehr. (...) Ich schrieb einmal einen Artikel über den Unterschied zwischen Entfremdung

und Fremdheit, worin ich sagte, dass ich mich einer arabischen Gesellschaft vielleicht entfremdet fühlen kann. Aber in der israelischen Gesellschaft habe ich nicht das Recht mich entfremdet zu fühlen, da fühle ich mich als Fremder. Man kann sich nur von einer Gesellschaft entfremden, zu der man gehört. Ich habe also das gleiche Gefühl von Entfremdung in der arabischen Gesellschaft in Israel wie in der arabischen Gesellschaft in der Westbank und im Gazastreifen. Natürlich auch das gleiche Gefühl der Zugehörigkeit. Das empfinde ich als eine Art Privileg, da ich weiß, dass die Menschen hier [in Israel; K.H.] das nicht haben. (...) [Mein Aufenthalt in der Westbank; K.H.] verstärkte natürlich auch mein Fremdheitsgefühl gegenüber Israel, weil ich Israel an den Grenzkontrollen kennen lernte. Ich unterscheide mich ja äußerlich nicht von den anderen Palästinensern am Grenzübergang. Ich habe das Gefühl, dass die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen meinen Horizont erweiterten.<sup>41</sup>

Wie diese Beispiele zeigen, konnte die 3. Generation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel auf eine Vielzahl spezifischer Kompetenzen und Erfahrungen zurückgreifen, die ihre Handlungskapazitäten im Vergleich zu denen vorheriger Generationen stärkte. Neben dem guten Bildungsniveau beruhen diese vor allem darauf, durch Aufenthalte im Ausland sowie in der Westbank und im Gazastreifen, durch jahrelanges Engagement in politischen Parteien oder in gemischten jüdisch-arabischen Gruppen Erfahrungen gesammelt zu haben, die sie in die Lage versetzten, ihre eigene Situation besser analysieren und wirksamer verändern zu können.

Allerdings reichte das Zusammenspiel von ethnokultureller Identität und personellen Kapazitäten allein nicht aus, um die Intensivierung und den Erfolg palästinensischen ethnopolitischen Handelns zu erklären. Wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird, konnten die palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten in den 1990er Jahren zudem inhaltlich an international diskutierte Konzepte und Vereinbarungen anknüpfen, die eine vermehrte Anerkennung und Schutz von kollektiven Minderheiten vorsahen. Damit war nicht nur ein entsprechender konzeptioneller Legitimationsrahmen für ihre ethnopolitischen Ambitionen gegeben, es erleichterte ihnen auch den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten. Das Zusammentreffen dieser Faktoren beschleunigte das ethnopolitische Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel weiter und vergrößerte deutlich ihren Handlungsspielraum.

## Anmerkungen

- 1 Interview mit Totry, Haifa, 2001.
- 2 Vgl. Zuckerman 2003, S. 47.
- 3 Vgl. Shafir/Peled 2003, S. 120ff.
- 4 Vgl. Klein 2003, S. 115. Zur Entwicklung des Frauenanteils bei arabischen Studierenden siehe auch Endnote 218.
- 5 Vgl. DIE ZEIT, Campus der Konflikte, 03.05.2001.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Vgl. Pappé 2000a, S. 63ff.
- 8 Interview mit Totry, Haifa, 2001.
- 9 Vgl. Hermann 2004, S. 37.
- 10 Die hier konstatierte untergeordnete Rolle von Religion und religiöser Zugehörigkeit als Motor zivilgesellschaftlichen Engagements ist zum einen tautologischer Natur, da sich meine Untersuchung primär auf säkular argumentierende Aktivistinnen und Aktivisten bezieht. Zum anderen sind es aber die zivilgesellschaftlichen Akteure, christliche wie muslimische, die besonders ihre nationale, ihre palästinensische Identität als das entscheidende Verbindungsglied der palästinensischen Bevölkerung betonen und gegen die Zunahme religiöser Identitäten in die Waagschale legen. Damit soll nicht negiert werden, dass religiöse Orientierungen in der palästinensischen Bevölkerung sicherlich zunehmend eine Rolle spielen, was zu Konflikten führt, die sich insbesondere negativ auf die Lebenssituation der christlichen Minderheit auswirken. Um die Hintergründe der häufig als prekär beschriebenen Situation der Christen im Mittleren Osten rankt sich seit einigen Jahren eine kontroverse Debatte; siehe dazu ausführlich Evangelisches Missionswerk in Deutschland/Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten/Alexander Flores 2001. Für eine kritische Einführung in die Debatte siehe Flores 2001. Siehe zu diesem Thema auch die Argumentation von Azmi Bishara in Kapitel 8.2.
- 11 Die hohe Beteiligung von Frauen gilt auch für die NGO-Sektoren in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.
- 12 Vgl. Shafir/Peled 2002, S. 110-136.
- 13 Zu den Bedingungen des israelischen Arbeitsmarktes für Palästinenserinnen und Palästinenser siehe Sa'adi 1995.
- 14 Vgl. Interview mit Marshud, Haifa, 2001.
- 15 Die Arbeit des Mossawa Center wird in Kapitel 12 vorgestellt.



- 16 Interview mit Farah, Haifa, 2001.
- 17 Zur Arbeit von Tufula während der Oktober-Unruhen siehe Kapitel 10.
- 18 Vgl. Interview mit Espanioly, Nazareth, 2001.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Zu den Aktivitäten der Organisation siehe [www.baladnayouth.org](http://www.baladnayouth.org).
- 23 Vgl. Interview mit Nashef, Haifa, 2001. Zum Aspekt der Macht in jüdisch-arabischen Gruppen siehe Suleiman 2001, S. 44ff; Pappé 1999a. Für eine konflikttheoretische Betrachtung jüdisch-arabischer Beziehungen und Begegnungs-Gruppen siehe Abu-Nimer 1999.
- 24 Interview mit Asaad, Haifa, 2001.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 In ihrer Magisterarbeit setzt sich Asaad mit der Instrumentalisierung der Nakba im palästinensischen Bildungsdiskurs und in der Bildungspraxis auseinander. Zu ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit siehe Asaad 2000.
- 28 Die Arbeit der Organisation wird in Kapitel 12 ausführlich vorgestellt.
- 29 Vgl. [www.arabhra.org/hrastaff.htm](http://www.arabhra.org/hrastaff.htm).
- 30 Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 31 Interview mit Azaizeh, Shafa'amr, 2001.
- 32 Ebd.
- 33 Interview mit Jumana Bishara, Haifa, 2001.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Zahlreiche Dozentinnen und Dozenten, die an palästinensischen Universitäten unterrichten, stammen aus Israel. Im Ausland studiert oder promoviert, können sie sich dort beruflich besser etablieren als in Israel. Neben karriereorientierten und ökonomischen Beweggründen sind es identitäre Aspekte, die für ein Leben in einer palästinensischen Umgebung sprechen. Vgl. Interview mit Armanios, Al-Bireh, 2000.
- 37 Gabha (arab.: Front) ist die arabische Kurzform für Democratic Front for Peace and Equality (DFPE).
- 38 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 39 Interview mit Anton, Haifa, 2001.
- 40 Zu Azmi Bishara siehe ausführlich Kapitel 8.
- 41 Vgl. Interview mit Azmi Bishara, Nazareth, 2001.



## 8. Anreize und Handlungsrahmen

Neben Identität und personellen Kapazitäten ist es das Ausmaß der Anreize, die ethnopolitisches Engagement bedingen. Ausgangspunkt ethnopolitischen Handelns der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel sind ihre Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung als Minderheit, wie sie in der Einleitung des Buches dargestellt wurden.<sup>1</sup> Seit vielen Jahren und Jahrzehnten versuchen sie diese Situation zu verändern, im Vergleich zu den 1990er Jahren geschieht dies allerdings mit abnehmender Intensität, Öffentlichkeitswirksamkeit und Erfolg. Wie in den theoretischen Ausführungen bereits geschildert, ist es nicht allein der Umstand der Benachteiligung, der als Anreiz wirksam wird. Vielmehr erscheint es notwendig, die Unrechtmäßigkeit der Situation festzustellen, zu einem öffentlichen Thema zu machen und das Aufbegehren gegen die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung durch übergeordnete Ansätze zu legitimieren.<sup>2</sup> Genau dies geschah im Untersuchungszeitraum.



Abb. 4: Informationsveranstaltung der *Arab Association for Human Rights*  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Die Stärkung friedlicher ethnopolitischer Aktivitäten in den 1990er Jahren wurde durch das Aufkommen neuer international diskutierter Konzepte für den Umgang mit ethnischer Heterogenität (*regime of managed ethnic heterogeneity*)<sup>3</sup> beeinflusst. Diese boten einen geeigneten Interpretations- und Legitimationsrahmen für die politischen Ambitionen der palästinensischen Minderheit und sorgten als Handlungsrahmen (*Frames*) für ihre Anbindung an die globale Debatte. Unter *Frames* sind mit den Soziologen David Snow und Robert Benford „(...) interpretative schemata that simplifies and condenses the ‚world out there‘ by selectively punctuating and encoding objects, situations, events, experiences, and sequences of actions within one’s present or past environment“<sup>4</sup> zu verstehen. Forschungen zu sozialen Bewegungen haben gezeigt, dass soziale Probleme nicht selbstverständlich sind, sondern erst zu einem Thema gemacht und erklärt werden müssen, um Menschen zu motivieren, sich aktiv an Veränderungsprozessen zu beteiligen. Dieser Prozess wird als *Framing* bezeichnet: „The transformation of social issues into collective action frames does not occur by itself. It is a process in which social actors, media and members of a society jointly interpret, define and redefine states of affairs.“<sup>5</sup>

Zu den für den hiesigen Zusammenhang entscheidenden Modifikationen des *regime of managed ethnic heterogeneity* zählte die Verlagerung von individuellen zu kollektiven Rechten. Die Anerkennung und der Schutz der Rechte von nationalen und ethnischen Minderheiten wurden zum zentralen Thema europäischer und internationaler Vereinbarungen. Diese beinhalten die Ablehnung von Diskriminierung aufgrund ethnischer oder nationaler Herkunft, Sprache und Religion. Erzwungene Assimilierung wurde ebenso verboten wie der Bevölkerungstransfer, um nur einige Punkte zu nennen. Zur institutionellen Umsetzung des Schutzes und der Stärkung nationaler und ethnischer Minderheitengruppen wurden Autonomieregelungen vorgesehen. Zusammen mit einer verstärkten Hinwendung zu Methoden und Instrumenten der Konfliktprävention führte dies zu einer institutionellen und materiellen Unterstützung ethnischer und nationaler Gruppen, die es in diesem Maße zuvor nicht gegeben hatte.<sup>6</sup> Ausländische Geberorganisationen und Stiftungen wie die *Ford Foundation*, die in Israel bis zu diesem Zeitpunkt vornehmlich „gemischte“ Institutionen wie *Givat Haviva* gefördert hatten, folgten dieser Schwerpunktverlagerung und begannen, mehr und mehr Organisationen der palästinensischen Minderheit zu finanzieren.<sup>7</sup>

Diese neue Ausrichtung wurde durch einen Paradigmenwechsel in der Internationalen Zusammenarbeit und insbesondere in der Entwicklungszusam-

menarbeit ergänzt. So wurde – wie in den theoretischen Ausführungen in Kapitel 2.2 gezeigt worden ist – seit Ende der 1980er Jahre die Förderung der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Konzepte gestellt und bevorzugt Kooperationen mit nicht staatlichen Akteuren durchgeführt.<sup>8</sup> Für die palästinensische Zivilgesellschaft in Israel brachten diese Entwicklungen alles in allem nicht nur ein bis dahin nicht gekanntes internationales Interesse an ihrer Situation und ihren Organisationen mit sich. Sie erleichterten zudem erheblich den Zugang zu externen Ressourcen, vor allem zu Fördergeldern ausländischer Entwicklungsorganisationen und Stiftungen. Solche Fördermöglichkeiten sind gerade für die Organisationsform der NGOs von elementarer Bedeutung, da sie fast ausschließlich von externen Geldern abhängig sind. Dass diese enorme Abhängigkeit von ausländischen Geberorganisationen auch Auswirkungen auf die Gestaltung und Nachhaltigkeit ethnopolitischer Aktivitäten hat, wird an späterer Stelle zu vertiefen sein.

### 8.1 Schutz von Minderheiten und Stärkung der Zivilgesellschaft

Im Vergleich zu der Förderung von palästinensischen NGOs auf der anderen Seite der *Grünen Linie* dauerte es dennoch einige Zeit, bis sich auch innerhalb Israels ein NGO-Boom abzeichnete. Die NGOs in der Westbank und im Gazastreifen gehörten dagegen bereits seit Beginn der ersten *Intifada* 1987 zu den weltweit besonders intensiv geförderten Organisationen und im Rahmen des Friedensprozesses waren zahlreiche weitere bi- und multilaterale Maßnahmen zur Stärkung der dortigen Zivilgesellschaft eingeleitet worden.<sup>9</sup>

Die zeitliche Verzögerung hatte mehrere Gründe: Zum einen gilt Israel entsprechend der Kategorien der *Organization for Economic Co-operation and Development (OECD)* nicht als Entwicklungsland, so dass es auch keine öffentliche Entwicklungshilfe (*official development assistance*) erhält.<sup>10</sup> Demzufolge bekommen in Israel registrierte NGOs, d. h. auch die palästinensischen Organisationen, von Seiten der *OECD* keine Entwicklungshilfemittel. Auch die ursprünglich anvisierte Einbindung Israels in die *Euro-MED-Programme*<sup>11</sup> stellte sich in realiter als schwierig heraus, da die Teilnahme israelischer Organisationen bei den Teilnehmenden aus arabischen Ländern auf Widerstand stieß.<sup>12</sup>

Neben den genannten Gründen herrschte auf Seiten vieler externer Organisationen lange große Zurückhaltung gegenüber der Zusammenarbeit mit arabischen Gruppen innerhalb Israels. Aus historischen Gründen galt dies besonders für deutsche Organisationen, die eine Kooperation mit in Israel möglicherweise umstrittenen palästinensischen Vereinen vermeiden wollten. Bis

heute stößt die Kooperation deutscher und palästinensischer Akteure in Israel zuweilen auf geteiltes Echo. Zudem galt für die Internationale Zusammenarbeit insgesamt bis Ende der 1980er Jahre, dass die Kenntnisse über die Situation der palästinensischen Minderheit äußerst gering waren, und dass der innerisraelische Konflikt – wenn überhaupt – lediglich als Nebenschauplatz des israelisch-palästinensischen Konflikts um die Westbank und den Gazastreifen wahrgenommen wurde.

Die Veränderungen, die sich in den 1990er Jahren mit Blick auf die Förderung palästinensischer zivilgesellschaftlicher Strukturen in Israel abzeichneten, waren zum einen sicherlich auf die Umsetzung dieser neuen globalen Konzepte und Ansätze zurückzuführen. Zum anderen war auf Seiten ausländischer Geberorganisationen erkannt worden, dass die sozioökonomischen Parameter der palästinensischen Bevölkerung große Entwicklungsdefizite aufwiesen und in vielen Bereichen denen der Entwicklungsländer sehr ähnlich waren. Schrittweise setzte sich die Überzeugung durch, dass in Zusammenhang mit den Friedensbemühungen und mit Blick auf eine friedliche Koexistenz von Jüdinnen und Juden, Palästinenserinnen und Palästinensern innerhalb Israels die Förderung arabischer Initiativen ein besonderes Augenmerk verdient. Die *Oktober-Unruhen* unterstrichen diese Dringlichkeit weiter und überzeugten viele externe Akteure davon, sich (mehr) im arabischen Sektor Israels zu engagieren. In diesem Zusammenhang begannen auch jüdische Organisationen in den USA, sich mit der Förderung arabischer Vereine innerhalb Israels auseinanderzusetzen. Zusätzliche Fördermöglichkeiten erhielten diese auch dadurch, dass angesichts der eskalierten politischen Lage seit der 2. *Intifada* jene Förderprogramme, die ursprünglich den Friedensprozess auf zivilgesellschaftlicher Ebene flankieren sollten, modifiziert werden mussten. So wurden die Förderrichtlinien des *People-to-People-Programms* – ein umfangreiches israelisch-palästinensisches Kooperationsprogramm, das aufgrund der Grenzsicherungen nicht mehr mit Partnern von beiden Seiten der *Grünen Linie* umgesetzt werden konnte, dahingehend verändert, dass auch palästinensisch-jüdische Kooperationen innerhalb Israels über diese Programme gefördert werden konnten.<sup>13</sup>

Auch deutsche Organisationen wie die politischen Stiftungen begannen sich in den 1990er Jahren vermehrt im arabischen Sektor in Israel zu engagieren. So unterstützt die *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)*, die bereits seit Ende der 1970er Jahre mit einem Büro in Israel vertreten ist, palästinensische Vereine nicht mehr ausschließlich im Kontext palästinensisch-jüdischer Dialogprogramme. Seit Anfang der 1990er Jahre werden vielmehr auch palästinensische

Organisationen gefördert, die sich direkt für die Gleichstellung der palästinensischen Minderheit einsetzen.<sup>14</sup>

Auch die *Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)* arbeitet in Israel mit palästinensischen Organisationen. Nach Einschätzung von Claude Weinber, der von 1997 bis 2001 das Büro der *HBS* in Tel Aviv leitete, stellt der arabisch-jüdische Konflikt innerhalb Israels für die Zukunft des Landes sogar ein noch größeres Problem als die Auseinandersetzung um die besetzten Gebiete dar. Er hält deshalb die Zusammenarbeit mit palästinensischen Akteuren aus Israel für außerordentlich wichtig. Dabei sieht er vor allem bei den „Kindern der Kommunistischen Partei“, wie er jene Aktivistinnen und Aktivisten nennt, die aus dem Umfeld der *DFPE* kommen und ideologisch weder die Rolle des angepassten „Onkel Tom“ einnehmen noch islamistisch oder nationalistisch geprägt sind, gute Anknüpfungsmöglichkeiten.<sup>15</sup>

## 8.2 Azmi Bisharas Ansatz des Bürgerstaates

Das Verständnis sowie die Ausrichtung ethnopolitischen Handelns in der palästinensischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft in Israel wurde in den 1990er Jahren sowie in der darauf folgenden Zeit besonders stark von dem palästinensischen Politiker und Parlamentarier Azmi Bishara geprägt. Er gilt als einer der wichtigsten Führungspersonlichkeiten der palästinensischen Bevölkerung Israels und hat durch seine politischen Analysen und Ansätze einen großen Beitrag zum *Framing* ihrer Situation und Interessen geleistet. Zwar spielte Bishara schon früher eine tragende Rolle in der palästinensischen politischen Bewegung, besondere Bedeutung erlangte er jedoch Mitte der 1990er Jahre, als er die Partei *National Democratic Alliance (at-Tağammu' al-Watanī ad-Dimuqrāṭī; NDA)* gründete, mit der er 1996 erstmals ins israelische Parlament einzog.<sup>16</sup>

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Identitätskrise in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verfolgte die Partei das Ziel, den Israelisierungsprozess, in dem sich die palästinensische Bevölkerung ihrer Meinung nach befand, aufzuhalten. Stattdessen forderte sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Palästinenserinnen und Palästinenser bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer nationalen Differenz. Mit diesen Forderungen leiteten Bishara und die *NDA* eine neue Phase der Auseinandersetzung zwischen dem jüdischen Staat und der palästinensischen Minderheit ein. Seit seinem Einzug in die Knesset stellt er mit seinem politisch-kulturellen Ansatz des Bürgerstaates (*daulat al-muwāṭinīn*) nicht nur das jüdische Selbstverständnis des israelischen Staates radikal in Frage, sondern hat auch erreicht, dass der Situation der palästinensischen Bürge-

rinnen und Bürger mittlerweile ein relativ hoher Stellenwert in der israelischen Innenpolitik eingeräumt wird. Sein Ansatz des Bürgerstaates, der weit über ein Parteiprogramm hinausgeht, bildet die diskursive Grundlage vieler Debatten und Aktivitäten der palästinensischen Zivilgesellschaft.

Ein sehr anwesender Abwesender:<sup>17</sup> Die politische Biographie von Azmi Bishara

Bisharas politischer Werdegang unterlag einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Einflüsse.<sup>18</sup> 1956 in Nazareth geboren, wuchs er in einem kommunistisch geprägten Elternhaus auf. Als Jugendlicher las er die arabischen Übersetzungen von Marx, Engels und Lenin und begeisterte sich ebenso für die moderne arabische Literatur aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Bereits als Schüler engagierte er sich politisch und gründete 1974 das erste *Nationale Komitee der arabischen Oberschüler (al-Lağna al-Quṭriya li-t-Tānawiniyīn al-'Arab)*, dessen Vorsitz er übernahm. Bishara studierte Philosophie an der *Haifa Universität* und an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem, wo er in Kontakt mit der jüdischen Linken kam und sich als Mitglied der *Israel Communist Party (ICP)* in jüdisch-arabischen Gruppen engagierte. In diesen neuen Zusammenhängen begann er sich von den leninistischen Einflüssen zu distanzieren und beschäftigte sich mit Rosa Luxemburg, Marcuse und der Frankfurter Schule. Bishara war auch eine Schlüsselfigur der arabischen Studentenbewegung der 1970er Jahre. So beteiligte er sich im Jahr 1976 maßgeblich an der Gründung der *National Union of Arab Students (Ittiḥād at-Ṭullāb al-Ġāmi'iyīn; NUAS)*, einer Organisation, die er rückblickend als einen frühen Versuch bezeichnet, die arabische Bevölkerung auf nationaler Basis zu organisieren.<sup>19</sup> Ähnlich wie Bishara zählen viele der damaligen Studentenaktivistinnen und Studentenaktivisten heute zum Kern der palästinensischen politischen Bewegung und sind in politischen Parteien oder im NGO-Sektor aktiv.

Zur Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Ausbildung ging Bishara 1980 an die *Humboldt-Universität* nach Ost-Berlin, wo er promovierte und anschließend „Erkenntnistheorie und Logik“ unterrichtete. Seinen Aufenthalt in der DDR nennt er seine „liberale Phase“: Dort begann er, sich für Hegel und Kant zu begeistern und dort trennte er sich von der *ICP*.

Von 1986-1996 arbeitete Bishara als Hochschullehrer für Philosophie und Kulturelle Studien an der *Birzeit-Universität* in der Westbank und zwischen 1990 und 1996 war er Forschungsdirektor des *Van Leer Instituts* in West-Jerusalem. Darüber hinaus beteiligte er sich an der Gründung der NGO *Muwatin – The*



*Palestinian Institute for the Study of Democracy (al-Muwāṭin – al-Mu’assasa al-Filastīniya li-Dirāsāt ad-Dimuqrāṭiyya)*, einem Forschungsinstitut in Ramallah, das sich das Studium der Demokratie zur Aufgabe gesetzt hat. Die Jahre, die er auf beiden Seiten der *Grünen Linie* lebte und arbeitete, haben ihn sowohl persönlich als auch politisch stark geprägt.<sup>20</sup> Mehr als andere mündeten diese Erfahrungen in eine politische Analyse, die versucht, eine Verbindung zwischen den unterschiedlichen palästinensischen Gruppen, Problemen und Fragestellungen herzustellen.

1996 gründete er gemeinsam mit anderen palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten kommunistischer und nationalistischer Strömungen eine neue politische Partei: die *National Democratic Alliance (NDA)*.<sup>21</sup> Damit wollte er ein politisches Projekt verwirklichen, das weder an die Sowjetunion noch an die arabische Nationalbewegung oder die *PLO* gekoppelt war, deren Ansätze er für gescheitert hielt.<sup>22</sup> Seit 1996 sitzt Bishara für die *NDA* in der *Knesset*.<sup>23</sup>

Besondere Aufmerksamkeit erregte Bishara, als er 1999 für das Amt des israelischen Ministerpräsidenten kandidierte. Obwohl er als Angehöriger der palästinensischen Minderheit keine reale Chance hatte und kurz vor der Wahl seine Kandidatur zurückzog, um den Kandidaten der *Labor Party* nicht zu schwächen, nutzte er diese Gelegenheit, um zumindest theoretisch eine Alternative zu *Likud* und *Labor Party* aufzuzeigen und andere Optionen denkbar zu machen. Außerdem sah er in der Kandidatur eine gute Möglichkeit, um im Scheinwerferlicht der israelischen und internationalen Öffentlichkeit auf die Situation und die Interessen der palästinensischen Bevölkerung hinzuweisen:

Although it was obvious that an Arab can't become prime minister of Israel, we used the candidacy to establish a national and political identity distinct from the Labor Party. It was a precious opportunity to discuss Barak and the Likud and present a third alternative. (...) We gave the young generation options, a choice. And don't forget, a lot of people in the world, in Europe and the United States, didn't even know there are Arabs in Israel. Because my candidacy received a lot of international press coverage, we became part of the map. All of a sudden a lot of people discovered there are Arab citizens in Israel, and it gave us the opportunities to present our case and our issues. This was very important.<sup>24</sup>

## Gleichberechtigung ohne Assimilation: Der Ansatz von Azmi Bishara und der NDA

Der politisch-kulturelle Ansatz (*al-mašrū‘ as-siyāsī at-taqāfi*), den Bishara entwickelt hat und der sich im Parteiprogramm der NDA widerspiegelt, basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen: Zum einen fordert er die Umwandlung Israels von einem exklusiv jüdischen Staat in einen Staat aller Bürger (*Isrā’īl dawla li-ġami‘ muwāṭinihā*). Zum anderen beansprucht er die Anerkennung der palästinensischen Bevölkerung als nationale Minderheit im Unterschied zur bisherigen staatlichen Handhabung, sie als Mitglieder unterschiedlicher religiöser Gruppen aufzufassen. Die Kombination dieser beiden Forderungen drückt ein im israelisch-palästinensischen Kontext neues Verständnis von Gleichberechtigung (*musāwāt*) aus, und zwar als Form der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ohne Anpassung bzw. Assimilation (*indimāġ*) bei gleichzeitiger Anerkennung der nationalen Differenz. Für die politische Arbeit lassen sich daraus zwei Ebenen ableiten, die Bishara als die zivile und die nationale Ebene beschreibt: den Kampf um gleiche individuelle Staatsbürgerrechte sowie um kollektive nationale Rechte.

Die Auseinandersetzung mit der Frage der Gleichberechtigung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger in Israel steht im Zentrum des Ansatzes von Bishara. Zwar spielt die Forderung nach Gleichberechtigung auch in den Programmen der anderen arabischen politischen Parteien und Institutionen eine wichtige Rolle, bezieht sich dort aber weitgehend auf die zivile Ebene, also auf die Einforderung staatsbürgerlicher Rechte und meint eine Art der Gleichbehandlung, wie sie beispielsweise in der Forderung von gleicher Budgetierung der arabischen Kommunen deutlich wird. Nationale Aspekte, die eine Anerkennung der palästinensischen Bevölkerung als nationale Gruppe implizieren würde, spielen in diesen Ansätzen keine oder nur eine untergeordnete Rolle.<sup>25</sup> Bishara kritisiert diese Ansätze dafür, dass in ihnen das Projekt der Gleichberechtigung gänzlich von der nationalen Frage getrennt sei. Damit werde die nationale Frage auf die Forderung nach Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen reduziert und weise keinen Bezug zu den in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinensern auf. Vergleichbar mit dem Verhältnis der Jüdinnen und Juden in den USA zu Israel würde damit der Standpunkt vertreten, dass ein palästinensischer Staat auch die nationalen Ambitionen der Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb Israels befriedigen würde.<sup>26</sup>

In dieser Trennung von Gleichberechtigung und nationaler Frage sieht Bishara einen der entscheidenden Gründe für die Identitätskrise seit Ende der 1980er Jahre, die sich mit dem Oslo-Prozess in den 1990er Jahren weiter verschärfte.<sup>27</sup> Durch die darin implizite Abkopplung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel von der Palästina-Frage sei die „Israelisierung“<sup>28</sup> (*asrala*) der palästinensischen Bevölkerung weiter vorangetrieben und jene Tendenz verstärkt worden, die Gleichberechtigung fälschlicherweise mit Assimilation gleichsetze. Aus Bisharas Sicht führte diese Entwicklung zwar zunächst zu einem Gefühl der Erleichterung angesichts der Hoffnung auf eine friedliche Koexistenz in Israel. Spätestens mit den Parlamentswahlen von 1996 und der Regierungsübernahme durch den *Likud* hätte die Identitätskrise jedoch ein besonders hohes Ausmaß erreicht:

At a certain point in their progress towards maturity, ethnonational communities experience a pressing need for an identity, which can be just as important as economic needs or civil rights. This is an issue I had not attached sufficient importance to in the past. Yet travelling through Arab villages in Israel I hear people asking: Who are we? What should we teach our children? Are we Jews or Arabs? Christians or Israelis? What is our national identity? Where do we fit in? People are preoccupied with their national identity, they are at the stage of self-rediscovery. My thinking is that the mere preoccupation with the identity question is a big step forward.<sup>29</sup>

Bishara lehnt ein Verständnis von Gleichberechtigung auf der Grundlage von „Israelisierung“ und Assimilierung als Leugnung der arabisch-palästinensischen Identität und „Unterdrückung der Erinnerung“<sup>30</sup> (*gam' li-d-ḏākira*) daran, dass Israel auf den Trümmern der palästinensischen Existenz entstanden ist, kategorisch ab. Ein solcher Ansatz führe nicht nur zu einer verzerrten israelischen Identität, sondern auch zur Wiederbelebung vor-nationaler Bindungen wie Familie, Sippe und Religionsgemeinschaft.<sup>31</sup>

Die *NDA* betonte von Anfang an, dass die Araber in Israel eine Geschichte haben und dass diese Geschichte mit der palästinensischen Geschichte vor 1948 verbunden ist. Sie sind nicht einfach israelische Staatsbürger geworden. Ihre Geschichte begann nicht erst 1948, und damit, dass sie israelische Staatsbürger wurden, davor gab es auch schon etwas. Wir begannen deshalb, das ‚historische Gedächtnis‘ wiederzubeleben. Es war kein Zufall, dass 1998 die Araber in Israel zum ersten Mal die Erinnerung an die *Nakba* öf-

fentlich in Protestmärschen zum Ausdruck brachten, das ging auf die Aktivitäten der *NDA* zurück. Die *Kommunistische Partei* feierte in der Regel den israelischen Unabhängigkeitstag. (...) Wir dagegen erklärten, dass der Unabhängigkeitstag nicht nur Gratulationen verdient, sondern dass wir da auch etwas anderes haben, nämlich die *Nakba*, durch die wir eine bestimmte Kontinuität in unserer Geschichte verloren. Wir wurden nicht in diesem Krieg geboren, sondern in einer bestimmten Kontinuität von einem bestimmten Volk, das zu diesem Land gehörte. Israel ist nicht unser Heimatland, sondern Palästina. Israel ist ein Staat und wir sind Bürger dieses Staates. Es ist unmöglich, dass wir unsere kulturelle und politische Persönlichkeit durch die Schaffung eines „arabischen Israeli“ pervertieren. So etwas wie einen „arabischen Israeli“ gibt es nicht. An dieser Stelle setzt die *NDA* an, sie schaut auf die israelische und auf die arabische Gesellschaft in Israel und fragt sich: „Was ist die Pervertierung? Was passiert mit den Arabern in Israel?“ Sie sind halb Araber, halb Israelis, sie verlieren das eine, ohne das andere zu bekommen. Sie verlieren ihr Arabisch-Sein und werden doch keine Israelis. Wir bezeichnen das, was mit ihnen passiert, als „Marginalisierung.“ (...) Ich sage den jungen Leuten: „Wenn ihr aufhört, Araber zu sein, werdet ihr trotzdem keine Juden. Dann werdet ihr Muslime oder Christen. Wenn ihr aufhört, Araber zu sein, dann werdet ihr keine Deutschen oder Schweden. Glaubt nicht, dass ihr dann weiter entwickelt sein werdet, ihr werdet sogar weniger entwickelt sein.“<sup>32</sup>

Der zunehmenden „Israelisierung“ und der verstärkten Bedeutung religiöser Zugehörigkeiten stellt Bishara einen Ansatz entgegen, der zum einen von Seiten des israelischen Staates die Anerkennung der Palästinenserinnen und Palästinenser als nationale Gruppe fordert und zum anderen die Stärkung der nationalen Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser sowie ihre Organisation auf nationaler Basis (*tanzīm al-aqallīya al-‘arabīya qaumīyan*) anvisiert.

Zur Umsetzung dieser Forderungen werden laut Programm der *NDA* folgende Ziele angestrebt: 1. die Umwandlung Israels von einem jüdischen Staat in einen demokratischen Staat, in dem jüdische und arabische Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt sind und in dem alle Institutionen und Gesetze, die die arabische Bevölkerung diskriminieren, abgeschafft werden; 2. die Anerkennung der Palästinenserinnen und Palästinenser als nationale Minderheit und den Erhalt nationaler kollektiver Rechte<sup>33</sup> entsprechend den Vorgaben der *Charta der Vereinten Nationen*. Dazu zählt die Einrichtung einer Selbstverwal-

tung im kulturellen Bereich, insbesondere im Bereich der Bildungseinrichtungen und Medien; 3. der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung palästinensischer Institutionen; 4. die Verbesserung ökonomischer, kultureller und politischer Rechte der palästinensischen Bevölkerung durch spezielle Unterstützungsprogramme (*affirmative action programme*); 5. die Bekämpfung der Enteignung von Land, das Palästinenserinnen und Palästinensern gehört und 6. die Anerkennung der nicht anerkannten Dörfer.<sup>34</sup>

Die Förderung und Vermittlung der arabischen Kultur, die Bishara als das wesentliche grenzüberschreitende Bindeglied zu den anderen arabischen Gesellschaften des Nahen Ostens bezeichnet, stellt einen zentralen Aspekt in dem Ansatz dar und spiegelt sich in der Forderung nach kultureller Selbstverwaltung (*idāra dātīya taqāfiya*) oder kultureller Autonomie wider. Die Zerstörung und nachfolgend die Verhinderung der Entstehung arabischer Städte durch die israelische Staatlichkeit hätten zur „Zerstörung der palästinensischen Moderne“ geführt und ein defizitäres kulturelles Projekt hinterlassen. Da sich nationale Identität auch aus kultureller Identität speise, betont Bishara die Notwendigkeit der Entwicklung der arabischen Sprache sowie die Schaffung einer modernen arabischen Kultur anstelle einer Reduzierung arabischer Kultur auf „Volkstanz und Fladenbrot“.<sup>35</sup> Im Rahmen des Konzepts der kulturellen Selbstverwaltung plädiert er für den Aufbau von kulturellen Institutionen und insbesondere für die Errichtung einer arabischen Universität mit Arabisch als Unterrichtssprache.<sup>36</sup> Die kulturelle Selbstverwaltung versteht er allerdings nicht als eine Form des Separatismus, sondern als die einzige Möglichkeit, ein institutionelles Format zu schaffen, über das die Gleichberechtigung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel gewährleistet werden könne:

Diese Idee ist nicht abspalterisch, sondern der einzige Weg zur Praktizierung der Staatsbürgerschaft auf palästinensische Art und Weise und zur Praktizierung der arabischen nationalen Zugehörigkeit auf israelische Art und Weise. Sie ist darüber hinaus die einzige Möglichkeit, den Kampf um Gleichberechtigung tatsächlich und ohne Widersprüche zu führen (...).<sup>37</sup>

Der Aufbau eigener nationaler Organisationen würde zudem die Demokratisierung der arabischen Gesellschaft fördern und zur Stärkung des Selbstbewusstseins beitragen, mit dem die Palästinenserinnen und Palästinenser sich dann auch besser in jüdisch-arabische Kooperationen einbringen könnten. Der Aufbau eigener Organisationen fände innerhalb des israelischen politisch-legalen Systems statt und würde auch die parlamentarische Tätigkeit der arabi-

schen Parteien in keiner Weise beeinträchtigen.<sup>38</sup> Die Forderung nach kultureller Autonomie, die insbesondere in der palästinensischen Frauenbewegung nicht unumstritten ist,<sup>39</sup> sollte laut Aussage von Bishara zunächst einmal eine interne Auseinandersetzung einleiten, in der sich die Palästinenserinnen und Palästinenser mit ihrer Zukunft als nationale Gruppe beschäftigten. Hier sieht Bishara sowohl innerhalb der palästinensischen Bevölkerung als auch innerhalb der palästinensischen Elite große Defizite. Beiden wirft er eine tribale und religiöse Ausrichtung vor. Die große Bedeutung bestehender, eher primordial orientierter gesellschaftlicher Organisationsmuster interpretiert er als eine Folge der Staatsgründung sowie der auf Partikularismus basierenden israelischen Politik.

Die Widersprüchlichkeit, die in der Situation der palästinensischen Minderheit in Israel angelegt ist, kann auch in diesem Ansatz nicht völlig aufgelöst werden. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens sowie der teilweisen und temporären Wiederbesetzung der palästinensischen Autonomiegebiete im Verlauf der zweiten *Intifada* haftet dem Kampf um Gleichberechtigung als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – zumindest nach nationaler Lesart – eine gewisse Ambivalenz an, die auch Bishara weder abstreitet noch auflösen kann:

As this apartheid system develops, the conflict for Israeli Arabs will become even more complex, because it will mean that we will be asking for political equality in Israel while Israel is oppressing our people in the West Bank; in effect we will be asking for equality with the oppressors of our own people. So Palestinian Arabs will be torn once again, because their demand for equality will require that they distance themselves from their own people in order to keep their eyes on the living standards and political rights that the oppressor can give you.<sup>40</sup>

Es ist kennzeichnend für die Person und Politik Bisharas, dass er im Unterschied zu vielen anderen arabischen Politikerinnen und Politikern, die die identitäre Komplexität der Situation der arabischen Bevölkerung in Israel beklagen und ihr entweder mit dem Konzept von Assimilation oder mit radikaler politischer Verweigerung begegnen, dieser ein Plädoyer für einen konstruktiven Umgang mit diesen Widersprüchlichkeiten entgegensetzt:

It is impossible to say, 'I am both a proud Arab and a loyal Israeli.' Baloney. There is a contradiction here. Nevertheless, I think that our role is to

make this contradiction a constructive one, make it a powerful dynamic force that will change the face of reality. On the one hand, we have to push the Arab issue as far as we can, and on the other, push our status as Israeli citizen as far as it will go. (...) Not to cry about how we are torn between our identities or how we are falling between the cracks. But the opposite. Not to give in and not to be wishy-washy. To demand full civil equality. To be, as Arabs, an active part of Israeli democracy.<sup>41</sup>

### Reaktionen auf Azmi Bishara

Radikaler als andere stellt Bisharas Ansatz die Legitimität des Staates Israels als jüdischen Staat in Frage. Den Charakter des Staates zur Disposition zu stellen, wird in Israel mehrheitlich als Verletzung des nationalen israelischen Konsenses aufgefasst. Denn der jüdische Charakter des Staates gehört zu jenen Punkten, über die in Israel ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht und deren Infragestellung einem Tabubruch gleichkommt.

Als einer der schärfsten Kritiker des israelischen Systems und zugleich einer der prominentesten Vertreter der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel gibt es viele Versuche von staatlicher Seite, seine Person zu kriminalisieren und seine politische Arbeit zu delegitimieren. Hier zeigen sich die Grenzen des ethnokratischen politischen Systems Israels, das auf die Sicherung des politischen Dominanzsystems ausgerichtet ist und Kritik an diesem nur bis zu einem gewissen Grad zulässt. Dies traf in besonderem Maße für die Zeit nach den *Oktober-Unruhen* zu, als sich der staatliche Druck auf Bishara sowie auf andere Vertreterinnen und Vertreter der palästinensischen Zivilgesellschaft deutlich verstärkte.<sup>42</sup>

Am 7. November 2001 entschied das israelische Parlament, die parlamentarische Immunität von Bishara aufzuheben und gegen ihn ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, dem zwei Anklagepunkte zugrunde lagen. Eine Klage warf ihm vor, in Reden, die er auf einer Veranstaltung in der arabischen Stadt Umm al-Fahm in Israel im Juni 2000 sowie auf einer Gedenkfeier für den verstorbenen syrischen Präsidenten Hafis al-Assad in der syrischen Stadt Kirdaha im Juni 2001 gehalten hatte, gegen das *Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus (1948, Art. 4a, 4b, 4g)* verstoßen zu haben. In den Reden hätte Bishara den Kampf der libanesischen *Hisbollah* (Ḥizballāh), der seiner Lesart nach ausschlaggebend für den Abzug der israelischen Armee im Jahr 2000 aus dem seit 1982 besetzten Südlibanon war, gewürdigt. Außerdem hätte er in seiner Rede

die Notwendigkeit des gemeinsamen arabischen Widerstandes gegen Israel betont. Das Verfahren, in dem das palästinensische Rechtsberatungszentrum *Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel* ('*Adāla – al-Markaz al-Qānūnī li-Ḥuqūq al-Aqallīya al-Filaṣṭīnīya al-'Arabīya; Adalah*) den Angeklagten vertrat, wurde nach jahrelangem Rechtsstreit Anfang 2006 zu Gunsten von Bishara entschieden.<sup>43</sup>

Die zweite Anklage gegen Bishara wurde in Zusammenhang mit der Durchführung von Reisen nach Syrien erhoben. Um Palästinenserinnen und Palästinensern aus Israel ein Wiedersehen mit ihren Verwandten in Syrien zu ermöglichen, organisierte Bishara dorthin mehrere Besuchsfahrten – ein brisantes Unternehmen, da zwischen Israel und Syrien kein Friedensabkommen besteht.<sup>44</sup> Laut Anklage hatte Bishara mit der Organisation dieser Reisen gegen die *Notstandsgesetze (Auslandsreise)* von 1948 verstoßen. Das Nazarener Magistratsgericht, vor dem die Anklage gegen den Parlamentarier verhandelt wurde, hob diese am 1. April 2003 mit der Begründung wieder auf, dass sich die Reisebeschränkungen nicht auf Parlamentsmitglieder und andere Personen, die über einen Diplomaten- oder Dienstaussweis verfügen, beziehen würden (Art. 17c).<sup>45</sup>

Nicht nur auf staatlicher Seite, auch innerhalb der israelischen Zivilgesellschaft und Friedensbewegung sind Bisharas Ansätze umstritten. Die Forderung nach Umwandlung Israels von einem jüdischen Staat in einen demokratischen Staat, in dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt sind, löst bei vielen Menschen Angst, aber auch Verärgerung aus. Aus Sicht beispielsweise der jüdischen Israelin Sarah Ozacky-Lazar, Direktorin des *Institute for Peace Research* von *Givat Haviva*, die sich seit Jahrzehnten für die Gleichberechtigung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel einsetzt, geht Bishara mit seinen Forderungen einen Schritt zu weit:

O. k., lasst uns für Verbesserungen kämpfen. Für mehr Rechte, gleiche Budgets, gleiche Chancen, für mehr Jobs und Investitionen, für mehr Freiheit – aber nicht für die Veränderung des Charakters des Staates. (...) Anstatt sich dafür einzusetzen, das tägliche Leben der Menschen zu verbessern, ihr Bildungsniveau zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen, Städte und Dörfer zu entwickeln, Investoren zu motivieren, Industrieparks in arabischen Dörfern zu errichten, redet er davon, die Flagge und die Nationalhymne zu verändern. Als wenn das das Wichtigste wäre. Es ist weder das Wichtigste noch ist es realistisch. Vielmehr stärkt es die Befremdlichkeit



der Juden gegenüber den Arabern. Die meisten Juden in Israel und insgesamt auf der Welt kennen die normalen Araber, die Menschen von der Straße, nicht. Sie kennen Azmi Bishara und Muhammad Bakri (...). Nochmals, ich möchte das ganz klar machen: Als Mensch, als jemand, der sich selbst für liberal hält, würde ich gerne das Ende dieser langen Straße sehen, vielleicht einen demokratischen Staat mit allen Freiheiten und mit Gleichberechtigung für alle. Aber – wir müssen realistisch sein und unser Leben verteidigen!<sup>46</sup>

Bisharas politische Forderungen sind für Ozacky-Lazar und andere Ausdruck der Nichtanerkennung des Staates Israels als jüdischen Staat. Sie kritisiert, dass er damit eine Debatte initiiert habe, die selbst hinter die Haltung der *PLO* zurückfalle. 1993 hatte diese Israel – und das hieß Israel als jüdischen Staat – offiziell anerkannt. Der Ansatz des Bürgerstaates, so wird kritisiert, sei de facto eine Forderung nach eineinhalb palästinensischen Staaten:

Er sagt zu uns: Jetzt wird das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkannt und sie haben ihren eigenen Staat (...), aber hier [in Israel; K.H.] erkennen wir euer Recht auf einen jüdischen Staat nicht an. Hier wollen wir einen demokratischen, liberalen Staat für alle Bürger. (...) Die Palästinenser [d. h. hier: die *PLO*; K.H.] haben Israel anerkannt, alle haben Israel anerkannt, nur die Palästinenser innerhalb Israel erkennen Israel nicht an.<sup>47</sup>

Den Vorwurf, in Wahrheit eineinhalb Staaten zu beanspruchen, kennt, wie bereits erwähnt, auch die Palästinenserin Denise Asaad vom *Tamer Institut*. In Gesprächen wird sie von jüdischen Freundinnen und Freunden sowie von Kolleginnen und Kollegen häufig auf dieses heikle Thema angesprochen. Angesichts der Angst, die seit den *Oktober-Unruhen* beide Bevölkerungsgruppen erfasst hat, plädiert sie für eine ernsthafte und ehrliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik:

Bis *Oktober* fühlte ich mich als Teil einer ungerecht behandelten Minderheit. Die *Oktober-Ereignisse* veränderten meine Sichtweise. Ich fühlte keine Sicherheit mehr, meine Existenz wurde bedroht. Die Bedrohung war physisch, es war möglich, dass meine Söhne oder ich angegriffen wurden. Besonders in der ersten Zeit spürte ich diese Bedrohung sehr, mittlerweile hat dieses Gefühl nachgelassen, ist aber tief in mir noch da. (...) Die hiesige

palästinensische Führung sollte sich darüber klar sein, dass es bei der Angelegenheit nicht nur um Parolen geht. Es müssen Fragen gestellt werden: Wohin mit uns? Was ist unsere Identität? Wir werden von vielen Juden schon gefragt: „Wollt ihr eineinhalb Staaten? Wollt ihr [zu einem palästinensischen Staat; K.H.] noch Israel dazu haben?“<sup>48</sup>

Im Vorfeld der Parlamentswahlen im Jahr 2003 war versucht worden, die Teilnahme von Bishara und der *NDA* zu verhindern. Erst kurz vor den Wahlen entschied jedoch das *Oberste Gericht*, ihre Kandidatur zuzulassen.

Es ist festzuhalten, dass Bisharas Diskurs einen besonderen Beitrag dazu geleistet hat, der Situation und dem Anliegen der palästinensischen Minderheit in der israelischen Politik und Öffentlichkeit, aber auch international zu einem höheren Bekanntheitsgrad zu verhelfen. Das Besondere an seiner Position ist, dass er aus eingefahrenen politischen Bahnen ausbricht und Alternativen anbietet, die auf einem positiven palästinensischen Selbstverständnis basieren. Auf diskursiver Ebene ist es ihm gelungen, das palästinensische Beispiel an die aktuellen international diskutierten Debatten des *regime of managed ethnic heterogeneity* anzubinden, was die Palästinenserinnen und Palästinenser nicht nur zu einem „part of the map“<sup>49</sup> macht, sondern auch die Legitimation ihrer Anliegen stärkt.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Kapitel 1.2.
- 2 Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2.1.
- 3 Vgl. Gurr 2000, S. 277.
- 4 Snow/Benford 1992, S. 137.
- 5 Klandermans 1997, S. 44.
- 6 Vgl. Gurr 2000, S. 277ff.
- 7 Vgl. Interview mit Ozacky-Lazar, Menashe, 2001.
- 8 Vgl. Wegner 1993, S. 25.
- 9 Vgl. Hermann 1997; Hammami 1995.
- 10 Der Entwicklungshilfeausschuss der OECD, das Development Assistance Committee (DAC), unterscheidet zwischen Entwicklungsländern, die öffentliche Entwicklungshilfe (official development aid) beziehen, und Schwellenländern, die öffentliche Hilfe (official aid) erhalten, was laut DAC-Liste auf Israel zutrifft. Zur DAC-Liste vgl. [www.oecd.org/dac/hm/daclist.htm](http://www.oecd.org/dac/hm/daclist.htm) sowie Nuscheler 1995, S. 44.

- 11 Zu den Inhalten der Euro-Mediterranean Partnership siehe Jünemann 1997. Für eine Einschätzung der Ergebnisse des Programms sowie eine Darstellung des Folgeprogramms European Neighborhood Policy (ENP) siehe Faath 2005, S. 115ff.
- 12 Die Möglichkeit der Teilnahme palästinensischer Organisationen aus Israel an regionalen Konferenzen hängt sehr von der Akzeptanz der jeweiligen Organisation bei den anderen teilnehmenden Gruppen ab. Eine Organisation, die an regionalen EU-Projekten teilgenommen hat, ist beispielsweise der NGO-Dachverband Ittijah; vgl. Kapitel 6.5.
- 13 Vgl. Interview mit Asa, Haifa, 2001.
- 14 Vgl. Interview mit Karakurt, Herzliya, 2001.
- 15 Vgl. Interview mit Weinber, Tel Aviv, 2001.
- 16 Zur NDA siehe die Interviews mit Abdelfattah, Nazareth, 2001; Anton, Haifa, 2001; Bishara, Nazareth, 2001 sowie ‘Abd al-Fattāh 1999.
- 17 Diese Bezeichnung für Bishara geht auf die Laudatio zurück, die der Nahosthistoriker und Islamwissenschaftler Alexander Flores anlässlich der Verleihung des Ibn-Rushd-Preises an Azmi Bishara in Berlin am 14. Dezember 2002 gehalten hat. Die gesamte Rede befindet sich auf der Webseite des Ibn Rushd Fund for Freedom of Thought [www.ibn-rushd.org](http://www.ibn-rushd.org).
- 18 Zur politischen Biographie siehe, sofern nicht anders angemerkt, das Interview mit Azmi Bishara, Haifa, 2001 und die Angaben auf der Webseite der NDA [www.balad.org](http://www.balad.org).
- 19 Vgl. Bišāra 1998, S. 147.
- 20 Siehe zu seinen Jahren in der Westbank auch Kapitel 7.2.
- 21 Zu den Zielen der NDA siehe außerdem Kapitel 4.1.
- 22 Vgl. Scalenghe/Rothman 1996, S. 27.
- 23 Seit Abschluss der Studie kam es zu folgender Entwicklung: Im April 2007 ist Bishara von seinem Amt als Parlamentarier zurückgetreten. Der israelische Inlandsgeheimdienst wirft ihm Verrat und Spionage in Zusammenhang mit dem Libanonkrieg im Sommer 1996 vor. So soll Bishara u. a. Informationen über Angriffsziele in Israel an die Hisbollah gegeben haben. Bishara hält sich seitdem im Ausland auf.
- 24 Rabbani 2001, S. 149.
- 25 Inhalte und Ziele der anderen politischen Strömungen werden in Kapitel 4.1 vorgestellt.
- 26 Vgl. Bišāra 1998, S. 91.

- 27 Vgl. ebd., S. 93.
- 28 Unter „Israelisierung“ versteht Bishara die zunehmende Marginalisierung der Palästinenserinnen und Palästinenser in der israelischen Gesellschaft bei ansteigender Affiliation mit zionistischen Parteien; vgl. Scalenghe/Rothman 1996, S. 27.
- 29 Bishara 1997, S. 80.
- 30 Bišāra 1998, S. 88.
- 31 Vgl. ebd., S. 112. Als Ausdruck der Wiederbelebung und Erstarkung religiöser Zugehörigkeit und Identität unter der palästinensischen Bevölkerung wird z.B. der Konflikt zwischen Christen und Muslimen um die Nutzung einer Freifläche unmittelbar neben der Verkündigungskirche in Nazareth diskutiert. 1999 besetzten Leute aus dem Umfeld der Islamic Movement das Gelände mit der Absicht, dort eine Moschee zu errichten. Nach monatelangem Streit stimmte die Stadtverwaltung dem Bauvorhaben schließlich zu. Siehe zu der Auseinandersetzung Usher 2000.
- 32 Interview mit Azmi Bishara, Haifa, 2001.
- 33 Zu den nationalen kollektiven Rechten zählt Bishara u.a. die Durchführung des Arabischunterrichts durch Institutionen der kulturellen Selbstverwaltung ohne staatliche Intervention und (budgetäre) Diskriminierung; die anteilige Repräsentation der arabischen Bevölkerung in den Entscheidungsgremien des öffentlichen Sektors; das Besitzrecht für Rundfunk- und Fernsehanstalten; den Aufbau von institutionellen Repräsentationsorganen sowie die offizielle Anerkennung der palästinensischen Bevölkerung als nationale Minderheit sowie als Teil des palästinensischen Volkes. Vgl. Bišāra 1998, S. 107.
- 34 Vgl. [www.balad.org](http://www.balad.org).
- 35 Vgl. Bišāra 1998, S. 118. Bishara ist Mitbegründer des Arabischen Kulturvereins in Nazareth. Zu den Aktivitäten dieses Vereins siehe Kapitel 13.4.
- 36 Vgl. ebd., S. 115f. Die Gründung einer arabischen Universität wird bereits seit den 1980er Jahren von palästinensischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefordert. Die Gründung des Forschungszentrums Galilee Center for Social Research 1988 war ursprünglich als ein erster Schritt in diese Richtung gedacht. Siehe dazu auch Kapitel 13.1.
- 37 Ebd., S. 150.
- 38 Vgl. ebd., S. 151.
- 39 Siehe dazu die Diskussion in Kapitel 14.
- 40 Bishara 1998a, S. 15.

- 41 Shavit 1998.
- 42 Vgl. Sultany 2003; Cook/Key 2002.
- 43 Vgl. Adalah, Presseerklärung, 14.02.2006 unter [www.adalah.org](http://www.adalah.org). Ausführlich zur Arbeit des Rechtsberatungszentrums siehe Kapitel 12.2.
- 44 Zum israelisch-syrischen Verhältnis siehe Perthes 1996.
- 45 Vgl. Adalah, Presseerklärung vom 01.04.2003.
- 46 Interview mit Ozacky-Lazar, Menashe, 2001.
- 47 Ebd.
- 48 Interview mit Asaad, Haifa, 2001.
- 49 Rabbani 2001, S. 149.



## 9. Politische Möglichkeiten und Hindernisse

Das Ausmaß der politischen Möglichkeiten ist ein weiterer wichtiger Faktor für ethnopolitisches Handeln, und zwar einer, der im Unterschied zu den bislang dargestellten Aspekten außerhalb der betreffenden ethnopolitischen Gruppe zu verorten ist. Wie die theoretischen Ausführungen in Kapitel 2.1 gezeigt haben, hängen die politischen Möglichkeiten für ethnopolitisches Handeln vor allem von den institutionellen und administrativen Strukturen sowie von der Offenheit des politischen Systems ab.

Wie konstitutiv der Aspekt der politischen Möglichkeiten ist, hat der Politikwissenschaftler Sydney Tarrow anhand zahlreicher Beispiele veranschaulicht. Ihm zufolge ist die Bereitschaft zu kollektivem Handeln mehr von dem Vorhandensein politischer Möglichkeiten (bzw. Hindernisse) als von den tatsächlichen sozialen, politischen und ökonomischen Problemen abhängig, mit denen eine Gruppe konfrontiert ist:

But even a cursory look at modern history shows that outbreaks of contention cannot be derived from the deprivation people suffer or the disorganization of their societies. For these preconditions are far more enduring than the movements they support. What does vary widely from time to time and place to place are the levels and types of opportunities people experience, the constraints on their freedom of action, and the threats they perceive to their interests and values.<sup>1</sup>

Für ethnopolitisches Handeln, das wie im Fall palästinensischer NGOs auf der Ebene der Zivilgesellschaft organisiert ist, kann man noch einen Schritt weiter gehen und konstatieren, dass sich ohne das Vorhandensein politischer Möglichkeiten keine lebendige Zivilgesellschaft entwickeln kann:

Auch wenn zivilgesellschaftliche Organisationen in autoritären Systemen existieren können, weil sie entweder rein karitativer Natur sind und daher keine Bedrohung für den Staat darstellen oder aber als Oppositionsgruppen im Untergrund arbeiten, so ist doch die politische Öffnung die entscheidende Bedingung für die Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft und ihre aktive Einflussnahme auf gesellschaftspolitische Prozesse.<sup>2</sup>

Im israelischen Kontext werden die politischen Möglichkeiten durch die demokratische Grundstruktur des politischen Systems gewährleistet. Gewaltfreie Formen ethnopolitischen Handelns sind grundsätzlich erlaubt, allerdings gibt

es gewisse Einschränkungen. In Bezug auf den NGO-Sektor werden diese Möglichkeiten konkret über das Vereinsgesetz geregelt. Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen sind, wie auch andere Länderbeispiele zeigen, von elementarer Bedeutung, da sie den Grad der politischen Möglichkeiten bestimmen und damit den Handlungsspielraum definieren, in dem zivilgesellschaftliches Handeln stattfinden kann. Die Gesetzgebung kann einerseits Schutz vor staatlicher Intervention gewähren, andererseits aber auch staatliche Kontrolle und Einmischung legitimieren, durch die die Entfaltung der Zivilgesellschaft eingeschränkt wird.<sup>3</sup> Im Unterschied zu den anderen Faktoren sind die politischen Möglichkeiten, zumindest was die strukturellen Möglichkeiten (*opportunity structures*) betrifft, in Israel relativ stabil, da die Rahmenbedingungen für die Vereinsarbeit durch das bereits seit 1980 geltende Vereinsgesetz geregelt werden. Allerdings weist die Gesetzesrealität bestimmte Diskriminierungen gegenüber den palästinensischen Organisationen auf, die in den 1990er und 2000er Jahren zugenommen haben.

### 9.1 Politische Möglichkeiten: Das Amutot-Gesetz

Der israelische Vereinssektor wird seit 1980 über das *Amutot-Gesetz*<sup>4</sup> organisiert, zuvor fielen die Vereine unter die Zuständigkeit des *Osmanischen Vereinsgesetzes* von 1909.<sup>5</sup> Das Gesetz gilt als vergleichsweise liberal und hat zu einer Vereinfachung der Gründung von Organisationen geführt, was insbesondere den palästinensischen Vereinen zugute kam. Es klärt die Gründung und Registrierung von Vereinen, enthält Vorgaben für ihre interne Organisationsstruktur, regelt die Supervision durch den Registrator und nennt die Gründe, die zur Auflösung einer Organisation führen können.

Die Angaben über Charakteristika, Arbeitsbereiche und Ziele einer Vereinigung sind im Gesetz sehr offen formuliert. Dort gelten jene Organisationen als *amutot*, die von mindestens zwei Personen gegründet werden, um ohne Profitorientierung ein so genanntes rechtmäßiges Ziel zu verfolgen (Art. 1). Um eine Organisation im Registrierungsbüro, das im Innenministerium angesiedelt ist, anzumelden, müssen die Gründerinnen und Gründer Namen, Ziele und Adresse des geplanten Vereins sowie ihre eigenen Namen, Adressen und Personalausweisnummern angeben (Art. 2). Eine Organisation kann nicht registriert werden, wenn eines ihrer Ziele die Existenz oder den demokratischen Charakter des Staates Israel negiert oder wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Organisation für illegale Aktivitäten missbraucht werden soll (Art. 3). Auch der Name einer Organisation spielt eine wichtige Rolle, so wird



in Artikel 4a darauf hingewiesen, dass eine Organisation keinen Namen tragen darf, der irreführend ist, öffentliche Grundsätze (*public policy*) oder die Gefühle der Öffentlichkeit beleidigt oder der in identischer oder ähnlicher Form bereits als Vereinsname existiert. Sollte eine Organisation einen in diesem Sinne unrechtmäßigen Namen tragen, ist der Registrator, der vom Justizminister ernannt wird, berechtigt, die Vertreterinnen und Vertreter der Organisation zur Namensänderung innerhalb einer bestimmten Frist aufzufordern und nach Ablauf dieser Frist kann er das Gericht einschalten (Art. 4b). Eine Organisation wird registriert, wenn der Registrator keine Einwände gemäß Artikel 1, 3 oder 4a gegen sie anbringt. Wenn der Registrator den Eintrag einer Organisation ablehnt, haben die Gründerinnen und Gründer das Recht, innerhalb einer Frist von 30 Tagen beim zuständigen Bezirksgericht Einspruch zu erheben. Gleiches gilt für die Nichtanerkennung des Namens einer Organisation, auch hier können die Gründerinnen und Gründer innerhalb von 30 Tagen Einspruch erheben (Art. 6).

Des Weiteren schreibt das Gesetz vor, dass registrierte Vereine ein internes Regelwerk für ihre Arbeit erstellen müssen (Art. 9), welches sie dem Registrator vorzulegen haben (Art. 10a). Beabsichtigt der Verein eine Änderung von Namen oder Zielsetzung, so muss dies von der Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung des Vereins beschlossen und im Anschluss dem Registrator vorgelegt und von diesem gemäß der gesetzlichen Vorschriften (Art. 4-7) registriert werden (Art. 12). Letzteres gilt auch für Änderungen der Büroadresse (Art. 14). Die Organisationen sind verpflichtet, mindestens einmal im Jahr eine Vollversammlung abzuhalten. Geschieht dies nicht, kann der Registrator oder eine von ihm ernannte Person eine solche organisieren (Art. 20). Auch kann er selbst einen Vorstand, bestehend aus Mitgliedern des Vereins, einsetzen, falls die Organisation dies nicht selbst regelt (Art. 26b). Der Registrator besitzt die Möglichkeit, auf Antragstellung eines Viertels der Mitglieder, des Aufsichtsrates (*control committee or audit body*) oder auf eigenen Wunsch eine Überprüfung des Vereins durchführen zu lassen (Art. 40a). Bei religiös orientierten Vereinen muss dabei auch der Direktor des *Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten* eingeschaltet werden (Art. 40b). Der betroffene Verein ist berechtigt innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Bekanntgabe der Überprüfungspläne beim Innenministerium Widerspruch gegen diese einzulegen (Art. 40d). Die Kosten einer Überprüfung kann der Registrator dem Verein bzw. dem Vorstand oder dritten Antragsstellern anlasten, auch dagegen kann innerhalb von 14 Tagen Widerspruch eingelegt werden (Art. 41a, b, c).

Die Schließung von Vereinen kann abgesehen von der freiwilligen Auflösung (Art. 43) auch per Gerichtsurteil angeordnet werden (Art. 42). Die dafür im Gesetz genannten Gründe sind vielfältig: So kann eine Organisation annulliert werden, wenn ihre Aktivitäten nicht dem Gesetz oder den von ihr ursprünglich beantragten Regeln und Zielen entsprechen (Art. 49.1), wenn die Organisation oder ihre Ziele die Existenz oder den demokratischen Charakter des Staates Israels negieren (Art. 49.2), wenn ein Ermittler den Rat gibt, die Organisation aufzulösen (Art. 49.3), wenn der Verein seine Schulden nicht zahlen kann (Art. 49.4) oder wenn das Gericht es für legitim hält, den Verein zu annullieren (Art. 49.5). Justizminister, NGO-Registrator oder Geldgeber des Vereins sind darüber hinaus berechtigt, einen Antrag auf Auflösung zu stellen (Art. 50), allerdings muss die Organisation im Vorfeld angemahnt werden und die Gelegenheit erhalten, innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens auf die Vorwürfe zu reagieren. Dies gilt nicht, wenn es sich bei den Vorwürfen um Schulden handelt bzw. wenn ein Ermittler die Auflösung angeraten hat (Art. 50b). Sollte der Registrator die Vermutung haben, dass Gründe vorliegen, die zur Auflösung einer Organisation führen könnten, so ist er berechtigt, zur Klärung der Umstände alle Unterlagen der Organisation einzusehen sowie sämtliche Informationen über sie einzuholen (Art. 51). Von Seiten der beteiligten Parteien kann Einspruch gegen Gerichtsurteile zur Auflösung oder Erhaltung der Organisation erhoben werden (Art. 52).

Betrachtet man das Gesetz mit Blick auf palästinensische Organisationen, wird deutlich, dass es in dem vergleichsweise liberalen Regelwerk durchaus Aspekte gibt, die sich leicht zu Fallstricken entwickeln können. Die in vielen Punkten wenig konkreten Formulierungen des Gesetzes bieten Raum für Interpretationen und politisch motivierte Entscheidungen, wie sie beispielsweise bezüglich der Namensgebung vorkommen. Da arabische Vereinsnamen häufig symbolische Bedeutungen oder politische Konnotationen haben, liegt es im Ermessen der verantwortlichen staatlichen Stellen zu entscheiden, ob die Vereine dadurch „öffentliche Grundsätze“ oder die „Gefühle der Öffentlichkeit“ beleidigen, eine Problematik, auf die an späterer Stelle eingegangen wird.

Ein weiterer heikler Punkt des Gesetzes beinhaltet die Anerkennung des demokratischen Charakters Israels, der von einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Frage gestellt wird. Jüdische, aber vor allem auch palästinensische Initiativen aus dem Bereich der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung können aufgrund ihrer staatskritischen Haltung durch diese Klausel disqualifiziert werden.

Zudem existieren weit reichende Kontrollbefugnisse, die durch den Registrator umgesetzt werden können. So kann dieser nicht nur den Namen einer Organisation ablehnen, sondern auch die Registrierung verweigern, jederzeit eine Überprüfung anordnen sowie einen Antrag zur Auflösung stellen. Da der persönliche Ermessensspielraum des Registrators in diesen Angelegenheiten sehr groß ist, bedeutet dies eine erhebliche Abhängigkeit der NGOs.

Was das israelische *Amutot-Gesetz* wesentlich von den NGO-Gesetzen angrenzender Länder unterscheidet, ist die Möglichkeit der NGOs, gegen alle genannten Maßnahmen rechtlich Einspruch zu erheben. Vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl kompetenter palästinensischer Rechtsberatungsorganisationen und insbesondere durch die Etablierung des bereits genannten Rechtsberatungszentrums *Adalah* werden seit einigen Jahren immer mehr Klagen palästinensischer Gründerinnen und Gründer von israelischen Gerichten im Sinne der Vereine entschieden.

## 9.2 Hindernisse: Die Anwendung des Amutot-Gesetzes bei palästinensischen NGOs und andere Benachteiligungen

Obwohl das Vereinsgesetz prinzipiell allen NGOs einen verhältnismäßig großen Handlungsspielraum zugesteht, wies die Gesetzesrealität im Untersuchungszeitraum beträchtliche Diskriminierungen gegenüber den palästinensischen Vereinen auf. Ihre Benachteiligung war in vielen Bereichen sichtbar, besonders offenkundig aber zeigte sie sich in Zusammenhang mit den Registrierungs- und Finanzierungsmodalitäten der Organisationen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen politischen Möglichkeiten verweisen diese Aspekte auf die Hindernisse und Grenzen, mit denen das zivilgesellschaftliche Engagement der Palästinenserinnen und Palästinenser konfrontiert war und ist. Eine zentrale Rolle spielte dabei auch die Person von Amiram Bogot, dem zuständigen NGO-Registrator, der 1997 von der *Likud*-Regierung ernannt worden war. Seine restriktive Haltung im Umgang mit palästinensischen Vereinen verstärkte zusätzlich die ohnehin häufig schwierige Situation palästinensischer zivilgesellschaftlicher Organisationen.

### Diskriminierung palästinensischer NGOs: Die Vereinsregistrierung

Bereits die Gründung eines Vereins gestaltet sich für Palästinenserinnen und Palästinenser wesentlich schwieriger als für jüdische Israelinnen und Israeli. Dauert das Registrierungsprozedere bei jüdischen Einrichtungen in der Regel

nicht länger als zwei Wochen, so kann sich die Registrierung palästinensischer NGOs über mehrere Monate oder wie im Fall des Haifaer *Mossawa Center* auch über Jahre hinziehen.<sup>6</sup> Für die Registrierung müssen die Gründerinnen und Gründer neben Informationen über Ziele und Hintergründe der geplanten Organisation ihre persönlichen Daten angeben, über die das Registrierungsbüro dann weitere Informationen über ihre finanzielle Situierung, polizeiliche Führung sowie militärische Laufbahn einzuholen berechtigt ist.<sup>7</sup> Heikel ist dabei, dass diese Fragen oft die gesetzlichen Vorgaben übersteigen, indem sie zum Beispiel auch politische Überzeugung und politische Betätigung der Gründungsmitglieder zum Gegenstand haben.<sup>8</sup>

Wie erwähnt, kann manchmal schon der Name einer Organisation Grund für die Verweigerung ihrer Registrierung sein. Da Artikel 4a des *Amutot-Gesetzes*, nach dem eine NGO nicht registriert werden darf, wenn ihr Name irreführend ist, öffentliche Grundsätze oder die Gefühle der Öffentlichkeit beleidigt, unpräzise formuliert ist, entscheidet in Zweifelsfällen der Registrator. Als problematisch gelten vor allem solche Namen, die „Palästina“ oder „palästinensisch“ beinhalten, eine Anspielung auf Palästina darstellen oder auf die Benachteiligung der Minderheit hinweisen. Die Jugendorganisation *Baladna* in Haifa, die sich ursprünglich unter dem Namen *Baladna – Arab Palestinian Youth Organization* registrieren lassen wollte und deswegen Schwierigkeiten bei der Registrierung bekam, entschloss sich schließlich, ihre Organisation in *Baladna – Association for Arab Youth* umzubenennen und erhielt so nach zweijährigen Bemühungen im März 2001 endlich den Registrierungsbescheid.<sup>9</sup>

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die palästinensische NGOs gegenüber dem Registrator vertreten, kritisieren die weit reichenden Diskriminierungen. Sie werfen diesem vor, in vielen Fällen gegen das Vereinsrecht und damit gegen die Meinungsfreiheit zu verstoßen, wie der folgende Bericht von Suhad Bishara, einer Anwältin von *Adalah*, beispielhaft verdeutlicht:

In May 2001, a group of people submitted an application to register an NGO called *The Center against Racism against the Palestinian Community in Israel*. The aims of the society were: “to fight all forms of official and non-official racism against the Palestinians in Israel”, “to expose the dangers (sic) of racism in the past and future”, public awareness about the subject (...). The Registrar of Associations refused to register the organization arguing that the request was submitted on an outdated form (which was not true) and that the proposed name of the NGO could not be verified.

Furthermore, the Registrar of Association requested additional clarifications as to the proposed activities and the specific official and non-official forms of racism the founders will refer to. His objection to the name was not detailed and did not refer to any of the options mentioned in article 4 of the law. And no claims were raised about the legality of the purposes stated in the registration application. Following the Registrar of Associations refusal to register the society for more than 2 years, Adalah petitioned the Jerusalem District Court on behalf of the founders, demanding that the NGO should be registered immediately. Following the submittal of the petition, we arrived at an agreement according to which the name of the organization would be changed to ‚Center against Racism‘ from ‚The Center against Racism against the Palestinian Society in Israel‘ and the first purpose of the society was changed to ‚fighting all forms of racism in Israel‘ upon which it was legally registered.<sup>10</sup>

Es ist interessant, dass in vielen Streitfällen die israelischen Gerichte deutlich liberaler entschieden als die Verantwortlichen des Registrierungsbüros es sich wünschten. In einem anderen Fall erklärte im Mai 2000 ein Gericht den Entscheid von Amiram Bogot, einen Verein aufgrund der Tatsache, dass er „Palästina“ in seinem Namen trage, nicht zu registrieren, als nicht rechtmäßig.<sup>11</sup>

### Diskriminierung palästinensischer NGOs: Öffentliche Förderung und Qualitätskontrolle

Eine weitere Benachteiligung palästinensischer Vereine zeigt sich in Bezug auf ihre Finanzierung durch öffentliche Mittel. Von den knapp 3 Milliarden NIS (ca. 750 Mio. EUR), die die israelische Regierung 2002 für die Finanzierung von NGOs in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt, Wissenschaft, Kultur, Sport und Tourismus vorgesehen hatte, gingen weniger als 1% an palästinensische NGOs.<sup>12</sup> Statt durch die öffentliche Hand werden diese abhängig vom Organisationstyp entweder durch lokale Spenden oder durch die Förderprogramme ausländischer Entwicklungsorganisationen und anderer Institutionen der internationalen Zusammenarbeit finanziert. Zu den finanzkräftigsten Gebern palästinensischer NGOs zählt der *New Israel Fund (NIF)*, eine Stiftung mit Sitz in den USA, die primär Projekte unterstützt, die sich für den sozialen Wandel in Israel einsetzen.<sup>13</sup>

Die geringe staatliche Förderung palästinensischer Vereine hat unterschiedliche Gründe. Primär beruht sie auf der strukturellen Diskriminierung der pa-

lästinensischen Minderheit, wie sie ausführlich in dieser Studie dargestellt wurde. Daran zeigt sich, dass das Vorhandensein politischer Möglichkeiten für nicht staatliches Engagement keineswegs dessen staatliche Förderung impliziert. Im Gegenteil, wie das israelische Beispiel zeigt, kommt die „Parteilichkeit“ des Staates in besonderem Maße in der Förderung bzw. Vernachlässigung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zum Ausdruck.<sup>14</sup>

Neben der strukturellen ökonomischen Benachteiligung palästinensischer Organisationen ist ihre geringe Finanzierung durch öffentliche Mittel auch auf die in den 1990er Jahren eingeführten Qualitätskontrollen zurückzuführen. Angesichts des NGO-Booms in dieser Zeit beklagte das Registrierungsbüro den Verlust von Übersicht und Kontrolle des Sektors. Zu seinen zentralen Forderungen zählte die nach größerer Transparenz (*transparency*) und Rechenschaftspflicht (*accountability*) der NGOs gegenüber den staatlichen Instanzen, insbesondere in finanziellen Angelegenheiten. Um die staatlichen Kontroll- und Regulierungsmechanismen gegenüber dem nicht staatlichen Bereich zu gewährleisten, beschloss das Parlament diverse Modifikationen des *Amutot-Gesetzes*.<sup>15</sup> So wurden NGOs durch eine Gesetzesänderung von 1996 verpflichtet, ihre Ein- und Ausgaben durch jährliche Finanzberichte darzulegen sowie Jahresberichte über ihre Aktivitäten zu erstellen. 1999 richtete man zusätzlich ein computergesteuertes Buchhaltungssystem ein, über das die staatlichen Finanzierungsstellen, die Ministerien für Bildung, Religion, Arbeit, Gesundheit, Handel und Industrie sowie das Premierministerium miteinander vernetzt wurden, um so die Doppelung von Geldern und anderen Missbrauch zu verhindern. Als wichtigste Gesetzesänderung galt jedoch die Einführung des *proper management-Prinzips* durch den staatlichen Rechnungshof (*Government Auditing Committee*) im September 1998. Damit wurde die Finanzierung der Vereine durch öffentliche Gelder sowie steuerliche Entlastungen an die Vorlage eines Zertifikats über gutes Management gekoppelt. Erstellt wird dieses auf Grundlage der Jahres- und Finanzberichte der Organisationen sowie aufgrund von Evaluierungen ihrer Arbeit.

Obwohl palästinensische Vereine ohnehin nur in geringem Maße staatlich gefördert werden, erschwerten die neuen Regelungen ihren Zugang zu staatlichen Ressourcen erheblich. Grund dafür war in erster Linie die schlechte Informationspolitik gegenüber palästinensischen Vereinen, die nicht selten über die neuen Richtlinien nicht informiert wurden. Daneben waren viele Organisationen auch von den vermehrten administrativen und bürokratischen Auflagen überfordert. Zusätzlich erschwert wurde diese Situation dadurch, dass der

Registrator zunächst darauf bestanden hatte, dass der gesamte Schriftverkehr in hebräischer Sprache abzufassen sei, und dies ungeachtet der Tatsache, dass Arabisch die zweite offizielle Sprache in Israel ist und das *Amutot-Gesetz* arabischsprachige Berichte akzeptiert. In dem 35-köpfigen Team um Amiram Bogot konnte jedoch niemand Arabisch lesen. Wie in der Ausgabe des *Discrimination Diary* der *Arab Association for Human Rights (HRA)* vom Mai 2000 beschrieben, wurde die Kommunikation zwischen dem Registrator und den palästinensischen Aktiven auch dadurch verkompliziert, dass immer wieder Schriftstücke verschwanden und telefonische oder schriftliche Anfragen nicht beantwortet wurden.<sup>16</sup> Anders als jüdische Einrichtungen mussten palästinensische NGOs zudem zusätzliche Angaben über ihre Arbeit machen, die außerhalb der gesetzlichen Forderungen lagen. Aufgrund der zum Teil mangelnden Kenntnis der Rechtslage seitens der NGO-Mitarbeiterinnen und NGO-Mitarbeiter kam es deshalb in vielen Fällen zu langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Registrator, die nicht selten dazu führten, dass den Organisationen das Zertifikat nicht ausgestellt und somit eine öffentliche Finanzierung nicht möglich wurde.<sup>17</sup> Bei einigen Organisationen führte diese Situation sogar zur Aufhebung der Vereinszulassung.<sup>18</sup>

Ins Fadenkreuz des Registrierungsbüros geriet in dieser Zeit auch die *Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services*, eine der ältesten palästinensischen NGOs, die jahrelang mit israelischen staatlichen Einrichtungen zusammen gearbeitet hatte.<sup>19</sup> Ihr war in den Jahren 1999 und 2000 mehr als einmal die *proper management-Zertifizierung* entzogen und wieder ausgestellt worden. Der Registrator warf dem Verein vor, an der Gründung anderer Organisationen sowie der Unterstützung kommunaler arabischer Einrichtungen jenseits des konstatierten Ziels der Organisation beteiligt zu sein. Von palästinensischer Seite wurde dieses Vorgehen als Versuch gewertet, die *Galilee Society*, die in der Vergangenheit wegen ihrer Professionalität auch in der israelischen Öffentlichkeit großes Ansehen genossen hatte, aufgrund ihrer Beteiligung an der Gründung des palästinensischen NGO-Dachverbandes *Ittijah* sowie des Rechtsberatungszentrums *Adalah* zu delegitimieren und zu schließen.<sup>20</sup>

Es ist zu unterstreichen, dass die Diskriminierung arabischer NGOs in erster Linie nicht auf einer per se restriktiven Gesetzgebung beruht, sondern dass es vielmehr die Grauzonen des Gesetzes sind, die willkürliche Interpretationen und Handhabungen durch die staatlichen Instanzen zulassen und die, politisch motiviert, vor allem palästinensische Organisationen benachteiligen. Die Ver-

stärkung staatlicher Regulierungsmechanismen gegenüber dem israelischen NGO-Sektor insgesamt ist dagegen durchaus gerechtfertigt. Sie korrespondieren mit den Versuchen internationaler staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen, durch eine verstärkte Überprüfung (*monitoring*) lokaler NGOs der Korruption und Misswirtschaft in diesem Sektor vorzubeugen.<sup>21</sup> Auch von Seiten palästinensischer NGO-Aktivistinnen und NGO-Aktivisten werden die Gesetzesreformen prinzipiell für sinnvoll erachtet. Ihre Kritik richtet sich vielmehr gegen den Registrator, dem sie vorwerfen, diese als Schikane gegenüber den palästinensischen Vereinen zu missbrauchen:

These [legal; K.H.] requirements, while severe, are understandable if the Registrar only wished to promote the worthwhile goals of nonprofit transparency and accountability. However, Boget [sic] has used the tools at his disposal to harass the Arab nonprofit sector.<sup>22</sup>

Neben den bürokratischen und ökonomischen Diskriminierungen nahmen seit Mitte der 1990er Jahre auch gewalttätige Übergriffe von Seiten israelischer Sicherheitskräfte auf Repräsentantinnen und Repräsentanten der palästinensischen Zivilgesellschaft zu. Diese betrafen nicht nur Politikerinnen und Politiker<sup>23</sup>, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von palästinensischen Vereinen. Nach den *Oktober-Unruhen* wurden solche Übergriffe noch häufiger. Betroffen waren davon jedoch hauptsächlich Aktivistinnen und Aktivisten islamisch orientierter Parteien und Organisationen und weniger die Mitglieder säkularer NGOs.<sup>24</sup> Aufgrund des zum Teil sehr massiven Auftretens der israelischen Sicherheitsleute werteten palästinensische Menschenrechtsorganisationen wie die *Arab Association for Human Rights (HRA)* die Festnahmen und Übergriffe als Versuche der Einschüchterung der gesamten palästinensischen Bevölkerung.<sup>25</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die strukturellen politischen Möglichkeiten für NGO-Engagement in Israel durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen gewährleistet sind. Auch für Angehörige der palästinensischen Minderheit gilt, dass Selbstorganisation in Form von Vereinen und NGOs möglich und legitim ist. Die auffallende Benachteiligung sowie strengere Kontrolle palästinensischer Organisationen durch die staatlichen Behörden, die bereits mit der Registrierung der Vereine beginnt, zeigt aber auch, dass die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel immer noch als eine Art Bedrohung wahrgenommen, zumindest aber mit einer gewissen Skepsis beobachtet werden. Dies gilt besonders für solche Orga-



nisationen, die über ihre inhaltliche Arbeit hinaus, direkt politisch Stellung beziehen. Korrespondierend mit dem Zugewinn an Kompetenz und Stärke des palästinensischen NGO-Sektors lassen sich im Untersuchungszeitraum vermehrt Versuche staatlicherseits ausmachen, den Handlungsspielraum der Organisationen zu begrenzen.

### **Anmerkungen**

- 1 Tarrow 1998, S. 71.
- 2 Hermann 2000, S. 21.
- 3 Zu NGO-Gesetzgebungen und Reformansätzen im arabischen Kontext siehe ausführlich die Beiträge der Arab Initiative for the Freedom of Association ([www.arabifa.org/domino/arabifa/aifa.nsf](http://www.arabifa.org/domino/arabifa/aifa.nsf)) und der Weltbank ([www.worldbank.org/mdf/prj-lawyers.html](http://www.worldbank.org/mdf/prj-lawyers.html)).
- 4 Die Ausführungen zum Gesetz beziehen sich, sofern nicht anders angemerkt, auf die englische Übersetzung des Gesetzestexts: Nonprofit Societies (Amutot) Law 5740-1980.
- 5 Vereine, die unter dem osmanischen Vereinsgesetz registriert waren, konnten sich im Laufe eines Jahres nach Inkrafttreten des Amutot-Gesetzes unter diesem registrieren lassen. Auf Antrag konnte diese Frist um ein weiteres Jahr verlängert werden. Vereine, die sich nicht neu registrieren ließen, wurde der Vereinsstatus entzogen. Vgl. Nonprofit Societies (Amutot) Law 5740-1980, Art. 60-62.
- 6 Vgl. Interview mit Farah, Haifa, 2001. Zum Mossawa Center siehe ausführlich Kapitel 12.3.
- 7 Vgl. Nachmias/Bogot 2000, S. 11.
- 8 Vgl. Arab Association of Human Rights, Discrimination Diary, 31.05.2000.
- 9 Vgl. Interview mit Nashef, Haifa, 2001.
- 10 E-Mailkorrespondenz der Autorin mit Suhad Bishara, 15.08.2003.
- 11 Vgl. Nachmias/Bogot 2000, Anm. 51.
- 12 Eine Untersuchung von Amin Fares vom Mossawa Center zeigt, dass im Jahr 2002 nur 1,5 % des Budgets des Erziehungsministeriums an arabische NGOs gingen. Von 160 Millionen NIS (ca. 40 Mio. EUR), die im Bereich von Wohlfahrt und Arbeit an 350 israelische NGOs gingen, erhielten nur drei arabische NGOs eine Gesamtsumme von 400.000 NIS (0,25 %). Von 439 Millionen NIS (ca. 110 Mio. EUR) des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur und Sport erhielten arabische NGOs 6.5 (ca. 1.6

- Mio. EUR) und arabische Lokalverwaltungen 5,9 Millionen NIS (ca. 1.5 Mio. EUR), was zusammen rund 3 % des gesamten Budgets ausmachte. Das Ministerium für Religiöse Angelegenheiten, das über ein Budget von 1,2 Milliarden NIS (ca. 300 Mio. EUR) für religiöse NGOs verfügte, zahlte davon 99,6 % an jüdische Organisationen. Vgl. Fares 2003, S. 1.
- 13 Im Untersuchungszeitraum unterstützte der NIF u.a. Projekte von Adalah und I'lam.
  - 14 Zur „Parteilichkeit des Staates“ siehe Kapitel 4.
  - 15 Vgl. Nachmias/Bogot 2000, S. 3ff.
  - 16 Vgl. Arab Association of Human Rights, Discrimination Diary, 31.05.2000.
  - 17 Vgl. Mossawa Center, Governmental ministries discriminate against Arab NGOs, E-Mail des Mossawa Center, 27.02.2003.
  - 18 Vgl. Arab Association of Human Rights, Discrimination Diary, 31.05.2000.
  - 19 Zu den Aktivitäten der Galilee Society siehe Kapitel 13.3.
  - 20 Vgl. Arab Association of Human Rights, Weekly Press Review, Nr. 11, 14.-20.11.2000.
  - 21 Besonders die Korruptionsvorwürfe gegen die palästinensischen Rechtsberatungsorganisation LAW in der Westbank haben den palästinensischen NGO-Sektor auch international in die Kritik gebracht. Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 15.2
  - 22 Arab Association of Human Rights, Discrimination Diary, 31.05.2000.
  - 23 Siehe dazu die Studie von Cook/Key 2002.
  - 24 So wurde im Mai 2003 Scheich Ra'id Salah, Leiter des Nordflügels der Islamic Movement und Direktor der Al-Aqsa Association for the Protection of Islamic Holy Places und mit ihm 14 weitere Aktivisten festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, Gelder an Organisationen in der Westbank und im Gazastreifen, u. a. an *Hamas* transferiert zu haben. Die Festnahmen, die sich auf mehrere Dörfer Galiläas sowie auf Umm al-Fahm konzentrierten, wurden von rund 1.000 Sicherheitsleuten durchgeführt. Einen Tag später drangen israelische Sicherheitskräfte auch in die Büroräume der Ansar al-Sajeen – The Prisoner's Friends' Association ein, nahmen ihren Leiter fest und konfiszierten Computer, Telefone und Unterlagen der Organisation. Vgl. Arab Association for Human Rights 2003.
  - 25 Ebd.

## 10. Gewalt und Identität: Der Einfluss der Oktober-Unruhen auf Identität und ethnopolitisches Handeln

Das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel wurde neben den Einflüssen des Oslo-Prozesses in besonderem Maße durch die Erfahrung der *Oktober-Unruhen* (*Habbāt Uktūbar*) im Herbst 2000 geprägt. Die *Oktober-Unruhen*, die je nach ideologischer Färbung auch *Oktober-Ereignisse* (*Aḥdāt Uktūbar*), *Intifada im Inneren* (*Intifāda fī ad-dāḥil*) oder *Al-Aqsa-Intifada* (*Intifādat al-Aqṣā*) genannt werden, begannen einige Tage nach Beginn der zweiten *Intifada* in der Westbank und im Gazastreifen. Nachdem es bei den dortigen Protestdemonstrationen gegen Ariel Sharons Besuch des Haram al-Sharifs bzw. des Tempelberges zu Opfern unter den palästinensischen Demonstrantinnen und Demonstranten gekommen war, weiteten sich die Demonstrationen aus, und ab dem 1. Oktober 2000 gingen auch im Norden Israels Palästinenserinnen und Palästinenser auf die Straße, um gegen das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte in den Palästinensischen Autonomiegebieten zu demonstrieren. An einigen Stellen kam es zu Ausschreitungen, als palästinensische Demonstrantinnen und Demonstranten die Polizei mit Steinen bewarfen und Reifen anzündeten. Die Polizei ging mit Sondereinsatzkommandos und Heckenschützen gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor und setzte scharfe Munition, Gummigeschosse und Tränengas ein. Dabei wurden in der ersten Oktoberwoche elf palästinensische Jugendliche und Männer getötet, Hunderte verletzt und mehr als 700 Menschen verhaftet. Zwei weitere Palästinenser wurden in den folgenden Tagen von Polizisten getötet, als aufgebrachte jüdische Bürgerinnen und Bürger palästinensische Läden, Wohnhäuser und Moscheen attackierten.<sup>1</sup>

Die palästinensische Bevölkerung reagierte schockiert auf das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte sowie auf den offenen Rassismus, der ihnen von Teilen der jüdischen Bevölkerung entgegengebracht wurde. Obwohl es in der Geschichte Israels immer wieder zu Zusammenstößen zwischen israelischen Sicherheitskräften und palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern gekommen war und die *Oktober-Unruhen* durchaus im Kontext struktureller staatlicher Gewalt wahrgenommen werden, sieht die palästinensische Seite diese aufgrund ihres Ausmaßes und der zahlreichen Opfer als eine Zäsur in der Beziehung zwischen Staat und Bevölkerungsmehrheit auf der einen und palästinensischer Minderheit auf der anderen Seite an. Weite Teile der israelischen Öffentlichkeit und Politik machen dagegen die palästinensischen Demonstrantinnen und

Demonstranten sowie die palästinensische politische Führung für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Das gewalttätige Vorgehen der Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Zurückhaltung verantwortlicher palästinensischer Politiker habe das Eingreifen der Sicherheitskräfte notwendig gemacht, so die gängige Meinung im Land.

Die palästinensische Rechtsberatungsorganisation *Adalah*, die die *Oktober-Unruhen* untersuchte und dokumentierte, führt dagegen andere Gründe an, die zur Gewalteskalation beigetragen haben: Neben Ariel Sharons Provokation zählte dazu das Verhalten anderer hochrangiger Politiker und Offizieller sowie die Berichterstattung der Medien. Ehud Barak, zu der Zeit Ministerpräsident des Landes, wird vorgeworfen, „grünes Licht“ für die Anwendung jeglicher Mittel zur Auflösung der Demonstrationen gegeben und damit auch den Einsatz scharfer Munition gebilligt zu haben. Dem damaligen Minister für Innere Sicherheit, Shlomo Ben Ami, wirft *Adalah* vor, einen Polizeiplan umgesetzt zu haben, der vorsieht, bei palästinensischen Massendemonstrationen den Einsatz von Heckenschützen sowie von Maßnahmen, die normalerweise verboten sind, zu erlauben. Im September 2000, also unmittelbar vor den *Oktober-Unruhen*, waren dazu offenbar Trainingsmaßnahmen durchgeführt worden.<sup>2</sup> Die einseitige Darstellung der Zusammenstöße in den hebräischsprachigen Medien sowie die Demagogisierung der arabischen Bevölkerung als Staatsfeinde haben laut Analyse der Rechtsberatungsorganisation die Situation zusätzlich verschärft.<sup>3</sup>

Die *Oktober-Unruhen* beeinflussten nicht nur nachhaltig das Verhältnis der palästinensischen Bevölkerung zum Staat und zur jüdischen Mehrheitsbevölkerung, sondern auch und vor allem ihre eigene Identität als Palästinenserinnen und Palästinenser. Für die Aktivistinnen und Aktivisten der palästinensischen Zivilgesellschaft stellte die Krisensituation eine besondere Herausforderung dar.

### 10.1 „Feuertaufe“ der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel: Die Rolle der NGOs im Umgang mit den Oktober-Unruhen

Im Umgang mit der zum Teil dramatisch eskalierten Situation in den arabischen Dörfern und Städten im Norden Israels spielten NGOs eine wichtige Rolle. Sie kümmerten sich um die medizinische Versorgung, um die psychologische Unterstützung und um die rechtliche Beratung für die Verletzten und Verhafteten sowie für die Angehörigen der Toten. Darüber hinaus informierten sie die Medien und führten Informationskampagnen durch.<sup>4</sup>

Einrichtungen wie die *Al-Hayat Zentren* in Umm al-Fahm und Sakhnin organisierten die medizinische Notfallversorgung der Verletzten, rekrutierten medizinische Fachleute und arrangierten Transporte in die Krankenhäuser der umliegenden jüdischen Städte. Die Krankentransporte mussten deshalb eigenständig organisiert werden, da die Polizei den staatlichen *Magen David Adom*-Krankswagen die Zufahrt in die arabischen Dörfer und Städte verwehrte, und es dort, mit Ausnahme von Nazareth, keine eigenen Krankenhäuser und nur wenige Krankenvan gibt.<sup>5</sup>

Angesichts der einseitigen Berichterstattung über Hintergründe und Verlauf der Demonstrationen in den israelischen Medien führte die palästinensische Lobbyorganisation *Mossawa Center* gemeinsam mit dem Medienzentrum *I'lam* eine umfangreiche alternative Medienkampagne durch und versorgte Medienvertreterinnen und Medienvertreter sowie internationale Beobachterinnen und Beobachter mit zusätzlichen Informationen. Dass die hebräischen Medien sich in den ersten Tagen der Unruhen weigerten, Angaben zu den palästinensischen Opfern zu machen, keine Namen nannten und auch keine Bilder veröffentlichten, wurde in der palästinensischen Bevölkerung als ein Versuch gesehen, die Opfer zu entmenschlichen. Als Reaktion veröffentlichten palästinensische NGOs die Namen und Bilder der Toten, zeigten die Verletzten und erstellten eine Dokumentation der Ereignisse.<sup>6</sup> In Zusammenarbeit mit dem Rechtsberatungszentrum *Adalah* veröffentlichten sie in hebräischsprachigen Zeitungen Artikel und Anzeigen, in denen sie die Freilassung der verhafteten Demonstrantinnen und Demonstranten forderten.<sup>7</sup> Ihr Druck auf die hebräischen Medien führte schließlich dazu, dass diese Fotos und Hintergrundinformationen zu den Opfern veröffentlichen mussten. Die liberale israelische Tageszeitung *Ha'aretz* lobte diesen Erfolg als „Feuertaufe“ der arabischen Organisationen: „The greatest success of the two organizations [*Mossawa Center* und *I'lam*; K.H.] was they managed to get the Hebrew papers to print the pictures of the Arab-Israeli victims, together with their names and biographical details.“<sup>8</sup>

Außerdem organisierten *I'lam* und *Mossawa Center* am 5. Oktober 2000 ein Krisentreffen mit mehr als 30 ausländischen Botschafterinnen und Botschaftern in den Räumen der *Heinrich Böll Stiftung* in Tel Aviv, ein Kooperationspartner beider NGOs. Darüber hinaus informierten die palästinensischen NGOs internationale Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch*, die in Folge der *Oktober-Unruhen* erstmals Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Staates Israels in ihren Berichten

dokumentierten. *Mossawa*, *Adalah* und die *Arab Human Rights Association* in Nazareth agierten als Verbindungsorgane zu den internationalen Organisationen und organisierten Treffen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der *Europäischen Union* und der *Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen*.<sup>9</sup>

Das Rechtsberatungszentrum *Adalah* engagierte sich in Zusammenhang mit den *Oktober-Unruhen* auf vielfältige Weise. Neben seiner besagten Rolle als Verbindungsorgan zu internationalen Menschenrechtsorganisationen fungierte es als Verteidiger der Verhafteten und beriet die Familien der Opfer. Außerdem setzte es sich erfolgreich dafür ein, dass eine offizielle Untersuchungskommission eingesetzt wurde, vor der es die Familien der Opfer vertrat.

Das pädagogische Zentrum *Tufula*, das während der *Oktober-Unruhen* geschlossen blieb, nahm nur wenige Tage nach den Unruhen seine Arbeit wieder auf. Es konzentrierte sich auf die psychologische Betreuung von traumatisierten Kindern sowie auf die Beratung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern.



Abb. 5: Nabila Espanioly  
(Photo: K. Hermann)

Die Direktorin von *Tufula*, Nabila Espanioly, wusste, dass es für Kinder in solch einer Situation wenig Raum gibt, ihre Gefühle auszudrücken und dass sie in ihrer Umgebung zunächst wenig Unterstützung erfahren. 1998 hatte sie die Familien in dem Dorf Umm al-Sahali (*Umm as-Sahāli*) besucht, deren Häuser kurz zuvor von Bulldozern der israelischen Armee zerstört worden waren und hatte dort erlebt, wie wenig Aufmerksamkeit die Erwachsenen in dieser Krisensituation ihren Kindern entgegenbrachten.<sup>10</sup> Espanioly arbeitete damals in den Familien mit einem therapeutischen Kinderbuch aus der Westbank, das sich genau auf die Situation der Häuserzerstörung, die ja in den besetzten Gebieten ein bekanntes Phänomen

ist, bezieht. Sie erinnerte sich, dass ein kleines Mädchen aus Umm al-Sahali, das aufgrund des schockierenden Erlebnisses zwei Tage lang nicht gesprochen hatte, die Parallelen zu ihrer eigenen Erfahrung entdeckte und mit den Worten „Das ist meine Geschichte“ ihre Sprache wiederfand.<sup>11</sup>

Aufgrund ihrer Erfahrungen beschlossen die Mitarbeiterinnen von *Tufula* im Oktober 2000, ein Notfalltelefon einzurichten, um Eltern, Lehrerinnen und

Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher beim Umgang mit traumatisierten Kindern, Schülerinnen und Schülern zu beraten. Außerdem publizierte *Tufila* Informationsbroschüren über die Aufarbeitung von Gewalterfahrungen und verteilte sie an den Schulen.<sup>12</sup> Dass dennoch auch bei vielen Aktivistinnen und Aktivisten Gefühle der Ohnmacht und Hilflosigkeit dominierten, beschrieb Espanioly in dem Aufsatz „Nightmare“, wo sie ihr eigenes Erleben der *Oktober-Unruhen* schildert:

Coming back to work after several days of strikes and police brutality in our streets and in our homes, how could I continue? What should I be doing? Open a hotline to support children, parents, and teachers when there was no other psychological support available? Not enough. Write a guide for teachers on how to deal with the issue in their classrooms? Not enough. Write a guide for parents, work with parents, and listen to mothers in Nazareth weeping over how their houses were invaded by police and how their sons or daughters can't sleep now? And, three months later, how their children still keep a knife under their pillow and can't sleep without it? All that, and thinking of my brothers and sisters who have lived through all the days of October, all the days of November, December, January, February (...) up until the present day, under curfew and experiencing daily violence and attacks. What do their children feel? Fear? Panic? What? And how does a child deal with fear?<sup>13</sup>

Die Aktivitäten der NGOs, insbesondere jene im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, zeigten in Zusammenhang mit den *Oktober-Unruhen* eine neue Ausrichtung. Über die Internationalisierung der Problematik in Form von Botschaftertreffen und Anrufen bei internationalen Menschenrechtsorganisationen, versuchten sie ihren Handlungsspielraum zu erweitern und den politischen Druck auf den Staat zu erhöhen. Die Einbeziehung internationaler Akteure war innerhalb der politischen Szene allerdings nicht unumstritten. Während ein Teil der Aktivistinnen und Aktivisten die Kontaktaufnahme zu Drittparteien als eine wichtige Möglichkeit der Einflussnahme und des Schutzes befürwortete, interpretierten andere es als Bankrotterklärung staatsbürgerschaftlicher Identität und Kompetenzen, wenn sich palästinensische Bürgerinnen und Bürger an internationale Organisationen anstatt an die verantwortlichen staatlichen Institutionen wenden müssten. Hintergrund dieser Diskussion war ein Schreiben des *Follow Up-Committees for Arab Affairs* an die UN-Menschenrechtsbeauftragte Mary Robinson mit der Bitte um die Ent-

sendung internationaler Beobachterteams zum Schutz der palästinensischen Minderheit.

## 10.2 *Oktober* als Lektion: Der Einfluss der *Oktober-Unruhen* auf das Selbstverständnis der Palästinenserinnen und Palästinenser

Die *Oktober-Unruhen* führten bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu einer noch intensiveren Auseinandersetzung mit ihrer Situation und ihrem Status in Israel. Sie beschrieben die Ereignisse als tiefe Verunsicherung und traumatisches Erlebnis. Durch das Vorgehen der Sicherheitskräfte und durch die Übergriffe des Mobs, dem sie schutzlos ausgeliefert waren und der selbst noch von der Polizei unterstützt wurde, fühlten sie ihre Existenz als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels radikal in Frage gestellt. Je nach politischer Orientierung interpretierten sie die Unruhen unterschiedlich, in gewissen Punkten herrschte jedoch Einigkeit. So bezeichneten viele die *Oktober-Unruhen* als eine Lektion, die ihnen gezeigt habe, dass sie keine gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Staates sind. Diese Lektion sei insbesondere für diejenigen lehrreich gewesen, die im Kontext der Israelisierungstendenzen der frühen 1990er Jahre an eine Integration der palästinensischen Minderheit in das zionistische System geglaubt hatten, eine Haltung, die der *Adalah*-Jurist Marwan Dalal rückblickend als „bestenfalls naiv und schlimmstenfalls opportunistisch“<sup>14</sup> kritisierte. „Wenn die israelischen Institutionen die geringste Bedrohung spüren, zeigen sie dir, dass dein Leben nichts Wert ist“<sup>15</sup>, beurteilte Nadim Nashef von der palästinensischen Jugendorganisation *Baladna* die Vorfälle und kritisierte, dass das brutale Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte erneut deutlich gemacht habe, dass die Beziehung zwischen Staat und Minderheit auf struktureller Unterdrückung beruhe, die jederzeit in Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung eskalieren könne.<sup>16</sup>

Für Areen Hawari von der Nazarener Menschenrechtsorganisation *HRA*, die die *Oktober-Unruhen* als Schwangere erlebte, war die Erfahrung der körperlichen Schutzlosigkeit besonders erschreckend:

In diesen Tagen war es sehr deutlich, dass der Staat uns nicht als seine Bürger betrachtete. Er sah uns nicht als Bürger und zögerte nicht, uns zu töten, uns zu erschießen, statt unser Recht auf Meinungsfreiheit zu respektieren. (...) Der Staat sollte zumindest auf die körperliche Unversehrtheit [seiner Bürgerinnen und Bürger; K.H.] achten, dann können wir über andere Rechte reden. Aber selbst der Körper war bedroht. (...) Ich war zu dieser



Zeit schwanger und konnte weder zu den Beerdigungen noch zu den Demonstrationen gehen. Die Menschen starben und ich konnte nicht zu ihren Beerdigungen gehen. Kannst du dir vorstellen, was für ein Gefühl das war? Zu Hause weinte ich aus Hilflosigkeit und fühlte mich so schlecht, weil ich mich um mein Baby und um die Schwangerschaft sorgte, während zur gleichen Zeit Menschen getötet wurden. Wenn man sich um den Körper fürchten muss, dann ist das ein rassistischer Staat, dann ist das ein Apartheidsregime.<sup>17</sup>

Einige Aktivistinnen und Aktivisten verbanden mit den *Oktober-Unruhen* jedoch auch Hoffnungen: Sie hofften, dass sich der israelische Staat nun mehr mit der Situation der palästinensischen Minderheit auseinandersetzen wird und vermuteten außerdem, dass diese Erfahrung auch die innerpalästinensischen Debatten beschleunigen wird. Dies traf zumindest für die Thematik des Dienstes von Palästinensern in der israelischen Armee zu, traditionell ein besonders heikles Thema in der palästinensischen politischen Szene. Die Untersuchungen der *Oktober-Unruhen* hatten nämlich ergeben, dass mindestens zwei Opfer von drusischen Sicherheitskräften getötet worden waren. Laut israelischer Gesetzgebung sind Angehörige der arabischen Bevölkerung, mit Ausnahme der Drusen, die einem obligatorischem Wehrdienst in Israel unterliegen, vom Militärdienst ausgeschlossen. Christliche und muslimische Männer können aber als Freiwillige in der israelischen Armee dienen, was viele auch tun. So hat in den 1990er Jahren die Zahl derer, die freiwillig zur Armee gingen, deutlich zugenommen, was von Beobachtern als Zeichen zunehmender „Israelisierung“ gedeutet wurde. Immer mehr junge Palästinenser erhofften sich davon eine Verbesserung ihrer sozioökonomischen Situation und vor allem bessere Chancen für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Diese sind in Israel häufig an den Dienst in der Armee gekoppelt, was die palästinensische Bevölkerung, die keinen regulären Wehrdienst absolvieren kann, stark benachteiligt.

Der Tod zweier Palästinenser während der *Oktober-Unruhen* durch drusische Soldaten war trotz des Wissens, dass drusische Soldaten auch in den besetzten palästinensischen Gebieten an vorderster Front kämpfen, für viele Aktivistinnen und Aktivisten ein Schock. So zeigt sich ihrer Ansicht nach in der Armeefrage auf besonders eindringliche Weise die Identitätsproblematik der palästinensischen Bevölkerung, wie auch der Parlamentarier Azmi Bishara wiederholt betont hat:

(W)e are incapable of serving in the army. It is not just an army of occupation, but an army that was established on the principle of the negation of our presence in this land. To wear that uniform is an act of perversion, of deformation. (...) You can't wear it without violating a thousand moral barriers, and a thousand identity barriers.<sup>18</sup>



Abb. 6: Denkmal für die Opfer der *Oktober-Unruhen* in Nazareth  
(Photo: K. Hermann)

Trotz der Befürchtung, dass eine öffentliche Diskussion dieses Themas von israelischen Instanzen genutzt werden könnte um die arabische Bevölkerung weiter zu spalten, wurde die Debatte unter dem Einfluss der *Oktober-Unruhen* intensiviert.<sup>19</sup> Viele Aktivistinnen und Aktivisten machten deutlich, dass sie die Beteiligung von Arabern in der israelischen Armee ebenso wie den zivilen Dienst kategorisch ablehnten. Sie verstärkten ihre Lobbyaktivitäten und bemühten sich darum, in der Gesellschaft das Bewusstsein für diese Thematik zu festigen.<sup>20</sup> Zu den entschiedensten Gegnern jeglicher Beteiligung von Arabern in der israelischen Armee gehörte Nabil Saleh, Mitarbeiter des *Galilee Center for Social Research* in Haifa. Neben seiner Tätigkeit in dem Forschungszentrum

arbeitete er als Lehrer und besprach dieses Thema mit seinen Schülerinnen und Schülern:

Ich beobachte diese Situation mit großen Bedenken und verstehe nicht, wie Araber andere Araber umbringen können. Ich verstehe auch nicht, dass Araber in zionistischen Parteien sein können. Es gibt nun Versuche, Druck auf diese Leute auszuüben, um sie aus dem israelischen Sicherheitsapparat heraus zu bekommen. Das *Komitee zum Boykott des Wehrdienstes*, dem ich angehöre, traf sich nach den Wahlen und diskutierte über mögliche Schritte. Wir haben überlegt, einen neuen Slogan mit dem Inhalt ‚Alle Araber raus aus der israelischen Armee und Polizei‘ zu entwerfen. (...) Vielleicht ändert die Erfahrung von *Oktober* etwas an dieser Situation. Es gab in den 1990er Jahren eine Zunahme [arabischer Volontäre in der israelischen Armee; K.H.]. Ihre Motive sind unterschiedlich: Manche tun es als Verdienstmöglichkeit, andere, wie etwa die Leute aus Dörfern, in denen es Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen gab, weil sie sich selbst stärken und schützen möchten. Ich glaube aber, dass der Hauptgrund für diese Situation ein Phänomen ist, das ich in einem Artikel das ‚fehlende Zentrum‘ nannte. Das im metaphorischen Sinne ‚Zentrum der Gesellschaft‘ war in den 1990er Jahren abwesend, was zu einem Durcheinander führte und dazu, dass die Dinge außer Kontrolle gerieten. Das führte dann zu Entwicklungen wie dem Militärdienst, die ich als eine Krankheit betrachte, die man behandeln muss. Ich – und das weiß ich auch von anderen – spreche mit keiner Person, die Beziehungen zu zionistischen Parteien, Sicherheitskräften und Ähnlichem hat. (...) Ich glaube, wenn ein gesellschaftlicher Boykott bestünde, würden die Leute vor solchen Schritten wie dem Wehrdienst zurückschrecken. Ich betrachte das als ein sehr ernsthaftes Problem. (...) Ich sage auch in der Schule genau das, was ich dir jetzt sage. Ich weiß, dass das mit Gefahren verbunden ist, doch ich kann mit den Dingen nicht anders umgehen. Es gibt Lehrer, die zu dem Thema schweigen und andere, die nur indirekt und sehr ängstlich mit den Schülern darüber reden. Ich mache das nicht so.<sup>21</sup>

In der kollektiven Erinnerung der Palästinenserinnen und Palästinenser markieren die *Oktober-Unruhen*, die in einer Linie mit dem Massaker im Dorf Kufr Qasim (1956)<sup>22</sup> und den Zusammenstößen am *Tag des Bodens* (1976) erinnert werden, einen Einschnitt, der das innerisraelische jüdisch-arabische Verhältnis in ein Vorher und ein Nachher teilt. Inwiefern sie allerdings tatsächlich

einen Wendepunkt im jüdisch-arabischen Verhältnis darstellen oder sogar einen Paradigmenwechsel in der israelischen Politik oder palästinensischen Widerstandskultur einleiten können, darüber gehen die Einschätzungen der Aktivistinnen und Aktivisten weit auseinander. Walid Mulla, Pädagoge und Experte für jüdisch-arabische Koexistenz, hielt die *Oktober-Unruhen* für eine Wasserscheide des jüdisch-arabischen Verhältnisses: „From this point onward we are headed either in the direction of recognizing Arabs as legitimate citizens of the state, or toward a state of affairs akin to Northern Ireland.“<sup>23</sup> Nabil Saleh schätzte das Potential der *Oktober-Unruhen* deutlich zurückhaltender ein als viele andere. Aus seiner Sicht stellen die Vorfälle an sich keinen Wendepunkt dar, sondern müssten erst zu einem solchen gemacht werden. Ohne eine „Nutzung“ dieser Ereignisse würden sie, ähnlich dem *Tag des Bodens*, ohne weit reichende politische Wirkung bleiben. Er befürchtete, dass die Ereignisse die Menschen stark verängstigt haben und dass sich diese Angst sogar negativ auf ihre Widerstandskultur auswirken könnte:

Ich glaube, dass die Ereignisse vom *Oktober* an sich keinen Wendepunkt in der Beziehung zwischen Arabern und Staat darstellen. Wir können möglicherweise einen Wendepunkt daraus machen, aber bis jetzt ist das noch nicht geschehen. Unser Problem ist, und das sage ich immer wieder, dass wir keine Mechanismen für eine Fortsetzung (wörtl. Akkumulation) haben. Auch die Ereignisse am ‚Tag des Bodens‘ 1976 stellten keine Basis dar, auf der sich Aktionen und Bewusstsein in Richtung eines Wandels in der Beziehung zum Staat fortsetzen konnten. (...) In Bezug auf die *Oktober-Unruhen* konnte ich beobachten, dass die politischen Parteien und die Menschen nach diesen Ereignissen Angst bekamen. Deshalb ist es sogar möglich, dass die Ereignisse von *Oktober* zu einem Rückschlag statt zu einer Weiterentwicklung der Beziehung zum Staat führen werden. (...) Ich glaube, dass diese Ereignisse etwas Wichtiges darstellen, was ohne Planung zustande kam, und was wir nutzen könnten, um die Lage der Leute anders zu gestalten. Wir als Menschen, die hier leben, leben ständig unter dem Einfluss der Angst. Diese Angst resultiert aus der Macht des Staates. Diese Macht muss sich nicht unbedingt direkt auswirken, manchmal haben wir es in Israel mit dem ‚dritten Gesicht der Macht‘ zu tun, d. h. mit einer Art von Macht, die überall existiert, ohne dass man sie sieht. Wir haben keine Polizei oder Armee, die den ganzen Tag die Waffen auf uns richtet, aber in unserem Inneren, in unserem Bewusstsein, leben wir in Angst. (...) Unter

dem Einfluss dieser Macht werden die Leute nicht in der Lage sein, ihre Interessen zu bestimmen, weil sie eingeschüchtert sind (...).<sup>24</sup>

Während es abzuwarten gilt, wie sich die *Oktober-Unruhen* langfristig tatsächlich auf die politische Positionierung der Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb Israels und innerhalb des regionalen Beziehungsgeflechtes auswirken werden, waren einige Konsequenzen sofort erkennbar. Dazu zählten in erster Linie die Nationalisierung des politischen Diskurses, die Abnahme jüdisch-palästinensischer Kooperationen auf zivilgesellschaftlicher Ebene sowie der Boykott der Ministerpräsidentenwahlen im Februar 2001. Eine weitere Konsequenz war die Einsetzung einer offiziellen Untersuchungskommission, die auf zivilgesellschaftlichen Druck zustande kam.<sup>25</sup>

### 10.3 Reaktionen auf die Krise: Nationalisierung, Dissoziation, Wahlboykott

Die Erfahrung der Ausgrenzung, die während der *Oktober-Unruhen* in physische Gewaltanwendung eskaliert war, löste innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft einen bis dahin nicht gekannten Nationalisierungsschub aus, der mitunter auch religiöse Elemente beinhaltete. Untersuchungen aus dieser Zeit zeigen, dass die Zahl derer, die sich selbst als Israelinnen und Israelis bezeichneten, weiter abgenommen hat und bei nur noch 33 % lag. Nur 27 % der Befragten konnten sich vorstellen, auf ihrem Haus eine israelische Flagge zu hissen.<sup>26</sup>

Die durch die *Oktober-Unruhen* unterstützte weitere Akzentuierung palästinensischer Identität offenbarte sich neben der Ebene des politischen Diskurses auch im Alltag der Menschen in Form von kleinen Symbolen und Gesten. So erzählte beispielsweise ein Angestellter des Friedensforschungsinstituts *Givat Haviva*, dass er seit *Oktober* eine *kūfiya*, ein so genanntes Palästinensertuch trage, um seine palästinensische Identität sichtbar zu machen.

Die nationale und national-religiöse Vereinnahmung der Ereignisse zeigte sich anhand einer Reihe von Begrifflichkeiten und Sprachregelungen. In Anlehnung an Ariel Sharons Besuch auf dem Tempelberg (*al-Ḥaram aš-Šarīf*) und an die Protestdemonstrationen an der dortigen *Al-Aqsa-Moschee* (*al-Masğid al-Aqṣā*), die der Gewalteskalation in der Westbank und im Gazastreifen den Namen *Al-Aqsa-Intifada* (*Intifāḍat al-Aqṣā*) gegeben hatten, wurden auch die Zusammenstöße innerhalb Israels von vielen als *Al-Aqsa-Intifada* bezeichnet. Die identische Bezeichnung sollte eine Verbindung zwischen den beiden Ereignissen aufbauen, das Schicksal und den politischen Kampf der Palästi-

nenserinnen und Palästinenser vereinen und die Auflösung der *Grünen Linie* implizieren: „Jeder in der arabischen Welt hat gesehen, was los war. In Nazareth ist das Gleiche passiert wie in Ramallah“<sup>27</sup>, stellte Ameer Makhoul, Direktor des NGO-Dachverbandes *Ittijah*, mit Blick auf die Fernsehbilder die Verbindung zwischen Israel und der Westbank her. Weiter wies er darauf hin, dass sich die israelischen Sicherheitskräfte gegenüber den palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern nicht anders verhalten hätten als gegenüber den palästinensischen Demonstrantinnen und Demonstranten in der Westbank und im Gazastreifen. Er interpretierte die *Oktober-Unruhen* als Bindeglied zu der palästinensischen Bevölkerung auf der anderen Seite der *Grünen Linie* sowie als eine Art Reintegration der palästinensischen Bevölkerung Israels in die arabische Welt. Seiner Meinung nach hätten sie seit den Unruhen dort viel an Ansehen gewonnen. In der palästinensischen Diaspora, in der Berichte über die Vorfälle im Norden Israels gesendet wurden, seien die Demonstrationen als ein Akt des Widerstandes verstanden worden. Das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte sei dort auf starke Kritik gestoßen und insbesondere aus dem Libanon, wo viele Palästinenserinnen und Palästinenser aus Galiläa in Flüchtlingslagern lebten, habe es zahlreiche Solidaritätsbekundungen gegeben. Für die Flüchtlinge und ihre Familien hätten die Protestmärsche einen Beweis für das Überdauern palästinensischer Identität innerhalb Israels dargestellt. Sie hätten viele auch deshalb sehr berührt, weil die Demonstrantinnen und Demonstranten aus „ihren Orten“ stammten und dies ihnen neue Hoffnung auf Veränderung auch ihrer eigenen Situation gegeben habe.<sup>28</sup>

Ameer Makhoul versuchte, den für das jüdisch-palästinensische Verhältnis charakteristischen Minderheitenkomplex zu überwinden und die Anbindung an die palästinensische Gesamtbevölkerung sowie an die arabische Mehrheitsbevölkerung in der Region zu gewährleisten.<sup>29</sup> Seiner Meinung nach leiteten die *Oktober-Ereignisse* das Ende des Konzeptes „palästinensische Minderheit“ ein, weil durch sie deutlich geworden sei, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser wie ein Volk gehandelt hätten. Die Bezeichnung der palästinensischen Bevölkerung als „Minderheit“ impliziere dagegen ihre Trennung von der „palästinensischen Sache“ und von den anderen palästinensischen Gruppen. In Bezug auf sich selbst betonte er, dass er sich nicht als Teil einer Minderheit verstehe, sondern als Angehöriger der indigenen Bevölkerung und als Bewohner seines Heimatlandes Palästina:

Ich fühle mich als Einheimischer, ich bin kein Einwanderer und fühle mich auch nicht fremd in meinem Heimatland. (...) Wenn wir von uns als einer „Minderheit“ sprechen, grenzen wir uns von der Palästina-Frage ab. Wir sind aber ein Teil des palästinensischen Problems. (...) Wenn wir weiterhin unsere israelische Besonderheit betonen, dann separieren wir uns von allen anderen Palästinensern. (...) Wenn wir die Bezeichnung „Minderheit“ benutzen, ziehen wir Grenzen zwischen uns Palästinensern.<sup>30</sup>

Diese Einschätzung teilte Yusuf Anton, ein Mitglied der politischen Partei *National Democratic Alliance (NDA)*. Seiner Meinung nach hätten die *Oktober-Unruhen* gezeigt, dass der israelische Staat die palästinensische Bevölkerung Israels als Teil des palästinensischen Volkes betrachtet und behandelt:

Die *Oktober-Ereignisse* haben deutlich gemacht, dass wir ein untrennbarer Teil des [palästinensischen; K.H.] Volkes sind. Außerdem wurde klar, dass die israelischen Behörden bzw. die Polizei uns genauso wie die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen behandelt. Nicht nur auf demonstrierende Araber in der Westbank und im Gazastreifen wird scharf geschossen, sondern auch auf israelische Bürger. Wie kann sich die Polizei erlauben, auf israelische Bürger zu schießen? So etwas ist weder in Italien und Deutschland noch in Tel-Aviv denkbar. Wenn Juden demonstrieren, wird nicht auf sie geschossen, im schlimmsten Fall wird gegen sie Tränengas, Wasserwerfer oder Schlagstöcke eingesetzt, aber es wird nicht scharf geschossen. 13 Menschen wurden getötet und Hunderte verletzt. Das ist noch nie passiert, außer einmal im Jahr 1976, am *Tag des Bodens*, als sechs junge Männer, die gegen die Beschlagnahmung von Grundstücken demonstriert hatten, getötet wurden. Es ist uns jetzt klar, was wir in den Augen der israelischen Behörden sind.<sup>31</sup>

Andere Aktivistinnen und Aktivisten differenzierten dagegen stärker zwischen den Konflikten und verwendeten entsprechend auch unterschiedliche Bezeichnungen. Sie zogen die Begriffe *Oktober-Unruhen* und *Oktober-Ereignisse* dem Begriff *Intifada* vor. Dadurch wollten sie sich inhaltlich, räumlich und zeitlich von dem Aufstand in den besetzten Gebieten abgrenzen.<sup>32</sup> So betonte die Direktorin der palästinensischen Frauenorganisation *Women Against Violence (WAV)*<sup>33</sup> mit Sitz in Nazareth, Aida Touma-Sliman, dass die *Oktober-Unruhen* ihrem Wesen nach keine *Intifada*, sondern Demonstrationen gewesen sind:

Ich mag es nicht, wenn sie *Intifada* dazu sagen. Wir hatten keine *Intifada*, das stimmt nicht. Was wir hatten, waren legale, normale Demonstrationen, wie wir sie immer veranstalten, wenn wir unser Volk in der Westbank unterstützen oder aus anderen Gründen gegen die israelische Politik protestieren wollen, sei es gegen Landenteignung, Diskriminierung oder gegen die Besatzung. Seit 52 Jahren haben wir diese Proteste. (...) Nur dieses Mal war das Verhalten der Polizei brutaler denn je zuvor.<sup>34</sup>

Über die alternativen Bezeichnungen grenzten sie sich auch von der religiösen Konnotation der Bezeichnung *Al-Aqsa-Intifada* ab. Diese wurde besonders von Aktivistinnen und Aktivisten mit christlichem Hintergrund beanstandet. Obwohl einige von ihnen selbst darauf hinwiesen, dass die Al-Aqsa-Moschee nicht nur ein religiöses, sondern vielmehr ein nationales palästinensisches Symbol darstelle,<sup>35</sup> bevorzugten viele christliche Palästinenserinnen und Palästinenser – wenn sie überhaupt den *Intifada*-Begriff benutzten – die Bezeichnung *Al-Aqsa-Jerusalem-Intifada*. Dass die Nationalisierung des politischen Diskurses in der palästinensischen Zivilgesellschaft Israels keineswegs unumstritten war und dass vor allem palästinensische Feministinnen diesen Entwicklungen mit Skepsis begegneten, wird an späterer Stelle dargelegt werden.

Auf institutioneller zivilgesellschaftlicher Ebene führten die *Oktober-Unruhen* und die daraus resultierenden Nationalisierungstendenzen zum Abbruch bzw. zur Unterbrechung einer Vielzahl jüdisch-palästinensischer Kooperationen. Gleichzeitig nahm auf palästinensischer Seite die Tendenz weiter zu, eigene Organisationen zu gründen.<sup>36</sup> Begründet wurde diese Entwicklung damit, dass solange die „andere Seite“ sie nicht als Bürgerinnen und Bürger des Landes akzeptiere, Koexistenz kein Thema sein könne.<sup>37</sup> Obwohl die intensive Selbstorganisation durchaus auch als Ausdruck der verstärkten Nationalisierung infolge der *Oktober-Unruhen* zu sehen ist, bemühte man in palästinensischen Aktivistenkreisen eine andere Erklärung: So sei der Aufbau palästinensischer Strukturen weniger ein Zeichen von nationalem Antagonismus als vielmehr eine notwendige Voraussetzung, um in Zukunft jüdischen Akteuren gleichberechtigter gegenüberzutreten und zukünftige Kooperationen auf Augenhöhe eingehen zu können.

Eine direkte Konsequenz aus den *Oktober-Unruhen* war außerdem der weitgehende Boykott der Wahlen zum Ministerpräsidenten im Februar 2001. Nur 18 % der wahlberechtigten Palästinenserinnen und Palästinenser nahm an den Wahlen teil, alle anderen gaben entweder leere Wahlzettel ab oder gingen



gar nicht erst ins Wahllokal. Besonders gering war die Wahlbeteiligung in den Orten, in denen während der gewalttätigen Zusammenstöße Menschen getötet worden waren.<sup>38</sup> Die politische Botschaft des Boykotts war eindeutig: Es sollte ein Denkmahl für die *Labor Party* sein, die sich seit 1948 der Unterstützung der palästinensischen Wählerschaft sicher gewesen war. Zum ersten Mal durchbrach die palästinensische Wählerschaft diese Routine, was zusammen mit anderen Aspekten zur Niederlage von Ehud Barak (37,6 %) und zum Sieg von Ariel Sharon (62,4 %) beitrug.<sup>39</sup>

Die palästinensische Bevölkerung reagierte mit dem Wahlboykott auf die – in ihren Augen – Politik der Ignoranz, die ihnen unter der Ägide von Ehud Barak von der *Labor Party* entgegengebracht worden war. Nachdem Barak 1999 von rund 95 % der palästinensischen Wählerschaft zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, hatten sie an seine Amtszeit besonders große Erwartungen geknüpft. Diese waren zudem durch viele Wahlversprechungen genährt worden. Aus palästinensischer Sicht war die Amtszeit von Ehud Barak eine herbe Enttäuschung, da weder die Friedensverhandlungen substantielle Erfolge verzeichnen konnten, noch die Versprechen, die sozioökonomische Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel durch eine adäquatere Verteilung der Staatsbudgets zu verbessern, umgesetzt worden waren.

Neben dieser allgemeinen Unzufriedenheit war der Wahlboykott aber vor allem eine Reaktion auf die *Oktober-Unruhen*, für die die Palästinenserinnen und Palästinenser die *Labor Party* politisch verantwortlich machten: Ehud Barak galt schlichtweg als nicht wählbar. Die Idee zum Boykott der Wahlen ging von der Bevölkerung aus, während sich die politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten mit Ausnahme einiger Politiker wie Azmi Bishara von der *NDA*, der sich für den Wahlboykott aussprach, mit eindeutigen Äußerungen zurückhielten. Die Aussicht auf einen Wahlsieg des *Likud* erschien ihnen auch nicht besonders erstrebenswert.<sup>40</sup>

Um die gesellschaftliche Stimmung aufzugreifen und den Wahlboykott zu organisieren, wurde das *Popular Committee for Election Boycott (Al-Lağna aš-Ša'bīya li-Muqāṭa'at al-Intiḥābāt)* gegründet, an dem sich u. a. auch NGO-Aktivistinnen wie Nabil Saleh vom *Galilee Center for Social Research* und Ameer Makhoul von *Ittijah* beteiligten:

Wir fanden, dass die Parteien (...) keine klare Haltung zum Boykott eingenommen hatten. Einige plädierten erst für die Abgabe weißer [d. h. leerer; K.H.] Wahlzettel, dann für einen Boykott der Wahlen und schließlich

wiederum für weiße Wahlscheine. Andere wussten bis zuletzt nicht, wofür sie sich aussprechen sollten. Deswegen hielten wir es für wichtig, den Menschen klare Handlungsanweisungen zu geben. Zwar ging die allgemeine Stimmung in Richtung Boykott, aber es war dennoch nötig, die Leute dabei zu unterstützen. Das haben wir gemacht.<sup>41</sup>

Im Vorfeld der Wahlen wurde von verschiedenen Seiten Druck auf die palästinensische Wählerschaft ausgeübt. So führte die *Labor Party* am Wahntag eine umfangreiche Telefonaktion durch, bei der die palästinensischen Wählerinnen und Wähler zum Urnengang aufgefordert wurden, um einen Wahlsieg des *Likud* zu verhindern.<sup>42</sup>

Auch Politiker der *Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)* versuchten, den geplanten Boykott zu verhindern. Da sie nur in der *Labor Party* einen geeigneten Verhandlungspartner zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes sahen, hatten sie ein großes Eigeninteresse an einem Sieg Baraks. Scheinbar ungeachtet der Situation, in der sich die palästinensische Minderheit zu dieser Zeit befand, plädierte der palästinensische Kulturminister Abed Rabbo an die palästinensische Bevölkerung in Israel, für Barak zu stimmen: „We call on the public, asking it not to act in a neutral fashion in these elections. We openly call for a public stance against Israel’s right, led by Sharon. (...) Sharon must not believe that the Arab masses are neutral in this struggle.“<sup>43</sup> Er forderte die Palästinenserinnen und Palästinenser auf, bei dieser Wahl in Übereinstimmung mit dem „obersten Interesse“ des palästinensischen Volkes zu wählen.<sup>44</sup> In palästinensischen Kreisen innerhalb Israels wurde diese Intervention mehrheitlich kritisiert. Sie wurde als Versuch angesehen, die palästinensische Bevölkerung ungeachtet deren eigener Interessen als eine Art Reservearmee der israelischen *Labor Party* zu instrumentalisieren.<sup>45</sup>

Massiver moralischer Druck auf die palästinensische Wählerschaft, allerdings mit dem Ziel des Wahlboykotts, kam auch aus den eigenen Reihen. Das *Komitee der Familien der Märtyrer (Lağnat ‘Ā’ilāt as-Šuhadā’)*, eine Gruppe, die sich nach den *Oktober-Unruhen* mit Unterstützung der Nazarener NGO *Ahali* gebildet hatte, wettete in der arabischsprachigen Presse gegen eine Wahlbeteiligung. Am Wahntag fuhrn Autos mit Lautsprechern, einige von ihnen waren mit Bildern der Opfer behängt, durch die arabischen Ortschaften und drängten die Einwohnerschaft, nicht zur Wahl zu gehen.

Der Boykott der Wahlen ist meines Erachtens – ähnlich wie die anderen Aspekte, die im Kontext mit den *Oktober-Unruhen* beschrieben wurden – ein

deutliches Zeichen für die Loslösung der palästinensischen Bevölkerung aus häufig paternalistischen Kooperationsstrukturen und politischen Routinen hin zu einem eigenständigeren und selbstbewussteren politischen Auftreten. Mit Blick auf den Einfluss der *Oktober-Unruhen* auf die kollektive Identität der palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten ist festzuhalten, dass diese in negativer Hinsicht eine Zäsur in ihrem Verhältnis zum israelischen Staat und zur israelischen Gesellschaft markierten. Gefühle der Fremdheit und Nichtzugehörigkeit wurden verstärkt und der Prozess der identitätsbezogenen sowie institutionellen Dissoziation beschleunigt. Gleichzeitig stärkten die *Oktober-Unruhen* das Gefühl der Zugehörigkeit zur palästinensischen Nation und die Akzentuierung des eigenen palästinensischen Selbstverständnisses, da die Gewalterfahrung in der Wahrnehmung der Betroffenen ein weiteres verbindendes Element darstellte. Neben den nach außen und innen homogenisierend wirkenden Tendenzen der *Oktober-Unruhen* förderten sie gleichzeitig kontroverse innergesellschaftliche Diskussionen wie am Beispiel des Militärdienstes gezeigt worden ist und wie in Bezug auf geschlechtsspezifische Identitätsfragen in Kapitel 14 noch zu zeigen sein wird.

Als Reaktion auf die seit der zweiten *Intifada* und den *Oktober-Unruhen* angespannte Sicherheitslage verschärfte Israel die Ein- und Ausreisebestimmungen zwischen Israel und der Westbank bzw. dem Gazastreifen. Für Palästinenserinnen und Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen wurde ein Einreiseverbot nach Israel erlassen. Gleichzeitig wurde von israelischer Seite auch allen israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, mit Ausnahme der Siedlerinnen und Siedler, untersagt, in die Westbank und in den Gazastreifen einzureisen. Begründet wurde diese Bestimmung damit, dass es dort seit Beginn der zweiten *Intifada* mehrfach Übergriffe gegenüber Israelinnen und Israelis gegeben hatte, einige mit Todesfolge.

Durch die regelrechte Schließung der *Grünen Linie* wurde der Kontakt zwischen beiden palästinensischen Bevölkerungen wieder stark eingeschränkt.<sup>46</sup> Von dieser Situation waren auch die zivilgesellschaftlichen Beziehungen betroffen, was die Dynamik der ohnehin erst jungen translokalen palästinensischen Beziehungen erheblich schwächte. In einem gewissen Maße konnte der Kontakt über Telefon, Internet und E-Mail aufrechterhalten werden. Persönliche Treffen, wenn sie dennoch irgendwie organisiert werden konnten, standen dagegen unter strenger Beobachtung bzw. wurden sanktioniert. Dies betraf auch Kontakte von Palästinenserinnen und Palästinensern aus Israel zu Vertreterinnen und Vertretern der *PA* sowie ihre Teilnahme an politischen Pro-

testveranstaltungen gegen das Vorgehen der israelischen Armee in der Westbank und im Gazastreifen.<sup>47</sup>

Die Bemühungen auf Seiten Israels, grenzüberschreitende palästinensische Netzwerke zu schwächen und insbesondere gemeinsame ethnopolitische Aktivitäten zu unterbinden, setzte sich beim Umgang mit internationalen Unterstützerinnen und Unterstützern weiter fort. Mittels einer zu dieser Zeit besonders restriktiven Visa- und Einreisepolitik versuchten israelische Behörden, die Aktivitäten ausländischer Aktivistinnen und Aktivisten, die in der Westbank, im Gazastreifen oder innerhalb Israels in palästinensischen Projekten arbeiteten bzw. arbeiten wollten, zu kontrollieren oder sogar zu verhindern.<sup>48</sup>

Die Analyse der Bedingungen ethnopolitischen Handelns hat gezeigt, dass die Entwicklungen in den 1990er Jahren in der palästinensischen NGO-Szene Israels zu einer Intensivierung und Professionalisierung ethnopolitischer Aktivitäten führte. Während die strukturellen politischen Möglichkeiten sich in dieser Zeit vergleichsweise wenig veränderten, zeichneten sich in Bezug auf die Entwicklung der ethnokulturellen Identität sowie der Gruppenkapazitäten tief greifende Veränderungen ab. Die Fokussierung internationaler Akteure auf Förderung und Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Gruppen sowie die besondere Orientierung auf Gruppen- und Minderheitenrechte hatten in diesem Zusammenhang zusätzlich katalytische Wirkung.

Vor dem Hintergrund der Ambivalenzen, die der israelisch-palästinensische Friedensprozess und die innenpolitischen Entwicklungen bei der palästinensischen Bevölkerung in Israel auslösten, verlief auch die Entwicklung der kollektiven Identität zunächst widersprüchlich, wie die Diskussion um „Israelisierung“ und „Palästinisierung“ reflektiert hat. Dennoch zeichnete sich im Verlauf der 1990er Jahre und nicht zuletzt durch die Erfahrung der *Oktober-Unruhen* im Jahr 2000 eine deutliche Akzentuierung des palästinensischen kollektiven Selbstverständnisses ab, die zunächst durch Translokalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse, später aber vor allem durch lokale Entwicklungen geprägt wurde.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Adalah Review, Vol. 3, S. 2.
- 2 Dieser Plan beschreibt das Vorgehen der Polizei bei möglichen Massendemonstrationen der palästinensischen Bevölkerung. Er stammt aus dem Jahr 1998.
- 3 Vgl. Dalal 2003, S. 16-29.

- 4 Vgl. Mossawa Center 2001, S. 18ff.
- 5 Vgl. Mossawa Center 2000, S. 16.
- 6 Ein Beispiel für den Versuch, die Unruhen zu dokumentieren und die Opfer zu personalisieren, stellt die Broschüre des Mossawa Center dar; vgl. Mossawa Center 2000.
- 7 Vgl. Mossawa Center 2002, S. 19f.
- 8 David Rattner, Violence a 'baptism of fire' for Arab Israeli media advocacy. In: Ha'aretz, English Edition, 06.10.2000, zit. nach Mossawa Center 2001, S. 20.
- 9 Vgl. Mossawa Center 2001, S. 20. Eine Auflistung internationaler Interventionen im innerisraelischen Konflikt findet sich auf der Website von Adalah unter [www.adalah.org/engl/commission.php#](http://www.adalah.org/engl/commission.php#).
- 10 Zu Häuserzerstörungen und anderen Formen staatlicher Gewalt siehe Adalah Review, Vol. 3, 2002, S. 4.
- 11 Vgl. Interview mit Espanioly, Nazareth, 2001.
- 12 Vgl. Isbānyūli/Isbānyūli 2001a; Isbānyūli/Isbānyūli 2001b.
- 13 Espanioly 2002, S. 102.
- 14 Interview mit Dalal, Shafa'amr, 2001.
- 15 Interview mit Nashef, Haifa, 2001.
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Interview mit Hawari, Nazareth, 2001.
- 18 Rabbani 2001, S. 146.
- 19 Vgl. Interview mit Dalal, Shafa'amr, 2001. Zu Drusen siehe auch Endnote 37 in Kapitel 1.
- 20 Vgl. Interview mit Saleh, Haifa, 2001; Maḥūl 2001 a.
- 21 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 22 Am 29. Oktober 1956 hatte die israelische Militärverwaltung eine Ausgangssperre über das arabische Dorf Kufr Qasim verhängt. Zwar hielt sich die Dorfbevölkerung an die Anordnung, allerdings konnten die Männer, die außerhalb des Dorfes arbeiteten, nicht über die Ausgangssperre informiert werden. Bei ihrer Rückkehr ins Dorf wurden 49 von ihnen von israelischen Soldaten getötet, obwohl dem Bürgermeister zuvor zugesichert worden war, die Männer zu verschonen. Zu dem Massaker siehe Masalha 1994.
- 23 Ha'aretz, English Edition, 04.10.2000.
- 24 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 25 Für Informationen zur Untersuchungskommission siehe Dalal 2003 sowie Kapitel 12.2.

- 26 Die Zahlen beziehen sich auf Umfragen des Friedensforschungsinstituts Givat Haviva. Vergleichszahlen aus dem Jahr 1995 zeigen, dass damals 63 % der Befragten sich als Israeli bezeichnet und 43 % eine israelische Flagge auf ihrem Haus gehisst hätten; vgl. Ha'aretz, English Edition, Israeli Arab alienation intensifies, 21.05.2001.
- 27 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 28 Vgl. ebd.
- 29 Vgl. zum Minderheitenkomplex die Ausführungen in Kapitel 1.1.
- 30 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 31 Interview mit Anton, Haifa, 2001.
- 32 Vgl. Adalah Review, Nr. 3, 2002, S. 3-5.
- 33 Zur Frauenorganisation Women Against Violence siehe ausführlich Kapitel 14.3.
- 34 Interview mit Touma-Sliman, Nazareth, 2001.
- 35 Vgl. Interviews mit Saleh, Haifa, 2001; Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 36 Einigen Organisationen gelang es ihre Zusammenarbeit fortzuführen bzw. nach kurzer Unterbrechung wieder aufzunehmen; siehe dazu von Münster/Veit 2002. Für einen skeptischeren Blick auf die israelische Friedensbewegung nach Beginn der zweiten Intifada siehe Svirsky 2001.
- 37 Vgl. Interview mit Zaidan, Haifa, 2001.
- 38 Mit Ausnahme von Nazareth (15 %) lag die Wahlbeteiligung in jenen Orten unter 5 %. Vgl. Mossawa Center 2001, S. 22ff.
- 39 Zum Wahlverhalten der palästinensischen Bevölkerung in historischer Perspektive siehe Birk 2003. Im Kabinett der neuen Regierung saß erstmalig ein arabischer Minister. Der Druse Salah Tarif (One Israel) aus dem Dorf Julis war von Sharon zum Minister ohne Portfolio und zum Vorsitzenden des Ministerkomitees für die arabischen Bürger ernannt. Seine Ernennung stieß in der palästinensischen Bevölkerung auf geteilte Zustimmung. Die Skepsis war groß, dass der arabische Minister innerhalb des rechtslastigen Kabinetts lediglich als Feigenblatt fungieren sollte. Vgl. Ha'aretz, English Edition, First non-Jewish Israeli minister receives mixed welcome from Arabs, 04.03.2001; Tarif now responsible for Israeli Arab citizens, 19.03.2001. Auf klare Ablehnung stieß die Ernennung eines arabischen Ministers bei Ameer Makhoul von Ittijah; vgl. Maḥūl 2001 b.
- 40 Vgl. Interviews mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001; Saleh, Haifa, 2001.
- 41 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 42 Vgl. Birk 2003, S. 151.

- 43 Ha'aretz, English Edition, Top PA minister endorses Barak, 30.01.2001.
- 44 Vgl. ebd.
- 45 Für eine kritische Haltung gegenüber Interventionen und Instrumentalisierungen von Seiten der PA siehe Rabbani 2001, S. 156f.
- 46 Als Folge des Einreiseverbots wurden auch die familiären Beziehungen über die Grüne Linie unterbrochen. Vgl. Ha'aretz, English Edition, Israeli Arabs denied Gazan holiday visit, 06.03.2001.
- 47 So wurde der Dichter und Vorsitzende des Verbandes arabischer Schriftsteller in Israel, Taha Muhammad Ali, im April 2001 vom israelischen Inlandsgeheimdienst zu seinen Kontakten zu Angehörigen der PA sowie zu seiner Beteiligung an einer Demonstration gegen die Abriegelung Ramallahs vernommen. Ihm wurde zudem nahe gelegt, weder in die Westbank noch in den Gazastreifen einzureisen und Provokationen zu unterlassen. Vgl. Ha'aretz, English Edition, Israeli Arab writer quizzed by Shin Bet, 16.04.2001.
- 48 Von der Weigerung der israelischen Behörden, ausländischen Volontärinnen und Volontären ein Einreisevisa auszustellen bzw. zu verlängern, waren 2003 auch Leute betroffen, die sich im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes (EVS) in der Region aufhielten. Erst nach intensiven diplomatischen Bemühungen wurde ihnen schließlich die Einreise nach Israel sowie in die Westbank und in den Gazastreifen genehmigt. Zwei von ihnen arbeiteten bei Baladna Association for Arab Youth in Haifa. Vgl. Ittijah, Newsletter, 23.05.2003. Neben administrativen Restriktionen haben seit Beginn der zweiten Intifada auch gewalttätige Übergriffe israelischer Sicherheitskräfte gegen ausländische Freiwillige in der Westbank und im Gazastreifen zugenommen. So geht das israelische Militär beispielsweise ausgesprochen brutal gegen Aktivistinnen und Aktivisten des International Solidarity Movement (ISM) vor. Zu ausführlichen Informationen siehe die Webseite der Organisation [www.palsolidarity.org](http://www.palsolidarity.org).





## **TEIL IV**

### **HANDLUNGSFELDER UND HANDLUNGSSTRATEGIEN VON NGOS: AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE**



## 11. Handlungsfeld Landpolitik

Vor dem Hintergrund der Bedingungen für palästinensisches ethnopolitisches Handeln werden in diesem Teil Beispiele ethnopolitischer Aktivitäten aus dem palästinensischen NGO-Sektor Israels dargestellt. Anhand von Fallbeispielen aus den Handlungsfeldern Landpolitik, Bürger- und Menschenrechte, Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie aus dem Bereich der Frauenorganisationen werden Aussagen und Ergebnisse der bisherigen Kapitel aufgenommen und konkretisiert. Die Auswahl der genannten Handlungsfelder sowie der einzelnen Organisationen beruht auf folgenden Überlegungen: Zum einen repräsentieren die Handlungsfelder die besonders zentralen Aspekte des ethnopolitischen Konfliktes zwischen dem israelischen Staat und seiner palästinensischen Minderheit. Zum anderen gehören die Vereine mehrheitlich der sektoral ausgerichteten neuen NGO-Generation an, die in besonderem Maße über zivilgesellschaftliches Potential verfügt und dieses in der Auseinandersetzung mit dem Staat geltend macht.

Neben der Darstellung relevanter Akteure sowie ihrer Ziele und Strategien fließen zu jedem Handlungsfeld ausführliche Hintergrundinformationen ein, die die bisherigen Aussagen über die Situation der palästinensischen Minderheit ergänzen. Im Bereich Landpolitik gehe ich zudem ausführlich auf die Erinnerungspraktiken der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel ein, da diese für das zivilgesellschaftliche Handeln in den 1990er Jahren sowie in den Jahren 2000-2003 eine signifikante Rolle spielten. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Teil außerdem der Frage, wo und wie in der Arbeit der NGOs translokale und transnationale Vernetzungen wirksam werden und welche politischen Auswirkungen damit verbunden sind.

Die Diskriminierung der Land- und Wohnrechte der palästinensischen Bevölkerung Israels ist seit 1948 integraler Bestandteil israelischer Stadt- und Regionalplanung. Nach der Zerstörung und Entvölkerung Hunderter arabischer Dörfer sowie ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen während und in den Jahren nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg wird damit das Ziel verfolgt, im gesamten Land und besonders in den arabisch dominierten Gegenden sowie in den Grenzregionen die jüdische Präsenz und Kontrolle zu gewährleisten.<sup>1</sup> Dabei soll insbesondere die territoriale Kontinuität palästinensischer Ortschaften, wie sie ursprünglich in Galiläa und in der Negev-Wüste bestanden hatte, unterbunden werden.<sup>2</sup> Zur Umsetzung dieser Politik wurde eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, die die Enteignung von palästinensischem Land

sowie seine Nutzung für allgemeine Zwecke legitimieren, was in der Mehrheit der Fälle den Bau jüdischer Ortschaften oder eine militärische Nutzung bedeutet. Neben dem bereits erwähnten *Absentees' Property Law* (1950) zählen dazu das *Land Acquisition Law* (1953), das *Development Authority Transfer of Property Law* (1950) sowie das *National Planning and Building Law* (1965).

Mit dem *Land Acquisition Law* wurde nachträglich die Konfiszierung des Landes, auf dem die rund 400 arabischen Dörfer existierten, für militärische Zwecke, zur Nutzung bestehender oder zum Bau neuer jüdischer Ansiedlungen erlaubt. Das *Development Authority Transfer of Property Law* regelt die Übergabe konfiszierten Landes an die israelische *Entwicklungsbehörde*, die mit der Planung jüdischer Siedlungen beauftragt ist. Das *National Planning and Building Law* erlaubt rückwirkend die Illegalisierung von bestehenden Dörfern, wie in Zusammenhang mit den so genannten nicht anerkannten Dörfern an späterer Stelle gezeigt werden wird.

Diese Maßnahmen haben zu einer umfassenden geographischen, sozialen und kulturellen Transformation des Landes geführt, die in dem Buch *Sacred Landscape: The Buried History of the Holy Land since 1948* des israelischen Geographen und früheren Bürgermeisters von Jerusalem, Meron Benvenisti, eindrucksvoll beschrieben wird.<sup>3</sup> Diese Maßnahmen sind nicht abgeschlossen, sondern werden bis heute fortgesetzt, wie das Beispiel des *2001 Project for Increasing the Jewish Population of the Galilee* zeigt, das die Verdopplung jüdischer Ansiedlungen (*hebr.: mizpeh/Pl. mizpim*) auf den Hügeln Galiläas beinhaltet.<sup>4</sup> Während die Landpolitik die Grundlagen für eine jüdische Dominanz im Land und insbesondere in den arabischen Gegenden geschaffen hat, erschweren die demographischen Entwicklungen die Umsetzung dieser Pläne. Da die Geburtenrate innerhalb der jüdischen Bevölkerung trotz umfangreicher staatlicher Lobbymaßnahmen zur Förderung der Geburtenrate mit rund 2,7 Geburten pro Frau deutlich unter der der arabischen Bevölkerung liegt (5,6 Geburten pro Frau), kann die israelische Politik nicht allein auf ein natürliches Bevölkerungswachstum setzen, wenn sie die jüdische Mehrheit im Land sicherstellen will.<sup>5</sup> Hochrechnungen, die auf Grundlage dieser Geburtenraten basieren, gehen davon aus, dass im Jahr 2045 ebenso viele Palästinenserinnen und Palästinenser wie Jüdinnen und Juden in Israel leben werden. Israel verfolgt deshalb eine konsequente Politik der Einwanderung. Nachdem in den 1990er Jahren mehr als eine Million Menschen vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus Äthiopien nach Israel immigriert waren, nahmen die Einwanderungszahlen seitdem stark ab. Seit Beginn des neuen Jahrtau-

sends hat Israel deshalb laut Aussagen des Vorsitzenden der *Jewish Agency*, Salai Meridor, seine Bemühungen in Richtung Argentinien, Südafrika und Frankreich verstärkt:

To preserve at least an 80 percent Jewish majority in the future, we need at least 40,000 immigrants a year in the coming years. On the assumption that the reservoirs of Russia and Ethiopia are drying up, there's a need to find other sources of Jewish immigration elsewhere.<sup>6</sup>

Die Existenz interner palästinensischer Flüchtlinge sowie nicht anerkannter Dörfer zeigt sich als besonders drastische „Folge“ israelischer Landpolitik, so dass beide Thematiken im Zentrum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten stehen.

### 11.1 Interne Flüchtlinge

Rund ein Viertel der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels gelten als interne Flüchtlinge (*internally displaced persons, IDPs*).<sup>7</sup> *IDPs* unterscheiden sich von anderen Flüchtlingen (*refugees*) im Wesentlichen dadurch, dass sie bei Flucht oder Vertreibung keine internationalen Grenzen überschritten haben:

Like refugees, the internally displaced are persons or groups of persons who have been forced or obliged to flee or to leave their homes or places of habitual residence as a result of or in order to avoid the effects of armed conflict, situations of generalized violence, and violations of human rights. The defining characteristic of internally displaced persons, however, is that they have not crossed an internationally recognized border.<sup>8</sup>

Die internen palästinensischen Flüchtlinge, die sich selbst auch als Entwurzelte oder Vertriebene (*uprooted*) bezeichnen, lebten bis 1948 mehrheitlich in jenen Dörfern, die später von der israelischen Armee zerstört bzw. entvölkert wurden.<sup>9</sup> Ihre Migration verlief in zwei Wellen: Die meisten von ihnen, die so genannten *1948er IDPs*, flohen während oder unmittelbar nach den Kriegshandlungen, um sich an einem anderen Ort in Sicherheit zu bringen. Zusammen mit ihren Nachkommen zählen sie heute rund 280.000 Menschen und gelten in Israel als „anwesende Abwesende“ (*present absentees*). Diese Rechtskategorie basiert auf dem 1950 erlassenen *Absentees Property Law*, nach dem Palästinenserinnen und Palästinenser, die während des ersten israelisch-arabischen Krieges ihre Häuser verlassen hatten, als „Abwesende“ gelten und somit kein Recht auf ihren früheren Besitz oder auf Kompensation geltend machen können.

Dieses Gesetz gilt auch für die Bewohnerinnen und Bewohner, die auf Geheiß der israelischen Militärs ihre Dörfer für eine gewisse Zeitspanne verlassen sollten, um nach den Kriegshandlungen zurückzukehren, wie es bei den Dörfern Bir'im und Iqrit der Fall war.<sup>10</sup> Viele Dörfer, die nicht im Kontext der direkten Kriegshandlungen zerstört worden waren, wurden anschließend – um die Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern – von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht.

Zu der zweiten Gruppe der internen Flüchtlinge, die als *Post-1948er IDPs* bezeichnet werden, zählten im Untersuchungszeitraum rund 75.000 Menschen. Dazu gehören neben denen, die in den späten 1950er Jahren im Rahmen von Dorf- und Familienzusammenführungen migrierten, auch jene, die seitdem aufgrund von internem Transfer, Landenteignung und Häuserzerstörung ihre ursprünglichen Wohnorte verlassen mussten und müssen.<sup>11</sup>

Die internen Flüchtlinge leben hauptsächlich in arabischen Dörfern und Städten, nur wenige wohnen in den gemischten jüdisch-arabischen Orten. Da sie in der Regel mit ihren Familien- und Dorfgemeinschaften siedeln, sind regelrechte „Flüchtlingswohnviertel“ entstanden, die z. T. auch den Namen der Herkunftsorte tragen. So ist der Nazarener Stadtteil *Saffafra* eine Ansiedlung von Flüchtlingen aus Saffuriyya (*Šaffūrīya*), einem Dorf, das 1948 von israelischen Truppen besetzt und auf dessen Territorium der Moschav<sup>12</sup> *Tzippori* angelegt wurde. Einige Saffuris arbeiten heute als Lohnarbeiter auf den Feldern des Moschavs. Die Übertragung der Namen der zerstörten Herkunftsdörfer auf die Aufnahmeorte ist eine Form palästinensischer Erinnerungspraxis, die in der palästinensischen Diaspora und in Israel weit verbreitet ist. Soziologische Untersuchungen über die Eingliederung und Anpassung interner Flüchtlinge in die Aufnahmeorte haben gezeigt, dass trotz kultureller und sprachlicher Übereinstimmungen sowie zunehmender ökonomischer Nivellierung auch bei der zweiten und dritten Flüchtlingsgeneration eine gewisse soziale und sozialpsychologische Distanz zu der einheimischen Bevölkerung existiert.<sup>13</sup>

Bereits im Winter 1948 verabschiedeten die *United Nations (UN)* die Resolution 194, die den palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr bzw. Kompensation zuspricht. Obwohl diese Resolution ähnlich wie viele andere den israelisch-palästinensischen Konflikt betreffende *UN*-Resolutionen regelmäßig bekräftigt wird, wurde sie bislang nicht nur von allen israelischen Administrationen ignoriert, sondern mit dem Erlass des *Absentees Property Law* regelrecht ausgehebelt. Bis auf wenige Ausnahmen in den 1960er und 1970er Jahren, als Flüchtlinge aus den Städten Haifa und Sha' b (*Ša'b*) zurückkehren

durften, wird das Verbot der Rückkehr auch einzelner Flüchtlingsgruppen bis heute mit Sicherheitsbedenken und dem Vermeiden von Präzedenzfällen begründet. In vielen Fällen wurden in den nicht zerstörten Dörfern jüdische Bürgerinnen und Bürger, in der Regel Einwanderinnen und Einwanderer angesiedelt oder aber es wurden jüdische Siedlungen auf den Ruinen der zerstörten Dörfer errichtet, so dass eine Rückkehr der ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner auch nicht komplikationslos möglich ist.

Die Situation der internen palästinensischen Flüchtlinge ist dadurch gekennzeichnet, dass auf internationaler Ebene kaum Strukturen und Mechanismen zum Schutz und zur Unterstützung interner Flüchtlinge existieren. Die *United Nations Conciliation Commission for Palestine (UNCCP)*, die diese Aufgabe 1948 übernahm, übertrug ihr Mandat Anfang der 1950er Jahre an die israelische Regierung, die dieser Aufgabe in Gestalt der *Refugee Rehabilitation Authority (RRA)* nur geringfügig Folge leistete. Im Gegenteil, israelische Administrationen trugen und tragen aus den genannten Gründen eher zur Marginalisierung als zur Unterstützung der Flüchtlinge bei. Auch das Mandat des *UN-Flüchtlingshilfswerks (UNWRA)* bezieht sich nicht auf die internen Flüchtlinge.

Die internationale Zurückhaltung bezüglich einer Anwaltschaft für interne Flüchtlinge basiert auf dem Gebot der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten und wird durch die Angst vor einer Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen verstärkt. Erst seit den 1990er Jahren versuchen internationale Organisationen vermehrt, der Problematik Rechnung zu tragen. Diese Bemühungen fanden in den 1998 von den *Vereinten Nationen* verabschiedeten *Guiding Principles on Internal Displacement* sowie dem 2001 gegründeten *UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)* ihren Ausdruck.<sup>14</sup>

### Von Flüchtlingen für Flüchtlinge: Die Selbstorganisation der internen palästinensischen Flüchtlinge in Israel

Angesichts fehlender nationaler sowie internationaler Unterstützungs- und Lobbystrukturen blieben die internen Flüchtlinge über viele Jahre hinweg ohne politische Vertretung. Erste Ansätze der Selbstorganisation entstanden in den späten 1960er Jahren auf Dorfbasis. Ermutigt durch israelische Gerichtsurteile, die Flüchtlingen aus den Dörfern Bir'im (*Bir'im*), Iqrit (*Iqrit*) und Al-Ghabsiyya (*Al-Gābsīya*) bereits in den 1950er Jahren die Rückkehr erlaubt hatten, was allerdings von politischer Seite nicht genehmigt wurde, gründeten die Flüchtlinge aus diesen Dörfern erste Vereine.

Die Arbeit dieser Organisationen umfasste die Korrespondenz mit den israelischen Behörden wie beispielsweise Anfragen, die baulichen Überreste der Dörfer instand halten zu dürfen. Auch wurde versucht, die Umsetzung der vor Gericht erzielten Entscheidung zur Rückkehr voranzutreiben. Die Aktivitäten waren ausschließlich lokaler Ausrichtung und es gab nur wenig Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Vereinen. Ihre Bemühungen blieben weitgehend erfolglos und auch in der arabischen Öffentlichkeit gab es nur wenig Interesse an der Situation und den Anliegen der Flüchtlinge.<sup>15</sup>

Neben lokalen Flüchtlingsvereinen wurde 1975 das erste auf regionaler Ebene tätige *Committee for the Defense of Arab Lands* (*Laġnat ad-Difāʿ ʿan al-Arāḍi al-ʿArabīya*) gegründet. Dieses wurde auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Nazareth, Taufiq Zayyad, der der *ICP* angehörte, ins Leben gerufen und war eine Reaktion auf die Konfiszierung von 100.000 Dunum<sup>16</sup> Land des Dorfes Sakhnin (*Saḥnīn*) in Galiläa. Vor demselben Hintergrund fand am 30. März 1976 auch die erste große Demonstration gegen Landkonfiszierung statt, der erste *Tag des Bodens*.<sup>17</sup> Bis Anfang der 1990er Jahre war das *Committee for the Defense of Arab Lands*, das sich hauptsächlich aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunistischen und der nationalistischen politischen Strömungen zusammensetzte, der einflussreichste Akteur im Widerstand gegen die israelische Landpolitik. Vor dem Hintergrund der regionalen Veränderungen sowie aufgrund der verstärkten Kooperation der *ICP* mit dem *Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs* verlor das *Committee for the Defense of Arab Lands* Anfang der 1990er Jahre seine zentrale Position zu Gunsten des *Follow-Up Committee*. Dieses setzte sich allerdings mit weitaus weniger Vehemenz als sein Vorgänger gegen die Enteignung von Land ein.<sup>18</sup>

Der Ausschluss der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel aus und die Marginalisierung der Flüchtlingsinteressen in den Friedensverhandlungen löste bei den Flüchtlingen einen Paradigmenwechsel aus. Aus der Enttäuschung über ihre Situation entwickelte sich die Überzeugung, selbst stärker aktiv werden zu müssen, wie sich Daoud Badr, ein Flüchtling aus dem Dorf Al-Ghabsiyya und Mitglied des lokalen Flüchtlingsvereins, erinnert:

Früher wurde die *PLO* auch als die Vertreterin der Flüchtlinge angesehen, denn sie war (...) die einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Und wir sind ein Teil des palästinensischen Volkes, obwohl wir in Israel leben. Wir glaubten deshalb, dass es jemanden gibt, der sich unserer Probleme annimmt. Nach dem Oslo-Abkommen wurde uns jedoch klar,



dass niemand in unserem Namen spricht und dass weder Israel noch die PLO sich um unsere Situation kümmern. Als ob wir keine Probleme hätten.<sup>19</sup>

Aus diesem Bewusstsein heraus gründeten Flüchtlinge bzw. Nachkommen der Flüchtlinge Anfang der 1990er Jahre eine unabhängige und überregional tätige Flüchtlingsorganisation und lösten sich mit dieser Form der Selbstorganisation aus der Abhängigkeit palästinensischer und israelischer Interessenspolitik.

#### Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel

1992 gründete eine Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten das *Preparatory Committee for the Rights of the Internally Displaced Palestinians* in Israel, aus dem 1995 das *National Committee for the Defense of the Internally Displaced in Israel (NCID)* hervorging. Offiziell als NGO wurde die Organisation allerdings erst 2000 unter dem Namen *Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel* (*Ġam'iyat ad-Difā' 'an Ḥuqūq al-Muhaġġarīn fī Isrā'īl; ADRID*) registriert.<sup>20</sup>

Neben der Gründung von *ADRID* und teilweise mit ihrer Unterstützung wurden in den 1990er Jahren weitere lokale Flüchtlingsorganisationen gegründet. So entstand eine Flüchtlingsbewegung, in der auch die bereits bestehenden Organisationen ihre Arbeit ausbauen, sich vernetzen und ihre Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit verstärken konnten. Seit Anfang der 2000er Jahre fungiert *ADRID* als Dachverband von 30 lokalen Flüchtlingsorganisationen.<sup>21</sup>

Die Flüchtlingsaktivistinnen und Flüchtlingsaktivisten verstehen die Thematik der internen Flüchtlinge als einen integralen Bestandteil der palästinensischen Flüchtlingsfrage. Sie bezeichnen sich als Flüchtlinge im eigenen Land und bemühen in Gesprächen und Texten häufig das Bild von der „Heimat als Exil“ als Umschreibung ihrer Lebenswirklichkeit. Das Besondere an ihrer Situation liegt in ihrer räumlichen Nähe zu ihren Herkunftsorten, einige Flüchtlingsgruppen leben sogar in Sichtweite ihrer ursprünglichen Dörfer. Es ist gerade diese Nähe, die die internen Flüchtlinge als besonders schmerzlich erleben, wie der palästinensische Rechtsanwalt und Vorsitzende von *ADRID* Wakim Wakim erläutert:

Though we have remained in our homeland, we share the same fate with our brothers outside. Some of my relatives who have visited from Lebanon

and the Gulf think that it might even be more difficult to be here and to have to see how everything has been transformed, to see what has happened to the old landscapes, the houses, the cemeteries of our martyrs. Those who are far can keep the image imprinted in their memories before their displacement, and this is what they have passed along to their children. I remember how upset Ghassan Kanfani's son was when he came to visit a few years ago and discovered that Haifa was so densely built up with factories and all, whereas he had imagined it to be full of orange groves. So we took him north, near the Lebanese border, to the al-Bassa area, to Iqrit, Bir'im and Ma'alia, in other words, to where the landscape is still untouched. There he felt that Palestine was still alive, and he said, "Now my soul has been returned to me".<sup>22</sup>

Die räumliche Nähe zu den Herkunftsdörfern bzw. ihren Ruinen, von denen Wakim spricht, ermöglicht eine Vielzahl von Erinnerungspraktiken, die an späterer Stelle dargestellt werden.

Als langfristiges Ziel verfolgt *ADRID* – auf Grundlage der *UN*-Resolution 194 – die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in die Dörfer und Häuser, aus denen sie vertrieben wurden. Nach Aussage von Wakim ist das Beharren der Flüchtlinge auf Rückkehr nicht rein nostalgischer Natur, sondern basiert auch auf sozioökonomischen Beweggründen:

So the drive for return is not based on nostalgia or yearning but on an existential problem: the pressing need for housing and available surface area. The problem is even more acute for the third generation. This is what has given our cause great momentum and widespread support.<sup>23</sup>

Für Flüchtlingsorganisationen wie *ADRID* ist die Umsetzung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge die wesentliche Bedingung für die Befriedung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Im Unterschied zu den Positionen der *PLO* bzw. *PA*, die sich im Verlauf des Verhandlungsprozesses zu Konzessionen in der Flüchtlingsfrage bereit zeigten und das Rückkehrrecht zur Disposition stellten, ist die Haltung von *ADRID* in dieser Frage eindeutig. Wakim, der aus dem zerstörten Dorf Al-Bassah (*al-Baṣṣa*) im Norden Israels stammt, betont, dass gerade angesichts der Tragweite der Endstatusverhandlungen das Rückkehrrecht der Flüchtlinge mit besonderer Vehemenz verteidigt werden muss:

Today, on the eve of the ‚final status solution‘, we need to make our voice heard. We cannot remain the silent Palestinians of Kanafani’s Men in the Sun who perish, baked alive for lack of voicing our needs for justice. We demand the implementation of UN Resolution 194: the right of return and compensation. Without its implementation there will never be a just and comprehensive peace.<sup>24</sup>



Abb. 7: Demonstration für das Rückkehrrecht  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Aufgrund der unterschiedlichen Standpunkte zur Zukunft der Flüchtlinge ist das Verhältnis zwischen den unabhängigen Flüchtlingsorganisationen und der PA angespannt. Seit Beginn des Oslo-Prozesses hatte diese mehrfach versucht, die Aktivitäten der lokalen Flüchtlingsgruppen zu unterbinden, um ihre eigene Verhandlungsposition zu stärken und den Verhandlungspartner Israel nicht zusätzlich zu verunsichern. Um solche Interventionen unterbinden zu können, hat sich die palästinensische Flüchtlingsbewegung in Israel von der Vormundschaft durch die PA losgesagt. Im Mai 2000 wurde dies offiziell formuliert und ADRID zur einzig legitimen Repräsentantin der internen Flüchtlinge ernannt wie Wakim berichtet:

(...) We declared that our organization is the only legitimate representative of all the displaced of the interior. Our goal was to shoot down any Israeli plan to force the Palestinian negotiating team into conceding our rights, which might have been possible due to the overwhelming imbalance of power between the two sides. We took this decision to ensure our own representation of our own rights and to make crystal clear that we would consider any concession by the Palestinian team touching on our rights and property as null and void.<sup>25</sup>

Anlass für diese öffentliche Stellungnahme waren Berichte, nach denen die PA und Israel darüber verhandelt hätten, der palästinensischen Seite, wenn sie sich für Konzessionen in der Flüchtlingsfrage entscheide, eine erweiterte Souveränität über den Tempelberg zuzugestehen.<sup>26</sup> Obwohl die PA auch in der Vergangenheit zu keiner Zeit ein politisch-juristisches Mandat über die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel besessen hatte, war diese Form der Losagung dennoch ein deutliches Signal: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte übernahmen die internen Flüchtlinge selbst die Verantwortung für ihre Situation, indem sie sich quer zu den Interessen der israelischen und palästinensischen Politik in eigenständigen Strukturen organisierten und positionierten.

Gleichzeitig mit der Abgrenzung von den Positionen der PA bauten sie ihre Beziehungen zu jenen Flüchtlingsorganisationen in der Westbank und im Gazastreifen aus, die sich für ein uneingeschränktes Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge einsetzen. Im Untersuchungszeitraum bestanden enge Kontakte zum *BADIL Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights* (*Badil – al-Markaz al-Filastīnī al-Maṣādir Ḥuqūq al-Muwāṭana wa-l-Lāḡi'in*) in Bethlehem, der federführenden Flüchtlingsorganisation in den besetzten Gebieten. Im Gegensatz zu einigen anderen Flüchtlingsinitiativen, in deren Papieren die internen Flüchtlinge keine Erwähnung finden, verfolgt diese einen integrativen Ansatz und bezieht die internen Flüchtlinge in ihre Forschungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit ein.<sup>27</sup> Außerdem bestanden Kontakte zur so genannten Rückkehrbewegung (*al-ʿĀ'idūn*) in der palästinensischen Diaspora, vor allem nach Jordanien, Syrien und Libanon, aber auch in die USA und nach Europa. Die Treffen der Flüchtlingsorganisationen finden hauptsächlich außerhalb der Region und häufig im Kontext internationaler Flüchtlingskonferenzen statt. Die Organisation von Zusammenkünften in Drittländern, die die Teilnahme palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten aus unterschiedlichen Ländern und mit zum Teil nicht „kompatiblen“

Ausweispapieren ermöglicht, spielt traditionell eine wesentliche Rolle für die Gestaltung transnationaler palästinensischer Beziehungen.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Flüchtlingsorganisationen liegt allerdings im Bereich der Bewusstseinsbildung. Über Forschungstätigkeiten und Informationsarbeit sowie einer Vielzahl von Erinnerungspraktiken sollen die Kenntnisse der palästinensischen Bevölkerung über die historischen Hintergründe von Flucht und Vertreibung verbessert und die Erinnerung an die Dörfer wach gehalten werden. Dazu zählen neben den Besuchen der Dörfer und der Bewahrung und Pflege baulicher Relikte auch die Arbeit mit Zeitzeugen sowie der Aufbau von Datenbanken im Internet.

Obwohl die Erinnerungspraktiken über die Arbeit der Flüchtlingsorganisationen hinaus eine zentrale Rolle in der Gestaltung des palästinensischen Widerstandes spielen und deshalb als Querschnittsaufgabe verstanden werden müssen, werden sie aufgrund ihrer ganz besonderen Bedeutung für das Handlungsfeld Landpolitik an dieser Stelle präsentiert.

### Nostalgie als politische Strategie: Palästinensische Erinnerungspraktiken

Im Gegensatz zum israelischen Kollektivgedächtnis, dessen Bewahrung und Vermittlung institutionell stark verankert ist,<sup>28</sup> wird die palästinensische Perspektive und Wahrnehmung geschichtlicher Ereignisse in den öffentlichen israelischen Bildungseinrichtungen bis heute nicht oder nur in Ausnahmen vermittelt.<sup>29</sup> Auch wenn mit den Arbeiten der „Neuen Historiker“ die offizielle israelische Geschichtsschreibung kritisch beleuchtet und vor dem Hintergrund der Neubewertung des Staatsgründungskontextes sowie der palästinensischen Flüchtlingsfrage ein Prozess initiiert wurde, der erstmalig auch Raum für alternative Darstellungen der Vergangenheit kreierte, haben diese Entwicklungen bislang nur wenig Einfluss auf die Gestaltung israelischer Politik und Öffentlichkeit ausüben können.<sup>30</sup> Vielmehr ist bis heute die Vermittlung palästinensischer Geschichte und Kultur in den israelischen Curricula nicht vorgesehen. Im Jahr 2001 entbrannte eine heftige Diskussion um die Frage, ob palästinensische Schriftstellerinnen und Schriftsteller an israelischen Schulen gelesen werden dürfen. Im selben Jahr warnte die damalige Bildungsministerin Limor Livnat, dass arabische Schulen, die der *Nakba* gedenken und die palästinensische Fahne hissen, eine Erhöhung ihrer Budgets gefährdeten.<sup>31</sup>

Die Tabuisierung palästinensischer Geschichte und Geschichten im öffentlichen Raum führte auf palästinensischer Seite zu der Etablierung einer Gegen-

strategie. Mit Hilfe von Erinnerungspraktiken wird das palästinensische Kollektivgedächtnis jenseits der staatlichen Institutionen gebildet, mobilisiert und kommuniziert.

Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von dem Soziologen Maurice Halbwachs entwickelt<sup>32</sup> und hat seitdem eine intensive Diskussion und Weiterentwicklung erfahren. Im Kern bezeichnet er „(...) das von und für ein Kollektiv erinnerte ‚Wissen‘ um Vergangenheit und dessen Funktion für das Gegenwartsbewußtsein.“<sup>33</sup> Zwei Aspekte sind hervorzuheben: Zum einen ist das Kollektivgedächtnis ein Produkt eines sozialen Prozesses und wird von sozialen Akteuren über Kommunikations- und Interaktionsprozesse, zu denen auch Erinnerungspraktiken gehören, gestaltet. Zum anderen besteht ein immanenter Zusammenhang zwischen der Erinnerung der Vergangenheit und der Legitimation von politischer Handlung in Gegenwart und Zukunft, d. h. Vergangenheit wird ideologisch instrumentalisiert. Dies gilt in besonderem Maße für Erinnerungen und Erinnerungsrituale, die, wie das palästinensische Beispiel zeigt, im öffentlichen Raum kommuniziert und durchgeführt werden:

Erinnerungen sind vor allem dann, wenn sie öffentlich kommuniziert werden, keine bloß subjektiven Äußerungen mehr. Sie beziehen sich auch nicht nur auf Vergangenes, sondern haben ihren Ort in der Gegenwart und reflektieren auf zukünftige Ordnungen. Gerade das macht sie so bedeutungsvoll und kontrovers.<sup>34</sup>

Zu den Funktionen des kollektiven Gedächtnisses zählen außerdem die Selbstvergewisserung einer Gruppe, die Stärkung kollektiver Identität und Gruppenzugehörigkeit sowie die Abgrenzung von anderen Gruppen.<sup>35</sup>

Die palästinensischen Erinnerungspraktiken beziehen sich in ihrer Essenz auf die Erfahrung und die Folgen der *Nakba* und sind eine Reaktion auf die von Seiten des israelischen Staates kontinuierlich verfolgte Politik der Zerstörung und Verdrängung palästinensischer physischer und kultureller Landschaften. Dabei trifft die zentrale Verbindung von Erinnerung und Orten, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie der französische Historiker Pierre Nora, die Anglistin und Ägyptologin Aleida Assmann sowie der Ägyptologe Jan Assmann in ihren Arbeiten beschrieben haben, in besonderem Maße auf das palästinensische Kollektivgedächtnis zu. „Das Gedächtnis braucht Orte, tendiert zur Verräumlichung“<sup>36</sup> schreibt Jan Assmann, und so kreist eine Vielzahl palästinensischer Erinnerungspraktiken um die im Krieg zerstörten Dör-

fer. Während von vielen kaum sichtbare bauliche Überreste übrig geblieben sind und nur Olivenbäume und Kakteen die Existenz einer früheren Bebauung andeuten, finden sich in anderen Gegenden noch Ruinen von Gebäuden, vor allem von Moscheen, Kirchen und Friedhöfen. Es sind diese Relikte, die auf eine Art und Weise von Aleida Assman als Gedenk- und Gedächtnisorte beschrieben wurden, als hätte sie dabei tatsächlich die Überreste der palästinensischen Dörfer vor Augen gehabt:

Am Gedenkort ist eine bestimmte Geschichte gerade nicht weitergegangen, sondern mehr oder weniger gewaltsam abgebrochen. Die abgebrochene Geschichte materialisiert sich in Ruinen und Relikten, die sich als fremde Überreste von der Umgebung abheben. Das Abgebrochene ist in Überresten erstarrt und steht beziehungslos zum örtlichen Leben der Gegenwart, das nicht nur weitergegangen, sondern über diese Reste auch achtlos hinweggegangen ist. (...) Um dennoch fortbestehen und weitergelten zu können, muß eine Geschichte erzählt werden, die das verlorene Milieu supplementär ersetzt. (...) Denn mit der Aufgabe und Zerstörung eines Ortes ist seine Geschichte noch nicht vorbei; er hält materielle Relikte fest, die zu Elementen von Erzählungen und damit wiederum zu Bezugspunkten eines neuen kulturellen Gedächtnisses werden. Diese Orte sind allerdings erklärungsbedürftig; ihre Bedeutung muß zusätzlich durch sprachliche Überlieferungen gesichert werden.<sup>37</sup>

Orte spielen im palästinensischen Kollektivgedächtnis eine solch ausgeprägte Rolle, dass Elias Sanbar, palästinensischer Historiker und Leiter der Pariser Zweigstelle des *Institute for Palestine Studies*, sogar von der „palästinensischen Besessenheit von Orten“ spricht:

To escape the drowning, to rescue their land, which had been swallowed up, the refugees would gamble everything – Palestine and Palestinians, a people and its land – while waiting for the latter to ‘come home’ and reoccupy its place on the map. An obsession with places, from general topography to the details of the tiniest street, would henceforth preoccupy them, with Palestine travelling around on the shoulders of its children.<sup>38</sup>

Zu den besonders prominenten Erinnerungsritualen gehören die Besuche der zerstörten Dörfer. Diese Praxis geht auf die Zeit der Militäradministration zurück, während der der palästinensischen Bevölkerung lediglich am israelischen Unabhängigkeitstag Reisefreiheit gewährt worden war, wogegen sie an allen

anderen Tagen des Jahres ihre Wohnorte nur mit spezieller Genehmigung verlassen durfte. Zur Zeit der Militärverwaltung nutzten deshalb viele Flüchtlinge die Gelegenheit, um an diesem Tag in ihre Heimatdörfer zu fahren, ein Ritual, das bis heute fortgesetzt wird. Die Besuche werden häufig als Familienausflüge und Picknicks gestaltet. Dabei ist es den Erwachsenen wichtig, der nächsten Generation die Bindung an den Ort zu vermitteln oder mit den Worten von Badr aus Al-Ghabsiyya: die Sehnsucht nach dem Dorf an die Kinder zu vererben.<sup>39</sup> Wie sehr solche Praktiken tatsächlich die Bindung an diese Orte vermitteln bzw. stärken zeigt sich an der Selbstverständlichkeit, mit der Kinder und Kindeskindern palästinensischer Flüchtlinge die Dörfer ihrer Vorfahren als ihre Heimat bezeichnen.

Das Besuchsritual ist inzwischen insofern als Form des politischen Protests institutionalisiert worden, dass nicht mehr nur die Flüchtlinge und ihre Familien in die Dörfer fahren, sondern jedes Jahr Protestmärsche zu einem ausgewählten Dorf von den Flüchtlingsorganisationen und anderen NGOs organisiert werden, an denen neben den Flüchtlingen auch nicht direkt Betroffene teilnehmen. Die Demonstrantinnen und Demonstranten erinnern dabei mit Schildern, auf denen die Dorfnamen stehen, an die zerstörten Dörfer. Auf den Ruinen des Dorfes, das besucht wird, finden Kundgebungen statt, bei denen die Geschichte des Dorfes und das Schicksal der Flüchtlinge erinnert und das Rückkehrrecht der Flüchtlinge gefordert wird.



Abb. 8: Demonstration anlässlich des Jahrestages der *Nakba*  
(Photo: K. Hermann)



Seit einigen Jahren wird die zeitliche Terminierung dieser Erinnerungspraxis auf den israelischen Unabhängigkeitstag kontrovers diskutiert. Aus Sicht einiger Aktivistinnen und Aktivisten betone dies zu sehr den reaktiven Charakter dieser Widerstandsform. Statt die Dorfbesuche am israelischen Unabhängigkeitstag durchzuführen, plädieren sie dafür, die Besuche auf den so genannten *Nakba-Tag* (*yaum an-nakba*) zu verlegen.<sup>40</sup> Dieser war im Frühjahr 2001 vom *Follow-Up Committee* als zentraler Gedenktag eingeführt und auf den 15. Mai datiert worden. Dahinter stand die Absicht, einen gemeinsamen Gedenktag für alle palästinensischen Gruppen zu schaffen. Anders als der israelische Feiertag richtet sich der „neue“ palästinensische Gedenktag nach dem gregorianischen Kalender. Palästinenserinnen und Palästinenser aus der Westbank, dem Gazastreifen, Ost-Jerusalem sowie aus Israel organisierten anlässlich des *Nakba-Tages* 2001 eine gemeinsame Demonstration in Ost-Jerusalem.<sup>41</sup> Der israelische Unabhängigkeitstag dagegen wird mittlerweile von vielen Aktivistinnen und Aktivisten zum Ausdruck des Protests als regulärer Werktag verbracht:

Ich bin am Unabhängigkeitstag zu Hause geblieben, für mich war es ein ganz normaler Tag. Sie [die jüdischen Israelinnen und Israelis; K.H.] feiern diesen Tag nach dem jüdischen Kalender, während wir der *Nakba* immer am 15. Mai gedenken. Da sollten Veranstaltungen organisiert werden und nicht an dem Tag, den sie bestimmen. (...) Ich leugne nicht die dialektische Beziehung zwischen *Nakba* und Unabhängigkeit, ich meine nicht, dass es falsch ist, an diesem Tag etwas zu machen, aber persönlich halte ich ihn für einen ganz normalen Tag. Es ist ein Fehler von uns, dass wir immer nur nachmachen und nicht selbst planen: Sie haben ihren Unabhängigkeitstag gefeiert, daraufhin haben wir den 50. Jahrestag der *Nakba* begangen. Sie haben behauptet, dass sie auf eine dreitausendjährige Geschichte zurückblicken, und wir fingen an, irgendwelchen Quatsch zu erforschen, dass wir kanaanitische Abstammung sind. Das geht so nicht. Es geht nicht, dass wir mit ihnen in einem ständigen Wettbewerb liegen. Das legitimiert mich weder als Palästinenserin noch bekomme ich damit das Land zurück.<sup>42</sup>

Über den zentralen Gedenktag hinaus wird die *Nakba* – ähnlich wie in der Westbank, im Gazastreifen und in der palästinensischen Diaspora – inzwischen auch in Israel mit verschiedenen Veranstaltungen an mehreren Tagen erinnert. So wurde am 24. April 2001 zum ersten Mal an die Eroberung der Stadt Haifa erinnert, die an diesem Tag im Jahr 1948 von den israelischen

Streitkräften eingenommen worden war. Erinnerung wurde dieses Datum in Form einer Demonstration im arabischen Stadtteil Wadi Nisnas (*Wādī Nisnās*), wo Demonstrantinnen und Demonstranten die Rückbenennung hebräischer Straßennamen in ihre ursprünglichen arabischen Namen forderten. Die Beteiligten hielten Schilder mit den arabischen Straßennamen und machten damit auf die Verdrängung palästinensischer Geschichte aufmerksam.<sup>43</sup>

Allerdings löste diese Demonstration nicht nur unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine kontroverse Diskussion aus, auch die palästinensischen Gewerbetreibenden im Wadi Nisnas kritisierten die Demonstration lautstark als geschäftsschädigend. Seit in Folge der *Oktober-Unruhen* im Herbst 2000 die jüdische Kundschaft wochenlang ausgeblieben war, litten die Händler ohnehin unter hohen Umsatzeinbußen.



Abb. 9: Erinnerungspraktiken im Haifaer Stadtteil Wadi Nisnas  
(Photo: K. Hermann)



Abb. 10: Hinweisen auf die ehemals arabischen Straßennamen  
(Photo: K. Hermann)

Neben den *Nakba*-Veranstaltungen gibt es viele weitere Aktivitäten, die vor allem von den Flüchtlingsvereinen unternommen werden, um die Erinnerung an die Geschichte und insbesondere an die Dörfer wach zu halten. Im Zentrum ihrer Arbeit steht neben Dokumentation und Vermittlung der Geschichte die Instandhaltung der Relikte der zerstörten Dörfer. Mitglieder der Flüchtlingsvereine reparieren die Gebetshäuser und kümmern sich um die Friedhöfe. Sie versuchen darüber hinaus die Wiederbelebung dieser Orte, indem sie die Moscheen und Kirchen für religiöse Handlungen nutzen. So hat der Vorsitzende von *ADRID*, Wakim, der aus dem Dorf Bassah im Norden Israels nahe der libanesischen Grenze stammt und heute in Nahariya wohnt, die Kirche von Bassah renoviert und dort seine Tochter taufen lassen. Zur Taufe waren viele Flüchtlinge aus dem Dorf eingeladen, so dass die Veranstaltung über die religiöse Zeremonie hinaus auch einen hohen politischen Symbolwert bekam.

Um eine ähnliche Art der Wiederbelebung haben sich die Mitglieder des *Al-Ghabsiyya-Vereins* bemüht. Mitte der 1990er Jahre begannen sie, die Moschee des Dorfes instand zu setzen und sich dort zum Freitagsgebet zu ver-

sammeln. Das Dorf Al-Ghabsiyya, das in der Nähe der nordisraelischen Stadt Akko liegt, wurde im Mai 1948 von israelischen Truppen besetzt. Entgegen anders lautender Absprachen mit Repräsentanten des Dorfes, marschierten die israelischen Truppen in das Dorf ein, töteten mehrere Dorfbewohner und vertrieben die restliche Bevölkerung. Das Dorf wurde nicht zerstört und nach einigen Monaten durften seine Bewohnerinnen und Bewohner dorthin zurückkehren. Im Sommer 1950 wurde die gesamte Dorfbevölkerung jedoch erneut vertrieben und Al-Ghabsiyya zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Im November desselben Jahres sprach sich das *Oberste Gericht* für die Rückkehr der Flüchtlinge aus, ein richterlicher Entscheid, der ähnlich wie in anderen Dörfern, jedoch nicht umgesetzt wurde. 1955/56 wurde das Dorf schließlich von Bulldozern zerstört, nur die Moschee blieb erhalten.

Daoud Badr, der auch Koordinator von *ADRID* ist, wurde 1942 in dem Dorf geboren und musste 1948 als kleines Kind mit seiner Familie fliehen. Er erinnert sich an die Häuser und Gassen des Dorfes, an die Moschee und an die Felder, die seiner Familie gehörten und die sie bearbeiteten. Er erzählt von den rund 700 Menschen, die vor Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges in seinem Dorf lebten und die 1948 entweder in den nur zehn Kilometer entfernten Libanon oder in umliegende Dörfer flohen, wo sie bis heute als interne Flüchtlinge leben. Die Zahl der internen Flüchtlinge aus Al-Ghabsiyya schätzt er auf mittlerweile 2.000, ebenso viele leben im Libanon. Badr wohnt mit seiner Familie in dem kleinen Ort Scheich Danun (*Šaiḥ Ḍanūn*), der nur 500 Meter von den Ruinen Al-Ghabsiyyas entfernt liegt. Zusammen mit anderen Männern des Vereins beteiligte er sich an der Renovierung der Moschee. Als die Behörden von den Renovierungstätigkeiten erfuhren, kamen sie und verschlossen Fenster und Türen und sperrten das Moscheegelände mit Stacheldraht ab. Badr kritisiert das Vorgehen der Behörden, die erst jahrzehntelang zugesehen hätten, wie die Moschee immer mehr verwahrloste und dann die Renovierungstätigkeiten verhinderten:

Jahrzehntelang – von 1950 bis 1995 – war die Moschee geöffnet. Sie hatte keine Türen und keine Fenster. Kühe und Ziegen und auch zwielichtige Gestalten hielten sich in der Moschee auf, sie war heruntergekommen und verdeckt. Für die Israelis war das in Ordnung. Aber als wir begannen, die Moschee zu reparieren und zu säubern, um ihre Würde und Heiligkeit wieder herzustellen, da intervenierten die israelischen Behörden.<sup>44</sup>

Mit Ausnahme der Zeit zwischen Sommer 1996 und Frühjahr 1997, in der die Moschee geöffnet wurde, – die *Labor Party* erhoffte damit die arabische Wählerschaft gewinnen zu können – ist sie seitdem geschlossen. Trotzdem kommen die Leute zum Freitagsgebet hierher, das sie neben der abgesperrten Moschee verrichten.

Erinnerungspraktiken spielen gerade auch mit Blick auf die junge Generation eine besondere Rolle. Mit Exkursionen, Workcamps und Sommerlagern, die von politischen Parteien oder Vereinen organisiert werden, sollen palästinensische Jugendliche außerhalb der schulischen oder universitären Bildungsinstitutionen die palästinensische Geschichte und Kultur kennen lernen. Zu diesen Aktivitäten zählen auch die Ferienlager, die in den Sommermonaten für Jugendliche an verschiedenen Orten veranstaltet werden. Neben den regulären Sommerlagern, die palästinensische Organisationen zur Unterhaltung und Erholung durchführen, organisierte die Ost-Jerusalemmer *Welfare Association (Mu'assasat at-Ta'āwun)*<sup>45</sup> 1999 zum ersten Mal ein Ferienlager für Jugendliche aus unterschiedlichen Gegenden des „historischen Palästina“ sowie der palästinensischen Diaspora, in dessen Mittelpunkt die Vermittlung historischer und kultureller Inhalte standen. Unter dem Motto *tawāṣul bi-lā ḥudūd: ša'b wāḥid, bait wāḥid* (arab.: *Verbindung ohne Grenzen: ein Volk, ein Haus*) trafen sich 250 Jugendliche aus der Westbank, dem Gazastreifen, aus Jerusalem, Israel, von den Golanhöhen und aus dem Libanon, um zehn gemeinsame Tage zu verbringen. Die Gruppe wohnte hauptsächlich in der Nähe der Ruinen des Dorfes Al-Zeeb (*Az-Zib*) im Norden Israels, von dem aus sie Ausflüge in die Umgebung und nach Jericho und Jerusalem unternahm.<sup>46</sup> Das Ferienlager, das im Rahmen des Programms „Kultur und Identität“ stattfand und das im Ost-Jerusalemmer Büro der *Welfare Association* von Suhail Mi'ari geleitet wurde, beabsichtigte seinen Aussagen zufolge vor allem die Stärkung palästinensischer Identität. Suhail Mi'ari, der selbst Flüchtling aus einem Dorf im Norden Israels ist, unterstrich die Bedeutung solcher Jugendprojekte, die er insbesondere mit Blick auf die palästinensischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Israel für eine Art Gegenstrategie zu den Israelisierungstendenzen hält.<sup>47</sup>

Neben diesen Aktivitäten ist in den letzten Jahren eine regelrechte Flut von Erinnerungsberichten entstanden, die in arabischen Zeitschriften oder als Monographien erscheinen.<sup>48</sup>

Auch das Internet wird für die Erinnerungspraktiken genutzt, ermöglicht es doch, wie kein anderes Medium, eine transnationale Kommunikation. Die Palästinenserinnen und Palästinenser bedienen sich diesem auf besondere Wie-

se. Über Internetportale wie [www.palestineremembered.com](http://www.palestineremembered.com) kann eine Fülle von Informationen über die zerstörten Dörfer abgerufen werden: Datum und Umstände ihrer Eroberung durch die israelischen Truppen, Widerstand der Dorfbevölkerung, Zeitzeugenberichte, historische Bilder, aktuelle Fotos sowie Kartenmaterial.<sup>49</sup>

Die genannten Erinnerungspraktiken zeigen die Zentralität der Dörfer und Landschaften für die Bildung und Mobilisierung des palästinensischen Kollektivgedächtnisses.<sup>50</sup> Diese exponierte Stellung der Dörfer und des ländlichen Raumes gewinnt noch an Bedeutung, wenn man sich die marginale Rolle vergegenwärtigt, die die ländlichen Gebiete historisch für die palästinensische politische und intellektuelle Führung, die vornehmlich städtisch geprägt war, gespielt hatten. Deren Einstellung gegenüber den Dörfern war von Unkenntnis und Desinteresse sowie von Arroganz geprägt. Der palästinensische Schriftsteller Emil Habibi bringt dies auf den Punkt, indem er in seinem Roman „Der Peptimist oder von den seltsamen Vorfällen um das Verschwinden Saids des Glücklosen“<sup>51</sup> einen der Protagonisten sagen lässt: „Schließlich pfl egten wir, die wir aus Haifa stammen, uns in den Dörfern Schottlands besser auszukennen als in denen Galiläas.“<sup>52</sup> Diese Haltung erschwerte nach 1948 die wissenschaftliche Aufarbeitung der *Nakba* sowie die Erforschung palästinensischer Geographie von vor 1948.<sup>53</sup> Während palästinensische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die verheerende Datenlage vor allem die Zerstörung und Konfiszierung der Archive sowie die schwierigen Bedingungen für den Aufbau von Archiven im Ausland verantwortlich machen, halten andere das spezifische Stadt-Land-Verhältnis für eine der wesentlichen Ursachen des Problems.<sup>54</sup>

Erst im Laufe der 1970er Jahre begann sich dieses Verhältnis zu verändern, als die Land-Thematik immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rückte.<sup>55</sup> Spätestens mit den Demonstrationen am *Tag des Bodens* avancierten die Dörfer und die Dorfbevölkerung nicht nur zum Symbol des palästinensischen Schicksals in Israel, sondern auch zum Symbol des palästinensischen Widerstandes.<sup>56</sup> Die Bedeutung der Landschaft nimmt seitdem auch in der palästinensischen Literatur – vor allem in der Lyrik – einen hohen Stellenwert ein. Die Bezugnahme auf die Zerstörung der Landschaft in direkter und symbolischer Hinsicht erfährt dort eine derart intensive Hervorhebung, dass palästinensische Literatur zuweilen als „Literatur des gefällten Zitronenbaumes“ bezeichnet wird.<sup>57</sup>

## Funktionen palästinensischer Erinnerungspraktiken und israelische Reaktionen

Die Funktion der Erinnerungspraktiken besteht vor allem darin, die kollektive Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser zu stärken und sie um den Aspekt der zeitlichen Kontinuität zu ergänzen. Palästinensische Existenz wird historisch vergewissert und verortet. Die Palästinenserinnen und Palästinenser können mittels der Erinnerungspraktiken ihr Selbstverständnis als Einheimische, als die indigene Bevölkerung, die zu Flüchtlingen wurde, zum Ausdruck bringen. Aus der Mobilisierung des Kollektivgedächtnisses werden auch politische Ansprüche für die Gegenwart und Zukunft abgeleitet. Diese Ansprüche sind unterschiedlich und werden in den Aktivistenkreisen kontrovers diskutiert. Wie im Zusammenhang mit der Darstellung der Flüchtlingsorganisation *ADRID* gezeigt, ist ein zentraler Anspruch der internen Flüchtlinge die Umsetzung der *UN*-Resolution 194, gemäß der die Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer zurückkehren dürfen bzw. für ihre Verluste kompensiert werden müssen. Andere Aktivistinnen und Aktivisten stellen nicht das Rückkehrrecht in den Mittelpunkt, sondern fordern in erster Linie die Übernahme von moralischer und politischer Verantwortung seitens des israelischen Staates für das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung in Zusammenhang mit der *Nakba*.<sup>58</sup> In einem Katalog „Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung“ haben palästinensische und jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Israel gemeinsam „Empfehlungen für eine politische Kurskorrektur“ erarbeitet, in der auch die Anerkennung der *Nakba* gefordert wird. Sie plädieren dafür, dass

(...) ein Verfahren zur offiziellen staatlichen Anerkennung von an-Nakbah – der arabischen Katastrophe von 1948 – eingeleitet werden [muss]. Hier geht es um den wichtigen Grundsatz, die Verlustgefühle als legitim anzuerkennen, die für fast ein Fünftel der israelischen Staatsbürger/innen seit sechs Jahrzehnten Teil ihres Lebens ist. (...) Wir betrachten die Anerkennung der arabischen Erinnerungen von 1948 als wichtigste Bedingung, um eine gesunde Basis für ein Miteinander auf der Grundlage einer gemeinsamen staatsbürgerlichen Identität zu schaffen.<sup>59</sup>

Die von ihnen vorgeschlagene Liste mit Maßnahmen, die diese Anerkennung impliziert, ist lang. Sie umfasst Denkmäler für die zerstörten Dörfer, einen gesetzlich geregelten Gedenktag für die *Nakba*, eine Entschuldigung des Staates

sowie eine finanzielle Wiedergutmachung und Rehabilitation der Opfer von 1948, um nur einige Aspekte zu nennen.<sup>60</sup>

Palästinensische Erinnerungspraktiken werden von der israelischen Politik nicht einfach hingenommen, sondern vielfach kontrolliert und verboten. Daraus lässt sich schließen, dass sie eine verunsichernde Wirkung auf Politik und Öffentlichkeit ausüben. Dabei reagieren die staatlichen Instanzen offensichtlich besonders sensibel, wie das Beispiel der Renovierungsarbeiten der Moschee in Al-Ghabsiyya gezeigt hat, auf jene Formen der Erinnerungsarbeit, bei denen die Bewahrung und Pflege baulicher Relikte im Mittelpunkt stehen. Während Demonstrationen und andere politische Großveranstaltungen, bei denen das Rückkehrrecht der Flüchtlinge gefordert wird, als Bedrohung Israels wahrgenommen werden und Parteien übergreifend einen Reflex der Abwehr auslösen, führen Formen der Erinnerungsarbeit zu einer moralischen Verunsicherung. Dies lässt sich darauf zurückzuführen, dass die Rituale Ausdruck einer tiefen Verbundenheit der Menschen mit diesen Orten sind und damit auf eine Vergangenheit hinweisen, die in Israel kategorisch gelehnet wird:

Caring for the sites that commemorate the existence of a community that was uprooted from its landscape and its holy places, and legitimate expressions of affinity for the soil of the homeland, on the other hand, confuse the Jewish community. After all, its members have been raised on denial of the embarrassing past and of the Palestinians' ability to feel emotional ties to the homeland. If Israeli geographers believe that "the fact that a prior geography was partly covered over was hardly the result of a malign process: it was almost entirely benign", how can one expect Israeli settlers not to beat up on and forcibly eject groups of Arabs attempting to renovate a ramshackle old mosque on the edge of a Jewish settlement founded after the Arab village that used to occupy its site was destroyed? Fifty years have gone by, and the battle over the landscape has become a battle over 'the signposts of memory'.<sup>61</sup>

Das Durchschimmern dieser anderen Seite der Geschichte weckt Ängste bei den „neuen“ Bewohnerinnen und Bewohnern jener Kibbuzim, Moshavim, Dörfer und Städte, die auf den Ruinen der arabischen Dörfer errichtet worden sind. Die moralischen und politischen Ansprüche, die in den Erinnerungspraktiken der früheren Bewohnerinnen und Bewohner zum Ausdruck gebracht werden, werden als Infragestellung und Bedrohung der eigenen Existenz wahrgenommen. Dass viele der jüdischen Neueinwanderinnen und Neueinwander,



die von staatlicher Seite auf den Ruinen der arabischen Dörfer angesiedelt wurden, selbst Flüchtlinge und oft Überlebende des Holocaust waren, verstärkt die moralische und emotionale Komplexität der Situation weiter, in der die Einheimischen zu Flüchtlingen und die Flüchtlinge zu Einheimischen gemacht wurden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die lokalen und internationalen Bemühungen der Flüchtlingsorganisationen in den letzten Jahren erste Erfolge erzielen konnten. Auf internationaler Ebene zeigte sich dies daran, dass die internen palästinensischen Flüchtlinge 2002 erstmalig in die vom norwegischen Flüchtlingsrat finanzierte *Global IDP Database* aufgenommen wurden. Außerdem erhielt *ADRID* 2001 den Menschenrechtspreis der internationalen Kosmetikkette *Body Shop*. Zwar sollte diese Auszeichnung politisch nicht überbewertet werden, dennoch kennzeichnet sie die zunehmende Bekanntheit und Anerkennung flüchtlingspolitischen Engagements in Israel.

Die palästinensischen Flüchtlingsorganisationen konstituieren einen der wenigen zivilgesellschaftlichen Bereiche, in denen sich translokale und transnationale palästinensische Beziehungen über kurz- und mittelfristige Projektarbeit hinaus institutionalisieren konnten. Dies zeigt sich in besonderem Maße in Zusammenhang mit den Erinnerungspraktiken, die zum Teil grenzüberschreitend organisiert werden. Dies gilt vor allem für die Veranstaltungen am *Nakba-Tag*, zu denen sich die Aktivistinnen und Aktivisten aus Israel und den palästinensischen Gebieten auch zu gemeinsamen Protestmärschen treffen.<sup>62</sup> Im Internet, und insbesondere über die Verteilerlisten der Flüchtlingsorganisation *BADIL*, werden die Aktivitäten palästinensischer Gruppen in unterschiedlichen Gegenden und Ländern kommuniziert.

## 11.2 Nicht anerkannte Dörfer

Neben der Flüchtlingsproblematik sind die nicht anerkannten Dörfer (*al-qurā ġair al-mu'taraf bi-hā*) ein weiteres Ergebnis israelischer Landpolitik. Diese Problematik geht auf weit reichende Neuregelungen der Flächennutzung in den 1960er Jahren zurück, anhand derer Dutzende arabischer Dörfer für illegal erklärt wurden. Konkret basiert die Existenz der nicht anerkannten Dörfer, wie sie in Aktivistenkreisen genannt werden, bzw. der „illegalen Bebauung im arabischen Sektor“ oder der „verstreuten Siedlungen“ (*hebr.: pizzurah*), wie diese Dörfer im offiziellen Sprachgebrauch heißen, auf dem *Planungs- und Baugesetz* von 1965. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurde das gesamte Land in Wohn-, Industrie- und Landwirtschaftszonen unterteilt. Durch dieses *re-*

*zoning* wurden auch Gebiete zur landwirtschaftlichen Nutzfläche erklärt, auf denen zum Teil schon seit Jahrzehnten, und in einigen Fällen bereits seit der Zeit vor der Staatsgründung, arabische Dörfer gestanden hatten. Diese verloren mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ihre rechtliche Grundlage und galten fortan als illegal.



Abb. 11: Nicht anerkanntes Dorf  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Politisch wirksam wurde dieses Gesetz 1986, als eine staatliche Untersuchungskommission unter Leitung von Ya'acov Markovitch einen Bericht vorlegte, dessen Vorschläge zu großen Teilen von der Regierung angenommen wurden. Zu den wesentlichen Punkte des Berichts, in dem zum ersten Mal von der Kategorie der „grauen Häuser“ die Rede war, gehörten folgende: Die rückwirkend illegalisierten Häuser wurden in drei Kategorien unterteilt, nach denen sie entweder eingemeindet, zerstört oder als „graue“ Gebiete markiert wurden, die nicht an das staatliche Versorgungssystem angeschlossen werden sollten. Tatsächlich setzte die Regierung nur die zweite und dritte Option um. Weiter riet die *Markovitch-Kommission*, dass Personen, die ohne Genehmigung

dort bauen, mit hohen Geld- sowie Haftstrafen belangt werden und für die Zerstörung ihrer Häuser selbst aufkommen sollen. Zudem befugte sie die regionalen Planungskomitees, administrative Zerstörungen (*administrative demolition*) anzuordnen, nach denen Häuser auch ohne Richterspruch zerstört werden können. Sie schlug außerdem den Einsatz einer Spezialeinheit zur Kontrolle und Überwachung der Zerstörungsanordnung vor, die als „graue Einheit“ bekannt wurde. Bis 1988 wurden für 11.180 Häuser Zerstörungsanordnungen ausgesprochen. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 1.440 Häusern, die zwischen 1993 und 1996 zerstört wurden, knapp die Hälfte von ihnen ohne Gerichtsurteil.<sup>63</sup>

Die genaue Anzahl der nicht anerkannten Dörfer ist schwierig zu ermitteln, Schätzungen gehen jedoch von mehr als hundert Dörfern bzw. Ansiedlungen mit rund 84.000 Bewohnerinnen und Bewohnern aus. Die meisten von ihnen leben im Süden Israels in der Negev-Wüste (74.000), ein kleinerer Teil lebt im Norden und Zentrum des Landes (10.000).<sup>64</sup>

Konkret bedeutet die Nichtanerkennung der Dörfer, dass sie auf den offiziellen israelischen Karten nicht verzeichnet sind, dass sie keine Postadressen haben und es auch keine Hinweisschilder gibt. Sie sind nicht an die öffentliche Infrastruktur und Versorgung angebunden, Strom muss über eigene Generatoren selbst erzeugt werden und Wasser wird in Tankwagen aus den umliegenden Dörfern geholt. Die Dörfer sind nicht in das Post- und Telefonnetz integriert, ihre Post wird als so genannte „Travelling Post“ den Dörfern oder Kibbuzim<sup>65</sup> in ihrer Nähe zugestellt, wo sie abgeholt werden muss. In den meisten nicht anerkannten Dörfern gibt es keine Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie keine Anbindung an das öffentliche Straßennetz. Aufgrund des umfassenden Verbots jeglicher Infrastrukturentwicklung dürfen weder neue Häuser gebaut noch Umbauten und Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Der Lebensstandard ist bei hoher Bevölkerungsdichte entsprechend niedrig. Die hygienischen Bedingungen sind aufgrund von Wassermangel sowie einer nicht adäquaten Gesundheitsversorgung mangelhaft und damit Auslöser für zahlreiche Krankheiten. Angesichts fehlender Bildungseinrichtungen müssen die Schülerinnen und Schüler einen weiten Weg zurücklegen, um in die Schulen der umliegenden Dörfer zu gelangen.

Diese Umstände sind mitverantwortlich für den hohen Anteil an Schulabbrüchen. Besonders negativ wirken sie sich auf den Schulbesuch von Mädchen aus, denen häufig der lange und oft unwegsame Schulweg von ihren Eltern nicht erlaubt wird.

Interne Flüchtlinge in einem nicht anerkannten Dorf:  
Ayn Hawd al-Djadida, Ayn Hawd und Ein Hod

Eines der bekanntesten nicht anerkannten Dörfer ist Ayn Hawd al-Djadida (*‘Ain Ḥawḍ al-Ġadīda*) im südlichen Karmel-Gebirge.<sup>66</sup> Der hohe Bekanntheitsgrad des Dorfes, das 15 Kilometer südlich von Haifa liegt, hängt vor allem mit dem großen politischen Engagement seiner Bewohnerinnen und Bewohner zusammen: Seitdem hier 1988 mit der *Association of Forty (Laġnat al-Arba‘īn)* landesweit die erste Lobbyorganisation der nicht anerkannten Dörfer gegründet wurde, gilt Ayn Hawd al-Djadida als die Hochburg des Widerstandes gegen die israelische Landpolitik.

In diesem Dorf überschneiden sich die Geschichten und Schicksale der internen Flüchtlinge mit denen der nicht anerkannten Dörfer insofern, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Ayn Hawd al-Djadida gleichzeitig interne Flüchtlinge aus dem Dorf Ayn Hawd (*‘Ain Ḥawḍ*) sind. 1948 wurden die rund 650 Bewohnerinnen und Bewohner dieses Dorfes, die zum Klan der Abu-Hayja’ (*Abū al-Haiġā’*) gehörten, vertrieben; die meisten von ihnen flohen nach Jordanien. Viele von ihnen leben heute in der jordanischen Stadt Irbid und in Jenin in der Westbank, andere im Irak und in den USA. Ein kleinerer Teil der Bewohnerinnen und Bewohner von Ayn Hawd blieb damals innerhalb der Grenzen des neuen israelischen Staates und lebt bis heute als interne Flüchtlinge in den galiläischen Dörfern Tamra und al-Furaydis. Nur wenige Familienmitglieder um das Familienoberhaupt Muhammad Mahmud Abd al-Ghani (Abu Hilmi) konnten sich während des Krieges auf einem nahe gelegenen Stück Land der Familie in Sicherheit bringen, nur etwa eineinhalb Kilometer vom alten Dorf entfernt.<sup>67</sup> Als die Gruppe nach dem Krieg versuchte, nach Ayn Hawd zurückzukehren, wurde ihr dies von den Behörden verwehrt. Mit der Einführung des *Absentees’ Property Law* im Jahr 1950 verlor sie den rechtlichen Anspruch auf ihr Land und früheres Eigentum. So blieb die Familie Abu al-Hayja’ an dem Ort ihres Unterschlupfes wohnen und gründete dort ein neues Zuhause. In Anlehnung an ihr Heimatdorf nannte sie dieses Ayn Hawd al-Djadida (*arab.: Neues Ayn Hawd*).

Der weitere Verlauf der Geschichte dieses Dorfes ist symptomatisch für viele nicht anerkannte Dörfer: 1959 wurde die Konfiszierung von 83 Dunum Land des Dorfes entschieden und 1964 umgesetzt. Die *Israeli Land Administration (ILA)* bepflanzte den enteigneten Boden mit schnell- und hochwachsenden Zypressen, die sich bald so sehr ausweiteten, dass die alten Oliven- und

Obstbäume des Dorfes verschwanden und der Charakter der ursprünglichen Landschaft verloren ging. Für die Dorfbevölkerung wurden diese neu gepflanzten Zypressen zu einem Symbol der Zerstörung und Unterdrückung wie Muhammad Abu al-Hayja', Dorfvorsteher und auch Vorsitzender der *Association of Forty*, beschreibt:

To this day I hate cypress trees, because they killed our fruit trees and were planted right in front of our houses to close us in, to shut out the air, to block the view of the sea. It's not that we hate nature – we are the children of nature here. But the cypresses were planted for the Judaization of the area. Cypresses for me are a Jewish symbol – when I see them I think of what the Jews have done to us since 1948.<sup>68</sup>

In den 1970er Jahren wurde das Gebiet, auf dem sich das Dorf befindet, zum *Karmel Nationalpark* erklärt und das Weiden von Tieren untersagt. Die Menschen mussten die Tierhaltung aufgeben, was ihre Selbstversorgungsmöglichkeiten stark einschränkte. 1986 wurden in dem Dorf die ersten Häuser zerstört. Dies war möglicherweise eine Reaktion auf den zunehmenden Widerstand der Dorfbevölkerung gegen die israelische Landpolitik – im selben Jahr hatte sie nämlich das *Action Committee for Ayn Hawd al-Djadida* gegründet.

In Folge umfangreicher Lobbyarbeit gelang es dem Dorf schließlich 1994, die Anerkennung durch die damalige Rabin-Regierung zu erhalten. Allerdings sind damit nicht alle Probleme des Dorfes gelöst. So ist es weiterhin nicht an das staatliche Versorgungs- und Infrastrukturnetz angeschlossen und solange die Planungsdokumente, die bereits seit 1992 überarbeitet werden, nicht fertig gestellt sind, sind auch die Häuser rechtlich nicht vor der Zerstörung geschützt. Heute leben in Ayn Hawd al-Djadida rund 220 Menschen in 40 Häusern. 70-80 Bewohnerinnen und Bewohner verließen in den letzten Jahren das Dorf, da Wohnraum knapp war und auch nicht jeder die Unsicherheiten und Bedrohungen aushalten konnte und wollte, die das Leben in einem solchen Dorf mit sich bringt.

Trotz nach wie vor zahlreicher Schwierigkeiten haben sich die Lebensbedingungen in den letzten Jahren aufgrund des Engagements der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner verbessert: Die Stromversorgung läuft über eigene Generatoren und in einigen Häusern gibt es sogar Satellitenfernsehen. Aus dem nahe gelegenen Kibbuz Nir Etzion, zu dem bereits seit den 1950er Jahren pragmatische nachbarschaftliche Beziehungen bestehen, wird – eigentlich illegal – Wasser ins Dorf geleitet. In der Arztpraxis des Kibbuz' können sich die

Menschen aus dem Dorf medizinisch behandeln lassen.<sup>69</sup> Ein großes Problem jedoch stellt nach wie vor die fehlende verkehrstechnische Anbindung des Dorfes an das Straßennetz dar und gerade für kranke Menschen und schwangere Frauen birgt der lange und beschwerliche Feldweg, der das Dorf mit der Hauptstraße nach Haifa verbindet, zusätzliche Belastungen und Risiken.

Im Unterschied zu vielen arabischen Dörfern wurde das „alte“ Ayn Hawd nicht zerstört, sondern 1953 unter der Federführung der Dadaismus-Bewegung zu einer pittoresken Künstlerkolonie umgestaltet, die heute über die Grenzen des Landes hinaus bekannt ist. Umbenannt in Ein Hod erinnert kaum etwas an seine arabische Vergangenheit und es findet sich auch kein deutlicher Hinweis auf die Geschichte des Dorfes.<sup>70</sup> Selbst die Moschee des Dorfes wurde, sehr zum Ärger der ehemaligen Bevölkerung, Anfang der 1990er Jahre in ein Restaurant umgebaut. Was diese Form der Überbauung angeht, so ist Ayn Hawd kein Einzelfall. Vielmehr gibt es in Israel mehrere prominente Beispiele, bei denen für besonders schön empfundene ehemals arabische Dörfer und Stadtteile zu so genannten Künstlervierteln umfunktionierte wurden. Ähnliche Phänomene städtebaulicher Geschichtsklitterung und Verdrängung finden sich in Jaffa (*Yāfā*), das heute als Altstadt Tel Avivs kolportiert wird, in der nordisraelischen Stadt Safad (*Ṣafad*) sowie im Jerusalemer Stadtviertel Ein Kerem (*ʿAin Kārim*).

Das Verhältnis zwischen Ayn Hawd al-Djadida und Ein Hod gestaltet sich ambivalent. Es ist geprägt von Ängsten und Unsicherheiten, bisweilen aber auch von Solidarität und Kooperation. Die nachbarschaftlichen Beziehungen werden nicht nur von den politischen Entwicklungen in Israel sowie in der Region beeinflusst, sondern auch von lokalen Ereignissen. Bei meinem Besuch in Ayn Hawd al-Djadida und in Ein Hod im Frühjahr 2001 wurde deutlich, dass die Menschen unter der räumlichen Nähe zu „ihrem“ Dorf leiden. Einige gaben zu, dass es ihnen manchmal schwer fällt, Besucher in ihr altes Dorf zu begleiten. Aus ihrer Sicht wird die Aufarbeitung der Verlusterfahrung durch die fehlende Bereitschaft der „anderen Seite“ erschwert, sich den historischen Grundlagen und Entwicklungen zu stellen. Anders als man es von Künstlerinnen und Künstlern gemeinhin erwarten würde, so Muhammad Abu al-Hayja' in einem Interview mit dem *Journal of Palestine Studies*, würden diese die Geschichte verdrängen und die Auseinandersetzung darüber meiden. Nur wenige von ihnen hätten im Lauf der Jahre aus Protest gegen die israelische Landpolitik das Dorf verlassen:

[T]he people who live in our homes and our lands in the original 'Ayn Hawd do not like to hear about us because they do not want to be reminded of what happened. A person who is living in your house against your will, and who knows whose house he's living in – what kind of feelings must this person have, especially if he is an artist?<sup>71</sup>

Die nachbarschaftlichen Beziehungen, die seit Anfang der 1950er Jahre zwischen beiden Dörfern bestehen, waren aber nicht immer so problematisch, wie sie in den letzten Jahren von Muhammad Abu al-Hayja' und seinen Kolleginnen und Kollegen von der *Association of Forty* dargestellt werden. Vielmehr durchliefen sie diverse Phasen, in denen sich das Verhältnis ganz unterschiedlich gestaltete, wie eine Studie der Ethnologin Claudia Liebelt zeigt.<sup>72</sup> Demnach lief der Kontakt zwischen den Dörfern von den 1950er bis in die 1970er Jahre beinahe ausschließlich über den Dorfältesten Abu Hilmi. Dieser empfing in seinem Haus regelmäßig Besucher aus Ein Hod, wo er bis heute als imposante Persönlichkeit und als der „Scheich aus den Bergen“, erinnert wird. Allerdings vermied Abu Hilmi bei diesen Treffen eine kritische Reflektion der Geschichte und bestand darauf, dass in seinem Dorf niemand den Kindern von den Ereignissen der Vergangenheit erzählte. Seiner Familie untersagte er, das „alte“ Dorf zu besuchen. Dies führte dazu, dass die Kontakte zwischen den Bevölkerungen recht spärlich waren.

Die Situation änderte sich, als mit der Übergabe der Dorfleitung von Abu Hilmi an seinen Enkel Muhammad 1978 eine neue Generation die Führung des Dorfes übernahm. Unter der Leitung von Muhammad Abu al-Hayja', der als erster aus Ayn Hawd al-Djadida an einer israelischen Universität, nämlich am Haifaer *Technion*, studiert hatte, wurden Kontakte zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern beider Dörfer aufgebaut. Gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten aus Ein Hod, die sich an Demonstrationen, Workcamps und Nachtwachen zum Schutz von Ayn Hawd al-Djadida beteiligten, formierten sich die Anfänge der politischen Arbeit im Dorf. Ende der 1980er Jahre verschlechterten sich die nachbarschaftlichen Beziehungen allerdings wieder: Während ehemalige Aktivistinnen und Aktivisten aus Ein Hod die Veränderung ihrer Lebensstile und persönlichen Prioritäten als Gründe hierfür angeben, werten die Leute aus Ayn Hawd al-Djadida deren Distanzierung als Reaktion auf die zunehmende Politisierung und politische Emanzipation der palästinensischen Bevölkerung:

Die ganze Zeit über, als ich nichts verstand, waren sie Freunde. Sobald ich anfang, zu verstehen, woher ich komme und wer ich bin – und wer sie sind – anfang, meine Rechte einzufordern, da waren sie schon nicht mehr meine Freunde. (...) Sie zogen sich zurück, weil wir den Mund aufmachten. Weil sie im Grunde Angst vor uns haben. Sie haben Angst, dass wir unseren Besitz zurückfordern könnten. (...) Weil sie im Grunde ein Dorf gestohlen haben.<sup>73</sup>

Während die Beziehungen zwischen den Menschen beider Dörfer in den 1990er Jahren distanziert blieben, entwickelte sich zu dieser Zeit unter der Bevölkerung von Ayn Hawd al-Djadida das Bedürfnis, die Erinnerungen an das „alte“ Dorf wach zu halten und zu stärken. Die ältere Generation begann, den Jüngeren über ihr Leben im Dorf zu erzählen. Heute ist es so, dass Verwandte, die aus der Westbank, dem Gazastreifen oder aus Jordanien zu Besuch kommen, nach Ein Hod mitgenommen werden, aber „[M]an besucht den Ort, nicht mehr die Menschen.“<sup>74</sup>, schreibt Claudia Liebelt. Einige Bewohnerinnen und Bewohner von Ein Hod verstehen und tolerieren dieses Besuchsritual, bei anderen weckt es neue Ängste. Sie fühlen sich durch die Präsenz und die vermeintlichen Ansprüche der ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner bzw. deren Nachkommen bedroht. Doch denen geht es nicht um Rückkehr in ihre alte Heimat, sondern um die Anerkennung bzw. die Umsetzung der Anerkennung ihres „neuen“ Dorfes. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Engagement der internen Flüchtlinge für Rückkehr und den Bemühungen um Anerkennung der nicht-anerkannten Dörfer konnte im Fall von Ayn Hawd al-Djadida geklärt werden.

Seit einiger Zeit und insbesondere nach den *Oktober-Unruhen* ist auf Seiten der Künstlergemeinschaft das Interesse gewachsen, wieder eine gewisse Annäherung an die arabische Dorfbevölkerung herzustellen. Sie organisiert beispielsweise Kunstprojekte für Kinder aus beiden Dörfern. Dieser Ansatz stößt zwar auf beiden Seiten auf Unterstützung, wird aber, gerade bei den Aktivistinnen und Aktivisten in Ayn Hawd al-Djadida, auch von einer gewissen Skepsis begleitet.

### Akteure des Widerstandes: The Association of Forty

Erste Ansätze kollektiven Widerstandes gegen die Politik der Landnahme und Häuserzerstörung entwickelten sich seitens der Bewohnerinnen und Bewohner der nicht anerkannten Dörfer Ende der 1970er Jahre. Zuvor hatten Einzelper-



sonen auf individueller Basis versucht, Baugenehmigungen und staatliche Versorgungsleistungen zu erwirken, in der Regel jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Erst ein Jahrzehnt später, im Jahr 1988, mündeten die lokal ausgerichteten Aktivitäten in die Gründung der dorfübergreifenden Lobbyorganisation *The Association of Forty (Association)*. Mit *The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev (Al-Mağlis al-Iqlīmī li-l-Qurā ġair al-Mu'taraf bi-hā fi an-Naqab)* folgte 1997 die Interessensvertretung der Beduinen, deren Dörfer im Negev in besonderem Maße von der Problematik der Nichtanerkennung betroffen sind.

1988 wurde die *Association* von Mitgliedern des lokalen *Action Committee for Ayn Hawd al-Djadida*, Bewohnerinnen und Bewohnern anderer nicht anerkannter Dörfer sowie weiteren palästinensischen und jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten gegründet.<sup>75</sup> Mit der Gründung der Organisation reagierten die Betroffenen auf den zunehmenden Druck, den die Behörden in den 1980er Jahren auf die nicht anerkannten Dörfer ausübten. So hatte die Regierung 1983 in den Medien die geplante Zerstörung von *Ayn Hawd al-Djadida* angekündigt.<sup>76</sup> Im Jahr 1986 war das lokale *Action Committee for Ayn Hawd al-Djadida* gegründet worden. Danach verstärkte sich der Handlungsdruck weiter, wie mit der Veröffentlichung des Berichtes der zweiten *Markovitch-Kommission* deutlich wurde. Erst in dieser Zeit erfuhren die Aktivistinnen und Aktivisten des Dorfes, dass auch andere Dörfer von derselben Problematik betroffen waren und begannen mit dem Aufbau kooperativer Strukturen:

[W]e began to hear of orders to destroy other localities – until then, we thought we were the only village facing this situation. None of us had ever heard of an ‘unrecognized village’ at the time – the term was born for us in 1986. That’s when we decided to visit other villages like our own and discovered the scope of the problem.<sup>77</sup>

Die heute geläufige Bezeichnung „nicht anerkannte Dörfer“ stammt aus dieser Zeit und wurde von den Aktivistinnen und Aktivisten eingeführt, um in Abgrenzung zu den offiziellen Benennungen wie „illegale Bebauungen im arabischen Sektor“ oder „verstreute Siedlungen“ den zusammenhängenden Charakter der „Bebauungen“ zu unterstreichen und deren fehlende Anerkennung als das eigentliche Problem aufzuzeigen.<sup>78</sup>

Der Name *The Association of Forty* geht auf die vierzig Jahre zurück, die 1988 seit der Deklaration der Menschenrechte im Jahr 1948 vergangen waren. Für die Aktivistinnen und Aktivisten der Organisation bezieht sich die Na-

mensgebung aber zusätzlich auch auf die *Nakba*, die im Gründungsjahr der *Association* ebenfalls vierzig Jahre zurücklag.<sup>79</sup> Die *Association* setzt sich für die Anerkennung der nicht anerkannten Dörfer sowie für die Eingemeindung kleinerer Siedlungen in bestehende anerkannte Dörfer ein. Sie kämpft gegen die Politik der Enteignung und Häuserzerstörung und arbeitet für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den nicht anerkannten Dörfern. Ihre Bemühungen sieht sie im Kontext der Sichtbarmachung, Anerkennung und adäquaten Behandlung der palästinensischen Bevölkerung als Bürgerinnen und Bürger Israels: „Not providing you with electricity or water or roads also ensures that nobody can see you – it’s a way of erasing you.“<sup>80</sup>

Die Schwerpunkte der Organisation liegen in den Bereichen Lobbyarbeit und Interessensvertretung, Aufbau der dörflichen Infrastruktur, Stadtplanung, Rechtsberatung, Rechtsvertretung sowie Öffentlichkeitsarbeit. Sie verfolgt einen partizipativen Ansatz, durch den das Eigenengagement der Bewohnerinnen und Bewohner der nicht anerkannten Dörfer sowie Freiwilliger aus anderen Teilen des Landes gefördert werden soll. So werden an so genannten Freiwilligen-Tagen und im Rahmen von Workcamps Bäume gepflanzt, Reparaturarbeiten durchgeführt und Straßen gebaut, also Selbsthilfeaktivitäten durchgeführt, die auch aus anderen NGO-Bereichen bekannt sind.

Als Lobbyorganisation und Interessensvertretung ist die *Association* auf nationaler und internationaler Ebene aktiv. Sie steht in Kontakt mit israelischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie anderen Repräsentantinnen und Repräsentanten staatlicher Institutionen. Zu ihren größten Erfolgen zählen die offizielle Anerkennung von bislang acht Dörfern im Norden Israels in den 1990er Jahren sowie die Eingemeindung zahlreicher kleiner Ansiedlungen.<sup>81</sup> Die Organisation sieht in der Anerkennung der Dörfer einen substantiellen Wandel israelischer Politik:

The Association of Forty considers the government’s intention to adopt the suggestions of a public committee (...) as an important indicator of a substantial change in its political approach towards the Arab minority for the first time since the establishment of the State, as the policy of the government towards these villages throughout the past four decades was characterized by attempts to demolish these villages, to transfer their residents and to confiscate their lands.<sup>82</sup>

Außerdem erreichte die *Association*, dass zehn Dörfer an das nationale Wasser- und Telefonnetz angeschlossen wurden und dass die Schülerinnen und Schüler

einiger Dörfer mittlerweile den Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen können.

Vor dem Hintergrund intensiver Bemühungen um die Internationalisierung der Thematik unterhält der Verein enge Beziehungen zu diversen internationalen Organisationen und nimmt auch an deren Konferenzen teil, wie beispielsweise an der *Second UN Conference on Human Settlement (Habitat II)* in Istanbul (1996). Für eine Konferenz des *International Committee for Prevention of Discrimination and Defending Minorities* hat die *Association* zusammen mit anderen NGOs einen Bericht über die Wohnsituation der palästinensischen Bevölkerung Israels vorgelegt, der von dem Konferenzvorsitzenden als Alternativbericht zum offiziellen israelischen Bericht anerkannt wurde.

Im Bereich des Infrastrukturaufbaus arbeitet die *Association* für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Dörfern, sie hat mehrere Kindergärten und Gesundheitszentren errichtet und Straßen gebaut bzw. ausgebessert. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch im städteplanerischen Bereich tätig, sie erstellen Masterpläne für die nicht anerkannten Dörfer, die prinzipiell Zerstörung und Vertreibung ausschließen und die zum Beispiel die Grundlage der Anerkennung der acht Dörfer in den 1990er Jahren darstellten. Über ihr *Law-Center* vertritt der Verein außerdem von Häuserzerstörung und Vertreibung betroffene Personen vor Gericht.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden Ausstellungen und Vorträge über die nicht anerkannten Dörfer veranstaltet und Dokumentarfilme wie *Not on any Map* gedreht, der im israelischen Fernsehen gezeigt und auch international prämiert wurde sowie die mehrsprachige Zeitschrift *Şaut al-Qurā (arab.: Stimme der Dörfer)*<sup>83</sup> herausgegeben. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit anderen NGOs Studientage mit Besuchen der nicht anerkannten Dörfer für Gruppen aus dem In- und Ausland organisiert.

### The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev

In der Negev-Wüste im Süden Israels leben über 112.000 arabische Beduinen. Versuche, die ursprünglich als Vollnomaden lebenden Beduinen anzusiedeln, reichen bis in die Zeit des späten *Osmanischen Reiches* (um 1870) zurück und wurden während der Zeit des *Britischen Mandats* fortgesetzt. Mit Gründung des Staates Israels wurden die Ansiedlungsbemühungen weiter verstärkt, da Land für die Einwanderer, für die Nutzung durch Industrie und Militär sowie für das Anlegen von Naturreservaten benötigt wurde.<sup>84</sup> Nach der Vertreibung

vieler Beduinen während und nach dem ersten Nahostkrieg von israelischem Territorium, wurden die Verbliebenen zur Zeit der Militäradministration (1949-1966) in den nördlichen Teil der Wüste zwangsumgesiedelt. Dort sind seit den 1960er Jahren sieben so genannte Beduinen-Städte errichtet wurden, in denen heute rund die Hälfte der ehemaligen Nomaden lebt.<sup>85</sup>

Der andere Teil lebt unter zumeist schwierigen sozioökonomischen Bedingungen in rund 45 nicht anerkannten Dörfern, die aus Wellblechhütten und Zelten bestehen. Die Wohn- und Lebenssituation an diesen Orten ist sogar noch problematischer als in den nicht anerkannten Dörfern im Norden und im Zentrum des Landes. Erschwert wird die Situation vor allem dadurch, dass die Bewohnerinnen und Bewohner seit Jahrzehnten massiven Vertreibungsversuchen seitens des Staates ausgesetzt sind, die unter der Ägide von Ariel Sharon seit 2001 weiter zugenommen haben. So wurden im Februar 2002 sowie in März und April 2003 die Felder, Häuser und Bewohnerinnen und Bewohner mehrerer nicht anerkannter und partiell anerkannter Dörfer<sup>86</sup> aus Flugzeugen der *Israeli Land Administration (ILA)* heraus mit giftigen Chemikalien besprüht, um die Menschen mit Gewalt zum Verlassen ihrer Häuser zu bewegen. Begleitet wurden die Flugzeuge am Boden von Einheiten der Polizei sowie der so genannten *Green Patrol*, einer polizeilichen Sondereinheit für den Negev, die 1976 vom damaligen Landwirtschaftsminister Ariel Sharon eingesetzt worden war und die aufgrund ihres brutalen Vorgehens von den Beduinen die Bezeichnung *Black Patrol* erhielt. Obwohl die Regierung später erklärte, dass die eingesetzten Chemikalien für Menschen nicht gefährlich seien, mussten nach dem Vorfall im März 2003 einige der betroffenen Kinder wegen Schocksymptomen im Krankenhaus behandelt werden.<sup>87</sup>

Eine weitere akute Bedrohung der Beduinen stellt ein im Januar 2003 verabschiedeter Plan der Regierung dar, nach dem zwischen 2003 und 2007 alle Bewohnerinnen und Bewohner der nicht anerkannten Dörfer zwangsweise in drei neue Städte umgesiedelt werden sollen. Auf dem konfiszierten Land sollen Naturreservate und private Farmen für jüdische Israelinnen und Israelis errichtet werden. Dieser „Sharon-Plan“ wird über ein Staatsbudget von rund 250 Millionen US-Dollar (1,175 Milliarden NIS) finanziert. Er beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dem die Zwangsumsiedlung rechtlich und praktisch forciert werden soll. Dieses sieht die Einsetzung spezieller Anwältinnen und Anwälte sowie die Aufstockung der Polizeieinheiten im Negev vor. Vertretungen der Beduinen sowie Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass die Umsetzung dieses Plans auf die Vertreibung von 74.000

Menschen, die Konfiszierung ihres Landes sowie die Zerstörung ihrer Häuser hinauslaufen würde.<sup>88</sup>

1997 wurde der *Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev (RCUV)* als Lobbyorganisation der Beduinen in den nicht anerkannten Dörfern gegründet. Der *RCUV* setzt sich aus den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Dorfkomitees zusammen und ist seit seiner Gründung auch Mitglied des *Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs*. Die Organisation setzt sich für die Beendigung diskriminierender Politik gegen die Beduinen sowie für die soziale und ökonomische Entwicklung der nicht anerkannten Dörfer ein. Weitere Ziele des *RCUV* liegen im Aufbau eines breit angelegten Solidaritätsnetzwerkes zur Verbesserung des Kenntnisstandes über die Lage der Beduinen in Israel. Die Organisation ist zudem in den Bereichen Planung, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und Entwicklung tätig. Sie war und ist maßgeblich an der Erstellung diverser Masterpläne für eine alternative Handhabung der nicht-erkannten Dörfer im Negev beteiligt, beispielsweise am Masterplan *Negev Arabs 2020* und, in Zusammenarbeit mit dem *Jewish-Arab Center for Economic Development*, an dem Masterplan für landwirtschaftliche Planung, der den Aufbau einer Beschäftigungsinfrastruktur in den Dörfern anvisiert. Der *RCUV* wirbt für die Umsetzung dieser Pläne bei israelischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, bei staatlichen Institutionen sowie bei internationalen Organisationen. Hinsichtlich der Entwicklung der Dörfer initiiert er Infrastrukturverbesserungen, wie den Bau von Zufahrtsstraßen, die Einrichtung von Gesundheitszentren und – mit Blick auf die agrarökonomische Entwicklung – die Anpflanzung von Olivenbäumen.

Im Februar 2001 waren seine Bemühungen erfolgreich, eine organisierte Müllversorgung herzustellen. Zum ersten Mal seit Gründung des Staates holte die israelische Müllabfuhr den Müll aus nicht anerkannten Dörfern des Negev ab. Finanziert wurde diese Dienstleistung vom israelischen Umweltministerium, dem *Jewish-Arab Center for Economic Development* und dem *Moriah Fund*.<sup>89</sup>

Der Verein engagiert sich auch für die Selbstorganisation und die politische Partizipation der Dörfer. Dazu unterstützt er die Bildung von Dorfkomitees, organisiert Demonstrationen und hat eine Spezialeinheit zur Verteidigung der Bewohnerinnen und Bewohner vor Vertreibung und Häuserzerstörung gegründet (*al-Fazzā'a*). Letztere hat Angaben der Organisation zu Folge zu einer Abnahme der Zerstörungsanordnungen geführt. Außerdem hat der *RCUV* eine Fußballliga ins Leben gerufen.

Um die historische Kontinuität der bedrohten Dörfer zu betonen, stellte der RCUV Ortsschilder mit den ursprünglichen arabischen Namen von vor 1948 auf. Dass er sich für den Ortsnamen und nicht für den Namen der Familie, die an diesem Ort wohnt, entschied, sollte die lokal-territoriale Identität gegenüber der Familienzugehörigkeit stärken.

Die Organisation kooperiert mit zahlreichen NGOs in Israel wie *Adalah* und *The Israeli Association for Civil Rights* in rechtlichen Angelegenheiten sowie mit der *HRA* und *Mossawa Center* in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Das ethnopolitische Handeln erfüllt, um dies hier noch einmal zusammenfassend zu sagen, insbesondere im Bereich der Landpolitik identitätsstiftende bzw. identitätsstärkende Funktionen. Im Mittelpunkt der Handlungen der unterschiedlichen Akteure steht die Schaffung, Sichtbarmachung und Anerkennung der Anwesenheit der palästinensischen Bevölkerung in Israel. Durch die Vielzahl von Erinnerungspraktiken werden die Traumata der Vergangenheit in die Gegenwart geholt und präsentiert. Damit wird die palästinensische Identität um den Aspekt der zeitlichen Kontinuität ergänzt, was das Selbstverständnis als indigene Bevölkerung weiter stärkt. Der Fokus auf die zerstörten Dörfer bildet dabei nicht nur das Bindeglied innerhalb der palästinensischen Translokali-tät und Transnationalität, es zeigt auch die grundlegende Bedeutung von „1948“ für das Selbstverständnis der in Israel lebenden palästinensischen Bevölkerung. Während alle bisherigen Friedensbemühungen im israelisch-palästinensischen Konflikt auf einen Kompromiss hinsichtlich der 1967 besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen fokussieren, verweisen die ethnopolitischen Aktivitäten im Bereich der Landpolitik auf die Zentralität der Ereignisse rund um die Staatsgründung Israels. Die Auseinandersetzung mit „1948“, wie sie von einem Teil der palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten gefordert wird, reflektiert zum einen die Brisanz palästinensischen ethnopolitischen Handelns. Zum anderen zeigt es den erweiterten Handlungsspielraum, den palästinensische ethnopolitische Akteure mittlerweile geltend machen (können).

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Yiftachel/Khamaissi/Kedar 2003.
- 2 Konkrete Maßnahmen zur „Judaisierung“ Galiläas werden seit den 1970er Jahren umgesetzt; seit den 1980er Jahren, also in Folge des irae-lisch-ägyptischen Friedensabkommens, werden diese Maßnahmen auch im Negev intensiviert. Zu Galiläa vgl. Rabinowitz 1997; Falah 1991. Zum Negev vgl. Albaz 1998; Fenster 1998.

- 3 Vgl. Benvenisti 2000.
- 4 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Jewish panthers, Arab panthers, 27.03.2001.
- 5 „Die Israelis schlagen uns an den Grenzen, aber wir schlagen sie im Schlafzimmer“ ist ein bekannter Slogan, mit dem die militärische Unterlegenheit der Palästinenser mit ihrer Überlegenheit im Bereich physischer Reproduktion aufgerechnet wird. Vgl. Abdo 1994, S. 151. Über die Zentralität von Demographie und ihren Einfluss auf das Verhältnis von Staat, Nation und Reproduktionspolitik im israelisch-palästinensischen Konflikt siehe Kanaaneh 2002. Der Einfluss der so genannten demographischen Frage wird aus Sicht der israelischen Politik durch die Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den Palästinensischen Autonomiegebieten weiter verschärft. Aufgrund des unterschiedlich schnellen Bevölkerungswachstums ist davon auszugehen, dass bereits im Jahr 2015 ebenso viele Palästinenserinnen und Palästinenser in den Palästinensischen Autonomiegebieten leben werden wie Jüdinnen und Juden in Israel.
- 6 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Jewish Agency looks West for immigrants, 03.05.2001.
- 7 Auch in der Westbank, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem leben interne Flüchtlinge. Hier wird zwischen den IDPs von 1967 (10.000) und IDPs der Jahre nach 1967 (50.000) unterschieden. Vgl. Badil Resource Center, Badil-Brief, Nr. 9, November 2002.
- 8 Badil Resource Center, Badil-Brief, Nr. 9, November 2002.
- 9 Eine umfassende Darstellung der palästinensischen Flüchtlingsproblematik bietet Aruri 2001.
- 10 Das Oberste Gericht hat sich 1952 für die Rückkehr der Bewohnerinnen und Bewohner beider Dörfer ausgesprochen. Aufgrund vermeintlicher Sicherheitsbedenken ist dieser Beschluss allerdings bis heute nicht umgesetzt worden. Vgl. Beidas 2001b, S. 36f; Ryan 1973.
- 11 Allein im Jahr 2002 wurden ca. 125 Häuser zerstört, die meisten in der Negev-Wüste. Die Zerstörung wurde mit der fehlenden Baugenehmigung erklärt. Zur Vertreibung der Negev-Beduinen siehe den Bericht der Arab Association for Human Rights 2005. Darin wird u. a. der Einsatz giftiger Chemikalien gegen Häuser und Felder der Beduinen dokumentiert.
- 12 Der Moschav ist eine landwirtschaftliche Kollektivsiedlung, die genossenschaftlich organisiert ist. Im Unterschied zum Kibbuz gibt es im Moschav Privateigentum.

- 13 Vgl. Al-Haj 1986, S. 661.
- 14 Vgl. Badil Resource Center, Badil-Brief, Nr. 9, November 2002.
- 15 Vgl. Interview mit Badr, Shafa'amr, 2001.
- 16 1 Dunum entspricht 1.000 Quadratmetern.
- 17 Zum Tag des Bodens siehe die Ausführungen in Kapitel 1.4.
- 18 Vgl. Jaradat Gassner 2001, S. 253; Badil Resource Center 2000, S. 40f.
- 19 Interview mit Badr, Shafa'amr, 2001.
- 20 Vgl. Beidas 2001b, S. 36. Obwohl der Verein unter dem Namen ADRID registriert wurde, ist sein alter Name in Israel wesentlich bekannter.
- 21 ADRID vertritt allerdings nicht alle lokalen Flüchtlingsgruppen. Diejenigen Gruppen, die selbst als NGOs registriert sind, wie die Iqrit Heritage Society und das Umm al-Fahmer Flüchtlingstheater sind Mitglied bei Ittijah. Andere Gruppen, die nicht als eigenständige NGOs registriert sind, sind über ADRID beim NGO-Dachverband Ittijah vertreten.
- 22 Beidas 2001b, S. 32.
- 23 Ebd., S. 34.
- 24 Ebd., S. 35.
- 25 Ebd., S. 38.
- 26 Vgl. Ha'aretz, English Edition, 08.01.2001.
- 27 Für weitere Informationen zu BADIL siehe [www.badil.org](http://www.badil.org).
- 28 Vgl. Joggerst 2002.
- 29 Lehrkräfte, die sich in ihrem Unterricht mit der *Nakba* beschäftigen, müssen mit massiven persönlichen und beruflichen Sanktionen rechnen. Diese Erfahrung machte der Politikwissenschaftler Ilan Pappé, als er an der *Universität Haifa* die Magisterarbeit eines Studenten über das Schicksal mehrerer arabischer Dörfer im ersten Nahostkrieg betreute. Als dieser im Rahmen seiner Forschung ein Massaker jüdischer Streitkräfte in dem arabischen Dorf Tantura (*al-Taṭṭūra*) aufdeckte, wurde von verschiedenen Stellen nicht nur versucht, den Studenten zu disqualifizieren, sondern auch die Reputation des betreuenden Professors zu schädigen. Vgl. Pappé 2001.
- 30 Seit 2003 organisiert der israelische Verein Zochrot am Nakba-Tag Demonstrationen in israelischen Städten, mit denen auf die Ereignisse der Nakba aufmerksam gemacht sowie für Möglichkeiten israelisch-palästinensischer Annäherung sensibilisiert werden soll. Vgl. Jaradat 2004, S. 9. Zur Organisation siehe [www.nakbainhebrew.org](http://www.nakbainhebrew.org).
- 31 Vgl. Arab Association for Human Rights, Pressespiegel, Nr. 43, 2001.



- 32 Vgl. Halbwachs 1985.
- 33 Joggerst 2002, S. 10.
- 34 Frevert 2003, S. 11.
- 35 Vgl. Joggerst 2002, S. 30f.
- 36 Jan Assman, 1997, S. 39.
- 37 Aleida Assmann 2003, S. 309.
- 38 Sanbar 2002, S. 90.
- 39 Vgl. Interview mit Badr, Shafa' amr, 2001.
- 40 Vgl. Interviews mit Asaad, Haifa, 2001; Badr, Shafa' amr, 2001.
- 41 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Palestinian and Israeli Arabs plan joint Nakba E. J'lem rally, 07.05.2001.
- 42 Interview mit Asaad, Haifa, 2001.
- 43 Um die Namen von Städten und Dörfern, Stadtvierteln und Straßen ranken sich viele Erinnerungspraktiken, um zu verhindern, dass diese Namen in Vergessenheit geraten. Die Namen zerstörter Dörfer finden sich auch als Straßennamen in palästinensischen Flüchtlingslagern oder werden in Grabsteine gemeißelt.
- 44 Interview mit Badr, Shafa' amr, 2001.
- 45 Informationen zur Welfare Association siehe [www.welfareassociation.org](http://www.welfareassociation.org).
- 46 Für die Eindrücke der Jugendlichen auf dem Ferienlager siehe Tanmiya-The Quarterly Newsletter of the Welfare Association on Palestinian Development Issues, Oktober 1999, Nr. 56, S. 1f.
- 47 Vgl. Interview mit Mi'ari, Beit Hanina, 2000.
- 48 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Exile is a danger to memory, 23.05.2001. Ein Beispiel ist die anlässlich des 50. Jahrestags der Nakba erschienene Broschüre "Kai lā nansā: ḥamsūn 'āman 'alā an-nakba" des Maktab an-Nauris li-l-Inmā' at-Tarbawī 1998.
- 49 Besonders interessant sind die Dokumentationen von Walid Khalidi 1992; 1991.
- 50 Vgl. Bardenstein 1999.
- 51 Vgl. Habibi 1995.
- 52 Habibi 1995, S. 39.
- 53 Zu denjenigen Forschern, die sich wissenschaftlich mit der Geographie Palästinas beschäftigt haben bzw. sich damit beschäftigen, gehören Ghazi Falah, Shukri 'Arraf, Mustafa ad-Dabbagh und Walid Khalidi.
- 54 Vgl. Benvenisti 2000, S. 78ff.
- 55 Vgl. die Dokumentation zum Tag des Bodens von 'Awaḍ 2001.

- 56 Zur Bedeutung dieses Tages für die palästinensische Erinnerungskultur und kollektive Identität siehe Sorek 2002, S. 17.
- 57 Vgl. Fähndrich 1988, Vorwort.
- 58 Vgl. Klein 2003, S. 84ff.
- 59 Rabinowitz/Ghanem/Yiftachel 2003, S. 84.
- 60 Vgl. ebd., S. 85.
- 61 Benvenisti 2000, S. 269.
- 62 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Palestinian and Israeli Arabs plan joint Nakba E. J'lem rally, 07.05.2001.
- 63 Vgl. Arab Association for Human Rights, Factsheet: Unrecognized Villages.
- 64 Vgl. ebd. Die Zahlenangaben differieren je nach Quelle.
- 65 Der Kibbuz (Pl. Kibbuzim) ist eine landwirtschaftliche Kollektivsiedlung mit gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen. Seit einigen Jahren haben sich die Kibbuzstrukturen dahingehend verändert, dass es immer mehr Privateigentum gibt und dass auch das Familienleben „privatisiert“ wird. Ursprünglich wuchsen Kinder in so genannten Kinderhäusern auf, wo sie von ihren Eltern besucht wurden. Mittlerweile leben Kinder und Jugendliche in den Kibbuzim zumeist bei ihren Eltern.
- 66 In diesem Teil beziehe ich mich, sofern nicht anders angegeben, auf Beidas 2001a und auf meine Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie auf meine Beobachtungen während eines Besuches in Ayn Hawd al-Djadida im Frühjahr 2001.
- 67 Es gibt auch Darstellungen, nach denen sich die Gruppe zunächst einige Monate in Daliat al-Karmel aufgehalten hat, bevor sie sich auf dem Stück Land der Familie in der Nähe von Ayn Hawd niederließ; vgl. Liebelt 2002, S. 14
- 68 Beidas 2001a, S. 45.
- 69 Die Ethnologin Claudia Liebelt bezeichnet die Beziehung zwischen Dorf und Kibbuz als Patron-Klienten-Verhältnis. So war in den 1950er Jahren zwischen Avraham Melamed aus Nir Etzion, der zu dieser Zeit für die national-religiöse Partei in der Knesset saß und dem damaligen Dorfvorsteher von Ayn Hawd al-Djadida, Abu Hilmi, eine Vereinbarung ausgehandelt worden. Sie sah vor, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes sich medizinisch im Kibbutz versorgen lassen konnten und auch Wasser sowie Baumaterial von dort bekamen. Im Gegenzug erhielt der Kibbutz Arbeitskräfte sowie landwirtschaftliche Produkte aus dem Dorf und Avraham Melamed wurde die Gesamtheit der Wählerstimmen zugesichert. Vgl. Liebelt, 2002, S. 15.

- 70 Zu den unterschiedlichen Selbst- und Fremdwahrnehmungen des Dorfes siehe Slyomovics 1998.
- 71 Beidas 2001a, S. 42.
- 72 Vgl. Liebelt 2002.
- 73 Ebd., S. 22.
- 74 Ebd., S. 32.
- 75 Soweit nicht anders angegeben bezieht sich die Darstellung der Organisationen auf deren Selbstdarstellungen: [www.assoc40.org](http://www.assoc40.org) und [www.rcuv.org](http://www.rcuv.org).
- 76 Vgl. Beidas 2001a, S. 45.
- 77 Ebd., S. 46.
- 78 Vgl. [www.rcuv.org](http://www.rcuv.org).
- 79 Vgl. Beidas 2001a, S. 47.
- 80 Ebd., S. 46.
- 81 Anerkannt wurden die Dörfer Ayn Hawd al-Djadida, Dumaida, Kammaneh, Hussainiyya, Humeira, Khawaled, el-Arian und Ras al-Ayn.
- 82 [www.assoc40.org/Achievements.html](http://www.assoc40.org/Achievements.html)
- 83 Die Zeitschrift erscheint auf Arabisch, Hebräisch und Englisch.
- 84 Vgl. Biasio 1998, S. 27.
- 85 Zu den Beduinensstädten und Umsiedlungsmaßnahmen siehe ausführlich Albaz 1998; Fenster 1998; Falah 1985.
- 86 Einige Dörfer sind partiell anerkannt, d. h. einige Häuser des Dorfes erhielten eine Anerkennung, während die restlichen weiterhin nicht anerkannt sind. Das ist z. B. der Fall bei dem Dorf Abda, in dem die Häuser von sieben Familien anerkannt wurden, die in den dort geplanten Nationalpark integriert werden sollen.
- 87 Vgl. Presserklärungen und Warnungen des RCUV vom 06.03.2003 und 02.04.2003.
- 88 Vgl. Presseerklärung des RCUV vom 22.01.2003.
- 89 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Garbage day after 52 years, 11.02.2001.



## 12. Handlungsfeld Bürger- und Menschenrechte

Aufgrund der strukturellen Diskriminierung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich besonders viele NGOs für die Achtung und Stärkung der Bürger- und Menschenrechte. 1998 waren 10 % aller registrierten arabischen Vereine auf diesem Gebiet tätig,<sup>1</sup> während es im gesamtisraelischen Vergleich nur rund 6 % waren.<sup>2</sup> Zu den wichtigsten NGOs zählen die *Arab Association for Human Rights (HRA)* in Nazareth, *Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Adalah)* mit Sitz in Shafa'amr und das *Mossawa Center: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel (Mossawa Center)* in Haifa.

### 12.1 Arab Association for Human Rights

Die *Arab Association for Human Rights (HRA)* ist eine der ältesten arabischen Menschenrechtsorganisationen in Israel.<sup>3</sup> 1988, kurz nach Beginn der ersten *Intifada* von einer Gruppe Anwältinnen und Anwälten um den Rechtsanwalt Mansur Kardosh gegründet, konzentrierte sich die Organisation zunächst auf die Menschenrechtssituation in der Westbank und im Gazastreifen. Als jedoch immer deutlicher wurde, wie schwierig es war, die Entwicklungen in den besetzten Gebieten von Nazareth aus zu beobachten und darüber hinaus mit dem Ausschluss der palästinensischen Minderheit in Israel aus den Friedensverhandlungen der Druck zunahm, sich selbst zu organisieren, entschied sich die Organisation Anfang der 1990er Jahre, ihre Arbeit auf die arabische Bevölkerung in Israel hin auszurichten.<sup>4</sup> *HRA* versteht sich als Repräsentantin der indigenen Bevölkerung Israels und beschreibt sich als „indigene Organisation“. Sie verfolgt das Ziel, die politischen, ökonomischen und kulturellen Rechte der palästinensischen Minderheit auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards zu stärken und zu schützen. Ihre Arbeitsbereiche gliedern sich in drei Programme: Bürger- und Menschenrechte, Frauenrechte und internationale Informations- und Lobbyarbeit (*international advocacy*).

Um die Kenntnisse und Kompetenzen im Bereich der Bürger- und Menschenrechte innerhalb der arabischen Bevölkerung zu verbessern, hat die *HRA* Bildungsprogramme für Schulen entwickelt und bietet zudem Trainingskurse an, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Studierende als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Menschenrechtserziehung weiterbilden können. Die Kurse vermitteln Informationen zu Menschenrechten, internationalen Konventionen, Beobachtungsverfahren im Fall von Menschenrechtsverlet-

zungen sowie zu Mechanismen ihrer Verteidigung. Vor dem Hintergrund der Darstellung allgemeiner Aussagen zu den Menschenrechten (und Bürgerrechten) werden diese auf die Situation der palästinensischen Minderheit übertragen. Über dieses *framing* der spezifischen Situation der palästinensischen Minderheit will die Organisation Wissen und Bewusstsein der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Lage schärfen und zugleich Veränderungsprozesse anregen:

Young Arab citizens of Israel need to know about international standards of human rights in order to evaluate their position as minority citizens and establish a civil society that deals with their situation within the framework of internationally acknowledged means.<sup>5</sup>

Außerdem arbeitet die *HRA* daran, das Thema Menschenrechte in die lokalen Bildungsinstitutionen sowie in andere gesellschaftliche Einrichtungen zu integrieren. In Form von Studententagen, Workshops und Vorträgen und mit Hilfe von Broschüren und Postern bemüht sich der Verein, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.



Abb.12: Menschenrechtserziehung für palästinensische Jugendliche  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt auf den Frauenrechten. Dabei gilt es, das Bewusstsein für diese innerhalb der palästinensischen Bevölkerung zu stärken, sich für die Umsetzung internationaler Standards bei Frauenrechten einzusetzen und ein Bildungs- und Dialogforum für lokale Menschenrechts- und Frauenorganisationen aufzubauen. *HRA* organisiert Veranstaltungen in Schulen, Universitäten oder in lokalen Kultur- und Bildungseinrichtungen, bietet aber auch spezielle Programme für Aktivistinnen von Frauenorganisationen an. Inzwischen hat diese Arbeit einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht und stößt, laut Aussagen von Areen Hawari, der Koordinatorin des Frauenprogramms, bei unterschiedlichen Zielgruppen auf großes Interesse.<sup>6</sup>

Im Bereich der internationalen Informations- und Lobbyarbeit liegt der Fokus der Organisation auf *EU*- und die *UN*-bezogenen Tätigkeiten. Es ist das erklärte Ziel der *HRA*, die Situation der palästinensischen Minderheit auf die Agenden der internationalen Gremien zu bringen. Persönliche Kontakte und Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von *EU* und *UN* gehören deshalb ebenso zu ihrer Arbeit wie der Besuch internationaler Konferenzen, die Durchführung von Studientagen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten in Israel ansässiger internationaler Institutionen oder die Erstellung von Hintergrundberichten zur Diskriminierung der arabischen Minderheit. Besonders aufschlussreich sind die Studien über die Vertreibungspolitik gegenüber der beduinischen Bevölkerung im Negev, über den Umgang des Staates mit der *Islamic Movement*, über die Diskriminierung politischer Rechte arabischer Parteien sowie über die Situation von Frauen.<sup>7</sup> Diese Studien oder auch die in knapperem Format der *Discrimination Diaries* gehaltenen Berichte werden als alternative Informationsquelle internationalen Organisationen sowie Beobachterinnen und Beobachtern zur Verfügung gestellt.<sup>8</sup> Außerdem präsentiert die *HRA* wöchentlich einen englischsprachigen Pressespiegel der in Israel erscheinenden arabischen Zeitungen, der auf ihrer Webseite veröffentlicht und über E-Mail-Verteilerlisten weltweit verschickt wird. Dies ermöglicht es auch dem nicht arabischsprachigen Publikum, die Entwicklungen vor Ort zu verfolgen.

Über diese Tätigkeiten hinaus beobachtet und überprüft die *HRA* die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsstandards sowie der Verpflichtungen, die sich für Israel aus der Ratifizierung diverser internationaler Konventionen ergeben. So ratifizierte Israel 1979 das *International Covenant on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (CERD)*, das *International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)* und das *International Covenant on Economic, Social, and Cultural Rights (CESCR)*. 1991 ratifizierte es zudem das

*Covenant on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW)*. Verstöße gegen diese Vereinbarungen leitet die HRA an die verantwortlichen internationalen Gremien weiter.



Abb. 13: Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt  
(Photo: Arab Association for Human Rights)

## 12.2 Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel

Die Organisation *Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Adalah)* wurde 1996 gegründet.<sup>9</sup> Das Rechtsberatungszentrum hat seinen Hauptsitz in Shafa'amr im Norden Israels und unterhält ein zweites Büro in Beersheva im Negev. Es verfolgt das Ziel, für die arabische Minderheit die gleichen individuellen und kollektiven Rechte wie für die jüdischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu erreichen. Dazu arbeitet *Adalah* (arab.: *Gerechtigkeit*) mit einem etwa 20-köpfigen Team – nicht wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über Hochschulabschlüsse von US-amerikanischen Universitäten – auf den Gebieten Rechtsberatung und Rechtshilfe (*legal advocacy*) sowie internationale Lobbyarbeit (*international advocacy*).



Im Bereich der Rechtsberatung vertritt *Adalah* palästinensische Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen bei Gerichtsprozessen. Dabei geht es beispielsweise um die Finanzierung arabischer Friedhöfe, die arabische Beschriftung von Straßenschildern oder um die Einforderung des Demonstrationsrechts, z. B. gegen den Krieg im Irak. Wie in Kapitel 9 beschrieben, unterstützt sie häufig auch palästinensische NGOs in dem nicht selten schwierigen Verfahren der Registrierung.

*Adalah* steht in engem Kontakt zu nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, wobei die intensiven Beziehungen zu den Einrichtungen der *UN* von besonderer Bedeutung sind. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisation nehmen häufig an *UN*-Konferenzen teil, wie beispielsweise an der *HABITAT II+5* der *UN General Assembly* zum Thema Wohnrechte (*housing rights*) im Juni 2001 sowie an der *UN World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance* im südafrikanischen Durban im gleichen Jahr. Wie groß der Einfluss von *Adalah* mittlerweile im internationalen Kontext ist und wie sehr die Organisation durch ihre Vernetzung den Druck auf Israel verstärken konnte, zeigt eine Reaktion des *UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD)*. Auf den Einspruch *Adalahs* und anderer Menschenrechtsorganisationen gegen den diskriminierenden Charakter des neuen israelischen Nationalitäten- und Einreisegesetzes vom 31.07.2003 hin, wurde Israel im August 2003 zu einer Änderung des Gesetzes aufgefordert.

Neben diesen Aktivitäten ist *Adalah* auch bildungspolitisch tätig und führt Veranstaltungen zur Aufklärung über die rechtliche Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser und über die Menschenrechte durch und bietet im juristischen Bereich tätigen Berufsgruppen diesbezügliche Weiterbildungen an. Einmal jährlich publiziert die NGO den in mehreren Sprachen erscheinenden *Adalah Review*.

Besondere Bekanntheit erlangte *Adalah* durch seine Aktivitäten in Zusammenhang mit den *Oktober-Unruhen* im Jahr 2000. Während der Gewalteskalation fungierte das Zentrum als Verbindung zu internationalen Menschenrechtsorganisationen wie dem *UN Committee for Human Rights*, die durch *Adalah* über die Entwicklungen vor Ort in Kenntnis gesetzt wurden. *Adalah* übernahm auch die rechtliche Vertretung der Familien der Opfer sowie vieler Inhaftierter. Außerdem drängte *Adalah*, zusammen mit den Angehörigen der Toten, arabischen Politikerinnen und Politikern, arabischen NGOs und Aktivistinnen und Aktivisten der israelischen Linken, auf die Einsetzung einer offi-

ziellen Untersuchungskommission (*Commission of Inquiry*), nachdem Ehud Barak Ende Oktober 2000 zunächst nur ein Untersuchungskomitee ohne rechtliches Mandat ernannt hatte.<sup>10</sup> Die Kommission, die nach ihrem Vorsitzenden, dem Richter Theodor Or, benannt wurde, war mit deutlich weiter gehenden Befugnissen als das erste Gremium ausgestattet.<sup>11</sup>

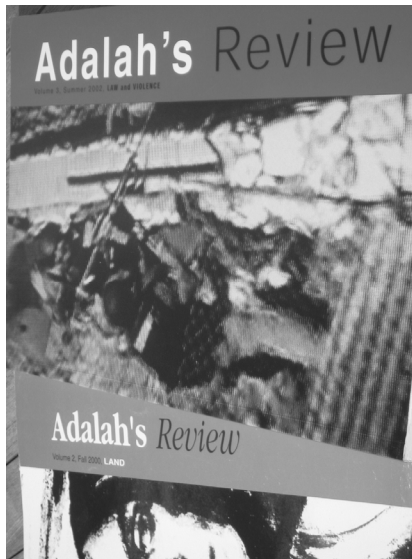


Abb. 14: Ausgaben des *Adalah Review* (Photo: K. Hermann)

Der für den Norddistrikt des Landes zuständige Polizeikommandeur, Alik Ron, kritisierte die Einsetzung dieser Untersuchungskommission als einen Schlag ins Gesicht der israelischen Polizei.<sup>12</sup>

Vor der Kommission vertrat *Adalah* das *Committee of the Victims' Families*, das die Angehörigen der getöteten Männer mit Unterstützung des *Ahali Center for Community Development (Ahali)* gegründet hatten sowie die drei arabischen Politiker Sheikh Ra'ïd Saleh (*Islamic Movement*), Abd al-Malik Dahamshe (*United Arab List*) und Azmi Bishara (*National Democratic Alliance*). Diese waren von der Kommission wegen vermeintlicher Aufstachelung zur Gewalt verwarnet worden. *Adalah* trug über 100 Augenzeugenberichte zusammen und legte Fotos, medizinische Berichte, Patronenhülsen und Kartendarstellungen jener Orte vor, an denen die 13 Menschen getötet worden waren. Unterstützt wurde *Adalah* dabei von namhaften Sozial- und Politikwissenschaftlern israeli-

scher Universitäten, von denen einige gegenüber der Kommission die Hintergründe der Konfliktsituation analysierten. Andere widerlegten die Behauptung der israelischen Sicherheitskräfte, die Demonstrationen seien durch Aufwiegelung durch die palästinensischen Politiker in Israel zustande gekommen. Zu den Beratern von *Adalah* zählten der Anthropologe und Soziologe Danny Rabinowitz (*Universität Tel Aviv*), der Soziologe Nadim Rouhana (*Universität Tel Aviv und MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research*) sowie der Politikwissenschaftler Yoav Peled (*Universität Tel Aviv*).<sup>13</sup>

Aus Sicht *Adalahs* war die Untersuchungskommission – von einigen Kritikern abgesehen – ein wertvolles Instrument für die Darstellung der Perspektive der Opfer. Sie fungierte als Forum, über das das öffentliche Bewusstsein für die Situation der arabischen Bevölkerung geschärft werden konnte. Nach der Publikation des mehr als 800-seitigen Abschlussberichtes der Kommission im Herbst 2003 betonte *Adalah* die Bedeutung des Dokumentes und drängte auf die unverzügliche Umsetzung der von der Kommission angewiesenen Empfehlungen. Die Organisation wies darauf hin, dass der Bericht das erste offizielle israelische Dokument sei, das die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung in Israel benenne. Besonders positiv bewertete sie die Forderung an die Polizei, ihr Auftreten gegenüber der arabischen Bevölkerung grundsätzlich zu verändern und diese nicht wie einen Feind zu behandeln. *Adalah* begrüßte, dass die Kommission den Gebrauch von scharfer Munition und Gummigeschossen sowie den Einsatz von Heckenschützen zur Auflösung von Demonstrationen für illegal erklärt hatte. Damit widersprach die *Or Commission of Inquiry* der Auffassung der Polizei, die die tödlichen Schüsse gerechtfertigt hatte.<sup>14</sup>

Zu den Aspekten des Berichtes, die bei *Adalah* auf Kritik stießen, zählte vor allem die Tatsache, dass auch nach drei Jahren Kommissionsarbeit die konkreten Täterinnen und Täter nicht ermittelt werden konnten; dass das Verhalten der Polizei während der Demonstrationen als Reaktion und nicht als Katalysator der Gewalteskalation dargestellt wurde und dass es große Lücken zwischen der Kritik und den Schlussfolgerungen der Kommission auf der einen und der Reichweite ihrer Empfehlungen auf der anderen Seite gab.

Trotz des von *Adalah* erhofften positiven Einflusses der Arbeit der Kommission auf Politik und Gesellschaft warnte sie vor einer Überbewertung ihrer Möglichkeiten. Zwar habe diese eine Klärung der Sachlage angestrebt, sie sei aber kein Instrument zur Bearbeitung struktureller Konflikte, um einen dem südafrikanischen Beispiel vergleichbaren Versöhnungsprozess einzuleiten:

The official Commission of Inquiry in Israel cannot be described as a Truth and Reconciliation Commission (TRC), like the one established to investigate the apartheid regime in South Africa. In the case of South Africa, the TRC was formed to heal South African society from the great injustice inflicted by the apartheid regime. The Commission in Israel was not formed and did not conduct its proceedings to heal the wounds imposed on Palestinian citizens of Israel by the events of October 2000.<sup>15</sup>

Die Arbeit von *Adalah* wird von zahlreichen internationalen, aber auch von jüdisch-amerikanischen Geberorganisationen unterstützt. Zu den Geldgebern zählen unter anderem die *Ford Foundation*, der *New Israel Fund*, *NOVIB*, die *Europäische Kommission*, das *Open Society Institute Development Foundation* und die *Naomi und Nehemiah Cohen Foundation*.<sup>16</sup>

### 12.3 Mossawa Center: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel

Auch das *Mossawa Center: The Advocacy Center for Arab Citizens of Israel* (*Mossawa Center*) hat einen seiner Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Bürger- und Menschenrechtsarbeit.<sup>17</sup> 1997 von Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Kreis der *Democratic Front for Peace and Equality* (*DFPE*) gegründet, dauerte es einige Jahre bis sich die Organisation gegen die Hindernisse, die ihr von Seiten staatlicher Behörden in den Weg gelegt wurden, durchsetzen und vor Gericht ihre offizielle Registrierung als NGO erreichen konnte. Das *Mossawa Center* (arab.: *Gleichberechtigung*) hat sich zur Aufgabe gemacht, sich unter Berücksichtigung der nationalen und kulturellen Rechte für die Gleichberechtigung der palästinensischen Minderheit in Israel einzusetzen. Hatte sich das *Mossawa Center* in den ersten Jahren seines Bestehens hauptsächlich auf die Unterstützung der Lokalverwaltungen mit dem Ziel konzentriert, die sozioökonomische Situation der palästinensischen Minderheit zu verbessern, entschloss es sich aufgrund der zunehmenden innergesellschaftlichen Spannungen im Jahr 2001, ihre Aktivitäten zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte auszubauen:

The past two years of the Israeli-Palestinian conflict have had a terrible effect on relations between the Jewish majority and Arab minority within Israel. Suffering from the nearly daily occurrence of violence, both Jews and Arabs in Israel live in constant fear and anxiety. Jewish Israelis have projected their anger and distrust onto the Arab minority within Israel, associating them with terrorists and viewing fellow citizens as a potential threat

to security. Meanwhile, Arab citizens identify with the Palestinian struggle for independence, and feel increasingly isolated from the policies and actions of the Jewish majority.<sup>18</sup>

In Zusammenhang mit dem Beginn der zweiten *Intifada* und den *Oktober-Unruhen* war die Zahl rassistisch motivierter Äußerungen und Handlungen gegenüber palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern in der Öffentlichkeit stark angestiegen.<sup>19</sup> In den gemischten Städten wie Haifa kursierten Flugblätter, die dazu aufriefen, nicht in arabischen Läden einzukaufen und viele Straßen säumten Plakate, auf denen die Vertreibung der arabischen Bevölkerung als Voraussetzung für die Sicherheit Israels skandiert wurde.<sup>20</sup> Wie sehr Angst und Misstrauen den Alltag der Bevölkerung prägten und in rassistische Handlungen mündeten, zeigen jene Beispiele, in denen Palästinenserinnen und Palästinenser aufgrund der alleinigen Tatsache, dass sie Araber sind bzw. Arabisch gesprochen haben, der Arbeitsplatz gekündigt wurde<sup>21</sup> oder sie sogar unter Terrorismusverdacht gerieten, wie der Fall einer jungen Palästinenserin zeigte, die gemeinsam mit zwei Freundinnen im November 2002 mit dem Bus von Tel Aviv nach Jaffa fuhr:

The bus was full, and we were speaking, as we usually do, in Arabic. When we got to the area of the old central bus station, one of the women on the bus decided that we were terrorists and went to the driver. The passengers looked at us as if we were lepers. I went over to her and asked why she said that. Even though she does not speak Arabic, she contended that we said we were going to blow up the bus. She shouted that we were Arab terrorists and should go to Arafat. The others on the bus began to curse us, and shouted for us to go to Gaza.<sup>22</sup>

Auch auf Seiten der Politik hatte die Diskriminierung der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in dieser Zeit zugenommen. So gab es zahlreiche Gesetzesinitiativen, mit denen die staatsbürgerlichen Rechte der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger weiter eingeschränkt werden sollten. Nach einem Bericht des *Mossawa Center* zählten dazu z. B. Gesetzentwürfe, denen zufolge Beduinen von jenen Gebieten vertrieben werden dürfen, auf die der Staat Ansprüche geltend macht; die Palästinenserinnen und Palästinenser von der Teilnahme an bestimmten nationalen Referenden ausschließen; die Ehepartnern von palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern die israelische Staatsbürgerschaft verwehren und solche, die die zwangsweise Umsiedlung von

Palästinenserinnen und Palästinensern aus Israel in die Westbank und in den Gazastreifen vorsehen.<sup>23</sup>

Als Reaktion auf diese Situation startete das *Mossawa Center* im Herbst 2003 mit finanzieller Unterstützung der *EU* eine umfangreiche Anti-Rassismus-Kampagne, die zum einen das Bewusstsein für diese Problematiken innerhalb der israelischen Gesellschaft schärfen und zum anderen die Opfer rassistischer Diskriminierungen und Übergriffe unterstützen sollte, indem der Verein ihnen rechtliche und anderweitige Hilfe anbot. In einem Fall, der im Frühjahr 2004 an das *Mossawa Center* herangetragen wurde, war eine arabische Studentin, die in der gemischten und de facto bilingualen Stadt Ramle (*ar-Ramla*) bei Tel Aviv in einer Filiale von *McDonalds* arbeitete, aufgrund der Tatsache, dass sie Arabisch sprach, entlassen worden. Die Organisation setzte sich dafür ein, dass der Vorfall aufgeklärt wurde und drängte bei den Verantwortlichen von *McDonalds* darauf, die Frau weiterhin zu beschäftigen.<sup>24</sup>



Abb. 15: Gegen Rassismus: Plakataktion des *Mossawa Center*  
(Photo: K. Hermann)

Im Rahmen der Anti-Rassismus-Arbeit setzt sich das *Mossawa Center* für die Verhinderung diskriminierender Gesetzgebung ein und bemüht sich, die Einführung von Minderheitenrechten voranzutreiben bzw. die Umsetzung bestehender Gesetze zu überprüfen. Laut Aussagen des *Mossawa Center* wissen die

Opfer rassistischer Handlungen oft gar nicht, dass sie durchaus rechtliche Ansprüche geltend machen können. Zwar ist die Gleichberechtigung der Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Religion und Ethnizität in Israel bislang nicht per Grundgesetz (*basic law*) geschützt, doch gibt es Gesetze wie beispielsweise das *Gesetz gegen Rassismus*, auf deren Grundlage entsprechend motivierte Übergriffe juristisch verfolgt werden können. In diesen Fällen Aufklärung und Lobbyarbeit zu leisten und den Opfern zu helfen, ist ein Ziel der Kampagne. Um ein möglichst breites organisatorisches Bündnis gegen Rassismus bilden zu können, unterstützt das *Mossawa Center* den Auf- und Ausbau anderer arabischer Vereine und kooperiert mit israelischen und internationalen Organisationen, die im Bereich der Minderheitenrechte tätig sind.

Über die Antirassismus-Arbeit hinaus engagiert sich die NGO auch gegen weitere Formen der Diskriminierung und bemüht sich um den Aufbau von Beziehungen zu anderen Minderheiten- und benachteiligten Gruppen in Israel. Über Austausch und Kooperationen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten jüdischer Gruppen versucht die Organisation zudem die palästinensische Minderheit und ihre Anliegen aus der Isolation heraus zu holen und in Dialog mit Akteuren der jüdischen Gesellschaft treten zu lassen.<sup>25</sup>

Zusammenfassend soll für den Bereich der Bürger- und Menschenrechte die zentrale Bedeutung des *framing* betont werden. Durch die Interpretation der Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel anhand von international geführten Debatten und Konzepten wirkt die Arbeit der vorgestellten Organisationen auf drei Ebenen: innerhalb der palästinensischen Gesellschaft Israels, innerhalb Israels und international.

Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft werden Kenntnisse über die relevanten Vereinbarungen sowie deren Umsetzung auf die eigene Situation vermittelt. Damit wird nicht nur das Bewusstsein für die erlebte Diskriminierung gestärkt, sondern – und das ist mit Blick auf das *empowerment* der Minderheit besonders entscheidend – auch (international) legitimierte Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung aufgezeigt.

In Bezug auf die israelische Gesellschaft und insbesondere auf die israelische Politik ist diese Form ethnopolitischen Handelns deshalb so wirkungsvoll, weil es auf Grundlage der auch von Israel ratifizierten Vereinbarungen argumentiert und damit an die demokratische Verfasstheit des Staates appelliert.

Auf internationaler Ebene wird über die konzeptionelle Anbindung die Vergleichbarkeit der palästinensischen Minderheitensituation hergestellt und Interventionen gerechtfertigt.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Ghanem/Zaidan 2000, S. 18.
- 2 Vgl. Gidron et al 1999, S. 9ff.
- 3 Sofern nicht anders angegeben, beziehe ich mich hier auf die Selbstdarstellung der Organisation [www.arabhra.org](http://www.arabhra.org).
- 4 Vgl. Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 5 Arab Association for Human Rights, Annual Report 2003, S. 6.
- 6 Vgl. Interview mit Hawari, Nazareth, 2001.
- 7 Vgl. Arab Association for Human Rights 2005, 2003, 2002, 1997.
- 8 Für Einzelheiten siehe [www.arabhra.org/dd/ddhome.htm](http://www.arabhra.org/dd/ddhome.htm).
- 9 Wenn nicht anders angegeben, beziehe ich mich in diesem Teil auf die Selbstdarstellung der Organisation Adalah auf der Internetseite [www.Adalah.org](http://www.Adalah.org).
- 10 Vgl. Interview mit Dakwar, Shafa'amr, 2001.
- 11 Vgl. Dalal 2003, S. 11ff.
- 12 Vgl. Ha'aretz, English Edition, Alik Ron dubs Or Commission ‚slap in the face‘ to police, 16.03.2001.
- 13 Vgl. ebd., S. 12ff.
- 14 Vgl. Adalah, Presseerklärung vom 04.09.2003.
- 15 Dalal 2003, S. 75.
- 16 Für die Liste der Geldgeber siehe [www.adalah.org/eng/support.php](http://www.adalah.org/eng/support.php).
- 17 Das Mossawa Center arbeitet in den Bereichen soziale und ökonomische Gerechtigkeit, Schutz der Menschenrechte und Anti-Rassismus, politische Mobilisierung durch Befürwortung (advocacy) politischen Wandels, Ausbau der Kapazitäten der arabischen Lokalverwaltungen und NGOs, internationale Lobbyarbeit und Kooperation. In der Darstellung der Organisation beziehe ich mich, sofern nicht anders angegeben, auf die Webseite des Mossawa Center [www.mossawacenter.org](http://www.mossawacenter.org).
- 18 Vgl. [www.mossawacenter.org/en/projects/anti\\_racism.html](http://www.mossawacenter.org/en/projects/anti_racism.html).
- 19 Zur gesellschaftlichen Stimmung in Israel seit Beginn der zweiten Intifada siehe auch Kapitel 1.4. Parallel zu der Zunahme innergesellschaftlicher Spannungen wuchs das Interesse vieler Israelinnen und Israelis, sich über die Situation der arabischen Minderheit zu informieren. So wurden in dieser Zeit besonders viele Veranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt. Vgl. Ha'aretz, English Edition, Moving the goal posts for Israel's Arabs, 25.04.2001. Bei Givat Haviva zeigte sich dieses neue Interesse u.a.



- an der gestiegenen Nachfrage nach Arabischsprachkursen. Vgl. Interview mit Ozacky-Lazar, Menashe, 2001.
- 20 Vgl. Blecher 2002.
  - 21 Im Fall von zwei Kellnerinnen eines Cafés in Tel Aviv, die aufgrund ihrer arabischen Herkunft entlassen worden waren, verurteilte das Gericht im März 2001 in einem Präzedenzfall den Inhaber des Cafés zu Schadenersatzzahlungen an die beiden Frauen. Vgl. Ha'aretz, English Edition, Fired for being Arabs, women win damages from TA chocolate shop, 29.03.2001.
  - 22 Sultany 2003, S. 207.
  - 23 Vgl. Mossawa Center 2003, S. 26ff. Zum Staatsbürgerschafts- und Familienzusammenführungsgesetz siehe ausführlich Mossawa Center 2004.
  - 24 Vgl. Mossawa Center, Presseerklärung vom 06.02.2004.
  - 25 Vgl. Mossawa Center, Presseerklärung vom 23.12.2003.



## 13. Handlungsfeld Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die ideologische Prägung der israelischen Sozialwissenschaften sowie die Benachteiligung palästinensischer Studierender und Graduierten an israelischen Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen führten zu einem verstärkten Handlungsbedarf nicht staatlicher Organisationen im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Ähnliches gilt für das weite Feld der arabischen Kultur, der in den öffentlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen des Landes kaum Platz eingeräumt wird.

### 13.1 Galilee Center for Social Research

Das erste arabische sozialwissenschaftliche Forschungszentrum in Israel, das *Galilee Center for Social Research (GCSR)*, wurde 1988 von einer Gruppe palästinensischer Akademikerinnen und Akademiker in Haifa gegründet. Sie wollten mit dem Zentrum eine Alternative zu den bestehenden israelischen Institutionen schaffen, die aus ihrer Sicht die Stigmatisierung und Kontrolle der arabischen Minderheit wissenschaftlich stützten.<sup>1</sup> Dagegen sollten im Rahmen der neuen Einrichtung Wissenschaft und Forschung der Stärkung und dem *empowerment* der palästinensischen Bevölkerung dienen:

The founders of the GCSR saw an extraordinary need for a research center which would design, coordinate and conduct empirical research on the Arab community in Israel with the aim of educating and empowering this community to address and ameliorate interrelated social, economic, political and cultural problems it confronts.<sup>2</sup>

Die Gründung des Zentrums hing mit den Bemühungen der Gruppe zusammen, in den 1980er Jahren eine arabische Universität ins Leben zu rufen, um damit die Chancengleichheit arabischer Studierender zu gewährleisten. Als sich die Umsetzung dieses Vorhabens aus vielerlei Gründen als schwierig erwies, verständigte man sich auf die Errichtung eines Forschungszentrums als ersten Schritt auf dem Weg zur Etablierung einer arabischen Hochschule.<sup>3</sup>

Zu den Zielen der kleinen Einrichtung zählen die Durchführung theoretischer und angewandter Forschung zu Themen, die eine spezifische Relevanz für die palästinensische Minderheit haben sowie die Zusammenstellung wissenschaftlich fundierten Datenmaterials über die palästinensische Bevölkerung. Ein weiteres Ziel des *GCSR* ist der Ausbau der akademischen und kulturellen Beziehungen zwischen den verschiedenen palästinensischen Gruppen – insbe-

sondere über die *Grüne Linie* – durch Forschungsk Kooperationen mit Einrichtungen in der Westbank und im Gazastreifen. So bestand beispielsweise von 1995 bis 1998 eine Forschungsk Kooperation mit dem *Palestinian Center for Peace and Democracy (PCPD)* in Ramallah zum Thema Staatsbürgerschaft und Demokratie im Nahen Osten. Ein besonderer Schwerpunkt der NGO ist die Förderung junger palästinensischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch ein Stipendienprogramm, das graduierten Studierenden bei der Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Laufbahn institutionelle Anbindung, inhaltliche Fortbildung und finanzielle Unterstützung bietet. Auch wenn die Möglichkeiten des *GCSR* bescheiden sind, kann es arabischen Studentinnen und Studenten so zumindest in gewissem Maße eine Anbindung gewährleisten, die ihnen in der israelischen Wissenschaftslandschaft oft verwehrt bleibt, wie der langjährige Leiter der Organisation, Khalil Rinnawi, erklärt:

Es ist schwierig, große Errungenschaften des Zentrums zu nennen, da es sehr klein ist. Aber es ist der Versuch, zumindest einigen Studierenden und Wissenschaftlern eine Art zu Hause zu geben und sie wissen zu lassen, dass jemand für sie da ist und ihnen helfen kann. Das ist eine sehr wichtige Sache, weil die meisten von ihnen ansonsten gar keine Anlaufstelle hätten, an die sich wenden könnten.<sup>4</sup>

Thematisch beschäftigt sich das *GCSR* auch mit Inhalten, die als politisch brisant gelten. So hat zum Beispiel Azmi Bishara Anfang der 1990er Jahre im Kontext des *GCSR* den Ansatz des Bürgerstaates entwickelt.<sup>5</sup> Auch Fragen der kollektiven Identität, des politischen Aktivismus und der palästinensisch-palästinensischen Beziehungen werden im Rahmen der Einrichtung erörtert. Aufgrund ihres kritischen Ansatzes ist es für die NGO nicht möglich, öffentliche Gelder zu erhalten. Ähnlich wie die meisten der vorgestellten Organisationen ist sie deshalb auf externe Finanzierung angewiesen.<sup>6</sup> So wurde das *GCSR* von deutscher Seite aus lange Zeit von der *Friedrich-Naumann-Stiftung* unterstützt, bevor es aufgrund von Finanzierungsproblemen im Jahr 2002 vorerst die Arbeit einstellen musste.

### 13.2 MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research

Im Jahr 2000 wurde mit *MADA al-Carmel: The Arab Center for Applied Social Research (MADA)* ein weiteres sozialwissenschaftliches Forschungszentrum in Haifa ins Leben gerufen.<sup>7</sup> Ähnlich wie seinerzeit das *GCSR* wurde auch *MADA* gegründet, um die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel mit

Hilfe von Ansätzen zu analysieren, die die Asymmetrie der Machtverhältnisse in den israelisch-palästinensischen Beziehungen berücksichtigen. Obwohl sich diesbezüglich auch in den israelischen Sozialwissenschaften Veränderungen abzeichnen, besteht aus Sicht der Organisation immer noch ein gewisses Vakuum. Dieses durch die Verknüpfung sozialwissenschaftlicher Forschung und anwendungsorientierter Handlungskonzepte zu füllen, ist das erklärte Anliegen des Zentrums. So ist die Forschungstätigkeit mit dem politischen Ziel verbunden, das Selbstverständnis der palästinensischen Bevölkerung zu stärken und sie zur Umsetzung ihrer Ziele zu befähigen:

Mada al-Carmel was established based on the conviction that a Palestinian-run research center is needed in order to encourage new ways of thinking about social policy and political predicaments, and to contribute to changing the status of the Palestinians in Israel from that of an oppressed minority to that of a national community with the same collective and individual rights as the Jewish majority. In addition, it aims to promote thought and action about self-empowerment within a community that has too often been fragmented and ineffective in getting its own needs met and its voice heard.<sup>8</sup>



Abb. 16: Seminar im Forschungszentrum MADA (Photo: MADA)

*MADA* arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Kollektivrechte und historische Narrative und dokumentiert außerdem das Verhalten staatlicher und gesellschaftlicher Akteure im Umgang mit der palästinensischen Bevölkerung (*political monitoring program*). Im Rahmen seines *Gender-Programms* fördert *MADA* zudem arabische Studentinnen aus Israel und der Westbank.

Geleitet wird das Institut von dem Sozialwissenschaftler Nadim Rouhana, der auch als Professor für Soziologie an der *Tel Aviv Universität* tätig ist. Rouhana, der viele Jahre als Wissenschaftler in den USA verbracht, aber auch an der palästinensischen *Al-Najah Universität* in Nablus gelehrt hat, ist international renommiert und hat sich insbesondere in der Forschung zu multiethnischen Staaten einen Namen gemacht.

### 13.3 The Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services

*The Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services (Galilee Society)* gehört zu den ältesten und größten palästinensischen NGOs in Israel.<sup>9</sup> Im Jahr 1981 von Fachkräften aus dem Gesundheitsbereich gegründet, zählt die Organisation, die sich zusammen mit dem Rechtsberatungszentrum *Adalah* ein Bürogebäude in der Stadt Shafa'amr teilt, heute fast 120 Mitglieder und beschäftigt 35 Angestellte. Mit vielfältigen Programmen will die *Galilee Society* zur Verbesserung der Situation der palästinensischen Bevölkerung insbesondere in den Bereichen Umwelt und Gesundheit beitragen. Dabei ist ihr die Verknüpfung von Forschung und Praxis besonders wichtig. Die Organisation verfolgt einen Ansatz, der Entwicklung als einen integralen Bestandteil der Menschenrechte versteht (*rights-based approach*):

This approach (...) eliminates the separation between human rights and development as distinct spheres. It creates a dynamic in which development is seen as a component of human rights and human rights provide the framework to guide development agendas. Through its rights-based development programs, the Galilee Society advocates for the Palestinian minority's right to equality, right to health, right to a healthy environment, and right to a decent standard of living.<sup>10</sup>

Neben zahlreichen anderen Projekten hat die NGO viele Jahre die Gesundheitsversorgung der beduinischen Bevölkerung im Negev, die von staatlicher Seite vernachlässigt worden war, organisiert. Mit mobilen Kliniken konnte sie zumindest die medizinische Grundversorgung in den nicht anerkannten Dör-

fern gewährleisten. Obwohl das Gesundheitsministerium Ende der 1990er Jahre den Bau von sechs Gesundheitszentren beschlossen hatte, wurde mit der Umsetzung dieses Plans erst begonnen, nachdem das Ministerium im Jahr 2000 gerichtlich dazu verpflichtet worden war. Ein Mitarbeiter der Organisation, der Biologe Hassan Azaizeh, bezeichnet die Arbeit deshalb auch als eine Form, die „Lücken“ staatlicher Versäumnisse zu füllen:

Wir füllen die Lücken. Es gibt große Unterschiede zwischen der Versorgungssituation der palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung in Israel. [Die Gesundheitsversorgung; K.H.] ist einer der Bereiche, um den wir uns in unserer Negev-Abteilung kümmern. Die Menschen dort haben kein fließendes Wasser, es gibt weder eine Kanalisation noch Elektrizität – sie haben fast nichts. Wir versuchen zumindest, die Kinder zu impfen und kümmern uns um die Versorgung der Frauen.<sup>11</sup>

Im Umweltbereich kümmert sich die *Galilee Society* um den Auf- und Ausbau der Kanalisation und um die Abfallverwertung. Wie am Beispiel der Stadt Umm al-Fahm (Kapitel 5) gezeigt wurde, gab es auf diesem Gebiet – und gibt es z. T. noch – in manchen Kommunen ein erhebliches Entwicklungsdefizit. Seit einigen Jahren beschäftigt sich die Organisation zudem mit der Erforschung und Verwendung von Heilpflanzen und eröffnete 1998 das erste Heilpflanzenforschungszentrum im Nahen Osten, in dem neben der Forschungstätigkeit auch Ausbildungen im Bereich traditioneller Heilmethoden angeboten werden. Die *Galilee Society* will mit dieser Arbeit dazu beitragen, lokales Wissen über Heilpflanzen zu bewahren und auszubauen.

Die NGO hat zahlreiche Kooperationspartner: Neben israelischen und internationalen nicht staatlichen Einrichtungen arbeitet sie mit israelischen Behörden sowie mit Krankenhäusern und Universitäten zusammen. In einigen Fällen erhält sie auch Gelder von Ministerien oder stellt – wie im Fall der Kliniken im Negev – ihre Infrastruktur staatlichen Trägern zur Verfügung. Die *Galilee Society* kooperiert darüber hinaus mit palästinensischen Universitäten in der Westbank.

#### 13.4 Arab Cultural Association

Die *Arab Cultural Association (ACA)* wurde 1998 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die nationale und kulturelle Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel zu bewahren und zu stärken – ein Ansatz, der als Widerstand gegen die israelische Marginalisierungspolitik verstanden werden soll:

Our mission is to combat the exclusion and marginalization of Israel's Palestinian citizens, by supporting community-based, educational projects in the field of history, cultural identity development, and democracy building.<sup>12</sup>

Zu den weiteren Zielen der *ACA* zählen die Vermittlung von Prinzipien der Gleichberechtigung, Zivilgesellschaft und sozialer Gerechtigkeit sowie die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Darüber hinaus möchte die Organisation dazu beitragen, dass politische, ökonomische und soziale Themen in einem demokratischen Kontext bearbeitet, die palästinensisch-palästinensischen Beziehungen in und außerhalb Israels gestärkt und die arabische Sprache, palästinensische Geschichte sowie Kunst und Musik verbreitet werden. Da arabische Kunst und Kultur in den Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes nicht vermittelt werden, bestehen selbst innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zum Teil beträchtliche Wissensdefizite, denen die NGO mit ihren Angeboten entgegenwirken möchte.

Zu diesen zählen die Durchführung von Sommerlagern für Kinder und Jugendliche, Lesungen palästinensischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Vorträge palästinensischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Diskussions- und Musikveranstaltungen, Kunstausstellungen, Workshops zur Identitätsthematik, Ausflüge zu den Ruinen zerstörter Dörfer sowie Weiterbildungen für palästinensische Journalistinnen und Journalisten zum Thema Medien und Demokratie.

Zusammenfassend ist mit Blick auf das ethnopolitische Wirken der genannten Organisationen aus dem Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur festzuhalten, dass sie einen primären Beitrag zur Stärkung der palästinensischen kollektiven Identität leisten. Durch die Aufarbeitung alternativer (historischer) Perspektiven reagieren sie ebenso wie mit der Vermittlung palästinensischer Kunst und Kultur auf die strukturelle Disqualifikation der palästinensischen Bevölkerung in Israel. In einem Kontext, in dem die palästinensische kollektive Identität mit ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen diskursiv unsichtbar bzw. pejorativ belastet wird,<sup>13</sup> gestalten diese Organisationen palästinensische Merkmale als positive Bezugsrahmen einer palästinensischen Genidentität.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Interview mit Rinnawi, Haifa, 2001.
- 2 [www.ittijah.org/member/galileecenter.html](http://www.ittijah.org/member/galileecenter.html)



- 3 Vgl. Interview mit Rinnawi, Haifa, 2001.
- 4 Ebd.
- 5 Zum Bürgerstaat-Ansatz siehe Kapitel 8.2.
- 6 Vgl. Interview mit Rinnawi, Haifa, 2001.
- 7 Die Informationen zu MADA basieren auf dem Interview mit Rouhana, Haifa, 2001 sowie auf der Selbstdarstellung der Organisation: [www.mada-research.org/programs.shtml](http://www.mada-research.org/programs.shtml).
- 8 [www.mada-research.org/about.shtml](http://www.mada-research.org/about.shtml).
- 9 Die Angaben zur Galilee Society basieren auf dem Interview mit Azaizeh, Shafa'amr, 2001 sowie auf der Selbstdarstellung der Organisation [www.gal-soc.org](http://www.gal-soc.org).
- 10 [www.gal-soc.org](http://www.gal-soc.org).
- 11 Interview mit Azaizeh, Shafa'amr, 2001.
- 12 [www.ittijah.org/member/aca.html](http://www.ittijah.org/member/aca.html).
- 13 Vgl. Emcke 2000, S. 230.



## 14. Handlungsfeld Frauen

Frauenorganisationen sind zentraler Bestandteil der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel und gelten als besonders aktiv, sehr professionell arbeitend und gut vernetzt im Engagement gegen die vielfältigen Formen von Diskriminierung, mit denen palästinensische Frauen in Israel konfrontiert sind.

Palästinensische Frauenorganisationen nehmen innerhalb der Gruppe der ethnopolitisch handelnden Akteure allerdings eine Sonderstellung ein, da sie sich sowohl für die Stärkung der palästinensischen Minderheit engagieren als auch geschlechtsspezifische Diskriminierungen innerhalb der eigenen Gesellschaft in den Blick nehmen. Diese doppelte Zielsetzung impliziert eine Spannung, die in Zeiten politischer Krisen besonderer Rechtfertigung bedarf. So gerieten feministische Aktivistinnen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und in Zusammenhang mit den *Oktober-Unruhen* unter starken innergesellschaftlichen Druck, ihre frauenspezifischen Agenden ethnopolitischen Zielen unterzuordnen. In weiten Kreisen der palästinensischen Zivilgesellschaft wurden feministische Forderungen als Schwächung nationaler palästinensischer Ambitionen verstanden.

### 14.1 Dreifache Diskriminierung: Palästinensische Frauen in Israel

Die Lebenssituation palästinensischer Frauen ist auf mehreren Ebenen von struktureller Diskriminierung geprägt und zwar als Mitglieder der palästinensischen Minderheit, als Frauen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und als Frauen, die in Israel leben.

Die Benachteiligung palästinensischer Frauen durch staatliche Institutionen zeigt sich beispielsweise im erschwerten Zugang zu Bildung, Erwerbstätigkeit und Gesundheitsversorgung sowie in der Personenstandsgesetzgebung und in Bezug auf die Möglichkeit zur Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der *Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Working Group)*, einem Netzwerk von Repräsentantinnen und Repräsentanten palästinensischer NGOs aus dem Frauenrechts-, Menschenrechts- und Bildungsbereich.<sup>1</sup> Diese legte 1997 dem *UN Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW)* erstmals einen alternativen Bericht über die Situation palästinensischer Frauen in Israel vor, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der offizielle Bericht über die Situation von Frauen in Israel die spezifische Situation palästinensischer Frauen weitgehend ignoriert hatte.<sup>2</sup>

Viele der genannten Diskriminierungen sind Folgen der Verbindung patriarchalisch geprägter palästinensischer Gesellschaftsstrukturen mit der Marginalisierungspolitik des israelischen Staates gegenüber der gesamten palästinensischen Bevölkerung, jedoch mit besonderem Fokus auf die palästinensischen Frauen. Dabei werden diskriminierende Strukturen, die ursächlich auf die normative und soziale Prägung der palästinensischen Gesellschaft zurückzuführen sind, durch das (Fehl-)Verhalten staatlicher Akteure nachhaltig gestärkt.

Diese Verknüpfung spiegelt beispielsweise den geringen Frauenanteil in lokalen und nationalen Verwaltungs- und Regierungsbehörden wider.<sup>3</sup> Obwohl inzwischen einige Frauen als Abgeordnete in den arabischen Kommunalverwaltungen tätig sind, gelang es seit 1948 nur einer einzigen Frau, Bürgermeisterin eines arabischen Dorfes zu werden.<sup>4</sup> Auch im israelischen Parlament war mit Husniyya Jabara von der Partei *Meretz*, die 1999 in die *Knesset* gewählt wurde, bislang nur eine einzige palästinensische Frau vertreten. Diese Unterrepräsentation von Frauen in politischen und öffentlichen Ämtern, die in erster Linie soziokulturelle Ursachen hat, wird dadurch verstärkt, dass der Staat kaum Unterstützungsstrukturen für Frauen zur Verfügung stellt und damit seinem Gleichstellungsanspruch nicht gerecht wird. Außerdem erhöht er die Barrieren für Frauen, die eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst anstreben, zusätzlich durch so genannte Sicherheitstests für arabische Bewerberinnen (und Bewerber), innerhalb derer sie – sowie ihr soziales Umfeld – auf die „politische Eignung“ überprüft werden. Diese umfangreiche Maßnahme umfasst neben dem beruflichen Werdegang der Personen auch private, politische und soziale Aktivitäten, wie die Teilnahme an Demonstrationen und journalistische Tätigkeiten. Frauen, die es schließlich geschafft haben, eine Stelle im öffentlichen Dienst zu erhalten, unterstehen der strikten behördlichen Kontrolle, die sich auch auf den familiären Bereich der Frauen erstrecken kann:

Numerous Palestinian women who have held temporary or permanent government positions report that the authorities exert various means of control to prevent them from engaging in political activities, including visits to their homes and family members to inform them that her continuation of these activities will threaten her job.<sup>5</sup>

Die *Working Group* weist darauf hin, dass durch solche Verfahren nicht nur politisch aktive Frauen praktisch von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen werden, sondern dass darüber hinaus der kulturell bedingte und gesellschaftlich weit verbreitete Argwohn, den viele arabische Familien ohnehin

gegenüber Arbeitsverhältnissen ihrer Frauen und Töchter im öffentlichen Raum hegen, zusätzlich verstärkt wird.<sup>6</sup> Sie fordert die staatlichen Stellen deshalb auf, die Partizipation von Frauen durch folgende Maßnahmen zu unterstützen: Einrichtung von Bildungsprogrammen in arabischen Schulen; Finanzierung von NGOs, die Kompetenzschulungen für Frauen in Führungsrollen anbieten; gesetzliche Festschreibung einer Quotenregelung für Posten in politischen Parteien und Institutionen sowie Einführung einer Quotenregelung für die Zusammensetzung des Parlaments.<sup>7</sup>

Neben der fehlenden bzw. inadäquaten staatlichen Unterstützung kritisiert die Arbeitsgruppe auch die unzureichende Budgetierung staatlicher Einrichtungen für palästinensische Mädchen und Frauen.

## 14.2 Entwicklung der palästinensischen Frauenbewegung

Während die Anfänge organisierter soziopolitischer Aktivitäten palästinensischer Frauen bis in die letzten Jahre des *Osmanischen Reiches* zurückverfolgt werden können, entstanden erst Ende der 1980er Jahre – in Folge der ersten *Intifada* in der Westbank und im Gazastreifen – die ersten feministisch orientierten palästinensischen Frauenorganisationen innerhalb Israels. Es waren, wie im Anschluss an die Entstehung der Frauenbewegung gezeigt wird, insbesondere diese Organisationen, die durch die politischen Entwicklungen im Untersuchungszeitraum – vor allem durch die Auswirkungen der *Oktober-Unruhen* – vor besondere Herausforderungen gestellt wurden.

Die Gründung der *Society of Orthodox Women* in Akko in der Endphase des *Osmanischen Reiches* im Jahr 1904 markierte den Anfang soziopolitischen Engagements palästinensischer Frauen.<sup>8</sup> Die Mehrzahl der frühen Vereine hatte eine religiöse Grundlage und beschränkte ihre Angebote auf die Mitglieder der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Während des *Britischen Mandats* waren es zumeist Frauen aus einflussreichen Familien der städtischen Mittel- und Oberschicht oder weibliche Verwandte von politisch aktiven Männern, die sich in den Wohltätigkeitsorganisationen jener Zeit engagierten. Die Briten reagierten mit Skepsis auf die Aktivitäten der Vereine und versuchten besonders, die Organisationen und Zusammenkünfte von Männern zu kontrollieren, da sie diese des politischen Aufruhrs und Kampfes gegen das Mandat verdächtigten. Das hatte zur Folge, dass sich während der Mandatszeit besonders Frauen in Gruppen zusammenschlossen, da sie vergleichsweise ungestört agieren konnten. Diese Situation trug auch zu der bereits geschilderten prominenten Rolle von Frauen während des *Arabischen Aufstandes* (1936-1939) bei.<sup>9</sup>

Auch die *Nakba* beeinflusste die Aktivitäten von Frauen. Durch den Krieg und die anschließende Militärverwaltung kam der Großteil des palästinensischen Vereinslebens zum Erliegen. Auch die Handlungsspielräume palästinensischer Frauen, die sie sich während der Mandatszeit erkämpft hatten, wurden deutlich eingeschränkt. Trotzdem überlebten einige Frauenorganisationen die tief greifenden Veränderungen jener Zeit. So schloss sich die Organisation *an-Nahḍa an-Nisā'īya* (arab.: *Die Erhebung der Frauen*), die kurz vor dem Krieg gegründet worden war und die sich nach dem Krieg mit Demonstrationen gegen die Militärverwaltung richtete, später mit einem kommunistischen jüdischen Frauenverein zu *Tandi* (hebr. Akronym: *Movement of Democratic Women for Israel*) zusammen, die bis heute in Israel aktiv ist.<sup>10</sup>

Mit der Zunahme palästinensischen ethnopolitischen Protestes und Widerstandes in den 1970er und 1980er Jahren beteiligten sich auch immer mehr Frauen an der politischen Arbeit. Diese konzentrierte sich zu dieser Zeit allerdings hauptsächlich auf Aktivitäten gegen die Benachteiligung der gesamten palästinensischen Bevölkerung, während feministische Ansätze mit Fokus auf geschlechtsspezifischen Diskriminierungen innerhalb der eigenen Gesellschaft, kaum eine Rolle spielten. Im Gegenteil war die Erfahrung ethnischer Diskriminierung so tief greifend, dass die Identifikation als Palästinenserin dominierte. So erinnert sich Nahla Abdo, eine palästinensische Feministin, die in Nazareth geboren und aufgewachsen ist und heute als Professorin für Soziologie an der *Carleton Universität* im kanadischen Ottawa lehrt, dass ihre Identität in jenen Jahren viel stärker durch die ethnopolitische Auseinandersetzung in Israel als durch geschlechtsspezifische Diskriminierungen geprägt wurde:

For most of my life as a Palestinian (with Israeli citizenship), I was always reminded that I have no place or space in my own homeland, reminded I was inferior to the non-Palestinian (Jewish) citizens of Israel, all of which was done not in the name of a straightforward patriarchal rule against women, but rather against 'me' as a member of an 'inferior', 'backward', 'subjugated', and 'alien' nation. The overwhelming obsession of the Jewish State with my national identity, expressed, among other ways, in the confiscation of land, the Judaisation of Palestinian land, the imprisonment and silencing of critical voices, the distortion of history in textbooks at schools, the denial to Palestinian citizens of equal access to labour, education, political and other areas of the public sphere, had the impact of subsuming my feminist identity under my national one.<sup>11</sup>

Die damalige politische Arbeit war von dem so genannten *Zwei-Phasen-Ansatz* geprägt, in dem der „palästinensischen Frage“ eine deutliche Priorität gegenüber gesellschaftlichem Wandel und Geschlechterdemokratie eingeräumt wurde. Viele Frauenorganisationen kooperierten mit politischen Parteien und Gruppen bzw. waren Teil dieser Strukturen. Thematische Schwerpunkte bildeten vor allem die vorschulische Betreuung von Kindern sowie die berufliche Förderung von Frauen.<sup>12</sup> Dass innergesellschaftliche Problematiken indes lange Zeit nicht zur Sprache kamen, ist ein Phänomen, das sich für viele benachteiligte ethnische Gruppen nachweisen lässt, wie Nabila Espanioly von der NGO *Tufula* erläutert:

[The] realization of one's role as a women and of the oppression one suffers at the hands of one's own men and one's own society is frequently more painful than awareness of the oppression suffered in common with one's people at the hands of the enemy. Very few Palestinian women in Israel, for example, recognize the contradiction of the 'revolutionary' man who speaks day and night about freedom only then to go home to his wife, mother, or sister and begin to act like a 'sheikh' who needs to be waited on and made to feel he is the boss.<sup>13</sup>

Erst mit Beginn der ersten *Intifada* im Jahr 1987 setzte ein Prozess ein, in dessen Verlauf die bisherige Zweitrangigkeit frauenpolitischer Zielsetzungen in Frage gestellt wurde.

### 14.3 Entwicklung feministischer Ansätze seit 1987

Die erste *Intifada* übte einen großen Einfluss auf die palästinensische Bevölkerung in Israel aus. In besonderem Maße galt das auch für die Entwicklung frauenpolitischen Engagements. Neben Solidaritätsbekundungen und Demonstrationen gegen die israelische Besatzungspolitik begann sich die jüdisch-israelische Frauenbewegung eindringlich mit den gesellschaftlichen Folgen von Besatzung zunehmender Militarisierung auseinander zu setzen. Diese Beschäftigung beeinflusste auch palästinensische Frauen in Israel, die daraufhin erstmalig intensiv die sozialen und geschlechtsspezifischen Machtstrukturen ihrer eigenen Gesellschaft ins Auge fassten.<sup>14</sup>

Anfang der 1990er Jahre führte dieser Reflektionsprozess zur Infragestellung des *Zwei-Phasen-Ansatzes*, der jahrzehntelang die politische Arbeit palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten geprägt hatte.



Abb. 17: 8. März: Internationaler Frauentag  
(Photo: Woman Against Violence)

Vor diesem Hintergrund wurden seit Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Frauenorganisationen gegründet, die eine feministische Orientierung hatten und geschlechtsspezifische Diskriminierungen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten.<sup>15</sup> Beschleunigt wurde diese Entwicklung zusätzlich durch die euphorischen ersten Jahre des Friedensprozesses, der von einer gewissen „Entspannung“ des innerisraelischen jüdisch-palästinensischen Verhältnisses flankiert wurde und andere Themen als „den Konflikt“ in den Vordergrund rücken ließ. Auch wenn feministisch ausgerichtete Organisationen nur eine Minderheit in der palästinensischen Frauenbewegung darstellen, erreichten sie, dass in den 1990er Jahren eine öffentliche Debatte über eine Reihe von Themen angestoßen wurde, die bis dahin in der palästinensischen Gesellschaft tabuisiert worden waren. Dazu zählten Themen wie häusliche Gewalt ebenso wie die Reform der Personenstandsgesetzgebung.

### Die Frauenorganisation Women against Violence

Zu den ältesten und besonders aktiven Frauenorganisationen, die im Anti-Gewalt-Bereich tätig sind, gehört *Women against Violence (WAV)*, die 1992 von einer Gruppe feministischer Anwältinnen, Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen aus der Frauen- und Friedensbewegung in Nazareth ins Leben gerufen wurde. Sie entstand als Reaktion auf das dringliche Problem häuslicher Gewalt in der palästinensischen Gesellschaft.





Abb. 18: Aida Touma-Sliman (li.), Direktorin von *Woman Against Violence*, mit Kolleginnen (Photo: K. Hermann)

Die Organisation bemüht sich, zum einen diese Thematik in der palästinensischen Gesellschaft öffentlich zu machen und Unterstützungsstrukturen für Gewaltopfer aufzubauen. Zum anderen setzt sie sich für die Stärkung von Frauen und für gesellschaftlichen Wandel ein und führt Seminare für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern zu den Themen Geschlechterverhältnis und Gewaltproblematik durch.<sup>16</sup>

Die Entscheidung, eine eigene Organisation für palästinensische Frauen zu gründen, war vor allem den spezifischen Problemen dieser Frauen geschuldet. Darüber hinaus war sie aber auch Ausdruck der Strategie, über die „Organisation der Minderheit“ (*tanzīm al-aqallīya*) bzw. über den Aufbau eigener Institutionen, einen Beitrag zur Stärkung und Emanzipation der palästinensischen Minderheit zu leisten. Dazu Aida Touma-Sliman, die Direktorin der *WAV*:

Wir beschlossen, dass wir unsere Probleme selbst angehen müssen und eine eigene Stimme benötigen. Deshalb entschieden wir uns, eine arabische Gruppe zu sein. Das bedeutet nicht, dass wir gegen Kooperation sind, vielmehr arbeiten wir in vielen Angelegenheiten mit jüdischen Frauenorganisationen zusammen. Aber wir müssen uns erst selbst aufbauen, unabhängig werden und uns mit unseren eigenen Problemen beschäftigen, damit wir

dann, wenn wir kooperieren, das auf gleichberechtigter Basis tun können (...).<sup>17</sup>

WAV betreibt ein Krisenzentrum für Opfer von physischer und sexueller Gewalt sowie ein Krisentelefon. Außerdem hat die Organisation zwei Frauenhäuser und ein Übergangwohnheim, in dem Mädchen und Frauen nach dem Verlassen des Frauenhauses wohnen können. Ihr erstes Frauenhaus eröffnete die Organisation 1993 und es gehörte damit weltweit zu den ersten arabischen Frauenhäusern. Touma-Sliman erklärte die Gründung eines speziell auf arabische Frauen ausgerichteten Hauses mit den kulturellen Unterschieden sowie mit der politischen Konfliktsituation – Aspekte, die Frauen in gemischten jüdisch-arabischen Einrichtungen zusätzlich belasten könnten:

Wir glaubten, dass arabische Frauen ein arabisches Frauenhaus brauchen, weil Frauen, die sich gezwungen sahen, ihre Wohnungen zu verlassen, sich bereits in einer Krise befinden. Sie sollten sich dann nicht noch mit weiteren Problemen sprachlicher, kultureller oder sogar politischer Natur auseinandersetzen müssen, indem sie möglicherweise in eine rassistische Umgebung geraten, in der sie oder ihre Kinder beleidigt werden. Außerdem richteten sich die [„jüdischen“; K.H.] Frauenhäuser, die es damals gab, nicht explizit an arabische Frauen. Wann immer eine Frau in einem solchen Frauenhaus auftauchte, war sie zwar willkommen und wurde professionell betreut. Aber es dauerte Ewigkeiten bis eine Frau überhaupt erfuhr, dass eine solche Einrichtung existiert.<sup>18</sup>

Wie sehr die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Angebote der WAV von der politischen Lage abhängig ist, wird in Zusammenhang mit den *Oktober-Unruhen* an späterer Stelle gezeigt.

### Personenstandsgesetzgebung als Fokus palästinensischen feministischen Engagements

Neben der Anti-Gewalt-Arbeit stellt die Diskussion der Personenstandsgesetzgebung einen weiteren Schwerpunkt palästinensischen feministischen Engagements dar. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht die Einführung ziviler Rechtssprechung im Bereich der Personenstandsgesetze, also jener Gesetze, die Eheschließung und Scheidung sowie alle damit zusammenhängenden Aspekte betreffen und die in Israel bis 1993 ausnahmslos religiös organisiert waren. Die Zentralität, die die Personenstandsgesetzgebung in der feministischen Arbeit

einnimmt, beruht auf dem feministischen Verständnis, dass religiöse Rechtsprechung per se patriarchalisch geprägt ist und Frauen benachteiligende Geschlechterhierarchien produziert und aufrecht erhält. Im Unterschied dazu wird die zivile Rechtsprechung als weitgehend geschlechtsneutral angesehen.<sup>19</sup> Vor dem Hintergrund der engen Verquickung von Staat und Religion in Israel fallen die Personenstandsgesetze in die Zuständigkeit religiöser Gerichte. Dabei setzte der Staat die in die Zeit des *Britischen Mandats* zurückreichende Praxis fort, die Zuständigkeit für die Personenstandsgesetzgebung den Autoritäten der jeweiligen Religionsgemeinschaften zu überlassen.<sup>20</sup>

Mit der Verabschiedung des *Gesetzes über Familiengerichte (The Law of Family Courts)* im Jahr 1993 wurde die religiöse Organisation der Personenstandsgesetzgebung in Israel erstmalig durchbrochen. Die Zuständigkeit der Zivilgerichte wurde ausgeweitet und zum ersten Mal in der Geschichte des Staates gab es die Möglichkeit, Angelegenheiten aus dem Bereich der Personenstandsgesetzgebung fakultativ vor Zivilgerichten zu verhandeln. Eheschließung und Scheidung selbst blieben von dieser Wahlmöglichkeit jedoch ausgeschlossen, für sie gilt auch weiterhin die religiöse Rechtsprechung. Diese Gesetzesreform bezog sich allerdings nur auf die jüdische Bevölkerung, während für die nicht jüdische Bevölkerung die religiösen Gerichte zuständig blieben.

Am Beispiel der islamischen Gerichtsbarkeit zeigt sich die Problematik religiöser Rechtsprechung in Israel besonders deutlich.<sup>21</sup> Die islamische Personenstandsgesetzgebung basiert auf den osmanischen Familiengesetzen von 1917, die von der britischen Mandatsverwaltung übernommen und 1948 zu großen Teilen in das israelische Rechtssystem integriert wurden. Im Unterschied zu den unabhängig von den israelischen Behörden arbeitenden christlichen Gerichten, werden die islamischen staatlich kontrolliert und unterstehen dem *Israelischen Ministerium für Religiöse Angelegenheiten*, von dem sie eingerichtet und finanziert werden. Auch bei der Nominierung der Richter sind neben israelischen Parlamentariern und muslimischen Juristen die Minister für religiöse Angelegenheiten und der Justiz beteiligt. Islamische Gerichte sind häufig Gegenstand der Kritik, weil sie aufgrund ihrer schlechten personellen und materiellen Ausstattung sowie fehlender Reformen als besonders traditionell und unzeitgemäß gelten. So gibt es für die rund 800.000 Musliminnen und Muslime in Israel lediglich acht Gerichte, an denen insgesamt zehn Richter arbeiten. Da in Israel die Einrichtung von islamischen Lehrinstituten untersagt ist, gibt es keine Möglichkeit, eine Ausbildung im islamischen Recht zu absolvieren, was sich gerade bei der jüngeren Juristengeneration vielfach in defizitären Fach-

kenntnissen niederschlägt. Dabei ist es besonders frappierend, dass für die Nominierung als Richter an einem islamischen Gericht keine Qualifikationen im Bereich des islamischen Rechts vorausgesetzt werden, sondern ein reguläres Jurastudium ausreicht. Im Gegensatz zu Ländern wie Jordanien und Syrien, in denen Reformen der islamische Gesetzgebung in der jüngeren Vergangenheit stattfanden, wurden in Israel bis Mitte der 1990er Jahre, als Scheich Ahmed an-Natur einen Reformprozess initiierte, keine Neuerungsbestrebungen unternommen.<sup>22</sup> Zusammenfassend ist deshalb festzuhalten, dass die islamische Gerichtsbarkeit in Israel zum einen in hohem Maße staatlich kontrolliert ist und zum anderen weitaus konservativer gehandhabt wird, als in den arabischen Nachbarländern der Fall ist.

Die oben genannte Ausnahmeregelung in Bezug auf das *Gesetz über Familiengerichte* ist kein Einzelfall, sondern ist symbolisch für die israelische Religionspolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung. So hat der israelische Staat mittlerweile eine ganze Reihe Gesetze erlassen und internationale Konventionen ratifiziert, die eigentlich die Gleichberechtigung der Geschlechter sichern sollen und die zum Teil in deutlichem Widerspruch zu Inhalten der religiösen Rechtssprechung stehen. Allerdings hat der Gesetzgeber für viele dieser Regelungen „legal loopholes“<sup>23</sup> eingerichtet, über die der religiösen Gesetzgebung der jeweiligen Religionsgemeinschaft Vorrang gegenüber diesen Gesetzen und Konventionen eingeräumt wird. So sind beispielsweise bei dem Gesetz, das die Gleichberechtigung der Geschlechter (*The Equal Rights Law*, 1951) vorschreibt, die Bereiche Eheschließung und Scheidung ausgenommen und die *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW)* aus dem Jahr 1991 in Bezug auf jene Aspekte ungültig, in denen sie der Gesetzgebung der jeweiligen Religionsgruppen widerspricht.<sup>24</sup> Es ist evident, dass damit der ursprüngliche Sinn dieser Vereinbarungen zu weiten Teilen und in der Regel zum Nachteil der Frauen ausgehebelt wird.

Andere Beispiele zeigen, dass Gesetzesübertretungen, die im familiären, also im „privaten“ Kontext der palästinensischen Bevölkerung stattfinden, von staatlicher Seite nicht ernsthaft verfolgt werden. Selbst bei Vergehen, die laut Gesetz mit Geld- oder Gefängnisstrafen geahndet werden müssten, zeigt der israelische Staat mit Blick auf die palästinensische Bevölkerung wenig Interesse an der Umsetzung seines Regelwerkes. So ist bis heute die Verheiratung von jungen Mädchen unter 17 Jahren in der dörflichen und beduinischen Gesellschaft weit verbreitet, obwohl es gesetzlich verboten ist und mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden kann. Die Zurückhaltung seitens der staatlichen

Behörden erleichterte auf palästinensischer Seite das Umgehen eben jener Gesetze, die im Kern den Schutz von Mädchen und Frauen bezwecken:

Performing a marriage involving a minor or offering one's underage daughter in marriage became a criminal offense subject to a fine and up to two years imprisonment. Muslim citizens, particularly the Bedouin of the Negev desert, found many ways to circumvent the law. For example, marriages would be performed with the mutual consent of the parties, without the involvement of the official court registrar. Alternatively, Muslim Bedouin chose to register officially the marriage of minors only after the wife had reached majority (and might already have given birth to several children).<sup>25</sup>

Diese Politik der Nichteinmischung in die vermeintlich privaten und religiösen Angelegenheiten der palästinensischen Bevölkerung erscheint umso auffälliger, wenn man die intensive Kontrolle bedenkt, die der israelische Staat in allen anderen Bereichen auf die palästinensische Minderheit ausübt.

Die Hintergründe dieser Politik werden kontrovers diskutiert: Während sie auf Seiten israelischer staatlicher Institutionen als Ausdruck der Toleranz kultureller Differenz erklärt wird, verbirgt sich nach palästinensischer feministischer Lesart dahinter die „well-oiled machine of patriarchy working across the boundaries of nationality and religion“.<sup>26</sup> Letzteres wird vor allem dann besonders deutlich, wenn man sich die massive staatliche Abhängigkeit der islamischen Gerichtsbarkeit vergegenwärtigt. Aus Sicht palästinensischer Feministinnen stellt diese Form staatlicher Nichteinmischung eine Strategie politischer Kooptation dar, mit der der männlichen Führung der palästinensischen Bevölkerung das Privileg der Ausübung gesellschaftlicher Macht in ihrem Privatbereich zugestanden wird. Die Bedrohung palästinensischer männlicher Identität durch die *Nakba* und ihre Folgen werden, nach Einschätzung der palästinensischen Frauenaktivistin Nabila Espanioly, mit der Kontrolle über den privaten Bereich zumindest teilweise kompensiert:

Nachdem er die Kontrolle über das Land und seinen Status [in] Gegenwart und Zukunft verloren hatte, blieb dem palästinensischen Mann nur noch die Kontrolle über eine Domäne: seine Familie, seine Frau und seine Kinder. Wie Mar'i und Mar'i feststellten: „Man kann viel von dem Bedürfnis der Männer, Frauen zu kontrollieren, mit ihrem Gefühl von Unsicherheit in Verbindung setzen.“<sup>27</sup>

Im Gegenzug für die Nichteinmischung in die „Domäne des Mannes“ zeigte sich – laut Interpretation der palästinensischen Feministinnen – die traditionelle palästinensische Führung bereit, die politischen Interessen der staatlichen Akteure zu bedienen. Als Beispiel führten sie die Wahlen an, in denen die Stimmen der palästinensischen Wählerschaft oft das Zünglein an der Waage bildeten. Über die Verzahnung von Diskriminierung und Kooptation wurde ihrer Meinung nach über lange Zeit die Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung behindert und politischer Widerstand sowie gesellschaftliche Emanzipation blockiert.<sup>28</sup>

Die Verabschiedung des *Gesetzes über die Familiengerichte*, das trotz seiner eingeschränkten Anwendung von den palästinensischen Frauen als Schritt in die richtige Richtung begrüßt wurde, ließ sie ihren Kampf für Gleichberechtigung in der Personenstandsgesetzgebung weiter vorantreiben. 1995 mündeten diese Bemühungen in der Gründung einer weiteren Arbeitsgruppe, der *Working Group for Equality in Personal Status Issues*, einer Koalition aus zehn Repräsentantinnen und Repräsentanten von Organisationen aus dem Frauen- und Menschenrechtsbereich.<sup>29</sup> Primäres Anliegen dieser Arbeitsgruppe ist die Unterstützung von Gesetzesreformen, die es allen Bürgerinnen und Bürgern des Staates erlauben, bei der Personenstandsgesetzgebung zwischen religiöser und ziviler Rechtsprechung auszuwählen. Darüber hinaus setzt sie sich für die Implementierung solcher Personenstandsgesetze ein, die die Rechte von Frauen schützen, zielt auf eine Verbesserung gerichtlicher Verfahren und bietet Rechtsberatungen für Frauen an. Um das Bewusstsein in Bevölkerung und Politik für die Personenstandsgesetzgebung zu stärken, führt die Gruppe Studientage durch, organisiert öffentliche Vorträge, bemüht sich um eine mediale Verbreitung der Thematik und berät Parlamentsmitglieder und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

Im November 2001 konnte die Arbeitsgruppe einen Teilerfolg erzielen, als die *Knesset* ein Gesetz verabschiedete, das es den palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern erstmalig ermöglichte, in bestimmten Bereichen der Personenstandsgesetzgebung, wie Sorgerecht für Kinder, Alimentierung, Unterhalt, Vormundschaft und geteiltes Eigentum zwischen religiöser und ziviler Gerichtsbarkeit zu wählen.<sup>30</sup>

In der Auseinandersetzung um die Einrichtung ziviler Rechtsprechung und die Reform religiöser Gerichtsbarkeit zeigt sich ein Dilemma palästinensischer Feministinnen besonders deutlich: Einerseits berufen sie sich in ihrer Arbeit auf die Rechtsgrundlagen des Staates, während sie andererseits für die Stär-

kung der palästinensischen Minderheit kämpfen, die in eben diesem Staat diskriminiert wird.

#### 14.4 Zwischen Feminismus und Nationalismus: Geschlechtsspezifische Aspekte von Konflikt und Widerstand

Die Entwicklung feministischer Ansätze innerhalb der palästinensischen Frauenbewegung wird in der palästinensischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft kontrovers diskutiert. Dabei kommt Kritik sowohl aus dem traditionell-religiösen als auch aus dem national-säkularen Lager und geht bisweilen so weit, das Engagement der Frauenorganisationen als „Verrat an der palästinensischen Sache“ zu delegitimieren. Die Auseinandersetzung mit Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung in der palästinensischen Gesellschaft gerät insbesondere vor der Kulisse des asymmetrischen politischen Kräfteverhältnisses zwischen Staat und Minderheit zu einer sensiblen Angelegenheit. Da die Forderung kultureller Autonomie mittlerweile einen zentralen Stellenwert in der politischen Programmatik arabischer Parteien einnimmt,<sup>31</sup> reagiert man auf Kritik an arabischer Kultur ebenso wie auf die Anmahnung sozialer Reformen besonders sensibel. Obwohl auch zahlreiche Feministinnen die Marginalisierung arabischer Kultur in Israel beanstanden und für einige ein kulturelles Autonomiearrangement deshalb ein wichtiger Schritt in Richtung Selbstbestimmung darstellen würde, stehen viele dem Anspruch kultureller Autonomie kritisch gegenüber. Sie befürchten, dass eine solche Regelung die patriarchalische Struktur und Organisation der palästinensischen Gesellschaft weiter legitimieren und zusätzlich stärken würde. Vielmehr sprechen sie sich für einen kritischen Umgang mit der „eigenen“ Kultur aus und plädieren für ein Kulturverständnis, das auf Veränderbarkeit und Wandel basiert, wie Aida Touma-Sliman von der *WAV* erklärt:

Kultur sollte sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Kultur wird von Menschen gemacht, nicht andersrum. Kultur ist nicht heilig. Ich glaube, um Menschen wachsen zu lassen und stark zu machen, ist es das Wichtigste, sie dazu zu bringen, alles zu hinterfragen und zu versuchen, alles zu verändern. Wenn man anfängt die eigene Kultur, Traditionen oder auch die Sprache wie eine heilige Kuh zu behandeln, dann tötet man sich und seine Identität als Volk. Ein Beispiel für die, die sich nicht verändern konnten, waren die Dinosaurier, und die gibt es heute nicht mehr.<sup>32</sup>

Auch Rula Deeb, Mitarbeiterin der Haifaer Frauenorganisation *Kayan: A Feminist Organization (Kayan)*<sup>33</sup>, fordert einen selbstkritischen Blick „nach Innen“ anstatt die Situation der palästinensischen Gesellschaft ausschließlich über die äußere Bedrohung in Gestalt der üblichen Verdächtigen Zionismus, Kolonialismus und Imperialismus zu erklären:

Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen unserer Lage als nationale Minderheit und der Situation der Frauen, das bestreite ich nicht. Aber ich bin der Meinung, dass es ein grundsätzliches Problem gibt, das die arabische Frau betrifft, das weder mit dem Zionismus, dem Westen, dem Imperialismus noch mit dem Kolonialismus zusammenhängt. Es hängt mit unserer Kultur zusammen. Deshalb halte ich es für nötig, sich mit dieser Kultur auseinander zu setzen. Es geht nicht, dass man immer nur die Tradition betont und deren Erhaltung als höchstes Ziel ansieht. Es gibt einiges an dieser Tradition, was mich als Frau unterdrückt und wo ich sage, nein, das will ich nicht.<sup>34</sup>

Während kulturelle Autonomie für die einen den Zugewinn an Identität und Anerkennung impliziert, befürchten andere die Stabilisierung von Geschlechterhierarchien. Diese Ambivalenz ist auch aus anderen Ländern bekannt, in denen Minderheiten kulturelle Selbstarrangements fordern.<sup>35</sup>

Die Debatte um die Einsetzung von Zivilgerichten zeigt diese Problematik besonders deutlich. So betrachten große Teile der palästinensischen Bevölkerung und ihre (männlichen) politischen Eliten diese Forderung als Angriff auf palästinensische Kultur, Institutionen und Identität. Viele Menschen halten die religiöse Rechtssprechung – insbesondere die islamischen Gerichte – für die letzten „indigenen“ und „autonomen“ Institutionen, die der palästinensischen Bevölkerung in Israel geblieben sind und die deshalb unter allen Umständen bewahrt werden müssen.<sup>36</sup> Die Reaktionen der palästinensischen Parlamentarier auf die Gesetzesvorlage zur Einführung ziviler Rechtssprechung, die 1998 dem Parlament zur ersten Lesung gereicht wurde, fielen entsprechend skeptisch aus. Nur die Parlamentarier der *Democratic Front for Peace and Equality* und der *Labor Party* unterstützten die Forderungen der *Working Group Equality in Personal Status Issues*, während die Repräsentanten der traditionellen, religiösen und nationalen Parteien zurückhaltend bis ablehnend auf die Initiative reagierten. Die Parlamentarier der *United Arab List (UAL)* schlossen sich im Sommer 1998 sogar mit der jüdischen national-religiösen *Shas* zusammen, um die Abstimmung der Gesetzesvorlage zu verschieben.<sup>37</sup>



Wie sehr die politischen Entwicklungen die gesellschaftliche Akzeptanz feministischer Aktivitäten beeinflussen, zeigen die Entwicklungen vor dem Hintergrund der Krise des Oslo-Friedensprozesses sowie der deutlichen Verschlechterung des innerisraelischen jüdisch-palästinensischen Verhältnisses in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. In dieser Situation gerieten die Aktivistinnen mehr und mehr in die Defensive. Angesichts der zunehmenden Akzentuierung palästinensischer kollektiver Identität kamen sie vermehrt unter Druck, ihr frauenpolitisches Engagement national geprägten Inhalten unterzuordnen und zum *Zwei-Phasen-Ansatz* zurückzukehren, ein Appell, dem Nabila Espanioly von der Nazarener NGO *Tufula* vehement widerspricht:

The complexity of the situation demands complex strategies for struggle. It is crucial not to leave out any important element of this struggle. Many people think that you must struggle step by step and prioritise your issues. According to this view, only after we have won the struggle against discrimination, or for national rights, or for peace can we struggle for social justice or women's rights. These people are asking us to put our lives on hold. In fact, if the issues were important to them, they would not for a moment consider ignoring them. When people ask you to prioritise, they are actually setting priorities based on their own interests; they are imposing their priorities on you. Those national liberation movements that followed a two-stage-model – first national liberation, then women's liberation – proved to be a myth, developed, legitimised, and implemented by patriarchal forces. At the end of these movements there was no women's liberation.<sup>38</sup>

Aber auch innerhalb der palästinensischen Frauenbewegung löste die politische Krise eine kontroverse Debatte über das Verhältnis feministischer und nationaler Identität aus, bei der u. a. die Zusammenarbeit mit israelischen Frauenrechtsgruppen zur Disposition gestellt wurde. Als Ergebnis dieser Auseinandersetzungen entschloss sich 1998 eine Gruppe palästinensischer Frauen, die zuvor in gemischten Projektgemeinschaften aktiv gewesen waren, eine eigenständige feministische Frauenorganisation zu gründen, die Organisation *Kayan*, die das Ziel verfolgt,

(...) to bring feminism and feminist values to Palestinian social agenda in order to improve the status of women and change the traditional role of women in Palestinian society. *Kayan* provides a place for Palestinian wo-

men to think, write about, discuss, research, and present new ideas about women and create a Palestinian feminist framework.<sup>39</sup>

Ihr Angebot umfasst *empowerment*-Gruppen für Mädchen und Frauen, Seminare zu Gender-Erziehung an Schulen sowie Trainings im Bereich Führungskompetenzen. Außerdem hat *Kayan* eine Bibliothek mit arabischer Fachliteratur und gibt eine Zeitschrift heraus.

Die Gründerinnen von *Kayan* wählten einen Mittelweg zwischen Kooperation mit und Abgrenzung von der jüdischen Frauenbewegung. Zwar gründeten sie mit *Kayan* eine eigenständige arabische Organisation, gliederten diese aber in die *Haifa Women's Coalition* ein, einem Netzwerk, bestehend aus vier arabischen und jüdischen feministischen Gruppen. Mit diesem Ansatz verfolgen die Mitarbeiterinnen von *Kayan* die Kombination der Stärkung eigener (palästinensischer) Interessen mit der Möglichkeit der Anbindung und Einflussnahme auf die israelische Frauenbewegung.<sup>40</sup> Obwohl die Diskussion über die Ausrichtung der Organisation im Spannungsfeld feministischer und nationaler Inhalte von Anfang an eine wichtige Rolle spielte, geriet *Kayan*, ähnlich wie viele andere NGOs auch, mit den *Oktober-Unruhen* in eine schwere Krise. Der bestehende Druck auf die feministischen Aktivistinnen nahm weiter zu und führte u. a. dazu, dass Frauen, die die national-religiös gefärbten Sprachregelungen wie *Al-Aqsa-Intifada* und *Märtyrer (šahīd/Pl. šuhadā')* für die während der Unruhen getöteten Jungen und Männer kritisierten oder die die Bezeichnung *Märtyrer-Mutter* für die Mütter der Opfer ablehnten, von den unterschiedlichen politischen Lagern als „Verräterinnen“ an der palästinensischen Sache stigmatisiert wurden.<sup>41</sup>

Im Richtungsstreit von *Kayan* gewannen – als Folge der *Oktober-Unruhen* – jene Mitarbeiterinnen die Oberhand, die sich angesichts der politischen Krise für eine Betonung palästinensischer Interessen zu Lasten feministischer Ziele aussprachen und eine Trennung von der Koalition andachten. Diese Haltung war neben der Frustration über die politische Lage auch Ausdruck der Enttäuschung über das Verhalten der jüdischen Mitarbeiterinnen der *Haifa Women's Coalition*. Rula Deeb zufolge haben es die palästinensischen Frauen der Koalition sehr bedauert, dass so gut wie keine Diskussion und Aufarbeitung von *Oktober* stattgefunden hat und dass das Verhalten der israelischen Sicherheitskräfte von den jüdischen Frauen nicht eindeutig verurteilt worden war.<sup>42</sup> Obwohl auch sie diese Art des Umgangs mit der Krise für unangemessen hält, betont sie die Wichtigkeit der feministischen Schwerpunktsetzung bei *Kayan* sowie ihre Verortung in

feministischen Zusammenhängen. Ihrer Meinung nach stellen die palästinensischen Nationalisierungstendenzen, die im Kontext der *Oktober-Unruhen* weiter zunahmen, einen herben Rückschlag für die feministische Arbeit dar:

Es gab [auch vor den *Oktober-Unruhen*; K.H.] verschiedene Meinungen innerhalb der Gruppe. Allerdings war die Mehrheit der Mitglieder für eine feministische anstatt für eine nationale Orientierung des Vereins. Es bestand ein Bezug zur nationalen Frage, aber das Ziel war mehr, die eigene Gesellschaft herauszufordern und andere Fragestellungen zu thematisieren. Zwar sind wir eine palästinensische Bevölkerungsgruppe, die als Minderheit unter Unterdrückung leidet, doch wir wollten – da in diesem Bereich schon einige Vereine aktiv sind – unseren Schwerpunkt auf die Frauenproblematik setzen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass diese Überlegungen nicht realistisch waren und auch nicht durchgesetzt werden konnten. Es hat nicht geklappt, weil die Konzentration auf Feminismus nach den Ereignissen von *Oktober* wie eine Illusion erscheint. Trotz allem glaube ich, dass es eine Organisation geben sollte, die sich mit feministischen Fragen beschäftigt, also mit Sexualität, mit sexueller Unterdrückung und mit anderen Fragen, die uns, die arabischen Frauen, aber auch andere Frauen betreffen. (...) Ich als Rula, als Feministin, glaube, dass *Kayan* die [feministische; K.H.] Linie halten sollte. Die Existenz eines nationalen Anliegens darf uns nicht dazu verleiten, unsere feministischen Interessen in den Schatten geraten zu lassen. Das ist das Problem, und die Frauen zahlen am Ende den Preis dafür. Alle anderen Anliegen werden für wichtiger gehalten, wenn es um die Anliegen der Frauen geht. Da wird auf die Notwendigkeit des Zusammenhalts und auf die schwierige politische Lage verwiesen. Die Araber und Palästinenser erlebten schon 1948 eine kritische Zeit, auch 1967 und auch in den 1970er Jahren. Die ganze Zeit war schwierig. Die gegenwärtige Phase ist nicht die schwierigste, die die Palästinenser erlebten, wie behauptet wird. Jede Zeit war schwierig. Wir brauchen unseren feministischen Themen keine nationale Farbe aufzuzwingen. Wie kann die sexuelle Unterdrückung der arabischen Frau in der eigenen Gesellschaft mit der nationalen Frage zusammenhängen? Ich kann da keinen Zusammenhang sehen.<sup>43</sup>

Die Auseinandersetzung innerhalb von *Kayan* spiegelt den Spagat wider, den palästinensische Feministinnen zwischen den zum Teil komplementären, zum Teil konkurrierenden Identitäten leisten müssen.

Dafür beispielhaft war ein Ereignis im Frühjahr 2001, als eine Gruppe feministischer Aktivistinnen eine Klage beim *Obersten Gericht* gegen die Nominierung eines Richters für ein islamisches Gericht einreichte. Sie begründeten ihre Haltung damit, dass die vorgesehene Person nicht über die nötigen Qualifikationen verfüge. Sie forderten seine Absetzung und schlugen gleichzeitig die Ernennung einer Richterin vor. Diese Episode löste in der palästinensischen Frauenbewegung wie auch in der gesamten palästinensischen politischen Szene in Israel eine hitzige Debatte aus, in der den beteiligten Frauen „nationaler Verrat“ vorgeworfen wurde. Mit ihrem Anruf beim *Obersten Gericht* hätten sie zur Schwächung palästinensischer Institutionen beigetragen, ein Vorgang, auf den man, gerade weil er so unmittelbar nach den *Oktober-Unruhen* stattgefunden hatte, besonders sensibel reagierte.<sup>44</sup>



Abb. 19: Informationsmappe der NGO *Women Against Violence*  
(Photo: K. Hermann)

Die Auswirkungen der politischen Krise seit den *Oktober-Unruhen* machen sich auch in der täglichen Arbeit jener Organisationen bemerkbar, die sich gegen Gewalt an Frauen engagieren. So wurde die Nazarener Frauenorganisation *Women Against Violence (WAV)* in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 – also kurz nach den Zusammenstößen – von doppelt so vielen Frauen und Mädchen kontaktiert wie im vergleichbaren Zeitraum des vorherigen Jahres – ein Hinweis auf die gestiegene Bedrohung von Frauen in ethnopolitischen Konflikten durch politische und häusliche Gewalt. Die Gewalterfahrung wirkte sich gleichzeitig dahingehend aus, dass wesentlich weniger Frauen zur Poli-

zei gingen als im Jahr zuvor. Zahlen der WAV zeigen, dass vor den *Oktober-Unruhen* rund 40 % der Frauen, die die WAV kontaktierten, ihr Problem auch der Polizei mitteilten. Diese Zahl sank nach Oktober 2000 auf 12 %, was nach Einschätzung der Mitarbeiterinnen auf den tiefen Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Instanzen hinweist.<sup>45</sup>

Seit 2002 werden die Einrichtungen der WAV immer weniger nachgefragt; die nur geringe Belegung des Frauenhauses führte sogar soweit, dass das *Ministerium für Wohlfahrt* die Zuschüsse für dieses Projekt reduzierte, was dessen Weiterbestand ernsthaft bedrohte. Die Organisation führt die geringere Nachfrage auf die schwierige politische Lage zurück: In Zeiten politischer Unruhe identifizieren sich die Frauen mit der kollektiven Krise und stellen ihre persönlichen Erfahrungen und Nöte zurück.<sup>46</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Frauenorganisationen die Pluralität und Heterogenität der palästinensischen Zivilgesellschaft in besonderer Weise deutlich machen. Es zeigt sich, dass die Inhalte und Ansätze der palästinensischen ethnopolitischen Bewegung keineswegs geschlechtsneutral sind, sondern ganz im Gegenteil – wie die Diskussion zur Forderung kultureller Autonomie und zur Einführung ziviler Gerichtsbarkeit gezeigt hat – Einfluss auf das Geschlechterverhältnis nehmen können. Mit Blick auf das Verständnis palästinensischer Identitäten lässt sich festhalten, dass insbesondere in Zeiten politischer Krisen patriarchalisch geprägte ethnopolitische Eliten zu Homogenisierung und Hegemonie tendieren und die Mehrgestaltigkeit palästinensischer Identität zu unterbinden versuchen. In diesem Sinne kann die Stärkung der palästinensischen Minderheit in ethnopolitischer Hinsicht auch eine Schwächung alternativer, in diesem Fall feministischer, Interessen und Identitäten implizieren.

## Anmerkungen

- 1 Zu den einzelnen Mitgliedern siehe Working Group 1997, S. 4ff.
- 2 Das Netzwerk kritisiert u. a., dass der offizielle israelische Bericht (Initial report by Israel under article 18 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women) lediglich zweimal Bezug auf die Situation der arabischen Frauen nimmt; vgl. Working Group 1997, S. 7ff.
- 3 Für eine ausführliche Studie über palästinensische Frauen in politischen Führungsrollen siehe Abu Baker 2003.
- 4 Violette Khoury war in den 1970er Jahren Bürgermeisterin von Kfar Yasif, einem Dorf in westlichen Teil Galiläas; vgl. Working Group 1997, S. 29.

- 5 Touma-Sliman/Espanioly 1997, S. 31.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Vgl. Working Group 1997, S. 87f.
- 8 Vgl. Abu Baker 2003.
- 9 Zur Situation palästinensischer Frauen während der Mandatszeit siehe Fleischmann 1999, 1996.
- 10 Vgl. Abu Baker 2003, S. 123f. Zu Tandi siehe [www.coalitionofwomen.org](http://www.coalitionofwomen.org).
- 11 Abdo/Lentin 2002, S. 7.
- 12 Vgl. Espanioly 2003, S. 121ff.
- 13 Espanioly [s.a.].
- 14 Vgl. Espanioly 2003, S. 124ff.
- 15 Zu diesen Organisationen zählen Women Against Violence (Nazareth); Acre Arab Women's Association (Akko); Al-Zahra (Sakhnin); Assiwar: Arab Feminist Movement in Support of Victims of Sexual Abuse (Haifa); Kayan: A Feminist Organization (Haifa); Al-Tufula Pedagogical Centre (Nazareth). Für weitere Informationen zu diesen NGOs siehe die Hinweise auf den Webseiten von Ittijah ([www.ittijah.org](http://www.ittijah.org)), Women against Violence ([www.wavo.org](http://www.wavo.org)) und Arab Association for Human Rights ([www.arabhra.org](http://www.arabhra.org)). 1994 wurde Al-Badeel gegründet, eine Koalition von NGO-Repräsentantinnen und anderen Aktivistinnen, die sich gegen so genannten Ehrenverbrechen engagieren. Vgl. Kandalaft/Rohana 1997.
- 16 Vgl. Interview mit Touma-Sliman, Nazareth, 2001.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Vgl. Swirski 2000, S. 319.
- 20 Vgl. Wiese 2001, S. 37.
- 21 Zur Geschichte islamischer Institutionen in Israel siehe Peled 2001; Wiese 2001.
- 22 Vgl. Wiese 2001.
- 23 Peled 2001, S. 70.
- 24 Vgl. Bishara/Touma-Sliman 1997, S. 67.
- 25 Peled 2001, S. 71.
- 26 Touma-Sliman 2002, o. S.
- 27 Espanioly 2003, S. 117.
- 28 Vgl. Espanioly 2003, S. 116f.; Touma-Sliman 2002.
- 29 Zum Selbstverständnis der Gruppe siehe den entsprechenden Link auf der Webseite [www.wavo.org](http://www.wavo.org).

- 30 Vgl. Touma-Sliman 2002.
- 31 Zu Selbstverwaltungsarrangements, wie sie insbesondere für den kulturellen Bereich von der NDA gefordert werden, siehe Kapitel 8.2.
- 32 Interview mit Touma-Sliman, Nazareth, 2001.
- 33 Die Arbeit von Kayan wird an späterer Stelle dieses Kapitels dargestellt; für ausführliche Informationen siehe auch: [www.ittijah.org/member/kayan.html](http://www.ittijah.org/member/kayan.html).
- 34 Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 35 In Kanada lehnten Frauenorganisationen der Aborigines beispielsweise Selbstverwaltungsregelungen für die Aborigines mit der Begründung ab, dass diese die Dominanz männlicher Eliten weiter stärken würden. Vgl. Catt/Murphy 2002, S. 119f. Für die Diskussion des Spannungsverhältnisses von Nationalismus und Feminismus im nahöstlichen Kontext siehe Joseph 1996.
- 36 Vgl. Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 37 Vgl. Kull al-‘Arab vom 31.07.1998.
- 38 Espanioly 2002, S. 109f.
- 39 [www.haifawomenscoalition.org.il/kayan.htm](http://www.haifawomenscoalition.org.il/kayan.htm).
- 40 Vgl. Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 41 Vgl. diverse Interviews, Israel, 2001.
- 42 Vgl. Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 43 Ebd.
- 44 Vgl. diverse Interviews, Israel, 2001.
- 45 Vgl. Interview mit Touma-Sliman, Nazareth, 2001.
- 46 Vgl. Newsletter der WAV, Juni 2002.





**TEIL V**

**DISKUSSION UND SCHLUSSFOLGERUNGEN**



## 15. Stärken und Schwächen palästinensischer NGOs

Wie in dieser Studie gezeigt, beförderten besonders zwei Faktoren die zunehmende Selbstorganisation der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel in den 1990er Jahren sowie Anfang der 2000er Jahre: der Ausschluss dieser Gruppe aus dem Friedensprozess und die fehlende Integration in den Staat und in die Gesellschaft Israels. Die hierdurch beschleunigte Auseinandersetzung über palästinensische Identität und deren Akzentuierung fand ihren Ausdruck vornehmlich in der Stärkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Wie besonders in den Teilen III und IV exemplarisch beschrieben, stellten NGOs ein konstituierendes Element der palästinensischen Zivilgesellschaft Israels dar.

NGOs haben sich neben den politischen Parteien als Interessensvertretung der palästinensischen Minderheit gegenüber dem israelischen Staat sowie der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft etabliert und konnten zahlreiche Errungenschaften verbuchen. Gleichzeitig kristallisierten sich während der Untersuchung aber auch Schwächen der NGOs heraus. Abgesehen von Kontrolle und Restriktionen seitens des Staates, die Handlungsspielraum und Einflussmöglichkeiten der gesamten palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel hemmen (können), waren es vor allem sektorinterne Faktoren wie Finanzierung, Nachhaltigkeit und Konkurrenz, die die Arbeit erschwerten. Ausgehend von den Stärken und Schwächen der NGOs wird im Folgenden ein Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen der Organisationen in ihrer Eigenschaft als zivilgesellschaftliche Akteure geworfen, eine Diskussion, die auch innerhalb der palästinensischen politischen Szene geführt wurde und wird. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Verhältnis von NGOs und politischen Parteien.

### 15.1 Eine andere Perspektive aufzeigen: Stärken und Erfolge der NGOs

Die Stärken und Erfolge palästinensischer NGOs traten besonders in Bezug auf folgende Aspekte hervor: strukturelle Stärken, die Schaffung neuer Möglichkeiten und Formen politischer Einflussnahme, die Funktion als Sprachrohr und Interessensvertretung sowie die Fähigkeit zu translokaler, transnationaler und internationaler Vernetzung.

#### Strukturelle Stärken

NGOs verfügten gegenüber der überwiegenden Mehrzahl der traditionellen Vereine auf der einen und den politischen Parteien auf der anderen Seite über eine Reihe struktureller Vorteile. So zeigten sie sich in Bezug auf Inhalte und

Aktionsfelder als wesentlich dynamischer und konnten flexibel und schnell auf aktuelle Entwicklungen und Bedürfnisse reagieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NGOs rekrutierten sich hauptsächlich aus der jüngeren, gut ausgebildeten Generation, die innerhalb des israelischen Bildungssystems sozialisiert wurde. Sie hatten sich mit dem israelischen Rechtsstaat auseinandergesetzt und waren in der Lage, ihr Wissen gezielt einzusetzen und es beispielsweise zur Ableitung und Klärung prinzipieller Rechtsansprüche zu nutzen.

Zudem konnten NGOs zumindest im städtischen Kontext für sich in Anspruch nehmen, nicht nur aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen, sondern selbst als Motor gesellschaftlicher Transformation zu fungieren. Besonders deutlich wurde dies mit Blick auf den – im Vergleich zu anderen Organisationsformen – hohen Anteil von Frauen, die in leitender Funktion in NGOs tätig waren sowie in Bezug auf die besondere Berücksichtigung des Diskurses über Frauenrechte und andere feministische Forderungen. Dies galt, obwohl auch im palästinensischen NGO-Sektor die Tendenz bestand, Positionen zu vereinheitlichen und Heterogenität zu reduzieren, wie in Kapitel 14 ausführlich dargestellt wurde.

### Schaffung neuer Formen politischer Einflussnahme

NGOs engagierten sich an zentraler Stelle für die Organisation und Artikulation der palästinensischen Minderheit. Neben ihrer traditionellen Rolle als Dienstleistungs- und Selbsthilfeorganisationen in den Bereichen berufliche Bildung, Kinderbetreuung und Sozialarbeit, leistete insbesondere die neue NGO-Generation einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung der palästinensischen Bevölkerung. Besonders NGOs, die auf den Gebieten Wissenschaft, Forschung und Medien tätig waren, wie das sozialwissenschaftliche Forschungszentrum *GCSR* und das Medienzentrum *I'lam*, aber auch Organisationen aus den Bereichen Jugend-, Kultur- und Menschenrechtsarbeit, konnten durch die Darstellung und Vermittlung palästinensischer Erfahrungen neue Formen politischer Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten schaffen. Filastin Ismail, die Direktorin von *I'lam*, formulierte diese neue Kompetenz mit Blick auf die Medienarbeit folgendermaßen:

Es ist sehr wichtig zu betonen, dass sich die palästinensische Minderheit tatsächlich als Minderheit aufbaut. Die Tatsache, dass wir ein Netz von NGOs haben, zeigt, dass wir uns als Gesellschaft und als Minderheit konstituieren, dass wir auf unsere Themen hinweisen und sie selbst bearbeiten.

Es kommt nicht jemand von außen, um eine Forschung über uns zu machen, sondern wir machen diese Arbeit selbst. Es ist eine Aufgabe von *I'lam*, Filme über die palästinensische Gesellschaft zu drehen, weil ich glaube, dass ein Palästinenser, der etwas über Palästinenser macht, die Thematik aus einer anderen, aus einer sehr wichtigen Perspektive, beleuchten kann. Das gab es vor einigen Jahren noch nicht.<sup>1</sup>

Nabila Espanioly, Direktorin der pädagogischen Einrichtung *Tufula* in Nazareth, bewertete die Bewahrung und Vermittlung palästinensischer Geschichte – aufgrund der fehlenden Präsenz im staatlichen israelischen Bildungs- und Mediensektor – als zentralen Aspekt und besonderen Erfolg der NGO-Arbeit:

Wir reden immer von der Gleichberechtigung der Palästinenser, aber das ist nicht genug. Wir kämpfen nicht nur für unsere Gleichberechtigung, wir brauchen auch Anerkennung als nationale Gruppe. Wir brauchen Anerkennung für das, was hier passiert ist, für unsere Geschichte. Unsere kollektive Geschichte ist nicht die Geschichte von Israel und findet sich nicht in den Büchern über Israel. (...) Israel muss sich mit ihrer und mit unserer Geschichte auseinandersetzen. Das bedeutet die Anerkennung von 1948. Was ist 1948 passiert? Die Leute sprechen immer nur von den Flüchtlingen, nein, es geht nicht nur um Flüchtlinge. Was ist 1948 geschehen? Es sind 480 Dörfer zerstört worden, Menschen sind vertrieben worden oder kamen bis 1966 unter Militärverwaltung. Da gab es keine Reisefreiheit und auch keine freie Wahl der Arbeit. Dazu kommt die Konfiszierung von Grund und Boden. Wir sind die lebendigen Erzähler unserer Geschichte, (...) wir müssen diese Geschichte für uns und für alle Palästinenser bewahren. (...) Die Kinder der Palästinenser sind wie die Kinder der jüdischen Überlebenden: Deren Eltern haben nichts erzählt und die palästinensischen Eltern, die hier vertrieben wurden, haben auch nichts erzählt und deshalb haben die Kinder ihre eigene Geschichte entwickelt. (...) Saffuriyya (*Şaffūrīya*) ist nicht nur ein Wort oder eine Geschichte für mich, sondern es ist ein [konkreter; K.H.] Ort (...). Für einen Palästinenser aus [dem libanesischen Flüchtlingslager im Libanon; K.H.] 'Ain al-Hilwa, der aus Saffuriyya stammt, ist Saffuriyya nur noch ein Wort. Für viele Menschen meines Alters und der jüngeren Generation sind das nur noch Worte. Aber für mich ist Saffuriyya ein Ort, ist Ma'lul (*Ma'lūl*) ein Ort, sind Mujaydil (*al-Muǧaidil*), Bir'im (*Bir'im*) und Iqrit (*Iqrit*) Orte. Das sind Steine, Häuser,

Kirchen, Moscheen. (...) Aus meiner Sicht haben wir folgende Rolle: Wir sind die Bewahrer dieses Teils der Geschichte und wir werden immer das moralische Bewusstsein Israels bewegen.<sup>2</sup>

Auch hinsichtlich der Inhalte und Darstellungsformen, die palästinensische NGOs seit den 1990er Jahren vertraten und wählten, zeigte sich eine Erweiterung zivilgesellschaftlicher Möglichkeiten. Noch Ende der 1980er Jahre führte das Tragen der traditionellen palästinensischen Kopfbedeckung *kūfiya* zu strengen Personenkontrollen und das Hissen der palästinensischen Flagge konnte einen mehrmonatigen Gefängnisaufenthalt nach sich ziehen.<sup>3</sup> Dagegen waren in dem Zeitraum, den die Untersuchung der Studie umfasst, öffentliche Veranstaltungen über die Situation der palästinensischen Minderheit und sogar translokal und transnational abgestimmte Gedenk- und Protestveranstaltungen anlässlich der *Nakba* regulär stattfindende Aktivitäten palästinensischer NGOs – ein Ausdruck für das deutlich gestärkte Selbstbewusstsein der palästinensischen Zivilgesellschaft.

### Sprachrohr und Interessensvertretung

Tatsächlich hat auch der Einfluss palästinensischer NGOs als Lobbyorganisationen und *pressure groups* innerhalb Israels sowie international seit den 1990er Jahren spürbar zugenommen. Dies ist u. a. daran erkennbar, dass Darstellungen und Einschätzungen palästinensischer Menschenrechtsorganisationen, wie beispielsweise die der *HRA*, seitdem in die offiziellen Berichte staatlicher israelischer Institutionen über die Situation der palästinensischen Minderheit aufgenommen werden. Mohammed Zeidan, der Leiter der Nazarener Menschenrechtsorganisation *HRA*, bewertete dies als den Beginn einer Kooperation zwischen staatlichen israelischen Institutionen und Akteuren der palästinensischen Zivilgesellschaft, die früher nicht vorstellbar gewesen sei:

Sie [die israelischen Institutionen; K.H.] beginnen zu kooperieren. Sie versuchen es zumindest, um der Welt zu zeigen, dass sie kooperationsbereit sind. Sie machen also etwas, zwar ist das nicht genug und nicht adäquat, aber es ist etwas. Keiner von uns hätte sich vor vier oder fünf Jahren träumen lassen, dass sie uns einmal einen Bericht schicken und uns dazu nach unserer Meinung fragen würden.<sup>4</sup>

Ein weiteres Beispiel für den wachsenden Einfluss palästinensischer NGOs war die alternative Informationskampagne von *Mossawa Center* und *I'lam* während

der *Oktober-Unruhen*, die zu der in Kapitel 10.1 geschilderten Berichterstattung der hebräischsprachigen Presse über die palästinensischen Opfer der Unruhen führte.

Die zunehmende Stärke palästinensischer NGOs im Untersuchungszeitraum beruhte auch auf der verstärkten Internationalisierung ihrer Anliegen und Aktivitäten. Mithilfe umfangreicher Maßnahmen im Bereich der Informations- und Lobbyarbeit gelang es ihnen, Kontakte zu ausländischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren herzustellen bzw. zu intensivieren. Dies geschah zum einen über die Entsendung von Delegationen, die Teilnahme an internationalen Konferenzen sowie über den Austausch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten ausländischer Einrichtungen innerhalb Israels. Diese Beziehungen erleichterten nicht nur den Zugang zu Fördermitteln für die Durchführung von Projektmaßnahmen, sie ermöglichten auch eine inhaltliche Anbindung an die international geführten Minderheiten- und Menschenrechtsdiskurse. Wie weit reichend der Einfluss der NGOs in diesem Zeitraum war, zeigte sich zum Beispiel daran, dass der 1997 von der *Working Group* erarbeitete Bericht über spezifische Diskriminierungen palästinensischer Frauen in Israel sogar bei dem *United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women* große Beachtung fand und in dessen Einschätzung der Geschlechterdiskriminierung berücksichtigt wurde.

### Internationale, translokale und transnationale Vernetzung

Besonders in politischen Krisenzeiten stellten sich die internationalen Kontakte als wichtige Anlaufstellen und Allianzen heraus. Im Kontext der *Oktober-Unruhen* verstärkte die palästinensische NGO-Szene beispielsweise ihre Bemühungen um Internationalisierung, indem verschiedene Organisationen auch englischsprachige Informationskampagnen durchführten, Krisentreffen mit ausländischen Botschafterinnen und Botschaftern veranstalteten und Vertreterinnen und Vertreter internationaler Menschenrechtsorganisationen über die Situation der palästinensischen Bevölkerung in Israel informierten. Der Erfolg dieser Aktivitäten spiegelte sich in der erstmaligen Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen der palästinensischen Minderheit in Israel durch renommierte internationale Menschenrechtsorganisationen.

Über die Einbeziehung solcher Drittparteien setzten sich die NGOs im Kontext der *Oktober-Unruhen* über die gängigen „Spielregeln“ der Beziehungen zwischen Staat und Minderheit hinweg. In der Vergangenheit waren ähn-

liche Konflikte üblicherweise allein über die Anrufung israelischer Institutionen – *Knesset*, *Oberster Gerichtshof* oder israelische Medien – geregelt worden. Nach Einschätzung von Ameer Makhoul, Direktor des NGO-Dachverbandes *Ittijah*, war es aber gerade diese Form der Internationalisierung, die der NGO-Szene während der *Oktober-Unruhen* auch innerhalb der eigenen Bevölkerung zu Ansehen verholfen hatte:

Ich glaube, dass die NGOs dadurch einen besonderen Status erhalten haben, dass wir versucht haben, neue Wege zu gehen. Dass wir uns zum Beispiel nicht an das *Oberste Gericht* gewandt haben und auch nicht an die *Knesset* herangetreten sind und versucht haben, dort Einfluss auszuüben. Dass wir auch nicht die israelischen Medien kontaktiert haben, sondern dass wir die Spielregeln gebrochen haben, indem wir unsere Themen internationalisiert und internationalem Schutz für die Palästinenser in Israel erbeten haben. Die Menschen hier schätzten es sehr, dass wir Botschafter und internationale Untersuchungskommissionen hierher gebracht haben und waren auch sehr bereit, sich hier ehrenamtlich zu engagieren (...). Das ist etwas Neues für uns.<sup>5</sup>

Neben den persönlichen Kontakten und Beziehungen (*face-to-face*), von denen die palästinensischen Akteure im Untersuchungszeitraum profitierten, nutzten sie die modernen Kommunikationsmedien, allen voran Internet und E-Mail, um ihre internationale Vernetzung voranzutreiben. Ganz besonders galt dies auch in Bezug auf ihre translokalen und transnationalen palästinensischen Beziehungen in solchen Zeiten, in denen aufgrund der angespannten politischen Lage und restriktiver Grenzregime gegenseitige Besuche und sonstige direkte persönliche Kontakte zu den palästinensischen Akteuren in der Westbank und im Gazastreifen sowie in der palästinensischen Diaspora nicht oder nur unter schwierigen Bedingungen möglich waren.<sup>6</sup>

## 15.2 Damit der Name in der Zeitung steht: Probleme und Schwächen der NGOs

Die Schwächen und Grenzen von NGOs lagen ebenfalls in einer Reihe struktureller Faktoren begründet. Dazu zählten v. a. die Probleme nachhaltiger Finanzierung, mangelnder Kooperation und Konkurrenz zwischen den Organisationen sowie ihre Fokussierung des (semi-)urbanen Raums (*urban bias*).



## Probleme der Nachhaltigkeit

Anders als religiös argumentierende Vereine und lokale Wohltätigkeitsorganisationen konnten die zumeist städtischen, sektoral orientierten und politisch ausgerichteten NGOs nur in geringem Maße auf finanzielle und personelle Zuwendungen aus der palästinensischen Gesellschaft zurückgreifen. Dies ist einerseits dem spezifischen Spendenverhalten der Palästinenserinnen und Palästinenser geschuldet, die Sach- und Geldgaben vorzugsweise direkt an Bedürftige verteilen oder religiöse Einrichtungen und Wohltätigkeitsorganisationen unterstützen. Vereine, die im Bereich Forschung, Rechtsberatung oder Frauenförderung arbeiten, werden dagegen seltener bedacht.<sup>7</sup> Neben dem Spendenverhalten beruhte dieser Zustand auch darauf, dass aufgrund der Verfügbarkeit externer Ressourcen das Einwerben „eigener“ gesellschaftlicher Solidarleistungen für die NGO-Arbeit jahrelang vernachlässigt worden war. Damit hatte sich eine Abhängigkeit von ausländischen Fördermitteln entwickelt, die auch in NGO-Kreisen zunehmend kritisch betrachtet wurde:

Ich fände es am besten, wenn unsere Vereine von der palästinensischen Gesellschaft selbst unterstützt würden. Solange es aber Geldquellen im Ausland gibt, fragen sich die Leute, warum sie Geld von der Gesellschaft nehmen sollen. Ich glaube, dass diese ausländische Unterstützung schlechte Folgen haben wird, denn wenn sie wegfällt, werden viele Vereine schließen müssen. Vielleicht werden wir dann aber neue Finanzierungsmöglichkeiten finden.<sup>8</sup>

Die externe Finanzierung der NGOs führte zu einem ausgeprägten Wettbewerb zwischen den Organisationen, die um die Gunst der Geber konkurrierten, ohne unbedingt auf gesellschaftliche Anbindung und Solidarität angewiesen zu sein. Verschärft wurde diese Konkurrenz durch die vergleichsweise hohen Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NGOs, was in Teilen der palästinensischen politischen Szene Kritik und Missgunst auslöste. Angesichts der wachsenden Zahl der NGOs, die um die Beteiligung an den zur Verfügung stehenden Ressourcen rangen sowie eine veränderte Budgetpolitik seitens der Geberorganisationen von träger- zu projektbezogener Unterstützung, gestaltete sich die Finanzierung der NGOs seit Ende der 1990er Jahre zunehmend schwierig. Als im Jahr 2003 zudem die alteingesessene NGO, *The Palestinian Society for the Protection of Human Rights and the Environment (LAW)* mit Sitz in Ost-Jerusalem, wegen der Veruntreuung von Geldern in großem Umfang in der Kritik stand, geriet der gesamte palästinensische NGO-

Sektor unter Generalverdacht und auch innerhalb Israels nahm die Subventionsbereitschaft ab.<sup>9</sup> Dies zwang die Organisationen, sich mit den inhaltlichen wie formalen Grundlagen ihrer Arbeit auseinander zu setzen und in der Folge die lokalen Ressourcen intensiver ins Auge zu fassen.

So diskutierte man auch erstmals Strategien alternativer Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten auf einem vom NGO-Dachverband *Ittijah* organisierter Studientag im Mai 2003 zum Thema *The Impact of Political Circumstances on Support for Palestinian NGOs in Israel*, auf dem neben NGO-Aktiven auch Repräsentantinnen und Repräsentanten europäischer politischer Stiftungen und Abgesandte des israelischen *Kultur- und Bildungsministeriums* anwesend waren.

Um die Abhängigkeit von externen Fördermitteln zu reduzieren und die gesellschaftliche Einbindung der NGOs zu verstärken, planten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Studientages, zukünftig vermehrt lokale Spenden zu akquirieren. Auch diskutiert wurde eine stärkere Einbindung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um ohne die Erhöhung von Personalkosten auf die ständig wachsenden Anforderungen an NGOs reagieren zu können. Außerdem wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation der NGOs zwecks gegenseitiger Unterstützung und Stärkung ihrer Position gegenüber den Geberorganisationen vereinbart.<sup>10</sup>

### Mangelnde Kooperation und Konkurrenz

Aber nicht nur finanzielle Gründe spielten eine Rolle, vielmehr konkurrierten die Vereine auch um öffentliche Sichtbarkeit und politische Einflussnahme. Aufgrund der Heterogenität der palästinensischen NGO-Szene gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Maßnahmen in einer gegebenen Situation notwendig und sinnvoll erschienen. Der zum Teil wenig konstruktive Umgang mit dieser Vielfalt verwies allerdings auch auf eine Fragmentierung des Sektors, die Abgrenzungen betonte und notwendige Synergien blockierte.

Umstritten waren dabei beispielsweise Aktivitäten des NGO-Dachverbandes *Ittijah*. Wiederholt wurde diesem vorgeworfen, öffentlichkeitswirksame und prestigeträchtige Aktionen der Arbeit an der Basis vorzuziehen.<sup>11</sup> Wie ausgeprägt die Konkurrenz zwischen den NGOs bisweilen war, zeigen Vorkommnisse, bei denen NGOs andere Vereine gegenüber ausländischen Geberorganisationen der parteilichen Bindung bezichtigten, womit sie auch deren gefährdete Förderung billigend in Kauf nahmen. Die politischen Grabenkämpfe, die eine der zentralen Schwächen der palästinensischen Zivilgesellschaft, insbeson-

dere der Parteien ausmachen, drohten im Untersuchungszeitraum auch den NGO-Sektor zu beeinträchtigen – ein Aspekt, auf den später noch Bezug genommen wird.

### Fokussierung auf den (semi-)urbanen Raum

Was den Einfluss der NGOs auf sozialen Wandel und Demokratisierung der eigenen Gesellschaft betrifft, bestanden deutliche Unterschiede zwischen den im weiteren Sinne städtischen Zentren bzw. semi-urbanen Dörfern und den ländlichen Gebieten. Während viele der NGOs, die auch einen Anspruch auf sozialen Wandel formulieren, in den arabischen sowie gemischten Städten zu finden waren, zeigte sich ihr Einfluss in den arabischen Dörfern wesentlich geringer, wie Rula Deeb von der Haifaer Frauenorganisation *Kayan* betonte:

Es gibt sehr viele Einflüsse in unserer Gesellschaft, die anderswo herkommen [als von den NGOs; K.H.]. Es gibt Leute, vor allem in den ländlichen Gebieten, die noch nie von diesen Vereinen gehört haben. Weil wir uns im Umfeld der Vereine bewegen, denken wir manchmal, dass das auch für alle anderen Menschen gilt.<sup>12</sup>

Dieses Ungleichgewicht wirkte sich insbesondere auf die Diskussion über die Geschlechterverhältnisse aus. Während von den Frauenorganisationen im urbanen Raum – und gerade auch in den gemischten jüdisch-arabischen Städten – zunehmend offensiver auch feministische Positionen vertreten wurden, fanden solche Ideen im ländlichen Raum wenig positives Echo. Im Gegenteil zeichneten sich in den 1990er Jahren sowie in den ersten Jahren des 3. Jahrtausends vielmehr Tendenzen ab, die darauf hinwiesen, dass die Bedeutung von Tradition und Religion in der palästinensischen Gesellschaft zunahm. Der Einfluss der NGOs, insbesondere derer, die sich für sozialen Wandel einsetzten, blieb dagegen hauptsächlich auf den urbanen Raum beschränkt. Dort nutzten sie gesellschaftliche Nischen und Räume im Hinblick auf die Entwicklung einer pluralistischen palästinensischen Gesellschaft.

### 15.3 Das Verhältnis zwischen NGOs und politischen Parteien

Das Verhältnis zwischen NGOs und politischen Parteien war sehr ambivalent. Während es auf der einen Seite viele personelle und thematische Überschneidungen gab, konkurrierten beide Akteure andererseits um politische Einflussnahme. Prinzipiell verfügten Parteien und NGOs aber über unterschiedliche Stärken und Potentiale, die ein komplementäres Verständnis nahe legen.

## Verflechtungen

Zwar ist eine Verbindung zwischen politischen Parteien und NGOs offiziell untersagt, tatsächlich bestanden aber vielfältige personelle und inhaltlich-ideologische Überschneidungen zwischen den beiden Akteursgruppen.<sup>13</sup> Obwohl diese Verbindungen in Anbetracht des Selbstverständnisses der NGOs als Teil der politischen Widerstandsbewegung durchaus gerechtfertigt erscheinen, sind sie dennoch prekär, da hierdurch die parteipolitischen Grabenkämpfe im NGO-Sektor reproduziert werden (können). So spielte die politische Zuordnung eine große Rolle für die Mobilisierung der Zielgruppen und in der Regel achteten die Palästinenserinnen und Palästinenser strikt darauf, die Teilnahme an Aktivitäten zu vermeiden, die konkurrierenden Parteien zugerechnete NGOs durchführten. Als beispielsweise die *Arab Cultural Association (ACA)* im Frühjahr 2001 ein Konzert mit dem libanesischen Sänger Marcel Khalife in der jordanischen Hauptstadt Amman organisierte, gaben Dutzende Anhänger der *Democratic Front for Peace and Equality (DFPE)* ihre Eintrittskarten zurück, nachdem sie erfahren hatten, dass der der *National Democratic Alliance (NDA)* nah stehende Kulturverein die Veranstaltung organisiert hatte. Man verzichtete eher, als an einer Veranstaltung der Konkurrenz teilzunehmen.<sup>14</sup>

Brisant waren die Allianzen zwischen den Parteien und NGOs auch aus fördertechnischen Gründen, da viele Geberorganisationen parteipolitische Verbindungen ablehnten und bei Kooperationen vermeintlich unabhängige Vereine vorzogen. Da der Vorwurf der parteilichen Bindung das Ende der Förderung bedeuten konnte, bemühten sich die NGOs – ungeachtet ihrer politischen Präferenzen – um eine heterogene personelle Zusammensetzung.

## Grabenkämpfe

Aus Parteikreisen gab es auch schwerwiegende Kritik an den NGOs. Zentral war dabei der Vorwurf, dass die NGOs die intellektuellen Eliten der palästinensischen Gesellschaft absorbierten, ohne eine tatsächlich Alternative zu politischen Parteien und politischen Projekten darzustellen. Diese Haltung vertrat u. a. Azmi Bishara, der neben seiner Tätigkeit als Parlamentarier selbst Gründer bzw. Mitbegründer mehrerer NGOs in Israel und in der Westbank ist:

The most alarming element of crisis in Palestinian political society is the absence of a political plan. In the absence of a political agenda, Non-Governmental Organizations (NGOs) are cropping up all over Palestine,

which is a positive development from a civil societal point of view. From a political perspective, however, NGOs have started to act as an employment refuge for those who should be in the political arena, acting as a critical opposition and presenting political alternatives. Important as they may be, NGOs alone are neither the embodiment of civil society nor the alternative to democratic parties with a political project.<sup>15</sup>

Diese Sichtweise wurde von einigen anderen palästinensischen Politikern geteilt. Issam Makhoul, *Knesset*-Abgeordneter der *DFPE* und Bruder von Ameer Makhoul, dem Direktor von *Ittijah*, zählt zu den größten Kritikern der NGO-Szene. Er ging in seiner Kritik noch weiter als Bishara und machte die Vereine dafür verantwortlich, die politische Bewegung der 1970er Jahre sukzessive geschwächt und die politische Auseinandersetzung domestiziert zu haben:

Nehmen wir die Frage der Studentenorganisationen, hier ist sehr deutlich etwas passiert. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab es einen Rückgang der studentischen Bewegungen, unter anderem auch in der Zeit, als die erste *Intifada* 1987 begann. Damals entstanden viele verschiedene Organisationsformate, die sich in der Friedensfrage engagierten. Die Studentenbewegung war nur noch eine von vielen Möglichkeiten und nicht mehr die stärkste. Auch im Zusammenhang mit dem jüdisch-arabischen Konflikt war die Universität nicht mehr der einzige Ort, an dem diese Auseinandersetzung stattfand. Im Kontext der *Intifada* weitete sie sich über den Ort der Universität hinaus aus, was sehr gut war. (...) Aber meiner Meinung nach war der wichtigste Grund, der die studentische Bewegung schwächte, und der Jahre kostete, um sie wieder zu beleben, die Hinwendung [aktiver Leute; K.H.] zur Arbeit in Vereinen, die organisiert waren und Gehälter zahlten. (...) Ich habe eine kritische Einstellung zur NGO-Frage, da [mit dem Aufkommen der NGOs; K.H.] die Protestbewegungen als Repräsentanten des Volkes umstrukturiert wurden in ordentliche Organisationen mit Büros, Klimaanlage und einem enormen Budget.<sup>16</sup>

Obwohl durchaus der positiven Seiten der NGOs bewusst, sah Issam Makhoul diese vor allem als den Versuch ausländischer Geberorganisationen an, politische Gruppen für ihre eigenen Interessen zu kooptieren, um darüber die Richtung der politischen Auseinandersetzung im Land zu kontrollieren:

Meiner Meinung nach ist dies eine neue Methode, ein Mittel der neuen Weltordnung, um die Volksbewegungen der Welt zu beherrschen. Es hat auch positive Seiten, wie die Befähigung auf wissenschaftliche Weise zu arbeiten und alles zu dokumentieren. Das ist alles gut und wunderbar. Aber diese Entwicklung kam, um den echten Kampf zu ersetzen, um die Richtung vorzugeben und zu bestimmen, was erlaubt ist und was nicht. Ich habe eine radikale und eindeutige Einstellung in Bezug auf die Frage dieser Organisationen: Im Endeffekt sollen sie die Umsetzung und Orientierung des Kampfes vorgeben und zwar in die Richtung, die der Geldgeber erlaubt. Die Organisationen dürfen eine gewisse Grenze nicht überschreiten. Auch wenn sie manchmal radikaler oder militanter wirken, im Endeffekt halten sie sich an diese Grenzen.<sup>17</sup>

Diese Kritik gegenüber von ausländischen Geberorganisationen geförderten NGOs ist seit einigen Jahren auch in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens verbreitet.<sup>18</sup> Dort erhält das so genannte *foreign funding* dadurch zusätzliche Brisanz, dass es unter dem Generalverdacht steht, der Durchsetzung einer politischen „Normalisierung“ mit Israel zu dienen.<sup>19</sup>

### Synergien und Potentiale

Es ist insgesamt wenig sinnvoll, die palästinensischen Parteien und NGOs in Israel als Konkurrenten zu betrachten, da ihre Stärken und Schwerpunkte anders gelagert sind. Zumindest für die im Parlament vertretenen Parteien gilt beispielsweise, dass sie über direkte Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse, Gesetzgebungsverfahren und Kontrollgremien verfügen, die NGOs nicht zugänglich sind. Parteien weisen darüber hinaus ein spezifisches Mobilisierungspotential – durch Wahlen, aber auch durch Medien vermittelt – auf und sind dadurch finanziell weniger von ausländischen Geldgebern abhängig als NGOs. Die Kehrseite der Parteienlandschaft mit ihrer Fragmentarisierung und internen Grabenkämpfen, den alten Kaderstrukturen sowie den klaren Grenzen parlamentarischer Arbeit, ist für die junge Generation palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten wenig attraktiv, weshalb sie sich eher im NGO-Sektor engagiert.

Die internationale Anbindung der NGO-Szene, ihre thematische und inhaltliche Flexibilität sowie die Möglichkeit, Dienstleistungsangebote mit politischer *advocacy*-Arbeit zu verbinden, füllen wichtige Lücken im politischen Spektrum aus, was von den Parteien nicht geleistet werden kann. Parteien und

NGOs sind also eher als komplementäre Akteure zu betrachten, die sich in gewisser Weise gegenseitig benötigen.

Nabila Espanioly von *Tufula*, die sowohl parteipolitisch als auch in der NGO-Szene aktiv ist, betonte im Gespräch diesen komplementären Charakter der NGOs, nicht ohne jedoch auch auf die Schwäche der politischen Parteien hinzuweisen:

Ich glaube nicht, dass die NGOs [die politischen Herausforderungen alleine bewältigen können; K.H.]. Ich glaube, ohne politische Arbeit und ohne die Parteien, ohne politische Aktivitäten, wird das nicht richtig was. Wie wir gesehen haben, hat die Mehrheit der NGOs im *Oktober* wie gelähmt da gestanden. Sie haben nichts gemacht. (...) Nur die sehr spezifizierten NGOs konnten direkt intervenieren. Das waren *Adalah* mit dem Gefängnis, *I'lam* mit den Medien, *Mossawa* mit den Lobby-Aktivitäten, sonst nichts. (...) Ich glaube nicht, dass die NGOs [die politische Arbeit; K.H.] alleine machen können, sie verfügen nicht über die Infrastruktur, um das zu schaffen. Aber die Parteien auch nicht, das ist mein anderes Problem. Auch unsere Parteien waren [im Umgang mit den *Oktober-Unruhen*; K.H.] wie gelähmt.<sup>20</sup>

Kritiker von NGOs, die vor allem auf deren eingeschränkte Möglichkeiten der Massenmobilisierung setzen, blenden die Relevanz einer „Politik der kleinen Schritte“ bzw. der Eröffnung oder Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten zu sehr aus. Gerade dort liegt aber eine klare Stärke der NGOs.<sup>21</sup>

Interessanterweise war es im Untersuchungszeitraum gerade der Parlamentarier Azmi Bishara, dessen Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Palästinenserinnen und Palästinenser bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer nationalen Differenz dazu beitrug, eine Klammer zwischen NGOs und parlamentarischer Partearbeit zu bilden. Als ein Ansatz, der sowohl im NGO-Sektor als auch von anderen politischen Parteien aufgegriffen und teilweise adaptiert wurde, ist nicht auszuschließen, dass sich darüber möglicherweise ein stärker komplementär ausgerichteter Diskurs zwischen NGOs und politischen Parteien herausbilden wird.

### Anmerkungen

- 1 Interview mit Ismail, Haifa, 2001.
- 2 Interview mit Espanioly, Nazareth, 2001.
- 3 Vgl. Interview mit Farah, Haifa, 2001.

- 4 Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 5 Interview mit Ameer Makhoul, Haifa, 2001.
- 6 Vgl. Interview mit Zeidan, Nazareth, 2001.
- 7 Vgl. Ghanem/Zaidan, 2000; Interview mit Zaidan, Haifa, 2001.
- 8 Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 9 Vgl. Global Policy Forum, Advocacy Net vom 10.04.2003.
- 10 Vgl. Ittijah Newsletter Nr. 4, 23.05.2003.
- 11 Besonders in die Kritik geraten war in Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen zur *Nakba* im Jahr 2001 eine Veranstaltung zur Erinnerung an die Eroberung der Stadt Haifa durch die zionistischen Streitkräfte am 22. April 1948. Anlässlich dieses Tages organisierte eine Gruppe eine Demonstration, um an das „arabische Haifa“ vor der israelischen Staatsgründung zu erinnern. Mit Schildern, auf denen die ehemals arabischen Straßennamen standen, forderte die Demonstrantengruppe die Rückbenennung der hebräischen in die arabischen Namen. Angesichts der massiven Probleme, die es in der Westbank, im Gazastreifen und innerhalb Israels gebe, kritisierten andere Aktivistinnen und Aktivisten diese Aktion als reine Selbstdarstellung, aus der die palästinensische Gesellschaft keinen Nutzen ziehen könne.
- 12 Interview mit Deeb, Haifa, 2001.
- 13 Vgl. Interview mit Saleh, Haifa, 2001.
- 14 Vgl. ebd.
- 15 Bishara 1998b, S. 6. Azmi Bishara ist Mitbegründer des Forschungsinstituts *Muwatin – The Palestinian Institute for the Study of Democracy* mit Sitz in Ramallah; vgl. dazu Kapitel 8.2. In Nazareth gründete er den Kulturverein *Arab Cultural Association*, vgl. Kapitel 13.4.
- 16 Interview mit Issam Makhoul, Haifa, 2001.
- 17 Ebd.
- 18 Für die Westbank und den Gazastreifen hat Rema Hammami die Entwicklung der linken politischen Bewegung zu einer projektorientierten NGO-Szene analysiert; vgl. Hammami 1995.
- 19 Zu Normalisierung siehe Kapitel 6, Endnote 90.
- 20 Interview mit Espanioly, Nazareth, 2001.
- 21 Vgl. ebd.



## **16. Zusammenfassung: Palästinensische NGOs zwischen lokalem Handeln und translokaler sowie transnationaler palästinensischer Identität**

Die vorliegende Studie zeigt, dass sich im organisatorischen Rahmen zivilgesellschaftlicher Einrichtungen unter den spezifischen Bedingungen der 1990er Jahre eine palästinensische ethnopolitische Bewegung konstituierte, in der NGOs eine zentrale Rolle spielten. Die strukturelle Diskriminierung der politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Rechte der palästinensischen Minderheit wurde nicht mehr, wie in der Vergangenheit üblich, toleriert bzw. nur von kleinen, marginalen Aktivistengruppen angeprangert. Vielmehr hat die Intensität, mit der sich die palästinensische Zivilgesellschaft im besagten Zeitraum entwickelte und die Errungenschaften, die ihre einzelnen Akteure erzielten, sie zu einer Art palästinensischer Gegenöffentlichkeit werden lassen, mit der sich sowohl der israelische Staat als auch die israelische Gesellschaft zunehmend auseinandersetzen mussten und müssen.

Institutionell zeigte sich die zivilgesellschaftliche Entwicklung in einer verstärkten Selbstorganisation in Form von politischen Parteien, Vereinen und NGOs, die sich für die Interessen der palästinensischen Minderheit engagierten. Besonders deutlich war dies im palästinensischen NGO-Bereich, wo die überwiegende Mehrheit der rund 1000 registrierten Organisationen in den 1990er Jahren gegründet wurde. Neben der quantitativen Zunahme des palästinensischen NGO-Sektors veränderte sich dieser auch mit Blick auf die inhaltlichen Themenschwerpunkte sowie auf Struktur und Strategien. Inhaltlich rückten neben den Bereichen Rechtsberatung und Lobbyarbeit Themen wie Bewahrung und Vermittlung arabisch-palästinensischer Kultur, Erinnerungspraktiken sowie Forderungen der internen Flüchtlinge und der nicht anerkannten Dörfer in den Mittelpunkt ethnopolitischen Handelns. Aufgrund der Angst vor staatlichen Sanktionen war die Artikulation solcher Belange lange Zeit tabu und wurde von Seiten der palästinensischen Zivilgesellschaft nur sehr zurückhaltend praktiziert.

Die neue Generation der NGOs unterschied sich merklich von den eher wohltätigkeitsorientierten Dorfvereinen, die das palästinensische Vereinsleben bis in die 1980er Jahre charakterisiert hatten. Sie zeichneten sich durch einen hohen Grad inhaltlicher Diversifizierung aus, betrieben Büros hauptsächlich in urbanen und semi-urbanen Zentren und waren international vernetzt. Beratungsstellen für Frauen und feministische Frauenorganisationen spielten dabei

eine zentrale Rolle. Finanziert wurden die Organisationen weitgehend im Rahmen internationaler Zusammenarbeit von ausländischen Geberorganisationen und Einrichtungen. Dazu zählten auch die *EU* sowie Stiftungen wie der *New Israel Fund (NIF)*, der hauptsächlich von Jüdinnen und Juden aus den USA und Europa getragen wird. Aufgrund umfangreicher Lobby- und Informationsarbeit innerhalb Israels, aber auch international, erreichten die Aktivistinnen und Aktivisten, dass die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel – zuvor ein eher untergeordnetes Thema in der internationalen Zusammenarbeit und Menschenrechtsarbeit – auf die Agenden relevanter Institutionen gesetzt wurde.

Als besonders charakteristisch für die palästinensische Zivilgesellschaft stellte sich die Verknüpfung einer primär lokalen, auf Israel beschränkten Ausrichtung ethno-politischer Aktivitäten bei gleichzeitig stark akzentuierter translokaler und transnationaler palästinensischer Identität heraus. Damit fungierte die palästinensische Zivilgesellschaft gegenüber Israel als Vermittlerin jener Identität, die in der offiziellen Selbstdarstellung des Staates ausgeklammert wurde und wird. Darüber hinaus implizierten die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten noch einen zweiten Aspekt: Sie kommunizierten die Erfahrungen und Interessen der palästinensischen Bevölkerung Israels gegenüber den palästinensischen Bevölkerungsgruppen in anderen (nationalen) Kontexten. Denn auch im dominanten palästinensischen Diskurs war die spezifische Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft lange Zeit marginalisiert worden.

### **16.1 Der israelisch-palästinensische Friedensprozess als Katalysator palästinensischer zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation in Israel**

Kulisse und gleichzeitig Katalysator dieser zivilgesellschaftlichen Entwicklungen war der 1991 mit der Madrid-Konferenz eingeleitete israelisch-palästinensische Friedensprozess, auf den die palästinensische Gesellschaft und Zivilgesellschaft in Israel mehrheitlich ausgesprochen positiv reagierte. Skepsis formulierten anfänglich lediglich einige Anhängerinnen und Anhänger nationaler und islamischer Gruppierungen. Mit dem Friedensprozess verbanden die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel den Wunsch auf ein Ende der Besatzung und die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina. Gleichzeitig erhofften sie sich von der Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine Verbesserung ihrer eigenen Situation als Minderheit im Land, und zwar in Richtung einer tatsächlichen Gleichberechtigung als israelische Staatsbürge-

rinnen und Staatsbürger. Diese Auffassung basierte auf der zu dieser Zeit dominanten Überzeugung, dass die Diskriminierung der in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser eine Art Nebenprodukt des übergeordneten israelisch-palästinensischen Konfliktes darstelle, das mit der Lösung desselben auch verschwinden würde.

Beinahe von Anfang an kritisch reflektiert wurde dagegen ihre fehlende Einbeziehung in den israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess, auch wenn vor allem von kommunistischer Seite anfänglich noch die Hoffnung geäußert wurde, dass die *PLO* sie in den Verhandlungen adäquat vertreten würde. Erst als sich herausstellte, dass die *PLO* nicht nur zu keinem späteren Zeitpunkt Vertreterinnen und Vertreter der palästinensischen Minderheit in die Verhandlungen einbeziehen sollte, sondern es 1993 zur gegenseitigen Anerkennung von *PLO* und Israel kam, ohne dass der Status der Minderheit zur Disposition gestanden hätte, begriffen die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel, dass ihre Situation in den Verhandlungsszenarien nicht vorkam.

Das seit der Gründung der *PLO* ambivalente Verhältnis dieser zur palästinensischen Bevölkerung Israels setzte sich in den 1990er Jahren fort, da auch die 1994 eingesetzte *Palästinensische Autonomiebehörde (PA)* keine Strategie entwickelte, um die Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus in ökonomischer, soziokultureller und politischer Hinsicht auszubauen und zu institutionalisieren. Stattdessen behielten die Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft auch während des Friedensprozesses die marginalisierte Rolle, die sie in der palästinensischen Nationalbewegung eingenommen hatten. Ihnen wurde die Aufgabe übertragen, über die Mechanismen des israelischen politischen Systems – insbesondere über Wahlen – zu einer *PLO/PA*-freundlichen Ausrichtung der israelischen Politik beizutragen. Um dies zu gewährleisten, versuchte die palästinensische Führung in den Autonomiegebieten seit den 1990er Jahren über diverse Interventionen Einfluss auf die politische Partizipation der palästinensischen Minderheit in Israel zu nehmen. Im Mittelpunkt stand ihr Drängen auf die Wahl der *Labor Party*, ohne dabei den Umgang der *Labor Party* mit der palästinensischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

## 16.2 Bedingungen palästinensischen ethnopolitischen Handelns in den 1990er Jahren

Diese Situation hatte eine katalytische Wirkung auf das Zusammenspiel jener Faktoren, die die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteure in den

1990er Jahren veranlassten, verstärkt ethnopolitisch aktiv zu werden. Zu diesen Faktoren zählt die Existenz einer ausgeprägten ethnokulturellen palästinensischen Identität, personelle Kapazitäten innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft, inhaltliche Anknüpfungsmöglichkeiten zur Legitimierung von Aktivitäten und Forderungen sowie das Vorhandensein ausreichender ethnopolitischer Handlungsmöglichkeiten in Form zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Obwohl diese Bedingungen teilweise bereits in der Vergangenheit gegeben waren, konnten sie erst in den 1990er Jahren auf eine Weise zusammengeführt werden, die den Handlungsspielraum der palästinensischen Zivilgesellschaft deutlich erweiterte.

### Palästinensische Identität

Vor dem Hintergrund ihrer Marginalisierung im israelisch-palästinensischen Friedensprozess begann innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels eine verstärkte Auseinandersetzung mit ihrem Selbstverständnis, mit Aspekten kollektiver Identität sowie ihrer Stellung als palästinensische Minderheit, die zukünftig nicht in einem palästinensischen Staat leben würde, sondern weiterhin in dem sich als jüdisch definierenden Staat Israel. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm diese Auseinandersetzung an Intensität zu, als sich abzeichnete, dass die im Zuge des Friedensprozesses erhoffte Gleichberechtigung und Integration der Minderheit in den israelischen Staat und die Gesellschaft ausblieb und sich die Situation der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger kaum verbessert hatte. Die Erfahrung der Fortsetzung politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Benachteiligung vergrößerte die gesellschaftliche Spaltung zwischen der palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung und führte auf palästinensischer Seite zu einer verstärkten Orientierung auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen. Damit rückten der Aufbau und die Organisation der palästinensischen Minderheit in den Mittelpunkt zivilgesellschaftlichen Handelns, wie das in dieser Zeit deutlich intensiviertere zivilgesellschaftliche Engagement veranschaulichte. Gleichzeitig nahm die Anzahl jüdisch-palästinensischer Gemeinschaftsprojekte und Kooperationen kontinuierlich ab.

Allerdings konnte die vorliegende Untersuchung auch zeigen, dass in Zeiten politischer Krisen die Stärkung kollektiver Identität auch zu tendenzieller Homogenisierung und damit zur Negation von Vielfalt sowie zur Schwächung und Ausgrenzung alternativer oder konkurrierender Interessen führen kann. Dies wurde mit Blick auf die Arbeit und Ziele feministischer Frauenorganisationen exemplarisch herausgearbeitet.

Abgesehen von den konkreten Erfahrungen innerhalb Israels wurde die zunehmende Akzentuierung palästinensischer Identität in dieser Zeit durch palästinensische Translokalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse unterstützt: Die infolge des Friedensprozesses neu entstandenen Kontaktmöglichkeiten in die Westbank (und in geringerem Maße auch in den Gazastreifen) nutzten die Aktivistinnen und Aktivisten, um translokale zivilgesellschaftliche Beziehungen aufzubauen bzw. zu intensivieren. Die Gelegenheit, zudem an Veranstaltungen arabischer Organisationen auf regionaler Ebene teilzunehmen, trug zur Integration palästinensischer zivilgesellschaftlicher Akteure aus Israel in die transnational organisierten palästinensischen und arabischen Netzwerke bei.

### Personelle Kapazitäten

Die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen wurden von einer Gruppe palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten getragen, deren Handlungsbereitschaft und Handlungskompetenz sich in mehrfacher Hinsicht von früheren Generationen unterschieden. Zumeist Absolventinnen und Absolventen israelischer oder ausländischer Universitäten waren sie in beruflicher Hinsicht besonders von der strukturellen Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung betroffen. Gleichzeitig bedingte ihr hohes Bildungsniveau die Fähigkeit und Motivation, soziale und politische Veränderungen anzugehen. Die Gründe für ihr politisches Engagement variierten: Während bei einigen vor allem die Erfahrung persönlicher Diskriminierung im Vordergrund stand, gab bei anderen die Enttäuschung über die Arbeit in gemischten jüdisch-arabischen Organisationen den Ausschlag, sich in palästinensischen Organisationen zu engagieren. In den Interviews wurde deutlich, dass viele gemischte Organisationen verlassen hatten, weil sie glaubten, dass dort die bestehenden politischen Machtstrukturen und somit eine entsprechende Diskriminierung der nicht-jüdischen Mitglieder reproduziert würden. Bei anderen Aktivistinnen und Aktivisten war es das Gefühl moralischer Verpflichtung, das sie für die Arbeit in palästinensischen NGOs motivierte. Allen gemeinsam war die Ablehnung des Status quo und die Bereitschaft, sich aktiv für Veränderungen einzusetzen.

Im Unterschied zur Eltern- und Großelterngeneration waren sie sozialisationsbedingt eher in der Lage, das israelische soziale und politische System – und damit auch das System ihrer Diskriminierung und Marginalisierung – zu analysieren und zu kritisieren. Ihre mittlerweile gute Anbindung an die internationale Zivilgesellschaft unterstützte ihre Ambitionen in vielerlei Hinsicht, vor allem aber durch inhaltliche Legitimation und finanzielle Ressourcen.

## Anreize und Frames

Das Zusammenspiel von Identität und Kapazitäten wurde im Untersuchungszeitraum durch die Faktoren Anreize und *Frames* ergänzt. Die Verbesserung und Stärkung von Minderheitenrechten in internationalen Vereinbarungen in den 1990er Jahren verhalf auch den Anliegen und Forderungen der palästinensischen Minderheit in Israel zu größerer Sichtbarkeit, Legitimität und nicht zuletzt Unterstützung. Zusammen mit dem erstarkten Interesse der internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen des Südens zu kooperieren, führte dies dazu, dass Vereinen und Organisationen der palästinensischen Minderheit seit den 1990er Jahren ein bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekanntes Interesse entgegengebracht wurde. Nachdem die palästinensische Zivilgesellschaft in der Westbank und im Gaza-Streifen bereits seit Ende der 1980er Jahre international in großem Umfang gefördert wurde, setzte sich dieser Trend – in abgeschwächter Form und einige Jahre später – bei den palästinensischen Akteuren in Israel fort. Die *Oktober-Unruhen* verstärkten das Interesse internationaler Akteure an dem innerisraelischen Konflikt weiter, sodass neue Projektkooperationen begonnen und bisherige ausgebaut werden konnten.

Dass durch diese Entwicklungen nicht nur ein konzeptioneller Legitimationsrahmen, in den palästinensisches ethno-politisches Engagement inhaltlich eingebunden werden konnte, sondern auch ein Zugang zu Fördermitteln gegeben war, trug dazu bei, dass der palästinensische NGO-Sektor in dieser Zeit spürbar an Stärke zunahm.

## Politische Möglichkeiten

Die rechtsstaatliche Grundstruktur des israelischen Staates bot der palästinensischen Minderheit in den 1990er Jahren sowie in den Jahren 2000-2003 Raum für zivilgesellschaftliches und gewaltfreies ethno-politisches Handeln. Nachdem frühere zivilgesellschaftliche Ansätze durch die Folgen des ersten israelisch-arabischen Krieges vollständig zerstört worden waren, konnte mit der Aufhebung der Militärverwaltung 1966 sukzessive eine palästinensische Zivilgesellschaft entstehen. Das seit 1980 geltende israelische Vereinsgesetz garantiert relativ stabile Strukturen sowie einen gesicherten Rahmen für diese Art zivilgesellschaftlichen Engagements. Dieses Gesetz ist – gerade im Vergleich zu anderen nahöstlichen Vereinsgesetzen – insofern liberal, als dass es nur wenige inhaltliche Vorgaben formuliert und zudem allen Vereinen das Recht ein-

räumt, gegen die Entscheidungen der zuständigen Behörden gerichtlich Einspruch zu erheben.

Allerdings zeigte die Umsetzung des Gesetzes eine deutliche Benachteiligung der palästinensischen Organisationen. Rechtliche Grauzonen wurden häufig zu Ungunsten palästinensischer Institutionen ausgelegt und Entscheidungen basierten vielfach auf dem Gutdünken des zuständigen Registrators, dem ein angespanntes Verhältnis zu palästinensischen Organisationen nachgesagt wurde. Aufgrund der zu dieser Zeit vorhandenen professionellen anwaltschaftlichen Unterstützung durch palästinensische Rechtsberatungsorganisationen gelang es den palästinensischen Vereinen jedoch, zunehmend erfolgreicher gegen diese Diskriminierung vorzugehen und ihre Rechte durchzusetzen.

Insgesamt setzte der ethnokratische Charakter des israelischen Systems den palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteuren klare Grenzen. Konnte Kritik am Dominanzsystem öffentlich geäußert werden, so waren Ansätze, die auf eine Transformation des politischen Systems abzielten, nur bedingt zulässig. Am Beispiel Azmi Bisharas wurde verdeutlicht, dass Aktivistinnen und Aktivisten in diesem Fall mit Sanktionen des Staates rechnen mussten. Deshalb unterlagen auch grenzüberschreitende translokale und transnationale Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus – von einigen kurzzeitigen Ausnahmen abgesehen – besonderer staatlicher Kontrolle.

### **16.3 Lokales ethnopolitisches Handeln der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel im Kontext palästinensischer Translokaltät und Transnationalität**

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse kann die Rolle palästinensischer Translokaltät und Transnationalität für die Gestaltung ethnopolitischer Aktivitäten näher ausgeführt werden. Dabei erscheinen folgende zwei Fragen relevant:

1. Inwieweit spielten palästinensische translokale und transnationale Beziehungen für die Gestaltung der palästinensischen Zivilgesellschaft in Israel eine Rolle?
2. Welche Bedeutung hatte der palästinensische Staatsbildungsprozess auf der anderen Seite der *Grünen Linie* für die kollektive Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel?

Rolle der palästinensischen translokalen und transnationalen Beziehungen für die Gestaltung der Zivilgesellschaft

Die Studie hat gezeigt, dass die palästinensische Zivilgesellschaft im Untersuchungszeitraum vor allem Ausdruck der spezifischen Situation der palästinensi-

schen Minderheit in Israel war. Die zivilgesellschaftlichen Akteure positionierten sich in Diskurs und Praxis deutlich lokal, was hier bedeutet, dass sie sich in ihren Aktivitäten und Forderungen primär auf den innerisraelischen Kontext bezogen und ihr Handeln aus ihren Rechten als israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ableiteten. Ihr Gegenüber waren in erster Linie die israelischen staatlichen Institutionen sowie die israelische Öffentlichkeit.

Gleichzeitig wurde diese überwiegend lokale Ausrichtung durch transnationale, vor allem aber durch translokale palästinensische Beziehungen und Bezugsmuster ergänzt. Auch wenn bereits seit 1967 palästinensisch-palästinensische Beziehungen über die *Grüne Linie* hinaus existiert haben, vergrößerte sich deren Handlungsspielraum und damit auch deren Einflusspotential durch die veränderte politische Lage in den 1990er Jahren signifikant. Mit der gegenseitigen Anerkennung von Israel und der *PLO* verringerte sich die israelische staatliche Kontrolle der Beziehungen zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern von beiden Seiten der *Grünen Linie*. Damit wurden intensive grenzüberschreitende Beziehungen, die neue soziale, und insbesondere zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge entstehen ließen, nicht nur ermöglicht, sondern vor allem legal und legitim. Zumindest für einige Jahre – denn nach den *Oktober-Unruhen* im Jahr 2000 wurden die Kontaktmöglichkeiten über die *Grüne Linie* hinaus wieder stark eingeschränkt – entstand so eine palästinensische Translokalität, die über eine kognitive Verbindung hinausging und tatsächlich direkte persönliche Treffen ermöglichte. Für den palästinensischen NGO-Sektor in Israel bedeutete dies erstmalig die Möglichkeit, mit palästinensischen Organisationen aus der Westbank und aus dem Gazastreifen in Projekt- und Forschungszusammenhängen, bei Kulturveranstaltungen und Erinnerungsritualen, bei Trainingsmaßnahmen sowie im Bereich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zusammenzuarbeiten. Allerdings wurden diese Kooperationen und Koalitionen zumeist projektspezifisch gebildet und konnten in den meisten Fällen über die Projektlaufzeit hinaus nicht institutionalisiert werden.

Einer der wenigen Bereiche, in denen sich translokale und auch transnationale palästinensische Beziehungen institutionalisieren konnten, waren die Flüchtlingsorganisationen. Vor dem Hintergrund der Marginalisierung der Flüchtlingsinteressen im Kontext des Friedensprozesses konstituierten sich palästinensische Flüchtlingsorganisationen aus unterschiedlichen Ländern zu einer translokal und transnational agierenden Flüchtlingsbewegung. Daran beteiligten sich auch Organisationen der internen palästinensischen Flüchtlinge



in Israel. Die Organisationen verband die Forderung nach dem Rückkehrrecht der Flüchtlinge entsprechend der *UN-Resolution 194* von 1948. Mit dieser Forderung positionierten sie sich im Spannungsverhältnis zu der offiziellen Verhandlungsposition der *Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)*, die sich im Verlauf des Verhandlungsprozesses wiederholt zu Konzessionen in dieser Frage bereit erklärt hatte. Gemeinsame Konferenzen, die Erstellung von Datenbanken zu den zerstörten Dörfern, Erinnerungsarbeit in Form von Projekten in mündlicher Geschichte sowie translokal und transnational organisierte Erinnerungs- und Protestveranstaltungen am israelischen Unabhängigkeitstag und am *Nakba*-Tag waren Ausdruck grenzüberschreitender translokaler und transnationaler palästinensischer Organisation und Identität.

Diese palästinensisch-palästinensischen Beziehungen trugen insgesamt zum Abbau von Fremdheit und Unverständnis zwischen den beiden Gruppen bei, die durch jahrzehntelange räumliche sowie politisch-administrative Trennung entstanden waren. Über die graduell unterschiedlichen, aber dennoch korrespondierenden Erfahrungen von Unterdrückung, Demütigung, Gewalt, Enteignung sowie Zerstörung, wurden die Verbindungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Akteure gestärkt. Die neuen Handlungszusammenhänge erleichterten gerade den Palästinenserinnen und Palästinensern in Israel die in der Vergangenheit häufig schwierige Anbindung an die, um den Ethnologen Thomas Zitelmann zu zitieren, „(...) große Erzählung palästinensischer Einheit, verbunden mit der Forderung nach kollektiver Loyalität und Solidarität.“<sup>1</sup>

Es ist diese Mischung aus Nähe und Distanz zu anderen palästinensischen Gruppen, aus lokalem Handeln einerseits und translokalen sowie transnationalen Einflüssen andererseits, über die sich die palästinensische Zivilgesellschaft in Israel konstituiert. Allerdings lässt sich im Hinblick auf die vorliegende Untersuchung zusammenfassen, dass die lokalen Bedingungen und Möglichkeiten die palästinensische Zivilgesellschaft in weitaus höherem Maße prägen als die translokalen und transnationalen Faktoren. Obwohl diese insbesondere auf der kognitiven Ebene wichtig sind, sind sie zu fragil, zu sehr abhängig von der politischen Lage und von der staatlichen Kontrolle und Handhabung, dass sie tatsächlich eine konstituierende Rolle spielten. Es ist vielmehr ihre spezifische Situation in Israel – als einheimische Bevölkerung und Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – sowie ihre spezifischen Möglichkeiten, die sich aus der rechtsstaatlichen Struktur des Staates sowie ebenfalls aus der Staatsbürgerschaft ableiten, die primär die Aktivitäten und Zielsetzungen der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Akteure bestimmen.

## Bedeutung des palästinensischen Staatsbildungsprozesses für die kollektive Identität der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel

Die Forderung nach der Gründung eines souveränen Staates Palästina war über Jahrzehnte die zentrale Forderung palästinensischer politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen weltweit. Auch auf der politischen Agenda der palästinensischen Bevölkerung in Israel war dieser Forderung immer höchste Priorität eingeräumt worden und entsprechend positiv war ihre Reaktion auf den im Kontext des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses in den 1990er Jahren eingeleiteten Staatsbildungsprozess. Es war die Hoffnung auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt und auch auf eine Art Entschädigung für jene Menschen, die mehr als 30 Jahre unter israelischer Besatzung leben mussten, die die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel mit einem palästinensischen Staat verbanden.

Nach anfänglicher Euphorie mischten sich unter die zustimmende und unterstützende Haltung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel aber auch nachdenkliche Töne. Ihre eindeutige Ablehnung, die eigene Zukunft in dem palästinensischen Staat verorten zu wollen, schloss sie kategorisch von der Teilnahme am nationalen palästinensischen Projekt aus. Das sich in den 1990er Jahren abzeichnende Szenario der Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel als *non-citizens co-nationals* – zugehörig zur palästinensischen Nation einerseits und ausgeschlossen von der Umsetzung des nationalen palästinensischen Projektes in Form des Staates andererseits – offenbarte eine Ambivalenz, die in den 1990er Jahren sowie in den ersten Jahren des 3. Jahrtausends die politischen Debatten dominierte und in beschriebenen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen mündete. Die Befürchtung, dass es durch die Staatsbildung zu einer weiteren Marginalisierung palästinensischer Interessen außerhalb der Westbank und des Gazastreifens kommen könnte, hing zu dieser Zeit wie ein Damoklesschwert über ihnen. Besonders der Politiker Azmi Bishara und die von ihm Mitte der 1990er Jahre gegründete Partei *National Democratic Alliance (NDA)* versuchten diese Ambivalenz aufzulösen, indem sie davor warnten, die palästinensische nationale Frage auf die Westbank und den Gazastreifen zu reduzieren. Stattdessen zog mit der *NDA* 1996 erstmals eine Partei in die *Knesset* ein, die die Forderung nach gleichen Bürgerrechten mit der Anerkennung als palästinensische nationale Minderheit verknüpfte. Die Forderung nach kultureller Autonomie nahm dabei einen zentralen Stellenwert ein. Der An-

spruch auf Integration der palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in die offizielle Selbstdarstellung des Staates Israels, wie es unter dem Motto „Israel als Staat all seiner Bürger“ von der Partei gefordert wurde, bildete schließlich die diskursive Grundlage zahlreicher Debatten und Aktivitäten, die die Entwicklungen der palästinensischen Zivilgesellschaft in dieser Zeit charakterisierten.

Auch wenn es angesichts der Tatsache, dass die Gründung eines palästinensischen Staates noch nicht stattgefunden hat, ein wenig spekulativ sein mag, Aussagen über das Verhältnis der palästinensischen *non-citizens co-nationals* zum palästinensischen Staat zu machen, so kann im Hinblick auf die ersten Jahre des palästinensischen Staatsbildungsprozesses folgendes zusammengefasst werden: Die Errichtung eines palästinensischen Staates wird die strukturellen Probleme der palästinensischen Minderheit in Israel nicht lösen. Die Auseinandersetzungen um gleiche individuelle staatsbürgerliche Rechte und kollektive nationale Rechte können allein im innerisraelischen Kontext ausgehandelt werden. Den Interviewaussagen zufolge räumen die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel dem Staat hauptsächlich eine Bedeutung mit Blick auf die auf seinem Gebiet ansässigen Menschen ein. Mit Blick auf ihre eigene Situation in Israel hoffen sie, dass die Existenz eines palästinensischen Staates ihren Anspruch auf Anerkennung als nationale Gruppe aufwerten und auch international weiter legitimieren wird. Zudem wird der zukünftige palästinensische Staat als Instanz des Schutzes und der Zuflucht wahrgenommen.

#### 16.4 Schlussfolgerungen für die Konfliktbearbeitung

Die palästinensischen ethno-politischen Aktivitäten innerhalb Israels verweisen auf eine ganze Bandbreite von Konfliktlinien, die alle um die Frage nach der Stellung der palästinensischen Minderheit innerhalb des sich als jüdisch definierenden Staates kreisen. Die Intensivierung der ethno-politischen Aktivitäten seit den 1990er Jahren unterstreicht die Dringlichkeit der Auseinandersetzung und Bearbeitung dieser Konfliktlinien. Sie verdeutlichen, dass Konfliktbearbeitungsansätze, die sich im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konfliktes ausschließlich auf die Bearbeitung des Territorialkonfliktes um die Westbank, den Gazastreifen und um Ost-Jerusalem beschränken, zu kurz greifen. Vielmehr müssten, um zu einer nachhaltigen Befriedung des Konfliktes beizutragen, auch die anderen in Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt entstandenen Teilkonflikte sowie die anderen betroffenen palästinensischen Gruppen – insbesondere die Flüchtlinge und die palästinensische Be-

völkerung Israels – in Betracht gezogen werden. Eine solche umfassende Auseinandersetzung, wie sie beispielsweise der israelische Politikwissenschaftler Ilan Pappé fordert,<sup>2</sup> müsste entsprechend die Umstände der israelischen Staatsgründung von 1948 berücksichtigen. Dagegen setzen alle bisherigen Friedensinitiativen erst bei den Folgen des Sechs-Tage-Krieges von 1967 an, womit die Hintergründe der Staatsgründung – und damit auch das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge des ersten Nahostkrieges sowie der palästinensischen Nicht-Flüchtlinge innerhalb Israels – kategorisch ausgeklammert werden.

Ein sehr großer Teil der in dieser Arbeit dargestellten ethnopolitischen Aktivitäten der Palästinenserinnen und Palästinenser dreht sich im Kern genau um die in der offiziellen Selbstdarstellung des israelischen Staates verdrängten Ereignisse von 1948 und um darauf basierende Folgekonflikte: um die Vertreibung aus den Dörfern und Städten, um die Zerstörung hunderter arabischer Dörfer und landwirtschaftlicher Nutzflächen, um den Entzug der Lebensgrundlage der bis zu dieser Zeit mehrheitlich agrarischen Gesellschaft, um die Transformation einer indigenen Mehrheitsbevölkerung zu einer geduldeten „Minderheit im eigenen Land“ und schließlich um die Demütigungen von Militäradministration, Marginalisierung und Diskriminierung als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zweiter Klasse.

Neben zahlreichen partikularen Zielsetzungen, die den unterschiedlichen Handlungsfeldern der zivilgesellschaftlichen Akteure entsprechen, verbindet die palästinensische Zivilgesellschaft folgende Forderungen: die Anerkennung der palästinensischen Bevölkerung als indigene und legitime Bevölkerung des Landes, deren Existenz auch in politischen Krisensituationen nicht durch die Androhung des „Transfers“ in Frage gestellt wird; die Übernahme der politischen und moralischen Verantwortung von Seiten des Staates für die in Zusammenhang mit der israelischen Staatsgründung erlebten Traumata der palästinensischen Bevölkerung sowie die Umsetzung entsprechender politischer Konsequenzen; die Integration der palästinensischen Bevölkerung in Staat und Gesellschaft auf der Grundlage eines integrativen staatlichen Selbstverständnisses; die Gewährleistung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung einschließlich der Anerkennung der ethnonationalen Differenz der palästinensischen Bevölkerung, die ggf. durch Autonomiearrangements in gesellschaftlichen Teilbereichen organisiert wird.

Die Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft im Untersuchungszeitraum bedeutet vor allem, dass diese Forderungen in der politischen Auseinandersetzung an Sichtbarkeit und Präsenz gewinnen konnten. Obwohl dies in ge-

wisser Weise das antagonistische Verhältnis zwischen Staat und Minderheit verstärkte und damit teilweise auch Konflikt eskalierend wirkte, erreichten die palästinensischen Akteure, dass diese Themen in die gesellschaftspolitische Debatte in Israel sowie international Eingang finden konnten.

### 16.5 Relevanz der Studie für die Forschung zu Zivilgesellschaft sowie zu Translokaltät und Transnationalismus

Aus der vorliegenden Studie zu Formen und Funktionen palästinensischer NGOs in Israel lassen sich folgende Aussagen für die Forschungsbereiche Zivilgesellschaft sowie Translokaltäts- und Transnationalismusforschung ableiten:

#### Zivilgesellschaft als Forum ethnpolitischen Handelns

Für die Zivilgesellschaftsdebatte ist insbesondere der Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlicher Organisation und ethnpolitischem Handeln interessant. Wie die Fallstudie gezeigt hat, findet ethnpolitisches Handeln häufig im organisatorischen Rahmen zivilgesellschaftlicher Einrichtungen Anwendung. Neben politischen Parteien werden insbesondere NGOs als Foren für Widerstand und gewaltfreien Protest genutzt. Bei Konfliktszenarien mit ethnpolitischer Prägung können Zivilgesellschaften bzw. Teile von Zivilgesellschaften in hohem Maße ethnisch bzw. ethnozentrisch organisiert sein. Sowohl aufgrund ihres legalen Status' als registrierte Vereine als auch durch ihre Fähigkeit zur Akquirierung internationaler Fördermittel bieten sich NGOs als Akteure ethnpolitischen Handelns an. Mit Hilfe der Fördermittel können Handlungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten erweitert und gestärkt werden. Die Stärkung bestimmter zivilgesellschaftlicher Gruppen in ethnpolitischen Konflikten kann allerdings auch eskalierende Wirkung haben und den Antagonismus zwischen den Konfliktgruppen bzw. zwischen Zivilgesellschaft und Staat vertiefen.

Die durch *frames* legitimierte und durch externe Gelder auch finanziell mögliche Gründung „eigener“ ethnischer Organisationen kann zudem die Distanzierung von „gemischten“ konfliktgruppenübergreifenden Zusammenhängen erleichtern, was in der Folge eine Beschleunigung der Dissoziation konfligierender Bevölkerungsgruppen implizieren und auch Konflikt eskalierende Wirkung haben kann. Von Seiten der Konfliktforschung wird allerdings auf die Notwendigkeit hingewiesen, in asymmetrischen Konflikten zunächst die schwächere Seite zu unterstützen und aufzubauen, um diese beispielsweise in die Lage zu versetzen, eigene Interessen adäquat zu artikulieren.<sup>3</sup>

Hinsichtlich der häufig normativ aufgeladenen Diskussion von Zivilgesellschaft ist festzuhalten, dass ethnisch organisierte Gruppen durchaus einen prominenten Platz in Zivilgesellschaften einnehmen. Diese aus der Definition von Zivilgesellschaft auszuschließen, würde deshalb bedeuten, zentrale gesellschaftliche Organisationsmuster und damit die soziale Wirklichkeit der Akteure auszublenden.

### Dominanz der lokalen Situation gegenüber translokalen und transnationalen Beziehungen und Einflüssen

In Bezug auf den Forschungsbereich Translokalität und Transnationalität hat das Fallbeispiel zu palästinensischen NGOs gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Handeln in hohem Maße lokales Handeln ist. Es bezieht sich in seinem Kern auf die lokalen Verhältnisse, auf die im räumlichen und im übertragenen Sinne direkte Umgebung der handelnden Akteure. Neben der spezifischen politischen, sozialen oder ökonomischen Situation, auf die die zivilgesellschaftlichen Gruppen reagieren, gegen die sie protestieren und die sie zu verändern versuchen, sind auch die Möglichkeiten und Rechte, die zivilgesellschaftliches Handeln bedingen, lokal eingebettet.

Für das Wirken von Zivilgesellschaft kann daher festgehalten werden, dass in Anbetracht der deutlichen Dominanz des lokalen Kontexts translokalen und transnationalen Beziehungen eine überwiegend ergänzende Rolle zukommt. Über die grenzüberschreitenden Verbindungen können Identitäten und Motivationen gestärkt und Aktivitäten und Projekte unterstützt werden. Dabei können hilfreiche Synergien entstehen, die die Arbeit im lokalen Kontext fördern und bereichern. Bei der Einschätzung grenzüberschreitender Beziehungen muss zudem in Betracht gezogen werden, dass solche Gruppenbildungen nicht frei von konkurrierenden Interessen sind, die im Zweifel zu Gunsten des „eigenen“, des lokalen Kontextes entschieden werden: Obwohl die *Palästinensische Autonomiebehörde* die palästinensische Bevölkerung Israels im Jahr 2001 zur Wahl der *Labor Party* drängte, entschied diese sich mehrheitlich dafür, die Wahl zu boykottieren und nahm damit die massive Schwächung der *Labor Party* in Kauf. So sehr die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel das Interesse der palästinensischen Bevölkerung auf der anderen Seite der *Grünen Linie* an der Fortführung bzw. Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen teilte – ein Anliegen, das primär mit der *Labor Party* hätte umgesetzt werden können – räumten sie angesichts der damaligen Situation ihren eigenen Interessen Vorrang ein.

## Die besondere Rolle des Staates für die Gestaltung grenzüberschreitender Gruppenbildungsprozesse

Wie das Fallbeispiel gezeigt hat, kommt bei der Gestaltung grenzüberschreitender Beziehungen den staatlichen Institutionen eine entscheidende Rolle zu. Anders als beispielsweise in Europa oder Nordamerika, wo sich aufgrund verhältnismäßig hoher Freizügigkeit zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend zu einer internationalen Zivilgesellschaft vernetzen, kann das für den Nahen und Mittleren Osten nur in eingeschränktem Maße gelten. In einer Region, für die überwiegend restriktive Grenzregime charakteristisch sind, sind grenzüberschreitende Beziehungen nicht nur schwierig zu gestalten, sondern auch wenig stabil und nachhaltig. Weigern sich Staaten, solche Beziehungen zu billigen, ist es in der Regel für zivilgesellschaftliche Akteure nicht möglich, translokale und transnationale Beziehungen aufzubauen. Dies gilt insbesondere unter den Bedingungen ethnopolitischer Konflikte, in denen Staaten besonders restriktiv auf grenzüberschreitende Beziehungen der anderen Konfliktpartei reagieren. Zwar besteht auch in diesem Fall die Möglichkeit, über Treffen in Drittländern bzw. über moderne Kommunikationsmittel grenzüberschreitende Kontakte zu knüpfen und Beziehungen zu führen, hierdurch setzen aber in der Regel keine nachhaltigen und politisch effektiven Gruppenbildungsprozesse ein.

### **Anmerkungen**

- 1 Zitelmann 2004, S. 4.
- 2 Vgl. Pappé 2004b.
- 3 Vgl. Ropers 1995.





## Bibliographie

- ‘Abd al-Fattāḥ, ‘Awaḍ, 1999: At-Tağammu‘ al-Waṭānī ad-Dīmuqrāṭī. Mā hūwa, kaifa našā wa-limāḍā? At-Tağammu‘ al-Waṭānī ad-Dīmuqrāṭī, Dā’irat at-Tatqīf wa-l-I‘lām.
- Abdo, Nahla, 1994: Nationalism and Feminism. Palestinian Women and the Intifada – No Going Back? In: Valentine M. Moghadam (Hg.): Gender and National Identity. Women and Politics in Muslim Societies. London; New Jersey: Zed Books Ltd. Karachi: Oxford University Press, S. 148-174.
- Abdo, Nahla und Ronit Lentin (Hg.), 2002: Women and the Politics of Military Confrontation: Palestinian and Israeli Gendered Narratives of Dislocation. New York; Oxford: Berghahn Books.
- Abu Baker, Khawla, 2003: Auf ungebahntem Weg. Arabische Frauen in politischen Führungsrollen. In: Uta Klein (Hg.): Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 122-138.
- Abu-Nimer, Mohammed, 1999: Dialogue, Conflict Resolution, and Change. Arab-Jewish Encounters in Israel. New York: State University of New York Press.
- Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel, [s.a.]: Fatal Force. A Report on the Circumstances Surrounding the Killing and Injury of Palestinian Citizens of Israel by the Police Forces. Shefaamr: Adalah.
- 1998: Legal Violations of Arab Minority Rights in Israel. Shefaamr: Adalah.
- Albaz, Kher, 1998: Wandel und Krise – Soziale Wohlfahrt für die Negev-Beduinen. In: Elisabeth Biasion: Beduinen im Negev. Vom Zelt ins Haus. Zürich: Verlag Neue Züricher Zeitung, S. 275-288.
- Altvater, Elmar, Achim Brunnengräber, Markus Haake, Heike Walk (Hg.), 1997: Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktionskraft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Amara, Muhammad H., 2000: Israeli Palestinians and the Palestinian Authority (1), In: The Middle East Review of International Affairs (MERIA) 4, 1, S.o.S.
- 1996: The Nature of Islamic Fundamentalism in Israel. In: Terrorism and Political Violence, Vol. 8. Special Issue on Religious Radicalism in the Middle East, S.155-170.

- Appadurai, Arjun, 1996: Sovereignty without Territoriality: Notes for a Post-national Geography. In: Patricia Yaeger (Hg.): *The Geography of Identity*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, S. 40-58.
- 1991: *Global Ethnoscapes: Notes and Queries for a Transnational Anthropology*. In: Richard Fox (Hg.): *Recapturing Anthropology Working in the Present*. Santa Fe, New Mexico: School of American Research Press. Distributed by the University of Washington Press, S.191-212.
- Arab Association for Human Rights, 2005: *By all means possible. A report on the destruction by the state of crops of Beduin citizens in the Naqab (Negev) by means of aerial spraying with chemicals*. Nazareth: Arab Association for Human Rights.
- 2003: *The Right for Muslims to Take Part in Politics. A report on Israel's Arrest and Trial of the Northern Islamic Movement*. Nazareth: Arab Association for Human Rights.
- 2000: *Discrimination Diary vom 24.03.2000*. Nazareth: Arab Association for Human Rights.
- 1998a: *Economic, Social and Cultural Rights*. Nazareth: Arab Association for Human Rights.
- Aruri, Naseer (Hg.), 2001: *Palestinian Refugees. The Right of Return*. London; Sterling: Pluto Press.
- Asaad, Denise, 2000: *Palestinian Educational Philosophy Between Past and Present*. In: *Studies in Philosophy and Education*, 19, S. 387-403.
- Ashkenasi, Abraham, 1992: *Palestinian Identities and Preferences. Israel's and Jerusalem's Arabs*. New York: Praeger.
- 1990: *Opinion Trends among Jerusalem Palestinians*. Policy Studies Leonard Davis Institute for International Relations, 36, Jerusalem.
- Asseburg, Muriel, 2002: *Blockierte Selbstbestimmung. Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsphase*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Assmann, Aleida, 2003: *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: C.H. Beck.
- Assmann, Jan, 1997: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: C.H. Beck.
- Auga, Michèle, 1996: *Der Begriff der Zivilgesellschaft und seine Diskussion in Ägypten*. In: *Orient*, 3, S. 453-464.
- Austin, Alex, M. Fischer, N. Ropers (Hg.), 2004: *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- ‘Awad, Hälid, 2001: Kai lä nansā: 25 ‘āman ‘alā yaum al-arḍ. An-Nāṣira: Maktab an-Nauris li-l-Inmā’ at-Tarbawī.
- Badil Resource Center, 2000: Palestinian Refugees in Exile. Country Profiles: Internally Displaced Palestinians in Israel.
- Bardenstein, Carol B., 1999: Trees, Forests, and the Shaping of Palestinian and Israeli Collective Memory. In: Mieke Bal, Jonathan Crewe und Leo Spitzer (Hg.): Acts of Memory. Cultural Recall in the Present. Hanover/London: University Press of New England, S.148-170.
- Bar-Mor, Hadara, [s.a.]: Non-Profit Institutions. The Legal Situation. Netanya Academic College.
- Bar-On, Dan, 2001: Die „Anderen“ in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Sozialpsychologische Analysen zur kollektiven israelischen Identität. Hamburg: edition Körber-Stiftung.
- Baumgarten, Helga, 2000a: Gleichheit contra Israelisierung. Die arabische Minderheit in Israel. Interview mit dem arabischen Knessetabgeordneten Azmi Bishara. In: INAMO 23/24, S. 39.
- 2000b: Nationaler Befreiungskampf, Friedensprozeß... und immer noch kein Staat. In: INAMO 23/24, S. 9-14.
- 1991: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Beidas, Riad, 2001a: ‘Ayn Hawd and the “Unrecognized Villages”’. An Interview with Muhammad Abu Al-Hayja’ with an Introduction by Rachel Jones. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 30, Nr. 1, S. 39-49.
- 2001b: The “Internally Displaced”: Seeking Return Within One’s Own Land. An Interview with Wakim Wakim. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 30, Nr. 1, S. 32-38.
- Ben-Artzi, Yossi, 1996: Normalization under Conflict? Spatial and Demographic Changes of Arabs in Haifa, 1948-92. In: Middle Eastern Studies, 32, 4 (Oktober), S.281-295.
- Benvenisti, Meron, 2000: Sacred Landscape: The Buried History of the Holy Land since 1948. Berkeley; Los Angeles: University of California Press.
- 1995a: Gleichberechtigung in einem Staat. In: INAMO 3, S. 6-7.
- Berding, Helmut (Hg.), 1994: Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Berndt, Hagen, 1998: Gewaltfreiheit in den Weltreligionen. Vision und Wirklichkeit. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

- Biasio, Elisabeth, 1998: Beduinen im Negev. Vom Zelt ins Haus. Zürich: Verlag Neue Züricher Zeitung.
- Birk, Michaela, 2003: Das Wahlverhalten der palästinensischen Minderheit Israels – Eine Analyse. In: Uta Klein (Hg.): Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel. Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 139-154.
- Bišāra, ‘Azmi, 1998: Al-Ḥiṭāb as-siyāsī al-mabtūr wa-dirāsāt uḥrā. Rāmallāh: Muwāṭin – Al-Mu’assasa al-Filastīniya li-Dirāsāt ad-Dimūqrāṭiyya.
- Bishara, Azmi, 2000: Reflections on October 2000. A Landmark in Jewish-Arab Relations in Israel. In: Journal of Palestine Studies, 30, 3 (Frühling), S.54-67.
- 1998a: Arab Citizens of Palestine. Little to Celebrate. In: Tikkun, Vol.13, Nr. 4, S.14-15, 65.
- 1998b: Surviving Apartheid in a Post Oslo World: Democratic Binationalism as the Key to Palestinian Future. In: The Center for Policy Analysis on Palestine (Hg.): The Legitimacy of Resistance: Options for Palestinian Survival. Washington: The Center for Policy Analysis on Palestine, S. 5-11.
- 1997: Bridging the Green Line. The PA, Israeli Arabs, and Final Status. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 26, Nr. 3, 103, S. 67-80.
- 1996: The Crisis of Arab Leadership: Where is the New Generation? In: Elie Rekhess (Hg.): Arab Politics in Israel at a Crossroads. Papers and Panel Discussion Based on the Proceedings of a Conference held at Tel Aviv University 30-31 October 1994. Tel Aviv: Tel Aviv University, S.41-48.
- Bishara, Suhad und Aida Touma-Sliman, 1997: Personal Status and Family Laws. In: Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.): NGO-Report - The Status of Palestinian Women Citizens of Israel. Submitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July, S. 67-73.
- Blecher, Robert, 2002: Living on the Edge: The Threat of „Transfer“ in Israel and Palestine. In: Middle East Report, 225, S. 22-29.
- Bligh, Alexander 1999: The Intifada and the New Political Role of the Israeli Arab Leadership. In: Middle Eastern Studies, 35, 1, S.134-164.
- Bornstein, Avram S., 2001: Crossing the Green Line between the Westbank and Israel. Philadelphia: University of Pennsylvania Press
- Boym, Svetlana, 2001: The Future of Nostalgia. New York: Basic Books.

- Bradley-Neu, Patricia, 1993: Needs Assessment of Arab Non-Governmental Organisations for an Inter-Agency-Support Mechanism. Shefaamr: The Galilee Society for Health Research and Services.
- Brand, Laurie, 1995: In the Beginning was the State...: The Quest for Civil Society in Jordan. In: August Richard Norton (Hg.): Civil Society in the Middle East, Bd. 1, Leiden; New York; Köln: Brill, S. 148-185.
- Brubaker, Roger, 1997: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Empire. Cambridge: University Press.
- 1993: National Minorities, Nationalizing States, and External National Homelands in the New Europe. Notes toward a Relational Analysis. Wien: Institut für Höhere Studien, Reihe Politikwissenschaft, 11.
- Bruckmüller, Ernst, Sepp Linhart und Christian Mährdel (Hg.), 1994: Nationalismus. Wege der Staatenbildung in der aussereuropäischen Welt. Beiträge zur Historischen Sozialkunde, Beiheft, 4, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Brynen, Rex, 2000: A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington: United States Institute of Peace Press.
- Capotorti, Francesco, 1977: Study on the Rights of Persons Belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities. UN Document E/CN.4/Sub.2/384/Add.1-7.
- Catt, Helena und Michael Murphy, 2002: Sub-State Nationalism. A Comparative Analysis of Institutional Design. London; New York: Routledge.
- Carapico, Sheila, 2000: NGOs, INGOs, Go-NGOs and DO-NGOs. Making Sense of Non-Governmental Organizations. In: The Middle East Report, 30, S. 12-15.
- Chacour, Elias, 1993: Auch uns gehört das Land. Ein israelischer Palästinenser kämpft für Frieden und Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Knecht Verlag.
- Chambers, Simone und Will Kymlicka (Hg.), 2002: Alternative Conceptions of Civil Society. Princeton; Oxford: Princeton University Press.
- Carey, Roane (Hg.), 2001: The New Intifada. Resisting Israel's Apartheid. London; New York: Verso.
- Clark, Janine A., 2004: Islam, Charity, and Activism. Middle-Class Networks and Social Welfare in Egypt, Jordan, and Yemen. Bloomington: Indiana University Press.
- 1995: Islamic Social Welfare Organisations in Cairo. Islamization from Below? In: Arab Studies Quarterly, 17, Nr. 4, S. 11-28.

- Cook, Jonathan und Alexander Key, 2002: *Silencing Dissent. A Report on the Violation of Political Rights of the Arab parties in Israel*. Nazareth: Arab Association for Human Rights.
- Dalal, Jamal, 2003: October 2000. Law and Politics before the Or Commission of Inquiry. Shefaamr: Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel.
- Davis, Uri, 1997: *Citizenship and the State: A Comparative Study of Citizenship Legislation in Israel, Jordan, Palestine, Syria and Lebanon*. Berkshire: Ithaca Press.
- Deeb, Rula, 2002: Identität ist ein dynamisches Konzept. In: *cfd-Zeitung*, Nr. 3. Bern: Christlicher Friedensdienst – Das Feministische Hilfswerk, S. 3.
- Deschenes, Jules, 1985: Proposal Concerning a Definition of the Term ‚Minority‘. UN Document E/CN.4/Sub.2/1985/31.
- Doron, Gideon, 1996: Two Civil Societies and One State. Jews and Arabs in the State of Israel. In: August Richard Norton (Hg.): *Civil Society in the Middle East*, Bd. 2. Leiden; New York; Köln: Brill, S.193-220.
- Doumani, Beshara B., 1999: Rediscovering Ottoman Palestine. Writing Palestinians into History. In: Ilan Pappé (Hg.): *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge, S.11-40.
- Dunn, Elizabeth und Chris Hann (Hg.), 1996: *Civil Society. Challenging Western Models*. London; New York: Routledge.
- Eisenlohr, Patrick, 2002: Temporalities of Community: ‚Ancestral language‘, Pilgrimage and Diasporic Belonging in Mauritius. Beitrag zum Kolloquium des Zentrums Moderner Orient, Berlin, 10.12.2002.
- El-Maneie, Juliane, 1998: Exodus, Flucht, Vertreibung, Katastrophe. Die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems in der palästinensischen und israelischen Historiographie der Ereignisse von 1948. In: Henner Fürtig und Gerhard Höpp (Hg.): *Wessen Geschichte? Muslimische Erfahrungen historischer Zäsuren im 20. Jahrhundert*. Berlin: Das Arabische Buch.
- Emcke, Carolin, 2000: *Kollektive Identitäten. Sozialphilosophische Grundlagen*. Frankfurt; New York: Campus Verlag.
- Emmett, Chad F., 1997: Conflicting Loyalties and Local Politics in Nazareth. In: *The Middle East Journal*, 51, 4, S. 535-553.
- Epstein, Yael, 2002: The Palestinian Labor Market in Israel. Between Globalization and Intifada. In: *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture*, 9, 1, S.149-165.

- Esman, Milton J. und Itamar Rabinovich (Hg.), 1988: *Ethnicity, Pluralism, and the State in the Middle East*. Ithaca; London: Cornell University Press.
- Espanioly, Nabila, 2003: Palästinensische Frauen in Israel – Identität angesichts der Besatzung. In: Irit Neidhardt: *Mit dem Konflikt leben!? Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina*. Münster: Unrast-Verlag, S. 111-131.
- Espanioly, Nabila, 2002: Nightmare. In: Nahla Abdo und Ronit Lentin (Hg.): *Women and the Politics of Military Confrontation. Palestinian and Israeli Gendered Narratives of Dislocation*. New York; Oxford: Berghahn Books, S. 100-110.
- Espanioly, Nabila, 1997: Palestinian Women in Israel: ‚Her‘ story. In: Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.): *NGO-Report – The Status of Palestinian Women Citizens of Israel*. Submitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July, S. 18-27.
- Espanioly, Nabila, [s.a.]: Political Participation of Palestinian Women in Israel. In: [www.medmedia.org/review/numero1/ing29.htm](http://www.medmedia.org/review/numero1/ing29.htm).
- Espanioly Hazza, Hala, Arabiya Mansour und Areen Howari, 1997: Education. In: Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.): *The: NGO-Report - The Status of Palestinian Women Citizens of Israel*. Submitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July, S. 32-40.
- Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten und Alexander Flores (Hg.), 2001: *Die Zukunft der orientalischen Christen. Eine Debatte im Mittleren Osten*, Berlin; Hamburg: Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten.
- Faath, Sigrid, 2005: Demokratisierung in Nordafrika/Nahost. Externe Konzepte seit dem 11. September 2001. In: Sigrid Faath (Hg.): *Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut, S. 93-126.
- Fähndrich, Hartmut, 1988: Vorwort. In: Birgit Seekamp, 1988: *Die palästinensische Kurzprosa der Gegenwart. Eine kritische Bestandsaufnahme. Themen, Techniken, Tendenzen*. Frankfurt a.M.; Bern; New York; Paris: Peter Lang.
- Falah, Ghazi, 1991: Israeli “Judaization” Policy in Galilee. In: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 20, Nr. 4, S. 69-85.

- 1985: How Israel Controls the Beduins in Israel. In: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 14, Nr. 2, S. 35-51.
- Fares, Amin, 2003: *Governmental Ministries Discriminate Against Arab NGOs*. Haifa: Mossawa Center.
- Farjoun, Emmanuel, 1983: Palästinensische Araber in Israel. Eine Arbeitsreservearmee. In: Alexander Flores und Alexander Schölch (Hg.): *Palästinenser in Israel*. Frankfurt a. M. (u. a.): Campus Verlag, S. 61-106.
- Fenster, Tovi, 1998: Übergang und sozialer Wandel – Siedlungen für Beduinen. In: Elisabeth Biasio: *Beduinen im Negev. Vom Zelt ins Haus*. Zürich: Verlag Neue Züricher Zeitung, S. 253-270.
- Fenton, Steve und Stephan May, 2002: *Ethnonational Identities*. Hampshire; New York: Palgrave Macmillan.
- Fleischmann, Ellen, 1999: The Other ‚Awakening‘. The Emergence of Women’s Movements in the Middle East, c. 1900-1940. In: Margaret Lee Meriwether und Judith Tucker (Hg.): *A Social History of Women and Gender in the Modern Middle East*. Boulder: Westview Press, S. 89-139.
- Fleischmann, Ellen, 1996: Crossing the Boundaries of History. Researching Palestinian Women in the Mandate Period. In: *Women’s History Review*, Vol. 5, Nr. 3, S. 351-371.
- Flores, Alexander, 2001: Die arabischen Christen: Auswanderung, Resignation oder gleichberechtigte Teilnahme? In: *Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten und Alexander Flores (Hg.): Die Zukunft der orientalischen Christen. Eine Debatte im Mittleren Osten*, Berlin; Hamburg: Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten, S. 8-28.
- 1983: Zur neueren politischen Entwicklung im arabischen Sektor in Israel. Eine Dokumentation. In: Alexander Flores und Schölch Alexander (Hg.): *Palästinenser in Israel*. Frankfurt a. M. (u.a.): Campus Verlag, S. 253-275.
- 1980: *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919-1948*. Münster: Periferia Verlag.
- Flores, Alexander und Schölch Alexander (Hg.), 1983: *Palästinenser in Israel*. Frankfurt a. M. (u.a.): Campus Verlag.
- Freitag, Ulrike und Achim von Oppen, 2005: Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen. In: *geschichte.transnational*. Fo-



- rum zur Geschichte des kulturellen Transfers und der transnationalen Verflechtungen in Europa und der Welt. [www.geschichte-transnational.clio-online.net/forum/2005-06-001](http://www.geschichte-transnational.clio-online.net/forum/2005-06-001).
- Frevert, Ute, 2003: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40-41, S. 6-13.
- Frisch, Hillel, 1997: Ethnicity, Territorial Integrity, and Regional Order. Palestinian Identity in Jordan and Israel. In: *Journal of Peace Research*, 34, 3, S.27-269.
- Geries, Sabir und Eli Lobel, 1970: *Die Araber in Israel*. München.
- Ghanem, As'ad, Tha'abet Abu-Rass und Ze'ev Rosenhek, 2003: Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel. Teil B: Kommunalverwaltungen und Soziale Dienste. In: Uta Klein (Hg.): *Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 75-80.
- Ghanem, As'ad, 2001: *The Palestinian-Arab Minority in Israel, 1948-2000. A Political Study*. New York: State University of New York Press.
- Ghanem, As'ad und Elias Zaidan, 2000: *Patterns of Giving and Volunteering of the Palestinian Arab Population in Israel*. Beer-Sheva: Israeli Center for Third Sector Research, Ben Gurion University of the Negev.
- Ghanem As'ad und Sarah Ozacky-Lazar, 1999: *Israel as an Ethnic State and the 1999 Elections Among its Palestinian-Arab Minority*. S.l.
- Gidron, Benjamin, Stanley N. Katz und Yeheskel Hasenfeld (Hg.), 2002: *Mobilizing for Peace. Conflict Resolution in Northern Ireland, Israel/Palestine, and South Africa*. New York: Oxford University Press.
- Gidron, Benjamin, Hagai Katz und M. Bar, 2000: *The Third Sector in Israel: Functions*. Beer-Sheva: Israeli Center for Third Sector Research, Ben Gurion University of the Negev.
- Gidron, Benjamin, Hagai Katz, Helmut K. Anheier und Lester M. Salomon, 1999a: *The Israeli Nonprofit Sector. An Overview of Major Economic Parameters*. Baltimore: The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Center for Civil Society Studies.
- Gidron, Benjamin, Hagai Katz, Eliezer Brauner, Efrat Nativ-Ronen und Ariel Bachar-Fuchs, 1999b: *The Israeli Third Sector Database. Database Model and Preliminary Findings*. Beer-Sheva: Israeli Center for Third Sector Research, Ben Gurion University of the Negev.

- Ginat, Joseph, 1990: The Elections in the Arab Sector. Voting Patterns and Political Behavior. In: *The Jerusalem Quarterly*, 53, S. 27-55.
- 1989: Israeli Arabs. Some Recent Social and Political Trends. In: *Asian and African Studies*, 23, 2-3, S.183-204.
- Glick Schiller, Nina [s.a.]: Long Distance Nationalisms: Pasts, Presents, and Futures. Vortragspapier, Freie Universität Berlin.
- Glick Schiller, Nina und Georges Eugene Fouron, 2001: *Georges Woke Up Laughing. Long-Distance Nationalism and the Search for Home.* Durham; London: Duke University Press
- Glick Schiller, Nina, Linda Basch und Christina Szanton-Blanc, 1995: From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. In: *Anthropological Quarterly*, 68, S. 48-63.
- Glick Schiller, Nina, Linda Basch und Christina Blanc-Szanton (Hg.), 1992: *Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity, and Nationalism Reconsidered.* New York: New York Academy of Sciences.
- Grossman, David, 1992: *Der geteilte Israeli. Über den Zwang, den Nachbarn nicht zu verstehen.* München; Wien: Carl Hanser Verlag.
- Gurr, Ted Robert, 2000: *Peoples Versus States. Minorities at Risk in the New Century.* Washington: United States Institute of Peace Press.
- 1993: *Minorities at Risk. A Global View of Ethnopolitical Conflicts.* Washington: United States Institute of Peace Press.
- Habibi, Emil, 1995: *Der Peptimist oder von den seltsamen Vorfällen um das Verschwinden Saids des Glücklosen.* Basel: Lenos Verlag.
- Ḥaidar, ‘Azīz, 1998: *Al-Filastīnīyūn fī Isrā’īl fī dīll ittifaqīyat Ūslū.* Bairūt: Mu’assasat ad-Dirāsāt al-Filastīniya.
- Haidar, Aziz, 1988: The Different Levels of Palestinian Ethnicity. In: Milton J. Esman und Itamar Rabinovich (Hg.): *Ethnicity, Pluralism, and the State in the Middle East.* Ithaca; London: Cornell University Press, S. 95-120.
- Haj, Majid al-, 1993: Kinship and Local Politics among the Arabs in Israel. In: *Asian and African Studies*, 27, 1-2, S. 47-60.
- 1986: Adjustment Patterns of the Arab Internal Refugees in Israel. In: *Intenational Migration*, 24, 3, S. 651-674.
- Haj, Majid al-, Isma’īl Abu Sa’ad, Yossi Yonah, 2003: Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung. Teil D: Erziehungswesen und Bildungssystem. In: Uta Klein (Hg.): *Die Anderen im Innern. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel.* Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 87-91.

- Haj, Majid al- und Henry Rosenfeld, 1990: Arab Local Government in Israel. Boulder, Colorado: Westview Press.
- 1989: The Emergence of an Indigeneous Political Framework in Israel. The National Committee of Chairmen of Arab Local Authorities. In: Asian and African Studies, 23, 2-3, S. 205-244.
- Halabi, Rabah und Ulla Philipps-Heck (Hg.), 2001: Identitäten im Dialog. Konfliktintervention in der Friedensschule von Neve Schalom/Wahat al-Salam in Israel. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Band 38, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 33-51.
- Halbwachs, Maurice, 1985: Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
- Hammami, Rema, 1995: NGOs. The Professionalisation of Politics. In: Race & Class, Vol. 37, Nr. 2, S. 55-57.
- Hamzawy, Amr (Hg.), 2003: Civil Society in the Middle East, Nahost-Studien 4, Berlin: Verlag Hans Schiler.
- Hassassian, Manuel, 2002: NGOs in the Context of National Struggle. In: Benjamin Gidron, Stanely N. Katz und Yeheskel Hasenfeld (Hg.): Mobilizing for Peace. Conflict Resolution in Northern Ireland, Israel/Palestine, and South Africa. New York: Oxford University Press.
- Heckmann, Friedrich, 1992: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke Verlag.
- Hegasy, Sonja, 1997: Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko. Die Potentiale der sozio-kulturellen Opposition, Hamburg: Orient Institut.
- Hermann, Katja, 2005: Jordan. In: Sigrid Faath (Hg.): Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost. Hamburg: Deutsches Orient-Institut, S. 319-358.
- 2004: Anti-Rassismus-Arbeit in Israel. Das *Mossawa Center* in Haifa. In: INAMO, Nr. 39, S. 37.
- 2003a: "They ask us to put our lives on hold..." – the Palestinian Women's Movement in Israel and the Challenge of Palestinian Identity Politics. In: ORIENT, Jg. 44, Heft 2, S. 205-227.
- 2003b: Die Anwesenheit der Abwesenden: Palästinensische Gegenöffentlichkeit. In: INAMO, Nr. 35, S. 41-43.
- 2000: Aufbruch von unten. Möglichkeiten und Grenzen von NGOs in Jordanien. Demokratie und Entwicklung Bd. 42, Münster; Hamburg; London: LIT.

- 1997: Rotkäppchen und der böse Wolf? Zur Situation und Bedeutung der palästinensischen Nicht-Regierungsorganisationen nach Oslo. In: Ferhad Ibrahim und Abraham Ashkenasi (Hg.): Der Friedensprozeß im Nahen Osten – Eine Revision. Münster: Lit Verlag. S. 89-114.
- Hoerber Rudolph, Susanne, 1997: Introduction: Religion, States, and Transnational Civil Society. In: Susanne Hoerber Rudolph und James Piscatori (Hg.), *Transnational religion and fading states*. Boulder, Colorado: Westview Press. S.1-26.
- Hofman, John, 1988: To Be Jews and Arabs in Israel. In: John Hofman (Hg.): *Arab-Jewish Reactions in Israel. A Quest in Human Understanding*. Bristol: Wyndham Hall, S. 154-174.
- 1972: Readiness for Social Relations Between Arabs and Jews in Israel. In: *Journal of Conflict Resolution*, Nr. 16, S. 241-252.
- 1970: The Meaning of Being a Jew in Israel. An Analysis of Ethnic Identity. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Nr. 15, S. 196-202.
- Hofmann, Sabine und Ferhad Ibrahim (Hg.), 1996: *Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten*. Bonn: Bouvier Verlag.
- Hollstein, Walter, 1984: *Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konfliktes*. Wien: Promedia.
- Isbānyūlī, Hāla wa-Nabīla Isbānyūlī, 2001a: *Atfālunā fī muwāğahat al-azmāt. Dalīl li-l-ahl. An-Nāşira*: Markaz at-Ṭufūla; Mu’assasat Ḥaḍānāt an-Nāşira.
- Isbānyūlī, Hāla wa-Nabīla Isbānyūlī, 2001b: *Dalīl li-l-murabbi/li-l-murabbiya. An-Nāşira*: Markaz at-Ṭufūla; Mu’assasat Ḥaḍānāt an-Nāşira.
- Ibrahim, Ferhad, 1996: *Jordaniens Frieden mit Israel. Eine Zwischenbilanz*. In: Sabine Hofmann und Ferhad Ibrahim (Hg.): *Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten*. Bonn: Bouvier Verlag, S. 166-191.
- Ibrahim, Ferhad, 1995: *Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten*. Hamburg; Münster: LIT.
- Ibrahim, Ferhad und Abraham Ashkenasi (Hg.), 1997: *Der Friedensprozeß im Nahen Osten - Eine Revision*. Münster: Lit Verlag.
- Ibrahim, Ferhad und Heidi Wedel (Hg.), 1995: *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*. Opladen: Leske und Budrich.
- Israeli, Raphael, 1993: *Muslim Fundamentalism in Israel*. London: Brassey’s.
- Ittijah – Union of Arab Community Based Associations: Newsletter, Nr. 1, 11.04.2003, Haifa: Ittijah.

- Newsletter Nr. 4, 23.05.2003, Haifa: Ittijah.  
Annual Report 2001-2002, Haifa: Ittijah.
- Ittiġāh - Ittiḥād Ġam‘iyāt Ahliya ‘Arabīya, s. t.: Dalil al-Ġam‘iyat. Ḥaifā: Ittiġāh.
- Jamal, Amal, 1995: Zivilgesellschaft ohne Staat? Das Beispiel Palästina. In: Ferhad Ibrahim und Heidi Wedel (Hg.): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske und Budrich, S. 165-167.
- Jaradat, Muhammad, 2004: 2004 Nakba Commemorations. In: Al-Majdal, Nr. 22, S. 9f.
- Jaradat Gassner, Ingrid, 2001: A Programme for an Independent Rights Campaign. In: Naseer Aruri (Hg.): Palestinian Refugees. The Right of Return. London; Sterling: Pluto Press, S. 252-259.
- Joggerst, Karin, 2004: Die Rezeption der *Shoah* und *Nakba* im israelisch-palästinensischen Konflikt. Zur Bedeutung vergegenwärtigter Vergangenheit(en). In: Gerhad Höpp, Peter Wien und René Wildangel (Hg.): Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus. Berlin: Zentrum Moderner Orient, S. 295-334.
- 2002: Getrennte Welten – getrennte Geschichte(n)? Zur politischen Bedeutung von Erinnerungskultur im israelisch-palästinensischen Konflikt. Münster; Hamburg; London: LIT.
- Joseph, Suad, 1996: Gender and Citizenship in Middle Eastern States. In: Middle East Report, January-March, S. 4-10.
- Jünemann, Annette, 1997: Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union. Demokratisierungsprogramme zwischen normativer Zielsetzung und realpolitischem Pragmatismus. In: Frankreich-Jahrbuch, Opladen, S. 93-115.
- Kanaaneh, Rhoda Ann, 2002: Birthing the Nation. Strategies of Palestinian Women in Israel. Berkeley; Los Angeles; London: University of California Press.
- Kamel Dorai, Mohamed, 2002: The Meaning of Homeland for the Palestinian Diaspora. Revival and Transformation. In: Nadjé Al-Ali und Khalid Koser (Hg.): New Approaches to Migration? Transnational Communities and the Transformation of Home. London: Routledge, S. 87-95.
- Kanafānī, Ḥassān, 1969: ‘Ā'id ilā Ḥaifā. Silsilat A‘māl Ḥassān Kanafānī, 17. Bairūt: Mu‘assasat al-Abḥāṭ al-‘Arabiya.
- Kandalaft, Iman und Hoda Rohana, 1997: Violence Against Women. In: Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.): NGO-Report –The Status of Palestinian Women Citizens of Israel. Sub-

- mitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July, S. 74-86.
- Khalidi, Rashid, 1997: *Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness*. New York: Columbia University Press.
- Khalidi, Walid, 1992 (Hg.): *All That Remains. The Palestinian Villages Occupied and Depopulated by Israel in 1948*. Washington: Institute for Palestine Studies.
- 1991: *Before their Diaspora. A Photographic History of the Palestinians 1876-1948*. Washington: Institute for Palestine Studies.
- Klandermans, Bert, 1997: *The Social Psychology of Protest*. Oxford: Blackwell.
- Klein, Ansgar, 2001: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratiethoretische Folgerungen*, Opladen: Leske und Budrich.
- Klein, Peggy, 2001: *Die Drusen in Israel*. Marburg: Tectum Verlag.
- Klein, Uta, 2003 (Hg.): *Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag.
- 2003: *Zwischen allen Stühlen. Palästinensische Frauen in Israel*. In: Uta Klein (Hg.): *Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 109-121.
- Kößler, Reinhart und Tilman Schiel (Hg.), 1994: *Nationalstaat und Ethnizität*. Frankfurt a.M.: IKO- Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Kößler, Reinhart und Henning Melber, 1993: *Chancen internationaler Zivilgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Krämer, Gudrun, 2002: *Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel*, München: Verlag C.H. Beck.
- 1997: *Die Entdeckung der Zivilgesellschaft: Ein kritischer Überblick*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Zivilgesellschaften in islamischen Ländern. Dokumentation. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Haus der Kulturen der Welt*, 6.-8. November 1996 in Berlin, S. 11-20.
- Kretzmer, David, 1990: *The Legal Status of the Arabs in Israel*. Boulder: Westview Press.
- Landau, Jacob M., 1993: *The Arab Minority in Israel, 1967-1991. Political Aspects*. Oxford: Clarendon Press.
- Lehman-Wilzig, Sam, 1993: *Copying the Master? Patterns of Israeli Arab Protest, 1950-1990*. In: *Asian and African Studies*, 27, 1-2, S.129-147.

- Liebelt, Claudia, 2002: Zwischen Ein Hod und Ein Khud. Phasen einer jüdisch-arabischen Nachbarschaftsbeziehung in Israel. Nicht veröffentlichter Auswertungsbericht des ASA-Projektes „Nicht-anerkannte Dörfer in Israel“. Köln.
- Lindholm Schulz, Helena, 1999: *The Reconstruction of Palestinian Nationalism. Between Revolution and Statehood*. Manchester; New York: Manchester University Press.
- Maḥūl, Amīr, 2001a: Wa-lā muttaḡanid ‘arabī fi aḍru‘ al-aman (al-qam‘) al-isrā’īlī wa-lā ‘arabī fi al-aḥzāb aṣ-ṣahyūnīya. Ḥaifā, 22.02.2001.
- 2001b: Auwal wazīr ‘arabī fi aḥīr niḡām ‘unṣurī. Ḥaifā, 03.07.2001.
- Makkawi, Ibrahim, A., 1999: *Collective Identity and Related Social Psychological Factors Among Palestinian Student Activists in the Israeli Universities*. Kent State University Graduate School of Education. PhD Thesis.
- Maktab an-Nauris li-l-Inmā’ at-Tarbawī 1998: Kai lā nansā: ḥamsūn ‘āman ‘alā an-nakba. An-Nāṣira: Maktab an-Nauris li-l-Inmā’ at-Tarbawī bi-t-tansīq ma’ Laḡnat an-Nakba wa-Ṣumūd al-munbaṭaqa ‘an Laḡnat al-Mutāba‘a al-‘Ulyā li-l-Ġamāhīr al-‘Arabīya fi Isrā’īl.
- Mandaville, Peter, 2001: *Transnational Muslim Politics. Reimagining the Umma*. London; New York.
- Manna’, Adel, 1996: *Identity in Crisis: The Arabs in Israel and the Israeli-PLO Agreement*. In: Elie Rekhess (Hg.): *Arab Politics in Israel at a Crossroads. Papers and Panel Discussion Based on the Proceedings of a Conference Held at Tel Aviv University 30-31 October 1994*. Tel Aviv: Tel Aviv University, S. 79-86.
- Maršūd, Faṭḥī, 1996: Daur al-ḡam‘īyāt al-aḥliya fi al-ḥifāz ‘alā al-hawīya al-waṭanīya al-filaṣṭinīya li-‘Arab 1948. Muḥāḍara fi Kullīyat I’dād al-Mu‘allimīn al-‘Arab, Bait Bīrl, 17.09.1996.
- 1994: Wāqī‘ al-ḡam‘īyāt al-‘arabīya – maṣakīl ‘amma wa-mumaiyizāt. In: Al-Ġam‘īyāt al-mubādira (Hg.): Wāqā’i‘. Mu’tamar ḥuqūq al-insān wa-l-muḡtama‘ al-‘arabī al-auwal. An-Nāṣira, S. 183-201.
- Masalha, Nur, 1999: *A Critique on Benny Morris*. In: Ilan Pappé (Hg.): *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge, S. 211-220.
- 1994: *Operation Hafarferet and the Massacre of Kafr Qassem, October 1956*. In: *The Arab Review*, Summer 1994, S. 15-21.
- 1992: *Expulsion of the Palestinians: The Concept of ‘Transfer’ in Zionist Political Thought, 1882-1948*. Washington D.C.: Institute for Palestine Studies.

- Minns, Amina und Nadia Hijab, 1990: *Citizens Apart. A Portrait of the Palestinians in Israel*. London: Tauris.
- Morris, Benny, 2004: *Right of Reply/I Do not Support Expulsion*. In: *Ha'aretz English Edition*, 22.01.2004.
- 1999a: *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict 1881-1999*, New York: Vintage Books.
- 1999b: *The Causes and Character of the Arab Exodus from Palestine. The Israeli Defense Forces Intelligence Service Analysis of June 1948*. In: Ilan Pappé (Hg.): *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge, S. 193-210.
- 1988: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949*. Cambridge; New York; Sidney: Cambridge University Press.
- Mossawa Center, 2004: *Israel's Citizenship and Family Unification Law*. Haifa: Mossawa Center.
- 2003: *The Arab Citizens of Israel. Status and Implications for the Middle East Conflict*, Haifa: Mossawa Center.
- 2001: *Report on the Social, Economic and Political Status of Arab Citizens of Israel*, Haifa: Mossawa Center.
- 2000: *Black October. Israel Slaughters its Own Citizens. Special Report*. Haifa: Mossawa Center.
- Münster, Katharina, von und Wilfried Veit, 2002: *Konfliktprävention in der Dauerkrise – Der Nahostkonflikt aus zivilgesellschaftlicher Perspektive*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Israel.
- Nachmias, Nitza und Amiram Bogot, 2000: *The Government of Israel's Control of NGOs: Legal Dilemmas and Structural Constraints*. In: *International Journal of Not-for-Profit Law*, 3, 2, (Dezember), [http://www.icn1.org/journal/vol3iss2/ar\\_Nitzaprint.htm](http://www.icn1.org/journal/vol3iss2/ar_Nitzaprint.htm)
- Nakhleh, Khalil, 1983: *Kulturelle Determinanten der palästinensischen Kollektividentität. Der Fall der Araber in Israel*. In: Alexander Flores und Alexander Schölch (Hg.), *Palästinenser in Israel*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 144-156.
- Nassar, Issam, 2002: *Reflections on Writing the History of Palestinian Identity*. In: *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture*, 9, 1, S. 24-37.
- Neidhardt, Irit (Hg.): *Mit dem Konflikt leben!?: Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina*. Münster: Unrast-Verlag.
- Neubert, Dieter, 1994: *Die Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen im Prozeß des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Kenia und*



- Ruanda. In: Rolf Handisch und Rodger Wegner (Hg.): Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung. Auf dem Weg zu mehr Realismus. Hamburg, S. 193-217.
- 1990: Von der traditionellen Solidarität zur Nichtregierungsorganisation. Eine steuerungstheoretische Analyse von Formen der Solidarität in Kenia. In: Karl-Heinz Kohl, Heinz Arnold Muszinski und Ivo Strecker (Hg.): Die Vielfalt der Natur. Ethnologische Aspekte von Verwandtschaft, Kunst und Weltauffassung. Ernst Wilhelm Müller zum 65. Geburtstag. Berlin, S. 548-571.
- Nofal, Mamdouh et al, 1998: Reflections on al-Nakba. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 28, Nr. 1, S. 5-35.
- Nonprofit Societies (Amutot) Law 5740-1980. Incorporating Amendments No. 1 and No. 2. 1994. 2nd Edition. S.l.: Aryeh Greenfeld–A.G. Publications.
- Norton, August Richard (Hg.), 1996: Civil Society in the Middle East, Bd. 2. Leiden; New York; Köln: Brill.
- 1995: Civil Society in the Middle East, Bd. 1. Leiden; New York; Köln: Brill.
- Nuscheler, Franz, 1995: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn: Dietz.
- Ofteringer, Ronald (Hg.), 1997: Palästinensische Flüchtlinge und der Friedensprozeß. Palästinenser im Libanon. Berlin: Das Arabische Buch.
- Oppen von, Achim, 2003: Einleitung zum DFG Nachantrag „Bewegung und Einrichtung. Translokalität im Wandel des modernen Vorderen Orients, Asiens und Afrikas“, Antragszeitraum 2004-2005 (unveröffentlicht).
- Ozacky-Lazar, Sarah (Hg.), 1999: 7 Roads. Theoretical Options for the Status of the Arabs in Israel. Givat Haviva: The Institute for Peace Research.
- Ozacky-Lazar, Sarah und Riad Kabaha, 1991: The Arabic Press in Israel on the Madrid Peace Conference. Givat Haviva: The Institute for Arabic Studies.
- Pappé, Ilan, 2004a: A History of Modern Palestine. One Land, Two People. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pappé, Ilan, 2004b: The Nakba and the Peacemaking Process. In: Al-Majdal. A Quarterly Magazine of BADIL Resource Center for Palestinian Residency & Refugee Rights, Nr. 22, S. 16-18.
- 2001: The Tantura Case in Israel. The Katz Research Trial. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 30, Nr. 3, S. 19-39.
- 2000a: Der Zionismus als Kolonialismus – ein vergleichender Blick auf Mischformen von Kolonialismus in Asien und Afrika. In: Schäfer,

- Barbara (Hg.): *Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt; New York: Peter Lang, S. 63-93.
- 2000b: *Israel: Between Civic Democracy and Jewish Zealotocracy*. In: *Journal of Palestine Studies*, 29, 3, S. 33-44.
- 1999a: *The Peace-Oriented NGOs in Israel*. In: *Civil Society: Democratization in the Arab World*, Vol. 8, Nr. 86.
- 1999b: *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge.
- 1992: *The Making of the Arab-Israeli Conflict, 1947-1951*, London; New York: Tauris.
- Peled, Alisa Rubin, 2001: *Debating Islam in the Jewish State. The Development of Policy Toward Islamic Institutions in Israel*, New York: State University of New York Press.
- Peleg, Ilan (Hg.), 1998: *The Middle East Peace Process. Interdisciplinary Perspectives*. New York: State University of New York Press.
- Peleikis, Anja, 2003: *Lebanese in Motion. Gender and the Making of a Translocal Village*. Bielefeld: transcript.
- 2001: *Locality in Lebanon. Between Home and Homepage*. ISIM – International Institute for the Study of Islam in the Modern World, Newsletter 7, S. 26.
- Penev, Katharina, 2004: *Minderheitenrechte der Araber in Israel. Völkerrechtliche und staatsrechtliche Perspektiven*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Perthes, Volker, 2000: *Vom Krieg zur Konkurrenz. Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Gesellschaft.
- 1996: *Syrien, Libanon und die schwierige Suche nach dem Frieden*. In: Sabine Hofmann und Ferhad Ibrahim (Hg.): *Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten*. Bonn: Bouvier, S. 151-165.
- Peteet, Julie M, 1991: *Gender in Crisis. Women and the Palestinian Resistance Movement*. New York; Oxford: Columbia University Press.
- Pries, Ludger, 1996: *Transnationale Soziale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderungen Mexico-USA*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 25, 6, S. 456-472.
- Rabbani, Mouin, 2001: *The Palestinians of Israel. An Interview with Azmi Bishara*. In: Roane Carey (Hg.): *The New Intifada. Resisting Israel's Apartheid*. London; New York: Verso, S. 139-157.

- Rabinowitz, Dan, As'ad Ghanem und Oren Yiftachel: Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel. In: Uta Klein (Hg.): Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 60-108.
- Rabinowitz, Dan, 1997: *Overlooking Nazareth. The ethnography of exclusion in Galilee.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Rekhes, Elie, 2000: *The Arab Parties.* In: Robert O. Freedman: *Israel's First Fifty Years.* Gainesville: University Press of Florida, S. 180-196.
- 1996: *Arab Politics in Israel at a Crossroads. Papers and Panel Discussion Based on the Proceedings of a Conference held at Tel Aviv University 30-31 October 1994 at Tel Aviv University.* Tel Aviv: Tel Aviv University.
- 1989: *Israeli Arabs and the Arabs of the West Bank and Gaza. Political Affinity and National Solidarity.* In: *Asian and African Studies*, 23, 2-3, S.119-154.
- Ries, Matthias, 2000: *Oslo. Tor zum Frieden in Nahost? Politische Schriftenreihe, Pax Christi, Deutsches Sekretariat, Idstein: Meinhardt.*
- Rinnawi, Khalil, 1996: *Structural Obstacles to Education Amongst the Palestinian Minority in Israel. The Israel Equality Monitor*, 6, Tel Aviv: Adva Center.
- Rogan, Eugene L. und Avi Shlaim (Hg.), 2001: *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Ropers, Norbert, 1995: *Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethno-politischer Konflikte.* Berghof Report Nr. 1, Berlin: Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung.
- Rotter, Gernot und Schirin Fathi, 2001: *Nahost Lexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z.* Heidelberg: Palmyra Verlag.
- Rouhana, Nadim M., 2002: 'Outsiders' Identities: Are the Realities of "Inside Palestinians" Reconcilable? In: *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture*, 9, 1, S. 61-70.
- 1998: *Israel and its Arab citizens. Predicaments in the relationship between ethnic states and ethnonational minorities.* In: *Third World Quarterly*, 19, 2, S. 277-296.
- 1997: *Palestinian Citizens in an Ethnic Jewish State. Identities in Conflict.* New Haven: Yale University Press.
- 1989: *The Political Transformation of the Palestinians in Israel. From Acquiescence to Challenge.* In: *Journal of Palestine Studies*, 18, 3/71, S. 38-59.

- Rouhana, Nadim und As'ad Ghanem, 1999: The Democratization of a Traditional Minority in an Ethnic Democracy: The Palestinians in Israel. In: Ilan Pappé (Hg.): *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge, S. 1-8.
- 1998: The Crisis of Minorities in Ethnic States. The Case of Palestinian Citizens in Israel. In: *International Journal of Middle East Studies*, 30, 3, S. 321-346.
- 1993: Accentuated Identities in Protracted Conflicts. The Collective Identity of the Palestinian Citizens in Israel. In: *Asian and African Studies* 27, 1-2, S. 97-127.
- 1990: The Intifada and the Palestinians of Israel: Resurrecting the Green Line. In: *Journal of Palestine Studies*, 19, 3/75, S.58-75.
- Roy, Sara, 2000: The Transformation of Islamic NGOs in Palestine. In: *The Middle East Report*, 30, (214) 1 (Frühjahr), S.24-27.
- Ryan, Joseph L., 1973: Refugees within Israel. The Case of the Villages of Kafr Bir'im and Iqrit. In: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 2, Nr. 4, S. 55-81.
- Sa'adi, Ahmad H., 2003: Die nationale Identität der palästinensischen Bevölkerung in Israel: Eine kritische Analyse. In: Uta Klein (Hg.): *Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 35-59.
- 2000: Control and Resistance. Two Dimensions of Palestinians' Existence in Israel. In: Schlomo Ben-Ami, Yoav Peled und Alberto Spektorowski (Hg.): *Ethnic Challenges to the Modern Nation State*. Hampshire; New York: Palgrave, S. 236-264.
- 1995: Incorporation Without Integration. Palestinian Citizens in Israel's Labour Market. In: *Sociology*, 29, 3, S. 429-451.
- Sahliyeh, Emile F. 1993: The PLO and the Israeli Arabs. In: *Asian and African Studies*, 27, 1-2, S. 85-96.
- Sanbar, Elias, 2002: Out of Place, out of Time. In: Jacques Revel und Giovanni Levi (Hg.): *Political Uses of the Past. The Recent Mediterranean Experience*. London: Frank Cass.
- Scalenghe, Sara und Steve Rothman, 1996: On Palestinians in the Israeli Knesset. Interview with Azmi Bishara. In: *Middle East Report*, Vol. 26, Nr. 201, S. 27-30.
- Schäfer, Barbara (Hg.), 2000: *Historikerstreit in Israel. Die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M.; New York: Peter Lang.

- Schedler, Andreas, 1996: Die zivile Gesellschaft und der wilde Staat – Versuch einer Zwischenbilanz. In: Franz Kolland, Erich Pilz, Andreas Schedler und Walter Schibo (Hg.): Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika, Frankfurt a. M., S. 235-246.
- Scheffler, Thomas, 1991: Ethnizität und Gewalt. Hamburg: Deutsches Orient Institut.
- 1990: Ethnisch-religiöse Konflikte und gesellschaftliche Integration im Vorderen und Mittleren Orient. Literaturstudie. Berlin: Verlag Das Arabische Buch.
- Schmid, Claudia, 1993: Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schmitt, Angelika, [s.a.]: Die islamische Bewegung in Israel. Veranschaulicht am Beispiel der Kleinstadt Umm al-Fahm. Magisterarbeit, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn.
- Schmolke, Oliver, 1994: Der israelische Staat und seine zivilen Gesellschaften. Nationaler Antagonismus versus friedliche Pluralität. In: Internationale Politik und Gesellschaft. 3, S. 277-284.
- Schölch, Alexander (Hg.), 1983a: Palestinians over the Green Line. Studies on the Relations between Palestinians on Both Sides of the 1949 Armistice Line since 1967. London: Ithaca Press.
- 1983b: Die Beziehungen zwischen den Palästinensern in Israel und auf dem Westufer seit 1967. In: Orient, 24, 3, S. 422-427.
- Senfft, Alexandra, 1998: Palästinenser und Gastarbeiter in Israel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43, 6, S. 666-669.
- Shafir, Gershon und Yoav Peled, 2003: Being Israeli. The dynamics of multiple citizenship. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shammas, Anton, 1996: Palestinians in Israel. In: Elie Rekhess (Hg.), Arab Politics in Israel at a Crossroads. Papers and panel discussion based on the proceedings of a conference held at Tel Aviv University 30-31 October 1994. Tel Aviv: Tel Aviv University, S.13-26.
- Shavit, Ari, 2004: Survival of the Fittest. An Interview with Benny Morris. In: Ha'aretz, English Edition, 09.01.2004.
- 1998: Citizen Azmi. In: Ha'aretz, English Edition, 29.05.1998.
- Sheikh, Awatef, 2000: "Nothing Left to Wait for". An Interview with Jamal Zahalqa. In: News from Within, 21, 5, S.11-17.

- Shlaim, Avi, 2000: *The Iron Wall. Israel and the Arab World*. New York; London: Norton.
- 1999: *The Debate about 1948*. In: Ilan Pappé (Hg.), *The Israel/Palestine Question*. London; New York: Routledge, S. 171-192.
- 1988: *Collusion across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine*, Oxford: Clarendon Press.
- Shye, Samuel, Alon Lazar, Rivka Duchin und Benjamin Gidron, 2000: *Philanthropy in Israel. Patterns of Giving and Volunteering of the Israeli Public*. The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Israeli Center for Third Sector Research. Beer-Sheva: Israeli Center for Third Sector Research, Ben Gurion University of the Negev.
- Silber, Ilana und Zeev Rosenhek, 2000: *The Historical Development of the Israeli Third Sector*. Beer-Sheva: Ben-Gurion University of the Negev.
- Slyomovics, Suzan, 1988: *The Object of Memory. Arab and Jew Narrate the Palestinian Village*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Smith, Michael Peter und Luis Eduardo Guarnizo (Hg.), 1999: *Transnationalism from Below*. New Brunswick; London: Transaction Publishers.
- Smooha, Sammy, 1999a: *The Advances and Limits of the Israelization of Israel's Palestinian Citizens*. In: Kamal Abdel-Malek und David C. Jacobson (Hg.): *Israeli and Palestinian Identities in History and Literature*. New York: St. Martin's Press, S. 9-33.
- 1999b: *Autonomy for the Arabs in Israel?* Jerusalem: The Institute for Israeli Arab Studies.
- 1997: *The Viability of Ethnic Democracy as a Mode of Conflict Management: Comparing Israel and Northern Ireland*. In: Todd Endelman (Hg.): *Comparing Jewish Societies*. Ann Harbor: University of Michigan Press, S. 267-312.
- 1993: *Part of the Problem or Part of the Solution. National Security and the Arab Minority*. In: Avner Yaniv (Hg.): *National Security and Democracy in Israel*. Boulder: Rienner, S.124-127.
- 1992: *The Orientation and Politicization of the Arab Minority in Israel*. *Arabs and Jews in Israel*, Vol. 2. Boulder: Westview Press.
- 1990: *Minority Status in an Ethnic Democracy. The Status of the Arab Minority in Israel*. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 13, Nr. 3, S. 389-413.
- 1989a: *The Orientation and Politicization of the Arab Minority in Israel*. *Arabs and Jews in Israel*, Vol. 1. Boulder: Westview Press.

- Smooha, Sammy, 1989b: A Typology of Jewish Orientations Toward the Arab Minority in Israel. In: *Asian and African Studies*, 23, 2-3, S.155-182.
- s. a.: The Divergent Fate of the Palestinians on Both Sides of the Green Line. The Intifada as a Test.
- 1984: The Orientation and Politicization of the Arab Minority in Israel. Haifa: University of Haifa, Institute of Middle Eastern Studies.
- 1983: Die Orientierung und Politisierung der arabischen Minderheit in Israel. In: Alexander Flores und Schölch Alexander (Hg.): *Palästinenser in Israel*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S.157-252.
- Smooha, Sammy und As'ad Ghanem, 1998: *Ethnic, Religious and Political Islam among the Arabs in Israel*. Haifa: University of Haifa.
- Snow, David und Robert Benford, 1992: Master Frames and Cycles of Protest. In: Aldon Morris und Carol McClurg Mueller (Hg.): *Frontiers in Social Moevement Theory*. New Haven: Yale University Press, S. 133-155.
- Sorek, Tamir, 2002: Memory and Identity. The Land Day Monument. In: ISIM – International Institute for the Study of Islam in the Modern World, Newsletter 10, S. 17.
- Stendel, Ori, 1996: *Arabs in Israel*. Brighton: Sussex Academic.
- Suleiman, Ramzi, 2001: Vorstrukturierte Encountergruppen mit jüdischen und palästinensischen Israelis – ein Mikrokosmos. In: Rabah Halabi und Ulla Philopps-Heck (Hg.): *Identitäten im Dialog. Konfliktintervention in der Friedensschule von Neve Schalom/Wahat al-Salam in Israel*. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Band 38, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 33-51.
- 1996: The Perception of the Collective Identity of the Minority and Majority-Minority Relations in Israel. Working paper, 11, Haifa: University of Haifa.
- Suleiman, Ramzi und Benjamin Beit-Hallahmi, 1997: National and Civic Identities of Palestinians in Israel. In: *The Journal of Social Psychology*, 137, 2, S. 219-228.
- Sullivan, Denis J, 1995: *Non-Governmental Organisations and Freedom of Association. Palestine and Egypt. A Comparative Analysis*, Jerusalem: PASSIA.
- Sultany, Nimr, 2003: *Citizens Without Citizenship. Mada's First Annual Political Monitoring Report. Israel and the Palestinian Minority 2000-2002*.

- Swedenburg, Ted, 1999: The Role of the Palestinian Peasantry in the Great Revolt (1936-9). In: Ilan Pappé (Hg.): The Israel/Palestine Question. London; New York: Routledge, S.129-170.
- 1995: Memories of Revolt. The Rebellion and the Palestinian National Past. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Swirski, Barbara, 2000: The Citizenship of Jewish and Palestinian Arab Women in Israel. In: Suad Joseph (Hg.): Gender and Citizenship in the Middle East. New York: Syracuse University Press, S. 314-344.
- Svirski, Gila, 2001: The Israeli Peace Movement since the Al-Aqsa Intifada. In: Roane Carey (Hg.): The New Intifada. Resisting Israel's Apartheid. London; New York: Verso, S. 321-330.
- Tarrow, Sydney, 1998: Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Collective Action and Politics. Cambridge: CUP.
- Thomas, Frank, 1997: Von Madrid bis Oslo II. Abkommen, Hemmnisse und Perspektiven des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses. In: Ibrahim/Ashkenasi (Hg.): Der Friedensprozeß im Nahen Osten. Eine Revision. Münster: LIT, S. 1-23.
- Timm, Angelika, 2003a: Israel – Gesellschaft im Wandel. Opladen: Leske und Budrich.
- 2003b: Wertewandel und Zivilgesellschaft in Israel. In: Amr Hamzawy (Hg.): Civil Society in the Middle East. Nahost-Studien 4. Berlin: Verlag Hans Schiler, S. 84-124.
- Totry, Mary, 1996: The Political Orientation of Palestinians on Either Side of the Green Line. The Case of the Divided Village of Bart'a. Unpublished M.A. Thesis, Haifa University.
- Touma-Sliman, Aida, 2002: Palestinian Women in Israel. In: New Humanist. Internetversion: [www.newhumanist.org.uk/issues/0206/touma-sliman.htm](http://www.newhumanist.org.uk/issues/0206/touma-sliman.htm).
- Touma-Sliman, Aida und Nabila Espanioly, 1997: Political Participation, Public Life, and International Representation. In: Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.): NGO-Report – The Status of Palestinian Women Citizens of Israel. Submitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July, S. 28-32.
- Tütrî, Mârî, 1999: Al-Tauğihât as-siyâsiya fî qarya maqsûma. Hâlat Barța'a al-Ġarbiya/ Barța'a aš-Šarqiya. Haifâ.
- Usher, Graham, 2000: Seeking Sanctuary. The „Church“ vs. „Mosque“ Dispute in Nazareth. In: The Middle East Report, 30, (214) 1, S. 2-4.



- 1998: Exhausting the Dream. An Interview with Azmi Bishara. In: Al-Ahram Weekly Online. 30 April-6 May, Nr. 375 ([www.ahram.org.eg](http://www.ahram.org.eg)).
- Vogt, Ulrich, 2003: Antiamerikanismus in Jordanien, Libanon und Syrien. In: Sigrid Faath (Hg.): Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland. Hamburg: Deutsches Orient-Institut, S. 177-226.
- Volkan, Vamik, 1994: The Need to Have Enemies and Allies. From Clinical Practice to International Relationships. Vol. 2: Unofficial Diplomacy at Work. Lexington; Toronto.
- Wasserstein, David J., 1996: Muslims in States with a Non-Muslim Majority. A Doctrinal and Comparative Approach. In: Elie Rekhess (Hg.): Arab Politics in Israel at a Crossroads. Papers and Panel Discussion Based on the Proceedings of a Conference Held at Tel Aviv University 30-31 October 1994. Tel Aviv: Tel Aviv University, S. 69-78.
- Weiner, Eugene (Hg.), 2002: The Handbook of Interethnic Coexistence. New York: Continuum.
- Wegner, Rodger, 1993: Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungshilfe. Einführung und systematische Bibliographie, Hamburg.
- Weingrod, Alex und 'Adel Manna', 1998: Living along the Seam. Israeli Palestinians in Jerusalem. In: International Journal of Middle East Studies, 30, 3, S. 369-386.
- Wiese, Inken, 2001: Islamisches Recht im jüdischen Staat. Theorie und Praxis personenstandsrechtlicher Regelungen am Beispiel der Bemessung des ehelichen Unterhaltes. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Berlin: Freie Universität Berlin, Institut für Islamwissenschaft.
- Wolff-Jontofsohn, Ulrike, 1999: Friedenspädagogik in Israel: Beiträge nicht-staatlicher Gruppen zur Bewältigung gesellschaftlicher und politischer Konflikte. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag.
- Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel (Hg.), 1997: NGO-Report – The Status of Palestinian Women Citizens of Israel. Submitted to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 17th Session, July.
- Yiftachel, Oren, 2000: Minority Protest and the Emergence of Ethnic Regionalism: Palestinian-Arabs in the Israeli 'Ethnocracy'. In: Shlomo Ben-Ami, Yoav Peled und Alberto Spektorowski (Hg.): Ethnic Challenges to the Modern Nation State, Hampshire; New York: Palgrave, S. 145-184.

- 1999: 'Ethnocracy': The Politics of Judaizing Israel/Palestine. In: *Constellations*, Vol. 6, S. 364-391.
- 1997: Israeli Society and Jewish-Palestinian Reconciliation. 'Ethnocracy' and its Territorial Contradictions. In: *The Middle East Journal*, 51, 4, S. 505-519.
- 1992: The Concept of 'Ethnic Democracy' and its Applicability to the Case of Israel. In: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 15, Nr. 1, S. 125-136.
- Yiftachel, Oren, Rassem Khamaisi und Sandy Kedar, 2003: Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel. Teil A: Land und Raumplanung. In: Uta Klein (Hg.): *Die Anderen im Inneren. Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag, S. 65-74.
- Yiftachel, Oren und Avinoam Meir (Hg.), 1998: *Ethnic Frontiers and Peripheries. Landscapes of Development and Inequality in Israel*. Boulder: Westview Press.
- Zahalka, Jamal, 1998: The New Jaffa. In: *News from Within*, 14, 9, S. 48f.
- Zaidan, Elias R., 2000: *Competences of the Leader of Palestinian Community-Based Non-Governmental Organization in Israel – a Prospective Approach*. Case Western Reserve University, PhD-Thesis.
- Zimmer-Winkel (Hg.), 2000: *Die Araber und die Shoa. Über die Schwierigkeiten dieser Konjunktion*. Trier: Kulturverein AphorismA.
- Zitlmann, Thomas, 2004: *Translokalität, Bewegung und Einrichtung in Süd-Süd-Beziehungen*. In: *Jahresbericht 2003, Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin*, Berlin, S. 36-45.
- Zuckermann, Mosche, 2003: *Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*. Hamburg: konkret.
- Zunzer, Wolfram, 2004: *Diaspora Communities and Civil Conflict Transformation*. Berghof Occasional Paper Nr. 26. Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management.

## Interviews

Übersicht über die während der Feldforschungen in den Jahren 2000 und 2001 geführten Interviews (in chronologischer Reihenfolge)

Dr. Rinnawi, Khalil, Direktor des Galilee Center for Social Research/Nabil Saleh, Mitarbeiter des Galilee Center for Social Research, Haifa, 24.03.2000.

Totry, Mary, Lehrerin, Soziologin, Doktorandin an der *Universität Haifa*, Vorstandsmitglied des *Abali Center for Community Development*, Haifa, 25.03.2000.

Dr. Pappé, Ilan, Professor für Politikwissenschaft an der *Universität Haifa*, Haifa, 28.03.2000.

Ali, Nohad, Dozent und Doktorand an der *Universität Haifa*, Haifa, 02.04.2000.

Diab, Suhail, *Stadtverwaltung Nazareth* und Doktorand an der *Universität Haifa*, Nazareth, 02.04.2000.

Makhoul, Ameer, Direktor von Ittijah – Union of Arab Community Based Organisations, Haifa, 03.04.2000.

Laidi, Adila, Direktorin des *Khalil Sakakini Cultural Centre*, Ramallah, 12.04.2000.

Mi'ari, Suhail, Programmkoordinator bei der *Welfare Association*, Beit Hanina, 13.04.2000.

Dr. Manna, Adel, Direktor des Institute for Israeli-Arab Studies am Van Leer Jerusalem Institute, Jerusalem, 13.04.2000.

Armanios, Carmela, Vizepräsidentin Verwaltung und Finanzen der *Universität Birzeit*, Al-Bireh, 16.04.2000.

Dr. Baumgarten, Helga, Professorin für Politikwissenschaft an der *Birzeit Universität* und Repräsentantin des *DAAD*, Ost-Jerusalem, 17.04.2000.

Dr. Amara, Muhammad, Professor für Linguistik an der *Bar Ilan Universität* und am *Beit Berl College*, Salafa, 21.04.2000.

- Khalil, Khalid, Koordinator der *Association of Forty*, Haifa, 11.02.2001.
- Bishara, Jumana, Mitarbeiterin beim *Ahali Center for Community Development*, Haifa, 13.02.2001.
- Dr. Attallah, Rauda, Direktorin der *Arab Cultural Association*, Nazareth, 14.02.2001.
- Dr. Zahalqa, Jamal, Direktor des *Ahali Center for Community Development*, Nazareth, 15.02.2001.
- Ismail, Filastin, Direktorin des *I'lam Media Center for Arab Palestinians in Israel*, Haifa, 18.02.2001.
- Ali, Nohad, Dozent an der *Universität Haifa*, Haifa, 19.02.2001.
- Zeidan, Mohammed, Direktor der *Arab Association for Human Rights*, Nazareth, 20.02.2001.
- Dr. Azaisi, Hasan, kommissarischer Direktor der Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services, Shafa'amr, 21.02.2001.
- Dakwar, Jamil, Jurist bei Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel, Shafa'amr, 21.02.2001.
- Dr. Rinnawi, Khalil, Direktor des *Galilee Center for Social Research*, Haifa, 22.02.2001.
- Zoabi, Khaula, Projektkoordinatorin bei *Ittijah - Union of Arab Community Based Organisations*, Haifa, 26.02.2001.
- Dr. Ozaky-Lazar, Sarah, Direktorin des *Jewish-Arab Center for Peace in Givat Haviva*, Menashe, 27.02.2001.
- Abu al-Hayja', Muhammad, Vorsitzender der *Association of Forty*/Khalid Khalil, Koordinator der *Association of Forty*, Haifa, 28.02.2001.
- Farah, Jafar, Direktor des *Mossawa Center*, Haifa, 28.02.2001.
- Totry, Mary, Lehrerin, Soziologin, Doktorandin an der *Universität Haifa*, Vorstandsmitglied des *Ahali Center for Community Development*, Haifa, 08.03.2001.

Makhoul, Ameer, Direktor von *Ittijah – Union of Arab Community Based Organisations*, Haifa, 09.03.2001.

Asa, Liora R., Fundraising Consultant bei *Shatil – The New Israel Fund's Empowerment and Training Center for Social Change Organizations in Israel*, Haifa, 11.03.2001.

Nashef, Nadem, Direktor von *Baladna – Association for Arab Youth*, Haifa, 12.03.2001.

Dr. Zaidan, Elias, Direktor von *ALMAD Organizational Consulting, Strategic Planning, Community Organizing and Research*, Haifa, 13.03.2001.

Marshud, Fathi, Direktor des Haifa-Büros von *Shatil – The New Israel Fund's Empowerment and Training Center for Social Change Organizations in Israel*, Haifa, 18.03.2001.

Saleh, Nabil, Mitarbeiter des *Galilee Center for Social Research*, Haifa, 19.03.2001.

Espanioly, Nabila, Direktorin des *Al-Tufula Pedagogical Center*, Nazareth, 21.03.2001.

Dr. Ghanem, Assad, Professor für Politikwissenschaft an der *Universität Haifa*, Haifa, 21.03.2001.

Anton, Yousef, Mitglied des Haifa-Sekretariats der *National Democratic Alliance*, Haifa, 25.03.2001.

Deeb, Rula, Mitarbeiterin von *Kayan: A Feminist Organization*, Haifa, 26.03.2001.

Abdelfattah, Awad, Sekretär der *National Democratic Alliance*, Nazareth, 28.03.2001.

Shibli, Ahlam, Photographin, Haifa, 30.03.2001.

Dr. Bishara, Azmi, *MK National Democratic Alliance*, Nazareth, 18.04.2001.

Touma-Suliman, Aida, Direktorin von *Women against Violence*, Nazareth, 19.04.2001.

Hawari, Areen, Koordinatorin des Menschenrechtsprogramms der *Arab Association for Human Rights*, Nazareth, 19.04.2001.

Dalal, Marwan, Jurist bei Adalah: *The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel*, Shafa'amr, 20.04.2001.

Abboud, Jumana, Künstlerin, Haifa, 24.04.2001.

Makhoul, Issam, MK *Democratic Front for Peace and Equality*, Haifa, 24.04.2001.

Dr. Rouhana, Nadim, Professor für Soziologie an der *Universität Tel Aviv* und Direktor von *MADA al-Carmel – The Arab Center for Applied Social Research*, Haifa, 27.04.2001.

Asaad, Denise, Vorstandsmitglied des *Tamer Instituts*, Haifa, 29.04.2001.

Weinber, Claude, Repräsentant der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Israel, Tel Aviv, 01.05.2001.

Prof. Baram, Amatzia, Direktor des *Jewish-Arab Center and Middle East Institute* an der *Universität Haifa*, Haifa, 01.05.2001.

Karakurt, Türkan, stellvertretende Repräsentantin der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Israel, Herzliya, 02.05.2001.

Badr, Daoud, Mitglied des *Al-Ghabsiyya-Vereins* und Koordinator der *Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel*, Shafa'amr, 07.05.2001.

Badawi, Khulud, Vorsitzende der *Arab Students Union* an der *Universität Haifa*, Haifa, 22.05.2001.

## Kontaktdaten der NGOs

Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (*‘Adāla – al-Markaz al-Qānūnī li-Ḥuqūq al-Aqallīya al-Filasṭīnīya al-‘Arabīya*)

P.O. Box 510, Shafa’amr 20200, Israel

Tel.: +972-4-950 1610

[www.adalah.org](http://www.adalah.org)

Ahali Center for Community Development (*Al-Ahālī – Markaz at-Tanmīya al-Ġamāhīrīya*)

P.O. Box 20013, Nazareth 1614, Israel

Tel.: +972-4-608 1401

[www.ahalicenter.org](http://www.ahalicenter.org)

Arab Association for Human Rights (*Al-Mu’assasa al-‘Arabīya li-Ḥuqūq al-Insān*)

P.O. Box 215, Nazareth 16101, Israel

Tel.: +972-4-656 1923

[www.arabhra.org](http://www.arabhra.org)

Arab Cultural Association (*Ġam‘īyat at-Taqāfa al-‘Arabīya*)

P.O. Box 4076, Nazareth 16124 Israel

Tel.: +972-

[www.ittijah.org/member/aca.html](http://www.ittijah.org/member/aca.html)

The Association of Forty (*Laġnat al-Arba‘īn*)

Ein Hod, near Nir Etzion 30808

Tel.: +972-4-836 2381/2372

[www.assoc40.org](http://www.assoc40.org)

The Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel (*Ġam‘īyat ad-Difā‘ ‘an Ḥuqūq al-Muhaġġarīn fi Isrā’īl*)

P.O. Box 238, Nazareth, Israel

Tel.: +972-4-600 1765

[www.ittijah.org/member/interndisplaced.html](http://www.ittijah.org/member/interndisplaced.html)

Baladna – Association for Arab Youth (*Ġam‘īyat aš-Šabāb al-‘Arab – Baladnā*)

12 Herzliya St., P.O. Box 99604, Haifa 31996, Israel

Tel.: +972-4-852 3035

[www.baladnayouth.org](http://www.baladnayouth.org)

Galilee Center for Social Research (*Markaz al-Ġalīl li-l-Abḥāt al-Iġtimā'īya*)  
 P.O. Box 45244, Haifa, Israel  
 Tel.: +972-4-862 4910  
[www.ittijah.org/member/galileecenter.html](http://www.ittijah.org/member/galileecenter.html)

The Galilee Society – The Arab National Society for Health, Research and Services (*Al-Ġam'īya al-'Arabīya al-Quṭriya li-l-Buḥūt wa-l-Ḥadmāt aṣ-Ṣaḥbīya*)  
 P.O. Box 330, Shafa'amr 20200, Israel  
 Tel.: +972-4-986 1171  
[www.gal.soc.org](http://www.gal.soc.org)

I'lam Media Center for Arab Palestinians in Israel (*I'lām – Markaz I'lāmī li-l-Muġtama' al-'Arabi al-Filasṭīnī fī Isrā'īl*)  
 P.O. Box 102, Nazareth 16000, Israel  
 Tel.: +972-4-6001370  
[www.ilamcenter.org](http://www.ilamcenter.org)

Ittijah – Union of Arab Community Based Organisations (*Ittiġāh – Ittiḥād Ġam'īyāt Ahlīya 'Arabīya*)  
 P.O. Box 9577, Haifa 31095, Israel  
 Tel.: +972-4-850 7110  
[www.ittijah.org](http://www.ittijah.org)

Kayan Feminist Organization (*Kāyān – Tanzīm Nasawī*)  
 118 Arlozorov Street, Haifa, Israel  
 Tel.: +972-4-864 1291  
[www.ittijah.org/member/kayan.html](http://www.ittijah.org/member/kayan.html)

MADA al-Carmel – The Arab Center for Applied Social Research (*Madā al-Karmil: al-Markaz al-'Arabi li-d-Dirāsāt al-Iġtimā'īya at-Taṭbīqīya*)  
 Allenby Street, P.O. Box 9132, Haifa 31090, Israel  
 Tel.: +972-4-855 2035  
[www.mada-research.org](http://www.mada-research.org)

Mossawa Center (*Markaz Musāwāt*)  
 Nebieim Tower, P.O. Box 4471, Haifa 31043, Israel  
 Tel.: +972-4-869 9587  
[www.mossawacenter.org](http://www.mossawacenter.org)



The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev (*Al-Mağlis al-Iqlīmī li-l-Qurā al-‘Arabīya ġair al-Mu‘taraf bi-hā fi an-Naqab*)

Tel.: +972-8-6283043

[www.rcuv.com](http://www.rcuv.com)

Al-Tufula Pedagogical Center (*Markaz aṭ-Ṭufūla – Markaz Tarbawī wa-Nisā’ ī Muta‘addid al-Ahdāf*)

P.O.Box 2404, Nazareth 16000, Israel

Tel.: +972-4-6453943

[www.tufula.org](http://www.tufula.org)

Women against Violence (*Ġam‘ iyyat Nisā’ dīdd al-‘Unf*)

P.O. Box 313, Nazareth 16000, Israel

Tel.: +972-4-646 2138

[www.wavo.org/english/index.html](http://www.wavo.org/english/index.html)



## Index Organisationen

- Action Committee for Ayn Hawd al-Djadida 173, 269
- Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel / Adalah 200, 211, 212, 215, 220, 222, 224, 278, 285, 288ff, 302, 343
- Ahali Center for Community Development / Ahali 141, 142, 152, 167, 179, 180, 234, 290
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. / ASF e.V. 35
- Al-Ard 89
- Al-Ghabsiyya-Verein 259
- Al-Hayat Zentren 221
- Al-Tufula Pedagogical Center / Tufula 98, 138, 173, 174, 222, 223, 311, 321, 333, 343
- Amnesty International / ai 177, 221
- An-Nahḍa an-Nisā'īya / 112, 310
- Arab Association for Human Rights / HRA 39, 117, 147, 168, 177, 187, 215, 216, 224, 251, 266, 278, 285ff, 334
- Arab Club 111
- Arab Cultural Association / ACA 153, 303f, 340
- Arab Front 89
- Arab Student Committee 98
- Association of Americans and Canadians in Israel 107
- BADIL Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights / BADIL 252, 265
- Baladna – Association of Arab Youth / Baladna 174, 212, 224
- Black Patrol 276
- Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland 55
- Coalition for the Free Organization 119
- Committee for the Protection of (Arab) Land 144
- Committee of Arab Local Council Heads 96, 116
- Committee of the Victims' Families 290
- Democratic Arab Party / DAP 85, 86, 87, 92, 93, 94, 95, 96
- Democratic Front for Peace and Equality / DFPE 87, 89, 93, 94, 95, 98, 132, 144, 171, 172, 173, 191, 292, 320, 340, 341
- Eretz Israel Workers' Party / Mapai 86, 114
- Europäische Kommission 292
- Europäische Union / EU 222, 287, 294, 346
- Fatah 99, 135
- Follow-Up Committee for Arabs in Israel Affairs / Follow-Up Committee 97, 248, 257, 277
- Ford Foundation 188, 292
- Friedrich-Ebert-Stiftung / FES 190
- Friedrich-Naumann-Stiftung 300

- Fund for Israel's Security 110  
 Galilee Center for Social Research /  
   Galilee Center / GCSR 5, 35,  
   98, 134, 140, 144, 151, 181,  
   226, 233, 299ff, 332  
 Givat Haviva 188, 200, 229  
 Green Patrol 276  
 Haifa Women's Coalition 322  
 Hamas 93, 129, 133  
 Heinrich-Böll-Stiftung / HBS  
   191  
 Hisbollah 199  
 Histadrut 107, 114  
 Hohes Arabisches Komitee 22  
 House of the Arab Child 115  
 Human Rights Watch 221  
 I'lam Media Center for Arab  
   Palestinians in Israel / I'lam  
   15, 143, 153, 221, 332ff  
 Institute for Palestine Studies  
   255  
 International Committee for  
   Prevention of Discrimination  
   and Defending Minorities 275  
 Islamic Movement 86, 91, 92,  
   93, 95, 96, 98, 116, 117, 118,  
   132, 287, 290  
 Israel Communist Party / Maki  
   87, 93, 192  
 Israel Interfaith Committee 107  
 Israeli Cancer Association 107  
 Israeli Land Administration / ILA  
   29, 268, 276  
 Ittijah – Union of Arab Commu-  
   nity Based Organisations /  
   Ittijah 98, 119, 151, 153, 154ff,  
   215, 230, 233, 336, 338, 341  
 Jewish Agency / JA 29, 106, 107,  
   245  
 Jewish National Fund / JNF 106  
 Kayan: A Feminist Organization /  
   Kayan 151, 320ff, 339  
 Khalil Sakakini Cultural Center  
   149  
 Komitee der Familien der  
   Märtyrer 234  
 Komitee zum Boykott des  
   Wehrdienstes 227  
 Labor Party 30, 85, 86, 129,  
   135, 136, 193, 233, 234, 261,  
   320, 347, 358  
 LAW 337  
 League for National Liberation 87  
 Legislation and Law Committee  
   119  
 Likud 30, 129, 135, 193, 195,  
   211, 233, 234  
 Literarisches Forum 111  
 MADA al-Carmel – The Arab  
   Center for Applied Social  
   Research / MADA 181, 291,  
   300ff  
 Markovitch-Kommission 266, 273  
 Menschenrechtskommission der  
   Vereinten Nationen 222  
 Meretz 308  
 Mossawa: The Advocacy Center  
   for Arab Citizens of Israel /  
   Mossawa Center / Mossawa  
   139, 146, 172, 212, 221, 222,  
   278, 285, 292ff, 335  
 Movement of Democratic Women  
   for Israel / Tandi 112, 310  
 Muslim Initiative Association 118

- Muwatin – The Palestinian Institute for the Study of Democracy 193
- Nazareth Nursery Institute 173
- Naomi and Nehemiah Cohen Foundation 292
- National Democratic Alliance / NDA 89, 90, 91, 94, 95, 97, 98, 136, 140, 143, 171, 176, 191, 193, 194, 195, 196, 202, 231, 233, 290, 340, 354
- Nationales Komitee der Arabischen Oberschüler 192
- National Organization for the Advancement of Voluntary Activities in Social and Welfare Issues 109
- National Union of Arab Students 98, 192
- New Communist List / Rakah 87
- New Israel Fund / NIF 154, 213, 292, 346
- NOVIB 292
- Oberster Muslimischer Rat 111
- Open Society Institute Development Foundation 292
- Or Commission of Inquiry / Commission of Inquiry 290ff
- Palästinensische Autonomiebehörde / PA 128, 133ff, 234f, 250ff, 347, 353, 358
- Palästinensische Befreiungsorganisation / Palestinian Liberation Organisation / PLO 77, 79, 99, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 140, 146, 148, 177, 193, 201, 248, 250, 335, 341, 347, 352
- Palästinensische Muslimisch-Christliche Vereinigungen 111
- Palestine Communist Party 87
- Palestine Foundation Fund 106
- Palestinian Center for Peace and Democracy / PCPD 300
- Palestinian Non-Governmental Organizations Network / PNGO 156, 157
- Peace Now 109
- Popular Committee for Election Boycott 233
- Progressive List for Peace / PLP 85, 90, 93, 95
- Refugee Rehabilitation Authority / RRA 247
- Reut-Sadaqa 174
- Shas 321
- Shatil 154, 155
- Socialist Workers' Party 87
- Society of Orthodox Women 309
- Sons of the Village 89, 90, 96, 132
- Tamer Institut 148, 176, 201
- The Association for the Defense of the Rights of Internally Displaced Persons in Israel / ADRID 150, 250, 249ff, 263, 265
- The Association of Forty / Association 272ff
- The Coordination Forum of NGOs Working Among Palestinian Communities in Lebanon 157
- The Galilee Society – The Arab National Society for Health,

- Research and Services / Galilee Society 115, 178, 215, 302f
- The Regional Council for the Arab Unrecognized Villages in the Negev / RCUV 273, 275ff
- UN Committee for Human Rights 289
- UN Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women / CEDAW 285, 307, 316
- United Arab List / UAL 290, 320
- United Nations / UN 21, 119, 120, 130, 224, 246, 247, 250, 263, 275, 287, 335, 353
- United Nations Conciliation Commission for Palestine / UNCP 247
- United States Agency for International Development / USAID 157
- United Workers Party / Mapam 86
- Usrat al-Jihad 91
- Welfare Association 261
- Women Against Violence / WAV 144, 231, 312ff, 319, 324, 325
- Working Group for Equality in Personal Status Issues 318, 320
- Working Group on the Status of Palestinian Women in Israel / Working Group 307, 308, 335
- World Council of Indigenous People 58
- Young Muslims 91



Studien

- Bd. 1 Joachim Heidrich (Hg.): **Changing Identities** – The Transformation of Asian and African Societies under Colonialism (1994)
- Bd. 2 Achim von Oppen / Richard Rottenburg (Hg.): **Organisationswandel in Afrika** – Kollektive Praxis und kulturelle Aneignung (1995)
- Bd. 3 Jan-Georg Deutsch: **Educating the Middlemen** – A Political and Economic History of Statutory Cocoa Marketing in Nigeria, 1936-47 (1995)
- Bd. 4 Gerhard Höpp (Hg.): **Fremde Erfahrungen** – Asiaten und Afrikaner in Deutschland, Österreich und in der Schweiz bis 1945 (1996)
- Bd. 5 Helmut Bley: **Afrika: Geschichte und Politik** – Ausgewählte Beiträge 1967-1992 (1997)
- Bd. 6 Gerhard Höpp: **Muslimen in der Mark** – Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914 - 1924 (1997)
- Bd. 7 Jan Georg Deutsch / Albert Wirtz (Hg.): **Geschichte in Afrika**. Einführung in Probleme und Debatten (1997)
- Bd. 8 Henner Fürtig: **Islamische Weltauffassung und außenpolitische Konzeptionen der iranischen Staatsführung** seit dem Tod Ajatollah Khomeinis (1998)
- Bd. 9 Brigitte Bühler-Probst: **Mündliche Überlieferungen** – Geschichte und Geschichten der Wiya im Grasland von Kamerun (1999)
- Bd. 10 Katja Füllberg-Stollberg / Petra Heidrich / Ellinor Schöne (Hg.): **Dissociation and Appropriation** – Responses to Globalization in Asia and Africa (1999)
- Bd. 11 Jonker, Gerdien (Hg.): **Kern und Rand**. Religiöse Minderheiten aus der Türkei in Deutschland (1999)
- Bd. 12 Reinhard Kößler / Dieter Neubert / Achim von Oppen: **Gemeinschaften in einer entgrenzten Welt** (1999)
- Bd. 13 Gerhard Höpp / Brigitte Reinwald: **Fremdeinsätze** – Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen (2000)
- Bd. 14 Petra Heidrich / Heike Liebau (Hg.): **Akteure des Wandels?** – Lebensläufe und Gruppenbilder an Schnittstellen von Kulturen (2001)
- Bd. 15 Dietrich Reetz (Hg.): **Sendungsbewußtsein oder Eigennutz** – Zu Motivation und Selbstverständnis islamischer Mobilisierung (2001)
- Bd. 16 Gerhard Höpp: **Mufti-Papiere** – Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil 1940-1945 (2. Aufl. 2004)
- Bd. 17 Katja Füllberg-Stolberg: **Amerika in Afrika** – Die Rolle der Afroamerikaner in den Beziehungen zwischen den USA und Afrika 1880 - 1910 (2003)
- Bd. 18 Brigitte Reinwald: **Reisen durch den Krieg** – Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen der französischen Kolonialarmee (2005)
- Bd. 19 Gerhard Höpp / Peter Wien / René Wildangel (Hg.): **Blind für die Geschichte?** – Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus (2004)
- Bd. 20 Georg Berkemer / Margret Frenz (eds.): **Sharing Sovereignty** – The Little Kingdom in South Asia (2004)
- Bd. 21 Nora Lafi (ed.): **Municipalités méditerranéennes**. Les réformes urbaines ottomanes au miroir d'une histoire comparée (Moyen Orient, Maghreb, Europe méridionale)
- Bd. 22 Sonja Hegasy, Elke Kaschl (eds.): **Changing Vaues Among Youth**. Examples from the Arab World and Germany, (forthcoming 2007)
- Bd. 23 Patrick, Krajewski: **Kautschuk, Quarantäne, Krieg**. Dhauhandel in Ostafrika, 1880-1914, (2006)
- Bd. 24 René Wildangel: **Zwischen Achse und Mandatsmacht**. Palästina und der Nationalsozialismus (2007)

## Schriften des Arbeitskreises Moderne und Islam

Bd. 3 Gerhard Höpp / Norbert Mattes (Hg.): **Berlin für Orientalisten**  
– Ein Stadtführer (2. Aufl. 2002)

### Arbeitshefte

- Nr. 1 Annemarie Hafner / Joachim Heidrich / Petra Heidrich: **Indien – Identität, Konflikte, soziale Bewegung in einer pluralen Gesellschaft** (1993)
- Nr. 2 Heike Liebau: **Die Quellen der Dänisch-Halleschen Mission in Tranquebar in deutschen Archiven** – Ihre Bedeutung für die Indienforschung (1993)
- Nr. 3 Jürgen Herzog: **Kolonialismus und Ökologie** – Plädoyer für eine historische Umweltforschung (1994)
- Nr. 4 Gerhard Höpp: **Arabische und Islamische Periodika in Berlin und Brandenburg 1915-45** – Geschichtlicher Abriss und Bibliographie (1994)
- Nr. 5 Dietrich Reetz: Hijrat: **The Flight of the Faithful** – British File on the Exodus of Muslim Peasants from North India to Afghanistan in 1920 (1995)
- Nr. 6 Henner Fürtig: **Demokratie in Saudi Arabien?** – Die Al-Saud und die Folgen des 2. Golfkrieges (1995)
- Nr. 7 Thomas Scheffler: **Die SPD und der Algerienkrieg 1954-1962** (1995)
- Nr. 8 Annemarie Hafner (ed.): **Essays on South Asian Society, Culture and Politics** (I) (1995)
- Nr. 9 Bernt Glatzer: **Essays on South Asian Society, Culture and Politics** (II) (1998)
- Nr. 10 Ute Luig / Achim von Oppen (Hg.): **Naturaneignung in Afrika** als sozialer und symbolischer Prozeß (1995)
- Nr. 11 Gerhard Höpp / Gerdien Jonker (Hg.): **In fremder Erde** – Zur Geschichte und Gegenwart der islamischen Bestattung in Deutschland (1996)
- Nr. 12 Henner Fürtig: Liberalisierung als Herausforderung – Wie stabil ist die Islamische Republik Iran? (1996)
- Nr. 13 Uwe Pfullmann: **Thronfolge in Saudi Arabien** – Wahabitische Familienpolitik von 1744 bis 1953 (1997)
- Nr. 14 Dietrich Reetz / Heike Liebau (Hg.): **Globale Prozesse und „Akteure des Wandels“** – Quellen und Methoden ihrer Untersuchung (1997)
- Nr. 15 Jan-Georg Deutsch / Ingeborg Halene (Hg.): **Afrikabezogene Nachlässe** – in den Bibliotheken und Archiven der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (1997)
- Nr. 16 Henner Fürtig / Gerhard Höpp (Hg.): **Wessen Geschichte?** – Muslimische Erfahrungen historischer Zäsuren im 20. Jahrhundert (1998)
- Nr. 17 Axel Harneit-Sievers (Hg.): **Afrikanische Geschichte und Weltgeschichte** – Regionale und universale Themen in Forschung und Lehre (2000)
- Nr. 18 Gerhard Höpp: **Texte aus der Fremde** – Arabische politische Publizistik in Deutschland 1896-1945. Eine Bibliographie (2000)
- Nr. 19 Henner Fürtig (Hg.): **Abgrenzung und Aneignung in der Globalisierung** – Asien, Afrika und Europa seit dem 18. Jahrhundert. Ein Arbeitsbericht (2001)
- Nr. 20 Jan-Georg Deutsch / Brigitte Reinwald (ed.): **Space on the Move** – Transformations of the Indian Ocean Space in the Nineteenth and Twentieth Century (2002)
- Nr. 21 Thomas Rottland: **Von Stämmen und Ländern und der Macht der Karte** – Eine Dekonstruktion der ethnographischen Kartierung Deutsch-Ostafrikas (2003)



KLAUS SCHWARZ VERLAG • BERLIN

Distribution: Klaus Schwarz Verlag Berlin

Fax +49 (0)30 322 51 83

www.klaus-schwarz-verlag.com





## Die palästinensische Zivilgesellschaft

*... innerhalb Israels erfährt seit den 1990er Jahren eine deutliche Stärkung. Mit der vermehrten Selbstorganisation in Form von Nichtregierungsorganisationen, politischen Parteien und Initiativen, die die Interessen der palästinensischen Minderheit vertreten und die als Vermittler kollektiver Identität fungieren, verstärkt sich der Widerstand gegen die strukturelle Diskriminierung der in Israel lebenden palästinensischen Bevölkerung. Basierend auf Gesprächen mit Aktivistinnen und Aktivisten palästinensischer Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingsvereine, Forschungs- und Kultureinrichtungen, Frauenorganisationen sowie politischer Parteien analysiert das Buch die Hintergründe dieser Entwicklung und untersucht die Themen und Strategien der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Rolle und dem Einfluss palästinensischer translokaler und transnationaler Beziehungen.*

ISBN 978-3-87997-647-8



KLAUS SCHWARZ VERLAG · BERLIN